

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig
im Jahre 1890.

Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei.

Uebersicht

der Verhandlungs-Gegenstände.

A. Nach der Zeitfolge.

(Anm. Die Zahlen bedeuten die Seiten in den Protocollen.)

I. Januar 23.

Öeffentlich:

1. Geschäftsübersicht für 1889	2.
2. Wahl der Vorstehenden	2.
3. Die Haushaltsrechnungen von 1886	3.
4. Der Stadthaushaltsplan für 1890	3.
5. Erwerb von Straßenterrain am Marktplatz	25.
6. Erstattung von Straßenbaukosten an die Landeseisenbahn	26.
7. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Beschaffung von Formularen nach den Bestimmungen des Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetzes	27.
8. Selbstständiger Antrag der Herren Kiefe und Günther auf Bereitstellung eines größeren Raumes zur Auslegung der Reichstagswählerlisten	27.
9. Desgl. auf Untersuchung zc. der Wohn- und Hofräume in hiesiger Stadt	28.
10. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Vermehrung der Gemeindesteuer-Einschätzungs-Commissionen	29.
11. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf theilweise Besetzung der Wahlurnen mit Arbeitern	29.

Vertraulich:

12. Wahl eines Magistratsdieners	30.
--	-----

II. Februar 13.

Öeffentlich:

13. Der Stadthaushaltsplan für 1890 (Fortsetzung)	32.
14. Festsetzung und Vertheilung von Straßenbaukosten für die Hufarenstraße	52.
15. Aenderung des Ortsbauplanes an der Reichenbergstraße	53.
16. Erweiterung des Schulgebäudes am Sandwege	53.
17. Erbauung einer Turnhalle an der Dierstraße	55.
18. Kosten der Canalisation vor dem Wendenthore	57.
19. Rückerstattung von Wasserrohrkosten an der Körnerstraße	58.
20. Proceß gegen den früheren Maurer Sach hieselbst	58.
21. Proceß gegen die Gefellen-Krankencasse in Salzgitter	59.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

22. Gemeindesteuer-Reclamationen in der Recursinstanz	59.
---	-----

Sitzung der Stadtverordneten.

23. Gesuch um Niederschlagung von Steuern aus dem Jahre 1889	59.
24. Gesuch um Niederschlagung einer Abgabe an die Armen- und Wege- besserungscasse	59.
25. Wahl eines Bezirks-Vorstehers und eines Armenpflegers	59.
26. Wahl eines Beisitzers zur Einkommensteuer-Einschätzungs-Commission	59.

III. Februar 27.

Öeffentlich:

27. Canalisirung des Hufhäutenplatzes nebst Umgebung	62.
28. Gehaltsverhältnisse eines städtischen Lehrers	63.
29. Kosten eines Canals am Hoftheater	64.
30. Einspruch gegen den Ortsbauplan der westlichen Außenstadt	64.
31. Erwerb von Straßenterrain an der Leonhardstraße	68.
32. Festsetzung einer neuen Baulinie am Danne	69.
33. Mittheilung des Etats der Central-Friedhof-Casse	69.
34. Aenderung der Beleuchtung im SitzungsSaale der Stadtverordneten	70.
35. Uebnahme der Hedwig- und Döringstraße	70.
36. Abtretung von Theilflächen zur Kramerstraße	71.
37. Aenderung des Ortsbauplanes am Wolfscampe	71.
38. Proceß gegen den Carrousselbesitzer Litzendorff	71.
39. Anfrage des Herrn Nieß wegen der Jubiläumsfeier der städtischen Feuerwehr	73.
40. Desgl. wegen der Instandsetzung zc. des Madamenweges	73.
41. Desgl. wegen der Erbauung von Häusern an unbefestigten Straßen	74.
42. Desgl. wegen der Bewilligung außerordentlicher Zulagen an die städtischen Beamten	75.

Vertraulich:

43. Pensionirung eines städtischen Beamten	75.
44. Steuerhinterziehung durch einen verstorbenen Einwohner	75.

IV. März 27.

Öeffentlich:

45. Erwerb einer Straßenfläche an der Klosterstraße	78.
46. Beihilfe zur Stiftungsfeier der städtischen Feuerwehr	79.
47. Kosten für Gas- und Wasserröhren	79.
48. Ankauf des Weyer'schen Grundstückes im Langenhofe	79.
49. Erlaß von Straßenbaukosten an der Gehsostraße	83.
50. Errichtung neuer Bürgerschulclassen	84.
51. Uebernahme verschiedener Straßen als Ortsstraßen	84.
52. Desgl. der Straßenzüge neben dem Hoftheater	86.
53. Verkauf von Straßenflächen neben dem Ruhfäutchenplatze an den Staat	86.
54. Erwerb von Straßenflächen und Aenderung der Baulinie an der Ludwigstraße	89.
55. Ausbau eines Theiles des Mittelweges	90.
56. Ausbau des westlichen Theiles der Körnerstraße	91.
57. Verwendung eines Bauplatzes an der Ferdinandstraße zum Volksbrausebade	93.
58. Unterstützung der Barbier- und Friseur-Zunft	103.
59. Erwerb von Straßenflächen am Madamenwege	104.
60. Erwerb von Straßenflächen an der Kreuzstraße	105.
61. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Uebernahme der Eulenstraße	106.
62. Desgl. des Herrn Halle auf Verstärkung der Polizeiorgane und Neuregelung des Nachtwachwesens	106.

Vertraulich:

63. Niedererschlagung einer Abgabe an die Armenkasse	107.
64. Wahl eines Armenpflegers u.	107.
65. Pensionirung einer Lehrerin	107.
66. Steuer-Reclamationen (Verzeichniß IV von 1889)	107.

V. April 24.

Öeffentlich:

67. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Vermehrung der Einschätzungs-Commissionen	110.
68. Die Besteuerung der Actien-Gesellschaften	113.
69. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Vermehrung der Polizeiorgane u.	114.

VI

70.	Desgl. des Herrn Reiche auf Instandsetzung der Eulenstraße	119.
71.	Theilortsbauplan an der Fallersleberstraße	119.
72.	Nachverwilligung von Kosten für die Bergfeldstraße	120.
73.	Einrichtung einer Mädchenschulklasse der unteren Bürgerschulen	120.
74.	Verwilligung eines Darlehns zu Zwecken des Central-Friedhofes	121.
75.	Stadtseitige Uebernahme der Sophienstraße	122.
76.	Wahl zweier Stadtverordneten zum Städtetage	123.
77.	Legung eines Wasserrohrs im Riddagshäuserwege und Hopfengarten	123.
78.	Erwerb von Straßenflächen an der verlängerten Fasanenstraße	124.
79.	Vermehrung der Straßenlaternen	124.
80.	Ankauf von Waisenhausländerei am Giersberge	125.
81.	Kosten für die Reconstruction einer Thurmuhre nach Maehhofer's System	126.
82.	Ausbau der verlängerten Rosenstraße und der Nußbergstraße	126.
83.	Neubau und Verpachtung der städtischen Badeanstalt	127.
84.	Erstattung von Canalbaukosten	132.
85.	Verpachtung des Schulkellers am Prinzenwege	132.
86.	Erwerb von Straßenflächen an der Zimmerstraße, bezw. dem Langencampe	132.
87.	Einrichtung einer Parallelklasse in der städtischen Mädchenschule	133.

Vertraulich:

88.	Wahl des Protocollführers der Versammlung	133.
89.	Aenderung eines Hypothek-Darlehns-Contractes	133.
90.	Pensionirung einer Lehrerin	133.
91.	Steuerreclamationen (Verzeichniß V von 1889)	133.
92.	Neuwahl von Armenpflegern	133.
93.	Anstellungsgesuch eines früheren Gasarbeiters	133.

VI. Mai 13.

Öeffentlich:

94.	Erhöhung der Beihilfe für das germanische Museum in Nürnberg	136.
95.	Zwangsenteignung an der Lampestraße und Wendenmaßtwete	136.
96.	Erwerb einer Fläche an der Autorstraße	136.
97.	Anderweites Zahlungsabkommen mit dem Reichs-Militair-Fiscus	137.
98.	Errichtung eines Neubaus an der Kl. Döringstraße	138.
99.	Canalisierung der Mönchstraße	138.
100.	Ausfüllung des Platzes zwischen Amalienstraße und Neustadtring	138.
101.	Aufnahme einer Klage wegen Erstattung von Begräbniskosten	140.
102.	Besteuerung der Versicherungs-Gesellschaften	140.
103.	Anstellung einer Klage auf Erstattung von Krankengeld	140.
104.	Verkauf von Grundstücken am Altewiekringe und Nachverwilligung von Straßenbaukosten	141.
105.	Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Aenderung der Geschäftsordnung	142.
106.	Anfrage des Herrn Nieß wegen Errichtung städtischer Sparcassen	143.

107.	Selbstständiger Antrag der Herren Nieß, Lange und Ding auf Instandsetzung der Kleinen Döringstraße	143.
108.	Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Freigabe des Verkehrs über die Brücke an der Reinigungsstation	144

Vertraulich:

109.	Pensionirung des Bürgermeisters Rittmeyer	145.
110.	Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes der Baucommission und des Stadtbauamtes	145.

VII. Juni 19.

Öffentlich:

111.	Nachverwilligung von Kosten für die Petriwehr-Brücke	148.
112.	Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Freigabe d. s. Weges über die Brücke an der Reinigungsstation	149.
113.	Das neue Reglement für die Communalsteuer-Einschätzung	150.
114.	Beitrag zu einem Denkmale auf dem Leipziger Schlachtfelde	150.
115.	Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Freigabe der Bebauung der Kleinen Döringstraße	151.
116.	Gesuch von Anwohnern d. s. Wolfscampes um stadtseitige Uebernahme der Kehrrihtabfuhr	152.
117.	Nachverwilligung von Kosten für den Ausbau der Kurzenstraße	152.
118.	Verkauf von Vegeterrain am Wolfscampe	153.
119.	Nachverwilligung von Kosten für den Ausbau der Limbederstraße	153.
120.	Anlage einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Magnithores	153.
121.	Änderung des Vertrages über das Volksbrausebad	155.
122.	Erwerb von Straßenterrain am Wolfscampe	156.
123.	Die Rohrleitung von Thiederhall	156.
124.	Functionszulagen für die städtischen Baumeister	162.
125.	Selbstständiger Antrag der Herren Nieße und Günther auf Anstellung einer Enquête über die hiesigen Wohnungsverhältnisse etc.	162.
126.	Erwerb von Straßenterrain an der Vertramstraße	164.
127.	Vermehrung der Straßenlaternen	164.
128.	Pachtvertrag zum Zwecke einer Canalanlage am Altewiefringe	165.
129.	Verwilligung der Kosten für eine gefellige Vereinigung der Theilnehmer an der Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege	165.
130.	Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Herrichtung einer Fußgängerbrücke am Wasserturme	165.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

131.	Erledigung von Canalsteuer-Reclamationen	166.
------	--	------

Sitzung der Stadtverordneten.

132.	Die Pensionsansprüche des Stadt-Secretairs	166.
133.	Wahl eines Executors	166.
134.	Gefuch um Erlass einer Testamentsabgabe	166.
135.	Wahl eines Armenpflegers	166.

Juli 3.

Öffentlich:

136.	Erwerb von Theilflächen an der Salzdhumerstraße	168.
137.	Wahl einer Deputation zur Vorberathung der anderweiten Veranlagung der hiesigen Steuerpflichtigen	168.
138.	Aufnahme kleinerer Anleihen seitens der Stadt	169.
139.	Verkauf von Exemplaren des neuen Stadtplanes	169. 157
140.	Anderweite Baulinie an der Kuh- und Mandelnstraße	169.
141.	Desgl. an der Wendenstraße	170.
142.	Erwerb einer Theilfläche an der Marienstraße	170.
143.	Aenderung des Ortsbauplanes vor dem Wilhelmithore	170.
144.	Erwerb von Straßenflächen an der Kreuzstraße	171.
145.	Verlängerung des Wasserrohres in der Kramerstraße	171.
146.	Austausch von Theilgrundstücken an der Ludwigstraße	171.
147.	Das Bauprogramm für das neue Stadthaus	171.
148.	Vermendung eines Staatszuschusses zu den Gemeindelaften	184.
149.	Abtretung von Böschungsterrain und Aenderung der Baulinie am Wendenringe	184.
150.	Ortsbauplan an der Sonnen- und Ehternstraße	185.
151.	Verkauf von Grundflächen der früheren Schützenmatsch	186.
152.	Erwerb eines Schulhausplatzes und Aenderung des Ortsbauplanes an der Juliusstraße	186.
153.	Legung des Wasserrohres in der Kreuzstraße	190.
154.	Anstellung eines Schreibers bei der Städtischen Bauverwaltung	191.
155.	Straßenbaukosten der Leonhardstraße	191.
156.	Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Anlegung einer Fußgängerbrücke am Wasserthurme	191.
157.	Nachverwilligung von Kosten für die parkartige Instandsetzung des Gänschwinkels	192.
158.	Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Erhöhung der Beamtengehälter	193.
159.	Desgl. auf Ausschmückung der Theaterbrücke	193.
160.	Desgl. auf anderweite Festsetzung der Fahrzeiten für die Pferdebahn	194.

Vertraulich:

161.	Anstellung eines Lehrers für die städtische höhere Mädchenschule	194.
162.	Reclamationen verschiedener gewerblichen Etablissements gegen die Veranlagung zu besonderen Wegegeldbeiträgen	194.
163.	Wahl eines Mitgliedes in die Einkommensteuer-Einschätzungs-Commission	194.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

164. Heranziehung Fremder zur Gemeindesteuer 194.

IX. September 4.

Öffentlich:

165. Neue Dienstordnung für die Bürgerschullehrer 197.
 166. Erwerb eines Legates seitens der Stadt 197.
 167. Beitrag zur Pflasterung des Friedrich-Wilhelmsplatzes 197.
 168. Anstellung einer Klage gegen Anwohner der Kramerstraße 198.
 169. Vertrag mit der General-Hof-Intendantur wegen Regulirung des
 Ruhfäntchenplatzes zc. 198.
 170. Verträge über Erwerb des Landgestüttes und Abtretung von Straßen-
 terrain am Museum zc. 201.
 171. Aufnahme eines Processes gegen Anwohner der Geyhofstraße 201.
 172. Erwerb von Straßenflächen am Königstiege 201.
 173. Desgl. an der Kreuzstraße 201.
 174. Aufstellung eines Wetterhäuschens auf dem Ruhfäntchenplatz 202.
 175. Erwerb von Straßenflächen am Hopfengarten 202.
 176. Einfriedigung einer Fläche am Volksbrausebade 202.
 177. Verwilligung einer Functionszulage 203.
 178. Baulinie für einen Theil der Wilhelmstraße 203.
 179. Baulinie an der Fallerleberstraße 203.
 180. Canalisation der Gasse zwischen Mönchstraße und Eghdientkirchhof 203.
 181. Baulinie für die Ostseite der Gildenstraße 204.
 182. Aufbewahrung der städtischen Inhaberpapiere 204.
 183. Verwendung einer Testamentsabgabe 205.
 184. Vertrag wegen Instandsetzung der Grölinstraße 205.
 185. Erneuerung eines Fußbodens im Stadtparkgebäude 205.
 186. Regulirung des Wendenringes zc. 207.
 187. Verpachtung von Friedhofsländereien 209.
 188. Grundsätze für Erhebung des Schulgeldes in den Bürgerschulen 209.

Vertraulich:

189. Neuwahl eines Armenpflegers 211.
 190. Steuer-Reclamationen von Actien-Gesellschaften 211.
 191. Steuer-Reclamationen (Verzeichniß I von 1890) 211.

X. October 23.

Öffentlich:

192. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Erhöhung der Beamten-
 gehälter 214.
 193. Desgl. auf Anschmückung der Theaterbrücke 215.
 194. Desgl. auf anderweite Festsetzung der Fahrzeiten für die Pferdebahn 215.

X

195.	Vertrag mit Westphal wegen Neubebauung seines Grundstückes	216.
196.	Rückzahlung von Wasserleitungsrohrkosten	224.
197.	Baulinie an der Wallstraße	224.
198.	Ausbau des Madamenweges	224.
199.	Erwerb von Straßenflächen am Damme	227.
200.	Kosten für Archiv und Bibliothek	227.
201.	Austausch von Straßenflächen am Wolfscampe	228.
202.	Erwerb von Straßenflächen an der Vertramstraße	228.
203.	Desgl. am Mittelwege	228.
204.	Feststellung der Straßenbaukosten an der Hagenstraße	229.
205.	Beitrag zur Molke-Stiftung	229.
206.	Gewährung von Hypothek-Darlehen	231.
207.	Baulinie an der Wilhelmstraße	231.
208.	Bau eines Kesselhauses zc. im Pflegehause	232.
209.	Erwerb von Grundflächen zum Schulhausbau am Piepenstiege	233.
210.	Desgl. zur Eulenstraße	234.
211.	Aufhebung eines Theiles der alten Hagenstraße	234.
212.	Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Erhöhung der Arbeiterlöhne	235.
213.	Anfrage des Herrn Niese wegen verschiedener Angelegenheiten	235.
214.	Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Aenderungen bei der Pferdebahn	235.
215.	Desgl. des Herrn Wolff I auf Verbesserung der Fußwege an der Cellerstraße zc.	236.
216.	Desgl. des Herrn Niese auf Verbreiterung des Langenhofes	237.
217.	Anfrage des Herrn Günther wegen des Unternehmerwesens	239.

Vertraulich:

218.	Niederlegung einer Testamentsabgabe	240.
219.	Festsetzung der Grundsätze zur Veranlagung der Versicherungs-Actien-Gesellschaften zur Gemeindesteuer	240.

XI. November 13.

Öffentlich:

220.	Erwerb von Theilflächen an der Juliusstraße	242.
221.	Uebnahme von Waisenhauslehrern	243.
222.	Gehaltsverhältnisse eines Regierungs-Baumeisters	243.
223.	Legung eines Wasserrohres im Hasenwinkel	244.
224.	Erwerb von Theilflächen an der Grünstraße	244.
225.	Desgl. an der Rußbergstraße zc.	244.
226.	Baulinie an der Schöppenstedterstraße	244.
227.	Aufnahme eines Processus wegen Straßenbaukosten	245.
228.	Klage gegen Schachtmeister Lehmborg	245.
229.	Klage gegen Malermeister Maue in Lesse	246.

230.	Klage gegen Maurermeister Braun.	246.
231.	Ausbau der Kl. Vertramstraße	247.
232.	Neuer Normaletat für Lehrer und Lehrerinnen an den gehobenen städtischen Schulen, sowie für sämtliche Schuldiener, nebst Ausführungsbestimmungen	251.
233.	Kosten eines Arbeiterschuppens am Kennel	256.
234.	Die Zusammensetzung des Lehrpersonals an der Ober-Realschule	256.
235.	Anstellung von Wassermesser-Controleuren	257.
236.	Vermehrung der Straßenlaternen	258.
237.	Veränderungen auf dem alten Gaswerke	259.
238.	Erwerb von Theilflächen an der Hildesheimerstraße zc.	260.
239.	Erstattung von Kosten für Gas-, Wasser- und Canaltöbren	260.
240.	Feststellung der Kosten des Ausbaues der Hedwigstraße	260.
241.	Ueberrahme eines Nebenamtes seitens des Stadtraths Ketemeyer	261.
242.	Selbstständiger Antrag des Herrn Wolff I auf Verbesserung der Fußwege an der Gellerstraße zc.	261.
243.	Desgl. des Herrn Lange auf Aenderungen bei der Pferdebahn	262.
244.	Verkauf einer Theilfläche der alten Körnerstraße.	263.
245.	Ausbau der Herderstraße	263.
246.	Anfrage des Herrn Reiche wegen des Wendenstraßen-Durchbruches	263.
247.	Selbstständiger Antrag des Herrn Wiltmann auf Instandsetzung der Fußwege an der Campestraße und am Leonhardsplatz	263
248.	Desgl. des Herrn Nieß auf Ueberdeckung der Filter des städtischen Wasserwerkes	267.
249.	Desgl. auf Anlegung von Sandspielplätzen	267.
250.	Desgl. auf Herstellung kleiner Wohnungen	268.
251.	Desgl. der Herren Sievers, Ramdohr und Günther auf Abänderung der Bestimmungen des Normalstats der Lehrer und Lehrerinnen an den städtischen Schulen	269.

Vertraulich:

252.	Anstellung eines Bauingenieurs	270.
253.	Steuer-Reclamationen (Verzeichniß II von 1890)	270.
254.	Veranlagung der Schlachter zur Gemeindesteuer.	270.

XII. November 28.

Öeffentlich:

255.	Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Anlegung von Sandspielplätzen	273.
256.	Selbstständige Anträge der Herren Sievers, Ramdohr und Günther auf Abänderung der Bestimmungen des Normalstats der Lehrer und Lehrerinnen	273.
257.	Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Ueberdeckung der Filter des städtischen Wasserwerkes	273.

XII

258.	Kosten für das Volksbrausebad	275.
259.	Wettbewerb für den Stadthausbau	277.
260.	Uebnahme eines Nebenamtes durch den Stadtbaumeister Meyer	279.
261.	Verkauf einer weiteren Theilfläche der alten Körnerstraße	280.
262.	Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius auf Ergreifung der erforderlichen Maßregeln zur Anwendung des Koch'schen Heilverfahrens	280.

Vertraulich:

263.	Reclamationen von Extrawegegeldbeiträgen	283.
264.	Anstellung zweier Magistratschreiber	283.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten:

265.	Gemeindesteuer-Reclamationen in der Recursinstanz	283.
------	---	------

B. Nach den Gegenständen.

Änderung des Ortsbauplanes 53, 64, 71, 89, 119, 169, 170, 184, 185, 186.

Abtretung von Grundflächen zc. 71, 86, 141, 153, 184, 186, 201, 263, 280.

Actien-Gesellschaften, Besteuerung 113.

Reclamationen 211.

Änderung der Beleuchtung im Sitzungs-
saale 70.

Änderung eines Hypothek-Darlehns-Contractes
133.

Änderung von Baulinien, s. Baulinien.

Alters- und Invaliditäts-Versicherung 27.

Anderweitiges Zahlungsabkommen mit dem
Militairfiscus 137.

Anfragen an den Stadtmagistrat der Herren:
Günther, wegen des Unternehmer-
wesens 239;

Nieß, wegen Bewilligung außerordent-
licher Zulagen an die städtischen Be-
amten 75,

wegen Erbauung von Häusern an
unbefestigten Straßen 74,

wegen Errichtung städtischer Spar-
cassen 143,

wegen Feier des Jubiläums der
städtischen Feuerwehr 73,

wegen Instandsetzung des Madamen-
weges 73;

Reiche, wegen des Wendensstraßen-
Durchbruches 263;

Rieke, wegen verschiedener Angelegen-
heiten 235.

Ankauf von Grundstücken 79, 125.

Anlage einer Bedürfnisanstalt 153.

Anlegung von Sandspielplätzen 267, 273.

Anleihen-Aufnahme 169.

Anstellungsgesuch 133.

Anstellung eines Bauingenieurs 270;

eines Lehrers 194;

eines Magistratschreibers 191, 283;

von Wassermessercontrolenren 257.

Anträge, selbstständige, der Herren:

Blasius, auf Einführung des Koch-
schen Heilverfahrens 280;

Bültmann, auf Instandsetzung von
Fußwegen 263;

Günther, auf Änderung der Geschäfts-
ordnung 142,

auf Änderung des Lehrerinnen-
Normaltats 269, 273,

auf anderweite Besetzung der Wahl-
urnen 29,

auf Erhöhung der Arbeiterlöhne
235,

auf Herrichtung einer Brücke am
Wasserthurm 165, 191;

Halle, auf Vermehrung der Gemeinde-
steuer-Einschätzungs-Commissionen 29,
110,

auf Verstärkung der Polizeiorgane
106, 114;

Lange, auf Änderungen bei der Pferde-
bahn 235, 262,

auf Freigabe der Brücke an der
Reinigungsstation 144, 149, 196;

Nieß, auf Änderungen bei der Pferde-
bahn 194, 215,

auf Anlegung von Sandspielplätzen
267, 273,

auf Anschmückung der Theater-
brücke 193, 215,

auf Beschaffung von Formularen
zur Alters-Versicherung 27,

- auf Erhöhung der Beamtengehälter 193, 214,
auf Herrichtung kleinerer Wohnungen 268,
auf Instandsetzung der M. Döringstraße 143, 151,
auf Ueberdeckung der Wasserfilter 267, 273,
auf Verbreiterung des Langenhofes 237;
Kamdohr, auf Aenderung des Lehrer-Normaltats 269, 273;
Reiche, auf Uebernahme der Eulenstraße 106, 119;
Rieke, auf Bereitstellung eines größeren Raumes zur Auslegung der Wählerlisten 27,
auf Untersuchung der Wohn- und Hofräume 28, 162;
Siewers, Aenderung des Lehrerinnen-Normaltats 269, 273;
Wolff I, auf Verbesserung der Fußwege an verschiedenen Straßen 236, 261.
Arbeiterschuppen-Errichtung am Kennel 256.
Archiv-Kosten 227.
Armenpfleger-Wahl 6, 59, 107, 133, 166, 211.
Aufbewahrung städtischer Inhaberpapiere 204.
Aufhebung von Straßen 234.
Aufstellung eines Wetterhäuschens 202.
Ausbau von Straßen 90, 91, 126, 152, 153, 224, 247, 260, 263.
Ausfüllung eines Platzes 138.
Auslegung der Reichstags-Wählerlisten 27.
Aus schmückung der Theaterbrücke 193.
Austausch von Grundstücken 171, 228.
Badeanstalt, Neubau und Verpachtung 127.
Barbier-Innungs-Unterstützung 103.
Bau eines Kesselhauses im Pflegehause 232.
Bauingenieur-Anstellung 270.
Baulinien-Aenderung 69, 89, 169, 170, 184, 203, 203, 204, 224, 231, 244.
Baumeister-Funktionszulagen 162, 203.
Baumeister-Gehaltsverhältnisse 243.
Bauprogramm für das neue Stadthaus 171, 277.
Beamten-Anstellung 191, 257, 270, 283.
Beamten-Pensionirung 75, 145.
Bedürfnisanstalts-Anlage 153.
Beihilfen-Erhöhung für das germanische Museum 136.
Beisitzer zur Einschätzungs-Commission 59, 194.
Beitrag zum Leipziger Denkmale 150.
Beitrag zur Moltke-Stiftung 229.
Beitrag zur Pflasterung des Friedrich-Wilhelmsplatzes 197.
Beleuchtung des Sitzungssaales der Stadtverordneten 70.
Besetzung der Wahlurnen 29.
Besteuerung der Actien-Gesellschaften 113.
Besteuerung der Versicherungs-Gesellschaften 140.
Billigung von Zulagen an Beamte 75, 193.
Bezirksvorsteher-Wahl 59.
Bibliothek-Kosten 227.
Braunschweigische Landesbahn 196.
Brücken
am Petriwehre 148;
am Theater 193, 215;
am Wasserturme 165, 191;
an der Reinigungsstation 144, 149, 196.
Canalbaukosten-Erstattung 132, 260.
Canalisationen 57, 62, 64, 138, 165, 203.
Canalsteuer-Reclamationen 166.
Central-Friedhof 69, 121.
Communalsteuer-Einschätzungs-Commissionen 29, 110, 150.
Darlehns-Gewährung 121, 133, 231.
Denkmal auf dem Leipziger Schlachtfelde 150.
Deputation zur Veranlagung der Steuerpflichtigen 168.
Dienstboten-Anstalt betr. 198.
Dienstordnung für Bürgerschullehrer 197.
Einfriedigung einer Fläche am Volksbrausebade 202.
Einladung des Männerturn-Vereins 272.

Einschätzungscommissions-Vermehrung 29, 110, 150.
 Einspruch gegen den Ortsbauplan 64.
 Enquête über die Hof- und Wohnräume 28, 162.
 Erbauung einer Turnhalle 55.
 Erbauung von Häusern an unbefestigten Straßen 74.
 Erhöhung der Beamtengehälter 193, 214.
 Erhöhung der Löhne für Arbeiter 235.
 Erhöhung des Zuschusses für das germanische Museum 136.
 Erlaß einer Testamentsabgabe 166, 240.
 Erlaß von Straßenbaukosten 83.
 Erneuerung des Fußbodens im Stadtparkgebäude 205.
 Errichtung neuer Schulclassen 84, 120, 133.
 Errichtung städtischer Sparcassen 143.
 Erstattung von Canalbaukosten 132, 260.
 Erstattung von Gasrohrkosten 260.
 Erstattung von Straßenbaukosten 26.
 Erstattung von Wasserrohrkosten 58, 224, 260.
 Erweiterung eines Schulgebäudes 53.
 Erwerb des Landgestüts 201.
 Erwerb eines Legates 197.
 Erwerb von Grundflächen an folgenden Straßen:
 Autorstraße 136;
 Bertramstraße 164, 228;
 Damm 227;
 Eulensteinstraße 234;
 Fasanenstraße 124;
 Grünstraße 244;
 Hilbesheimerstraße 260;
 Hopfengarten 202;
 Juliusstraße 186, 242;
 Klosterstraße 78;
 Königstiege 201;
 Kreuzstraße 105, 171, 201;
 Langerhof 216;
 Leonhardstraße 68;
 Ludwigstraße 89;
 Madamenweg 104;
 Marienstraße 170;
 Marshall 25;
 Mittelweg 228;

Mußbergstraße 244;
 Piepenstiege 186, 233;
 Salzdahlumerstraße 168;
 Wolfscamp 156;
 Zimmerstraße 132.
 Etat der Central-Friedhofs-Casse 69.
 Executor-Wahl 166.
 Festsetzung der Grundsätze zur Veranlagung der Versicherungs-Actien-Gesellschaften 140, 240.
 Festsetzung neuer Baulinien, s. Baulinien.
 Festsetzung von Straßenbaukosten 52, 191, 229.
 Feuerwehr-Zubelfeier 73, 79.
 Filter-Ueberdeckung beim Wasserwerke 267, 273.
 Fremden-Versteuerung 194.
 Friedhofs-Länderei-Verpachtung 209.
 Functionszulagen für Baumeister 162, 203.
 Fußboden-Erneuerung im Stadtparkgebäude 205.
 Fußweg-Instandsetzung 236, 261, 263.
 Gänsewinkel-Instandsetzung 192.
 Gasrohrkosten 79, 260.
 Gaswerk, Veränderungen auf dem, 259.
 Gehaltsverhältnisse eines Lehrers 63.
 Gehaltsverhältnisse eines städt. Baumeisters 243.
 Gemeindesteuer-Einschätzungs-Commission 29, 110, 150.
 Gemeindesteuer-Reclamationen 107, 133, 194, 211, 270, 283.
 Gemeindesteuer-Reclamationen in der Recursinstanz 59, 283.
 Gemeindesteuer-Veranlagung der Fremden 194.
 Gemeindesteuer-Veranlagung der Schlächter 270.
 Gemeindesteuer-Veranlagung der Versicherungs-Actien-Gesellschaften 140, 240.
 Germanisches Museum in Nürnberg 136.
 Geschäftsordnungs-Änderung 142.
 Geschäftsübersicht 2.
 Gesuch um Uebernahme von Rehrichfabrik 152.

Gewährung von Darlehen 121, 133, 231.
 Grundsätze für Erhöhung des Schulgeldes 209.
 Grundstücks-Ankauf 79, 125.
 Grundstücks-Verkauf 71, 86, 141, 153, 184,
 186, 201, 263, 280.

Haushaltsrechnungen für 1886 3.
 Heranziehung Fremder zur Gemeindesteuer 194.
 Herstellung kleinerer Wohnungen 268.
 Hinterziehung von Steuern 75.
 Hoftheater, Canal am, 64.
 Hilfsarbeiter des Magistrates 78.
 Hypothek-Darlehn-Gewährung 133, 231.

Inhaberpapiere-Aufbewahrung 204.

Instandsetzung

der Fußwege an der Campestraße und am
 Leonhardsplatz 263;
 der Grünstraße 205;
 des Gänsowinkels 192;
 des Madamenweges 73.

Jahresbericht des Sparvereins für Confir-
 manden 196.

Jubiläumsfeier der städtischen Feuerwehr 73,
 79.

Klagen, s. Processen.

Koch'sches Heilverfahren 280.

Kosten eines Arbeiters-Huppens 256.

Kosten für Archiv und Bibliothek 227.

Kosten für die gesellige Vereinigung des Ge-
 sundheitspflege-Vereins 165.

Kosten für Gasröhren 79, 260.

Kosten für Reconstruction einer Thurmuhre
 126.

Kosten für Straßenbauten 120, 141, 260.

Kosten für Wasserröhren 58, 79, 123, 171,
 190, 224, 244, 260.

Landeseisenbahn 196.

Landgestütts-Erwerbung 201.

Laternen-Vermehrung 124, 164, 258.

Legat-Erwerbung 197.

Lehrer-Anstellung 194.

Lehrer-Dienstordnung 197

Lehrer-Gehaltsverhältnisse 63.

Lehrer-Normaletat 251, 269, 273.

Lehrer-Pensionirung 107, 133.

Lehrer-Personal-Zusammensetzung an der Real-
 schule 256.

Lehrer-Übernahme vom Waisenhause 243.

Männerturnverein betr. 272.

Magistratsdiener-Wahl 30.

Magistrats-Hilfsarbeiter 78.

Magistrats-Schreiber-Anstellung 191, 283.

Magregeln zur Anwendung des Koch'schen
 Heilverfahrens 280.

Militärfiscus-Zahlungsabkommen 137.

Moltke-Stiftung 229.

Nachtwachwesen-Neuregelung 106.

Nachverwilligung von Kosten 120, 141, 148,
 152, 153, 192.

Nebenamt-Übernahme 261, 279.

Neubau an der Kl. Döringstraße 138.

Neubau der städtischen Badeanstalt 127.

Niederschlagung von Abgaben zur Armen-casse
 59, 107, 166, 240.

Niederschlagung von Steuern 59.

Normaletat für Lehrer und Schuldiener 251
 269, 273.

Ober-Realschule. Zusammensetzung des Lehrer-
 personals 256.

Ortsbauplan-Änderungen 53, 64, 71, 89,
 119, 169, 170, 184, 185, 186.

Pachtvertrag zum Zwecke einer Canalanlage
 165.

Pensionirung des Bürgermeisters Wittmeyer 145.

Pensionirung von Beamten 75.

Pensionirung von Lehrern 107, 123.

Pensionsansprüche des Stadt-Secretairs 166.

Pferdebahn-Angelegenheiten 194, 215, 235,
 262.

Pflasterung des Friedrich-Wilhelmsplatzes 197.

Pflegehaus. Bau eines Kesselhauses 232.

Polizei-Verstärkung 106, 114.

Processen gegen

Anwohner der Geyßstraße 201;

Anwohner der Kramerstraße 198;
 Carousselbesitzer Litzendorff 71;
 die Fabrik-Krankencasse Concordia 140;
 die Firma Gustav Schuchhard 140;
 die Firma vorm. A. Wille & Co. 245;
 die Gesellen-Krankencasse in Salzgitter
 59;
 Malermeister Maue 246;
 Maurermeister Braun 246;
 Maurer Sach 58;
 Schachtmeister Lehmburg 245;
 Protocollführer-Wahl 133.

Reclamationen von Actien-Gesellschaften 211.
 Reclamationen von besonderen Wegegeldbei-
 trägen 194, 283.
 Reclamationen von Canalsteuer 166.
 Reclamationen von Gemeindesteuern 107, 133,
 194, 211, 270, 283.
 Reclamationen von Gemeindesteuern in der
 Recursinstanz 59, 283.
 Reglement für die Communalsteuer-Einschätzung
 150.
 Regulirung des Wendenringes 207.
 Reichstagswählerlisten-Auslegung 27.
 Rittmeyer's Pensionirung 145.
 Rohrleitung von Thiederhall 156.
 Rückzahlung von Wasserleitungsrohrkosten 224.

Sandspielplatz-Anlegung 267, 273.
 Schützenmasch, Grundflächenverkauf 186.
 Schulen, städtische, betreffend
 Classenvermehrung 81, 120, 133;
 Gebäudeerweiterung 53;
 Grundsätze für Erhebung des Schulgeldes
 209;
 Kellerverpachtung 132;
 Normal-Stat für Lehrer und Schuldiener
 251;
 Plakaterwerbung 186, 233;
 Turnhallen-Erbauung 55.
 Sparcassen-Errichtung 143.
 Sparverein für Confirmanden 196.
 Staatszuschuß-Berwendung 184.
 Stadthausbau 171, 277.
 Stadthaushaltsplan 3, 32.

Stadtparkgebäude, Erneuerung des Fußbodens
 205. 157
 Stadtplan betr. 187, 196.
 Stadtrath Meyer 148.
 Stadtsecretair-Pensionsansprüche 166.
 Stadtverordneten-Sitzungsaal 70.
 Stadtverordneten-Wahl zum Städtetage 123.
 Städtische Baumeister, Functionszulagen 162,
 203.
 Städtische Banmeister, Gehaltsverhältnisse 243.
 Steuer-Hinterziehung 75.
 Steuer-Niederschlagung 59.
 Steuer-Reclamationen 107, 133, 194, 211,
 270, 283.
 Steuer-Reclamationen in der Recursinstanz
 59, 283.
 Straßenbaukosten 26, 52, 83, 120, 141, 152,
 153, 191, 229.
 Straßenlaternen-Vermehrung 124, 164, 258.
 Straßenübernahme 70, 84, 86, 106, 119,
 122.
 Straßen und Plätze der Stadt, welche be-
 handelt sind:
 Altwiekering 141, 165;
 Amalienstraße 138;
 Autorstraße 136;
 Bergfeldstraße 120;
 Bertramstraße 164, 228;
 Campestraße 263;
 Cellerstraße 236, 261;
 Damm 69, 227;
 Döringstraße 70, 85;
 Echternstraße 185;
 Eulenstraße 106, 119, 234;
 Fallersleberstraße 119, 203;
 Fasanenstraße 124;
 Ferdinandstraße 93, 202;
 Friedrich-Wilhelmsplatz 197;
 Geyhofstraße 83, 201;
 Giersberg 125;
 Grünstraße 205, 244;
 Gildenstraße 204;
 Hagenstraße 229, 234;
 Hasenwinkel 244;
 Hedwigstraße 70, 85, 260;
 Herderstraße 263;

Gildesheimerstraße 236, 260, 261;
 Hoftheater (am) 64, 86;
 Hopfengarten 123, 202;
 Hufarenstraße 52;
 Juliusstraße 186, 242;
 Kl. Bertramstraße 247;
 Kl. Döringstraße 138, 143, 151;
 Klosterstraße 78;
 Königstiege 201;
 Körnerstraße 58, 85, 91, 263, 280;
 Kramerstraße 71, 171, 198;
 Kreuzstraße 105, 171, 190, 201;
 Kuhstraße 169;
 Kurzestraße 152;
 Lampestraße 85, 136;
 Landstraße 85;
 Langercamp 132;
 Langerhof 79, 216, 237;
 Leonhardsplatz 263;
 Leonhardstraße 68, 191;
 Limbederstraße 85, 153;
 Ludwigstraße 57, 85, 89, 171;
 Madamenweg 73, 104, 224;
 Magnithor (am) 153;
 Mandelstraße 169;
 Marienstraße 170;
 Marstall 25;
 Marthastraße 85;
 Mittelweg 57, 85, 90, 223;
 Mönchstraße 138, 203;
 Museum (am) 201;
 Neustadtring 138;
 Nordstraße 85;
 Nußbergstraße 126, 244;
 Osterstraße 55;
 Piepenstiege 186, 233;
 Prinzenweg 132;
 Reichenbergstraße 53;
 Riddagshäuserweg 123;
 Rosenstraße 126;
 Ruhfäutchenplatz 62, 86, 198, 202;
 Salzdahlumerstraße 168;
 Sandweg 53;
 Schöppenstedterstraße 244;
 Sonnenstraße 185;
 Sophienstraße 122;

Thomästraße 85;
 Wallstraße 224;
 Wehrstraße 148;
 Wendenmischtwete 85, 136;
 Wendenring 184, 207;
 Wendenstraße 170, 263;
 Wilhelmstraße 203, 231;
 Wolfenbüttlerstraße 261;
 Wolfscamp 71, 152, 153, 156, 228;
 Zimmerstraße 132.

Testamentsabgaben-Erlaß 166, 240.

Testamentsabgaben-Verwendung 205.

Thiederhaller Rohrleitung 156.

Thurnuhr-Reconstruction 126.

Tod des Stadtverordneten Reuter 272.

Turnhallen-Erbauung 55.

Ueberdeckung der Wasserfilter 267, 273.

Uebnahme von Nebenämtern 261, 279.

Uebnahme von Straßen 70, 84, 86, 106,
119, 122.

Uebnahme von Waisenhauslehrern 243.

Unternehmerwesen betr. 239.

Untersuchung der Wohn- und Hofräume 28,
162.

Unterstützung der Barbier- und Friseur-In-
nung 103.

Veränderungen auf dem alten Gaswerke 259.

Veranlagung der Schlachter zur Gemeinde-
steuer 270.

Veranlagung der Steuerpflichtigen 168.

Verkauf des neuen Stadtplanes 169. 157

Verkauf von Grundflächen zc. 71, 86, 141,
153, 184, 186, 201, 263, 280.

Vermehrung der Gemeindesteuer-Einschätzungs-
Commissionen 29, 110, 150.

Vermehrung der Polizeiorgane 106, 114.

Vermehrung der Straßenlaternen 124, 164,
258.

Verpachtung der städt. Badeanstalt 127.

Verpachtung eines Schulkellers 132.

Verpachtung von Friedhofsländerei 209.

Versicherungs-Gesellschaften-Versteuerung 140,
240.

Vertheilung von Straßenbaukosten 52.
 Vertrag mit der General-Hofintendantur
 wegen Regulirung des Ruhfäutchenplatzes
 198.
 Vertrag mit Westphal 216.
 Vertrag wegen Erwerb des Landgestüts zc.
 201.
 Verwendung einer Testamentsabgabe 205.
 Verwendung eines Bauplatzes zum Volks-
 brausebad 93, 155.
 Verwendung eines Staatszuschusses 184.
 Verwilligung von Darlehen 121, 133, 231.
 Volksbrausebad 93, 155, 202, 275.
 Vorsitzende, Wahl derselben 2.
Wahl
 der Vorsitzenden 2;
 des Protocollführers 133;
 des Stadtraths Meyer 148.
 einer Deputation zur Steuerveranlagung
 168;
 eines Beisizers zur Einschätzungs-Com-
 mission 59, 194;
 eines Excentors 166;

eines Magistratsdieners 30;
 eines Mitgliedes der Baucommission und
 des Stadtbauamtes 145;
 von Armenpfliegern 59, 107, 133, 166,
 211;
 von Bezirks-Vorstehern 59;
 von Stadtverordneten zum Städtetage
 123.
 Waisenhausländerei-Ankauf 125.
 Waisenhauslehrer-Üebnahme 243.
 Wassermesser-Controleur-Anstellung 257.
 Wasserrohrkosten zc. 58, 79, 123, 171, 190,
 224, 244, 260.
 Wasserwerk betr. 267, 273.
 Wettbewerb für den Stadthausbau 171, 277.
 Wetterhäuschen-Aufstellung 202.
Zahlungsabkommen mit dem Militairfiscus
 137.
 Zulagen für städt. Beamte 75, 193.
 Zusammensetzung des Lehrerpersonals an der
 Ober-Realschule 256.
 Zwangseinteignungen 136, 247.

1890.

(Fortsetzung der Beilage zu No. 24 de 1890 der
Braunschweigischen Anzeigen)

No. 1.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 23. Januar 1890.

Öeffentlich:

I. Geschäftsübersicht für 1889	Seite	2.
II. Wahl der Vorsitzenden	"	2.
III. Die Haushaltsrechnungen von 1886.	"	3.
IV. Der Stadthaushaltsplan für 1890	"	3.
V. Erwerb von Straßenterrain am Marktplatz.	"	25.
VI. Erstattung von Straßenbaukosten an die Landesbahn	"	26.
VII. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Beschaffung von Formularen nach den Bestimmungen des Invaliditäts- und Alters-Versicherungs- Gesetzes	"	27.
VIII. Selbstständiger Antrag der Herren Nieke und Günther auf Bereit- stellung eines größeren Raumes zur Auslegung der Reichstagswählerlisten	"	27.
IX. Desgl. auf Untersuchung zc. der Wohn- und Hofräume in hiesiger Stadt	"	28.
X. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Vermehrung der Gemeinde- steuer-Einschätzungs-Commissionen.	"	29.
XI. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf theilweise Befegung der Wahlurnen mit Arbeitern	"	29.

Vertraulich:

Wahl eines Magistratsdieners.	30.
---------------------------------------	-----

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Schöttler und Heymann, sowie Gerichtsassessor Brandes. Entschuldigt die Herren Ding, Krahe und Reuter.

Der bisherige Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet dem Herkommen gemäß die erste Sitzung des neuen Jahres und geht über zu

I. Geschäftsübersicht für 1889.

Es sind 13 Sitzungen (gegen 11 des Vorjahres) abgehalten, in welchen 250 Nummern Erledigung fanden, nämlich 200 Magistratsvorlagen, 17 Anträge und 10 Anfragen von Mitgliedern, 11 Gesuche aus der Einwohnerschaft, 6 Steuer-Reclamations-Verzeichnisse und 6 kleinere Eingänge. 191 Sachen wurden von Commissionen vorberathen und zwar 57 von der Statuten-Commission, 65 von der Finanz-Commission, 56 von der Baucommission, 11 von der Schulcommission und 2 von besonderen Commissionen, während 59 Sachen ohne commissariische Vorberathung zur Erledigung gelangten.

Unter den zur Berathung gestandenen Sachen sind hervorzuheben: Instandsetzung der städtischen Badeanstalt, Canalisirung mehrerer Straßen, Errichtung neuer Bürgerschulclassen, Ankauf verschiedener Grundstücke darunter des Landgestütsgebäudes, Erhöhung der Lehrergehälter, Contract wegen der Husaren-Casernements, Aenderungen im Stadtparke, Uebernahme der Straßenreinigung, Aenderung der Straßenpolizei-Ordnung etc., während von den eingebrachten Anträgen zu erwähnen sein dürften: Bericht einer Commission über die Reinigungsanstalt, Bahn Gifhorn — Braunschweig, Errichtung eines Volks-Brausebades, Verhütungsmaßregeln gegen die Verunreinigung der Oker etc.

Der Herr Vorsitzende knüpft hieran die Hoffnung, daß die gesammten Beschlüsse zum Segen der Stadt gefaßt seien, wie er überhaupt jedem Mitgliede der Versammlung das Zeugniß geben könne, allezeit das Beste gewollt zu haben und legt darauf sein Amt nieder.

II. Wahl der Vorsitzenden.

Herr Jasper fordert als ältestes Mitglied die Versammlung zur Neuwahl eines Vorsitzenden durch Stimmzettel auf.

Es werden 24 Stimmzettel abgegeben, von denen 21 den Namen des Herrn Semler tragen, während 1 auf Herrn Lüderßen lautet. 2 Zettel sind unbeschriftet. Herr Semler ist demnach wiedergewählt und nimmt die Wahl mit Worten des Dankes an.

Der Herr Vorsitzende läßt nunmehr zur Wahl eines Stellvertreters schreiten. Auf bezüglichen Antrag des Herrn Wolff I wird wiederum Herr Lüderßen zum stellvertretenden Vorsitzenden durch Zuruf gewählt.

Herr Lüderßen nimmt dieses Amt ebenfalls wieder an.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch den Eingang der unter VII—XI der Tagesordnung aufgeführten Anträge bekannt gegeben hatte, geht die Versammlung über zu

III. Die Haushaltsrechnungen von 1886.

Der Magistrat hat die über die Verwaltung des städtischen Haushalts geführten Rechnungen vom Jahre 1886 der Versammlung zur Prüfung übersandt und giebt Herr Büdel, welcher von der Finanzcommission mit dieser Prüfung betraut ist, die Erklärung ab, daß sich gegen die Rechnungen nichts zu erinnern gefunden habe. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß dem Rechnungsführer Entlastung ertheilt werde.

IV. Der Stadthaushaltsplan für 1890.

Ueber den gedruckt vorliegenden Haushaltsplan der Stadt Braunschweig für das Jahr 1890 berichtet namens der Finanzcommission Herr Wolff I: Da der Haushaltsplan allen Mitgliedern der Versammlung zugegangen sei, wolle er nur solche Posten aus demselben besonders hervorheben, welche der Finanzcommission einen Anlaß zur Besprechung geboten hätten. Sofern auch seitens der Versammlung bei der Durchnahme der einzelnen Etatspositionen Beanstandungen nicht erfolgen, werde wie in früheren Jahren angenommen, daß der betreffende Etatsabschnitt einstweilen stillschweigend, allerdings unter dem Vorbehalte der Genehmigung des gesammten Etats, gutgeheißen sei.

1. Etat der Stadtcasse.

a. Ordinarium.

Cap. I Cämmerei=Vermögen:

Einnahme 133 953,40 M.

Ausgabe 279 262,92 M.

Die der Stadt gehörenden verschiedenen Häuser haben der Finanzcommission insofern einen Anlaß zur Besprechung gegeben, als gemeint sei, es möchte vielleicht zweckmäßig erscheinen, den demnächstigen Wiederverkauf einiger dieser Häuser in Aussicht zu nehmen, weil die einlaufenden Miethen nicht ganz und gar der Verzinsung der aufgewandten Capitalien entsprechen. Seitens des Magistrates sei darauf erwidert worden, daß der Verkauf der Häuser in der kl. Burg nicht ins Auge gefaßt werden möchte, weil dieselben noch zu bestimmten städtischen Zwecken Verwendung finden könnten, wogegen die Veräußerung des vormaligen Collegium Carolinum, des vorm. Huch'schen Hauses und der Diensthoten-Bildungsanstalt zu geeigneter Zeit angängig erscheine, mit welcher Erklärung die Commission zufrieden gewesen sei.

Herr Lange möchte wissen, wie es sich mit den Ründigungsverhältnissen hinsichtlich der Häuser in der kl. Burg verhalte. Sofern vielleicht eines dieser Häuser zur Errichtung eines Volks-Brausebades ausersehen sei, müßte die Ründigung möglichst bald geschehen. Sodann möchte er gern erfahren, wer der Eigenthümer der Wartehalle am Kohlmarkt sei. Wenn sich die Halle im Besitze der Stadt befinde, so könnte sie mit Leichtigkeit nach einer kleinen Aenderung mit zur Errichtung einer Bedürfnisanstalt für das weibliche Geschlecht benutzt werden. Ein von der Versammlung s. B. gefaßter Beschluß auf Errichtung solcher Bedürfnisanstalten sei vom Magistrate zurückgewiesen worden, weil die Nothwendigkeit nicht habe anerkannt werden können und der Kostenpunkt zu groß sei. Ersterer Grund sei ihm unfaßbar und letzterer werde bei Durchführung seines Vorschlages hinfällig, da sich hier die beste Gelegenheit biete, inmitten der Stadt auf sehr billige Weise eine solche Anstalt zu erhalten, ohne den Warteraum wesentlich zu verkleinern, wenn man nur die Verkaufsstelle von kohlensaurem Wasser dort fortnehmen wolle.

Der Herr Vorsitzende bittet, die Etatsberathung nicht auf weiter abliegende Sachen auszudehnen, weil sonst die Berathung eine allzugroße Ausdehnung annehme; es empfehle sich vielmehr, hier nur solche Sachen vorzubringen, welche sich entweder durch eine Anregung, oder durch einen sofortigen Beschluß erledigen lassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, der Magistrat habe einen bestimmten Verwendungszweck für die Häuser in der kleinen Burg noch nicht ins Auge gefaßt, sondern sich im Einvernehmen mit der Deputation für die Gas- und Wasserwerke vorläufig nur dahin erklärt, daß jene Gebäude einen sehr guten Platz zu der Errichtung einer Centralstation für Elektricität darbieten würden. Was die Möglichkeit einer Verwendung dieses oder jenes der Häuser zu einer Volks-Brausebadeanstalt anlange, so möchte er anheingeben, die Gebäude daraufhin einmal näher anzusehen; es handle sich nur um alte Fachwerksgebäude mit kleinen, niedrigen Räumen, so daß ein Neubau billiger kommen werde, als die Instandsetzung dieser alten Häuser. Die Wartehalle auf dem Kohlmarke sei Eigenthum der Stadt, aber erbaut von der Pferdebahn-Gesellschaft.

Herr Halle hat schon im Vorjahre den Miethzins vom Keller des Altstadt-rathhauses und von dem dazu gehörenden Wohnhause als nicht genügend bezeichnet und bittet über die dieserhalb stattgehabten Erhebungen um Auskunft, da auch jetzt nur ein wenig erhöhter Betrag eingestellt sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß in Folge der gegebenen Anregung von der Städtischen Bauverwaltung ein Gutachten über den Miethwerth der dem Weinhändler Rittmeyer verpachteten Räume eingezogen sei und dieses den Miethwerth auf 3100 M. angenommen habe, welcher Betrag im Einvernehmen mit dem Pächter auch in den Etat aufgenommen worden sei. Im Uebrigen könne das

Pachtverhältniß von Jahr zu Jahr gekündigt werden. Das Grundsteuercapital jenes Gebäudes betrage 1200 M.

Herr Halle hält dem gegenüber, daß das Haus zur Grundsteuer mit 2800 M eingeschätzt sei, während dasselbe unter Zuziehung der Keller einen Grundsteuerwerth von 3300 M repräsentire. Wenn aber selbst für das Gebäude allein nur ein Miethzins von 2650 M aufkomme — die übrigen 450 M stammen aus der Vermietung der Meßgewölbe — so werde entweder eine zu hohe Grundsteuer gezahlt, oder das Gebäude zu billig vermiethet.

Herr Wolff I bemerkt, in der Berichterstattung fortfahrend, daß eine nicht unwesentliche Aenderung auf Seite 9 unter Punkt 14: „Zinsen an den Kreiscommunalfonds auf die Obligationsanleihe von 1887 zu $3\frac{1}{2}\%$ “ vorzunehmen sei, indem es sich zur Zeit der Statsaufstellung nur um ein zu verzinsendes Capital von 2 664 000 M gehandelt habe, während später noch für 850 000 M Obligationen zu Zwecken der Stadt ausgegeben seien, so daß ein, bei den Kreiscommunalcassen richtig eingestelltes Capital von 3 514 000 M und ein Zinsbetrag von 122 990 M, statt 93 240 M in Frage komme, wodurch ein Fehlbetrag von 29 750 M entstehe, der noch gedeckt werden müsse. Die Ausgabe des Cap. I erhöhe sich dadurch auf 309 012,92 M.

Sinsichtlich der Einnahmen dieses Capitels habe er namens der Finanzcommission zu beantragen, daß eingestellt werde als neue Ziffer:

6) Von städtischen Betriebsanstalten:

Reingewinn von der Gasanstalt aus dem Jahre 1889	95 483 M 50 S
„ „ dem Wasserwerke „ „ „ „	15 983 „ 53 „
	<hr/> 111 467 M 03 S,

wodurch sich die Gesamteinnahme des Capitels von 133 953 M 40 S auf 245 420 M 43 S erhöhe.

„Die Absicht dieses Antrages der Finanzcommission, welcher mit 5 gegen 2 Stimmen gefaßt wurde, ist“, wie Redner ausführt, „offen ersichtlich. Er hat den Zweck, die drohende Erhöhung der Communalsteuer von uns und unseren Mitbürgern abzuwenden und zwar durch Ueberführung der Einnahmen der bezeichneten Werke aus dem außerordentlichen in den ordentlichen Etat. Die Herren werden gehört haben, daß es sich hierbei nicht um die noch ungewissen Einnahmen des Jahres 1890, sondern um diejenigen des Jahres 1889 handelt, welches bereits hinter uns liegt und von dem behauptet werden kann, daß die angenommenen Einnahmen nicht nur inne gehalten, sondern daß sie sogar nicht ganz unwesentlich höher sein werden, als sie im Voranschlage für 1889, welcher dem Antrage der Finanzcommission zu Grunde gelegt ist, eingestellt sind. Es würde sich nun fragen: Sind wir berechtigt, diese Einstellung vorzunehmen, oder nicht? Die

Finanzcommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Versammlung hierzu berechtigt ist und zwar aus folgenden Gründen: zunächst aus dem rein theoretischen Grunde, daß „ordentliche“ solche Einnahmen sind, welche regelmäßig wiederkehren, welche also nicht aus zufälligen, vorübergehenden Titeln und Quellen, sondern aus festbegründeten, sicheren und alle Jahr wiederkehrenden Quellen, auf welche zu verzichten man weder gewillt, noch genöthigt ist, fließen. Der Unterschied zwischen ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen liegt auf der Hand, wenn man die Worte durch „regelmäßige und unregelmäßige Einnahmen“ ersetzt. Wir haben es hier aber mit einer Einnahme zu thun, die ihrem ganzen Charakter nach zu den ordentlichen Einnahmen gehört. Es ist richtig, daß wir im Jahre 1883, nachdem wir das Regulativ über das Gas- und Wasserwerk beschlossen hatten, in einer Vereinbarung hier gesagt haben, wir wollen die Einnahmen des Gas- und Wasserwerks fortan nicht in den ordentlichen Etat, sondern zu Zwecken des außerordentlichen Etats regelmäßig alle Jahr einstellen und zwar nicht die Einnahmen vom laufenden, sondern vom vorhergehenden Jahre. Früher waren dieselben überhaupt nicht in den Etat eingestellt, sondern hauptsächlich zu Ergänzungszwecken der Werke benutzt und nur gelegentlich einmal einige hunderttausend Mark in den Etat eingestellt worden.

Jetzt haben sich die Verhältnisse seitdem wesentlich geändert. Damals hatten wir einen Steuerfuß von zehn Simplen, welcher bereits während einer längeren Reihe von Jahren in Kraft war, und wir konnten uns daher den Luxus erlauben, Einnahmen, die thatsächlich ordentliche und regelmäßige sind, zu außerordentlichen Ausgabezwecken zu verbrauchen. Heute liegt die Sache aber anders. Wir haben unsere Communalsteuer vor zwei Jahren um ein Simplum erhöht, das macht für die Einheit neun Hundertstel und für das Vierfache 36 Hundertstel. Damit sind wir aber für diejenigen, welche von 7000 M ab steuern, auf 4 % der Besteuerung des Einkommens gelangt. Das ist ein außerordentlich hoher Steuerfuß, der nicht von vielen Städten erreicht wird; denn in Hamburg werden die höchsten Einkommen nur mit 3½ % versteuert. Es mußte sich also die Frage aufdrängen, ob es nothwendig und unumgänglich sei, auf dieser Bahn fortzuschreiten. Wenn wir die Steuer um ein weiteres Simplum erhöhen, so würden wir bei einem Einkommen von 7000 M und darüber auf ungefähr 4⅓ % kommen. Das ist so wesentlich, daß es wirklich im Interesse unserer Mitbürger liegt, die Frage sorgfältig zu erwägen, ob sich diese Maßregel nicht vermeiden läßt und der Kelch an uns vorübergehen kann. Wir sind deshalb auf den Gedanken gekommen, daß es nunmehr wohl an der Zeit sei, die Einnahmen aus dem Gas- und Wasserwerke mit in den ordentlichen Etat einzustellen. Was aber anderwärts in dieser Beziehung erlaubt und regelmäßig ist, kann bei uns wohl auch nicht verboten und unsolide genannt werden. Daß die Einnahmen der Werke sich zur Einstellung in den

ordentlichen Etat eignen, läßt sich auch schon aus dem Grunde behaupten, weil diese Werke heute der Stadt so niedrig zu Buche stehen, um bei ihnen einen Verlust oder schweren Rückgang nicht befürchten zu brauchen. Ich will darauf hinweisen, daß das städtische Wasserwerk, welches nach dem Berichte vom Jahre 1887 insgesamt 2803 000 M gekostet hat, im Jahre 1890 nur noch von 1548 000 M, also von ungefähr 55 % verzinst wird, während der Rest abgeschrieben, oder in Reserve vorhanden ist. Von dem Gaswerke liegen mir aus besonderen Gründen so genaue Zahlen nicht vor. Wenn man aber bedenkt, daß das alte Gaswerk, welches die Stadt bis vor Kurzem allein versorgt hat, nach dem vorliegenden Etat für 1890 nur noch ein Anlagecapital von 491 400 M zu verzinsen hat und daß dasselbe mit sämtlichen Rohrleitungen und Gasmessern nur noch mit diesem Capitale zu Buche steht, so wird die Behauptung Glauben finden, daß das alte Gaswerk ungefähr kaum zur Hälfte seines Anlagecapitals zu Buche steht. Da nun ferner vorgeesehen ist, daß die neue Anleihe für das zweite Gaswerk in ebenso ordnungsmäßiger Weise wie die alte Anleihe getilgt und auch für einen ausreichenden Reservefonds gesorgt wird, so dürfte das Beweis genug dafür sein, daß die Idee, die Einnahmen dieser Werke zu Zwecken des regelmäßigen Etats mit heranzuziehen, keine ungesunde, kühne oder verwerfliche sein kann.

Es ist nun in der Berathung der Finanzcommission seitens des Herrn Oberbürgermeisters Pockels die Einwendung erhoben worden, einmal, daß i. B. die Grundsätze über die Verwendung der Einnahmen dieser beiden Werke zwischen Magistrat und Stadtverordneten vereinbart seien und nicht einseitig geändert werden könnten, ferner, daß die Einnahmen dieser beiden Werke gewissermaßen immer eine Reserve für Schulbauten, welche uns in ziemlich regelmäßiger Wiederkehr zur Last fielen, gebildet hätten und daß endlich der Gedanke, später einmal auf die Einnahmen des Gas- und Wasserwerkes zurückzugreifen, nicht ganz von der Hand gewiesen werden solle, wenn auch jetzt der Zeitpunkt hierzu noch nicht gekommen sei, weil erst noch weitere größere Ausgaben, die bevorständen, zu tilgen wären.

Auch von einem Mitgliede der Finanzcommission ist in ähnlicher Weise hervorgehoben, daß es kaum einen Zweck habe, sich noch einmal ein Jahr um diese Erhöhung der Communalsteuer herumzudrücken, da dieselbe doch kommen müsse und es richtiger sei, sie gleich von vornherein zu bewilligen.

Darauf ist Folgendes erwidert worden: Es ist richtig, daß im Juni 1883 die Grundsätze für die Verwendung dieser Gelder zu Zwecken des außerordentlichen Etats festgestellt worden sind, aber, wie alle menschlichen Einrichtungen, Pläne und Absichten, so dürften auch diese Verabredungen und Uebereinkünfte nicht unabänderlich sein, denn andere Zeiten und Verhältnisse bringen auch andere Gesichtspunkte und Anschauungen hervor. Während man damals nicht dachte, daß man so bedeutenden Anforderungen einmal gegenüberstehen würde, liegt die Sache heute

ganz anders, denn damals war von einer Erhöhung der Communalsteuer keine Rede. Wenn die Finanzcommission vor zwei Jahren anstandslos dem Antrage auf Steuererhöhung zugestimmt hat, so lagen die Verhältnisse ganz anders: es traten neue Einrichtungen der Stadt in Wirksamkeit, wie die Canalisirung, die Uebernahme der Straßenreinigung u. und es war den dadurch entstehenden neuen Ausgaben gegenüber auch logisch richtig, daß, nachdem die Stadt zur Aufwendung derselben gedrängt und hierdurch zum Theil eine Entlastung der Hausbesitzer eingetreten war, die Gesamtheit der Bürgerschaft fühlte, für diese verbesserten kommunalen Einrichtungen auch eine erhöhte Steuer ausgeben zu müssen. Heute handelt es sich aber nur um eine Erweiterung dieser neuen Einrichtungen und wesentlich um Zwecke der städtischen Ortspolizei, welche unsere Ausgaben so bedeutend vergrößert haben. Es sind hier in der Stadt mit den sonstigen allgemeinen Ausgaben auch die Einnahmen gestiegen, denn wie beispielsweise die Communalsteuer sich bei einer gleichen Simplen-Veranlagung um 25 000—30 000 M. erhöht hat, so sind auch in demselben Verhältnisse die besonderen Ausgaben an Schullasten u. s. w. gewachsen, während in den Ausgaben für Canalisirung, bessere Beleuchtung und Reinigung der Stadt eine erhebliche Mehrbelastung eingetreten ist. Deshalb sind heute ganz andere Gesichtspunkte für uns maßgebend, als vor 2 und vor 6½ Jahren.

Von Herrn Oberbürgermeister Pockels ist auch durchaus nicht bestritten und uns jede Möglichkeit abgeschnitten worden, demnächst auf jene Einnahmen zurückgreifen zu können, er hat nur gesagt, daß er den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachte. Wenn man indessen etwas nicht grundsätzlich bestrittet und für falsch hält, dann müssen wir auch die strengste Consequenz der Sache ziehen und sagen: ist es richtig, daß wir noch warten sollen, bis die Communalsteuern weiter erhöht sind, oder sollen wir jetzt, wo wir wieder vor einer Erhöhung derselben stehen, auf das zurückgreifen, was uns gehört und wir besitzen? Das Gas- und Wasserwerk ist ein reell erworbenes Eigenthum der Stadt, welches der Stadt noch nicht viel Geld direct eingebracht hat, weil die erzielten Ueberschüsse bislang auf Verbesserungen und Erweiterungen der Werke verwendet sind. Die Werke sind stets mit der größten Uneigennützigkeit seitens der Stadt verwaltet, ja, wir sind so weit gegangen, daß wir die Gesamtheit der Consumenten an den Vortheilen der Werke theilnehmen lassen, indem wir den Gaspreis von ursprünglich 24 S. auf 18 S. ermäßigten und das Wasser zum Selbstkostenpreise lieferten. Darum wird uns die Gesamtheit der Bürgerschaft auch keinen Vorwurf machen können, wenn wir die Ueberschüsse in den regelmäßigen Etat einstellen wollen.

Es ist, wie schon hervorgehoben, auch gesagt worden, wir würden uns vielleicht doch in einem der nächsten Jahre zu der Erhöhung der Steuern verstehen müssen, wenn wir dieselbe jetzt ablehnten. Das glaube ich mit der Mehrheit der Finanzcommission nicht. Die Einnahmen aus dem Gas- und Wasserwerke sind

so außerordentlich mäßig eingestellt, daß dieselben einen nicht unwesentlichen, auf 1890 zu übertragenden Ueberschuß zurücklassen werden. Naturgemäß erweitert sich der Arbeitskreis dieser Werke mit jedem Jahre und wird man auch für die nächsten Jahre erwarten können, daß die Vergrößerung der Werke sich in den erhöhten Einnahmen voll bezahlt macht, was bis jetzt noch nicht der Fall ist, weil die Werke jetzt noch größer sind, als der Bedarf. Es ist also nicht anzunehmen, daß wir schon in den nächsten Jahren zu einer Erhöhung der Communalsteuern schreiten müssen, selbst wenn wir höhere Lasten, wie die Canalisirung und Schulden tilgung zu tragen haben. Wenn wir aber später in unabwendbarer Folge der kommenden Dinge, wie Vermehrung der Ortsstraßen, Straßendurchbrüche 2c. sagen müssen, wir haben jetzt nichts mehr, worauf wir zurückzugreifen vermögen, die Bürger können also vor einer Erhöhung der Steuereinheit nicht mehr bewahrt werden, so ist dagegen sicher nichts zu erinnern, aber, so lange wir diesen Zeitpunkt verschoben können, ist es unsere Pflicht, das zu thun.

Bei dieser Verathung ist auch von einem Mitgliede der Finanzcommission betont worden, man könnte unter solchen Umständen vielleicht eine noch stärkere, als die durch das Regulativ vorgeschriebene Reservestellung bei den Werken vornehmen. Wenn nun auch der Buchwerth beider Werke im Verhältnisse zum wirklichen Werthe ein sehr niedriger ist, so können ja trotzdem noch stärkere Abschreibungen gemacht werden. Ueber die dann erzielten Ueberschüsse der beiden Werke dürfen wir aber jedenfalls frei verfügen.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat in der Verathung der Finanzcommission ferner geäußert, daß möglicherweise auch die Regierung eine derartige Verwendung nicht genehmigen würde, ich habe aber in dieser Beziehung, ganz offen gestanden, nicht die geringsten Bedenken. Einmal kann ich keinen so großen Unterschied zwischen Anstalten wie dem Gas- und Wasserwerke und der Neustadtmühle finden — die Einnahmen der letzteren sind aber schon seit längeren Jahren unbeanstandet in den ordentlichen Etat eingestellt — und dann habe ich mir die Städteordnung angesehen, um zu ermitteln, welcher Paragraph der Regierung eine Handhabe zur Verfassung dieser Maßnahme bieten könnte. Da heißt es im §. 134:

„Findet die Staatsbehörde, daß Gesetzwidrigkeiten beabsichtigt werden, so hat sie die Aenderung des Voranschlages zu verfügen 2c. — Aus Gründen der Zweckmäßigkeit und aus Rücksichten auf das Gemeinwohl kann die Bestätigung nicht verweigert werden; es steht jedoch der Staatsbehörde zu, über etwaige Bedenken erregende Ansätze des Etats eine abermalige Beschlußfassung der Gemeindeorgane zu veranlassen.“

Eine Gesetzwidrigkeit kann aber nicht darin erblickt werden, wenn wir eine Einnahme aus uns gehörenden Werken in den ordentlichen oder außerordentlichen Etat einstellen.

Im §. 184 steht:

„Die Staatsbehörden haben im Allgemeinen darauf zu achten, daß die Verwaltung den Gesetzen gemäß geführt werde. Insbesondere sind sie, um ihrem Aufsichtsrechte Erfolg zu geben, befugt:

- 1) die von den Gemeindebehörden gefaßten Beschlüsse und erlassenen Verfügungen, insofern diese den gesetzlichen Vorschriften oder sonstigen Normen des öffentlichen Rechts zuwiderlaufen oder über die gesetzlichen Befugnisse der Communalbehörden hinausgehen, nach vorgängiger Anhörung derselben aufzuheben, zc.“

Auch der §. 187, welcher die einzelnen Fälle aufzählt, in denen die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums einzuholen ist, enthält keine hierauf bezügliche Bestimmung. Nirgends finde ich demnach einen Punkt, auf welchen die Staatsregierung zurückgreifen könnte, um uns die Einstellung jener Einnahmen in den ordentlichen Etat zu verweigern. Das Herzogliche Staatsministerium wird das aber meiner Ansicht nach umsoweniger thun, als ihm von den städtischen Behörden sofort die Etats einer großen Reihe von anderen deutschen Städten vorgelegt werden können, in denen eine solche Etatsirung für zulässig erachtet wird.

Ich möchte noch einen Punkt erwähnen, welcher in der Finanzcommission für die Annahme des Antrages mitgewirkt hat. Es ist schon mehrfach gelegentlich bei den Berathungen in der Versammlung darauf hingewiesen worden, daß eine Aenderung der Steuerscala wünschenswerth sei, indem die ganz großen Einkommen höher noch als jetzt im Verhältnisse 1:4 zu den städtischen Lasten herangezogen werden müßten. Nun kann aber das jetzige Verhältniß nicht eher geändert werden, bis eine Aenderung der Städteordnung seitens der staatlichen Organe vorgenommen ist. Sobald aber die Landesversammlung in eine Berathung der Städteordnung eintritt, wird der Zeitpunkt gekommen sein, daß einige Mitglieder, welche auch in der Landesversammlung sitzen, einen entsprechenden Antrag einbringen und ist es keineswegs ausgeschlossen, daß wir bis dahin uns mit unserer jetzigen Steuerbelastung hinziehen, während nach der Einführung der neuen Bestimmung auf Grund einer anderweiten Steuerpflicht trotz Erhöhung der Ausgaben die Mehrbelastung von einer größeren Anzahl Mitbürger abgehalten und der wohl situirten Minderheit auferlegt werden kann.

Ich glaube nunmehr alle Gesichtspunkte hervorgehoben zu haben, welche in der Commission für und wider den Antrag vorgetragen sind.“

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Meine Herren! Der Magistrat muß den Antrag der Finanzcommission, die Gewinne aus dem Gas- und Wasserwerke in den ordentlichen Etat zu übertragen, mit aller Bestimmtheit ablehnen. Wie der Herr Referent Ihnen bereits mitgetheilt hat, ist im Jahre 1883 bei Neuordnung der Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke der leitende Grundsatz auf-

gestellt worden, die Gewinne dieser Werke zur Verfügung der städtischen Behörden, jedoch ausschließlich für Zwecke des außerordentlichen Etats zu stellen. Dabei war ausdrücklich vorausgesetzt, daß die Ueberschüsse, falls die Reservefonds beider Werke zur Tragung ihrer Lasten unzulänglich sein sollten, zunächst den Werken selbst dienstbar zu machen seien, entweder durch regelmäßige Erhöhung der Reservefonds, oder durch Ueberführung zeitweiliger Mittel. Nun haben im Laufe der letzten Jahre für beide Werke ganz außerordentlich hohe Aufwendungen gemacht werden müssen. Hierbei kommt nicht in Betracht der Neubau der zweiten Gasfabrik, sowie die gleichzeitige Verbesserung und Erweiterung der alten Fabrik und des Rohrnetzes, welche Ausgaben durch eine Anleihe beschafft wurden, sondern die Belegung einer großen Anzahl neu angelegter Straßen mit Gas- und Wasserrohr. Zur Tragung dieser außergewöhnlich hohen Aufwendungen der Jahre 1888 und 1889 reichten die so wie so schon bankrotteten Reservefonds und auch die vorstufweise in Anspruch genommenen Erneuerungsfonds nicht hin, sondern es mußten dieselben aus dem Gewinne des Gaswerks bezahlt werden, so daß nach einem vorläufigen und von mir im Einzelnen noch nicht controlirten Abschlusse eine Fehlsomme der Reserve- und Erneuerungsfonds von ungefähr 360 000 M sich ergeben wird. Wir haben nämlich bei den verschiedenen Fonds rund 154 000 M in der Cassé, während mehr als 500 000 M ausgegeben sind. Diese einstweilen von dem Gewinne vorgeschossene Fehlsomme muß natürlich aus den Ueberschüssen der Gas- und Wasserwerke angesammelt und dem Reserve- bzw. Erneuerungsfonds wieder zugeführt werden; vorläufig aber ist der Gewinn, auf welchen die Finanzcommission verweisen will, gar nicht vorhanden. Wenn dieselbe aber dem Magistrate die Mittel zur Bestreitung von Ausgaben, die wir tagtäglich machen müssen, in Form einer Anweisung auf Geldmittel, welche erst in einigen Jahren vorrätig sein werden, zukommen lassen will, dann ist damit die Wirthschaftsführung und der Betrieb der Stadtcassé unmöglich, und schon aus diesem Grunde würde der Magistrat diesem Beschlusse die Zustimmung versagen müssen. Ganz abgesehen also davon, daß die Gewinne aus den Werken seiner Zeit als für außerordentliche Zwecke dienend durch einen gemeinsamen Beschluß festgestellt worden sind, also nicht einseitig diesem Zwecke entzogen werden können, sind diese Mittel, auf welche uns die Finanzcommission verweisen will, augenblicklich gar nicht vorrätig.

Die Aeußerung des Herrn Referenten, daß ich im Principe gegen die Verwendung jener Gelder zu Zwecken des ordentlichen Etats nichts einzuwenden gehabt habe, muß ich dahin richtig stellen, daß ich meines Wissens gesagt habe: wenn im Jahre 1891, wie für mich unzweifelhaft ist, die Erhebung auch von 12 Simplen zur Bestreitung unserer laufenden Ausgaben nicht mehr ausreicht, werden wir nicht sofort zu einer weiteren Erhöhung der Steuern schreiten, sondern in Erwägung zu ziehen haben, ob wir nicht zu einem Theile wenigstens den Gewinn in das

Ordinarium zu übertragen vermögen; die Gesamtheit des Gewinnes kann schon aus dem Grunde nicht in Frage kommen, weil auch unser Extraordinarium verschiedene große Aufwendungen bestreitet, die streng genommen zu den laufenden Ausgaben gehören und daher auch eigentlich durch die Steuerkraft gedeckt werden müßten. Hierbei habe ich namentlich unsere Schulbauten im Auge gehabt. Wenn Sie die Etats aus den letzten Jahrzehnten vergleichen, werden Sie finden, daß wir alle 2—3 Jahre eine neue Schule für rund 400 000 M. gebaut und zwischen- durch noch erhebliche Erweiterungsbauten an vorhandenen Schulen ausgeführt haben, so daß unsere Ausgaben für Schulbauten ganz bestimmt jährlich 170 000 bis 180 000 M. ausmachen werden. Diese Last hat das Extraordinarium bisher vermöge des Gewinnes des Gaswerks bestreiten können und nur ein verhältnißmäßig kleiner Theil ist durch Anleihen gedeckt worden; wenn wir die Ueberschüsse von den Gas- und Wasserwerken in ihrer ganzen Höhe jetzt auf das Ordinarium übertragen wollten, so würden wir die Mittel zur Erbauung neuer Schulen für die Zukunft ausschließlich durch Anleihen beschaffen müssen. Es handelt sich hier also um Ausgaben, welche wie bisher so auch in Zukunft alle 2—3 Jahre erforderlich werden und auch in kürzester Frist wieder an uns herantreten, wonach ihnen in Wirklichkeit der innere Charakter von laufenden Ausgaben beizumessen ist. Wenn wir nun diese sämmtlichen Ueberschüsse in das Ordinarium übertragen, so würden die Schulbaulasten in verhältnißmäßig kurzer Zeit so ungeheuer anwachsen, daß deren Verzinsung und Tilgung unerschwinglich sein würde, umsomehr als unsere von dem Extraordinarium getragenen Schulbaulasten nicht die alleinigen Aufwendungen desselben sind, sondern nur einen Theil der absolut nothwendigen Lasten bilden, und die Stadt neben diesen absolut nothwendigen Lasten auch noch solche Aufwendungen zu tragen hat, die zur Entwicklung der Stadt und ihrer Wohlfahrt sich als dringend wünschenswerth uns aufdrängen, das heißt Ausgaben für Verbesserungen u., die, wenn man sie vernachlässigt, dahin führen müssen, daß Braunschweig stillsteht oder zurückgeht und schließlich zu einer ärmlichen Provinzialstadt herabsinkt. Aus diesen Gründen würde der Magistrat sich mit dem Commissionsbeschlusse nicht einverstanden erklären können.

Der Herr Referent hat auch darauf hingewiesen, daß andere Städte ihre Einnahmen aus den Gaswerken zu den laufenden Ausgaben verwenden. Das ist richtig. Ich frage aber, ob ihm auch bekannt ist, ob alle diese Städte besondere Abtheilungen ihres Etats zu ordentlichen und zu außerordentlichen Aufwendungen haben, oder aber Alles aus einer Casse bezahlen und die Ueberschüsse an Ausgaben durch Contrahirung von Anleihen decken.

In Bezug auf die Möglichkeit einer dem Commissionsantrage entsprechenden Beschlußfassung gegenüber der Landesregierung, welche allerdings von der Commission in Zweifel gestellt war, hat der Herr Referent u. A. den §. 134 der revi-

dirten Städteordnung vorgelesen, aber nur in seinem ersten und letzten Absätze; es heißt dann weiter im §. 184:

„Die Staatsbehörden sind befugt:

die Ausführung von Beschlüssen und Verfügungen der Communalbehörden, insofern dadurch nach dem Daseinhalten der Staatsbehörde das Gemeinwohl gefährdet wird, einstweilen zu untersagen, und die Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums einzuholen. 2c.“

Aus meiner vorherigen Darstellung werden nun die Herren zu einem Theile die Ueberzeugung gewonnen haben, daß das Wohl der Stadt Braunschweig gefährdet wird, wenn wir die Ueberschüsse so verwenden, wie es hier vorgeschlagen ist. Weiter habe ich in der Commissionsberathung darauf hingewiesen, daß es noch nicht einmal feststände, ob wir im nächsten Jahre, selbst bei Erhöhung der Steuer auf 12 Simplen, unsere laufenden Ausgaben würden bestreiten können. Es sind nämlich verschiedene Ausgabeposten im nächsten Jahre zu verzeichnen, welche wir bisher noch nicht zu tragen, bezw. zu verzinsen hatten: zunächst eine halbe Million für das Husaren-Etablissement, dann der stetige Zuwachs der Ausgaben für die Schulen — für 1890 beträgt derselbe allein für die Bürgerschulen 30000 M — welcher sich nach Aufbesserung der Lehrergehälter noch wesentlich erhöht, ferner die im Jahre 1891 beginnende Tilgung der Anleihe de 1887, die Zinsen von neu zu contrahirenden Anleihen bezw. die Rückzahlung von Capitalien u. s. w., auch wird die Stadtverwaltung an sich nicht unerhebliche Mehraufwendungen erfordern, da wir, wie schon öfter hervorgehoben und auch von der Versammlung anerkannt ist, bei der Stadtverwaltung dauernd sehr überlastet sind. Dazu kommt, daß die Beleuchtungskosten alle Jahr ein Ertraktliches mehr betragen — wir werden Sie in dieser Beziehung auch in nächster Zeit mit einer neuen Vorlage zu begrüßen haben — so daß wir, selbst wenn manche andere laufende Posten stabil bleiben sollten, im nächsten Jahre vielleicht ein Deficit von 80000 — 100000 M im Ordinarium haben werden.

Ich bitte Sie also, dem Antrage keine Folge zu geben und ich habe zu wiederholen, daß der Magistrat eine Ueberweisung der gesamten Vorräthe aus den Einnahmen der Gas- und Wasserwerke in das Ordinarium nicht gutheißen, bezw. derselben die Zustimmung verjagen würde.

Nun ist bereits hervorgehoben, daß ein Ausgabeposten im Cap. I. den Anforderungen insofern nicht ganz entspricht, als die Obligationenanleihe von 1887, soweit sie der Stadtcasse zur Last liegt, nur zu 2664000 M, welches die Summe derselben zur Zeit der Etats-Aufstellung war, eingestellt ist, während nach der Aufstellung desselben, in den Monaten November und December, der Stadtcasse noch 850000 M nachträglich zugeführt sind, so daß sich die Zinssumme um 29750 M erhöht und wir sonach vor einem Deficit in der Höhe dieses Betrages

stehen, für welches auch der Staatsregierung gegenüber Deckung gesucht werden muß. Ich bin nun in der Lage, meine Herren, Ihnen einen Compromißvorschlag zu machen, dahingehend, daß nach Ablehnung des Antrages der Finanzcommission, aus dem Gewinne des Gaswerkes ein Betrag von 29 750 M. in das Ordinarium eingestellt wird, um dadurch das Gleichgewicht des letzteren wieder herbeizuführen. Ich habe schon hervorgehoben, daß die Reserve- und Erneuerungsfonds der Werke nicht zur Tragung ihrer Lasten haben ausreichen können und daher die Werke aus ihren Cassen dieselben einstweilen bestritten haben, wodurch sie dem Extraordinarium der Stadtcasse einen Betrag von 360 000 M. schulden. Diese Summe ist zwar zu groß, um sie ausschließlich aus den Gewinnen der Jahre 1887 und 1888, welche noch nicht abgeführt sind, zu decken, so daß der Gewinn des Jahres 1889, wie er im laufenden Etatsjahre vorgesehen ist, noch nicht voll zur Verwendung stehen dürfte; dagegen haben wir Aussicht, wenn im laufenden Jahre der Gas- und Wassercasse die Auslagen für die Belegung von Straßen mit Gas- und Wasser- röhren in genügender Höhe abgetragen sind, daß wir wenigstens einen Betrag von 29 750 M. aus dem Extraordinarium in das Ordinarium übertragen können."

Vorsitzender: „Da nach dem Etat selbst sich dieses Deficit ergibt, so würde zweckmäßig der Magistrat wohl von vornherein selbst den Antrag stellen können, sofort diesen Betrag unter die Einnahmen des ordentlichen Etats aufzunehmen, damit der Etat balancirt, denn es sind keine anderen Deckungsmittel vorhanden und das Gleichgewicht muß doch hergestellt werden.“

Herr Wolff I: „Herrn Oberbürgermeister Pockels sind die bezüglichen Verhandlungen vom 28. Juni 1883 anscheinend nicht mehr ganz gegenwärtig gewesen. Es ist richtig, daß in der ursprünglichen Magistratsvorlage der Sinn dessen, was der Herr Oberbürgermeister vorgetragen hat, enthalten war, denn der bezügliche Abschnitt lautet:

„Die . . . verbleibenden Ueberschüsse bilden den „Gewinn“ des betr. Werks und stehen zur Disposition der städtischen Behörden, zunächst für die besonderen Zwecke des betr. Werks, hiernächst aber zur Bestreitung von außerordentlichen Ausgaben der Cämmereicasse bezw. der mit der letzteren durch Zuschuß in Verbindung stehenden Specialcassen.“

Die Beschlußfassung der Stadtverordneten-Versammlung hat aber diesen Abschnitt sehr wesentlich geändert, indem unter Streichung der Worte von „zunächst“ an gesagt wurde:

„jedoch nur zur Verwendung für Zwecke des außerordentlichen Etats.“

Diesem Beschlusse hat der Magistrat zugestimmt und es war von mir damals ausdrücklich hervorgehoben, daß diese wichtige Aenderung mit Zustimmung des Magistrats vorgenommen sei. Damit hatte letzterer aber dem Bruche des Principis zugestimmt, daß der Gewinn nur zu Zwecken der Erweiterung dienen sollte und

schon damals bestand die Absicht dieser Aenderung darin, die Erweiterungen dieser Werke, soweit sie nicht aus den jährlichen Abschreibungen erfolgen konnten, durch Anleihen zu decken, und so gehört es sich auch. Wenn wir sehr bedeutende Rohr-
neugerweiterungen vornehmen, so wächst dadurch das Vermögen der Stadt auch innerlich und es ist daher nothwendig, daß dieselben nicht aus den Ueber-
schüssen, sondern, soweit der Erneuerungsfonds nicht ausreicht, aus besonderen An-
leihen bestritten werden, welche wir dem Magistrate gewiß gern zur Verfügung
stellen.

Daß eine gewisse Noth in der Casse sein mag, will ich nicht bestreiten; That-
sache ist indessen, daß der Erneuerungsfonds des Gaswerkes dem Schlachthause
noch ein Darlehen vorgestreckt hat, welches zurückgezogen werden kann. Ich glaube,
daß die vorgeführten Gegengründe nicht zutreffen, sondern daß wir vollständig be-
rechtigt sind, die Ueberführung des Gewinnes in den ordentlichen Etat vorzuneh-
men, zumal es schon im Jahre 1883 unsere Absicht war, die nothwendigen Er-
weiterungen für das Gas- und Wasserwerk aus Anleihen zu bestreiten. Herr Ober-
bürgermeister Pockels hat mit einem gewissen Scheine von Recht darauf hinge-
wiesen, daß die Ausgaben für Schulen in gewissem Sinne regelmäßige seien, da
wir alle 3—4 Jahre eine neue Schule zu bauen hätten und es sehr zweckmäßig
sei, wenn hierfür die Gelder bereit lägen. Mit den Schulen wird aber etwas
wirklich Dauerndes geschaffen und es handelt sich dabei nicht um Ausgaben, die
der Wind wegweht, sondern für welche ein sehr schönes Activum in das Vermögen
der Stadt gesetzt wird. Diese Schulen, welche mehrere hundert Jahre stehen können
— die Schule am Südklinte steht seit dem Jahre 1619 — werden nach dem von
mir vertretenen Grundsatz durch Anleihen beschafft, welche wir in 55—60 Jahren
tilgen, während wir unseren Nachkommen Werke für viele hundert Jahre hinter-
lassen, die wir jetzt schon amortisirt haben und die wir auch in Zukunft außer
unseren regelmäßigen Ausgaben amortisiren wollen.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat dann gemeint, ich hätte den §. 134 der
Städteordnung nicht richtig citirt; ich habe nur einen Zwischensatz fortgelassen, weil
ich denselben nicht für nöthig hielt, derselbe lautet:

„Werden die nöthigen Mittel zur Erfüllung bestehender Verbindlich-
keiten, welche auf Gesetzen oder sonstigen Normen des öffentlichen Rechts
beruhen, verweigert, so wird die Staatsbehörde die Gemeinde auf diesen
Mangel aufmerksam machen. Beharrt die Gemeinde auf ihrer Weige-
rung, so tritt das in dem Gesetze über die Organisation der Landesver-
waltungsbehörden vorgeschriebene Verfahren ein.“

Sodann hat Herr Oberbürgermeister Pockels auf die großen Lasten hinge-
wiesen, welche uns bevorstehen in der Zahlung der Abfindungssumme für das Hu-
saren-Etablissement, in der erweiterten Canalisation &c, aber wir bekommen für

diese Ausgaben auch wieder Activa in den Grundflächen der jetzigen Husaren-Casernen und Pferdeställe, welche wir verkaufen können. Wenn also auch eine vorübergehende Belastung da sein wird, so bezweifle ich doch, daß hierin eine Mehrbelastung für alle Zukunft liegt. Es ist richtig, daß wir auch mit der Tilgung der Anleihe von 1887 vom nächsten Jahre ab beginnen werden, aber gerade vom Herrn Oberbürgermeister selber ist darauf hingewiesen worden, daß wir dagegen in anderer Weise eine Möglichkeit zur Schuldentilgung erlangen werden, worüber ich mich heute indessen nicht näher auslassen will.

Was nun schließlich das in Vorschlag gebrachte Compromiß betrifft, so will ich für meine Person mich darüber nicht äußern, da es Sache der Versammlung sein wird, hierzu Stellung zu nehmen."

Herr Sievers: „Ich stehe ganz auf dem Standpunkte des Herrn Wolff und möchte noch darauf hinweisen, daß die Ausführungen des Magistrats in Betreff des Mißverhältnisses des Reservefonds gegenüber dem Bedürfnisse nicht ganz zutreffend sind. Wenn die aus den Werken erzielten Ueberschüsse zu Erweiterungen u. s. w. verwandt sind, so ist dieses als ein Vorschuß von Seiten der Stadtcasse zu betrachten und es sind diese Beträge jedenfalls für die Stadt verfügbar. Die vom Herrn Oberbürgermeister ausgesprochenen Bedenken sind auch wohl nicht so ganz streng zu nehmen, da ja thatsächlich über 11 000 M., wenn auch für außerordentliche Ausgaben, verfügt ist. Meiner Ansicht nach liegt eine Gefahr für die Stadt nicht vor, wenn diese Ueberschüsse, mit denen wir bestimmt zu rechnen haben, in den ordentlichen Etat eingestellt werden. Etwas Anderes würde es sein, wenn auf Ueberschüsse gegriffen werden sollte, welche im Jahre 1890 zu erwarten sind, denn in solchem Falle würde man mit unbestimmten Zahlen zu rechnen haben."

Herr Seele: „Ich muß mich Ihnen als Vertreter der Commissionäminderheit vorstellen und zwar habe ich diesen Standpunkt eingenommen, weil ich an eine Weiterentwicklung der Stadt glaube, wie wir sie bisher gehabt haben und man hierzu Geld und abermals Geld gebraucht. In solchen Zeiten soll man aber nicht zu vorsichtig sein, denn wir belasten sonst unsere Nachfolger in hervorragender Weise. Wenn gesagt worden ist, daß unsere jährlichen Einnahmen ohne Steuererhöhung um 25 000 M. wachsen, so dürfen wir mit dieser Summe nicht so sehr rechnen, weil die Ausgaben für die Schulen allein schon um 28 000 M. durchschnittlich wachsen, wodurch die Mehreinnahme schon mehr als verbraucht ist. Hierzu kommen dann noch die anderen Ausgaben, welche wir als wachsende Stadt machen müssen, wie Straßendurchbrüche, Stadthausbauten und was sonst noch in der Zukunft schwebt. Die Steigerung der Ausgaben bleibt für uns noch lange Zeit bestehen und wir können, indem wir die Einkünfte der Gas- und Wasserwerke gänzlich in das Ordinarium überführen, die Gefahr einer Steuererhöhung doch nur für

ein Jahr von uns abwenden und dann stehen wir mit leeren Cassen unserer industriellen Werke da. Wenn gesagt wird, unsere Steuerlasten wüchsen in unerhörter Weise und sie seien an sich schon ziemlich hoch, so ist dagegen in Anrechnung zu bringen, daß wir nur sehr geringe Staatslasten zu tragen haben und daß bei einem Vergleiche der Staats- und städtischen Steuern in einer preussischen Stadt wir uns doch noch besser stehen. Sofern wir diese Ueberschüsse jetzt zur Deckung der Fehlschulden verwenden, sind unsere industriellen Werke ohne erhebliche Reserven und wir verlassen uns auf Einnahmen aus industriellen Werken, mit denen allzu bestimmt niemals gerechnet werden kann. Ich weise in dieser Beziehung nur auf die Reustadtmühle hin, da es uns mit diesen Werken in ganz gleicher Weise ergehen kann, denn schon eine Erfindung vermag uns möglicherweise zu zwingen, die ganze Einrichtung unserer bisherigen Werke zu erneuern. Ich habe hierbei nicht die Elektricität im Auge, denn man kann schon jetzt übersehen, daß diese für die Gasfabrikation nicht todbringend werden wird, aber es können innere Fabrikeinrichtungen sein, welche uns zu ganz bedeutenden Ausgaben zwingen. Zum Vergleiche will ich nur die Zuckerindustrie heranziehen, in welcher manche Fabrik ihre Maschinen zwei bis drei Mal hat um- und neubauen müssen, während ihre alten Maschinen ganz werthlos wurden. Ein Großindustrieller hat mir neulich noch gesagt — und ich mache diese Anschauung auch zu der meinen —: wenn ein Etablissement neu gebaut ist und geht einmal rund um, so ist es 50 % weniger werth.

Es ist nun ferner zu fragen, wie es mit den Kohlenvorräthen steht und ob bei Ansetzung des Etats wohl darauf Rücksicht genommen ist, daß die Kohlenpreise in unverhältnismäßiger Weise gestiegen sind. Die für ungefähr vier Monate ausreichenden Kohlenvorräthe wollen wir doch nicht etwa aufbrauchen, denn sie sind angeschafft, um gegen etwaige Arbeitseinstellungen geschützt zu sein, weil andernfalls die Stadt im Dunkeln liegen müßte; deshalb müssen wir ruhig im Einkauf weiter fortfahren. Dieser Mehrpreis für Kohlen allein wird in diesem Jahre ungefähr 50 000 M verschlingen. Es stellt sich mir die Sache so vor, daß wir durch die von der Finanzcommission vorgeschlagene Verwendung der Gelder einen Aufschub von einem Jahre haben und damit kaum die Fehlschulden decken werden, während wir im anderen Falle eine ordnungsmäßige Rücklage für die Werke schaffen und den überflüssigen Gewinn für besondere Ausgaben, als Wasserversorgung, Verbesserung der Fußwege in der Außenstadt zc. verwenden können.

Ich halte es nicht für richtig, jetzt zu sagen, es sei eine Steuererhöhung nicht erforderlich, es also zu machen wie der Vogel Strauß, der, wenn eine Gefahr herannahet, den Kopf in den Busch steckt, und nachher mit allen möglichen Forderungen hervorzutreten. Das können wir vor der Bürgerschaft nicht verantworten; ich bin deshalb ganz entschieden für die Erhöhung der Steuern."

Herr Günther: „Ich bin kein Finanzmann und verstehe auch nicht viel von den verschiedenen Berechnungen; ich verstehe nur so viel davon, daß die Stadt Geld gebraucht und die Finanzcommission darauf ausgeht, dasselbe zu beschaffen, indem sie die Einkünfte aus dem Gas- und Wasserwerke direct in das Ordinarium überführt und ich finde gar nicht, weshalb das nicht geschehen soll. Wenn die Werke hierdurch einmal schlecht stehen sollten, so muß eben die Stadt Mittel zu ihrer Erhaltung schaffen; ich möchte deshalb wohl meinen, daß sich das ganz gut einrichten ließe. Gegen die Erhöhung der Simplen muß ich mich ganz entschieden erklären, weil das Deficit nach dem Vorschlage der Finanzcommission auch ohne solche Erhöhung für dieses Jahr gedeckt werden kann. Ich bin auch mit Herrn Wolff dafür, daß die höheren Einkommen noch stärker, vielleicht bis zu 6 % zur Steuer herangezogen werden, weil sich hierdurch für die Stadt eine bedeutend höhere Einnahme ohne Belastung der unteren und mittleren Volksklassen erzielen läßt. Ob diese Einrichtung noch innerhalb des laufenden Jahres durchgeführt werden kann, ist allerdings sehr fraglich, jedoch genügt es auch, wenn erst im nächsten Jahre damit begonnen wird, weil in diesem Jahre in anderer Weise Rath geschafft werden kann. Sache des Magistrats würde es sein, zu prüfen, ob bei einer stärkeren Heranziehung der höheren Einkommen bis zu 6 % einer Simplen-erhöhung aus dem Wege zu gehen ist.“

Vorsitzender: „Der Herr Referent hat schon hervorgehoben, daß eine solche Erhöhung nach den Vorschriften der Städteordnung unmöglich ist.“

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Vom Herrn Referenten ist aus den über die Organisation der Gas- und Wasserwerke im Jahre 1883 gepflogenen Verhandlungen erwähnt, daß allerdings der Magistrat in seiner Vorlage den Vorschlag gemacht habe, den Gewinn aus den Werken zunächst für die besonderen Zwecke der Werke zur Verfügung zu stellen, daß aber die Versammlung, bezw. deren Commission wohlbedacht diesen Vorschlag dahin abgeändert habe, daß der Gewinn ausschließlich zur Verfügung der städtischen Behörden stehen solle. Leider habe ich mich bei dem Durchlesen des Protocollés über die fragliche Sitzung in meiner Hoffnung, etwas über die damals stattgehabten Verhandlungen zu finden, getäuscht, denn es ist dort nichts davon niedergelegt. Der vom Magistrate damals gemachte Vorschlag, den Gewinn zunächst für die Werke selbst flüssig zu machen, ging aber nicht von ihm, sondern von der Deputation für die Gas- und Wasserwerke, in welcher doch die Finanz-Capacitäten der Stadtverordneten zu sitzen pflegen, aus und es war dabei besonders hervorgehoben, daß die Reserve- und Erneuerungsfonds der Werke zu erhöhen seien, sobald deren jetzige Dotation nicht ausreiche.“

Herr Wolff hat dann auf verschiedene Deckungsmittel hingewiesen, von denen wir aber keinen Pfennig bekommen und u. A. auch auf die Forderung des Gaswerks an das Schlachthaus. Das Böse ist dabei nur, daß das Gaswerk diese Forderung in

Wirklichkeit gar nicht besitzt, weil sie zum Vorrathsvermögen, also zum Gewinne gehört und die Stadtcasse sie nur einstweilen belegt hat. Die Forderung ist also schon in dem Deficit von 360 000 M. berücksichtigt. Bei dem Husaren-Etablissement gesteht Herr Wolff die uns bevorstehenden großen Ausgaben allerdings zu, er meint aber, wir könnten nachher durch den Verkauf der Baupläze uns schadlos halten. Sie werden sich indessen wohl erinnern, daß wir uns bei den ganzen Verhandlungen auf den Standpunkt gestellt haben, bei dem Geschäfte 500 000 M. zu legen zu müssen. Das müssen wir voll hingeben und dauernd verzinsen, bezw. tilgen, wenn die Baupläze nicht außerordentlich hoch bezahlt werden sollten. Sodann meint Herr Wolff, daß die Regierung die Genehmigung eines dem Commissionsantrage entsprechenden Beschlusses nicht versagen würde, indem er sich hierbei auf den §. 184 der Städteordnung stützt. Dieser Paragraph behandelt aber diejenigen Fälle, in denen Magistrat und Stadtverordnete einverstanden sind, während bei verschiedener Ansicht derselben der §. 105 in Frage kommt.“

Herr Wolff I: „Ich habe zunächst Herrn Seele gegenüber einige Bemerkungen zu machen. Dieser hat das Beispiel der Neustadtmühle für das mögliche Ausbleiben von Einnahmen angeführt, er übersieht dabei aber den sehr viel verschiedenen Charakter beider Anstalten: die Neustadtmühle ist ein Opfer der übermäßigen Concurrnz anderer Mühlen, die städtischen Gas- und Wasserwerke aber haben das Monopol für die Stadt Braunschweig und können deshalb gar nicht lahm gelegt werden, so daß wir es in der Hand haben, jährlich von ihnen eine Einnahme zu erzielen. Sodann habe ich zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß es sich um eine Einnahme aus dem Jahre 1889 handelt, welche in erheblich größerem Maße bereits vorhanden ist, als sie der Voranschlag nennt. Die Verhältnisse des Jahres 1890 kommen also für diesen Etat gar nicht in Betracht. Wenn Herr Seele die Besorgniß hegt, daß die Einnahmen des Gaswerkes für 1890 geringer ausfallen könnten, so wird sich derselbe erinnern, daß wir diesen Fall in der Finanzcommission sehr wohl erwogen haben; ich wollte aber hierüber eigentlich erst bei dem Gaswerke sprechen. Bei Verathung des Voranschlages für das Gaswerk kam es zur Sprache, daß der Posten „Kohlen“ schon in der Deputationsberathung Anlaß zu Bedenken gegeben habe; es wurde uns gesagt: wir haben noch große Kohlenvorräthe und außerdem haben wir den Bedarf auf so und so viele Monate gedeckt. Bei der Wiederholung dieser Bedenken in der Finanzcommission wurde entgegnet, wenn die unverhältnißmäßige Steigerung der Kohlenpreise anhalten sollte, dann haben wir es jeden Tag in der Hand, den Gaspreis zu erhöhen, denn ebenso gut, wie wir denselben den sinkenden Kohlenpreisen entsprechend heruntergesetzt haben, können wir ihn bei steigenden Kohlenpreisen auch wieder heraufsetzen. Das thut jeder Fabrikant. Der Eisenpreis ist ein höherer geworden, weil die Kohlenpreise in die Höhe gegangen sind, der Maschinenfabrikant nimmt

wieder einen höheren Preis, weil Eisen und Kohlen theurer geworden sind, und die Stadt sollte dieses Recht nicht haben? Wir übernehmen bei Einstellung desselben Gaspreises in den Etat keinerlei Verpflichtung, diesen Preis während des ganzen Jahres bestehen zu lassen, denn wenn wir einsehen, die Preise für Kohlen gehen nicht herunter, so sind wir immer noch in der Lage, im Laufe des Jahres den Gaspreis aufzusetzen. Bei der Erhöhung dieses Preises um 1 \mathcal{L} erhalten wir aber schon eine Mehreinnahme von 30 000 M jährlich.

Herr Seele hat auch gemeint, wir sollten es nicht machen wie der Strauß. Das sieht aber aus, als ob der Beschluß der Finanzcommission eine kleine Unaufrichtigkeit gegen unsere Mitbürger in sich schliesse und wir denselben etwas verhehlen wollten. Ich habe ausdrücklich hervorgehoben, daß wir allerdings auch der Ansicht seien, später Mehrausgaben leisten zu müssen und vielleicht in einigen Jahren zu einer Erhöhung der Gemeindelaften gezwungen zu sein, ich habe aber besonders hinzugefügt, daß in der Zwischenzeit die Möglichkeit vorläge, durch eine entsprechende Aenderung der Städteordnung die Steuererhöhung von der Mehrheit unserer Mitbürger auch dann noch abzuwenden. Sollte der letztere Fall nicht zutreffen, so haben wir die Erhöhung wenigstens für mehrere Jahre noch zurückgehalten.

Herrn Oberbürgermeister Pockels gegenüber kann ich nur wiederholen, daß mir genaue Zahlen nicht zu Gebote gestanden haben. Derselbe hat angeführt, wir hätten ein Deficit von 360 000 M, wozu die Anleihe der Stadt mit 600 000 M komme, was einer Schuld von einer Million Mark entspreche. Machen wir daher für die Stadtcasse eine Anleihe in diesem Betrage, so ist unsere Schuld gedeckt und der Ueberschuß gesichert. Die Zinsen können vom Gaswerke schon gezahlt werden.

Der Herr Oberbürgermeister hat dann ferner bemängelt, daß ich den §. 105 der Städteordnung nicht citirt habe. Das ist aber meinerseits absichtlich nicht geschehen. Jetzt glaube ich allerdings gegenüber der bestimmten Erklärung des Magistrats, auf den Vorschlag der Finanzcommission nicht eingehen zu wollen, verpflichtet zu sein, der Versammlung die Consequenzen eines in dieser Richtung zu fassenden Beschlusses vorzuführen. Nach der Städteordnung hat der Magistrat den Voranschlag für das neue Rechnungsjahr aufzustellen und die Stadtverordneten haben diesen Anschlag zu genehmigen, oder können denselben in einzelnen Punkten ändern. Im §. 46 der Städteordnung heißt es:

„Die Zustimmung der Stadtverordneten ist erforderlich:

1—5 u. 6, zur Feststellung des Stadtcassenvoranschlages. u.“

Wir haben denselben also zu genehmigen, wogegen der Magistrat sagen kann, was Ihr vorschlagt, erkennen wir nicht an.

Im §. 104 ist sodann vorgeschrieben:

„Der Magistrat ist verpflichtet, gesetzwidrige Beschlüsse der Stadtverordneten nicht zur Ausführung zu bringen und das Wohl der Stadt gefährdenden Beschlüssen derselben die Ausführung einstweilen zu versagen.“

Für gesetzwidrig wird der Magistrat einen derartigen Beschluß wohl nicht halten, wohl aber kann er meinen, solcher Beschluß gefährde das Wohl der Stadt. Es heißt dann im §. 104 der Städteordnung weiter:

„In beiden Fällen hat der Magistrat die Angelegenheit mit seinen abweichenden Gründen den Stadtverordneten zur nochmaligen Erwägung vorzulegen, und wenn dieselben bei ihrem Beschlusse beharren, der Staatsbehörde Anzeige zu machen.“

§. 105.

Die Staatsbehörde entscheidet auf erhobenen Widerspruch über die Gesetzmäßigkeit der von den Stadtverordneten gefaßten Beschlüsse.

Hinsichtlich derjenigen Beschlüsse der Stadtverordneten, welche nach dem Dafürhalten des Magistrats das Wohl der Stadt gefährden, wird die Staatsbehörde beide Theile zu einer Ausführung ihrer widerstreitenden Ansichten veranlassen und alsdann den Streitgegenstand in einem gutachtlichen Berichte zur Entscheidung des Herzogl. Staats-Ministeriums verstellen. Bei dieser Entscheidung hat es sein Bewenden.“

Wenn wir uns also mit dem Magistrate nicht einigen können, so würde die Folge sein, daß beide Theile ihre Ansichten dem Herzoglichen Staats-Ministerium darzulegen haben.“

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Ich möchte nur noch eins bevorworten. Das Herzogliche Staats-Ministerium hat event. nicht darüber zu entscheiden, ob der Gewinn aus dem Gas- und Wasserwerke in das Ordinarium übertragen werden soll. Die jetzt bestehende Einrichtung beruht auf einem gemeinschaftlichen Beschlusse, der nur gemeinschaftlich geändert zu werden vermag; wohl aber kann das Staats-Ministerium sagen: Ihr habt bei Ausführung eines solchen Beschlusses nicht genug Mittel.“

Herr Nieke: „Meine Herren! Es hat über diesen Punkt eine ziemlich lange und aufklärende Debatte stattgefunden. Ich fasse die Sache so auf, daß es sich hierbei nicht um ein Princip, sondern um eine Form handelt, denn in beiden Fällen kommen die Ueberschüsse zur Verwerthung für Anlagen der Stadt. Nun muß ich bekennen, daß mir der Vorschlag des Herrn Referenten der Finanzcommission als der gefälligere erscheint, weil er den Verhältnissen gegenüber den langjährigen 10 Simplen Rechnung trägt und aus diesem Grunde kann ich dem Vorschlage nur zustimmen. Anderentheils muß ich mich gegen die Erhöhung des 12. Simplums wenden, trotzdem dasselbe in einer früheren Versammlung eigent-

lich schon einmal im Principe genehmigt wurde. Jedenfalls läßt sich bei Durchführung des Stats noch manches ersparen, man möge deshalb nur erst einmal die Winkel reinschrapen, da lese ich z. B. sehr oft im Etat die Position: „Zur Verfügung des Schulvorstandes“, außerdem erinnere man sich an Kaisers Einzug, der jedenfalls sehr viel Geld gekostet hat, wenn ich auch die Summe nicht erfahren habe. Wenn man an solchen Stellen nur immer recht sparen wollte, dann hätte man die Steuererhöhung wahrscheinlich noch auf ein Jahr mit ansehen können. Der Magistrat scheint aber eine Aenderung der Städteordnung in dem vorhin angedeuteten Sinne gar nicht zu wollen, denn sonst hätte er wohl schon einmal einen bezüglichen Antrag gestellt, sondern er denkt nach Ausweis der Protocolle des Braunschw. Städtetages mehr daran, uns mit einer indirecten Steuer auf Lebensmittel zu beglücken; wenigstens haben sich verschiedene Städtetage mit dieser Frage bereits beschäftigt. Wenn hierdurch eine solche Einrichtung auch längst noch nicht Gesetz wird, so sieht man doch, wohin von jener Seite gesteuert wird. Uebrigens will ich dafür auch nicht den ganzen Magistrat verantwortlich machen, aber die Vertreter haben einen solchen Antrag gestellt. Aus diesem Grunde finde ich das Vorgehen des Magistrates in dieser Angelegenheit ganz erklärlich.“

Herr Stadtrath Götte: „Zur Richtigstellung der letzten Aeußerung will ich bemerken, daß ich in der letzten Versammlung des Städtetages zugegen gewesen bin und mich im Verein mit Herrn Haake entschieden gegen die Auffassung einiger Abgeordneten ausgesprochen habe und daß im hiesigen Magistrate derartige Regungen noch nicht vorhanden sind.“

Herr Jüdel: „Mir wäre es auch lieber, wenn eine Erhöhung der Steuer nicht nothwendig erschiene, trotzdem kann ich mich aber nicht entschließen, die Einnahmen des Gas- und Wasserwerkes in den ordentlichen Etat einzustellen. Es handelt sich hier um industrielle Etablissements, deren Einnahmen nicht regelmäßiger Art sind. Wenn auch bereits hervorgehoben ist, daß das elektrische Licht den Gasconsum nicht erheblich beeinträchtigen werde, so glaube ich doch nach den Erfahrungen der letzten Monate annehmen zu sollen, daß eine solche Concurrenz nicht mehr lange auf sich warten lassen wird, namentlich wenn eine Erhöhung des Gaspreises eintreten sollte, wenigstens liegt die Möglichkeit einer erheblichen Beschränkung des Gasconsumes vor. Hiernach erscheinen mir aber die Einnahmen aus dem Gaswerke nicht ganz regelmäßig zu sein und deshalb gehören sie nicht in den ordentlichen Etat.“

Herr Lüderßen: „Ich möchte noch um eine kleine Aufklärung bitten. Die fraglichen beiden Posten sind jetzt in das Extraordinarium eingestellt, aber Herr Oberbürgermeister Pockels meint, sie seien überhaupt gar nicht vorhanden, sondern wir

hätten sogar Schulden. Wenn dem aber so ist, so können wir die Posten doch unmöglich in das Ordinarium einstellen.“

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Die Auffassung des Herrn Vorredners ist vollständig richtig. Ich habe wohl auch ziemlich deutlich betont, daß wir von dem Gewinne augenblicklich noch nicht einen Pfennig haben und auch im laufenden Jahre keinen Pfennig bekommen werden. Daher ist es allein richtig, den Gewinn in den außerordentlichen Etat einzustellen, denn dieser kann, wenn die Einnahmen nicht richtig eingehen, durch Aufnahme von Vorschüssen Deckung suchen, was das Ordinarium nicht darf, wenn uns nicht der Vorwurf einer ungesunden Wirthschaft treffen soll.“

Herr Nieß: „Hiernach liegt die Sache so, daß für die Ausgaben, welche den Gewinn des Gas- und Wasserwerks absorbirt haben, nicht rechtzeitig Deckung geschaffen ist und daß dieses nachträglich geschehen muß, um den Gewinn als sicher in den Etat einstellen zu können. Ist der Gewinn aber nicht sicher, so ist es gleichgültig, ob Sie ihn in das Ordinarium oder das Extraordinarium einstellen.“

Herrn Fiedel möchte ich erwidern, daß, wenn es in Folge der steigenden Rohlenpreise nothwendig wird, den Gaspreis zu erhöhen, auch der Preis für die Beleuchtung durch Elektricität sich erhöht, denn um so viel das elektrische Licht theurer ist als das Gaslicht, um so viel erhöhen sich auch die Kosten des elektrischen Lichtes, so daß die Differenz zwischen beiden Kosten auch nach der Erhöhung dieselbe bleiben wird. Nach den mir gewordenen Mittheilungen kann ich die Auffassung des Herrn Fiedel hinsichtlich der Concurrnz des elektrischen Lichtes nicht theilen, obwohl ich hier nicht so eingeweiht bin. Ein hiesiger Block, der jetzt mit elektrischem Lichte beleuchtet ist, verursacht dem Unternehmer, nachdem dieser die Einkünfte von seinen Theilhabern abgerechnet hat, noch eine Ausgabe von 8700 M für sein eigenes Haus. Bei einem solchen Preise bestreite ich, daß das elektrische Licht einmal überwuchern könnte.“

Vorsitzender: „Auf Grund der Bestimmungen im §. 3 unserer Geschäftsordnung mache ich von meinem Rechte Gebrauch, die Berathung über diesen Gegenstand zu schließen, da ich die Sache für genügend erörtert halte. Wenn aber aus der Versammlung ein Antrag auf Fortsetzung der Berathung gestellt wird, so ist einem solchen Beschlusse Folge zu geben. Das Wort kann — da ein solcher Antrag nicht gestellt wird — nur noch der Herr Berichterstatter erhalten.“

Herr Wolff I: „Auf die Frage des Herrn Lüderßen hat vorhin Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der ganze Gewinn gar nicht vorhanden sei, sondern nur noch ein großes Deficit. Zum richtigen Verständnisse dieser Sachlage bitte ich Folgendes zu berücksichtigen. Wenn Jemand ein schönes Geschäft hat, in welchem er jährlich bedeutende Ueberschüsse erzielt, so wird er die Kosten einer etwaigen Geschäftserweiterung jedenfalls aus diesen Ueberschüssen bezahlen, soweit

er dieselben nicht zu seinem Lebensunterhalte gebraucht. Für das Uebrige aber macht er eine Anleihe und erweitert in dieser Weise sein Geschäft. Etwas anders liegt es bei der Stadt. Diese hat auch Ueberschüsse erzielt und jahrelang nichts aus dem Geschäfte herausgezogen, sondern sie immer wieder hineingesteckt. Nun kommt aber die Zeit, in welcher die Stadt sagt: ich will jetzt etwas haben von dem, das ich in meinem Geschäfte erübrigt habe, wenn ich also neue Anlagen zu machen habe, so leihe ich mir das Geld dazu. Wir können demnach ebenso gut, wie für ein neues Gaswerk, auch für eine neue Rohranlage eine Anleihe machen und in demselben Augenblicke stehen die Ueberschüsse zur Verfügung."

Vorsitzender: „Ich habe vorhin der Versammlung das Wort entzogen, ohne dazu befugt zu sein, indem der § 3 der Geschäftsordnung inzwischen geändert ist. Die Debatte ist demnach wieder eröffnet."

Herr Kieke: „Eine derartige Praxis war mir auch vollständig unbekannt. Ich wollte noch erwidern, daß i. B., als es sich darum handelte, die 12 Simplen in Principe zu genehmigen, gesagt wurde, wenn der Landtag oder die Gesetzgebung die Städteordnung in der Weise umändern wollte, daß die indirecte Besteuerung auf Bier und Schnaps und andere Lebensmittel gewährt würde, dann kämen wir um die Steuererhöhung weg. Aus diesem Grunde habe ich mich vorhin in der Weise geäußert."

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Dazu möchte ich bemerken, daß von einer Besteuerung des Bieres und Schnapses noch nicht die Rede gewesen."

Herr Halle: „Ich möchte noch daran erinnern, daß bei der Anregung einer Revision der Städteordnung vom Herrn Oberbürgermeister die Worte gebraucht wurden, wenn wir nicht das Recht bekämen, eine indirecte Steuer einzuführen, so sei ihm an der ganzen Revision der Städteordnung nichts gelegen."

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Das bezog sich auf indirecte Abgaben im Allgemeinen; von bestimmten und insbesondere von solchen Gegenständen, welche zu den Lebensmitteln gehören, habe ich überall nicht gesprochen."

Vorsitzender: „Ich stelle nunmehr den Antrag der Finanzcommission auf Einstellung des Gewinnes vom Jahre 1889 aus dem Gas- und Wasserwerke in den ordentlichen Etat zur Abstimmung. Wer dem Antrage zustimmt, wolle die Hand erheben. —

Ich stelle damit fest, daß der Antrag mit überwiegender Majorität angenommen ist.

Nun würde ich über den Antrag des Magistrats zum Cap. XI abstimmen lassen, nach welchem für 1890 zwölf Steuersimplen ausgeschrieben werden sollen. Der eben gefaßte Beschluß enthält mehr oder weniger die ausgesprochene Absicht der Versammlung, diese Erhöhung abzulehnen. Sollte jetzt ein solcher Beschluß gefaßt werden, so würde die Weiterberathung des Etats meiner Ansicht nach keinen Zweck haben."

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Die Sache liegt so, daß nach Ihrem Beschluße der Gewinn aus dem Gas- und Wasserwerke in den ordentlichen Etat eingestellt werden soll, wozu der Magistrat seine Zustimmung nicht giebt. Hierüber kann indessen das Staatsministerium eine endgiltige Entscheidung nicht abgeben, dasselbe kann Entscheidung nur darüber treffen, ob der Etat ohne diese von uns verweigerte Einstellung des Gewinnes im Uebrigen zu passiren vermag. Sie würden also vorbehaltlich dieser Entscheidung in der Berathung des Etats immerhin fortfahren können, jedoch möchte ich aus praktischen Rücksichten empfehlen, mit der Berathung abubrechen, weil wir diesen papierenen Gewinn nicht als baares Geld annehmen können. Sofern eine Einigung nicht zu erzielen sein sollte, würde auch die Versammlung dem Herzoglichen Staatsministerium demnächst die Gründe für ihren Beschluß mitzutheilen haben.“

Herr Rieß (zur Geschäftsordnung): „Wenn die Versammlung heute beschließt, nur 11 Simplen erheben zu lassen und das Ministerium stellt hinterher 12 Simplen ein, so ist der vorhin gefaßte Beschluß gegenstandslos geworden.“

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Es möchte sich allerdings empfehlen, über die Ausschreibung von 12 Steuersimplen abzustimmen. Ohne die 12 Simplen find wir bankrott, das muß festgestellt werden.“

Herr Wolff I: „Namens der Finanzcommission will ich noch formell den Antrag stellen, daß mit einem Betrage von 1 Million Mark 11 Steuersimplen eingestellt werden.“

Vorsitzender: „Wer für diesen Antrag unter Ablehnung des Magistratsvorschlages ist, der wolle die Hand erheben. — Der Antrag ist ebenfalls mit überwiegender Mehrheit angenommen.“

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Es ist allerdings möglich, daß der Magistrat noch Ersparungen eintreten lassen kann, z. B. hinsichtlich der Erhöhung der Lehrergehälter, durch welche ungefähr 10 000 M. mehr verausgabt werden. Sollten wir finden, daß wir zur Auskömmlichkeit von 11 Simplen auch noch in anderen Posten wesentlich sparen können, so würden wir die eingebrachte Vorlage über diese Gehaltserhöhungen zurückziehen; ich bitte deshalb, über dieselbe heute noch nicht zu verhandeln.“

Vorsitzender: „Die Etatsberathung ist abgebrochen, wir gehen deshalb zu dem folgenden Punkte der Tagesordnung über.“

V. Erwerb von Straßenterrain am Markstalle.

Durch die Einrückung des Neubaus auf dem Saalfeld'schen Grundstücke am Markstalle ist ein 8 qm großer Terraintreifen liegen geblieben, zu dessen Erwerb die Stadt verpflichtet ist. Der Magistrat ersucht um Genehmigung des Ankaufes

dieser Fläche zu dem seitens der Städtischen Bauverwaltung als angemessen erachteten Preise von insgesammt 640 M.

Die Versammlung erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, nachdem derselbe von Herrn Halle namens der Statutencommission befürwortet war.

VI. Erstattung von Straßenbaukosten an die Landeseisenbahn.

In Gemäßheit eines mit der Braunschweigischen Landeseisenbahn am 18. September 1885 abgeschlossenen notariellen Vertrages hat die genannte Gesellschaft sich verpflichtet, die sämmtlichen durch den Umbau der Geysostraße erwachsenden Kosten vorzuschießen, wogegen die Stadt diese Kosten, sobald zu ihrer Erstattung die Anlieger nach Maßgabe der Vorschriften des Ortsbaustatuts gehalten sind, von jenen einzuziehen und der genannten Gesellschaft zu überweisen hat. Außerdem ist die Stadt verpflichtet, diese Kosten zu tragen, bezw. zu erstatten, soweit die anliegenden Grundstücke bereits bebaut waren, und die von der Landeseisenbahn vorgeschossenen Kosten für Canal, Gas- und Wasserleitung dieser nach Fertigstellung der Straße zu ersetzen. Der Ausbau der Straße ist aber jetzt beendet und sind daher die Kosten festzustellen. Hierbei wird bemerkt, daß die Stadt keine Veranlassung haben dürfte, die am weitesten nach Norden gelegene Strecke der Straße in einer mittleren Länge von 29,25 m, welche auf beiden Seiten vom Terrain der Landeseisenbahn begrenzt wird und lediglich den Verkehr von der öffentlichen Straße zum Nordbahnhofe vermittelt, als Ortsstraße zu übernehmen. Für Reinigung und laufende Unterhaltung der fraglichen Strecke will die Landeseisenbahn die zu rund 65 M jährlich veranschlagten Kosten vergüten.

Es betragen nun:

- a. die Kosten für Grunderwerb 21048 M 55 S, d. i. bei einer Frontlänge von 402,50 m für den lfd. Meter 52,2945 M,
 - b. die Kosten des eigentlichen Straßenbaues 36185 M 93 S, d. i. bei einer Frontlänge von 461,00 m für den lfd. Meter 78,4944 M,
- mithin zusammen 130,7889 M für den lfd. Meter. Hiervon hat die Stadt 3197 M 79 S für das bereits bebaut gewesene Hille'sche Grundstück zu tragen.

Die Kosten für Legung des Canals betragen 3516 M 25 S, diejenigen für das Wasserrohr 1444 M 48 S und für das Gasrohr 1035 M 38 S.

Der Magistrat beantragt demnach, die Straßenbaukosten auf 130,7889 M für den lfd. Meter festzustellen und der Landeseisenbahn-Gesellschaft die eben aufgeführten Kosten für Canal, Gas- und Wasserröhren mit insgesammt 5996 M 11 S zu erstatten.

Seitens der Statutencommission, welche die Vorlage berathen hat, sind Bedenken gegen dieselbe nach dem Berichte des Herrn Semler nicht zu erheben.

Die Vorlage wird angenommen.

VII. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Beschaffung von Formularen nach den Bestimmungen des Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Gesetzes.

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, eine Abgabestelle für Formulare einzurichten, auf welchen nach den Bestimmungen des Invaliditäts- und Alters-Versicherungs-Gesetzes diejenigen Befundungen vorzunehmen sind, welche dem Arbeiterpersonale der hiesigen Gewerbetreibenden die Vorzüge der Uebergangs-Bestimmungen des gedachten Gesetzes sichern.“

Dem Zwecke des Antrages würde, wie Herr Nieß ausführt, schon entsprochen, wenn der Magistrat die Erklärung abgeben könnte, sich mit der Sache beschäftigen zu wollen, worauf

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß der Magistrat der Sache wohlwollend gegenüberzutreten werde, während eine weitere Zusage nicht gemacht werden könne.

Der Antrag wird damit als erledigt betrachtet.

VIII. Selbstständiger Antrag der Herren Niese und Günther auf Bereitstellung eines größeren Raumes zur Auslegung der Reichstagswählerlisten.

Zur Begründung dieses Antrages, welcher lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, hochlöblichen Stadt-Magistrat höflichst zu ersuchen, für die Auslegung der Wählerlisten einen größeren Raum zu nehmen, denn während der Mittagszeit ist es nicht möglich, in dem kleinen Zimmer Einsicht von den Listen zu nehmen, außerdem aber nach außen ein Placat anheften zu lassen, damit jeder Mann die Registratur, in welcher die Wahllisten ausliegen, finden kann.“

bemerkt Herr Niese, daß der zur Auslegung der Wählerlisten in Benutzung genommene Raum namentlich in den Mittagsstunden viel zu klein sei, was der Magistrat auch selbst anerkannt habe und an letzteren daher das Ersuchen gerichtet werde, zu diesem Zwecke ein größeres Zimmer zu verwenden, damit jeder Wähler auch in der Lage sei, Einsicht in die Listen zu nehmen.

Der Antrag wird nach genügender Unterstützung zur sofortigen Berathung gestellt.

Herr Oberbürgermeister Pockels würde zu dem fraglichen Zwecke gern ein größeres Local gewählt haben, wenn ihm ein solches zur Verfügung stände. Unter den vorliegenden Verhältnissen lasse sich indessen Abhilfe nicht beschaffen, zumal auch das Beamtenpersonal nicht vollständig von seinen Geschäften zurückgezogen werden könne.

Herr Niese ist der Ansicht, daß sich vielleicht ein passender Raum in der alten Stadtcasse, oder in einem anderen städtischen Gebäude finden lasse.

Nachdem noch die Herren Niese und Schwarzenberg sich zu der Sache geäußert und Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt hatte, daß die Räume in der alten Stadtcasse für den Zweck nicht geeignet seien und der jetzige Raum auch schon deshalb ausreichend erscheine, weil doch immer, selbst bei dem größten Raume, nur ein Mann die Listen einsehen könne, daß es aber einzelnen Herren allein darauf ankomme, sich möglichst große Auszüge aus denselben zu machen, welchem Zwecke dieselben aber nicht dienen sollten,

wird die Verhandlung geschlossen und der Antrag abgelehnt.

Herr Luderßen übernimmt den Vorsitz.

IX. Selbstständiger Antrag der Herren Niese und Günther auf Untersuchung u. der Wohn- und Hofräume in hiesiger Stadt.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, im Vereine mit Herzoglicher Polizei-Direction

- I. eine Erhebung über sämtliche Wohnungen der Stadt betreffs ihres Höhen- und Luftraumes,
- II. eine Untersuchung sämtlicher Höfe betreffs der Kloaken anzustellen und
- III. statutarische Bestimmungen betreffs des ersten Bezuges neuer gebauter Wohnungen baldmöglichst zu erlassen.“

Zur Begründung des Antrages führt Herr Niese aus, daß der Verein für öffentliche Gesundheitspflege sich schon wiederholt mit dem Inhalte des Antrages beschäftigt habe und es nun wohl an der Zeit sei, denselben näher zu treten. Er würde den Antrag schon früher gestellt haben, wenn ihn nicht hätte der Vorwurf treffen können, daß es an besseren Wohnungen mangle, weil die Stadt sich gegen den selbstständigen Bau von Arbeiterwohnungen ablehnend verhalte. Ein großer Theil der jetzt vorhandenen Arbeiterwohnungen, welche in den Jahren 1865—1870 aus überflüssig gewordenen Torfställen und Waschküchen entstanden seien, lasse es wünschenswerth erscheinen, einer Prüfung unterzogen zu werden, um nöthigenfalls nach Beseitigung der Wohnungsnoth ausgeschieden zu werden.

Hinsichtlich des zweiten Punktes sei zu erwähnen, daß mancher Hof nur 2 bis 3 qm halte und hiervon die eine Hälfte der Abort einnehme, während die andere Hälfte sich in einem ganz traurigen Zustande befinde. Wenn man sich die große Sterblichkeitsziffer der Stadt Braunschweig sowohl bei Epidemien (wie der Cholera u.), als auch unter gewöhnlichen Verhältnissen vergegenwärtige, so werde man sich erinnern, daß früher immer die offenen Okergräben als Ursachen angeführt seien,

während man dieselben heute nicht mehr dafür verantwortlich machen könne. Ob nun die hohe Sterblichkeitsziffer mit an den ungenügenden Kaminen liege, könne er als Laie nicht beurtheilen, jedoch hoffe er, durch entsprechende Erhebungen mehr Klarheit in dieses Dunkel gebracht zu sehen.

Was den dritten Punkt anlange, so sei es wirklich an der Zeit, in dieser Beziehung ähnlich wie in Berlin Vorschriften zu erlassen, damit nicht eben vollendete Häuser sofort bezogen werden. Der beste Beweis, daß solche häufig in sechs Wochen fertiggestellte massive Häuser noch nicht genügend ausgetrocknet seien, werde dadurch erbracht, daß an den Wänden alle Farben verschießen, weil der Kalk die Aetze und Feuchtigkeit noch nicht verloren habe. Die Ungesundheit der Luft innerhalb solcher Wohnungen bestätige sich, sobald die Ofen, selbst wenn sie noch so gut gepust seien, gleich vollständig verrosten.

Der Antrag wird nach genügender Unterstützung der Statutencommission unter Zuziehung der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

X. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Vermehrung der Gemeindesteuer Einschätzungs-Commissionen.

Wie Herr Halle zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, das Reglement, „das Verfahren bei Veranlagung der Steuerpflichtigen betreffend,“ dahin zu ändern, daß die in den §§. 3 und 5 vorgesehenen drei Commissionen auf sechs erhöht werden.“

bemerkt, sei schon verschiedentlich zur Sprache gekommen, daß in der Richtung des Antrages Wandel geschaffen werden müsse, weil bei der jetzigen Eintheilung der Einzelne allzu stark in Anspruch genommen werde, und es daher öfter vorkomme, daß die Commission nicht beschlußfähig sei, denn es sei nicht Jedem möglich, 2 bis 3 Wochen hindurch jeden Nachmittag zu Einschätzungszwecken auf dem Stadthause zuzubringen. Der Antrag bezwecke, die jetzt bestehenden drei Commissionen zu theilen und für jeden Bezirk sechs Commissionen einzurichten.

Der Antrag geht, genügend unterstützt, der Statutencommission zu.

XI. Selbstständiger Antrag des Herrn Günt her auf theilweise Besetzung der Wahlurnen mit Arbeitern.

„Die Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, bei der Besetzung der Wahlurnen zu der nächsten Reichstagswahl auch Personen aus den Arbeiterkreisen in Vorschlag zu bringen, bezw. zu veranlassen.“

Wie Herr Günt her zur Begründung dieses Antrages bemerkt, könnten die im Stadthaushaltsplane vorgesehenen Kosten für die Wahlvorsteher und Beisitzer

zum guten Theile erspart werden. Abgesehen davon, daß die an diese früher gezahlten ganz erheblichen Spesen schon aus dem Grunde fortfallen müßten, weil nach dem Gesetze eine Zahlung für jedwede Thätigkeit bei den Reichstagswahlen nicht statthalt sei, dürften auch die zu den fraglichen Geschäften bislang zugezogenen Herren ein solches Opfer nicht zu scheuen brauchen, zumal sie meistens nicht allzu sehr mit Geschäften überlastet seien und zum guten Theile halbe Tage am runden Tische sitzen. Es gebe Leute genug aus den kleinen Bürgerkreisen, welche diese kleine Mühe ohne Entschädigung machen und sie sich zur Ehre schätzen würden. Davon habe man aber bisher keinen Gebrauch gemacht, sondern die zugezogenen Herren haben sich die Ehre gut bezahlen lassen. Der Verein zur Erzielung volksthümlicher Wahlen sei nun bereit, die Kosten für etwa zugezogene Arbeiter zu übernehmen, sofern denselben directe Verluste aus der Uebernahme des Amtes erwachsen sollten. Er beantrage deshalb zu beschließen, daß die Wahlvorsteher ersucht werden, auf diesen Wunsch Rücksicht zu nehmen. Sollte dem Antrage nicht stattgegeben werden, so hoffe er doch, daß diese Anregung wenigstens dahin führe, verschiedene Herren zu veranlassen, mit Rücksicht auf die Knappheit des Stadtsäckels auf Spesen zu verzichten.

Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung und kann daher nicht zur Berathung gelangen.

Herr Oberbürgermeister Bockels will hierzu noch erläuternd erwähnen, daß er Herrn Günther vor einiger Zeit auf entsprechende Vorstellung zugesagt habe, die Frage einer Prüfung zu unterwerfen. Das sei geschehen und könne er auf Grund der Bestimmungen des Reichswahlgesetzes jetzt mittheilen, daß es nur allein Sache der Wahlvorsteher sei, die Weisiger zu erwählen und der Magistrat demnach hiermit nichts zu thun habe.

Nachdem noch das Protocoll Nr. 12 genehmigt war, wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wählt die Versammlung den Schulpedell Fritz Heider zum Magistratsdiener.

Schluß nach 7 Uhr.

1890.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 53 de 1890 der
Braunschweigischen Anzeigen)

N^o 2.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 13. Februar 1890.

Öffentlich:

I. Der Stadthaushaltsplan für 1890 (Fortsetzung)	Seite 32.
II. Festsetzung und Vertheilung von Straßenbaukosten für die Gulsarenstraße	" 52.
III. Aenderung des Ortsbauplanes an der Reichenbergstraße	" 53.
IV. Erweiterung des Schulgebäudes am Sandwege	" 53.
V. Erbauung einer Turnhalle an der Osterstraße	" 55.
VI. Kosten der Canalisation vor dem Wendenthore	" 57.
VII. Rückerstattung von Wasserrohrkosten an der Körnerstraße	" 58.
VIII. Proceß gegen den früheren Maurer Sach hieselbst	" 58.
IX. Proceß gegen die Gesellen-Krankencasse in Salzgitter	" 59.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.	
Gemeindesteuer-Reclamationen in der Recursinstanz	" 59.
Sitzung der Stadtverordneten.	
Gesuch um Niederschlagung von Steuern aus dem Jahre 1889	" 59.
Gesuch um Niederschlagung einer Abgabe an die Armen- und Wegeverbesserungs- casse	" 59.
Wahl eines Bezirks-Vorstehers und eines Armenpflegers	" 59.
Wahl eines Beisitzers zur Einkommensteuer-Einschätzungs-Commission	" 59.

Am Magistratsstische die Herren: Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer und Heymann, sowie Gerichts-Assessor Brandes.

Entschuldigt die Herren Reuter und Semler.

An Stelle des durch Krankheit am Erscheinen behinderten Vorsitzenden eröffnet und leitet der stellvertretende Vorsitzende, Herr Lüderßen, die Sitzung.

I. Der Stadthaushaltsplan für 1890 (Fortsetzung).

Die in der vorigen Sitzung abgebrochene Berathung über die Festsetzung des Stadthaushaltsplanes für 1890 wird fortgesetzt und nimmt zunächst das Wort Herr Wolff I als Berichterstatter der Finanzcommission:

„Die Herren erinnern sich wohl, daß wir in der letzten Sitzung zwei wichtige grundsätzliche Beschlüsse gefaßt haben, nämlich 1) in das Cap. I der ordentlichen Einnahme als Position 6 den Reingewinn der beiden städtischen Betriebsanstalten, des Gas- und Wasserwerks, einzustellen und 2) in dem Cap. XI die Gemeindesteuer nur in einer Höhe von 11 Steuersimplen zu bewilligen und mit einem Betrage von rund einer Million Mark in den Etat aufzunehmen. Da der verehrliche Stadt-Magistrat diesen beiden Beschlüssen Widerspruch entgegengesetzt, wurde bekanntlich die Berathung des Haushaltsplanes abgebrochen. Inzwischen hat der Stadt-Magistrat Veranlassung genommen, in einem ausführlichen Schreiben seine Meinung der Versammlung noch einmal vorzuführen und dieselbe zu bitten, von den beiden Beschlüssen zurückzutreten. Ich als Referent der Finanz-Commission habe dann versucht, in einer ausführlichen Darlegung den von der Versammlung durch diese beiden grundsätzlichen Beschlüsse eingenommenen Standpunkt nach Möglichkeit zu rechtfertigen und die Gesichtspunkte hervorzuheben, welche bei jenen Beschlüssen maßgebend waren und welche namentlich auch durch den Hinweis auf andere Städte unterstützt wurden. In der zur nochmaligen Berathung dieser Angelegenheit stattgehabten Commissionsitzung ist nun ein Ausweg folgender Art gefunden worden.

Im Laufe der Berathung kam zur Sprache, daß, gewissermaßen unter dem Drucke der Geldnoth der Stadt die Einschätzungen zur Gemeindesteuer für das Jahr 1890 etwas gründlicher und schärfer vorgenommen seien, so daß man schon aus diesem Grunde ein erhebliches Mehraufkommen an Gemeindesteuern glaube annehmen zu können.

Diese Annahme wurde aber noch wesentlich unterstützt durch Mittheilungen des Herrn Oberbürgermeisters Pockels über die thatsächlichen Erfolge des Jahres 1889. Es ist nämlich durch die dem Herrn Oberbürgermeister von Seiten der Stadtcasse gegebenen Zahlen nachgewiesen, daß schon für das Jahr 1889 eine wesentlich höhere Einnahme aus der Gemeindesteuer nicht nur vorauszu sehen, sondern thatsächlich auch eingegangen sei, als man damals im Haushaltsplane angenommen

hatte. Da nun, wie von allen Seiten bestätigt wurde, auch die Abschätzungen für das neue Jahr voraussichtlich noch eine weit größere Deckung der laufenden Einnahmen zur Folge haben würden, so ist der Vorschlag gemacht, man möge doch unter einstweiliger Zurückstellung der grundsätzlichen Frage diese Einkommensteuer für das Jahr 1890 so hoch in den Stadthaushaltsplan einstellen, daß damit der Fehlbetrag der Jahresrechnung gedeckt sei. Wenn dann wirklich am Schlusse des Jahres die Hoffnung auf volle Deckung des Fehlbetrages sich nicht ganz erfüllen sollte, so könnte man sich zwischen Magistrat und Stadtverordneten über die Deckung dieses dann verhältnismäßig nicht sehr großen Fehlbetrages immer noch einigen.

Dieser Vorschlag hat den Mitgliedern der Finanz- und Statutencommission, welch' letztere ebenfalls zugegen war, eingeleuchtet und ist derselbe dann auch einstimmig angenommen mit der Maßgabe, den Austrag der principiellen Frage einstweilen zu vertagen. Die Finanzcommission ist selbstverständlich nicht von dem Standpunkte abgewichen, welchen die Versammlung in der letzten Sitzung zum Beschlusse erhoben hat, ebensowenig ist aber auch der Magistrat von seiner Ansicht zurückgetreten. Letzterer hat nun das oben erwähnte Schreiben, in welchem er der Versammlung gegenüber seinen principiellen Standpunkt betonte, mittelst Schreibens vom heutigen Tage zurückgezogen und den Vorschlag gemacht,

- 1) im Cap. XI den Ertrag aus 11 Steuereinheiten mit 1070000 M einzustellen und
- 2) den im Cap. XIV mit 23000 M vorgesehenen Ueberschuß aus der vorjährigen Verwaltung um 30000 M, d. i. auf 53000 M zu erhöhen.

Die Herren ersehen, daß sich hierbei die Summen nur verschieben, denn während die 30000 M bei dem Aufkommen aus der Gemeindesteuer abgesetzt wurden, sind sie bei dem Aufkommen aus „Insgemein“ wieder zugelegt; so daß die Schlußsumme sich in Wirklichkeit ganz gleich bleibt. Ich glaube, daß die Mitglieder der Finanzcommission mit der kleinen Verschiebung der beiden Capitel einverstanden sein werden und in dieser Voraussetzung habe ich den Antrag zu stellen, den ersten der beiden gefaßten Beschlüsse zurückzunehmen, also aus dem Cap. I die unter Position 6 eingestellten Ueberschüsse der beiden städtischen Betriebsanstalten wiederum zu streichen. Ich will noch hinzufügen, daß die Lösung der streitigen Frage, wie ich sie kurz vorgetragen habe, allen anwesenden Mitgliedern der Versammlung und des Magistrats willkommen gewesen ist, da hierdurch vermieden wird, daß eine Streitfrage zwischen den städtischen Behörden einer anderen Behörde, nämlich dem Herzoglichen Staatsministerium, zur Entscheidung vorgelegt wird. Im Wesentlichen hat die Stadtverordneten-Versammlung ihren Zweck erreicht, indem keine höhere Steuer zur Ausschreibung gelangt, und wenn wir daher in dem Punkte nachgeben, daß wir bereit sind, die Regelung der principiellen Frage zu verschieben, so glauben

wir voraussetzen zu dürfen, daß die Erwägungen, welche im Laufe des Jahres über die künftige Gestaltung des Etats gepflogen werden können, dazu beitragen werden, die beiderseitigen Meinungen zu nähern und für die Zukunft einem wirklichen Conflict vorzubeugen. Im Laufe dieses Jahres wird die Rechnungsführung der städtischen Gas- und Wasserwerke zum Abschlusse gelangen und sobald sich diese Rechnungen geklärt haben, wird noch manches Andere mit geklärt werden. Aus allen diesen Gründen glaube ich, den Herren dringend empfehlen zu sollen, auf den Vorschlag der Finanzcommission einzugehen, zumal es nach der Meinung derselben ziemlich gewiß ist, daß die elf Steuereinheiten den Betrag von 1070000 M aufbringen werden. Es wird dieses dadurch noch wahrscheinlicher, daß auf Veranlassung des Magistrats in derselben Sitzung der Finanzcommission die Frage der Einschätzung der Actien-Gesellschaften einer Begutachtung unterzogen ist und daß jedenfalls in Folge dieser gemeinschaftlichen Besprechung eine stärkere Heranziehung derselben zur Gemeindesteuer im Laufe des Jahres erfolgen wird, wodurch dann der Erfolg der erhöhten Einstellung der Gemeindesteuer um so gesicherter erscheint."

Herr Oberbürgermeister Pockels: „Meine Herren. Ich möchte mir erlauben, zur Begründung der vom Herrn Commissions-Referenten soeben vorgetragenen Magistratsvorschläge noch einige Zahlen anzugeben. Der Haushaltsplan für 1889 hatte das Steueraufkommen aus elf Einheiten in Höhe von 955000 M berechnet und daneben die Steuerreste aus den Vorjahren zu 25000 M angenommen. In Wirklichkeit aber sind bis Ende Januar d. J. aus der Ausschreibung jener 11 Einheiten 974271 M und an Resten aus den Vorjahren 36248 M eingegangen; überdies werden von den augenblicklich noch vorhandenen Steuerrückständen aus 1889, welche sich auf 70212 M beziffern, bis zum Abschlusse der Jahresrechnung voraussichtlich noch etwa 20000 M eingehen, so daß der in derselben zu vereinnehmende Gesamtbetrag

aus 11 Einheiten auf 994271 M, und

an Resten auf 36248 „

== 1.030519 M,

d. i. auf eine den Etat um rund 50500 M überschreitende Summe jetzt berechnet werden darf. Es ist dieses das Ergebniß, welches wir auf Grund einer von der Stadtcasse bis Ende Januar aufgestellten Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1889 gefunden haben.

Dieses bei Aufstellung der Haushaltspläne für 1889 und für 1890 nicht erwartete, ganz außergewöhnliche Wachsthum der Steuerkraft berechtigt zu der Annahme, einerseits, daß der in den diesjährigen Etat mit 23000 M eingestellte Ueberschuß aus der Verwaltung des Ordinarii für 1889 die Höhe von etwa 53000 M erreichen und andererseits, daß im laufenden Jahre der Ertrag aus elf

Steuereinheiten, zumal wenn — wie der Magistrat zu beantragen bereits beschlossen hat — die Actien-Gesellschaften fortan mit einem höheren Procentsatze ihres Reineinkommens, als seither, sollten besteuert werden, sich auf 1 070 000 M. belaufen würde. Darnach balancirte der vom Magistrate vorgelegte Etat und bliebe nur die Fehlsomme von 29 750 M., welche sich aus der vermehrten Verzinsung der angelegenen Capitalien ergibt, zu decken.

Ich bin nun der Meinung, m. H., daß es wirthschaftlich ganz unbedenklich sei, einen verhältnißmäßig nicht erheblichen Betrag von rund 30 000 M. einstweilen ungedeckt zu lassen und sich die Entschließung darüber, wie dieses Deficit des Stadthaushaltsplanes von 30 000 M. demnächst zu decken sei, vorzubehalten. Sobald der definitive Abschluß der Rechnung vom Jahre 1889 erfolgt sein wird, können wir genau übersehen, ob wir den von uns erwarteten Ueberschuß von 30 000 M., oder gar noch mehr zu übertragen vermögen. Wir hoffen, bis dahin noch manchen Anhalt dafür zu bekommen, daß durch Ersparungen oder Mehreinnahmen ein derartiger Betrag recht gut vorgesehen werden kann. Unter solchen Umständen gebe ich anheim, in die Berathung des Stadthaushaltsplanes von Neuem einzutreten.“

Herr Lange: „Ich habe zunächst meiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß es gelungen ist, die Differenz ohne Zuziehung des Herzogl. Staatsministeriums in befriedigender Weise zu beseitigen. Was die Steuerfrage selbst anbelangt, so freue ich mich sehr, daß die in Folge verschärfter Einschätzungen erzielte Mehreinnahme bereits ausreicht, das vorhandene Deficit zu decken. Wenn nun aber auch jetzt eine stärkere Einschätzung stattgefunden hat, so würde diese für spätere, an uns herantretende größere Ausgaben dennoch nicht ausreichen und es würde sich vielleicht doch empfehlen, späterhin unter größerer Entlastung der unteren Steuerclassen insbesondere die höheren Einkommen mehr und wirksamer als jetzt zur Steuereinschätzung heranzuziehen, wie das in Preußen bereits geschieht, woselbst in Form einer Staats-Einkommensteuer die Einkommen über 3000 M. in aufwärts steigender Scala besteuert werden. Diese Staatseinkommensteuer beträgt mit der Communalsteuer zusammen z. B. in Magdeburg ca. 7 % vom Einkommen, sodasß bei dem Fehlen der ersteren es gewiß zulässig sein dürfte, zur Deckung unserer naturgemäß wachsenden communalen Bedürfnisse, die Communalsteuer, insbesondere für die höheren Einkommen zu erhöhen, vielleicht nach unserer jetzigen Scala aufwärts steigend ebenfalls bis zu 7 % des Einkommens. Da eine derartige Aenderung die Genehmigung der Landesvertretung bedingt, so möchte ich an diejenigen Herren aus der Versammlung, welche zugleich Mitglieder der Landesversammlung sind, die Bitte richten, diese Sache dort einmal zur Sprache und zum Austrage zu bringen.“

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Commissionsantrag fast einstimmig angenommen.

Der Herr Vorsitzende hält es für seine Schuldigkeit, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß Herr Wolff I als Commissions-Referent zur Begründung des in der vorigen Sitzung gefaßten Beschlusses ein so reiches Material mit so großer Sorgfalt zusammengetragen habe, um hierdurch die höchste Anerkennung zu verdienen. Wenn nun auch dieses Material nicht mehr officiell zur Verwendung komme, so werden doch die in demselben gegebenen mannigfachen Anregungen nicht verloren gehen.

Das Cap. I, Cämmerei-Vermögen, ändert sich in Folge nachträglicher Einstellung eines Zinsbetrages von 29 750 M in seiner Ausgabe von 279 262 M 92 S, auf 309 012 M 92 S, während die Einnahme mit 133 953 M 40 S bestehen bleibt.

Cap. II. Kirchliche Zwecke:

Einnahme —, Ausgabe 3438,50 M.

Cap. III. Unterrichtswesen:

Einnahme 300 228,91 M, Ausgabe 789 344,41 M.

Die Beschlußfassung erfolgt nach Genehmigung der Specialetats für die verschiedenen Schulen.

Cap. IV. Kunst und Wissenschaft:

Einnahme —, Ausgabe 9414,90 M.

Wie Herr Wolff I als Berichterstatter der Finanzcommission ausführt, müsse es für jeden Braunschweiger eine große Freude sein, daß sich in der Stadtbibliothek eine außerordentlich werthvolle Incunabeln-Sammlung vorgefunden habe. Auf die bei Berathung dieses Capitels angeregte Frage, ob die Sachen auch gegen Feuer-gefahr versichert seien, habe müssen erwidert werden, daß eine solche Versicherung nicht zulässig erscheine, daß indessen die Aufbewahrung eine so zuverlässige sei, um an eine Feuer-gefahr nicht denken zu brauchen.

Cap. V. Armenpflege:

Einnahme 108 800 M, Ausgabe 261 700 M.

Die Beschlußfassung erfolgt nach Erledigung des Specialetats M. IX.

Cap. VI. Medicinalwesen:

Einnahme —, Ausgabe 1070 M.

Cap. VII. Vereinszwecke und Volksfeste:

Einnahme 616,67 M, Ausgabe 2579,67 M.

Herr Günther stellt hierzu den Antrag, den in einer früheren Versammlung allerdings schon bewilligten Zuschuß für die Schützengesellschaft, welcher sich auf das Jahr 1889 bezieht, zu streichen, da dieselbe im vorigen Jahre ihr Schützenfest nicht abgehalten habe und daher auch einen Zuschuß nicht erwarten könne. Am besten würde es sein, der Gesellschaft einen Zuschuß überhaupt nicht mehr zu bewilligen.

Herr Stadtrath Metemeyer hält es nicht für angängig, einen solchen Beschluß zu fassen, nachdem der Schützengesellschaft auf Grund des früheren Be-

schlusses schon mitgetheilt sei, daß sie jenen Zuschuß für das Jahr 1889 in diesem Jahre erhalten solle.

Herr Reiche bittet, dem Antrage schon aus dem Grunde nicht Folge zu geben, weil durch das Schützenwesen auch die Zusammengehörigkeit der einzelnen deutschen Länder immer mehr gefestigt werde, indem sich gelegentlich der deutschen Bundesschießen die Deutschen aus Nord und Süd aus Ost und West treffen und begrüßen. Das Schützen- und das Turnwesen seien für ihn nach dieser Richtung hin von sehr großem Werthe, weshalb er beide gern unterstütze.

Herr Günther beantragt mit Rücksicht darauf, daß an dem früher gefaßten Beschlusse doch schwerlich etwas geändert werde, den diesjährigen Zuschuß zu streichen.

Herr Nieß fragt an, ob ein solcher Antrag überhaupt zulässig erscheine, nachdem doch die absehbaren Zuschüsse der Stadtverwaltung auf Antrag des Magistrats bereits früher gestrichen seien und der damalige Referent der Versammlung, Herr Heymann, welcher dem Schützenwesen nichts weniger als grün gegenüberstände, selbst beantragt habe, es bei den damaligen Abstrichen bewenden zu lassen, weil bezüglich dieser Posten das Recht der Absetzung zweifelhaft sei und der Schützen-gesellschaft anscheinend ein Recht darauf zustehe. Wie nun angesichts dieser Verhältnisse Herr Günther immer wieder auf diesen Punkt zurückkommen könne, das sei eine Sache, deren Einsicht sich ihm verschließe.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß der Antrag jedenfalls zulässig sei, wenn auch die hier vorgetragenen Verhältnisse ein Motiv sein könnten, sich bei der Abstimmung darnach zu richten.

Der Antrag wird darauf mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

Cap. VIII. Feuerlöschwesen:

Einnahme 14225 M.,

Ausgabe 51800 M.

Cap. IX. Ortspolizei:

Einnahme 29693 M.,

Ausgabe 239278 M.

Herr Lange vermißt hier eine Steigerung der Ausgaben an Nachtwächterlöhnen, da schon im vorigen Jahre von ihm eine Vermehrung der Nachtwächter namentlich vor den Thoren als durchaus nothwendig befürwortet sei. Bei der stetig zunehmenden Ausdehnung der Stadt und der wachsenden Unsicherheit vor den Thoren — er erinnere nur an die vielen Diebstähle an der Pawelstraße und der Wilhelmithor-Promenade, bei welchen noch kein Dieb gefaßt sei — erscheine es dringend wünschenswerth, die Zahl der Nachtwächter zu vergrößern.

Herr Oberbürgermeister Pockels weist darauf hin, daß die Ordnung des Nachtwachwesens bei der Herzoglichen Polizei-Direction liege und daher von dortaus

bezügliche Verbesserungsanträge zu stellen seien; er wolle indessen dort einmal zur Erwägung vorstellen, ob eine Vermehrung der Anzahl der Nachtwächter geboten erscheine.

Herr Wilke schließt sich den Lange'schen Ausführungen an. Vor dem ganzen Wilhelmithore seien nur zwei Nachtwächter und es gebe daselbst Straßen, die überhaupt gar nicht begangen werden, aus welchem Grunde die Nachtwächterzahl vergrößert werden müßte. Er habe auf das vorhandene Bedürfniß schon vor Jahren hingewiesen und sei von Herrn Bürgermeister Rittmeyer stets getröstet worden.

Herr Oberbürgermeister Pockels will daran erinnern, daß vom Magistrate ein Plan in der Richtung ausgearbeitet gewesen sei, das Nachtwachwesen von der Herzoglichen Polizei-Direction abzulösen und dem Magistrate in eigene Verwaltung zu geben, welchen Vorschlag indessen das Herzogliche Staatsministerium abgelehnt habe.

Herr Lange richtet an den Magistrat die Bitte, bei der Herzoglichen Polizei-Direction zur Sprache zu bringen, daß Nachtwächter nicht zum Hundefangen benützt werden, da man sich nicht vorstellen könne, daß ein Mann, der am Tage Hunde fange, in der Nacht als Nachtwächter voll seine Schuldigkeit zu thun vermöge.

Herrn Halle will scheinen, daß nicht nur die Zahl der Nachtwächter, sondern die ganze Organisation derselben einer Aenderung bedürfe. Man treffe manches Mal zwei, drei Nachtwächter an einem Plage und dann wieder stundenlang nicht einen einzigen, so daß er sich gedacht habe, es lasse sich schon durch eine schärfere Controle — vielleicht durch Aufstellung von Controleuhren zc. — Manches erreichen. Jedenfalls wolle er eine Anregung in der Richtung gegeben haben, daß das Nachtwachwesen einer Aenderung dringend bedürftig sei.

Herr Wilke möchte anheimgeben, die in Aussicht genommene Bedürfnisanstalt vor dem Steinthore nach dem Muster der Anstalt am Steinthore und nicht derjenigen am Kohlmarke herzustellen. Bei dieser Gelegenheit wolle er auch noch darauf hinweisen, daß das Pissoir am Hagenmarke Abends völlig im Dunkeln stehe und man dasselbe zu dieser Zeit nicht ohne Gefahr, sich zu beschmutzen, benutzen könne.

Herr Günther befürwortet die Aufstellung der neuen Bedürfnisanstalt vor dem Magnithore, da am Steinthore sich eine solche bereits befinde.

Herr Bollmann macht darauf aufmerksam, daß sich die für die Bedürfnisanstalt am Hagenmarke bestimmte Laterne an der nahen Kirchenecke befinde.

Herr Kieke bemerkt, daß die zu der gleichen Anstalt vor dem Wendenthore gehörende Laterne sehr weit von derselben entfernt und es daher groß nöthig sei, hier Wandel zu schaffen.

Cap. X. Straßen- und Canalbau:

Einnahme 2800 M,

Ausgabe 34 265 M.

Wie der Herr Referent erläutert, sollen die Kosten hier rückwirkend für 1889 gedeckt werden. Die Pflasterung neuer Straßen werde sich wesentlich auf den Ruhfäutchenplatz beschränken. Im Uebrigen habe man sich darauf gefaßt zu machen, daß dieses Capitel alljährlich noch zunehme.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann letztere Befürchtung nicht theilen, wenn er auch Herrn Wolff insofern recht geben müsse, als die Canalabgaben sich gegenüber den bisherigen Beträgen wesentlich erhöhen werden, sobald die Stadt einmal, wie es nicht unmöglich, ja sogar wahrscheinlich sei, dazu getrieben werde, das Rieselsystem einzuführen.

Herr Wolff I hatte bei seiner Bemerkung namentlich den Umstand im Auge, daß der Zuschuß der Stadt sich schon durch die regelmäßige Zunahme der Anschlüsse, durch die Ausdehnung des Canalnetzes u. erheblich vermehre.

Cap. XI. Gemeindesteuern und sonstige Abgaben:

Einnahme 1 122 000 M,

Ausgabe 3680 M.

Dieses Capitel wird am Schlusse zur Berathung verstellt.

Cap. XII. Staatsbedürfnisse u.:

Einnahme 107 600 M,

Ausgabe 19 150 M.

Herr Günther glaubt annehmen zu sollen, daß in den Kosten der Aufstellung der Wählerlisten für den Reichstag u., welche auf 1500 M bemessen seien, auch die Entschädigung für die Wahlvorsteher und Beisitzer einbegriffen sei. Nach §. 10 des Gesetzes dürfe aber für solche Functionen eine Vergütung nicht gezahlt werden, weshalb er vorschläge, die fragliche Summe verhältnißmäßig herabzusetzen.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß die Position nach den bisherigen Erfahrungen nicht ausreichen werde, zumal wegen Kürze der zur Aufstellung gelassenen Zeit die Listen gegen besondere Entschädigung angefertigt seien. Was nun die Entschädigung für die Wahlvorsteher u. anlange, so könne dabei von einer Vergütung nicht die Rede sein; die betr. Personen erhalten nur einen Betrag für ihre Beköstigung, weil man ihnen nicht gut zumuthen könne, sich auch noch aus eigener Tasche für den Tag zu beköstigen. Früher haben die Herren diese Kosten liquidirt, worauf die Versammlung bei der nachträglichen Bewilligung derselben das Ersuchen an den Magistrat gerichtet habe, den Theilnehmern einen festen Satz von fünf Mark zu geben. Dabei sei es geblieben und erscheine es ihm nicht im mindesten zweifelhaft, daß eine solche Entschädigung durchaus zulässig sei.

Herr Günther ist von einem derartigen Beschlusse der Versammlung nichts bekannt, wenn er auch wisse, daß früher ganz bedeutend von den Wahlvorstehern liquidirt und in Folge dessen beschlossen sei, denselben ein Fixum zu geben. Trotzdem möchte er wünschen, daß die Herren in Rücksicht auf den schwachen Stadtsäckel so viel als möglich auf jene Entschädigung verzichten und sich die Arbeiter zum Vorbilde nehmen, welche derartige Arbeiten unentgeltlich thun und dazu noch durch Versäumung der Arbeit ein Opfer bringen.

Herr Ramdohr weiß, daß die Wahlvorsteher und Beisitzer den Ueberschuß von der Vergütung nach Abzug der Kosten des Mittagessens in vielen Fällen zu milden Zwecken, wie der Brunonia u., abgegeben haben, so daß von einem Gewinne nicht die Rede sein könne. Außerdem rechneten die Besizer der Säle schon mit Rücksicht auf die geringe Vergütung für die Hergabe derselben darauf, daß etwas verzehrt würde.

Cap. XIII. Stadtverwaltung:

Einnahme 26 300 M,

Ausgabe 164 562 M.

Hierzu stellt Herr Wolff I namens der Finanzcommission und im Einverständnisse mit dem Stadt-Magistrate den Antrag, die Remuneration des Protocollführers der Versammlung mit Rücksicht auf die alljährlich wachsenden Leistungen desselben von 750 M auf 900 M jährlich zu erhöhen, welcher Antrag von der Versammlung angenommen wird.

Herr Wilke richtet die Anfrage an den Magistrat, ob demselben auch die wirklichen Einnahmen der städtischen Executoren bekannt seien. Es lese sich im Etat ganz unschuldig, wenn es da heiße, daß an Gehalt für die Executoren 990 M bis 1290 M gezahlt werde; in Wirklichkeit seien jedoch die Einnahmen ganz andere. Beispielsweise habe das letztjährige Einkommen betragen bei Winterbeck 3733 M, Pahl 4098 M, Kahl 4684 M, Mühlenhausen 3640 M, Brennecke 3497 M und Niemann 3270 M. Wenn man diese Einkommensbeträge lese, dann staune man allerdings und finde es andererseits erklärlich, daß bei dem Freiwerden eines solchen Postens die Bewerber bei den Stadtverordneten Sturm laufen. Da viele studirte Beamte kaum ein höheres Einkommen besitzen, so müsse man zu der Ueberzeugung kommen, daß hier ein Mißverhältniß liege und Remedur zu schaffen sei, denn entweder bringe die hohe Einnahme einen zu starken Dienst mit sich, oder die Straffsteuer sei zu hoch bemessen.

Herr Stadtrath Netemeyer weist darauf hin, daß eine Herabsetzung der Gebühren von den städtischen Behörden nicht beschlossen werden könne, weil die Gebührensätze von der Regierung festgesetzt seien.

Herr Buchler bringt in Vorschlag, für die Arbeiter in den größeren Fabriken eine Zählstelle in der Nähe zu errichten, damit erstere in den Stand gesetzt

werden, ihre Steuern ohne Kürzung der Arbeitszeit einzuliefern. Die rechtzeitige Bezahlung der Steuern scheitere häufig an dem Umstande, daß den Arbeitern die Zeit zur Ablieferung fehle und sie daher lieber die Strafgebühr bezahlen, als daß sie ihre Arbeitszeit unterbrechen.

Herr Stadtrath Ketemeyer hält diesen Vorschlag wohl für gut gemeint, aber nicht für praktisch durchführbar, weil man in solchem Falle vier bis fünf neue Zahlstellen, d. h. kleine Stadtcassen mit einem zur Quittungsleistung berechtigten Beamtenpersonale schaffen müsse, was der vermehrten Ausgaben wegen nicht angängig sein möchte. Besser wäre es, wenn die Fabrikanten sich mit ihren Arbeitern ins Einvernehmen setzten und denselben sagten, wir wollen Eure Steuern am Vierteljahrsschlusse mit einzahlen und den Betrag derselben allmählig von Eurem Lohne in Abzug bringen, dann würde dem Uebelstande der verspäteten Einzahlungen gründlich abgeholfen.

Herr Buchler giebt zu, daß dieser Plan besser sei, als der seinige, wenn auch sein Rath sehr wohlmeinend gewesen wäre.

Herr Frahe fragt an, ob die Einzahlung der Restsummen auf Steuern immer noch in der Föddenstraße stattzufinden habe. Es sei jedenfalls hart für die Steuerzahler, wenn sie nach langem Warten und Drängen auf der Stadtcasse endlich an die Reihe kommen und dann die Mittheilung erhalten, daß sie ihre Reste in der Föddenstraße zu bezahlen haben.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß sich dieses Verfahren nur auf die Staatssteuer beziehe, welche die Stadtcasse bis zu dem Zeitpunkte der zwangsweisen Einziehung mit erhebe und hinterher an die Staatscasse abführe. Wenn nun nach dieser Ueberweisung der Steuern noch Jemand auf der Stadtcasse einzahlen wolle, so müsse er natürlich abgewiesen werden, und habe dann noch einen ferneren Weg zu machen. Mit Rücksicht auf die erhebliche Zunahme der Stadtcassengeschäfte habe der Magistrat geglaubt, einen Antrag des Herzoglichen Finanz-Collegiums auf Uebernahme der nachträglichen Annahme solcher Steuern ablehnen zu sollen. Für die Stadt liege keinerlei Verpflichtung vor, diese ihr nicht zukommende Arbeit zu übernehmen.

Herr Sievers meint, daß die Verzögerung der Einzahlung von Staatssteuern hauptsächlich mit durch den Steuernachlaß der beiden letzten Monate herbeigeführt sei, weil die Leute in vielen Fällen nur vergessen hätten, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sobald erst allgemein bekannt sei, daß die Listen auf der Stadtcasse im letzten Vierteljahre nach einem Monate geschlossen werden, möchten wohl derartige unliebsame Vorkommnisse mehr und mehr fortfallen.

Herr Reiche hält es für bedenklich, das Einkommen der Executoren nach irgend einer Seite hin einschränken zu wollen, weil der Dienst derselben ein heikler und unangenehmer sei. Wenn man die Executoren knapper stellen wollte in ihren

Nebeneinnahmen, so sei zu befürchten, daß bei ihnen das Interesse am Dienste mehr und mehr schwände, wodurch die Stadtcasse nur Schaden haben könnte. Andererseits dürften die vorhin genannten Einkommensbeträge nicht überall maßgebend sein, weil in ihnen bei einzelnen Executoren auch das Aufkommen aus dem Privatvermögen enthalten sei. Im Uebrigen tragen die Steuerzahler selbst die Schuld, wenn die Executoren eine hohe Einnahme erzielen, denn nur der säumige Zahler erhöhe das Einkommen derselben. Aus den kleinen Eintreibungen der Arbeitersteuern verdienen sie sich keine Reichthümer, aber wenn selbst große Geschäftsleute sich die Steuern aus dem Hause abholen lassen, dann dürfte man sich über die hohen Einnahmen nicht wundern.

Herr Günther hat Klagen über das hohe Einkommen der Executoren auch schon gehört, jedoch lasse sich so lange daran nichts ändern, wie Steuerreste vorhanden seien, wenn man nicht das Einkommen heruntersetzen wolle. Die in Vorschlag gebrachte Einrichtung weiterer Zahlstellen erscheine der Arbeiter wegen überflüssig, weil diese gar nicht zu den Hauptrestanten gehören; ebenso halte er den von Herrn Stadtrath Metemeyer gemachten Vorschlag für unpraktisch, weil er von den Arbeitern doch unliebsam aufgenommen werden würde. Letztere hegen gegen einen großen Theil der Arbeitgeber Mißtrauen und wickeln daher ihre persönlichen Angelegenheiten am liebsten selber ab, wenn damit auch nicht gesagt werden solle, daß es nicht einige wohlwollende und uneigennütige Fabrikanten gebe.

Herr Rieke beantragt, für die Einrichtung eines gewerblichen Schiedsgerichtes den Betrag von 5000 M noch in den Etat einzustellen, damit nicht die Errichtung eines solchen in Folge Mangels an den erforderlichen Geldmitteln hinausgeschoben werden müßte.

Herr Stadtrath Metemeyer hält letzteren Grund nicht für stichhaltig, weil keine Gemeinde sich der Einsetzung eines Schiedsgerichtes zu entziehen vermöchte, sobald solche durch Reichsgesetz angeordnet sei und wenn das Geld dazu angeliehen werden müßte.

Herr Günther meint, daß das Gesetz solchen Zwang nicht ausüben, sondern die Einrichtung der gewerblichen Schiedsgerichte den Gemeinden überlassen werde.

Herr Wolff I bittet den Antrag abzulehnen, weil die städtischen Behörden, sobald die Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte für zulässig oder wünschenswerth erachtet werde, die erforderlichen Mittel jeden Augenblick bewilligen könnten, ohne daß im Etat etwas dafür vorgesehen sei.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch darauf hingewiesen hatte, daß die Versammlung sich im Principe bereits für die Errichtung eines gewerblichen Schiedsgerichts ausgesprochen hätte,

zieht Herr Rieke seinen Antrag zurück.

Die Ausgabe des Cap. XIII ändert sich durch die Erhöhung der Remuneration des Protocollführers auf 164 712 M.

Cap. XIV. Insgemein:

Einnahme 27 311,93 M., Ausgabe 13 983,51 M.

Dem Magistratsantrage gemäß wird der Posten 1 der Einnahme von 23 000 M auf 53 000 M und damit die Gesamteinnahme auf 57 311,93 M und der Posten 4 der Ausgabe um 100 M auf 1663,51 M, mithin die Gesamtausgabe auf 14 083,51 M erhöht. Letztere Abänderung wird vorgenommen, um mit einer runden Fehlsomme von 30 000 M abschließen zu können.

Wiederholung.

Einnahme 1 464 500 M., Ausgabe 1 494 500 M.

Fehlbetrag 30 000 M.

Diese Summen ergeben sich unter Berücksichtigung der von der Versammlung bei den einzelnen Etatcapiteln vorgenommenen Aenderungen.

b. Extraordinarium:

Cap. I. Bewegung des Stammvermögens:

Einnahme 1132,17 M., Ausgabe 1132,17 M.

Cap. II. Vorrathsvermögen:

Einnahme 461 467,03 M., Ausgabe —.

Cap. III. Verkaufte bezw. angekaufte Grundstücke:

Einnahme 100 100,8 M., Ausgabe 67 467,83 M.

Cap. IV. Erstattete Vorschüsse, bezw. Bauten und öffentliche Anlagen.

Einnahme —, Ausgabe 500 600 M.

Herr Lange fragt an, wie weit die Ausführung des von der Versammlung bereits am 18. October 1888 genehmigten Magistratsantrages auf Regulirung der Thurmuhren nach Mayrhofer's System gediehen sei, worauf

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß dem Magistrat die Verzögerung dieser Angelegenheit selber unangenehm sei. Nach den dem Vertragsabschlusse vorangegangenen Verhandlungen wäre die Deutsche Central-Uhren-Gesellschaft verpflichtet worden, mit den Arbeiten im vorigen Sommer zu beginnen. Durch die Umwandlung des Unternehmens in eine Actien-Gesellschaft und durch die Verzögerung der Anerkennung des Patentes habe sich die Sache bis jetzt hingezogen, jedoch solle nach den gemachten Versprechungen noch in diesem Winter mit der Anlage begonnen werden und seien auch bereits Techniker aus Berlin hier gewesen, um die Kirchthürme u. zu besichtigen. Die städtischen Behörden in Berlin haben Mayrhofer, bezw. der Gesellschaft die Uhrenregulirung für Berlin ebenfalls über-

tragen und erfreue sich die Erfindung in Sachverständigenkreisen ganz bedeutender Anerkennung.

Cap. V. Insgemein:
Einnahme 6500 M., Ausgabe —.

Wiederholung:
Einnahme, Ausgabe
569 200 M.

2. Stats der mit der Stadtcasse in Verbindung stehenden Verwaltungen.

I. Städtische Realschule:

Einnahme und Ausgabe 76 449,41 M., Fehlsomme 33 500 M.

II. Städtische höhere Mädchenschule.

Einnahme und Ausgabe 70 980 M., Fehlsomme 25 000 M.

III. Städtische Mädchenschule

Einnahme und Ausgabe 48 422 M., Fehlsomme 20 000 M.

IV. Lehrerinnen-Seminar:

Einnahme und Ausgabe 5 100 M., Fehlsomme 2050 M.

V. Bürgerschulcasse.

Einnahme und Ausgabe 547 228 M., Fehlsomme 400 200 M.

Wie der Herr Berichterstatter bemerkt, hat sich der Magistrat hinsichtlich der Erhöhung der Lehrergehälter eine besondere Vorlage vorbehalten, welche sich zweckmäßigerweise vielleicht im Anschlusse an diese Statsabtheilung berathen lasse.

Herr Oberbürgermeister Pockels ist in der Lage mitzutheilen, daß inzwischen die Genehmigung der Staatsbehörde zur Erhöhung dieser Gehaltssätze eingegangen sei und daß begreiflicherweise die betheiligten Lehrer und Lehrerinnen wünschen, die zugebilligten Zulagen allnachgerade auch wirklich zu erhalten. Wenn nun natürlicherweise die Gehälter im Monat Januar und Februar noch nach den bisherigen Sätzen gezahlt seien, so erscheine es wohl unbedenklich, daß die Versammlung, sofern sie heute über die Magistratsvorlage noch nicht verhandeln könne, den Magistrat wenigstens ermächtigte, vom 1. März ab die erhöhten Gehaltssätze, auch für die beiden vorausgegangenen Monate zahlen zu lassen.

Herr Schwarzenberg erklärt sich namens der Schulcommission bereit, sofort über die Magistratsvorlage zu berichten, wenn die Versammlung damit einverstanden sei. Da Widerspruch nicht erfolgt, wird in die Berathung dieser Vorlage eingetreten.

Der Magistrat hat der Versammlung mittelst Schreibens bekannt gegeben, daß er den von derselben beschlossenen Abänderungen der Magistratsvorschläge zur Verbesserung der Gehaltsverhältnisse der seminaristisch vorgebildeten Lehrer an den

hiesigen Bürgerschulen seine Zustimmung erteilt und sich auch damit einverstanden erklärt habe, daß das Höchstgehalt der ordentlichen Lehrerinnen auf den Betrag von 1700 M gebracht werde. Die Gesamtaufbesserungen erfordern nun eine Mehrausgabe von 11850 M für das Jahr 1890, während der Etat zu solchem Zwecke nur die Summe von 9300 M zur Verfügung stelle. Das Ersuchen des Magistrats geht dahin,

- 1) die etatmäßig zur Verfügung stehende Summe von 9300 M definitiv zu bewilligen und
- 2) zu beschließen, daß die Fehlsomme von 2550 M den etwaigen Ueberschüssen aus der Verwaltung der Bürgerschulcasse für 1890 und bei deren Unzulänglichkeit dem Dispositionsfonds der Stadtcasse entnommen werde.

Die Schulcommission giebt die Genehmigung der Vorlage anheim, indem namens der Commission Herr Schwarzenberg noch bemerkt, daß allerdings einige Lehrerinnen Gehaltsaufbesserungen in der Höhe von 448 M, 420 M u. s. w. erhalten und es vielleicht zweckmäßig gewesen wäre, denselben nicht sofort die ganze Zulage zuzuerkennen, daß indessen die Schulcommission keinen Grund habe, einen dahingehenden Antrag zu stellen.

Die Versammlung nimmt die Vorlage an.

VI. Lüttge-Harder'sche Mädchenschule:

Einnahme und Ausgabe 790 M, Fehlsomme 290 M.

VII. Städtische Turnhalle:

Einnahme und Ausgabe 1650 M, Fehlsomme 200 M.

VIII. Städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule:

Einnahme und Ausgabe 34800 M, Fehlsomme 14450,50 M.

Außer dieser von der Stadtcasse und der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde zu deckenden Fehlsomme leistet noch die Herzogliche Haupt-Finanzcasse einen Zuschuß von 13300 M, so daß sich der gesammte Zuschuß auf 27750,50 M beläuft.

IX. Armen-Casse:

Einnahme und Ausgabe 261700 M, Fehlsomme 152900 M.

X. Straßenreinigungs-Institut:

Einnahme und Ausgabe 109650 M, Fehlsomme 85028 M.

XI. Wegebau-Casse:

A. Unterhaltung.

Einnahme und Ausgabe 77600 M, Zuschuß 44000 M.

Die Einnahme aus Testamenten und Contracten konnte um 6000 M höher angesetzt werden mit Rücksicht auf das mit Sr. Königl. Hoheit dem Herzoge von Cumberland getroffene Abkommen.

B. Neubau:

Einnahme und Ausgabe 307 500 M,

Fehlsumme 150 000 M.

Außer den Uebertragungen aus dem Neubauetat für 1889 sind hier folgende Straßenbauten für 1890 neu aufgenommen: Verlängerte Limbeckstraße zwischen Bieweg- und Campestraße, Klosterstraße zwischen der Pflegehausstraße und der Verbindungsstraße zur Petristraße, Petristraße zwischen der Gellerstraße und der Verbindungsstraße zur Klosterstraße und Kreuzstraße westlich der Landeseisenbahn. — Unter „Sonstige Aufwendungen“ ist die Anschaffung einer Dampfstraßenwalze für 13 500 M vorsehen.

In allen diesen Punkten beantragt die Finanzcommission, die Genehmigung auszusprechen, namentlich auch in Bezug auf die Walze, welche sich voraussichtlich als sehr nützlich insofern erweisen werde, als sie billiger und schneller arbeite.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hierzu, daß die bereits im Betriebe befindliche Dampfwalze nicht etwa schon angekauft, sondern nur geliehen sei. Die mit derselben seither gemachten Erfahrungen könne man nur als außerordentlich günstige bezeichnen und zwar nach der technischen, wie der finanziellen Seite hin.

XII. Städtisches Gaswerk:

Einnahme 766 450 M,

Ausgabe 668 843,50 M,

Ueberschuß 97 606,50 M.

Die Steigerung des Aufkommens aus dem Gasconsum beträgt, wie Herr Wolff I weiter berichtet, gegen die Ansätze des Vorjahrs ungefähr 1 %, jedoch lasse sich eine weit bessere Steigerung erwarten. Ebenso werde sich allerdings auch die Ausgabe mit Rücksicht auf die hohen Kohlenpreise noch vermehren, obwohl schon für einen Theil des Jahres eine Deckung an Kohlen stattgefunden habe. Es werde in solchem Falle wohl nichts weiter erübrigen, als den gesteigerten Preisen des Rohmaterials gegenüber auch eine Steigerung des Gaspreises eintreten zu lassen. Wie vorsichtig der oben vermerkte Ueberschuß gegriffen sei, zeige schon ein Vergleich mit den Zahlen des Executionssetats für 1888, welcher mit einem Ueberschusse von 161 000 M abschließe. Wenn auch zu jener Zeit die Verzinsung des neuen Gaswerkes noch nicht stattgefunden habe, so sei doch jetzt andererseits auch eine erhöhte Einnahme aus dem vermehrten Gasverbrauch in Rechnung zu ziehen. Immerhin dürfe also mit einiger Zuversicht auf eine ganz angenehme Steigerung des obigen Ueberschusses gerechnet werden.

Herr Lange fragt an, ob unter den für 1890 neu aufzustellenden 60 Straßenlaternen auch die Laternen für die Hedwig-, Döring-, Sophien- und Cammannstraße, sowie für die Hagenmarkts-Apothek und die Gieselerbrücke einbezogen seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß die Deputation sich bereits mit der Frage, in welchem Umfange die Straßenbeleuchtung zu erweitern oder zu verbessern sei, beschäftigt habe. Wenn nun auch erst in einigen Wochen der Versammlung eine entsprechende Vorlage zugehen könne, so solle doch im Interesse der betr. Straßenbewohner mit dem Aufstellen einiger von der Deputation genehmigter Laternen sofort nach dem Aufgehen des Eises begonnen werden, sofern hiergegen kein Widerspruch aus der Versammlung erfolge. Nach dem Beschlusse der Deputation würden zunächst aufzustellen sein

in der Hedwig und Döringstraße	12 Laternen,
an der Gieselerbrücke	2 "
" " Hagenmarkt's-Apothekē	1 Laterne,
" " Cammannstraße	1 "
" " Sophienstraße	1 "
am Büldenwege	1 "
<hr/>	
zusammen	18 Laternen.

Der Magistrat halte es für erwünscht, wenn die Versammlung sich hierüber aussprechen und die vorläufige Genehmigung zur Aufstellung der Laternen erteilen wollte.

Herr Günther regt nochmals die Aufstellung von Laternen am Hopfengarten an, da die dortigen Zustände sehr trauriger Natur seien. Die Fußwege, wenn von solchen überhaupt die Rede sein könne, habe man angedeutet durch große Steine, über welche die Passanten in der Dunkelheit leicht zu fallen vermöchten. Die Aufstellung von Straßenlaternen — und wenn auch vorläufig nur mit Petroleumlampen — erscheine dort dringend nothwendig.

Der Herr Vorsitzende stellt fest, daß ein Widerspruch nicht erfolgt sei und die Versammlung daher den Magistrat bei Einbringung einer entsprechenden Vorlage nicht im Stiche lassen werde.

XIII. Städtisches Wasserwerk.

Einnahme 210 860 M., Ausgabe 199 336,77 M.
 Ueberschuß 11 523,23 M.

In der Berichterstattung fortfahrend, erläutert Herr Wolff I, daß die Ausgabe für die Unterhaltung der Wassermesser sich dadurch erheblich gesteigert habe, daß die Garantiezeit mit Ende 1889 abgelaufen sei und nun die vorkommenden Reparaturen aus eigenen Mitteln der Stadt bestritten werden müßten. Gegenüber dem Abschlusse des Executionsetats für 1888, welcher einen Ueberschuß von 34 000 M. aufweise, sei hier in vorsichtigster Weise nur ein solcher von 11 500 M. eingestellt worden.

XIV Neustadtmühle.

Einnahme und Ausgabe 33 000 M.

Der Abschluß dieses Stats sei ein recht trauriger, indem dieses Mal ein Ueberschuß nicht eingestellt werden könne. Da indessen angenommen werden dürfe, daß der in Folge übermäßiger Concurrenz eingetretene Rückgang der Einnahmen nicht dauernd sein werde, so empfehle es sich nicht, schon jetzt eine Aenderung in den Verhältnissen dieses Unternehmens ins Auge zu fassen.

Damit ist der Stadtcassen-Stat erledigt und kann nunmehr zu der Beschlußfassung über die noch ausstehenden Capitel desselben geschritten werden.

Zunächst wird das Cap. III „Unterrichtswesen“ genehmigt. Im Anschluß hieran theilt Herr Wolff I eine vergleichende Uebersicht des von der Stadt für jedes Schulkind zu leistenden Zuschusses mit. Derselbe stellt sich wie folgt:

	im Jahre	
	1889	1890
an der städtischen Realschule auf	67 M	71 M
„ „ „ „ höheren Mädchenschule	44 „	48 „
„ „ „ „ Mädchenschule	37 „	42 „
„ „ „ „ Bürgerschule	35 „	37 „

Für die Kinder der Bürgerschule tritt dazu noch ein Zuschuß von 3 M aus dem Kreisfonds und der Klosterreinertragscasse, so daß sich der Gesamtzuschuß auf 38 M bezw. 40 M pro Kind und Jahr beläuft.

Das Cap V „Armenpflege“ gelangt ebenfalls zur Annahme. Cap. XI „Gemeindesteuern zc.“ wird dem Magistratsantrage gemäß dahin abgeändert, daß die Einnahme von elf Steuerfimplen mit 1 070 000 M in den Stat eingestellt wird, wodurch sich die Gesamteinnahme dieses Capitels von 1 122 000 M auf 1 092 000 M ermäßigt.

3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushalts für 1890
einschließlich der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung
stehenden städtischen Verwaltungen:

Cap.	Verwaltungszweig	Einnahme		Ausgabe		Ueberschuß		Fehlsumme	
		M	ℒ	M	ℒ	M	ℒ	M	ℒ
I.	Cämmereivermögen . . .	133 953	40	309 012	92	—	—	175 059	52
II.	Kirchenwesen	—	—	3 438	50	—	—	3 438	50
III.	Unterrichtswesen	—	—	489 115	50	—	—	489 115	50
IV.	Kunst und Wissenschaft .	—	—	9 414	90	—	—	9 414	90
V.	Armenpflege	—	—	152 900	—	—	—	152 900	—
VI.	Medicinalwesen	—	—	1 070	—	—	—	1 070	—
VII.	Bereinswesen und Volks- feste	616	67	2 579	67	—	—	1 963	—
VIII.	Feuerlöschwesen	14 225	—	51 800	—	—	—	37 575	—
IX.	Ortspolizei	29 693	—	239 278	—	—	—	209 585	—
X.	Straßenbau	2 800	—	34 265	—	—	—	31 465	—
XI.	Gemeindesteuern u. . . .	1 092 000	—	3 680	—	1 088 320	—	—	—
XII.	Staatszuschüsse u. Staats- bedürfnisse	107 600	—	19 150	—	88 450	—	—	—
XIII.	Stadtverwaltung	26 300	—	164 712	—	—	—	138 412	—
XIV.	Insgemein	57 311	93	14 083	51	43 228	42	—	—
Zusammen		1 464 500	—	1 494 500	—	1 219 998	42	1 249 998	42
Fehlsumme		30 000 M				30 000 M			

Der Stadthaushaltsplan der Stadt Braunschweig für das Jahr 1890 wird damit nach Maßgabe des vorstehenden, rücksichtlich der von der Versammlung beschlossenen Aenderungen berichtigten Hauptabschlusses festgestellt.

Der Herr Berichterstatter theilt darauf der Versammlung eine

U e b e r s i c h t

über den procentualen Antheil der einzelnen Capitel an den Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Stadthaushalts
mit, welche zu folgendem Ergebnisse gelangt.

A. Einnahme:

	1889	1890
Gemeindesteuern	85,12 $\frac{0}{100}$	87,07 $\frac{0}{100}$
Staatzuschüsse	6,80 "	7,08 "
Insgesamt	2,16 "	3,45 "
Fehlsumme	5,92 "	2,40 "
	<u>100 $\frac{0}{100}$</u>	<u>100 $\frac{0}{100}$</u>

B. Ausgabe:

	1889	1890
Gämmerevermögen	12,35 $\frac{0}{100}$	14,00 $\frac{0}{100}$
Kirchenwesen	0,30 "	0,27 "
Unterrichtswesen	39,64 "	39,13 "
Kunst und Wissenschaft	0,77 "	0,75 "
Armenpflege	13,80 "	12,23 "
Medicinalwesen	0,09 "	0,09 "
Vereinswesen zc.	0,13 "	0,16 "
Feuerlöschwesen	3,88 "	3,01 "
Ortspolizei	14,55 "	16,77 "
Straßenbau	3,10 "	2,52 "
Stadtverwaltung	11,39 "	11,07 "
	<u>100 $\frac{0}{100}$</u>	<u>100 $\frac{0}{100}$</u>

Es würde nunmehr einer Berathung zu unterwerfen sein:

4. Der Anhang.

I. Canalbaucaſſe.

A. Neubau:

Einnahme und Ausgabe 592 500 M.

Aufzunehmende Anleihe. 583 000 M.

Die in Ausſicht genommenen Canalbauten umfaſſen folgende Straßen

a. im Innern der Stadt:

Bruchſtraße, Prinzenweg, und eine Theilſumme für den Vorfluthcanal in dem Straßenzuge von der Bammelsburgerſtraße, am Wendenthore, Wilhelmſtraße;

b. in der Außenſtadt:

Limbeckerſtraße zwiſchen Charlotten- und Campeſtraße, Giersbergſtraße, Altewiekring, Am Hopfengarten; Kibbaggshäuserweg, Wendemannſtraße zwiſchen Lampe- und Reichenbergſtraße, Gellerſtraße, Petriſtraße,

Verbindungsstraße zwischen Petri- und Pflegehausstraße, sowie zwischen dieser und der Goslarschenstraße, Pflegehausstraße, Sidonienstraße, Goslarschenstraße bis zum Königstiege, Klosterstraße, Höfenstraße, Kreuzstraße westlicher Theil, Bülteweg, Gaußplatz, Gliesmaroderstraße zwischen Esernens- und Spielmannstraße, Madamenweg zwischen Ring- und Goslarschenstraße und Juliusstraße.

B. Unterhaltung:

Einnahme und Ausgabe 82 000 M., Zuschuß 23 000 M.

Herr Lange richtet die Anfrage an den Magistrat, ob die in Aussicht gestellten Vorarbeiten zur Beantwortung der Frage, ob das Röckner-Rothe'sche Reinigungsverfahren durch das Berieselungsverfahren zu ersetzen sei, in Angriff genommen worden.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Dem Magistrate sei allerdings eine umfassende Denkschrift des Oberingenieurs Wittgau vorgelegt, welche nachzuweisen versuche, daß die Einführung des Berieselungssystems sich für unsere Stadt billiger stellen werde, als die definitive Einführung des jetzt nur für einen Theil der Stadt bestehenden Reinigungssystems nach Röckner-Rothe. Diese Denkschrift weise auch gleichzeitig darauf hin, an welcher Stelle das nöthige Areal zu erwerben sein möchte. Das hierbei vorwiegend in Betracht kommende Areal sei augenblicklich noch nicht frei und würde wahrscheinlich der Stadt eine ziemlich große Entschädigungslast auferbürden, sofern es überhaupt möglich sein sollte, dasselbe schon vorher aus der Pacht zu ziehen. Da außerdem die Angelegenheit von der technischen Seite aus noch nicht hinlänglich geprüft worden, so lasse sich für jetzt nur erklären, daß sich die Frage bei dem Magistrate in Verhandlung befinde und es noch dahin stehe, ob und wann das Project zur Ausführung kommen werde, wozu die Versammlung demnächst noch ihre Zustimmung zu geben habe. Redner halte es seinerseits für dringend geboten, zunächst einmal mit der Canalisirung der Innenstadt vorzugehen und erst dann als Schlußstein die Rieselfrage zur Erledigung und zum Austrage zu bringen.

II. Städtisches Schlachthaus:

Einnahme und Ausgabe 126 000 M.

Dem Ansatze der Schlachtgebühren in der Höhe von 72 400 M. liegt die Annahme zu Grunde, daß geschlachtet werden im Jahre 1890:

2400 Ochsen und Stiere . . .	a 3,25 M	= 7800 M
5400 Kühe und Rinder . . .	" 2,00 "	= 10800 "
36000 Schweine	" 1,25 "	= 45000 "
9600 Kälber	" 0,60 "	= 5760 "
8800 Schafe und Ziegen . . .	" 0,30 "	= 2640 "
160 Pferde	" 2,50 "	= 400 "

== 72 400 M

III. Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde:

Einnahme und Ausgabe 18359,52 M. Zur Disposition 2084,52 M.

Außer den schon im Vorjahre eingestellten widerruflichen Zuschüssen für Wohlthätigkeitsanstalten sind neu vorgesehen

die Mädchen-Fortbildungsschule mit	400 M
der Centralverein für das Wohl der arbeitenden Classen mit .	50 "
der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit mit .	30 "
die Knaben-Bewahranstalt „Herzog-Leopold-Stiftung“ mit	
800 M statt bisher 500 M, demnach mit mehr	300 "

Zusammen an Mehrausgabe 780 M.

Der zur Disposition stehende Betrag von 2084,52 M kann noch für andere gute Zwecke Verwendung finden.

IV. Kreis-Communalcasse.

Einnahme und Ausgabe 448 050,41 M.

Herr Wolff I ersucht, auf Seite 195 des Etats die Zinsbeträge 55,12 M in 36,75 M und 46 460 M in 46 760 M der Sachlage entsprechend abzuändern. Hierdurch erhöhe sich die Einnahme um 281,63 M auf insgesammt 448 332,04 M. Zur Herstellung des Gleichgewichts mit der Ausgabe werde empfohlen, in das Cap. VII „Zur Disposition der städtischen Behörden“ einen Betrag von 281,63 M einzustellen, wodurch auch die Ausgabe auf den Betrag von 448 332,04 M anwachse.

Mit diesen Aenderungen gelangt auch dieser Stat zur Annahme und ist damit die gesammte Statsberatung beendet.

II. Festsetzung und Vertheilung von Straßenbaukosten für die Husarenstraße.

Die Kosten des Ausbaues der Husarenstraße auf der Strecke zwischen Jägerstraße und Hagenbruchgraben haben betragen für Grunderwerb 1543 M 8 S und für Straßenbau 23 649 M 84 S, mithin zusammen 25 192 M 92 S. Demnach entfallen bei einer Frontlänge von 751,09 m auf den laufenden Meter 33,5418 M, nach welchem Einheitsfaze die bereits in anschlagsmäßiger Höhe eingezogenen Beiträge der Anlieger zu bemessen sein werden. Die Versammlung wird ersucht, sich mit dieser Kostenfeststellung einverstanden zu erklären.

Die Kosten der bislang nur theilweise ausgebauten letzten Strecke der Husarenstraße zwischen dem Hagenbruchgraben und dem großen Exercierplatze werden erst dann festzustellen sein, wenn diese Strecke in voller Breite ausgebaut ist.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Krahe die Genehmigung der Vorlage anheimgeben.

Herr Halle fragt an, ob nicht auch der letzte Theil der Husarenstraße mit in diese Vertheilung hineingezogen werden könnte, da derselbe bereits chaussirt und mit Gas- und Wasserrohr belegt sei und es sich dabei nur um ein einziges Grundstück handle.

Herr Stadtrath Metemeyer weiß nicht, ob der Herr Vorredner wünsche, die letzte Strecke jetzt ausgebaut oder nur die voraussichtlichen Kosten des Ausbaues in die Berechnung hineingezogen zu sehen. Ersteres halte er nicht für nöthig und letzteres nicht für zulässig. Rechtlich sei es vollkommen zulässig und auch bei anderen Straßen befolgt, daß man stückweise mit dem Ausbau der Straßen vorgehe und auch die Kosten stückweise bemesse. In dem vorliegenden Falle scheine ihm dieses Verfahren auch schon deshalb richtiger zu sein, weil sich die Kosten für den Ausbau der letzten Strecke zur Zeit noch gar nicht übersehen lassen und dieselben mit Rücksicht auf die demnächstige Verwendung des großen Exercierplatzes vielleicht auch höher werden, als bei der vorliegenden Strecke.

Herr Halle hält es gerade aus diesem letzteren Grunde für zweckmäßiger, die Kosten der Schlußstrecke gleich mit in die Vertheilung hineinzuziehen.

Herr Krahe möchte nicht dafür sprechen, die Schlußstrecke schon jetzt mit fertig zu stellen, weil sich die Einmündung der Straße nach dem großen Exercierplatz hin ganz anders gestalten werde, wenn man letzteren zu einem Parke umgestalten wolle.

Herr Stadtrath Metemeyer kann sich der Ansicht des Herrn Halle nicht anschließen, weil man einerseits noch gar nicht wisse, wie hoch sich die Kosten des Straßenbaues demnächst belaufen werden und weil andererseits die Anlieger sich die Einziehung von Kosten in imaginärer Höhe nicht gefallen zu lassen brauchen.

Die Vorlage gelangt hierauf zur Annahme.

III. Aenderung des Ortsbauplanes an der Reichenbergstraße.

Der Bauunternehmer Bannow hat gebeten, eine neue Verbindungsstraße zwischen Reichenbergstraße und der westlich von dieser projectirten Straße in den Ortsbauplan aufzunehmen. Der Magistrat schließt sich im Einvernehmen mit der Städtischen Bauverwaltung und dem Stadtbauamte dem Gesuche an und

wird die Annahme desselben auch von der Statutencommission, für welche wiederum Herr Krahe berichtet, empfohlen,

worauf die Versammlung die Genehmigung des Antrages ausspricht.

IV. Erweiterung des Schulgebäudes am Sandwege.

Bei der voraussichtlich Ostern 1890 eintretenden Erweiterung der vierten mittleren Mädchen-Bürgerchule am Sandwege zu einer Doppelschule mit 14 Classen wird die Beschaffung von noch zwei Schulzimmern erforderlich. Der Schulvor-

stand hat ersucht, durch Vergrößerung des vorhandenen Schulhauses auf Gewinnung dieser beiden fehlenden Classenzimmer und möglichst auch auf Herrichtung eines neuen Dienstzimmers des Schulinspectors und einer anderen Dienstwohnung des Schuldieners, welche jetzt in dem kleinen, an der Straße belegenen Hause untergebracht sind, Bedacht zu nehmen. Die Kosten der hierdurch erforderlich werdenden Neubauten schätzt die Städtische Bauverwaltung auf 53 000 M. und beantragt der Magistrat, ihn zur Ausführung der fraglichen Erweiterungsbauten zu ermächtigen und deren Kosten in Höhe von 53 000 M., welcher Betrag im Stadthanshaltsplane für 1890 bereits vorgeesehen sei, zu bewilligen.

Dem in der Versammlung am 7. October v. Js. geäußerten Wunsche nach Anlegung eines über das Schulgrundstück führenden Verbindungsweges zwischen Friesenstraße und Sandweg kann bei Ausführung der Neubauten Rechnung getragen werden, jedoch muß die Entschließung über die Auswahl zwischen den in Vorschlag gebrachten beiden Wegeprojecten einstweilen noch ausgesetzt werden, weil zuvor die Frage wegen event. Verlegung des Sandweges zu lösen ist. Das gegenwärtig das Dienstzimmer des Schulinspectors und die Wohnung des Schuldieners enthaltende kleine Haus am Sandwege wird nach Fertigstellung des in Rede stehenden Erweiterungsbaues mit einer entsprechenden Grundfläche als Banfstelle veräußert werden können und bleibt die Einbringung einer hierauf abzielenden Vorlage vorbehalten.

Die Erweiterungsbauteilen sollen nun in der Weise beschafft werden, daß an der Südwestecke des Gebäudes ein die Grundfläche zweier Classenzimmer einnehmender Anbau errichtet wird. Die Schuldienerwohnung würde am zweckmäßigsten an der Westecke des Schulhauses unter Benutzung eines hier belegenen Classenzimmers, sowie des daran grenzenden Gerätheraumes unterzubringen sein, weil von hier aus der Spielplatz und die Eingänge gut übersehen werden können. Das Erdgeschoß des projectirten Anbaues wird außer der zweiten Kammer der Bedellenwohnung eine Erfahklasse für das zur Einrichtung der letzteren benutzte Schulzimmer, sowie das Zimmer für den Inspector enthalten, während in das Obergeschoß die neu verlangten Classenräume verlegt werden. Dazu kommt noch die nothwendige Herrichtung von Kellerräumen, welche unter dem jetzigen Schulgebäude vollständig fehlen, und eines neuen Abortgebäudes, da das auf dem südwestlichen Hinterhofe jetzt befindliche Abortgebäude behufs Freilegung des Bauterrains beseitigt werden muß. Von den veranschlagten Baukosten entfallen 34 350 M. auf den Erweiterungsbau des Schulhauses, 13 350 M. auf die Errichtung eines Abortgebäudes, 2250 M. auf die Anschaffung von Mobiliargegenständen und 3050 M. auf sonstige Kosten.

Namens der vereinigten Schul- und Baucommission beantragt Herr Schwarzenberg, der Vorlage zwar die Zustimmung zu erteilen, jedoch in Berücksichtigung

der, insbesondere bei Benutzung des vorhandenen Materials sehr hoch veranschlagten Kosten der Abortgebäude, die Erwartung auszusprechen, daß bei der Ausführung des Erweiterungsbaues thunlichst auf Ersparnisse Bedacht genommen werde und danach die wirkliche Ausgabe nicht unerheblich geringer als der Kostenanschlag sich herausstelle.

Dieser Antrag gelangt zur Annahme.

V. Erbauung einer Turnhalle an der Osterstraße.

Durch Beschluß vom 2. December 1886 hat sich die Stadtverordneten-Versammlung damit einverstanden erklärt, daß zwischen der jetzigen städtischen Turnhalle und der an der Osterstraße belegenen Schule eine neue Schulturnhalle in einer Größe und Einrichtung erbaut werde, welche auch ihre Benutzung durch Vereine Erwachsener ermöglicht und daß außerdem die darnach verfügbar bleibende Theilfläche der städtischen Turnhalle nach Niederlegung der Baulichkeiten verkauft werde.

Die Städtische Bauverwaltung hat zu diesem Zwecke verschiedene Projecte ausgearbeitet und auf Anregung des Schuldirectors auch die Frage einer Prüfung unterzogen, ob es sich nicht vornehmlich zur Erhaltung des Schulhofes in seiner gegenwärtigen Größe empfehle, die Turnhalle auf dem der Schule gegenüber belegenen Gartengrundstücke am Neustadt-Mühlengraben aufzuführen. Letzteres Project kann jedoch von der Städtischen Bauverwaltung mit Rücksicht auf die daraus in erheblicher Höhe erwachsenden Mehrkosten nicht empfohlen werden, wogegen neben zwei früheren noch drei andere Projecte, unter Beibehaltung eines einzigen Bauentwurfes, in Vorschlag gebracht werden.

Die beiden älteren Projecte legen die Halle mehr in die Mitte des künftigen Spielplatzes, wogegen das neue Project I dieselbe in nordwestlicher Richtung verschiebt und dadurch eine Vergrößerung und Verbesserung des zum Schulhofe gehörenden Platzes am Westgiebel der neuen Halle erzielt, während der ohnehin verdeckt liegende Hofwinkel am Ostgiebel der Halle aus dem Schulhofe ganz ausgeschieden wird. Nach diesem Plane verkleinert sich der gegenwärtig 1844 qm haltende Schulhof nur um 12 qm, d. i. auf 1832 qm, oder für jeden Schüler auf 2,04 qm. Die Kosten der Ausführung dieses Projectes sind veranschlagt: Grundwerth 12500 M, Bau- und Einrichtungskosten 71400 M, zusammen auf 83900 M.

Das Project II schiebt die Halle bis an die Grenze der promenadenseitigen Bauplätze zurück und erreicht dadurch eine Vergrößerung des Schulhofes um 125 qm, d. i. auf 1969 qm, oder für jeden Schüler auf 2,19 qm. Die Kosten seiner Ausführung sind veranschlagt: Grunderwerb mit Rücksicht der Wahrung des Licht- und Trausenrechtes 20000 M, Baukosten 70000 M, zusammen auf 90000 M.

Das Project III verlegt die Stellung der Halle auf einen Theil des jetzigen Turnhallengrundstückes, richtet dieselbe mit einer Kopfseite gegen die Promenade

und behält dadurch den jetzigen Schulhof fast unverändert bei. Seine Ausführung ist veranschlagt: Grunderwerb 32 600 M, Baukosten 78 000 M, zusammen auf 110 600 M.

Der Magistrat hat sich für das Project II mit der Abänderung entschieden, daß die Halle von der Grenze der promenadenseitigen Baupläze mit Rücksicht auf den Traufenfall 1 m entfernt bleibe, wobei dann zugleich in Aussicht genommen ist, zur Sicherung der Lichtverhältnisse der Halle auf die angrenzenden Baustellen bei deren Verkauf eine Servitut zu legen, wonach dieselben nur bis auf eine Entfernung von 4 m von der Grenze bebaut werden dürfen. Die Versammlung wird um Genehmigung dieses Projectes, unter Bewilligung der Kosten in der Höhe von 70 000 M ersucht.

Für die Bau- und Schulcommission berichtet hierüber Herr Blasius: Die Commissionen schließen sich den Ausführungen des Magistrates und der Städtischen Bauverwaltung an und empfehlen daher auch das neue Project II zur Ausführung. Gegen die vom Schuldirektor gewünschte Errichtung der Turnhalle auf dem der Schule gegenüber gelegenen Grundstücke am Mühlengraben sei einzuwenden, daß der Halle hier ein Spielplatz fehle und demnach ein Turnunterricht in Form von Freiübungen in frischer Luft nicht erteilt werden könne. Die von der Schulverwaltung befürchtete Verkleinerung des Schulhofes trete nach den neuen Projecten nicht ein, sondern nach dem Projecte II finde sogar eine Vergrößerung statt; ebenso dürften die durch das Turnen im Freien für den Schulunterricht befürchteten Störungen wohl nicht in dem angenommenen Maße vorkommen, zumal die Vereine zu einer Zeit turnen, in welcher kein Unterricht abgehalten werde. Der Einwand daß die Kinder vom Südklinte aus einen zu weiten Weg von der Schule bis zu dem für die Halle in Aussicht genommenen Plaze haben, sei um deshalb hinfällig, weil dieser Unterschied nur 80 m betrage und demnach nicht in Rechnung kommen könne. Außerdem müßte eine am Wasser zu errichtende Turnhalle ihrer isolirten Lage wegen besonders bewacht werden, welche Kosten hier in Wegfall kommen. Wenn man schließlich noch berücksichtige, daß das von der Schulverwaltung befürwortete Project am Wasser 136 500 M kosten solle, während man hier mit 90 000 M auskommen könne, so falle die Entscheidung zwischen beiden Projecten nicht schwer.

Bezüglich der inneren Einrichtung der neuen Turnhalle sei zu erwähnen, daß den Wünschen der dieselbe demnächst mit benutzenden drei hiesigen Turnvereine (Handwerker-Turnverein, Turner-Brüderschaft und Turn-Club) hinsichtlich der Größe der Beschaffung von Nebenräumen, Garderobe u. s. w. nachgegeben werden solle, während man den Wünschen in Bezug auf die Einrichtung des Fußbodens in der Halle nicht nachzukommen vermöchte. Die Vereine hätten gewünscht, wenigstens einen Theil der Halle mit Lohboden auszufüllen, wogegen es nach dem Gutachten des Turninspectors Hermann richtiger sei, einen hölzernen Fußboden zu

nehmen, denn es sei statistisch erwiesen, daß viel mehr Unglücksfälle bei Loheböden als bei Dielenböden vorkommen. Aus diesem Grunde solle ein hölzerner Fußboden gewählt werden.

Es dürfte auch nicht unerwähnt bleiben, daß bei der Errichtung der Halle auf dem vom Magistrate ausersehenen Plage die Schule an der Osterstraße frei von Gebäuden belassen werde. Um dieser Schule vollkommen Luft und Licht zu geben, habe man es f. B. bereits abgelehnt, die auf der Südseite der Osterstraße liegenden Bauplätze zu verkaufen, welches Princip man jedenfalls auch jetzt nicht durchbrechen wolle. Da nun früher auch schon genehmigt sei, die fragliche Halle mit Rücksicht auf die sie mitbenutzenden Vereine größer als die gewöhnlichen Schulturnhallen zu bauen, so können die Commissionen nur die Annahme der gesammten Magistratsvorlage empfehlen, allerdings auch mit dem Wunsche, daß der Bau in möglichst billiger Weise ausgeführt und möglicherweise der Kostenanschlag nicht ganz erreicht werde.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

VI. Kosten der Canalisation vor dem Wendenthore.

Von der Canalbau-Deputation sind veranschlagt worden die Kosten der Canalisation:

- 1) des Mittelweges zwischen Tauben- und Ludwigstraße zu . . . 2200 M,
 - 2) " " " " Ludwigstraße und Todtentwete zu 1250 "
 - 3) der Ludwigstraße zu 8400 "
- ferner
- 4) die Kosten eines für letztere zu schaffenden Vorfluthcanals
von der Hamburgerstraße nach dem Galgengraben zu . . . 12000 "

Die unter 2 und 3 aufgeführten Kosten sind von der Firma Fröhlich & Baumkauff vorzuschießen und dieser demnächst bei Uebnahme der betr. Straßentheile zurückzuerstatten, während die unter 1 vermerkten Kosten stadtseitig zu tragen sind.

Für den Canal der Ludwigstraße muß ein besonderer Vorfluthcanal beschafft werden und zwar kann dieses in der Weise geschehen, daß ein 55 cm weiter Thonröhrencanal von der Hamburgerstraße nach Westen zu bis an den Galgengraben in die Linie der neben der Kessel'schen Ziegelei projectirten Straße verlegt werde, zu welchem Zwecke entweder eine entsprechende Servitut zu erwerben, oder ein bezüglicher Pachtvertrag abzuschließen sein würde. Die Kosten des Vorfluthcanals der Firma Fröhlich & Baumkauff aufzuerlegen, erscheint um deshalb unbillig, weil voraussichtlich in kurzer Zeit auch ein Theil der Hamburgerstraße in diesen Canal entwässert werden wird. Die bezeichnete Firma hat sich indessen bereit erklärt, zu den fraglichen Kosten einen Zuschuß von 5000 M unter der Bedin-

gung zu leisten, daß ihr dieser Betrag gleichzeitig mit den Kosten der Canalisation der Ludwigstraße erstattet werde.

Der Magistrat ersucht um Genehmigung der stadtseitig zu tragenden Kosten von bezw. 2200 M und 7000 M, sowie der Rückzahlung der von der Firma Fröhlich & Baumauff vorläufig zu verauslagenden Kosten bei Uebernahme der betreffenden Straßentheile.

Die Vorlage wird nach Befürwortung derselben seitens der Finanzcommission, für welche Herr F ü d e l berichtet, von der Versammlung angenommen.

VII. Rückerstattung von Wasserrohrkosten an der Körnerstraße.

Die Anwohner des östlichen Theils der Körnerstraße haben auf Rückerstattung der von ihnen im Betrage von 1178 M 74 S verauslagten Kosten für Belegung der betr. Straßenstrecke mit Wasserröhren angetragen. Da dieselbe inzwischen stadtseitig übernommen ist, so giebt der Magistrat anheim, die Rückzahlung der vorgedachten Kosten aus dem Reservefonds des Wasserwerks gutzuheißen,

was seitens der Versammlung auch geschieht, nachdem Herr Wolff I. sich namens der Finanzcommission zustimmend geäußert hatte.

VIII. Proceß gegen den früheren Maurer Sach hieselbst.

Der frühere Maurer Ernst Sach aus Altona ist seit dem Jahre 1885 mit Unterbrechungen im hiesigen Kranken- bezw. Armen- und Pflegehause aus Armenmitteln behandelt bezw. verpflegt. Derselbe ist einseitig gelähmt und voraussichtlich als dauernd hilflosbedürftig anzusehen. An Kosten sind bis Ende vorigen Jahres nach Anrechnung einer Abzahlung von 107 M im Ganzen 1329 M 3 S aus der Armenkasse bestritten. Dem p. Sach steht nun in Gemeinschaft mit seinen fünf Geschwistern noch eine Forderung von 6000 M, hypothekarisch auf zwei Hausgrundstücke in Altona eingetragen, zu und ist derselbe nach §. 165 der Städteordnung zur Abtretung seines Forderungsantheils verpflichtet; er weigert sich jedoch und will die Zinsen dieses Capitals neben dem freien Unterhalte im Pflegehause genießen.

Der Magistrat beantragt, ihn zur Führung eines Processes gegen Sach zu ermächtigen, zumal anzunehmen stehe, daß derselbe, wenn er demnächst in den Besitz seines 1000 M betragenden Antheils gekommen sei, sich der städtischen Fürsorge einstweilen entziehen und nach Berthun des Geldes der hiesigen Armenkasse doch wieder dauernd zur Last fallen werde.

Die Statutencommission, für welche Herr Wolff II berichtet, giebt anheim, die Ermächtigung zu ertheilen, was auch geschieht.

IX. Proceß gegen die Gesellen-Krankencasse in Salzgitter.

Der Schlosser Friß Wolff von hier ist am 21. Juli 1889 in hiesiger Stadt erkrankt und bis zum 12. August auf Kosten der Armenkasse im hiesigen Herzogl. Krankenhause behandelt und verpflegt, wodurch 22 M. Unkosten erwachsen sind. Wolff hat nach seiner Angabe vom 10.—19. Juli und nach Angabe des Magistrats zu Salzgitter nur 6 Tage bei dem Schlossermeister Spring in Salzgitter gearbeitet. Durch diese Beschäftigung wurde er in Ermangelung anderweiter Versicherung Mitglied der Gesellen-Krankencasse in Salzgitter und stand ihm zur Zeit seiner Erkrankung noch der Anspruch auf Krankenunterstützung gegen diese Casse zu, welcher nach §. 57 des Kranken-Versicherungsgesetzes auf die hiesige Armenkasse übergegangen ist. Da sich die fragliche Casse unter Vorbringung nichtiger Gründe weigert, Zahlung zu leisten, so ersucht der Magistrat, auf Veranlassung der Armen-Direction, ihn zur Führung eines Proceßes gegen die Gesellen-Krankencasse in Salzgitter zu ermächtigen.

Die Ermächtigung wird von der Versammlung erteilt, nachdem Herr Wolff II sich namens der Statutencommission in diesem Sinne ausgesprochen hatte.

Nach Genehmigung des Protocollés N. 13 vom vorigen Jahre wird sodann die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher gemeinschaftlicher Sitzung gelangt eine größere Anzahl von Gemeindesteuer-Reclamationen in der Recursinstanz zur Erledigung, während in vertraulicher Sitzung der Stadtverordneten zunächst über zwei Gesuche um Niederschlagung von Steuern bezw. einer Abgabe an die Armen- und Begebetterungscasse befunden und darauf die Wahl des Particuliers Mag Müller zum Bezirks-Vorsteher, sowie des Blechwaaren-Fabrikanten Franz Unger zum Armenpfleger vorgenommen wird. Schließlich wählt die Versammlung noch den Rentner Heinrich Trampe zum Beisitzer in die Einkommensteuer-Einschätzungs-Commission für den Wenden- und Petritbor-Bezirk.

Schluß nach 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 27. Februar 1890.

Öffentlich:

I. Canalisirung des Ruhlantchenplatzes nebst Umgebung	Seite 62.
II. Gehaltsverhältnisse eines städtischen Lehrers	" 63.
III. Kosten eines Canals am Hoftheater	" 64.
IV. Einspruch gegen den Ortsbauplan der westlichen Außenstadt	" 64.
V. Erwerb von Straßenterrain an der Leonhardstraße	" 68.
VI. Festsetzung einer neuen Baulinie am Damme	" 69.
VII. Mittheilung des Stats der Central-Friedhofs-Casse	" 69.
VIII. Aenderung der Beleuchtung im Sitzungssaale der Stadtverordneten	" 70.
IX. Uebernahme der Hedwig- und Döringstraße	" 70.
X. Abtretung von Theilflächen zur Kramerstraße	" 71.
XI. Aenderung des Ortsbauplanes am Wolfscampe	" 71.
XII. Proceß gegen den Carronselfbesitzer Lixtendorff	" 71.
XIII. Anfrage des Herrn Rieß wegen der Jubiläumsfeier der städtischen Feuerwehr	" 73.
XIV. Desgl. wegen der Instandsetzung zc. des Madamenweges	" 73.
XV. Desgl. wegen der Erbauung von Häusern an unbefestigten Straßen	" 74.
XVI. Desgl. wegen der Bewilligung außerordentlicher Zulagen an die städtischen Beamten	" 75.

Vertraulich:

Pensionirung eines städtischen Beamten	" 75.
Steuerhinterziehung durch einen verstorbenen Einwohner	" 75.

Am Magistratsstische die Herren: Stadträthe Haake, Ketemeyer und Heymann, sowie Gerichts-Assessor Brandes.

Entschuldigt die Herren Günther, Reuter, Rimpau, Semler und Wolff I.

Die Sitzung wird von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Lüderßen, eröffnet.

I. Canalisirung des Ruhfäutchenplatzes nebst Umgebung.

In der Sitzung vom 7. October v.J. wurde beschlossen, die Magistratsvorlage, betr. die Canalisirung des Ruhfäutchenplatzes, mit der Anheimgabe an den Magistrat zurückzureichen, durch nochmalige Aufnahme eines Nivellements die Ausführbarkeit einer Verlegung des Burgmühlengrabens mit Rücksicht auf die Entwässerung der zwischen Bohlweg und Münzstraße liegenden Grundstücke festzustellen. (S. 234 des Protocollés.) Der Magistrat giebt nunmehr diese Vorlage mit dem Bemerken zurück, daß durch nochmalige Aufnahme eines Nivellements die Möglichkeit der Entwässerung der bezeichneten Grundstücke mittelst des später zu legenden Bohlwegcanals festgestellt worden ist.

Bei erneuter Prüfung der Angelegenheit ist indessen der Magistrat zu der Ansicht gelangt, daß der Mehraufwand, welchen die Canalisirung des Ruhfäutchenplatzes bei Verlegung des Burgmühlengrabens gegenüber den Kosten eines auf der Beibehaltung dieses Grabenzuges beruhenden Canalsystems mit (56500 M — 42000 M =) 14500 M erfordert, nicht der Canalbaucaasse, sondern dem Extraordinarium der Stadtcasse zur Last zu legen sei, weil die Verlegung des Otergrabens, welcher demnächst nur als Oterarm und daneben für den Schmutzwassercanal nur als Nothauslaß dienen soll, nicht sowohl im Interesse der Stadtentwässerung, als in demjenigen der an der neuen Durchbruchstraße entstandenen, von dem Graben durchzogenen Baustellen ausgeführt werden wird.

Sodann sind inzwischen und zwar vorläufig zu Lasten des Baufonds der Burg Dankwarderode behufs der Entwässerung dieses Bauwerkes, diejenigen beiden Tracte der für den Burgplatz projectirten Straßencanäle (mit vorläufiger Einmündung in den Burgmühlengraben) ausgeführt worden, für welche der demnächstige Hauptcanal des Ruhfäutchenplatzes die definitive Vorfluth zu bilden bestimmt ist. Die aus der Herrichtung dieser beiden Straßencanäle erwachsenen Kosten haben — nach Abzug des Aufwandes für die im ausschließlichen Interesse der Burg Dankwarderode provisorisch hergestellten, demnächst mit dem neuen Hauptcanale in Verbindung zu bringenden Canalstrecken von zusammen 20 m Länge — ausweislich der Rechnung des Kreis-Bauinspectors 1392,40 M betragen.

Der in der früheren Magistratsvorlage gestellte Antrag wird daher — und zwar mit Rücksicht darauf, daß der Verkauf des ehemaligen Landgestüts an die

Stadt noch nicht perfect geworden ist, in Voraussetzung einer stadtseitigen Erwerbung des letzteren — dahin abgeändert, bezw. ergänzt, daß

- 1) das durch die frühere Vorlage empfohlene, zu 56 500 M veranschlagte Canalproject 2 ausgeführt,
- 2) die Kostensumme der Ausführung desselben mit 42 000 M der Canalbaucaffe und mit dem Restbetrage von 14 500 M dem Extraordinarium der Stadtcasse zur Last gelegt,
- 3) dem Baufonds der Burg Dankwarderode der vorgeschossene Aufwand für die definitiven Straßencanäle auf dem Burgplatze im rechnungsmäßigen Betrage von 1392,40 M aus der Canalbaucaffe erstattet werde.

Die Finanzcommission hat die Vorlage eingehend geprüft und ist, wie Herr Ramdohr berichtet, zu dem Entschlusse gekommen, der Versammlung die sämmtlichen Magistratsanträge zur Annahme zu empfehlen. Das erste, die Beibehaltung des canalisirten Burgmühlengrabens zur Grundlage habende Project eigne sich nicht mehr zur Ausführung, nachdem die Stadt in den Besitz des Terrains vom ehemaligen Officierscasino gekommen sei und außerdem auch bald in den Besitz des Landgestüts und des Meyer'schen Grundstückes kommen werde, welches Terrain sich mit großem Vortheile unter Hinzuziehung des aus gesetzlichen Gründen bislang reservirten Oberbettes bebauen lasse. Das dritte Project habe den Nachtheil, daß der alte Plattencanal beibehalten werde und am Langenhofe eine rechtwinklige Abzweigung erhalten müßte, um sodann spitzwinklig weitergeführt zu werden. Dieser Uebelstand habe die Commission vermocht, dem zweiten Projecte mit einem Mehraufwande von 6000 M zuzustimmen, um hierdurch nach Beseitigung des alten Plattencanals vom alten Burgmühlengraben ab eine schnurgerade Canallinie zu erhalten. Da auch die beiden letzten Magistratsanträge eine zustimmende Beurtheilung in der Commission gefunden haben, so werden diese ebenfalls zur Annahme empfohlen.

Die gesammte Vorlage wird darauf angenommen.

II. Gehaltsverhältnisse eines städtischen Lehrers.

Im Verfolg eines Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 12. December v. J. beantragt der Magistrat, den an der städtischen höheren Mädchenschule angestellten und mit der Ertheilung des naturwissenschaftlichen Unterrichts auf der Oberstufe und im Lehrerinnen-Seminare betrauten Lehrer Fricke den Rectoren im Gehalte mit der Maßgabe gleichzustellen, daß dessen Dienstgehalt, treue Pflichterfüllung vorausgesetzt, zum 1. Januar 1891 von 3220 M auf 3300 M, zum 1. Januar 1894 auf 3600 M und zum 1. Januar 1897 auf 3900 M erhöht werde.

Die Schulcommission giebt durch Herrn Schwarzenberg anheim, dem Antrage gemäß zu beschließen, da die Aufbesserung gerechtfertigt erscheine, was seitens der Versammlung geschieht.

III. Kosten eines Canals am Hoftheater.

Für einen im öffentlichen Promenadenterrain anzulegenden Canal, durch welchen die in den beiden Verbindungsstraßen neben dem Hoftheater gelegten Zweigcanäle Vorfluth erhalten sollen und der zugleich zur Entwässerung von Stadtstrecken zu dienen bestimmt ist, sind 3424 M 87 $\frac{1}{2}$ Kosten entstanden, deren Verwilligung aus dem Neubaufonds der Canalbaucasse der Magistrat beantragt.

Die Finanzcommission läßt durch Herrn Siebers die Genehmigung der Vorlage befürworten, worauf deren Annahme beschlossen wird.

IV. Einspruch gegen den Ortsbauplan der westlichen Außenstadt.

Gegen die von der Versammlung bereits genehmigten Veränderungen und Vollständigungen des Ortsbauplanes für die westliche Außenstadt (Section XIII) sind nach Auslegung desselben von der Direction der Actien-Ziegelei Braunschweig und von dem Deconom C. Ellersiet rechtzeitig Einwendungen erhoben worden.

Der Einspruch der Actien-Ziegelei bezieht sich darauf, daß durch die Veränderungen der Fabrikhof und die Thongrube dergestalt eingeschränkt werden, um die Lebensfähigkeit der Fabrik zu gefährden, ferner, daß der Ziegelei durch die demnächstigen Häuserreihen der vorgesehenen beiden Straßen die nöthige Luft zum Trocknen ihrer Fabrikate entzogen werde und die Anwohner durch Rauch und abströmende Feuergase Belästigung erfahren, außerdem aber die Thongrube der Ziegelei durch die beschlossene Erweiterung der Fabrik die in Aussicht genommenen beiden Straßen binnen kurzer Frist in einer Tiefe von 12—15 m durchschneiden werde, auch die Anlage der zweiten Straße um deswillen nicht stattfinden könne, weil das Anschlußgleis der Ziegelei, welches diese Straße durchschneidet, 0,50 m höher liege als die Broitzemerstraße und das daneben zu liegen kommende neu projectirte Gleis in einem Einschnitte von 1,20 m tiefer die Straße kreuzen werde, endlich aber die dritte Straße nicht auszuführen sei, weil dieselbe nicht allein das Hauptgleis der Landeseisenbahn, sondern auch das Ausziehgleis der Ziegelei durchschneide, letzteres aber fortwährend mit beladenen und leeren Wagen besetzt sei.

Der Deconom Ellersiet macht dagegen geltend, daß die Veränderungen des Ortsbauplanes ihn verhindern, an der Südseite seiner vorhandenen Scheuer einen Flügel in der Verlängerung der westlichen Giebelfront anzubauen, daß auch die ganze Ostseite des durch die zweite Straße berührten Grundstückes für die nöthigen Stallungen reservirt bleiben müsse, da er beabsichtige, seine ganze Wirthschaft nach diesem Grundstück zu verlegen.

Im Einverständnisse mit der Städtischen Bauverwaltung hält der Magistrat diese Einwendungen nicht für gerechtfertigt. Der Einwand der Actien-Ziegelei ist nicht begründet, da die erste Straße mit einem zu vielen Privat-Grundstücken führenden und deshalb nicht zu beseitigenden Interessentenwege zusammenfällt, den gegenwärtigen Zustand mithin nur unwesentlich verändert; durch die zweite Straße aber das Grundstück der Ziegelei in weit geringerem Maße als durch die in den Ortsbauplan bereits aufgenommene, aber aufzuhebende Straße in Anspruch genommen wird. Ebensovienig verdienen die beiden ferneren Einwendungen Berücksichtigung, weil das Sonderinteresse der Fabrik auf möglichste Wahrung der zum Trocknen der Ziegelfabrikate erforderlichen Luft, sowie auf künftige Erweiterung der Thongruben, die im öffentlichen Interesse erforderlichen Straßenanlagen nicht hindern könne, die in Aussicht gestellte Belästigung der Anwohner aber durch von der Ziegelei zu treffende Sicherungsmaßregeln zu beseitigen sein werde. Bezüglich des ferneren Einwands ist ermittelt, daß das die zweite Straße durchschneidende Anschlußgleis der Ziegelei nicht 0,50 m, sondern nur 0,16 m höher als die Broikemerstraße liegt und somit die Anlage der zweiten Straße nicht hindert. Auf ein noch nicht vorhandenes neues Anschlußgleis ist dagegen bei Feststellung eines Ortsbauplanes keine Rücksicht zu nehmen, vielmehr wird eine solche Gleisanlage sich nach den Niveauverhältnissen des Ortsbauplanes zu richten haben. Der letzte Einwand würde allerdings, abgesehen von dem nicht zu vermeidenden und auch an anderen Stellen vorkommenden Durchschneiden der Landeseisenbahn zur Folge haben, daß von dem Anschlußgleise der Ziegelei das nördliche Ende auf etwa 3 m Länge mit der dritten Straße zusammenfiel; es läßt sich dieser Uebelstand indessen durch eine unwesentliche Verschiebung der dritten Straße in östlicher Richtung, mit welcher die Versammlung sich einverstanden zu erklären gebeten wird, beseitigen.

Was die von Ellerfiek vorgetragenen Einwendungen anlangt, so verdienen dieselben dem öffentlichen Interesse gegenüber umsoweniger Beachtung, als der von der projectirten zweiten Straße nicht in Anspruch genommene Theil des Ellerfiefschen Grundstückes noch ausreichenden Platz zur Errichtung von Wirthschaftsgebäuden gewährt.

Der Magistrat ersucht aus allen diesen Gründen, die erhobenen Einwendungen als unbegründet zurückzuweisen,

und empfiehlt die Baucommission, welche sich nach dem Berichte des Herrn Krahe diese Anschauungen zu eigen gemacht hat, demgemäß zu beschließen.

Herr Halle will bei dieser Gelegenheit nochmals in Anregung bringen, daß den Mitgliedern der Versammlung über derartige, in die Rechtsverhältnisse der einzelnen Anwohner tief einschneidende Veränderungen des Ortsbauplanes frühzeitig kleine Uebersichtspläne zugehen möchten, damit man in der Lage sei, die Aenderung

schon im Hause sorgfältig zu prüfen und sich darnach bei der Abstimmung zu richten.

Herr Wolff II. kann die Ansicht des Magistrats, nach welcher die Actien-Ziegelei dafür zu sorgen habe, daß ihrerseits die in diesen Straßen zu errichtenden Gebäude nicht durch Rauch belästigt werden, nicht theilen. Die Industrie befinde sich gegenwärtig schon in einer üblen Lage, denn das Privatrecht liege allerdings so, daß jeder Eigenthümer eines neu errichteten Gebäudes selbst gegen eine ältere Fabrik wegen Belästigung durch Rauch vorgehen könne. Wenn aber das öffentliche Recht in Frage stehe, so haben die städtischen Behörden die Pflicht, der Industrie entgegenzukommen, und sei dieses ein der Beachtung durchaus würdiger Punkt; denn nur auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts biete sich die Möglichkeit, die Interessen der Etablissements zu fördern. Aus diesem Grunde möchte das Begehren der Actien-Ziegelei nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen sein. Auch er meine, daß man die geplanten Aenderungen nicht sofort zu übersehen vermöge, da dieselben indessen vorerst doch noch nicht zur praktischen Bedeutung gelangen, so möchte man der Ziegelei wenigstens demnächst möglichst entgegenzukommen suchen.

Herr Buchler hält es ebenfalls für unmöglich, sich ohne Uebersichtsplan ein sicheres Urtheil über die Veränderungen zu bilden, soweit man nicht Mitglied der in Frage kommenden Commission sei.

Herr Nieß schließt sich den Ausführungen des Herrn Wolff II. insofern an, als seitens der städtischen Behörden jede unnöthige Beschränkung der gewerblichen Unternehmungen durch neue Straßenanlagen zu vermeiden sei. Dieser Grundsatz treffe aber auf den gänzlich aus der Luft gegriffenen Einwand der Actien-Ziegelei nicht zu, denn dieselbe werde durch die neu projectirten Straßen in keiner Weise stärker in Mitleidenschaft gezogen, als sie es jetzt schon sei, weil auch die Bewohner der in der Nähe befindlichen Straßen, z. B. des Madamenweges, über Rauchbelästigungen Beschwerde führen könnten.

Herr Wille möchte empfehlen, einen Beschluß noch auszusprechen, um der Versammlung Gelegenheit zu geben, sich das Terrain an Ort und Stelle anzusehen. Bezüglich des Halle'schen Vorschlages wolle er bemerken, daß von ihm ein bezüglicher Antrag im Laufe der Zeit schon zweimal gestellt, aber trotzdem Alles beim Alten geblieben sei.

Herr Stadtrath Metemeyer ist der Meinung, daß ein Ausgehen der Sache nichts helfen könne, da man ohne einen Plan in der Hand dort draußen sich nicht zu informiren vermöge und man daher besser thue, den ausgehängten Plan zu studiren. In Folge des Beschlusses der Versammlung auf Anfertigung von Uebersichtskarten der Stadt Braunschweig sei die Städtische Bauverwaltung aufgefordert worden, solche Karten sofort herzustellen. Dieselbe habe indessen geltend gemacht,

daß durch die Ausführung der Landeseisenbahn so mannigfache Aenderungen im Norden und Westen der Stadt hervorgerufen werden, um eine Berücksichtigung derselben auf den Stadtplänen noch wünschenswerth erscheinen zu lassen. Sobald jene Aenderungen festgestellt und die dagegen erhobenen Einsprüche beseitigt seien, könnten die nahezu fertiggestellten Pläne vertheilt werden.

Herr Wille führt noch aus, daß seine Anträge dahin gingen, von allen Veränderungen im Ortsbauplane den Mitgliedern der Versammlung eine leicht anzufertigende Copie vor der Sitzung zuzustellen, damit dieselben in der Lage seien, sich frühzeitig über die geplante Veränderung zu orientiren. Bei dem jetzigen Verfahren wisse man häufig gar nicht, wovon die Rede sei und stimme aufs Ungewisse hin ab. Wenn Herr Nieß sage, die gewerblichen Etablissements müßten alle Rauchbelästigungen der Anwohner beseitigen, so möchte er wissen, wie das angefangen werden sollte, da eine derartige Erfindung noch nicht gemacht sei; so weit dürften die städtischen Behörden nicht gehen, weil sonst die Fabriken nirgends, und wenn sie noch so weit vor die Thore verlegt würden, Ruhe finden könnten.

Herr Blasius kann sich von einer Besichtigung des Terrains an Ort und Stelle ohne Plan keinen Erfolg versprechen, er möchte sich indessen dem Wunsche auf Lieferung von Plänen an die Mitglieder der Versammlung anschließen. Es scheine ihm fast, als ob man durch die neuen Veränderungen beabsichtige, die Stadt mitten zwischen die industriellen Etablissements auszudehnen und das solle man zu vermeiden suchen. Er bitte, die Beschlußfassung bis zur Lieferung von Plänen auszuschieben.

Herr Stadtrath Metemeyer erläutert, daß von einer Verlegung der Stadt zwischen die gewerblichen Etablissements nicht die Rede sein könne, sondern der Ortsbauplan für die Gegend um die Actien-Ziegelei herum feststehe; es handle sich heute nur um eine weitere Ausdehnung dieses Ortsbauplans nach Broitzem zu und um die Verlegung einzelner feststehender Straßen. Die Feststellung des Ortsbauplanes bezwecke allein, daß in die für Straßen vorgesehenen Stellen keine Häuser gebaut werden dürfen und an jenen Stellen nicht Häuser vorhanden seien, sobald man in 20—30 Jahren anfangen wolle, jenen Stadttheil zu bebauen. Mit Rücksicht auf die Ziegelei könne für jene Gegend nicht ein Block von einer halbstündigen Länge vorgesehen werden, sondern man müsse an eine Festlegung des Ortsbauplanes in der Nähe der Ziegelei auch denken. Ob die geplante Aenderung praktisch sei, könne fraglich erscheinen, aber jedenfalls entstehen neue Straßen am leichtesten, wenn man wie hier, die Interessentenwege verbreitere.

Herr Nieß muß sich gegen die ihm von Herrn Wille zugeschobene Aeußerung verwahren, da er nur gesagt habe, daß die Actien-Ziegelei sich auch jede Beschwerde von den Anwohnern der schon vorhandenen umliegenden Straßen gefallen lassen müßte. Es scheine ihm überhaupt, als ob in Folge Mangels der Pläne die ganze

Sache falsch aufgefaßt sei. Der Ortsbauplan für jene Gegend sei festgelegt und könne nur mit Genehmigung des Staatsministeriums geändert werden. Nun bringe man einige Aenderungen desselben in Vorschlag, welche lediglich zu Gunsten der Actien-Ziegelei ausfallen, indem sie deren Terrain erweitern. Er schlage vor, die Sitzung auf zehn Minuten auszufsetzen, um dem Herrn Referenten Gelegenheit zu geben, die Aenderungen an dem aushängenden Plane zu erläutern, dann werde wohl Niemand mehr Bedenken haben.

Herr Wolff II scheint die Ansicht des Herrn Nieß einseitig zu sein, denn für ein solches Etablissement wachse mit dem Anlegen neuer Straßen auch die Gefahr der Behelligung durch Prozesse seitens der Anlieger. Wenn daher die Actien-Ziegelei um Weiterlegung der projectirten Straßen bitte, so erscheine ihm dieses nur gerechtfertigt.

Herr Bültemann bemerkt, daß von der Anlegung neuer Straßen gar nicht die Rede sein könne, sondern es sich lediglich um die noch weitere Fortlegung der im Ortsbauplane schon vorhandenen Straßen handle, so daß es ihm unbegreiflich erscheine, wie die Actien-Ziegelei hiergegen vorzugehen vermöge.

Herr Nieß hebt nochmals hervor, daß der Ortsbauplan für jene Gegend bereits feststehe und die in demselben vorgesehenen Straßen näher zur Ziegelei liegen, als die jetzt in Vorschlag gebrachten Straßen.

Herr Wilke möchte constatiren, daß diese Debatte den besten Beweis liefere, wie nöthig die Anfertigung und vorherige Vertheilung von Plänen sei, da jetzt nur die Mitglieder der Baucommission über die Veränderungen unterrichtet seien.

Herr Nieß ist die Sache einfacher, als manche andere Veränderung des Ortsbauplans vorgekommen, denn die Ziegelei werde hierdurch nicht beengt, sondern die projectirten Straßen rücken ihr weiter vom Leibe ab. Die erhobenen Einwendungen seien demnach haltlos. Viel unklarer erscheine ihm die erste Vorlage bezüglich des Canals am Wilhelmshof, da er hierbei nicht herausgefunden habe, ob man den Canal direct durch den Garten der Dompfarre legen wolle oder nicht.

Nach einer zur Erläuterung des aushängenden Planes angelegten kurzen Pause erklären die Herren Blasius und Wilke, daß ihre Bedenken gehoben seien und sie nicht mehr auf Aussetzung der Beschlußfassung beständen.

Die Magistrate'svorlage gelangt darauf zur Annahme.

V. Erwerb von Straßenterrain an der Leonhardstraße.

Behufs Durchführung der für die Nordseite der Leonhardstraße (zwischen Bertramstraße und Altemiekring) festgestellten Baulinie haben zur Straße abzutreten:
 der Maurer Sieling eine 1,3 qm große Theilfläche,
 der Schneidermeister Fritz Brunk eine solche von 7 qm und
 der Victualienhändler Heinrich Tietge eine solche von 4 qm

und sind dieselben mit einem Einheitspreise von 10 M zufrieden, sofern außerdem die vorhandenen Einfriedigungen in die neue Fluchtlinie zurückgesetzt werden. Der Magistrat beantragt, ihn zum Erwerbe dieser Theilflächen zu dem angegebenen Preise zu ermächtigen.

Hierbei wird noch bemerkt, daß die an der Nordseite der Leonhardstraße auf der Strecke zwischen Marthastraße und Altemwiekring errichteten Gebäude durchweg über die ursprünglichen Grenzen der betr. Grundstücke und zwar bis an die Baulinie vorragen, daß aber die betr. Anlieger das hierdurch und bezw. durch das Vorrücken der Einfriedigungen ihren Grundstücken zugelegte vormalige Straßenterrain weder erworben noch bezahlt haben. In vielen Fällen ist die fragliche Eigenmacht nicht durch die jetzigen Anlieger, sondern durch die Vorbesitzer jener Grundstücke geübt; aber auch diese werden in gutem Glauben gehandelt haben, indem sie annahmen, daß die Absteckung der neuen Fluchtlinie seitens der Beamten des Stadtbauamtes der Ueberweisung der fraglichen Theilflächen gleich zu erachten sei. Da nun überdies in Folge einer irrthümlichen Annahme des inzwischen verstorbenen Landes-Deconomie-Conducteurs Allers die fraglichen Theilflächen den betr. Grundstücken im Grundbuche zugeschrieben sind, mithin die Bezahlung eines Kaufpreises nachträglich nicht wohl anders, als nach zuvoriger Anfechtung der betr. Eintragung in das Grundbuch würde erzwungen werden können, so empfiehlt es sich nach der Ansicht des Magistrates, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Halle die Genehmigung der Vorlage befürworten

und beschließt die Versammlung demgemäß.

VI. Festsetzung einer neuen Baulinie am Damme.

In Veranlassung eines Neubaus des Maurermeisters Köper auf seinem am Damme M 2 belegenen Grundstücke beantragt der Magistrat, auf Vorschlag des Stadtbauamtes, eine anderweite, die Verbreiterung jener Straßenstrecke auf 12 m in sich schließende Baulinie zu genehmigen,

was auch geschieht, nachdem Herr Krahe sich namens der Baucommission für die Festsetzung dieser sehr zweckmäßigen Linie ausgesprochen hatte.

VII. Mittheilung des Etats der Central-Friedhofs-Casse.

Der Magistrat überreicht den vom Kirchencassen-Collegium aufgestellten Etat der Central-Friedhofs-Casse für das Jahr 1890 zur Kenntnißnahme und mit dem Bemerken, daß derselbe ihm zu Erinnerungen keinen Anlaß biete. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 61 500 M ab und ist zur Deckung der Fehlsomme ein Zuschuß aus der Gemeinde-Kirchencasse von 8335 M eingestellt.

Die Finanzcommission hat, wie Herr Sievers berichtet, Bemerkungen zu dem Etat nicht zu machen und giebt anheim, denselben als für die Versammlung erledigt anzusehen, was geschieht.

Bei dieser Gelegenheit will Herr Sievers darauf hinweisen, daß in der Commissionsitzung zur Sprache gebracht sei, es herrsche in der Capelle des Friedhofes stets eine sehr heftige Zugluft und daß Herr Oberbürgermeister Bockels bereits Veranlassung genommen habe, die Friedhofs-Verwaltung zur Abstellung dieses Mißstandes aufzufordern. Letzterer werde nach der Ansicht von Sachverständigen durch die Treppenaufgänge zu den Gallerien hervorgerufen, weshalb man jetzt darauf hinarbeiten wolle, durch die Schließung dieser Aufgänge eine wesentliche Verbesserung zu erzielen.

VIII. Aenderung der Beleuchtung im SitzungsSaale der Stadtverordneten.

Zur besseren Beleuchtung des Sitzungszimmers der Stadtverordneten wird magistratsseitig die Anbringung von drei Doppel-Gasarmen und zwar je eines Armes zu beiden Seiten des Saales innerhalb der Barriere und des dritten Armes in der Mitte vor der Barriere in Vorschlag gebracht und dafür eine Summe von 224,60 M aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse gefordert.

Herr Sievers empfiehlt namens der Finanzcommission die Annahme der Vorlage, bemerkend, daß ein Mehrverbrauch an Gas dadurch nicht hervorgerufen werde, weil einige Arme der mittleren Kronleuchter dann nicht angezündet zu werden brauchen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

IX. Uebernahme der Hedwig- und Döringstraße.

Nachdem die Vorbedingungen zur Uebernahme der Hedwig- und Döringstraße seitens der Bauunternehmer Kaufmann C. Klie, Gärtner Ebeling und Arbeiter Bosse erfüllt sind, ersucht der Magistrat, dem Antrage derselben gemäß:

- 1) die Hedwig- und Döringstraße als städtische Straßen zu übernehmen,
- 2) den bezeichneten Unternehmern die für die Canalanlage in beiden Straßen an die Canalbaukasse eingezahlten 3702,77 M, bezw. 2298,01 M zurückzuerstatten,
- 3) denselben die für Belegung der Straßen mit Gas- und Wasserröhren aufgewandten Kosten

a. für die Hedwigstraße mit 839,40 M und 1374,80 M,

b. „ „ Döringstraße „ 619,60 „ „ 870,40 „

aus der Cassé der städtischen Gas- und Wasserwerke ebenfalls zurückzuzahlen.

Herr Sievers giebt namens der Finanzcommission die Erklärung ab, daß commissiionsseitig gegen die Annahme der Vorlage nichts einzuwenden sei, worauf derselben von der Versammlung zugestimmt wird, nachdem noch

Herr Reiche dasselbe Geschick auch in baldigster Zeit der Eulenstraße gewünscht hatte.

X. Abtretung von Theilflächen zur Kramerstraße.

Der Glasermeister Hermann Koch beabsichtigt, auf seinem an dem noch nicht ausgebauten Theile der Kramerstraße belegenen Grundstücke ein Wohnhaus zu errichten und hat sich bereit erklärt, die von dem fraglichen Grundstücke der genannten Straße zuzulegenden Theilflächen von 84 bezw. 2 qm der Stadt zu verkaufen. Der Magistrat beantragt, ihn zum Ankauf dieser Flächen ohne notariellen Contract zu ermächtigen, da der geforderte Preis von 5 M pro qm ein angemessener sei.

Der Antrag der Finanzcommission, für welche wiederum Herr Sievers berichtet, auf Genehmigung der Vorlage wird von der Versammlung angenommen.

XI. Aenderung des Ortsbauplanes am Wolfscampe.

Der Zimmermeister Chr. Eggeling hat die Erlaubniß zur Erbauung eines Wohnhauses auf seinem Eck der Wolfscampestraße und einer von dieser nach Süden abzweigenden projectirten Straße belegenen Grundstücke erhalten. Bei der Absteckung des Gebäudes hat sich ergeben, daß der fragliche Bauplatz an der Wolfscampestraße die von Eggeling angegebene Frontlänge von 22 m nicht besitzt, letztere vielmehr nur 20,3 m mißt. Da Eggeling das projectirte Gebäude auf Grund des genehmigten Planes an den Schlosser Schwedendieck bereits verkauft hat und wegen nicht plangemäßer Erfüllung der übernommenen Verpflichtung für sich Weiterungen befürchtet, auch die Zulage der Balken auf seinem Zimmerplatze bereits beschafft haben will, so hat er um entsprechende Verlegung der projectirten Straße gebeten, welchem Gesuche sich der Magistrat anschließt.

Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß,

nachdem Herr Krahe namens der Baucommission dessen Genehmigung empfohlen hatte.

XII. Proceß gegen den Carrousselbesitzer Viskendorff.

Der Carrousselbesitzer Viskendorff hat sich in dem, vom Herzoglichen Amtsgerichte behufs Auffassung einer vertragsmäßig an die Stadtgemeinde abgetretenen Theilfläche, angeetzten Termine geweigert, letztere aufzulassen, indem er geltend machte, es sei ihm bei oder nach Abschluß des bezüglichen Kaufvertrages durch den Stadtrath Metemeyer die feste Zusicherung ertheilt, daß der dem Viskendorff ver-

bleibende Theil des früheren Privatweges auf derjenigen Strecke, welche südlich von städtischem Terrain begrenzt wird, durch Zulegung eines 2 m breiten Streifens des letzteren auf 4 m verbreitert werden solle und müsse er daher zunächst Erfüllung dieser Zusage verlangen.

Diese Behauptung Litzendorff's ist unwahr, da sich der genannte Stadtrath nur dahin ausgesprochen hat, daß er die fragliche Verbreiterung des Weges im Interesse des Verkehrs für wünschenswerth erachte und Befürwortung des fraglichen Gesuches verspreche, daß er es jedoch ablehnen müsse, feste Zusicherungen dieserhalb zu ertheilen. Wenn auch der Magistrat bereit ist, einer Verbreiterung des Weges bei dem Zugeständniß angemessener Bedingungen zuzustimmen, so kann derselbe sich doch nicht dazu verstehen, daß der geforderte Terrainstreifen unentgeltlich abgetreten werde, noch dazu, daß die Abtretung erfolge, bevor über die vom Terrain des vormals Steding'schen Gartens verbleibenden Restflächen verfügt ist und ersucht derselbe daher, ihn zur Klageerhebung gegen Litzendorff auf Vertragserfüllung zu ermächtigen.

Das Verhalten des Litzendorff ist nach der Ansicht der Statutencommission, wie Herr Wolff II berichtet, ein unberechtigtes und ungehöriges und könne mit einem parlamentarischen Ausdrucke nicht bezeichnet werden, die Versammlung werde daher gebeten, die Ermächtigung zur Proceßführung zu ertheilen.

Herr Rieß will zur Entschuldigung Litzendorff's anführen, daß derselbe mit schriftlichen Arbeiten nicht gut Bescheid wisse und deshalb jedenfalls gar nicht verstanden habe, was in dem Vertrage stehe.

Herr Stadtrath Ketemeyer glaubt in diesem Falle fragen zu können: où est la femme? Litzendorff habe den Vertrag abgeschlossen und hinterher sei die Frau desselben gekommen, um zu versuchen, noch etwas zu erreichen, was ihrem Manne nicht gelungen sei. Da ihr dieses nicht geglückt, so habe sie ihren Mann veranlaßt, gegen die Auflassung zu protestiren. Die Versammlung werde ihm wohl glauben, daß er nicht ohne Weiteres über städtische Grundstücke verfüge.

Herr Wolff II macht noch darauf aufmerksam, daß nicht ein Mißverständnis schriftlicher, sondern mündlicher Dinge in Frage komme.

Herr Bültemann hat von einem Verwandten Litzendorff's gehört, daß Letzterer geäußert habe, von Herrn Stadtrath Ketemeyer sei ihm und seiner Frau zuerst die Erfüllung ihres Wunsches zugesagt, hinterher aber erklärt, es wäre ihm nichts davon eingefallen. Darauf habe Redner gefragt, ob nicht ein Protocoll über die Verhandlung aufgenommen sei, worauf ihm erwidert worden, daß Litzendorff gar nicht lesen könne, daß aber ein Protocoll aufgenommen sei. Man ersehe hieraus wohl, wie viel man auf die Reden Litzendorff's geben könne.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß ein Protocoll thatsächlich nicht aufgenommen sei. Bei dem Vertragsabschlusse habe Litzendorff seinen Wunsch vor-

gebracht, aber die Antwort erhalten, daß Redner sich darüber jetzt nicht erklären könne, er wolle die Angelegenheit indessen befürworten. Es lasse sich jetzt in die verbliebenen Bauplätze aber nicht einschneiden und ein Stück davon nehmen, sondern man müsse die Gelegenheit wahrnehmen und die Plätze verkaufen. Er habe sich die undenklichste Mühe gegeben, Lixtendorff zu einer angemessenen Verlegung des Weges zu bewegen, so daß letzterer im rechten Winkel auf die Straße zulaufe; es sei aber Alles vergeblich gewesen und endlich müsse man doch in der Sache weiterkommen.

Die Versammlung stimmt darauf dem Antrage zu.

XIII. Anfrage des Herrn Nieß wegen der Jubiläumsfeier der städtischen Feuerwehr.

Zu der Frage:

Hat der Magistrat eine Beihilfe zu der Jubiläumsfeier der städtischen Feuerwehr in Aussicht genommen?

bemerkt Herr Nieß, daß die städtische Feuerwehr in ihrer neuen Gestalt das 25 jährige Jubiläum in diesem Jahre feiere und es angemessen sein möchte, gleichwie der Turner-Feuerwehr auch dieser Wehr zu einer entsprechenden Feierlichkeit eine Beihilfe zu gewähren.

Herr Stadtrath Metemeyer erwidert, daß sich der Magistrat in der letzten Zeit mit dieser Sache nicht beschäftigt habe und er im Uebrigen nicht orientirt sei, da dieselbe zum Decernat des Herrn Oberbürgermeisters gehöre.

XIV. Anfrage des Herrn Nieß wegen der Instandsetzung u. des Madamenweges.

„Zu welchem Zeitpunkte hat der Magistrat die Instandsetzung und Canalisirung des Madamenweges angeordnet?“

Zur Begründung weist Herr Nieß darauf hin, daß die Gelder zur Durchführung des Projectes seit längerer Zeit verwilligt seien, die Sache aber trotzdem noch auf dem alten Flecke stehe und er sich auch nicht erinnere, daß bei irgend welcher Gelegenheit von einer Inangriffnahme des Madamenweges die Rede gewesen sei. Da nun zu solchem Zwecke der Stadthaushaltsplan für 1890 eine Summe auswerfe, so frage er, wann an die Ausführung des Projectes gedacht werde.

Herr Stadtrath Metemeyer will unterscheiden wissen zwischen dem eigentlichen Madamenwege und der Fortsetzung desselben von der Goslarschenstraße bis zum Hohenthore über das Terrain der Actien-Zuckerfabrik. Letzteres Project sei nach der Verathung in der Versammlung an das Herzogl. Staatsministerium gegangen und habe bereits zu einer Vorlage an den diesjährigen Landtag geführt.

Was den Madamenweg selbst betreffe, so seien bezüglichliche Verhandlungen besonders über die Canalisation desselben bereits eingeleitet und habe sich Oberingenieur Mitgan dahin ausgesprochen, daß er zu solchem Zwecke das Terrain der Vorgärten gebrauche. Der größere Theil der Anlieger wolle auch die Vorgärten zu einem angemessenen Preise (M 3) abtreten, aber einige der vorderen Anlieger fordern 12 M und diese Forderung sei vom Magistrate abgelehnt worden. Zugleich könne bemerkt werden, daß der jetzige Eigenthümer des früher Hanne'schen Grundstückes dem Magistrate ganz annehmbare Bedingungen gestellt habe, und damit die Hauptschwierigkeiten beseitigt seien. Wenn Herr Nieß irgend welchen Einfluß auf die übrigen Anlieger besitze, so möge er dieselben bestimmen, dem Magistrate in ihren Forderungen thunlichst entgegenzukommen, dann könne auch die Instandsetzung dieser Straße bald erfolgen.

XV. Anfrage des Herrn Nieß wegen der Erbauung von Häusern an unbefestigten Straßen.

Herr Nieß bemerkt zur Begründung der Frage:

„Will der Magistrat auch in diesem Frühjahr der Baucommission ein Verzeichniß derjenigen Straßen vorlegen, an welchen die Erbauung von Häusern gestattet wird, obgleich die Straßen zur Zeit noch nicht befestigt sind?“

daß der Magistrat in früheren Jahren ein derartiges Verzeichniß zur Kenntnißnahme, bezw. Ergänzung vorgelegt habe und solches in den letzten Jahren nicht mehr geschehen sei, so daß es wohl der Erneuerung einer Vorlage bedürfe. Da es sich hierbei wesentlich um kleinere, weniger Beachtung findende Straßen handle, so müsse die Erbauung kleinerer Häuser naturgemäß in den Rückstand kommen.

Herr Stadtrath Ketemeyer kann eine Verpflichtung des Magistrates zur Einbringung solcher Vorlage nicht anerkennen. Nach dem Ortsbaustatute sei es verboten, an unbefestigten Straßen zu bauen, jedoch haben die städtischen Behörden das Recht, Ausnahmen zuzulassen. Gelegentlich der Berathung des früheren Nieß'schen Antrages auf Zulassung der Errichtung eines Hauses an einer unbefestigten Straße habe sich der Magistrat nach längerer Verhandlung mit der Versammlung dahin geeinigt, daß die Bebauung in einer größeren Anzahl von Straßen freigegeben werden sollte, woraufhin an diesen Straßen fortwährend Häuser errichtet seien. In Folge des Durchbrechens jenes Princip's habe nun der Magistrat so üble Erfahrungen gemacht, daß eine Vermehrung der damals freigegebenen Straßen nicht in Aussicht gestellt werden könne. Er wolle daher nur auf den Mittelweg hinweisen, an welchem das Bauen vor seiner Befestigung freigegeben sei. Nachdem dort Häuser in größerer Zahl errichtet worden und man nun den Magistrat gedrängt habe, die Straße in Stand zu setzen, sei eine Einigung mit den Anliegern

über den Preis des abzutretenden Terrains nicht erzielt worden. Die Landes-Deconomie-Commission habe darauf entschieden, daß nicht derjenige Werth zu Grunde zu legen sei, welchen der Weg als Interessentenweg gehabt, sondern welchen derselbe durch die sich auf jene Gegend werfende Speculation erhalten habe. Für die städtischen Behörden liege also aller Grund vor, die Zahl der freigegebenen Straßen nicht noch zu vermehren. (Zustimmung.)

XVI. Anfrage des Herrn Nieß wegen der Bewilligung außerordentlicher Zulagen an die städtischen Beamten.

Die Anfrage:

„Hat der Magistrat sich mit der früher gestellten Anfrage, betreffend eine außerordentliche Zulage für die städtischen unteren Beamten beschäftigt?“

beantwortet Herr Stadtrath Ketemeyer dahin, daß der Magistrat es nicht für angemessen halte, derartige Zulagen zu gewähren, da es sich nicht um eine dauernde Erhöhung der Gehälter, sondern nur um einmalige Zuwendungen handle.

Hierauf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung die beantragte Pensionirung des Gasmeisters A. Stübing und befindet außerdem über die jetzt bekannt gewordene Steuerhinterziehung eines kürzlich verstorbenen hiesigen Einwohners.

Schluß 6¼ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 27. März 1890.

Öffentlich:

I. Erwerb einer Straßenfläche an der Klosterstraße	Seite 78.
II. Beihilfe zur Stiftungsfeier der städtischen Feuerwehr	" 79.
III. Kosten für Gas- und Wasserröhren	" 79.
IV. Ankauf des Meyer'schen Grundstückes im Langenhofe	" 79.
V. Erlaß von Straßenbaukosten an der Gehsostraße	" 83.
VI. Errichtung neuer Bürgererschulclassen	" 84.
VII. Uebernahme verschiedener Straßen als Ortsstraßen	" 84.
VIII. Desgl. der Straßenzüge neben dem Hoftheater	" 86.
IX. Verkauf von Straßenflächen neben dem Ruhfäutchenplage an den Staat	" 86.
X. Erwerb von Straßenflächen und Aenderung der Baulinie an der Ludwigstraße	" 89.
XI. Ausbau eines Theiles des Mittelweges	" 90.
XII. Ausbau des westlichen Theiles der Körnerstraße	" 91.
XIII. Verwendung eines Bauplatzes an der Ferdinandstraße zum Volks-Brausebade	" 93.
XIV. Unterstützung der Barbier- und Friseur-Zunung	" 103.
XV. Erwerb von Straßenflächen am Madamenwege	" 104.
XVI. Erwerb einer Straßenfläche an der Kreuzstraße	" 105.
XVII. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Uebernahme der Eulenstraße	" 106.
XVIII. Desgl. des Herrn Halle auf Verstärkung der Polizeiorgane und Neu- regelung des Nachtwachwesens	" 106.

Vertraulich:

Niedererschlagung einer Abgabe an die Armencaſſe	Seite 107.
Wahl eines Armenpflegers u.	" 107.
Penſionirung einer Lehrerin	" 107.
Steuer-Declamationen (Verzeichniß IV von 1889)	" 107.

Am Magiſtratsſiſche die Herren: Oberbürgermeiſter Pockels und Stadträthe Götte, Haake und Metemeyer.

Entſchuldigt die Herren Lüberßen, Reuter und Wilke; ſpäter erſcheint Herr Seele.

Die Sitzung wird von dem Vorſitzenden, Herrn Semler, eröffnet und zunächſt das Protocoll *M* 1 zur Genehmigung verſtellt. Nach Genehmigung deſſelben erhält das Wort

Herr Oberbürgermeiſter Pockels, zu der Mittheilung, daß der biſherige Hilfsarbeiter des Stadt-Magiſtrats, Gerichtsaffeffor Brandes, am 1. April in den ſtaatlichen Juſtizdienſt habe zurücktreten müſſen und zu deſſen Erſetzung der Gerichts-Affeffor von Frankenberg engagirt ſei, welcher dieſe Geſchäfte bereits angetreten habe. Er bringe dieſes hier zur Sprache, weil es ihm im Intereſſe des Hilfsarbeiters und der ganzen Geſchäftsverwaltung wünſchenswerth erſcheine, daß Lezterem geſtattet werde, an den Sitzungen der Stadtverordneten theilzunehmen. Wenn kein Widerſpruch erfolge, dürfe er wohl die Genehmigung der Verſammlung vorausſetzen. (Zuſtimmung.)

Nachdem der Herr Vorſitzende ſodann noch die unter XVII und XVIII der Tagesordnung behandelten Anträge verlesen hatte, wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Erwerb einer Straßenfläche an der Kloſterſtraße.

Zum Zwecke der Verbreiterung und Inſtandſetzung der Kloſterſtraße iſt nach Maßgabe der feſtgeſtellten Baulinie eine zum vormaligen Kloſtergrundſtücke gehörige, 1 a 90 qm haltende Grundfläche anzukaufen. Der Magiſtrat erſucht, den Ankauf derſelben zum Einheitspreise von 4 *M* mit zuſammen 760 *M* zu genehmigen.

Die Baucommiſſion, welche nach dem Berichte des Herrn Nieß bei ihrer Berathung allerdings nicht vollzählig, bezw. nicht beſchlußfähig geweſen iſt, hat gegen den Antrag nichts zu erinnern gefunden und empfiehlt denſelben zur Annahme.

Die Verſammlung beſchließt dem Antrage gemäß.

II. Beihilfe zur Stiftungsfeier der städtischen Feuerwehr.

Auf Antrag des Commandeurs der Gesamt-Feuerwehr ersucht der Magistrat um Verwilligung von 500 M als Zuschuß zu der im April d. Js. bevorstehenden Feier des 25 jährigen Bestehens der städtischen Feuerwehr in ihrer jetzigen Organisation. Die Feier soll am 11. und 12. April durch Commers und Ball be-
gangen werden.

Die Finanzcommission giebt in Berücksichtigung des Umstandes, daß auch den anderen Wehren zu gleichem Zwecke eine Beihilfe gewährt sei, durch Herrn Sievers die Genehmigung des Antrages anheim,

welche darauf von der Versammlung beschloffen wird.

III. Kosten für Gas- und Wasserröhren.

Zufolge Beschlusses der Deputation der städtischen Gas- und Wasserwerke hat eine Auswechselung der Wasserröhren in der Bockstwete und der Einbau von Schieberhähnen in das alte Rohrnetz des Wasserwerks stattgefunden, wodurch an Kosten 675,48 M und bezw. 466,62 M erwachsen sind. Ferner sind durch Be-
legung des ausgebauten Theiles der Körnerstraße zwischen Marthastraße und der westlichen Grenze des Röper'schen Grundstückes mit Wasser- und Gasrohr 309,10 M und bezw. 373,40 M Kosten entstanden. Da sich erst jetzt herausgestellt hat, daß zu diesen Aufwendungen die Genehmigung der Versammlung noch nicht eingeholt ist, so ersucht der Magistrat um nachträgliche Genehmigung der Ausgaben,

welche die Versammlung auch ausspricht, nachdem Herr Sievers die Vorlage namens der Finanzcommission befürwortet hatte.

IV. Ankauf des Meyer'schen Grundstückes im Langenhofe.

Zum Bauplatze für das zu erbauende Stadthaus und event für eine daneben zu errichtende Dienstwohnung des Herrn Oberbürgermeisters sind magistratsseitig diejenigen Flächen in Aussicht genommen, welche die Stadt durch Ausführung der Verbindungsstraße zwischen Steinweg und Ruhfäutchenplatz an der Südseite dieser Straße, sowie durch Ankauf des vormaligen Landgestüts und des alten Militair-
Casinos erworben hat. Nachdem die Städtische Bauverwaltung den Stadthaus-
Neubau auf der Grundlage eines vom Magistrate aufgestellten Programmes projectirt und dabei ermittelt hatte, daß zu zweckentsprechender Ausführung dieses Baues einmal die Beseitigung der dem Grundstück des Buchhändlers Meyer im Langenhofe an den vormaligen Mosthof zustehenden Wegegerechtigkeit, sodann aber auch der Erwerb eines Theiles der Meyer'schen Hintergebäude erforderlich sei, ist der Magistrat mit Meyer zu solchem Behufe in Verhandlung getreten. Da Letzterer sich nicht geneigt zeigte, die Hintergebäude allein abzugeben, mußte der Kauf des

ganzen Grundstückes ins Auge gefaßt werden und forderte Meyer dafür einen Preis von 150 000 M. Durch fortgesetzte Verhandlungen hat derselbe sich indessen bereit finden lassen, sein gesamtes Grundstück zum Preise von 135 000 M. mit dem Beding an die Stadt zu verkaufen, daß der Kaufpreis am Tage der Auflassung zahlbar sei und daß letztere nach dem Belieben des Magistrates frühestens zum 1. April 1891 und spätestens zum 1. April 1893 auf vorhergegangene sechsmonatliche Anmeldung erfolgen solle. Das Grundstück hat mit Einschluß des dazu gehörigen vormaligen Okergrabens einen Flächenraum von 1396 qm und kostet demnach abgesehen von den Gebäudewerthen pro qm 96,7 M.

Die Aufwendung dieses schon an und für sich nicht übermäßig hohen Preises bietet der Stadt noch besondere Vortheile von großer Erheblichkeit, welche in Folgendem bestehen:

1) die dem Grundstück am Mosthose zustehende Wegegerechtigkeit erlischt;
 2) durch Ausführung der kürzlich beschlossenen Verlegung des Burgmühlengrabens wird das zwischen dem vormaligen Militair-Casino und dem Meyer'schen Hause belegene Grabenterrain — von welchem 264 qm zu ersterem und 249 qm zu letzterem gehören — alsdann als Baugrund aufgeschlossen, wenn beide Grundstücke in den Besitz der Stadt gelangen und dadurch die, eine Bebauung der vormaligen Grabenfläche hindernden Nachbarrechte und sonstigen Eigenthumsbeschränkungen in Wegfall kommen;

3) durch den Erwerb des fraglichen Grundstückes wird es auch ermöglicht, den nach einem vorliegenden Bauprojecte eine Fläche von 3567 qm erfordernden Bauplatz für das Stadthaus — welches andernfalls mit der event. daneben zu errichtenden Dienstwohnung die ganzen langgestreckten und in der Bebauung besonders kostspieligen Fronten an der Ecke des Langenhofes, dem Dome und der Burg Dankwarderode gegenüber, an der neuen Verbindungsstraße und an der Bohlwegsecke in Anspruch nehmen würde — aus der zur Verfügung stehenden Gesamtfläche in zusammengedrängter Lage und zu großem Theile unter Hineinziehung von weniger werthvollem Hinterlande so auszuscheiden, daß nicht nur an der Ecke des Bohlweges und an der angrenzenden Strecke der neuen Verbindungsstraße, also an bester Lage, mehrere Bauplätze entbehrlich, d. h. verkäuflich werden, sondern auch vielleicht das Vorderhaus des Meyer'schen Grundstückes unberührt bleibt, also zum Wiederverkauf, wenn auch nur auf Abbruch, gebracht werden kann. Die nach dem vorliegenden Stadthaus-Bauprojecte entbehrlichen Bauplätze werden etwa 2600 qm und in dem Falle, daß die Baulinie am Wilhelmshofplatz bezw. dem Dome und der Burg gegenüber in die Fluchtlinie der Münzstraße gelegt, d. h. in der Breite von 2,20 m vorgerückt werden sollte, etwa 2800 qm umfassen;

4) die Besitzer der an der Westseite des Bohlwegs zwischen dem Mumme'schen und dem vormalig Weltheim'schen Grundstücke belegenen Häuser, welche bei etwaigem

Neubau in die durch den Ortsbauplan festgesetzte neue Baulinie zurückrücken müssen, können für das zur Verbreiterung des Bohlwegs von ihnen abzutretende Terrain statt mit Golde, durch Ueberweisung gleich großer Flächen aus dem dahinter belegenen Areal des vormaligen Landgestüts entschädigt werden, auch kann ihnen zu einer in ihrem wesentlichen Interesse liegenden Vergrößerung ihrer Grundstücke noch ein entbehrlicher Theil jenes Hinterlandes zu voraussichtlich hohem Preise verkauft werden.

Selbst wenn aber auch demnächst ein Bau des Stadthauses an jener Stelle nicht beliebt und der hier erworbene Complex in seiner Gesamtheit dazu bestimmt sein sollte, wiederverkauft zu werden, so würde doch der Erwerb dieses Grundstückes zu dem angegebenen Preise für die Stadt vortheilhaft sein, denn die zur Ermittlung der Größe und der Kosten für das Bauland an der neuen Verbindungsstraße, sowie am Wilhelmäplage bezw. am Langenhofe angestellten Berechnungen ergeben, daß dieser große Complex — mit Einschluß der gesamten Kosten nicht allein für den Straßendurchbruch, sondern auch für die Verlegung des Burgmühlengrabens und für die Verbreiterung des Langenhofes, bezw. der an der Ostseite des Domes vorüberziehenden Straße — der Stadt nur 81,33 M pro qm kosten wird.

Der Magistrat beantragt aus allen diesen Gründen, die Zustimmung zum Ankauf des im Langenhofe unter M. ass. 2058—2060 belegenen Meyer'schen Grundstückes für den Preis von 135 000 M zu erteilen.

Herr Wolff I kann namens der Finanzcommission den Ankauf des Meyer'schen Grundstückes zu dem vereinbarten Preise nur als zweckmäßig und empfehlenswerth bezeichnen, zumal hierdurch auch eine 264 qm große, der Stadt gehörige Grundfläche des ehemaligen Okergrabens erst bebauungsfähig werde und einen Werth von mindestens 50 M pro qm erhalte, was allein schon einen Gewinn von 13 200 M ausmache. Da nun überhaupt Alles dafür spreche, den Ankauf dieses Grundstückes im Interesse der Stadt geboten erscheinen zu lassen, so empfehle die Commission, der Vorlage zuzustimmen. Durch diesen Kauf werden der Stadt Ausgaben an Zinsen zunächst nicht erwachsen, weil das Grundstück nach dem abgeschlossenen Vertrage bis zum 1. April 1893 frei von Zinsen abzutreten sei.

Die an jener Stelle demnächst der Stadt zugehörenden Grundstücke werden folgende Kosten verursachen:

Schlachthaus, Mofthof, Cavalierhaus	100 000 M
Zinsen bis Ostern 1890	7 000 "
Belthelm'sches Grundstück	145 236 "
Zinsen bis Ostern 1890	10 764 "
Landgestüt	125 000 "

Latus 388 000 M

	Transport	388 000 M
Officiercasino		81 776 "
Zinsen bis Ostern 1890		3 634 "
Meyer'sches Grundstück		135 000 "
	•//.	608 410 M.

Herr Halle hat gegen die Vorlage selbst nichts einzuwenden, er möchte es aber für angezeigt erachten, endlich zu einem festen Entschlusse hinsichtlich des Platzes für das Stadthaus zu gelangen. Da es den Anschein habe, als ob man den hier bezeichneten Platz zur Errichtung des Stadthauses für geeignet halte, so empfehle es sich, recht bald zu einem Wiederverkauf der übrig bleibenden Baupläge zu schreiten, um weiteren Zinsverlust zu vermeiden.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Magistrat bis jetzt noch nicht in der Lage gewesen sei, der Versammlung eine Vorlage wegen Erbauung des Stadthauses auf dem bezeichneten Complex zu unterbreiten, weil sich das Areal noch nicht im Besitze der Stadt befunden habe und selbst das Landgestüt der Stadt formell noch nicht überwiesen sei. Sobald aber die Grunderwerbsfrage ihre Erledigung gefunden habe, würden der Versammlung bestimmte Vorschläge in Bezug auf die Erbauung des Stadthauses unterbreitet werden.

Herr Wolff I will noch darauf hinweisen, daß die von Herrn Halle erwähnte Verzögerung für die Stadt bislang durchaus keine Nachtheile gehabt habe, indem das Meyer'sche Grundstück das ganze Project anders und zwar vortheilhafter gestalte, als vorher. Derartige Verzögerungen könnten mitunter mehr einbringen, als allzu große Beschleunigungen. Nach den Worten des Herrn Oberbürgermeisters erscheine es indessen nicht zweifelhaft, daß die Städtische Bauverwaltung zur Anfertigung eines endgiltigen Planes veranlaßt sei.

Herr Halle erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters einverstanden und bemerkt, daß in seinen Worten ein Vorwurf nicht habe liegen sollen.

Herr Günther ist auf den Bau des Stadthauses nicht so veressen, da derselbe aber einmal geplant sei, so wolle er fragen, wie es mit dem früheren Projecte stehe, das Stadthaus auf den viel größeren Platz des alten Museums zu setzen. Man müsse entschieden für die Zukunft bauen, denn man gehe Zeiten entgegen, in welchen ganz bedeutende Räumlichkeiten in einem Gemeindehause gebraucht werden, so daß nach den heutigen Verhältnissen nicht gebaut werden dürfe.

Herrn Oberbürgermeister Pockels ist nichts davon bekannt, daß magistratsseitig einmal geplant worden, das Stadthaus auf dem Planum des alten Museums aufzubauen. Er habe allerdings einmal davon gehört, daß es recht hübsch sein müßte, dieses Areal zu einem Prachtbau für das Stadthaus in Aussicht zu nehmen, aber gerade, weil es sich hier um einen Prachtbau handeln solle, habe man sich im Magistrate mit diesem Projecte nicht beschäftigt. Auf die Andeutung des Herrn

Günther, daß der gegenwärtig in Aussicht genommene Platz möglicherweise unzureichend sein möchte, wenn man für die Zukunft bauen wolle, habe er zu bemerken, daß das in den aushängenden Plan eingetragene, nach einem Programme des Magistrats ausgearbeitete, wenn auch noch nicht endgiltige Project nicht nach den heutigen Bedürfnissen, sondern nach denen in 50—100 Jahren eingerichtet sei. Sollte aber eine noch weitere, über 100 Jahre hinausliegende Zukunft ins Auge gefaßt werden, so könnten von den nach der jetzigen Berechnung übrig bleibenden Theilflächen noch rund 200 qm reservirt werden, wogegen nichts einzuwenden sei. Wenn man dagegen den ganzen Platz behalten wolle, so würden noch drei andere große Städte dort ihre Verwaltungshäuser unterbringen können.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

V. Erlaß von Straßenbaukosten an der Gehsostraße.

Nach erfolgter Festsetzung der den einzelnen an der Gehsostraße belegenen Grundstücken endgiltig zur Last fallenden Straßenbaukosten ist auch der Civil-Ingenieur Königsdorf aufgefordert, wegen seines daselbst an der Ecke von Neben- und Gehsostraße belegenen Grundstückes 2632 M 78 2/3 Kosten zu erstatten, welche Summe vertragsmäßig der Braunschweigischen Landeseisenbahn-Gesellschaft zu überweisen sein würde. Königsdorf hat indessen die Zahlung der fraglichen Summe mit dem Bemerken verweigert, daß ihm s. Z. Befreiung von diesen Kosten zugesichert sei. Die Richtigkeit dieser Behauptung wird vom Magistrate zugegeben, da derselbe auf bezügliche Anfrage des Stadtbauamtes im Schreiben vom 28. December 1883 die Befreiung des Königsdorf'schen Grundstückes von Straßenbaukosten ausdrücklich anerkannt hat und hiervon s. Z. dem p. Königsdorf jedenfalls Mittheilung gemacht ist. Diese Erklärung des Magistrates wurde zu einer Zeit, in der das Ortsbaustatut eben erst ausgearbeitet und eine größere Zahl von Zweifeln über die Auslegung des Statuts, bezw. der Landesbauordnung aufgetaucht war, in der Erwägung abgegeben, daß ein an einer bereits hergestellten Straße liegendes Grundstück nicht zu den Kosten einer zweiten, bezw. dritten, dasselbe Grundstück an seinen anderen Seiten begrenzenden, im Ortsbauplane zwar vorgesehenen, aber noch nicht ausgeführten Straße heranzuziehen sei. Nachdem aber vom Herzogl. Staatsministerium entschieden war, daß schon die Feststellung einer Straße im Ortsbauplane und die Festlegung ihrer Höhenlage als Anfang der Ausführung der fraglichen Straßenanlage anzusehen sei, hat der Magistrat die obige Ansicht als unrichtig fallen lassen und in Fällen der fraglichen Art Kosten auch für Anlegung mehrerer Straßen eingezogen, bezw. ihre Sicherstellung verlangt. In dem hier in Rede stehenden Falle wird indessen nach Lage der Umstände auf Geltendmachung der fraglichen Forderung zu verzichten und die obige Summe auf die Stadt-Begebaucaasse zu übernehmen sein.

Der Magistrat ersucht daher um nachträgliche Verwilligung des Betrages.

Herr Krahe erklärt sich namens der Statutencomission mit dem Magistratsvorschlage einverstanden, da an der Sachlage sich durchaus nichts ändern lasse und beschließt die Versammlung in diesem Sinne.

VI. Errichtung neuer Bürgerschulclassen.

Nach den zu den städtischen Bürgerschulen für das Schuljahr 1890 geschehenen Anmeldungen ist zu Ostern d. J. wiederum die Einrichtung verschiedener Schulclassen erforderlich und zwar

- für die 4. mittlere Mädchenschule am Sandwege die Parallellclassen 1, 3 und 7,
 „ „ 3. „ Bürgerschule am Prinzenwege eine 7. Classe,
 „ „ 4. „ Knabenschule an der Ottmerstraße die Parallellclassen II 4, 5 und 6,
 „ „ unteren Bürgerschulen eine neue erste Knabenclasse.

Das Gesamtbedürfniß beziffert sich demnach auf acht neue Classen.

Zur Besetzung derselben sind an Lehrkräften erforderlich 7 Lehrer und eine Lehrerin mit einem Anfangsgehälte von 1200 M und bezw. 900 M für das Jahr und außerdem sind an den unteren Bürgerschulen 6 Ueberstunden nach dem Sage von 54 M für die jährliche Stunde zu decken, so daß für das laufende Jahr hierdurch ein Kostenaufwand von

$$\begin{array}{rcl} 7 \times 1200 \text{ M} \times \frac{3}{4} & = & 6300 \text{ M} \\ 900 \text{ M} \times \frac{3}{4} & = & 675 \text{ „} \\ 6 \times 54 \text{ M} \times \frac{3}{4} & = & 243 \text{ „} \\ \hline & & 7218 \text{ M} \end{array}$$

verursacht wird, welchem für Transport und Aufstellung der Mobilien noch etwa 30 M hinzutreten.

Die für die Unterbringung der neu einzurichtenden Classen in den mittleren Bürgerschulen erforderlichen Räume sind theils in der Schule an der Ottmerstraße vorhanden, theils können die Classen vorübergehend in den betr. Schulhäusern als überzählig mit aufgenommen werden und die für die untere Bürgerschule erforderliche Classe kann in einer Schule der Innenstadt Unterkunft finden.

Der Versammlung wird magistratsseitig anheimggegeben, dem Schulvorstande zu dem fraglichen Zwecke einen Credit bis zu 7248 M zur Verfügung zu stellen.

Die Schulcomission hat, wie Herr Reiche berichtet, die Vorlage berathen und schließt sich derselben in allen Punkten an, worauf sie von der Versammlung angenommen wird.

VII. Uebernahme verschiedener Straßen als Ortsstraßen.

Der Magistrat beantragt, zu genehmigen, daß die nachstehend aufgeführten städtischen Straßen in das Verzeichniß derjenigen Straßen aufgenommen werden, auf welche die §§. 7—12 des Ortsbaustatuts Anwendung finden, nämlich:

- 1) Limbeckerstraße zwischen Bieweg- und Campestraße,
- 2) Körnerstraße zwischen Bertram-, Martha- und Helmstedterstraße,
- 3) Marthastraße,
- 4) Landstraße,
- 5) Nordstraße zwischen Mittelweg und Gehsofstraße,
- 6) Mittelweg zwischen Taubenstraße und Todtentwete,
- 7) Ludwigstraße zwischen Hamburgerstraße und Mittelweg,
- 8) Lampestraße,
- 9) Wendenmaschtwete zwischen Lampe- und Reichenbergstraße,
- 10) Hedwigstraße von der Nordgrenze des Grundstücks Nr. 4315 bis zur Sophienstraße,
- 11) Döringstraße zwischen Hedwig- und Cammannstraße und
- 12) Thomästraße.

Während die Straßen unter 1—11 bereits ausgebaut sind, oder ihr Ausbau doch beschlossen, bezw. beantragt ist, soll die im Ortsbauplane vorgesehene Verbindungstraße zwischen Kloster- und Petristraße noch in diesem Jahre auf Kosten des Thomästiftes ausgebaut werden.

Wie Herr Bültemann ausführt, hat die Baucommission über diese Vorlage nicht berathen können, weil ihm versehentlich eine Einladung weder zu der Commissionsitzung, noch zu der heutigen Versammlung zugegangen sei; er glaube indessen, daß seitens der Baucommission Einwendungen dagegen nicht erhoben sein würden.

Herr Reiche fragt an, ob es nicht angängig sei, dem obigen Verzeichnisse noch die Eulenstraße zuzufügen, da er dann seinen heute gestellten bezüglichlichen Antrag zurückziehen könne.

Dem gegenüber bemerkt Herr Stadtrath Ketemeyer, daß Herr Reiche die rechtliche Bedeutung der Vorlage insofern verkenne, als hier nicht beschlossen werden solle, die bezeichneten Straßen auszubauen, denn ein derartiger Beschluß sei entweder schon gefaßt, oder solle erst noch gefaßt werden, oder aber ein Privatunternehmer wolle die betr. Straße ausbauen. Diese Vorlage habe die Bedeutung, daß nach Annahme derselben Jeder, der an einer dieser Straßen bauen wolle, für die Straßenbaukosten baares Geld einzahlen müsse und daß die Vorschriften der §§. 7—12 des Ortsbaustatuts auf die Straßen Anwendung finden. Darum habe es keinen Zweck, die Eulenstraße aus dem angeführten Grunde in das Verzeichniß aufzunehmen. Im Uebrigen sei vom Magistrate in Aussicht genommen, dieselbe im nächsten Jahre mit auszubauen.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

VIII. Uebernahme der Straßenzüge neben dem Hoftheater.

Während die im Gebiete des vormaligen Küchengartens ausgebauten Straßen als Ortsstraßen hergestellt werden und somit demnächst in die Unterhaltungspflicht der Stadt übergehen, ist eine Aenderung in der Eigenschaft und dem Eigenthumsverhältnisse der neben dem Hoftheater straßenmäßig ausgebauten Grundflächen nicht vorgesehen, diese Verbindungsstraßen würden danach im Besitze der Herzoglichen Hofstatt verbleiben, so daß dieselben auf alleinige Kosten der Hofstaatscasse, auch hinsichtlich der Fahrbahnen, zu unterhalten und zu reinigen sein würden, woraus indessen folgte, daß die Straßen als Privatstraßen nach Belieben der Herzoglichen General-Hof-Intendantur dem öffentlichen Verkehre nur mit Einschränkungen geöffnet, ja demselben vollständig entzogen werden können.

Aus Verkehrs- und Billigkeitsrücksichten hält es der Magistrat für angezeigt, daß den bezeichneten Verbindungsstraßen die Eigenschaft als Ortsstraßen beigelegt werde und ist zu diesem Zwecke mit der Herzoglichen General-Hof-Intendantur ein dahingehender, der Zustimmung der Landesversammlung noch unterliegender Vertrag vereinbart worden, dessen Genehmigung anheimgestellt wird. Aus dem Inhalte dieses Vertrages ist zu erwähnen, daß die Stadtgemeinde die Beibehaltung und bedarfsmäßige Erneuerung des in den nordseitigen Straßenzug zur Beförderung von Theatercouliissen eingebauten Gleises, sowie der in den Fußweg an der Südseite des Hoftheaters vorspringenden Rampe mit Freitreppe und Ueberdachung, ebenso die Benutzung des die beiden Parktheile unterhalb des Brückenkörpers verbindenden Tunnels zu dulden und der Herzogl. General-Hof-Intendantur zu diesem Behufe eine Servitut zu bestellen hat.

Herr Krahe giebt namens der bei der Berathung zugegen gewesenen Mitglieder der Baucommission anheim, dem Vertrage die Zustimmung zu ertheilen, was seitens der Versammlung geschieht.

IX. Verkauf von Straßenflächen neben dem Ruhfäutchenplatze an den Staat.

Der Magistrat hat sich in Folge von dieserhalb gepflogenen Verhandlungen dem Herzoglichen Staatsministerium gegenüber bereit erklärt, die zwischen dem alten Museum und dem neuen Straßenzuge Bohlweg—Ruhfäutchenplatz belegene Fläche dem Staate als Bauplatz für ein Dienstgebäude der Finanzbehörden entweder für den Preis von 80 M pro qm = 123 600 M für 1545 qm, oder aber für die Kaufsumme von 125 000 M und zwar in letzterem Falle mit der Maßgabe abzutreten, daß bei etwaiger Verrückung der den Ruhfäutchenplatz gegen das Museumsgebäude begrenzenden Baulinie und dadurch entstehenden Vergrößerung der Baufläche eine Nachforderung für solchen Arealzuwachs nicht erfolgen soll.

Der frühere Plan des Magistrats, die fragliche Baufläche zur demnächstigen Errichtung eines Gebäudes für das städtische Archiv zu reserviren, ist fallen gelassen,

weil die Regierung, falls ihr die Ueberlassung dieser Baufläche versagt werden sollte, Anlaß nehmen könnte, ihrerseits den Abschluß des Vertrages über die vereinbarte Abtretung des alten Landgestüts abzulehnen und auf dem Plage des letzteren das staatliche Dienstgebäude zu errichten, wodurch der Stadt die Möglichkeit des Neubaus eines Stadthauses in dortiger Gegend vereitelt sein würde. Da es außerdem im städtischen Interesse liegen dürfte, daß jene Fläche unter Hineinziehung, bezw. Beseitigung des südlichen Museumsflügels und unter Verwendung der am Bohlwege und Kufhäutchenplätze zwischen dem Museum und der alten Straße belegenen Eckfläche, welche nur dem Staate als Bauherrn gelingen kann, bebaut wird und daß nach Errichtung eines von der Regierung geplanten bezüglichen Gebäudes sodann alle staatlichen und städtischen Cassen ziemlich dicht bei einander liegen, wodurch dem dort verkehrenden Publicum viele Wege erspart werden, so empfiehlt der Magistrat, die von ihm gestellten, für den Staat allerdings recht günstigen grundlegenden Kaufbedingungen gutzuheißen. Selbstverständlich soll die Abtretung des in Rede stehenden Bauplatzes von der staatsseitigen Ueberlassung des alten Landgestütes abhängig gemacht werden.

Namens der Finanzcommission berichtet hierüber Herr Wolff I: Wie aus dem Ortsbauplane hervorgehe, sei es sehr wichtig, daß gerade der Staat dieses Grundstück erwerbe, weil eine etwaige private Bebauung desselben insofern zu Schwierigkeiten führen könnte, als der Staat zu beanspruchen vermöge, daß die ganze jetzige Südfront des alten Museumsflügels für ihn zugänglich bleibe und demnach eine enge Gasse an der ganzen Museumsseite entlang offen zu halten sei. Der vom Staatsministerium gebotene Preis entspreche ungefähr dem Selbstkostenpreise der Stadt, so daß in dieser Beziehung ein Nachtheil für letztere nicht entstehe. Da nun auch der Staat die Ueberweisung des Landgestüts von dem Verkaufe dieser Grundfläche abhängig mache, so habe sich die Finanzcommission ohne Weiteres für die Magistratsvorlage erklären müssen, zumal es für die Stadt zu wichtig sei, das Landgestüt, welches den Schlüssel zu der Möglichkeit der Erbauung des neuen Stadthauses an jener Stelle bilde, zu bekommen, während die an den Staat abzutretende Baufläche für die Stadt entbehrlich sei. Auf den von Herrn Halle gelegentlich der Staatsberathung in die Debatte geworfenen Gesichtspunkt, daß man dort eine todte Gegend ohne Geschäftsverkehr schaffen werde, lasse sich mit Fug und Recht erwidern, daß die Veränderung der ganzen Gegend ein regeres Leben verleihen werde, da dieselbe in geschäftlicher Beziehung gar nicht todter als jetzt gemacht werden könne, indem sie bislang nur ein Durchgang gewesen sei, während sie künftig auf beiden Seiten von schönen städtischen und staatlichen Gebäuden eingefasst sein werde und durch die vielen dort vereinigten Cassen tagsüber einen lebhaften Geschäftsverkehr zu erwarten habe, so daß ein unendlicher Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustande angenommen werden müsse. Selbst wenn nun aber

auch durch diesen Gesichtspunkt das Bedenken des Herrn Halle nicht beseitigt werden sollte, so seien die städtischen Behörden andererseits gar nicht in der Lage, demselben eine erhebliche Bedeutung beizulegen, weil man unter einem sanften Zwange handeln müsse. Unter diesen Umständen empfehle die Commission, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Herr Halle bittet zu berücksichtigen, daß schon jetzt der ganze Straßenzug von der Münzstraße ab aus Staatsgebäuden bestehe, denn nach dem Justiz- und dem Polizeigebäude folge der Dom mit dem Bogengange zur Burg und vielleicht gehe man nicht fehl, anzunehmen, daß die Burg auch noch nach der Nordseite hin einen Bogengang zu einem weiteren Staatsgebäude erhalte, dann besitze man in der ganzen Gegend nichts als Staatsgebäude und der ganze Stadttheil sei damit sowohl für den Geschäftsverkehr als für den freien Verkehr zwischen dem Osten und Westen der Stadt abgeschlossen. In dem vorliegenden Falle befinde sich allerdings die Stadt in einer Zwangslage der Regierung gegenüber, wenn auch der Staat die Stadt hier in demselben Maße gebrauchte, wie die Stadt den Staat. Immerhin sei es indessen gut, auch hier mit der Regierung auf glattem Wege auseinander zu kommen und aus diesem Grunde stimme er der Vorlage zu. Trotzdem könne er aber nicht umhin, seinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß man an einer solchen Verkehrsstraße, an einem Plage mit dem theuersten Baugrunde in der ganzen Stadt seitens des Staates ein Behördenhaus errichten wolle, denn der Staat finde entschieden billigeren Grund und Boden an einem ebenso zweckmäßig belegenen Plage. Wenn nun auch die Stadt bei der Abgabe des Bauplazes keinen unmittelbaren Schaden mache, so verdiene sie andererseits aber auch nichts, was der Fall wäre, sofern der Staat nicht einen Druck auf die Stadt ausübte, in welchem Falle wohl der doppelte Preis erzielt sein würde, so daß die Stadt immerhin 125 000 M. dabei lege.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß der letzteren Annahme widersprechen, da Herr Halle vergesse, daß das Landgestüt zu einem weit unter 80 M. betragenden Einheitspreise vom Staate gekauft sei und die Stadt demnach nicht das Doppelte dieses Preises hätte fordern können.

Herr Halle wiederholt, daß bei freihändigem Verkaufe des Platzes ein weit höherer Preis erzielt und der Ueberschuß verdient sein würde.

Dem gegenüber bemerkt Herr Sievers, daß von „Schaden machen“ hier nicht die Rede sein könne, weil die Stadt das Landgestüt von der Regierung für gleichen Preis bekomme und davon einen größeren Abschnitt wieder verkaufen könne. Herr Halle habe in gewisser Beziehung recht, daß es zweckmäßig sein würde, aus dem ganzen Terrain eine Geschäftsgegend zu machen, das sei aber nicht möglich und werde diesem Wunsche auch schon insofern Rechnung getragen, als auf der anderen Seite eine Anzahl Privathäuser errichtet werden können, so daß die theilweise Erfüllung dieses Wunsches mit Freuden zu begrüßen sei.

Herr Kieke hat vor einiger Zeit gehört, es sollten unten in den dort zu errichtenden Gebäuden Gemölbe, bezw. Läden eingerichtet werden. Er würde überhaupt dafür stimmen, daß man an beiden Seiten der neuen Straße zwei große Markthallen hinstelle, da der Hagenmarkt schon heute zu klein sei. Dieses ließe sich allerdings auch ermöglichen, wenn man das Untergeschoß der staatlichen, bezw. städtischen Gebäude zu einem solchen Zwecke verwende, wodurch der Gegend Verkehr zugeführt würde. Ueber den von der Regierung ausgeübten leisen Druck dürfe man sich umsoweniger wundern, als letztere die Stadt nicht einmal rechtzeitig um die Erlaubniß zu dem schönen Anbau auf dem Wilhelmsplatze gefragt habe. In der Stadt liege noch ein großes bebauungsfähiges Terrain, welches der Staat für einen Minderpreis erhalten könne; deshalb wäre es besser gewesen, diesen Bauplatz anderweitig zu verwenden.

Herr Buchler muß gestehen, daß seiner Ansicht nach Markthallen nicht gerade auf den theuersten Grund und Boden zu stellen seien, zumal die Stadt noch sehr viel billigere und dabei gleich zweckmäßige Bauplätze für Markthallen besitze, während die Regierungs- und Stadtgebäude den Anspruch haben, auf gute Plätze gestellt zu werden.

Die Vorlage wird darauf genehmigt.

X. Erwerb von Straßenflächen und Aenderung der Baulinie an der Ludwigstraße.

In Ausführung des mit der Firma Fröhlich & Baumkautz wegen Ausbaues der Ludwigstraße abgeschlossenen Vertrages ist der Magistrat mit den Anliegern der Nordseite jener Straße wegen Abtretung der von ihnen angrenzenden Grundstücken der genannten Straße zuzulegenden Theilflächen in Verhandlung getreten. Die Anlieger fordern sämmtlich eine Entschädigung von 5 M pro qm und, soweit es sich um Spargelculturen handelt, daneben eine noch festzustellende Entschädigung für die in Wegfall kommenden Spargelanlagen, auch beansprucht der Gärtner Balke mit Rücksicht auf die künftige Höhenlage der Straße Herrichtung einer Futtermauer entlang der Vorderseite seines Grundstückes. Da die obengenannte Firma diese allerdings ziemlich hoch bemessenen Forderungen zugestanden hat, so ist es nach der Ansicht des Magistrates für die Stadt unbedenklich, auf die fraglichen Anträge einzugehen.

Mit Rücksicht darauf jedoch, daß mit der Wittve Uster als Eigenthümerin des an der Hamburgerstraße belegenen Grundstückes Nr. 3331 eine Einigung nicht hat erzielt werden können, indem Frau Uster die nach dem bestehenden Ortsbauplane der Ludwigstraße zuzulegende Fläche von 2 a 44 qm nicht abtreten will, sondern Uebernahme ihres ganzen, zu höchstens 13 000 M geschätzten Grundstückes zu 21 000 M fordert, bringt der Magistrat auf Antrag der Firma und im Ein-

verständnisse mit der Städtischen Bauverwaltung und dem Stadtbauamte in Vorschlag, die Ausmündung der Ludwigstraße in die Hamburgerstraße um etwa 6 m nach Süden zu verschieben, so daß das Uster'sche Grundstück völlig unberührt bleibt und die Ludwigstraße innerhalb des der Firma Fröhlich & Baumbauff gehörigen Terrains in die Hamburgerstraße auslaufen würde.

Die Anträge des Magistrats gehen dahin, zu genehmigen, daß die zur Straße erforderlichen Theilflächen der an ihrer Nordseite belegenen Grundstücke unter den oben angegebenen Bedingungen stadtseitig erworben werden und die bisherige Baulinie an der Ausmündung der Ludwigstraße in die Hamburgerstraße durch eine neue Baulinie ersetzt werde.

Wie Herr Rieß berichtet, haben die in der Sitzung anwesend gewesenen Mitglieder der Baucommission der Vorlage zugestimmt und geben die Genehmigung derselben anheim.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XI. Ausbau eines Theiles des Mittelweges.

Nachdem die Canalisation des Mittelweges auf der Strecke Ludwigstraße—Taubenstraße inzwischen beschlossen ist, empfiehlt der Magistrat auch den oberirdischen Ausbau dieser Straßenstrecke umsomehr, als ein stückweises Ausbauen von Straßen möglichst zu vermeiden sei und als an der fraglichen Wegestrecke nicht nur neue Häuser bereits errichtet seien, sondern auch voraussichtlich noch andere schon in diesem Jahre werden erbaut werden und die aufzuwendenden Kosten somit alsbald in die Wegebaucasse zurückfließen. Die Städtische Bauverwaltung hat solche Kosten zu insgesammt 12300 M veranschlagt. — Da nun ferner bei dem Ausbau der unteren Strecke des Mittelweges (Nebenstraße—Taubenstraße) diesem eine 3 a 20 qm große Theilfläche der angrenzenden Schlachthausländerei zugelegt und bislang nicht bezahlt ist, so wird weiter beantragt, hierfür eine Entschädigung von 6 M pro qm, insgesammt also 1920 M zu bewilligen.

Auch hier empfiehlt Herr Rieß, als Berichterstatter der Baucommission, die Genehmigung der Vorlage auszusprechen.

Herr Wolff I möchte hierzu den Antrag stellen, die Vorlage allerdings zu genehmigen, dabei aber dem Magistrate anheimzugeben, diesen Straßentheil gleichzeitig mit Gas- und Wasserrohr zu versehen, um ein nochmaliges Aufreißen der Straße zu vermeiden.

Herr Stadtrath Netemeyer erklärt sich namens des Magistrates mit diesem Zusatzantrage einverstanden, wenn auch die Kosten der Rohrlegung noch nicht ermittelt seien.

Die Vorlage gelangt darauf mit dem Zusatzantrage des Herrn Wolff I zur Annahme.

XII. Ausbau des westlichen Theiles der Körnerstraße.

Der westliche Theil der Körnerstraße (zwischen Martha- und Bertramstraße) ist mit Rücksicht auf den Mangel an Entgegenkommen seitens der Anlieger und die geringe Bedeutung der Straße für den öffentlichen Verkehr noch nicht ausgebaut worden. Der Magistrat würde aus diesen Gründen kein Bedenken tragen, diesen Straßentheil noch weiter in seiner jetzigen Verfassung zu belassen, wenn nicht der Maurermeister Köper beabsichtigte, sein an der fraglichen Straße belegenes Grundstück in nächster Zeit zu bebauen und damit der Stadtgemeinde möglicherweise nach §. 11 der Landesbauordnung die Verpflichtung zur Herstellung des Straßenplanums erwachsen würde. Da nun außerdem die Anlieger Wilkens, Ostwaldt und Braun & Schönmann ihre Forderungen um etwas — wenn auch eigentlich noch nicht genügend — ermäßigt haben, so muß der Magistrat schon mit Rücksicht darauf, daß gerade diese Grundstücke sofort kostenpflichtig sind und andererseits im Falle der Zwangsenteignung die Stadt wahrscheinlich noch größere Opfer würde bringen müssen, der Versammlung empfehlen, die Regulirung der Straße unter folgenden Bedingungen zu genehmigen:

I. Südseite der Straße.

1. Die Firma Braun & Schönmann tritt an die Stadtgemeinde eine Fläche von 4 a 41 qm gegen eine Entschädigung von 12 M pro qm ab und erhält daneben 2100 M für die frühestens am 1. October 1890 erfolgende Beseitigung des auf dieser Fläche stehenden Waschhauses; auch wird von der Niederlegung des unerheblich in die abzutretende Fläche vorspringenden alten Wohngebäudes an der Bertramstraße bis auf Weiteres Abstand genommen.

2. Der Tischlermeister Ostwaldt überweist der Stadtgemeinde eine 2 a 49 qm große Fläche seines Grundstückes zum Einheitspreise von 8 M und ohne besondere Vergütung für ein auf dem Plane bezeichnetes kleines Gebäude.

3. Der Maurermeister Chr. Wilkens hat eine Fläche von 7 a abzutreten und erhält dafür eine Entschädigung von 8 M pro qm, außerdem aber eine Entschädigung von 8000 M für Beseitigung des Wohnhauses *N. ass.* 2996 L. Das ihm verbleibende Restgrundstück wird sofort, auch wenn seine Bebauung erst später erfolgt, kostenpflichtig.

4. Das Grundstück der Vestreicher'schen Erben bleibt bis auf Weiteres unberührt.

II. Nordseite der Straße.

1. Die vor dem Schlie'schen Grundstück liegende, dem Maurermeister Köper gehörige Fläche von 10 qm wird der Stadt zum Einheitspreise von 8 M abgetreten.

2. Zu dem gleichen Preise tritt die Stadt ihrerseits eine 90 qm große Fläche an den Maurermeister Köper, bezw. dessen Rechtsnachfolger ab.

3. Den Grundstücken der Anlieger Ebers und Broß würden Theilflächen des jetzigen Wegeterrains, bezw. der von Ostwaldt abzutretenden Fläche in einer Größe von 1 a 10 qm und bezw. 65 qm zuzulegen sein. Der Magistrat kann sich nicht dazu entschließen, diese Flächen den Genannten zu dem gebotenen, allzu geringen Preise von 2 M pro qm zu überlassen.

4. Dem Professor Quersurth wird eine zu 47 qm vermessene Straßenfläche zum Einheitspreise von 8 M abgetreten. Quersurth hat an die Zahlung dieses Kaufpreises die Bedingung geknüpft, daß sein an der Ecke von Bertram- und Körnerstraße belegenes Wohnhaus von den Kosten des Ausbaues der letzteren Straße freibleibe. Auf diese Bedingung wird einzugehen sein, weil dem Genannten vor Errichtung des fraglichen Hauses eine entsprechende Zusicherung ertheilt ist. Dagegen ist vom Magistrate das Anerbieten Quersurth's, gegen Befreiung seines ganzen Grundstückes von den fraglichen Kosten einen Zuschuß von 500 M zu zahlen, abgelehnt und sollen die auf den östlich von dem Quersurth'schen Hause belegenen Bauplatz entfallenden Kosten eingezogen werden, sobald letzterer bebaut wird. —

Es wird sich ferner empfehlen, den betr. Straßentheil mit Canal-, Gas- und Wasserröhren vor dem oberirdischen Ausbau zu versehen und sind veranschlagt worden: die Kosten des Canals zu 2260 M, des Wasserrohres zu 570,15 M und des Gasrohres zu 385,95 M.

Der Magistrat ersucht um Verwilligung dieser Kosten, sowie um Genehmigung der Regulirung der Körnerstraße in der oben beschriebenen Weise unter Bereitstellung der erforderlichen Mittel.

Die betheiligten Mitglieder der Baucommission haben, wie ebenfalls Herr Nieß berichtet, gegen die Vorlage Erinnerungen nicht zu machen und empfehlen die Genehmigung derselben.

Herr Wolff I möchte fragen, wie hoch sich jetzt die Kosten der Regulirung dieses Straßentheiles für die Stadt belaufen, da ihm scheine, als ob die ursprünglich zu 12000 M angenommene, aber zu hoch befundene Kostensumme doch erreicht werde.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß eine bezügliche Berechnung zur Zeit nicht vorliege, da die Forderungen bis vor Kurzem geschwankt haben. Uebrigens werden die Straßenbaukosten von der ganzen Südseite und dem größten Theile der Nordseite wieder erstattet, so daß hauptsächlich die allerdings nicht geringen Kosten für die Beseitigung zweier Gebäude in Frage kommen.

Herr Schwarzenberg hält die an Braun & Schönmann zu zahlende Entschädigung für die Beseitigung des Waschhauses für zu hoch und möchte wissen, ob sich diese Summe nicht ermäßigen lasse.

Herrn Stadtrath Ketemeyer ist diese Entschädigung ebenfalls zu hoch, wenn sich andererseits auch nicht verkennen lasse, daß im Falle der Expropriation die

Landes-Deconomie-Commission der Stadt wahrscheinlich einen noch höheren Preis auferlegen würde. (Weiterkeit)

Der Magistratsvorlage wird darauf von der Versammlung in allen Punkten zugestimmt.

XIII. Verwendung eines Bauplatzes an der Ferdinandstraße zum Volks-Brausebade.

Für den stadtheilig expropriirten, an der Ferdinandstraße neben der neu hergerichteten Fußgängerbrücke belegenen Bauplatz hat der Architect Wellmann hieselbst ein an sich sehr annehmbares Höchstgebot von 10 090 M für 2 a 65 qm in öffentlichem Termine abgegeben. Da indessen der Magistrat bereit ist, dem Ersuchen der Versammlung um Ueberweisung eines geeigneten Platzes zur Erbauung eines Volks-Brausebades an den Verein für das Wohl der arbeitenden Classen stattzugeben, das vorbezeichnete Grundstück aber sich nach Lage und Größe zu dem angegebenen Zwecke ganz besonders eignet, ein billigerer Bauplatz auch kaum ausfindig zu machen sein dürfte, so ersucht der Magistrat, in erster Linie zu genehmigen, daß das vorbezeichnete, im Eigenthume der hiesigen Stadt verbleibende Grundstück dem Vereine für das Wohl der arbeitenden Classen zur Errichtung und zum Betriebe eines Volks-Brausebades unentgeltlich, jedoch unter besonders festgestellten Bedingungen überlassen werde, eventuell aber dem Verkaufe des Grundstückes an den Höchstbietenden zum Preise von 10 090 M zuzustimmen.

Nach dem der Vorlage angeschlossenen Vertragsentwurfe behält sich der Magistrat dem bezeichneten Vereine gegenüber die Genehmigung vor

- a. zu dem für das fragliche Bad zu entwerfenden Bauplane und
- b. zu dem zu erlassenden Betriebs-Reglement und Gebührentarife, sowie zu etwaigen Abänderungen derselben.

Ueber die Einnahme und Ausgabe des Bades ist von dem Vorstande des Vereins Rechnung zu führen, welche am Schlusse jeden Jahres dem Magistrate zur Einsicht vorzulegen ist. Die dem Vereine ertheilte Erlaubniß zur Benutzung des fraglichen Grundstückes kann auf Beschluß der städtischen Behörden jederzeit widerrufen werden. Der Verein ist alsdann verpflichtet, das auf dem fraglichen Grundstück errichtete Gebäude nach Anordnung des Magistrates auf eigene Kosten zu beseitigen und das Grundstück einebnen zu lassen. Sache des Vereines ist es, die obrigkeitliche Erlaubniß zur Einleitung der Abwässer des Bades in den westlichen Umfluthgraben zu erwirken. Bezüglich der Erhaltung oder Verlegung des in dem Grundstück befindlichen Canals ist der Verein verpflichtet, den Weisungen des Magistrates Folge zu leisten. Nachdem die Ferdinandstraße in einer anderen als der bisherigen Weise canalisirt sein wird, sind die Abwässer des Bades in den städtischen Canal einzuleiten und ist der Verein alsdann verpflichtet, die dem-

nächst festzustellende Canalsteuer zu entrichten. So lange Letzterer Corporationsrechte nicht besitzt, haften die den Vorstand desselben bildenden Personen für die Erfüllung der in dem Vertrage enthaltenen Bestimmungen persönlich.

Herr Wolff II berichtet namens der Statutencommission, daß letztere auf Grund eingehender Prüfung der Vorlage empfehle, den Principalantrag des Magistrates anzunehmen und das fragliche Terrain dem Vereine für das Wohl der arbeitenden Classen zur Errichtung eines Volks-Brausebades unter den oben angegebenen Bedingungen zu überlassen. Das hier von der Stadt zu bringende Opfer könne nicht zu groß genannt werden, sofern die Versammlung nach wie vor auf dem früher eingenommenen Standpunkte stehe, das Unternehmen des Vereins unterstützen zu wollen. (Zustimmung.)

Herr Günther führt hierzu Folgendes aus: Vor ungefähr 5—6 Jahren habe er einen Antrag auf Erbauung einer größeren Volks-Badeanstalt eingebracht, welcher von der Versammlung fast einstimmig angenommen, von Seiten des Magistrates aber unter der Begründung abgelehnt sei, daß die Stadt hierzu vorläufig noch kein Geld habe und auch kein so dringendes Bedürfniß zur Ausführung des Antrages vorliege. Vor ungefähr zwei Jahren habe aber Herr Stadtrath Metemeyer in einem hiesigen Vereine die Erklärung abgegeben, daß allerdings ein solches Bedürfniß vorliege und sei es zu verwundern, woher innerhalb so kurzer Zeit ein solcher Umschwung in den Ansichten sich ereignen könne. Ueber die Bedürfnisfrage brauche er sich wohl nicht weiter auszulassen, da dieselbe von der Versammlung allgemein anerkannt sei, jedoch könne er in dem Vorgehen des Vereins für das Volkswohl nichts weiter erblicken, als daß derselbe mit seinem Projecte eingreife, weil die Stadt die Errichtung einer Volks-Badeanstalt ablehne. Was das vorliegende Project selbst anlange, so scheine man mit demselben nur eine Verschleppung des größeren Projectes zu beabsichtigen, denn ein derartiges Unternehmen könne dem vorhandenen Bedürfnisse niemals genügen. Wenn das Bad 21 Zellen haben solle, so lasse sich bei einer Benutzungszeit von vielleicht 15 Minuten leicht berechnen, wie viele Arbeiter, sofern man auf diese vornehmlich rechne, in ihrer wenigen freien Zeit das Bad zu benutzen vermögen. Dazu trete noch der Umstand, daß das Bad von den Arbeitern schon um deshalb wenig oder gar nicht benutzt werden würde, weil es von dem Vereine für das Volkswohl ausgehe und der Arbeiter sich derartige Almosen nicht geben lassen wolle. Am gestrigen Tage haben sich mit dem vorliegenden Projecte eine größere Volks-Versammlung und eine von dem Vereine der Metallarbeiter einberufene Versammlung beschäftigt und seien beide zu dem Entschlusse gekommen, eine Resolution folgenden Inhalts anzunehmen:

„In Erwägung, daß die Errichtung einer Volks-Badeanstalt für Warm- und Brausebäder und Schwimmbassin eine dringende Noth-

wendigkeit, daß die seitens des Magistrats seiner Zeit dagegen gemachten Einwände nicht stichhaltig sind, daß aber durch den Bau der vom Verein für Volkswohl geplanten Anstalt der Zweck nicht erreicht, sondern die Angelegenheit nur verschleppt wird, beauftragt die Versammlung die der Stadtverordneten-Versammlung angehörigen Arbeitervertreter, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Mittel zum letzteren Project nicht bewilligt werden, sondern mit aller Entschiedenheit für die Errichtung einer den Bedürfnissen entsprechenden Volks-Badeanstalt einzutreten. Die Volksversammlung protestirt entschieden dagegen, daß die Einwohner in der Befriedigung allgemein anerkannter Bedürfnisse auf die Wohlthätigkeit von Privatpersonen und, daß die Steuerzahler auf Bettelunterstützung verwiesen werden, wo sie Ansprüche an das Gemeinwesen, dem sie angehören, mit Zug und Recht erheben können; sie legt entschieden Verwahrung dagegen ein, daß aus den Stadtmitteln einer Anzahl Personen, die sich anmaßlich den Namen eines Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen beilegen, irgend eine Unterstützung gewährt wird.“

Wenn der Verein für öffentliche Gesundheitspflege seinem am 21. November v. Js. gefaßten Beschlusse, nach welchem er in allernächster Zeit eine größere Versammlung abhalten wollte, um der Bürgerschaft über die Errichtung einer größeren Badeanstalt Vortrag zu halten, nachgekommen wäre, so würde man eine ganz bedeutende Versammlung erhalten und gesehen haben, daß die Einwohnerschaft im Allgemeinen für das große Project eingenommen sei. Durch die jetzige Magistratsvorlage werde aber der erstrebte Zweck durchaus nicht erreicht, selbst wenn man auch in Aussicht nehme, an verschiedenen anderen Stellen noch weitere Anstalten zu bauen. Redner habe schon verschiedentlich zum Ausdruck gebracht, wie er sich die Einrichtung solcher größeren Anstalt denke. Man finde solche schon in Hamburg, Bremen, Kiel u. s. w. und selbst in dem kleinen Hildesheim solle eine im großen Style errichtete Anstalt sein. Wenn aber andere Städte dieses zu leisten vermöchten, so dürfte auch Braunschweig in dieser Beziehung nicht zurückstehen und möchte er wohl den wirklichen Grund wissen, weshalb der Magistrat der Errichtung einer größeren Badeanstalt fern bleibe, denn der vorgeschobene Grund des Mangels an Mitteln könne nicht maßgebend sein, sondern es müsse noch ein anderer Grund vorhanden sein. Wenn der Verein für öffentliche Gesundheitspflege, dem so viele Männer der Wissenschaft und namentlich viele Aerzte als Mitglieder angehören, ein derartiges Project gutheißt und die Stadtverordneten-Versammlung noch nicht einmal bei dem Magistrate durchsetzen könne, daß ihre Beschlüsse zur Ausführung kommen, sondern ihr zur Abwehr der Mangel an Geldmitteln vorgeworfen werde, dann sei es traurig genug bestellt und man müsse mit Recht fragen, welches die

wahre Ursache des ablehnenden Verhaltens des Magistrates sei. Aus allen diesen Gründen empfehle er, unter Ablehnung des Magistratsantrages, den Magistrat um Einbringung einer Vorlage wegen Errichtung einer großen Volks-Badeanstalt zu ersuchen.

Viele Mitglieder der Versammlung genießen das Bad sehr fleißig und wissen sehr gut, wie nothwendig solches für den Körper sei; wenn nun auch die Männer sich wenigstens im Sommer durch ein Bad zu stärken und zu erfrischen vermöchten, so befinden sich dem gegenüber die Frauen und namentlich die Arbeiterfrauen, welche tagsüber in sitzender Stellung in den Tabakfabriken u. zu arbeiten haben, im Nachtheile und erscheine ihm die Errichtung eines Bades um so nothwendiger, als in der jetzigen verweichlichten Zeit die Hälfte der Frauen an Geschlechtskrankheiten leide und dieselben sich durch Benutzung des Bades mehr und mehr abhärten vermöchten. Wenn er hier auch nicht aus Erfahrung spreche, so habe er solches Urtheil doch vielfach, namentlich von Aerzten gehört und werde ihm Herr Blasius dieses jedenfalls bestätigen können. Dazu genüge aber ein Brausebad schon deshalb nicht, weil die Frauen meistens noch eine große Abneigung dagegen zeigen, wenn er auch zugeben müsse, daß die Arbeiter der Fabrik von Selwig & Lange versichert haben, ein Brausebad sehr gern zu nehmen. Außerdem glaube er, daß die Aerzte nicht Jedem den Gebrauch eines Brausebades, sondern in vielen Fällen ein Wannenbad verordnen und bitte er auch aus diesem Grunde um Ablehnung des Magistratsantrages.

Herr Lange kann nur den dringenden Rath geben, den Magistratsantrag anzunehmen. Was die Ausführungen des Herrn Vorredners und die in der mitgetheilten Resolution zum Ausdruck gebrachten Meinungen anbelange, so glaube er nicht fehlzugehen, wenn er letztere auf die Anregung des Herrn Günther zurückführe und wolle er, ohne zunächst näher auf die vorgetragenen Sachen einzugehen, vor Allem als Mitglied des Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen und der Commission für die Errichtung eines Volks-Brausebades sich gegen den von Herrn Günther in einer Volksversammlung erhobenen Vorwurf verwahren, „daß die Angelegenheit bezügl. der Errichtung eines Volksbades um deshalb eine Verschleppung erfahre, weil dieselbe nicht mit der nöthigen Energie verfolgt werde, woran wohl hauptsächlich die gesellschaftliche Stellung der Mitglieder schuld sei; der enge freundschaftliche Verkehr mit den maßgebenden Persönlichkeiten, welchen man nicht Opposition machen wolle, hindere sie an dem strengen Verfolgen des Planes“. Wer den Redner kenne, werde ihm solche Schwäche nicht zutrauen, denn er pflege seine einmal gefaßten und reiflich überlegten Pläne, soweit die Höflichkeit es zulasse, mit der größten Energie zu verfolgen. (Zustimmung.)

Was die Sache selbst anlange, so sei er — und mit ihm wohl die ganze Versammlung — von der Nothwendigkeit eines Volksbades vollkommen überzeugt,

nur müsse er gegen die Form und das System, welche Herr Günther wünsche, Einspruch erheben, weil er beide nicht für praktisch halte. Was zunächst die Form betreffe, so sehe er in dem von Herrn Günther in Aussicht genommenen Centralbade einen bedeutenden Nachtheil insofern, als er es für richtiger halte, in dieser Beziehung eine Decentralisation durch die Erbauung kleinerer Bäder in verschiedenen Stadttheilen vorzunehmen, so daß in mehreren Districten ohne großen Zeitverlust einzelne Bäder genommen werden könnten. In Betreff des Systems bemerke er, daß seiner Ansicht nach gerade die Wannenbäder in Verbindung mit einem Schwimmbecken für ein Volksbad unthunlich seien und zwar zunächst des Kostenpunktes wegen. Er stimme mit Herrn Günther vollkommen darin überein, daß es sich bei dem vorliegenden Projecte nicht um Mildthätigkeitsbäder handeln dürfe; bei Wannenbädern würde indessen das einzelne Bad so theuer werden, daß dieselben keine Benutzung finden könnten, wenn nicht die Stadt einen namhaften Zuschuß leisten sollte, was man doch gerade zu vermeiden suchen wolle. Die Erwägung dieser Verhältnisse habe an anderen Orten zu der Einrichtung von Brausebädern geführt; es trete dazu aber noch ein fernerer sehr gewichtiger, ja hauptsächlich Grund, daß nämlich Brausebäder bezüglich der Reinlichkeit den Wannenbädern, besonders in Verbindung solcher mit Schwimmbecken vorzuziehen seien, da es bei diesen, namentlich aber bei Schwimmbecken kaum möglich sei, die nöthige Reinlichkeit zu erzielen. Ein Volksbad solle in erster Linie ein Reinigungsbad sein und da müsse vor allen Dingen die Seife stark gebraucht werden. Jedenfalls möchte aber in ein Schwimmbecken so leicht Niemand mehr hineingehen, sobald sich erst ein Duzend Personen in demselben mit Seife abgewaschen haben; eine tägliche öftere gründliche Reinigung des Schwimmbades sei aber kaum durchführbar. Alle diese Gründe scheinen auch in den verschiedenen Städten der Einführung des von Herrn Günther erstrebten, an und für sich schon alten Systems im Wege gestanden zu haben. In den wenigen Städten, welche derartige Wannenbäder einrichteten, werden dieselben wenig — und von Arbeitern fast gar nicht — benutzt, wie dies beispielsweise Halle und Magdeburg zeige. Ganz anders liege die Sache nun bei dem Brausebade. Die Vorzüge desselben, welche, abgesehen von der gesundheitlichen Seite, namentlich in der Billigkeit des Einzelbades, in der zu seiner Benutzung erforderlichen geringen Zeitdauer und in der Möglichkeit bestehen, das Bad mit geringen Mitteln und geringer Arbeit, durch eine einfache Nachdouche, auf das Sauberste erhalten zu können, haben hauptsächlich dazu beigetragen, dem Brausebade überall baldigst in außerordentlicher Weise Eingang zu verschaffen. Magdeburg biete das Beispiel, daß dem innerhalb der Stadt eingerichteten Bade bald ein zweites und drittes in Neustadt und Eudenburg gefolgt sei und man ein viertes Bad in Buckau nächstens einzurichten gedenke. Hierdurch sei die Vorzüglichkeit des Brausebades aber am besten bewiesen. Redner erblicke in dem Bau einzelner Brausebäder in den verschiedenen

Theilen der Stadt das zweckmäßigste Volksbad, welches praktisch überhaupt denkbar sei, und er glaube, daß auch Herr Günther dies anerkennen könne, insbesondere wenn, um jedem Wunsche zu entsprechen, den Brausen einige Wannen hinzugefügt werden würden.

Der für das zunächst zu erbauende Bad in Aussicht genommene Platz eigne sich hierzu seiner Größe und Lage nach vorzüglich; derselbe genüge, wie die der Vorlage beiliegende Skizze zeige, für die Anlage von 20 Brausen und biete außerdem noch Platz für einige Wannenbäder. Er hege die Ueberzeugung, daß das Bad in der projectirten Weise vollen Anklang und starke Benutzung finden werde, und hoffe, daß schon in kürzester Zeit mit dem Baue weiterer Bäder vorgegangen werden könne; er bitte deshalb nochmals, den Magistratsantrag anzunehmen.

Herr Stadtrath Netemeyer kann sich nicht erinnern, die Bedürfnisfrage bezüglich eines Volksbades entgegen einem vorhergegangenen verneinenden Beschlusse des Magistrates bejaht zu haben; sollte dieses aber wirklich den Thatfachen entsprechen, so müsse er darauf hinweisen, daß er nicht mit dem Magistrate gleichbedeutend sei. Wenn der Magistrat die Bedürfnisfrage früher verneint habe, so theile derselbe diese Ansicht noch heute. Was die Sache selbst betreffe, so sei der Antrag des Herrn Günther auf grundsätzliche Ablehnung der Vorlage um so überraschender, als der Magistrat hiermit nur einem kürzlich gefaßten Beschlusse der Versammlung nachkomme. Herr Günther hätte bei Verathung des früheren Lange'schen Antrages auf Vergabe eines Bauplatzes und eines Zuschusses von 8000 M. für ein Volks-Brausebad seine Gründe vorbringen und sagen können, der Magistrat wolle die Sache bei Ausführung des Antrages nur verschleppen, denn heute mit derartigen Aeußerungen hervortreten, sei geradezu unerklärlich. Der Magistrat stehe noch heute auf dem Standpunkte, daß die Errichtung eines großen Centralbades mitten in der Stadt unthunlich sei, er wolle den Leuten die Vortheile des Bades gern zu Theil werden lassen und theile deshalb die Ansicht, daß es sich empfehle, an verschiedenen Stellen der Stadt kleinere Badeanstalten einzurichten. Wenn Herr Günther sage, die Anstalt genüge nicht, so stimme ihm hierin der Magistrat zu, Redner sei indessen nicht zweifelhaft, daß, sofern die Anstalt sich bewähre und von der Bevölkerung stark benutzt werde, für welche sie vornehmlich bestimmt sei, sich Mittel und Wege finden werden, mehrere derartige Anstalten einzurichten.

Gegenüber der Bemerkung des Herrn Günther, daß die berechtigten Bürger keine Almosen annehmen wollten da, wo sie verlangen könnten, habe er zu erwidern, daß die Verhältnisse in Wirklichkeit anders liegen, indem der Magistrat auf Ersuchen der Versammlung einen Bauplatz und 8000 M., also einen wesentlichen Theil der Kosten zur Verfügung stelle und nur die Verwaltung des Bades nicht übernehmen wolle, weil er es für richtiger halte, wenn dieses von Seiten des Vereins geschehe. Daß hierdurch aber die Sache einen anderen rechtlichen Charakter er-

halte, glaube wohl Herr Günther selber nicht; denn das Almosen gebe im anderen Falle die Stadt und es komme doch auf das hinaus, was Herr Günther jetzt bekämpfe. Wenn dem Redner auch die bezüglichlichen Verhältnisse anderer Städte nicht bekannt seien, so erscheine es ihm doch nicht glaublich, daß man für ein derartiges Volksbad 200 000 M. und die ganz erheblichen Betriebskosten ausgabe und die Benutzung des Bades Jedermann freistelle; es bleibe dann wohl nichts anderes übrig, als ein entprechendes Eintrittsgeld zu nehmen. Der hier vorliegende Plan laufe nahezu auf den Wunsch des Herrn Günther, welcher ein freies Volksbad erstrebe, hinaus, so daß derselbe sehr wohl in der Lage sei, der Vorlage zuzustimmen. Ueber die Frage der Einrichtung des Bades habe sich Herr Lange eingehend und zutreffend geäußert, so daß er glaube, hierüber sich nicht weiter auslassen zu brauchen.

Herr Günther will dem Herrn Vorredner zunächst erwidern, daß er zu dem Lange'schen Antrage nicht habe Stellung nehmen können, weil er in der betr. Sitzung nicht bis zum Schlusse anwesend gewesen sei. Auf die Äußerungen des Herrn Lange habe er zu entgegnen, daß in dem betr. Zeitungsberichte von Mitgliedern des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege und nicht des Vereins für Volkswohl die Rede gewesen sei, so daß Herr Lange nicht habe gemeint sein können. Mit einem Brausebade sei den vielen Schwimmern nicht gedient, für dieselben müßte ein Winter-Schwimmbecken eingerichtet werden und könnte eine größere Badeanstalt recht gut Schwimm-, Wannen und Brausebäder in sich vereinigen, so daß jedem Bedürfnisse Rechnung getragen werde. Selbstverständlich sei streng darüber zu wachen, daß das Schwimmbecken nicht beschmutzt werde. Herr Blasius habe vor Jahren die Nothwendigkeit von Winter-Schwimmbädern besonders betont und gesagt: was nütze es, wenn man ein Schwimmbad nur im Sommer habe und das Schwimmen im Winter nicht fortsetzen könne. Man scheue sich, für eine so dringend nothwendige Einrichtung 200 000 M. auszugeben und werde andererseits in der Gelbbewilligung wahrscheinlich nicht so peinlich sein, wenn es sich um einen Zuschuß zur Erbauung neuer Kirchen handle, obwohl diese seiner Ueberzeugung nach nicht so nothwendig seien, als ein Volksbad, zumal sie sechs Tage in der Woche leer stehen. Ebenso bewillige man große Summen für den Bau von höheren Töchter Schulen, welche nur wenigen Personen dienen und wolle bei einer der Gesamtheit in so hohem Maße zu Gute kommenden Einrichtung feilschen. Vor Jahrhunderten und Jahrtausenden seien für derartige Anstalten namentlich bei den Römern bedeutend mehr Mittel bewilligt worden und heute scheue man diese, trotzdem es der Jetztzeit viel leichter werde, solche Badeeinrichtungen zu treffen. Wenn der Magistrat ein Bad für nothwendig halte, so solle er die Erbauung eines solchen selbst in die Hand nehmen und dieses nicht einem Vereine überlassen, von welchem nun eben Viele diese Wohlthätigkeit nicht annehmen wollen. Die Benutzung der Bäder solle nach seiner

Meinung keinesweg eine unentgeltliche sein, sondern die Verwaltungskosten könnten durch Beiträge von vielleicht 20 \mathcal{R} aufgebracht werden.

Herr Ramdohr will einige Mittheilungen über die Thätigkeit des Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen machen, um dadurch den bezüglichen Ausführungen des hiesigen Unterhaltungsblattes, welche zu Mißverständnissen Veranlassung geben könnten, entgegenzutreten.

Der Herr Borßigende bittet, auf den Inhalt des Unterhaltungsblattes hier nicht weiter einzugehen, da solches zu Ungelegenheiten führen könnte und Herr Günther den betr. Aufsatz desselben hier nicht vertreten habe und wohl auch nicht vertreten könne.

Herr Ramdohr erläutert nun, daß der Zweck des 1878/79 gegründeten Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen in seinem Namen ausgedrückt sei und daß die Thätigkeit desselben in der Hauptsache durch die aufgewendeten Summen sich zeigen lasse. Im ersten Winter seines Bestehens seien 6600 \mathcal{M} zur Linderung der damals herrschenden Noth ausgegeben, später habe man den Verein gegen Bettelei ins Leben gerufen und demselben eine Beihilfe von insgesammt 8000 \mathcal{M} zugewandt; auch die hiesige Volkstüche sei ein Werk des Vereins und habe, abgesehen von den leihweise hergegebenen Betriebsmitteln, rund 3000 \mathcal{M} gekostet. Außerdem seien an Unterstützungen ausgegeben: 2400 \mathcal{M} für die Knaben-Bewahr-Anstalt (Herzog Leopold-Stiftung), 1900 \mathcal{M} für den Verein zur Förderung weiblicher Handarbeiten, 900 \mathcal{M} für die Ferien-Colonien und 1200 \mathcal{M} für den Volks-Kindergarten. Zur Zeit besitze der Verein noch ein verfügbares Capital-Vermögen von rund 9000 \mathcal{M} , wovon 6000 \mathcal{M} zu der Herstellung des Volksbades Verwendung finden sollen. Schließlich wolle er noch bemerken, daß auch die Einrichtung von Sitzdouchen für Frauen geplant sei. Der Verein werde dieses Project nicht nur bis zur Fertigstellung fördern, sondern er wolle den städtischen Behörden auch die Verwaltung des Bades abnehmen, wenn er auch die erforderlich werdenden gesammten Mittel nicht aufzubringen vermöge. Im Uebrigen bitte Redner um Annahme des Magistratsantrages.

Herr Stadtrath Netemeyer erkennt das Bedürfniß zur Errichtung einer Volks-Badeanstalt für den Winter insofern vollkommen an, als man der mit der Hand im Schmutz und Staube arbeitenden Bevölkerung Gelegenheit geben müsse den Körper zu reinigen und gerade diesem Zwecke diene ein Brausebad in ausreichendster Weise. Interessant sei es, zu beobachten, wie stark die für die südlichen Stadttheile sehr günstig gelegene Freibadeanstalt im Sommer benutzt werde; die Anstalt erfreue sich an den wenigen schönen und heißen Tagen eines sehr regen Besuches, sie stehe aber ziemlich leer, sobald das Wetter etwas ungünstiger sei. Hierin liege ein klassischer Beweis, inwieweit ein Bedürfniß für ein Schwimmbad bei den arbeitenden Classen sich geltend mache; es genüge also ein Brausebad

in einem noch so kleinen Raume, wenn man nur die in den meisten Häusern fehlende Gelegenheit finde, seinen Körper zu reinigen. Hinsichtlich der von Herrn Günther erwähnten Almosenannahme könne er nur wiederholen: wenn wirklich der Umstand, daß hier der Verein für das Wohl der arbeitenden Classen die Verwaltung der Badeanstalt in die Hand nehme, ihrer Benutzung hindernd im Wege stehe, so liege ein Bedürfniß für eine solche Anstalt überhaupt nicht vor. (Zustimmung.)

Herr Blasius sieht sich veranlaßt, zu dieser Frage das Wort zu nehmen, weil sein Name so oft von Herrn Günther genannt sei. Zunächst habe er seinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß von Letzterem ein derartiger Antrag eingebracht sei, da er Herrn Günther hier nicht folgen könne, obwohl er sonst in Bezug auf Badeanstalten viel Sympathie mit dessen Ansichten gehabt habe.

Die Versammlung wolle gestatten, daß er vom hygienischen Standpunkte aus seine Ansicht darüber äußere, welchen Zwecken die einzelnen Bäderarten, nämlich das kalte Flußbad, das Brausebad und ein allgemeines Central-Schwimmbad mit einem Bassin für den Winter und Sommer dienen. Das Flußbad verfolge im Sommer den Zweck der Abhärtung, der gymnastischen Übung und der Reinlichkeit, während das Brausebad die Reinlichkeit und das Volks-Schwimmbad inmitten der Stadt neben dieser das Schwimmen, also auch eine turnerische Übung, fördern solle. Sofern man heute die Errichtung eines Brausebades beschließe, sei damit die spätere Errichtung eines größeren Volks-Schwimmbades für Winter und Sommer keineswegs ausgeschlossen; aber eins nach dem anderen, denn wenn man zu viel mit einem Male verlange, erhalte man zuweilen gar nichts.

Die vom Vereine für öffentliche Gesundheitspflege beschlossene Einberufung einer allgemeinen Versammlung mit bezüglichlicher Tagesordnung sei hinterher vom Vorstande einstimmig abgelehnt worden, weil man inzwischen die Badeangelegenheit in die besten Wege geleitet habe, indem die Flußbadeanstalt erneuert und das Volks-Brausebad eingerichtet werden solle. — Herr Günther habe dann von Geschlechtskrankheiten der Frauen gesprochen und damit wahrscheinlich die Frauenkrankheiten gemeint, welche von der Nichtbenutzung der Bäder mit herrühren sollten. Dazu sei zu bemerken, daß es früher weniger Frauenkrankheiten gegeben habe als jetzt, trotzdem das Baden der Frauen in stetem Zunehmen begriffen sei. — Herrn Lange wolle er hinsichtlich der Bedeutung eines Volks-Schwimmbades entgegenen, daß dieses in gesundheitlicher Beziehung allerdings den wohlthätigsten Einfluß auf die Bevölkerung ausübe; da indessen zu solchem Zwecke augenblicklich kein Geld vorhanden sei, so solle man zunächst das nehmen, was man jetzt erlangen könne, nämlich ein Brausebad zur Förderung der Reinlichkeit. Ein Schwimmbad lasse sich auch vollkommen reinhalten und werde der Betrieb desselben sich ebenso gut gestalten lassen, wie bei den alten Römern oder jetzt z. B. in Bremen; auch werde gewiß Braunschweig ebenfalls noch ein solches Bad erhalten, daran sei gar nicht zu zweifeln.

Wie auch schon von anderer Seite bemerkt, stellen sich die Bannenbäder für die Allgemeinheit zu theuer, so daß sich die Brausebäder für die großen Massen des Volkes entschieden günstiger gestalten als die Bannenbäder, da doch eine freie Verabreichung derselben nicht gewünscht werde.

Hinsichtlich der in dem vorgelegten Vertragsentwurfe enthaltenen Bestimmung, daß der Verein verpflichtet sei, die obrigkeitliche Erlaubniß zur Einleitung der Abwässer des Bades in den westlichen Umfluthgraben zu erwirken, bitte er um Aufklärung darüber, ob die Abwässer nicht sofort in den Straßencanal eingeleitet werden können, denn es erscheine ihm bedenklich, diese bedeutenden Wassermengen in den mehr oder weniger lange Zeit stagnirenden Umfluthgraben zu leiten.

Herr Stadtrath Netemeyer macht in Beantwortung der letzteren Frage darauf aufmerksam, daß die Canalverhältnisse in der Ferdinandstraße, welche sich bekanntlich noch im Privatbesitze befinde, sehr ungünstige seien, indem der von den Anliegern auf eigene Kosten angelegte Canal über das hier in Frage stehende, jetzige städtische Grundstück direct in den Umfluthgraben hineinführe. Da man nun die Absicht habe, die Ferdinandstraße alsbald anders zu canalisiren — was sich zur Zeit wegen der Besitzverhältnisse noch nicht durchführen lasse — so erscheine es unbedenklich, die Abwässer der Badeanstalt bis dahin dem vorhandenen Canale zuzuführen.

Herr Reiche will sich gegen die Aeußerung des Herrn Günther bezüglich der Kirchen wenden. Es habe ihm leid gethan, von Herrn Günther mit anhören zu müssen, daß die Kirchen weit weniger nützen sollen, als eine Badeanstalt. Dem gegenüber hege er die Meinung, daß die Kirchen für den Menschen überhaupt das nützlichste Institut seien, indem in ihnen das Christenthum gelehrt werde, welches, wenn es von allen Seiten nur richtig aufgefaßt würde, die menschliche Gesellschaft gegen alle Hekereien und Wühlereien zu schützen vermöchte. Er werde daher bei allen Forderungen des Magistrates für den Bau von Kirchen mit Freuden die Hand erheben.

Herr Nieß möchte wissen, weshalb Herr Günther, der hier sich der Wohlthätigkeit gegenüber so abweisend verhalte, kürzlich mit genehmigt habe, daß die Stadt von einem hiesigen Einwohner ein Legat annehmen dürfe. Ob eine Wohlthätigkeit aus den Zinsen eines Verstorbenen, oder dem Vermögen von Lebenden erfolge, sei im Principe doch gleichgültig. Gleichzeitig wolle er darauf hinweisen, daß die von Herrn Günther angezogenen großartigen Badeeinrichtungen der Römer, beispielsweise die Thermen des Caracalla, ihren Ursprung ebenfalls in der Wohlthätigkeit ihrer Erbauer gehabt haben. Ob Herr Günther nun gerade den Imperator Caracalla als ein Muster der Wohlthätigkeit ansehen werde, wisse er nicht.

Sodann habe Herr Günther, wenn auch nicht direct gesagt, so doch umschrieben angedeutet, es sei eine Schmach, daß die Versammlung für durchaus nothwendige

Sachen kein Geld habe, während sie für unnütze, bezw. weniger nöthwendige Sachen ohne Widerspruch Geld bewillige. Er halte sich für verpflichtet, das hier zur Sprache zu bringen und zu versuchen, die Wirklichkeit darzustellen. Der Herr Vorsitzende habe im vorigen Jahre die Versammlung bei Gelegenheit einmal gewarnt, in der Bewilligung von Geldmitteln leichtfertig vorzugehen, weil die Geldmittel der Stadt nicht reichlich bemessen und dieselben allein auf die Erträge der Steuerzahler angewiesen seien. Wenn die Versammlung aber diese Warnung gegenüber der Vorlage in den Wind schlage und die Geldmittel verwillige, so zeige sie doch Idealismus und erkenne die Nothwendigkeit der Vorlage voll an. Bei der Forderung des Herrn Günther fehle aber die Nothwendigkeit, wenn die Durchführung seines Antrages auch wünschenswerth sein möge. Nothwendig sei, was hier vorgeschlagen worden, nämlich eine Einrichtung zu treffen, mittelst welcher sich Jedermann ohne große Kosten von dem Tagesstaube reinigen könne, während Herrn Günther's Vorschlag so lange als etwas Ueberflüssiges angesehen werden müsse, bis sich der Stadt einmal gute Geldquellen für solche Zwecke aufgethan haben würden. Die Versammlung habe hier Idealismus genug gezeigt, um unter Umständen auch etwas Ueberflüssiges zu hindern. Im Uebrigen spreche er sich unter Hinweis auf die Ausführungen des Herrn Lange für die Vorlage aus.

Der Herr Vorsitzende theilt hierauf mit, daß ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen sei, welchen er zunächst zur Berathung verstelle. Da sich Niemand zum Worte meldet, wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag mit 16 Stimmen angenommen. Die Debatte ist demnach geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung weist Herr Blasius darauf hin, daß die von Herrn Lange auf die Mitglieder des Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen bezogene Aeußerung des Herrn Günther hinsichtlich der Rücksichtnahme auf die Magistratsmitglieder den Mitgliedern des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege gegolten habe. Er schließe sich dem gegenüber den bezüglichlichen verwahrenden Worten des Herrn Lange vollkommen an.

Herr Günther bemerkt persönlich, daß er gern Jeden nach seiner Façon selig werden lasse und es deshalb Herrn Reiche unbenommen bleibe, immer die Kirchen hochzuhalten.

Bei weiteren, das Gebiet der persönlichen Bemerkung überschreitenden Aeußerungen wird Herrn Günther das Wort entzogen

und darauf die Magistratsvorlage von der Versammlung angenommen.

XIV. Unterstützung der Barbier- und Friseur-Innung.

Die hiesige Barbier- und Friseur-Innung hat um eine Unterstützung ihrer Fachschule aus städtischen Mitteln gebeten. Da die fragliche Schule lediglich die praktische Ausbildung der Gehülfen und Lehrlinge im Rasiren, Frisiren und Haar-

schneiden bezweckt, sich mithin zur Vereinigung mit der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule nicht eignet, so handelt es sich nur um die Frage, ob mit Rücksicht auf den Zweck dieser Schule und die Vermögensverhältnisse der Innung eine Unterstützung derselben aus städtischen Mitteln gerechtfertigt erscheint. Wenngleich diese Schule das öffentliche Interesse nur in geringem Maße berührt, so hält der Magistrat doch eine mäßige Unterstützung derselben für zulässig und giebt anheim, der Innung zur Deckung eines Deficits ihrer vorjährigen Rechnung eine einmalige Beihilfe von 52 M 73 $\frac{1}{2}$ aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde zu zahlen.

Herr Schwarzenberg beantragt namens der Schulcommission dem Antrage stattzugeben, da es sich nur um eine geringe Beihilfe handle.

Herr Günther ist gegen die Verwilligung, weil die betr. Fachschule nur den Lehrlingen und Gehülfen der Innungsmitglieder, also nicht den sämtlichen Barbieren zu Gute komme und keine Veranlassung vorliege, diese besondere Classe zu unterstützen.

Herr Reiche ist schon in der Commission lebhaft für die Vorlage eingetreten, weil die Fachschule vielen Knaben armer Eltern insofern nützlich sei, als die Jungen sich zu bestimmten Zeiten in dem betr. Schulocale behufs kostenfreier Instandsetzung ihres Kopfes einfinden können. Ob eine solche, in gewisser Weise doch wohlthätige Einrichtung nun von einer Innung oder von einer anderen Vereinigung getroffen werde, erscheine ihm gleichgültig und falle das dafür von der Stadt geforderte geringfügige Opfer doch wirklich nicht ins Gewicht. Er bitte um Annahme der Vorlage.

Die Versammlung beschließt darauf dem Magistratsantrage gemäß.

XV. Erwerb von Straßenterrain am Madamenwege.

Behufs Canalisirung und Instandsetzung des Madamenweges zwischen der Goslarischen- und der Ringstraße sind von sämtlichen anliegenden Grundstücken der Straße Theilflächen zuzulegen. Mit den betr. Anliegern ist nun magistratsseitig ein Abkommen dahin getroffen worden, daß für Abtretung dieser Theilflächen gezahlt werden soll:

- 1) bei denjenigen Grundstücken, welche zu den Kosten des Ausbaues des Madamenweges beizutragen haben, eine auf solche Kosten in Anrechnung zu bringende Entschädigung von 6 M pro qm;
- 2) bei den von diesen Kosten befreiten Grundstücken 3 M pro qm;
- 3) bei den Grundstücken der Anlieger Seiger und Schütte, welche zwar nicht sofort, aber doch voraussichtlich in kürzester Frist kostenpflichtig werden, eine Entschädigung von 6 M pro qm;
- 4) bei dem Westerlage'schen Grundstücke, dessen Nebengebäude beseitigt werden muß, insgesammt 5000 M.

Außerdem ist den Anliegern Seiger und Schütte, deren Grundstücke mit einer lebenden Hecke eingefriedigt sind, eine neue angemessene hölzerne Einfriedigung, dem p. Schütte auch für Beseitigung von Spargelfeldern und sieben Obstbäumen eine besondere Vergütung von 100 M. zugebilligt.

Der Anlieger Henkel, welcher eine 63 qm große Fläche abzutreten hat, fordert 20 M. pro qm, welchem Verlangen nach der Ansicht des Magistrates schon mit Rücksicht auf die den übrigen Anliegern zugebilligte Entschädigung nicht entsprochen werden kann.

Der Magistrat ersucht demnach, den mit den betr. Anliegern abgeschlossenen notariellen Vertrag, sowie die Einleitung des Expropriationsverfahrens hinsichtlich der von Henkel abzutretenden Fläche zu genehmigen.

Die Statutencommission giebt durch Herrn Semler anheim, der Vorlage zuzustimmen,

was auch nach einigen Bemerkungen der Herren Lange, Stadtrath Ketemeyer und Nieß geschieht.

XVI. Erwerb einer Straßenfläche an der Kreuzstraße.

Der Schlosser Oppermann beabsichtigt, auf seinem an der Kreuzstraße belegenen Grundstücke ein Wohnhaus zu erbauen und hat sich nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften bereit erklärt, das nach dem Ortsbauplane zur Verbreiterung der Kreuzstraße erforderliche Terrain unentgeltlich an die hiesige Stadt abzutreten, sowie die Straßenbefestigungskosten zu tragen.

Der Versammlung wird anheimgegeben, diese Eigenthumsüberweisung an die Stadt zu genehmigen,

und beschließt die Versammlung dem Antrage gemäß, nachdem Herr Semler namens der Statutencommission die Genehmigung der Vorlage befürwortet hatte.

Zur Geschäftsordnung nimmt hierauf das Wort Herr Günther, um darauf hinzuweisen, daß er durch die Schließung der Debatte bei Punkt XIII verhindert sei, auf verschiedene Aeußerungen der Herren Blasius, Nieß, Reiche und Stadtrath Ketemeyer zu antworten und er diesen Brauch der Geschäftsordnung für verkehrt halte. Seiner Ansicht nach müsse vom Herrn Vorsitzenden gefragt werden, ob die Rednerliste, nicht aber ob die Debatte geschlossen werden sollte, damit wenigstens die angemeldeten Redner noch zu Worte kommen könnten.

Der Herr Vorsitzende erwidert, daß er an diesen Verhältnissen nichts ändern könne, da er nur das ausführende Organ der Geschäftsordnung sei und bei Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte außer dem Berichterstatter Niemand mehr das Wort erhalten könne.

XVII. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Uebernahme der Eulenstraße.

Herr Reiche führt zur Begründung seines Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, die Uebernahme, Verbreiterung und Instandsetzung der Eulenstraße noch im Laufe dieses Sommers ausführen zu lassen“,

aus, daß die Eulenstraße in ihrem idyllischen Zustande jetzt noch so daliege, wie vor langen Jahren, als sie höchstens einmal von einem vereinsamten Sommerfrischler aufgesucht worden; denn trotzdem die Straße jetzt zu beiden Seiten mit stattlichen Gebäuden bebaut sei und sogar eine Fabrik in derselben liege, habe sie stellenweise nur eine Wagenpurbreite und sei mit Bodasche belegt, so daß sie bei feuchtem Wetter dem Fuße stets gutmüthig ausweiche. Die Kosten für die Verbreiterung und Instandsetzung der Straße könnten nicht allzu hoch sein, weil das erforderliche Terrain vor mehreren Häusern bereits angekauft sei und die Besitzer der Häuser die Straßenbaukosten schon hinterlegt haben. Da nun der Magistrat nach der Mittheilung des Herrn Stadtrath Metemeyer beabsichtige, die Straße im nächsten Jahre auszubauen, so werde derselbe im Interesse der Anlieger, denen sehr viel an einer als baldigen Instandsetzung liege, gebeten, bereits in diesem Sommer damit vorzugehen. Schon mit Rücksicht auf den starken Fuhrwerksverkehr, welcher sich durch die Eulenstraße nach der Sprung'schen Fabrik bewege, sei die Begehung der schmalen Straße äußerst gefährlich und demnach Abhülfe recht nothwendig. Er bitte deshalb um Unterstützung seines Antrages.

Der Antrag wird darauf, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XVIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Verstärkung der Polizeiorgane und Neuregelung des Nachtwachwesens.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Behörden dahin wirken zu wollen, daß

- 1) die Polizei hiesiger Stadt eine der Ausdehnung und Bevölkerung derselben entsprechende Vermehrung erhalte,
- 2) in Erwägung gezogen werde, ob und wie mit der Vermehrung der Polizei eine Neuorganisation des Nachtwachwesens verbunden werden könnte“.

Zur Begründung weist Herr Halle darauf hin, wie die Unsicherheit in der Stadt Braunschweig von Jahr zu Jahr mehr zunehme, so daß es beispielsweise für

Frauen ganz unmöglich sei, zur Abendzeit gewisse Straßen vor den Thoren zu be-
gehen. Mit Rücksicht auf die vielfach vorgekommenen und durch die Presse genügend
bekannt gewordenen Ausschreitungen sei daher ernstlich zu erwägen, ob die jetzt
vorhandenen Polizeikräfte bei der heutigen Ausdehnung und Bevölkerungsziffer der
Stadt ausreichen, um den Bürgern den erforderlichen persönlichen Schutz zu ge-
währen, zumal nach den ihm gewordenen Mittheilungen auf vielleicht 2—3000 Ein-
wohner nur ein einziger Polizist kommen solle, was entschieden zu wenig sei.

Sofern nun eine Vermehrung der Polizeikräfte in Aussicht genommen werde,
müsse auch an eine gründliche Neuorganisation des Nachtwachwesens gedacht werden,
denn unter den hiesigen Nachtwächtern herrschen wahrhaft patriarchalische Zustände,
welche schleunigst zu beseitigen seien. Man finde häufig die Nachtwächter statt auf
der Straße in irgend einem Restaurant sitzen, um sich bei einem Glase Bier
gemüthlich zu unterhalten, während welcher Zeit Diebe und Einbrecher ihrem Hand-
werke ungestört nachzugehen vermöchten. Das Nachtwachwesen müsse der Polizei
übergeben werden, damit diese Berufswächter anstellen könne, die nicht während des
Tages ihren Geschäften nachzugehen haben, um dann wenig frisch und kräftig den
Nachtwachdienst zu übernehmen.

Der Bitte um Unterstützung dieses Antrages entspricht die Versammlung, worauf
derselbe zur Vorberathung an die Statutencommission geht.

Damit schließt die öffentliche Sitzung.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung ein Gesuch um Erlaß
einer Abgabe zur Armenkasse, wählt den Schuhmachermeister Albert Gleye zum Armen-
pfleger und stellvertretenden Bezirks-Vorsteher, weist das Pensionierungsge-
such einer Lehrerin an die Schulcommission zurück und erledigt schließlich das Verzeichniß IV
der Gemeindesteuer-Reclamationen aus 1889.

Schluß 7¹/₂ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 24. April 1890.

Öeffentlich:

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Vermehrung der Einschätzungs-Commissionen	Seite 110.
II. Die Besteuerung der Actien-Gesellschaften	" 113.
III. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Vermehrung der Polizeior- gane 2c.	" 114.
IV. Desgl. des Herrn Reiche auf Instandsetzung der Eulenstraße	" 119.
V. Theilortsbauplan an der Fallerdeberstraße	" 119.
VI. Nachverwilligung von Kosten für die Bergfeldstraße	" 120.
VII. Einrichtung einer Mädchenschulclasse der unteren Bürgerschulen	" 120.
VIII. Verwilligung eines Darlehns zu Zwecken des Central-Friedhofes	" 121.
IX. Stadtseitige Uebernahme der Sophienstraße	" 122.
X. Wahl zweier Stadtverordneten zum Städtetage	" 123.
XI. Legung eines Wasserrohrs im Riddagshäuserwege und Hopfengarten	" 123.
XII. Erwerb von Straßenflächen an der verlängerten Japanenstraße	" 124.
XIII. Vermehrung der Straßenlaternen	" 124.
XIV. Ankauf von Waisenhausländerei am Giersberge	" 125.
XV. Kosten für die Reconstruction einer Thurmuhre nach Mahrhofer's System	" 126.
XVI. Ausbau der verlängerten Rosenstraße und der Rußbergstraße	" 126.
XVII. Neubau und Verpachtung der städtischen Badeanstalt	" 127.
XVIII. Erstattung von Canalbaukosten	" 132.

XIX. Verpachtung des Schulkellers am Prinzenwege	Seite 132.
XX. Erwerb von Straßenflächen an der Zimmerstraße, bezw. dem Langencampe	" 132.
XXI. Einrichtung einer Parallellasse in der städtischen Mädchenschule	" 133.

Vertraulich:

Wahl des Protocollführers der Versammlung	" 133.
Änderung eines Hypothek-Darlehns-Contractes	" 133.
Pensionirung einer Lehrerin	" 133.
Steuerreclamationen (Verzeichniß V von 1889)	" 133.
Neuwahl von Armenpflägern	" 133.
Anstellungsgeuch eines früheren Gasarbeiters	" 133.

Am Magistratsstische die Herren: Oberbürgermeister Bockels und Stadträthe Götte, Haake, Metemeyer und Heymann.

Entschuldigt die Herren Jasper, Meyer, Reuter und Wille; später erscheinen die Herren Seele und Semler.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Lüderßen, eröffnet die Sitzung, verliest die Protocolle A. 2. und 3 zur Genehmigung und läßt nach Genehmigung derselben in die Berathung der Tagesordnung eintreten.

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Vermehrung der Einschätzungs-Commissionen.

Die Statutencommission ist, wie Herr Wolff II berichtet, der Ansicht, daß die gesammte Versammlung den Wunsch hegen werde, die Last und Mühe, welche dem einzelnen Stadtverordneten durch die Einschätzung der Steuerpflichtigen erwachse, zu verringern. Bei einer in dem Sinne des auf Seite 29 des Protocolls über die Sitzung vom 23. Januar dem Wortlaute nach veröffentlichten Antrages vorzunehmenden Änderung sei indessen mit Rücksicht auf die bestehenden Bestimmungen immer davon auszugehen, daß den Bürgern ein Stimmrecht in den Commissionen nicht eingeräumt werden könne, sondern dieses allein den Stadtverordneten zustehe. Wenn nun auch auf der einen Seite die Befürchtung bestände, daß eine Theilung der Commissionen die öftere Beschlußunfähigkeit derselben zur Folge haben möchte, indem dann nur 4 oder 5 Stadtverordnete einer Commission angehören würden und hiervon leicht einige fehlen könnten, so sei andererseits doch bei einer geringeren Zahl stimmfähiger Commissionsmitglieder zu erwarten, daß diese sich von den Sitzungen nicht im Vertrauen auf das Erscheinen der Genossen fernhalten, sondern möglichst erscheinen werden, um nicht eine Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. So lange die jetzige Städteordnung nicht einer Änderung dahin unterzogen sei, daß die Zahl der Stadtverordneten für die hiesige Stadt vermehrt werde, lasse sich im Sinne des Antrages eine Änderung nur herbeiführen, wenn die Versammlung, wie die Commission damit vorschlage, beschliesse,

- a. den Magistrat zur Vorlage einer Abänderung des Reglements, betr. das Verfahren bei der Veranlagung der Steuerpflichtigen in der Richtung zu ersuchen, daß die Anzahl der zu bildenden Einschätzungs-Commissionen durch einen, jederzeitiger Abänderung unterliegenden Beschluß der Stadtverordneten festgesetzt werde und daß die Zuweisung der Abschätzungsbezirke an die demgemäß gebildeten Commissionen dem Vorsitzenden der Stadtverordneten-Versammlung auch fortan obliege;
- b. nach dementsprechender Aenderung des Reglements für das Jahr 1890 sechs Commissionen zu bilden, von welchen drei je 5 und drei je 4 Mitglieder zählen.

Die Commission spreche hierbei die Hoffnung aus, daß nach der Revision der Städteordnung sich auch eine anderweite Regelung dieser Frage ermöglichen lassen werde.

Herr Günther meint, daß dem geschilderten und thatsächlich vorhandenen Uebelstande dadurch wirksamer abzuhelpen sei, wenn die Commissionsitzungen in die Abendstunden verlegt würden, weil dann auch die Stadtverordneten, welche nicht Beamte oder Rentner seien und tagsüber ihren Geschäften nachzugehen haben, ohne Vernachlässigung derselben sich an den Sitzungen betheiligen könnten. Er stelle deshalb den Antrag, die Sitzungen der Einschätzungs-Commissionen in die Abendstunden nach 7 Uhr zu verlegen.

Herr Wolff II weist darauf hin, daß dieser Antrag einen Eingriff in die Befugnisse der Commissions-Vorsitzenden darstelle und daß bei der Besprechung dieses Punktes in der Statutencommission sich Niemand für die Abhaltung der Sitzungen während der Abendstunden ausgesprochen habe.

Herr Nieß findet in den 10—12 je $3\frac{1}{2}$ —4 stündigen Commissionsitzungen, welche in der Zeit kurz vor oder nach Weihnachten abzuhalten seien, für jeden Geschäftsmann eine Belästigung, mögen die Sitzungen in den Nachmittags- oder Abendstunden abgehalten werden. Was seine Person anlange, so müßte er bei der Anberaumung von Abendsitzungen mancherlei ihm für diese Zeit obliegende Verpflichtungen außer Acht lassen, so daß er hierin durchaus keine Erleichterung, sondern vielmehr eine Störung erblicke. Den Halle'schen Antrag auf Theilung der Commissionen und des Arbeitsgebietes halte er für zweckmäßig und unterstütze denselben.

Der Herr Vorsitzende giebt Herrn Günther anheim, seinen Antrag in der Form eines Wunsches bei den Commissionen selbst vorzubringen, da hier ein derartiger Beschluß gar nicht gefaßt werden könnte.

Herr Schwarzenberg möchte bei der Theilung der Einschätzungs-Commissionen eine Vermehrung der mitberathenden Bürger eintreten lassen, weil sonst

die Commissionen, namentlich bei dem Fehlen von Mitgliedern, zu wenig stark besetzt seien und darunter das Einschätzungsgeschäft leiden könnte.

Herr Günther will mit Rücksicht auf die Erläuterung des Herrn Wolff II seinen Antrag in die Form eines Ersuchens an die Commissions-Vorsitzenden, die Sitzungen in die Abendstunden zu verlegen, umwandeln.

Herr Wolff II bemerkt Herrn Nieß gegenüber, daß der Halle'sche Antrag auch nach der Ansicht der Statutencommission verwirklicht und nur der Versammlung Gelegenheit gegeben werden solle, jederzeit die Zahl der Commissionen zu verändern. Herrn Schwarzenberg sei zu erwidern, daß nach §. 5 des betr. Reglements jeder Commission noch sechs steuerpflichtige Einwohner als Schäger beigegeben werden, so daß dann statt 18 deren 36 zuzuziehen seien. Das Bedürfnis nach Verstärkung dieser Herren habe sich indessen bislang noch nicht fühlbar gemacht, weil hauptsächlich die stimmberechtigten Mitglieder in Frage gekommen seien.

Herr Lange sieht in der Theilung der Commissionen insofern eine Gefahr, als bei der geringen Zahl der dann einer Commission angehörnden Stadtverordneten leichter eine Beschlußunfähigkeit vorkommen könnte; er gebe daher anheim, den Antrag so lange zu vertagen, bis die Zahl der Stadtverordneten vermehrt sei. Schon jetzt habe öfter eine Beschlußfähigkeit der einzelnen Commissionen nur durch die Heranziehung von Stadtverordneten aus anderen Commissionen erzielt werden können und diese Gefahr steigere sich bei der geplanten Theilung ganz erheblich; wenn sich auch andererseits hierdurch die bedeutende Arbeitslast des Einzelnen vermindern lasse.

Herr Halle bittet, dem Antrage der Statutencommission, welcher sich mit dem seinigen decke, zuzustimmen. Er habe seinen Antrag gestellt, weil durch eine Theilung der Commissionen sich das Abschätzungsgeschäft für den einzelnen Stadtverordneten schneller erledigen lasse und hierdurch das ermüdende Arbeiten in einer 14 Tage bis 3 Wochen tagenden größeren Commission fortfalle. Die Theilung lasse sich nach den einzelnen Districten recht gut vornehmen, zumal wenn die zuzuziehenden Bürger aus diesen Districten genommen würden.

Herr Sievers tritt der Ansicht des Herrn Halle bei und glaubt, daß die stimmberechtigten Commissionsmitglieder zu den Sitzungen viel regelmäßiger erscheinen werden, wenn letztere nicht mehr so viel Zeit in Anspruch nehmen, so daß eine öftere Beschlußunfähigkeit nicht zu befürchten sei.

Herr Wolff I giebt anheim, den nach keiner Richtung hin präjudicirenden Antrag der Statutencommission anzunehmen. Sofern sich später bei der Durchführung desselben der von Herrn Lange befürchtete Uebelstand zeigen sollte, stehe nichts im Wege, das neue Verfahren wieder zu ändern, bezw. zu dem alten zurückzukehren. Für den einzelnen Stadtverordneten sei es dann gewissermaßen noch mehr als bisher Ehrenpflicht, den einzelnen Sitzungen beizuwohnen, um eine Beschlußunfähig-

keit möglichst zu verhindern und lasse sich dieses auch ohne das bisherige große Opfer an Zeit durchführen.

Herr Wolff II erläutert noch, daß die Statutencommission den Theil b des Antrages mit eingebracht habe, um gleich für das Jahr 1890 einen festen Beschluß zu fassen und eine nochmalige Vorlage zu vermeiden.

Die beiden Anträge der Statutencommission gelangen darauf zur Annahme.

II. Die Besteuerung der Actien-Gesellschaften.

Mit Rücksicht auf die beständig wachsenden Ausgaben der Stadt erscheint es dem Magistrate geboten, auf eine stärkere Heranziehung der Actien-Gesellschaften und Commandit-Gesellschaften auf Actien zur Gemeindesteuer Bedacht zu nehmen und zwar umsomehr, als eingezogenen Erkundigungen zufolge diese Gesellschaften in anderen Staaten gleich den physischen Personen zur Gemeindesteuer beitragen müssen. Wenn bisher bei Bemessung des Procentfages die industriellen Gesellschaften zu $1\frac{1}{2}\%$, die Banken aber nur zu $\frac{3}{4}\%$ veranlagt sind, so dürfte ein Abweichen von diesem Grundsatz um deswillen unbedenklich erscheinen, weil durch die inzwischen erlassenen Gesetze über Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung den industriellen Etablissements die Fürsorge für die von ihnen beschäftigten Personen auferlegt ist, die durch den Betrieb jener Etablissements der Gemeinde früher erwachsenen Lasten inzwischen erheblich gemindert sind und somit zu der früher gemachten Unterscheidung genügender Grund nicht mehr vorliegt. Der Magistrat hält vielmehr für angemessen, daß alle genannten Gesellschaften gleichmäßig und zwar nach einem Satz von 2% ihres Reineinkommens vom 1. Januar d. J. an zur Gemeindesteuer herangezogen werden und ersucht derselbe, sich hiermit einverstanden zu erklären.

Herr Schwarzenberg führt namens der Statutencommission aus, daß nach §. 2 des Gesetzes vom 5. Juni 1871 die Communalsteuer der Actien-Gesellschaften und Commandit-Gesellschaften auf Actien nach ihrem muthmaßlichen Reineinkommen aus dem Gewerbe veranlagt und nach billigem Ermessen unter Rücksicht auf die Gemeindelaisten der physischen Personen in der Gemeinde und der der Gemeinde aus dem Gewerbebetriebe drohenden Belastung, ohne Anwendung der etwa für physische Personen bestehenden Steuerclassen festgestellt werden soll, während das Herzogliche Staatsministerium unter dem 31. October 1871 entschieden habe, daß solche Actien-Gesellschaften, aus deren Geschäftsbetriebe Belastungen der Gemeinden in geringem Maße oder gar nicht hervorgehen, zwar nach ihrem muthmaßlichen Reineinkommen, aber mit verhältnißmäßig geringen Sätzen zur Veranlagung kommen müssen. In Bezug hierauf haben sodann die Stadtverordneten am 5. Juni 1872 und am 15. September 1881 beschlossen, daß von der Erhebung der Communalsteuer für die durch Agenten vertretenen Versicherungs-Gesellschaften

bei der Unerheblichkeit des Betrages einstweilen abgesehen werden solle. Da nun in verschiedenen anderen deutschen Städten, wie Leipzig, Berlin, Dresden, Hannover, Hamburg &c. die Actien-Gesellschaften wie die physischen Personen, also höher als hier zur Steuer herangezogen werden, so könne die Belastung derselben mit einer Steuer von 2 % nicht unbillig erscheinen. Die Frage, ob bei solchen Actien-Gesellschaften, welche sich in den Händen einzelner hiesigen, bereits mit einer Steuer belegten Bürger befinden, eine Ermäßigung der Communalsteuer eintreten solle, sei von der Statutencommission schon aus dem Grunde verneint worden, weil sich die Inhaber der Actien häufig schwer ermitteln lassen. Das bei Annahme der Vorlage zu erwartende finanzielle Ergebniß würde nach einer vorliegenden Zusammenstellung ungefähr 21 000 M betragen, indem die industriellen Gesellschaften und Banken statt 28 000 M ungefähr 49 000 M an Communalsteuern aufzubringen hätten. Hierzu würde möglicherweise noch der von den Versicherungs-Gesellschaften aufzubringende Betrag kommen, deren Heranziehung zur Steuer nach Maßgabe des Gesetzes beantragt werde.

Die Statutencommission glaube hiernach, dem Antrage des Magistrates auf Besteuerung der Actien-Gesellschaften &c. von 2 % des Reineinkommens zustimmen zu müssen.

Auf die Frage des Herrn Rimpau, ob das Reineinkommen der Actien-Gesellschaften nach der Dividende, oder auch nach dem Betrage des durch Gesetz bestimmten Reservefonds besteuert werden solle,

erwidert Herr Stadtrath Kete meyer, daß nur die Dividende zur Besteuerung herangezogen werde.

Nach einer kurzen Besprechung der Frage, ob Herr Natalis, welcher vortritt, sich als Interessirter des Wortes und der Abstimmung enthalten zu wollen, hierzu berechtigt sei,

wird die Vorlage angenommen.

III. Selbstständiger Antrag des Herrn Halle auf Vermehrung der Polizeiorgane &c.

Wie Herr Schwarzenberg namens der Statutencommission berichtet, ist ein dem vorliegenden, in dem Protocolle Nr. 4 veröffentlichten, ähnlicher Antrag unterm 13. Januar 1882 vom hiesigen Bürgervereine an das Herzogliche Staatsministerium gerichtet worden. In der Begründung jenes Antrages sei namentlich auf den steigenden Verkehr der Innenstadt, die Zunahme des Vagabundenthumes und das Fehlen jeglichen polizeilichen Schutzes in der Außenstadt, woselbst besonders auf den Wegen zu den Tanzlocalen und in bezw. vor diesen selbst regelmäßig Verstöße gegen die Ruhe und öffentliche Sicherheit vorkommen, hingewiesen. Die Eingabe habe ferner erwähnt, daß von der schon an sich unzureichend be-

messenen Zahl von 57 Polizei-Officianten für besondere Zwecke, als da seien: Criminal-Abtheilung, Sittenpolizei, Bahnhofspolizei, Ordonnanzen, Gerichtsdienst u. noch 17 Beamte abgingen, so daß nur 40 Polizisten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit übrig blieben, von welcher Zahl indessen mehrere Beamte zu Dienstleistungen bei der Herzoglichen Kreisdirection, dem Stadt-Magistrate, zur Einholung von persönlichen Berichten, sowie zur Vertheilung der Steuerzettel, der Musterungs-Vorladungen u. verwendet würden und der Rest dieser Mannschaften für die Beaufsichtigung der Stadt und namentlich der jeglichen Schutzes entbehrenden Außenstadt thatsächlich nicht ausreiche. In Preußen werde bei gleich großen Städten ungefähr auf 1000 Einwohner ein Polizei-Officiant angestellt. Diese in der Eingabe geschilderten Verhältnisse bestehen im Wesentlichen noch heute, denn wenn auch das Herzogliche Staatsministerium in der Folge eine Vermehrung der Polizeiorgane vorgenommen habe — zur Zeit seien nach dem Adreßbuche vorhanden: 1 Ober-Inspector, 8 Wachtmeister, 5 Vice-Wachtmeister und 60 Sergeanten, zusammen 74 Beamte — so erscheine dieselbe doch heute bei einer Einwohnerschaft von rund 100 000 Seelen und der großen Ausdehnung der Stadt als völlig unzureichend und theile daher die Commission die Ansicht, daß eine Vermehrung der Polizei-Mannschaften sehr erwünscht sei.

Was das Nachtwachwesen anlange, so koste dasselbe zur Zeit nach dem Etat 26 512 M. Hinsichtlich des Wunsches, das Nachtwachwesen gegen Vergütung an die Staatsregierung zu überweisen, müsse bezweifelt werden, daß Letzere ein solches Anerbieten schon wegen der erhöhten Kosten annehme; es lasse sich indessen eine Verbesserung schon durch eine verstärkte Controle seitens der Polizei, oder durch Einstellung städtischer Officianten ohne private Nebenbeschäftigung als Nachtwächter mit einem auskömmlichen Gehalte ermöglichen. Im letzteren Falle könnten die Mannschaften am Tage noch zu anderen städtischen Diensten Verwendung finden, um deren Kräfte für die Stadt voll auszunutzen. In welcher Weise solche Einrichtung zu treffen sei, müsse indessen zunächst der Erwägung des Magistrates vorbehalten werden. Hiernach erscheine der Halle'sche Antrag in beiderlei Beziehung begründet und beantrage die Statutencommission, zu beschließen, denselben dem Magistrate zur Berücksichtigung und weiteren Veranlassung zu empfehlen.

Herr Rieke kann sich für den Antrag nicht erwärmen und muß seiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß derselbe aus der Mitte der Versammlung habe hervorgehen können, weil durch den Antrag einmal den zuständigen Behörden, welche eine etwaige ungenügende Sicherheit in den Straßen der Stadt selbst bemerken und auf Abhilfe Bedacht nehmen müßten, ein vollständig unbegründeter Vorwurf gemacht werde und weil andererseits eine solche Unsicherheit auch gar nicht vorhanden sei. Wenn der Bürgerverein im Jahre 1882 seinem Antrage die von Herrn Schwarzenberg vorgetragene Begründung beigegeben habe, so müsse man

bedenken, daß damals, als die gesammte Industrie darniedergelegen habe, die Verhältnisse anderer Natur als heute gewesen seien. Eine Zunahme der Unsicherheit in hiesiger Stadt müsse er bestreiten und könne der gegentheiligen Behauptung gegenüber als Beweis angeführt werden, daß heute schon die meisten Ladenbesitzer des Nachts ihre Fenster ohne Schutzvorrichtungen lassen, was früher so leicht Niemand gewagt haben würde. Selbstverständlich könne aber nicht Jeder verlangen, bei dem Betreten der Straße gleich einige Polizisten oder Nachtwächter zu sehen, denn dieses Ziel werde auch nicht durch die Neuanstellung von 20—25 weiteren Polizisten erreicht werden; außerdem sei zu bezweifeln, daß sich hierdurch überhaupt eine größere Sicherheit erzielen lasse, da die Verbrechen doch bleiben würden, auch wenn man die doppelte Zahl Polizisten anstelle.

Herrn G ü n t h e r ist es sonderbar vorgekommen, daß der Schrei nach Polizei gerade von einem freisinnigen Manne ausgehe. Die Polizei müsse doch am besten wissen, ob eine Vermehrung ihrer Organe nothwendig sei und dürfe man dieselbe nicht bevormunden wollen. Der Antrag werde auch nach außen hin den schlechtesten Eindruck hinsichtlich der Sicherheit in hiesiger Stadt machen. Redner habe, trotzdem er viel draußen verkehre, noch niemals gefunden, daß eine Frau auf der Straße in der Weise belästigt wäre, um die Behauptung zu rechtfertigen, es dürfe sich des Abends keine Frau mehr hinauswagen. Auch sei der Antrag für das Stadtoberhaupt nicht sehr schmeichelhaft, weil demselben etwaige Klagen über die Unsicherheit in der Stadt zuerst zu Ohren gekommen sein müßten und es ihm in solchem Falle zunächst am Herzen zu liegen habe, einen derartigen Zustand durch entsprechende Vorschläge bei der Herzoglichen Polizei-Direction zu beseitigen. Es frage sich auch, für bezw. gegen wen der in Aussicht genommene Schutz geleistet werden solle, ob hier die große Masse des Volkes, oder vielleicht nur die jeunesse dorée in Frage komme. Gerade bei Letzterer kommen solche Kämpfeien sehr häufig vor; es werde dieses „jugendlicher Uebermuth“ genannt, während es bei den Arbeitern „Rohheit“ heiße und man vertusche derartige „Streiche“ sogar, wenn man einmal dahintergekommen sei. Erst in den letzten Tagen habe man Zuckerschüler, welche einige Arbeiter ohne alle Ursache derartig mißhandelt haben, daß dieselben bluteten, mit einer ganz geringen Geldbuße abkommen lassen. Solche Vorkommnisse könnten härter bestraft werden und würden dann ausbleiben.

Was die Nachtwächter betreffe, so halte er diese für ein überflüssiges Institut. Besser möchte es noch sein, wenn man bestimmte Stationen einrichtete, nach welchen sich die Bürger in Nothfällen wenden könnten. Sobald sich jetzt ein Nachtwächter an einer Nothe vergeife, könne er noch Schläge bekommen, weshalb er es oft für rathsam halten werde, dieselbe unbehellet ziehen zu lassen. Hinsichtlich der durch eine etwaige Vermehrung entstehenden Mehrkosten wolle er bemerken, daß die Staatsregierung bei Durchführung des Antrages vollständig berechtigt sein würde, zu

sagen: während die Stadt sich früher gesträubt habe, höhere Beiträge zu den Kosten der Polizei zu zahlen, erkenne sie jetzt selbst an, daß sie mehr Polizei gebrauche, es müßten ihr daher auch die höheren Kosten auferlegt werden. Bei einer früheren gleichen Anregung aus der Versammlung habe der Herr Oberbürgermeister erwidert, daß es Sache der Polizei-Direction sei, ihre Organe im Bedarfsfalle zu vermehren (Seite 37 des Protocolls). Als in den 70er Jahren einmal ein bekannter Socialdemokrat mit Steinwürfen bedacht sei, habe Niemand eine Vermehrung der Polizisten und Nachtwächter verlangt. Er wolle auch erinnern an die Wahlzeit und an die jetzt vielfach abgehaltenen großen Volksversammlungen, namentlich aber an die in Gegenwart von 5000 Personen im Hofsäger stattgehabte Versammlung, bei welcher auch auf dem Heimwege nicht die geringsten Störungen vorgekommen seien. Die Polizei habe im ersteren Falle nicht einmal nöthig gehabt, Polizisten zur Ueberwachung zu schicken. Aus diesen Gründen möchte er vorschlagen, den Antrag abzulehnen und der Herzogl. Polizei-Direction die etwaige Vermehrung ihrer Organe zu überlassen.

Herr Halle hält es für seine Pflicht und Schuldigkeit, etwaige ihm bekannt werdende Mängel hier zur Sprache zu bringen, weil die Versammlung der geeignete Ort sei, die Wünsche der Bürgerschaft kundzugeben. Wenn Herr Kiefe hierüber anders denke, so sei das dessen Sache. Nach den Äußerungen des Herrn Günther müsse man annehmen, daß derselbe von Braunschweig abwesend gewesen sei, denn sonst hätte er namentlich als Miteigenthümer einer hier erscheinenden Zeitung von den vielfach vorgekommenen Excessen wenigstens etwas hören müssen. Von den hier vorhandenen 74 Polizeibeamten bleiben für die öffentliche Sicherheit vielleicht 23 übrig und selbst diese haben noch so viele andere Arbeiten zu erledigen, daß auch diese Zahl noch bedeutend zu hoch gegriffen sei. Man dürfe dreist behaupten, daß erst auf 4000—5000 Einwohner ein einziger Polizist komme. In der Bürgerschaft wünsche man allgemein, daß man wenigstens wisse, wo ein Polizist zu finden sei; es handle sich also nicht nur um eine Vermehrung, sondern auch um eine anderweite Organisation der Polizei. Die Beamten müßten nothgedrungen einen festen Platz haben, auf welchem man sie finden könne. Wenn die beiden Herren Vorredner den Antrag in das politische Feld überführen, so habe er zu bemerken, daß ihm gar nicht eingefallen sei, die Vermehrung der Polizei für bestimmte Classen der Bevölkerung zu wünschen; er habe in seinem Antrage nur ausdrücken wollen, daß er die Vermehrung der Polizeikräfte im Interesse der Stadt Braunschweig für nöthig halte.

Herr Lange schließt sich diesen Ausführungen an und hält ebenfalls die Versammlung als Vertreterin der Bürgerschaft für verpflichtet, etwa erkannte Uebelstände zu beseitigen. Daß sich eine gewisse Unsicherheit in der Bürgerschaft geltend gemacht habe, werde außer den Herren Günther und Kiefe kaum Jemand

in der Versammlung bestreiten. Es habe sich bei einem Jeden das Gefühl eingeschlichen, daß die Polizei in der jetzigen Stärke nicht genüge, dem einzelnen Bürger den erforderlichen Schutz zu gewähren; er möchte daher den Magistrat ersuchen, an zuständiger Stelle darauf hinwirken zu wollen, daß eine Vermehrung der Polizeikräfte in gehöriger Weise vorgenommen werde. Es sei nicht zu verstehen, daß eine Verminderung der Sicherheit in hiesiger Stadt in Abrede gestellt werde und wolle er zum Beweise dessen noch einmal anführen, daß beispielsweise an der Wilhelmthorpromenade und Pawelstraße in einem Zeitraume von 7 bis 8 Wochen auf einer ganz kurzen Strecke haben sieben Diebstähle geschehen können, ohne daß ein Dieb gefaßt sei. Die durch die Vermehrung entstehenden höheren Kosten werden von den Bürgern gern getragen werden, sofern sich dadurch nur der Zweck erreichen lasse.

Herr Reiche ist für eine Vermehrung der Polizeikräfte in der vorgeschlagenen Weise, weil die Gemeinde die Verpflichtung habe, für den Schutz der Bürger einzutreten. Hinsichtlich der Nachtwächter wolle er bemerken, daß er diesen Leuten das Zeugniß geben könne, sie immer auf ihrem Posten angetroffen zu haben; es liege also die Unsicherheit während der Nachtstunden nicht nur an diesen Leuten, sondern hauptsächlich an der ganzen Organisation derselben. Die Nachtwächter beziehen jetzt einen Lohn, der sie zwingt, den Tag über noch anderweite Beschäftigung zu suchen; wenn dieselben daher einmal matt würden, so sei hierin nicht ein Mangel an Pflichtgefühl zu erblicken, sondern man habe mit dem Umstande zu rechnen, daß die Natur ihre Rechte verlange. Es erscheine ihm deshalb zweckmäßig, diese Leute pensionsfähig anzustellen und sie vielleicht während der Tagesstunden noch mit Botendiensten u. dgl. zu beschäftigen, so daß man ihnen ein Einkommen zu gewähren vermöge, welches sie befähige, hiervon ihre Familie ernähren zu können. In solchem Falle vermöchten die Nachtwächter ihren Dienst als Hauptfache anzusehen und würde auch ihr Pflichtgefühl dadurch bedeutend aufgefrischt und gebessert werden.

Herr Günther will Herrn Lange gegenüber bemerken, daß er außerhalb dieser Versammlung noch Niemand gehört habe, der eine Vermehrung der Polizeikräfte für nöthig hielte (Widerspruch) und daß die Diebstähle nicht verhindert werden würden, selbst wenn man die Zahl der Nachtwächter verdoppele. Am besten zeige sich dieses in Berlin, wo Diebstähle trotz der überaus findigen und tüchtigen Polizei massenhaft vorkommen und zwar einfach aus dem Grunde, weil man nicht überall einen Polizisten hinstellen könne. Ebenso würden sich die nächtlichen Ungehörigkeiten, selbst bei bedeutender Verstärkung der Polizei, nicht ganz vermeiden lassen, zumal es — wie diejenigen Mitglieder der Versammlung, welche studirt haben, am besten wissen werden — zu viele Ungehörigkeiten, namentlich verübt von Studirenden, gebe, welche als sogenannte Jugendthorheiten nicht immer bestraft

würden. Er wünsche nicht, an jeder Ecke einen Polizisten vorzufinden, was auch zur Hebung des Fremdenverkehrs nicht beitrage, und wenn man sage, es komme auf 4000—5000 Einwohner in Braunschweig nur ein Polizist, so dürfe Braunschweig hierauf stolz sein, namentlich wenn man bedenke, daß Verbrechen und größere Ungehörigkeiten seltener vorkommen.

Herr Halle weiß sehr wohl, daß mit der Vermehrung der Polizei die Ungehörigkeiten nicht aufhören werden und hat daher diese Absicht mit dem Antrage auch nicht verfolgt. In der Commission habe er übrigens schon gebeten, dem Magistrate den Antrag als dringend zu bezeichnen, damit sich wenn möglich noch dieser Landtag mit der Frage beschäftigen könne; er bitte deshalb, den Antrag der Statutencommission in dieser Weise zu ergänzen.

Herr Schwarzenberg hat namens der Statutencommission gegen diese Einschaltung nichts zu erinnern, so daß der Commissionsantrag dahin gehe, den Halle'schen Antrag dem Magistrate dringend zur Berücksichtigung zu empfehlen. Wenn dem Wunsche des Herrn Reiche, die Nachwächter als städtische Officianten anzustellen, Folge gegeben werde, so möchte es trotzdem zweckmäßig sein, dieselben der Herzoglichen Polizei-Direction zu unterstellen, in welchem Falle das Herzogliche Staatsministerium wohl auf einen dementsprechenden Vorschlag eingehen werde.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag der Statutencommission, den Halle'schen Antrag dem Magistrate dringend zur Berücksichtigung und weiteren Veranlassung zu empfehlen mit überwiegender Mehrheit angenommen.

IV. Selbstständiger Antrag des Herrn Reiche auf Instandsetzung der Eulenstraße.

Die Baucommission, für welche Herr Krahe berichtet, hat sich davon überzeugt, daß ein dringendes Bedürfnis zur alsbaldigen Instandsetzung der Eulenstraße vorliege, da dieselbe so ziemlich beiderseitig bebaut sei und die Anlieger auch die Beiträge eingezahlt, sowie das erforderliche Terrain abgetreten haben sollen. Der Antrag der Baucommission gehe deshalb dahin, den auf Seite 106 des Protocollés mitgetheilten Antrag des Herrn Reiche auf alsbaldige Uebernahme und Instandsetzung der Eulenstraße dem Magistrate zur thunlichsten Berücksichtigung zu empfehlen und demgemäß zu beschließen,

was seitens der Versammlung auch geschieht.

V. Theilortsbauplan an der Fallerleberstraße.

In Veranlassung eines Neubaus an der Fallerleberstraße ersucht der Magistrat, eine vom Stadtbauamte zur Regulirung dieser und eines Theiles der Wilhelmstraße vorgeschlagene Aenderung des Ortsbauplanes zu genehmigen.

Auf Befürwortung der von Herrn Krahe vertretenen Baucommission wird der Antrag mit dem Anheingeben gutgeheißen, dem Erbauer des fraglichen Grundstückes die Ausbildung der Ecke schon wegen der dann herzustellenen wirksameren Architectur freizugeben.

VI. Nachverwilligung von Kosten für die Bergfeldstraße.

Bei der Instandsetzung der Bergfeldstraße ist der Aufschlag für den Straßenbau um 979,34 M. überschritten, während bei den in den Etat eingestellten Kosten für den Grunderwerb 9571 M. erspart worden sind. Der Magistrat ersucht um Genehmigung der vorbezeichneten Ueberschreitung.

Die Vorlage wird genehmigt, nachdem Herr Halle namens der Statutencommission dieselbe befürwortet hatte.

VII. Einrichtung einer Mädchenschulklasse der unteren Bürgerschulen.

In Folge der noch während der letzten Tage eingegangenen zahlreichen Anmeldungen für die unterste Mädchenklasse der unteren Bürgerschulen ist die Einrichtung einer neuen sechsten Mädchenklasse nicht zu umgehen. Der Antrag des Magistrats geht dahin, dem Schulvorstande behufs der Errichtung solcher Klasse die Mittel zur Besoldung einer in provisorischer Stellung zu beschäftigenden Lehrerin im Betrage von 675 M. für das laufende Jahr zu gewähren,

und giebt Herr Schwarzenberg namens der Schulcommission anheim, dem Antrage stattzugeben.

Herr Günther möchte bei dieser Gelegenheit bei dem Stadt-Magistrate anfragen, ob es wahr sei, daß von den umliegenden Dörfern die Kinder in so großer Zahl nach den städtischen Schulen geschickt werden, um hierdurch auf die Schulclassen insofern einen Einfluß auszuüben, daß die Stadtverwaltung gezwungen sei, mehr Classen einzurichten, als wenn dieser Zufluß nicht erfolge. Wenn dem wirklich so wäre, halte er es für nöthig, auf eine Milderung Bedacht zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann darauf erwidern, daß Kinder aus den benachbarten Gemeinden in die hiesigen evangelisch-lutherischen Pflichtschulen nur dann aufgenommen werden, wenn sich die Kinder bei hiesigen Einwohnern in Kost und Pflege befinden; während bei der Aufnahme in die höheren städtischen Schulen nur Ausnahmen gestattet werden, insoweit Platz für solche Kinder vorhanden sei. Sobald sich indessen die einzelnen Classen füllen, greife auch hier die obige Regel Platz. Wenn Kinder sich bei hiesigen Einwohnern in Kost und Pflege befinden, haben sie auf Grund des Gesetzes ein Recht in die Schulen aufgenommen zu werden.

Herr Halle macht auf den des Wohlweges nicht würdigen Zustand der Fenster des alten Polytechnicums, welche selbst während des dort stattgehabten Confirmandenunterrichtes nicht gepußt seien, aufmerksam und bittet um Abhülfe.

Herr Günther dankt seinerseits für die vom Magistratsrath gegebene Auskunft, will aber noch bemerken, daß nach den ihm gewordenen Mittheilungen der Zuzug der auswärtigen Kinder ein so starker sein solle, daß selbst die Eisenbahn-Verwaltung um eine entsprechende Aenderung der Fahrzeit von Eisenbahnzügen angegangen sei. Er wolle hier nur das zur Sprache bringen, was ihm gesagt worden und möchte eine bestimmte Auskunft vom Magistratsrath über diese Verhältnisse haben, denn ob die Bevölkerung durch die gegebene Antwort beruhigt sei, wisse er nicht.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann über diesen Punkt nichts weiter sagen. Im Uebrigen halte er es für unpassend, wenn ein Stadtverordneter sage, daß die vom Magistrat gegebene Auskunft die Bevölkerung nicht beruhigen könne und müsse er den Herrn Vorsitzenden bitten, den Magistrat gegen solche Angriffe zu schützen.

Der Herr Vorsitzende erklärt, die betr. Aeußerung des Herrn Günther wegen der leisen Sprechweise desselben nicht verstanden zu haben und ersucht Vekteren um Wiederholung seiner Worte.

Herr Günther bedauert, daß der Herr Oberbürgermeister sich durch seine Worte verletzt fühle, da er durchaus nicht habe verletzen wollen. Er selbst sei, wie aus seinen Worten hervorgehe, durch die Antwort des Herrn Oberbürgermeisters befriedigt gewesen und er habe nur Zweifel ausgesprochen, ob auch die Personen, welche ihm die betr. Angaben mit solcher Bestimmtheit gemacht haben, sich beruhigt fühlen werden.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß die so erläuterten Worte des Herrn Günther keine Veranlassung zum Einschreiten des Vorsitzenden geben.

Herr Reiche bemerkt, daß sich die Aeußerungen des Herrn Günther nur auf die Schüler der höheren Herzoglichen Lehranstalten beziehen, da er aus Erfahrung mittheilen könne, daß die Kinder von Eltern, welche auf Lehdorfer und Delper Feldmark wohnen, aus den hiesigen Gemeindegemeinschaften fortgewiesen seien, sobald sich die Schulclassen zu sehr gefüllt haben.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

VIII. Verwilligung eines Darlehens zu Zwecken des Central-Friedhofes.

Auf Beschluß der Versammlung vom 10. März 1887 ist dem Kirchencassen-Collegium zur Bestreitung der auf 400 000 M veranschlagt gewesenen Kosten der Bebauung und ersten Einrichtung des Central-Friedhofes ein Darlehn von 240 000 M aus der Stadtcasse gegen Uebernahme der Verpflichtung gewährt, dieses Darlehn aus der Gemeinde-Kirchencasse mit jährlich 4 % vom 1. Juli 1887 an gerechnet zu verzinsen und mit jährlich $1\frac{1}{2}$ % und den ersparten Zinsen vom 1. Juli 1890 ab zu tilgen.

Die Schlußrechnung über Einnahme und Ausgabe des betr. Baufonds hat nun eine Ueberschreitung des Anschlages um 69 594,20 M ergeben, in welcher Summe übrigens ein Betrag von 11 139,90 M für die im Voranschlage nicht vorgesehene und erst nachträglich beschlossene Einrichtung der Kunstgärtnerei des Central-Friedhofes enthalten ist. Das Kirchencassen-Collegium beantragt, ihm auf den Credit der Gemeine-Kirchencasse die von der Stadtcasse vorgeschossene Summe von 60 000 M als ein vom 1. Januar 1890 mit jährlich 4 % zu verzinsendes und vom 1. Januar 1891 mit jährlich mindestens $\frac{1}{2}$ % und den ersparten Zinsen zu tilgendes Darlehn zu belassen und ferner zu gestatten, daß der Beginn der Tilgung des früheren Darlehns auf den 1. Januar f. Js. hinausgeschoben werde.

Der Magistrat giebt anheim, diese Anträge zu genehmigen, was auch geschieht, nachdem Herr Schwarzenberg namens der Statutencommission die Annahme befürwortet hatte.

IX. Stadtseitige Uebernahme der Sophienstraße.

Die Uebernahme der noch im Privatbesitze befindlichen Sophienstraße erscheint geboten, da dieselbe fast gänzlich bebaut ist, der Verkehr auf ihr von Jahr zu Jahr, insbesondere seit Erbauung der Brücke an der Ferdinandstraße zugenommen hat und die Canalisation der Straße zur Beschaffung der Vorfluth für die Juliusstraße u. erforderlich erscheint. Die jetzigen Eigenthümer der Straße können aus verschiedenen Gründen zur nochmaligen Befestigung derselben nicht angehalten werden, die Versammlung wird daher ersucht, sich mit der unentgeltlichen Uebernahme der Sophienstraße als städtische Straße einverstanden zu erklären und die Kosten der Instandsetzung, welche einschließlich des nördlichen Theiles der Cammannstraße 10 600 M betragen, zu verwilligen.

Die Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, hat gegen die Vorlage Einwendungen nicht zu erheben, wenn auch die zu 500 M veranschlagten Kosten für Reinigung der Straßen vor der Aufbringung des Steinschlages zu hoch erscheinen und wohl noch eine Ermäßigung erfahren werden. Die Commission müsse übrigens derartige Kostenanschläge blindlings befürworten, weil ihr jedwede Unterlage fehle, welche eine Kritik erlaube. Bei dieser Gelegenheit wolle er noch einmal die schon früher kundgegebenen Wünsche auf Einführung einer von der Bauführung unabhängigen Revisionsinstanz und auf Anlage eines Bauhofes in Anregung bringen. Bei den Kostenanschlägen könnten in Nebenpositionen auch die Ansätze mitgetheilt werden, welche für ähnliche Bauten verausgabt worden. Unter Hervorhebung dieser Wünsche empfehle er, die Zustimmung zu der Vorlage auszusprechen.

Herr Stadtrath Kete meyer kann bezüglich der Kosten für Abschleppung der Straßen mittheilen, daß die Städtische Bauverwaltung meine, mit dem veranschlagten Betrage nicht einmal auszukommen, weil die Straße in Folge der starken

Benutzung eine so große Dreckschicht habe, daß der Dreck fuderweise abgefahren werden müsse. Die Sache wegen der Revisionsinstanz sei s. B. der Städtischen Bauverwaltung zugesandt, ein Bericht darauf aber noch nicht eingegangen. Die nachrichtliche Mittheilung der Ausgaben für frühere ähnliche Arbeiten halte er um deshalb nicht für praktisch, weil beispielsweise in den letzten beiden Jahren die Ansätze für Löhne und Material so erheblich gestiegen seien, daß man durchaus keinen Anhalt an solchen Zahlen mehr habe. Die Frage wegen der Einrichtung eines Bauhofes sei magistratsseitig geprüft und dieserhalb seiner Erinnerung nach auch schon ein Schreiben an die Versammlung gerichtet. Unter den verschiedenen Vorschlägen habe man noch nichts passendes gefunden, jedoch sei die Idee vom Magistrate nicht aufgegeben und trage man sich mit der Hoffnung, bei den verschiedenen Terrainregulirungen vielleicht einen Platz zu finden.

Herr Nieß wünscht nur die Gegenüberstellung der Kosten einer wirklichen Ausführung, um gewisse Anhaltspunkte bei der Beurtheilung der vorgelegten Kostenanschläge zu erhalten.

Die Vorlage gelangt sodann zur Annahme.

X. Wahl zweier Stadtverordneten zum Städtetage.

Wie Herr Schwarzenberg namens der Statutencommission berichtet, sind für den diesjährigen, nach einer Mittheilung des Stadt-Magistrats am 13. und 14. Juni in Schöningen stattfindenden Braunschweigischen Städtetag zwei Stadtverordnete als Delegirte zu wählen und werden hierzu commissionsseitig die Herren Wolff I und Lange in Vorschlag gebracht.

Herr Wolff I bittet von seiner Wahl Abstand zu nehmen, da ihn geschäftliche Verhältnisse veranlassen, gerade während der bezeichneten Tage am Orte zu bleiben. Er schlage an seiner Stelle Herrn Lüderßen vor.

Herr Günther steht den Städtetagen nicht sympathisch gegenüber, weil durch dieselben doch nichts für die städtische Verwaltung gefördert werde. Wünschen möchte er, daß den Stadtverordneten wenigstens die Protocolle über die dort stattgehabten Verhandlungen zugestellt werden, denn über den hier am Orte abgehaltenen Städtetag habe er noch kein Protocoll gesehen.

Nachdem der Herr Vorsitzende darauf erwidert hatte, daß die fraglichen Protocolle hier in der Versammlung vertheilt seien,

werden die Herren Lange und Lüderßen zu Delegirten gewählt.

XI. Legung eines Wasserrohrs im Riddagshäuserwege und Hopfengarten.

Auf Veranlassung eines entsprechenden Gesuches einer größeren Zahl von Anwohnern des Hopfengartens und des Riddagshäuserweges hat die Deputation für

die städtischen Gas- und Wasserwerke beantragt, diese beiden Straßen mit einem Wasserrohre zu belegen und giebt der Magistrat anheim, diesem Antrage, unter Bewilligung der Kosten im Betrage von 6225,90 M., Folge zu geben.

Herr Sievers empfiehlt namens der Finanzcommission, den Antrag zu genehmigen.

Auf die Frage des Herrn Blasius, ob dort schon ein Abwässer canal liege, erwidert

Herr Stadtrath Netemeyer, daß derselbe gleichzeitig mit dem Wasserrohre gelegt werden solle,

worauf der Vorlage zugestimmt wird.

XII. Erwerb von Straßenflächen an der verlängerten Gasanenstraße.

Der Maurermeister Wedler bezw. die Wittve Thate haben sich zum Zwecke der Errichtung eines Wohnhauses auf ihrem an der projectirten verlängerten Gasanenstraße belegenen Grundstücke bereit erklärt, die zur Herstellung der fraglichen Straße erforderliche Fläche von 3 a 17 qm der Stadt zum Preise von 15 M pro qm abzutreten und ersucht der Magistrat um Genehmigung des dieserhalb aufgenommenen Vertrages.

Die Statutencommission hat, wie Herr Halle mittheilt, nichts dagegen einzuwenden und empfiehlt, dem Antrage zuzustimmen,

was seitens der Versammlung geschieht.

XIII. Vermehrung der Straßenlaternen.

Behufs Erweiterung des Straßenbeleuchtungsnetzes hat die Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke eine Revision vorgenommen und für erforderlich erachtet, insgesammt 121 Laternen neu aufzustellen und zwar: 2 große Candelaber mit je einem dreiflammigen Intensivbrenner, 76 Gasandelaber, 16 Gaswandlaternen, 26 Petroleumcandelaber und 1 Petroleumwandlaterne, wobei 1588 m Gasröhren zu legen und 18 Laternen zu versehen sind. — Die Aufstellung von 8 Gasandelabern auf dem Bohlwege, sowie die Verziehung von 2 Laternen daselbst hält der Magistrat nicht für dringlich, ist vielmehr der Ansicht, daß solches vorläufig noch unterbleiben könne, da durch die auf dem Gitter am Schloßplatz befindliche größere Anzahl von Laternen und durch die Erleuchtung der Läden in den gegenüberliegenden Häusern ausreichende Helligkeit bis zu einer vorgerückten Abendstunde verbreitet werde. Ebenso wird die Aufstellung des Candelabers westlich vom Pferdebahngleise auf dem Kohlmarke noch unterbleiben können, da nach dem Dafürhalten des Magistrats ein dringendes Bedürfnis hierzu nicht vorhanden zu sein scheine. Im Uebrigen schließt sich Letzterer den Vorschlägen der Deputation an und beantragt, im Einverständnisse mit der Herzoglichen Polizei-Direction, zu

genehmigen, daß 112 Laternen und zwar 1 großer Candelaber, 68 Gasandelaber, 16 Gaswandlaternen, 26 Petroleumcandelaber und 1 Petroleumwandlaternen neu aufgestellt, sowie 16 Laternen ersetzt und die anschlagsmäßig dafür erforderlichen Einrichtungskosten mit 21 812,20 M verwendet werden.

Die Finanzcommission schließt sich dem Magistratsantrage nach dem Berichte des Herrn Sievers in allen Punkten an.

Herr Günther wünscht die einseitige Beleuchtung der Helmstedterstraße beseitigt zu sehen, da jetzt auch die andere Seite bis zum Marienstifte hin bebaut sei.

Herr Natalis empfiehlt, im Eingange der Kastanienallee zwischen der ersten und zweiten Laterne noch einen Candelaber anzubringen, weil der Abstand der beiden Laternen ein zu großer sei und auch die Bäume zur Verdunkelung der Straße ganz wesentlich beitragen.

Herr Stadtrath Haake bittet, keine bestimmten Anträge auf Erweiterung des Laternennetzes zu stellen, weil solche Anträge erst einer eingehenden Prüfung zu unterziehen seien, worauf

der Herr Vorsitzende anheim giebt, die in Anregung zu bringenden Ergänzungen in die Form eines Wunsches zu kleiden.

Herr Lange möchte den Wunsch aussprechen, für die Helenestraße noch 4 Petroleumlaternen zu bewilligen, weil dieselbe jetzt des Abends ganz finster sei, nachdem die Landeseisenbahn ihre Laternen in Folge der Aufhebung des Durchganges dort wieder fortgenommen habe.

Herr Nieß will die Aufmerksamkeit auf den Platz vor dem Jasper'schen Hause an der Petrihorpromenade lenken, woselbst in der Dunkelheit schon verschiedene Personen an den kleinen, die Rasenplätze einfriedigenden, eisernen Gittern zu Fall gekommen seien.

Herr Bollmann hält die Anbringung einer Laterne an der Einmündung des Büllenswegs in den Gaußplatz für angezeigt.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XIV. Ankauf von Waisenhausländerei am Giersberge.

Von den behufs Errichtung eines Casernements am Giersberge an den Reichs-Militair-Fiscus zu Eigenthum abzutretenden Flächen von insgesammt 4 ha 18 a 42 qm befanden sich ursprünglich nur 1 ha 61 a 30 qm im Eigenthum der Stadt, wogegen inzwischen 27 a 66 qm von dem Gärtner Claes angekauft sind und der Rest von 2 ha 29 a 46 qm dem Waisenhause B. M. V. zugehörte. Die letztere Länderei ist vom Magistrate unter den verfassungsmäßigen Vorbehalten zum Ein-

heitspreise von 5 M, also zum Gesamtpreise von 114730 M erworben, wobei vereinbart wurde, daß dieser Kaufpreis der hiesigen Stadt gegen Ausstellung eines Schuldscheines und $3\frac{1}{2}\%$ jährliche Zinsen auf halbjährige Kündigung creditirt werden solle und daß die Stadt dem Waisenhanse das von der fraglichen Länderei erhobene Pachtgeld zu 352 M 5 S pro Jahr von Michaelis 1888 bis zur Auflassung der Länderei an die Stadt zu vergüten, sowie für Geil und Gaare 183 M 57 S und an Wegebau- und Interessenten-Beiträgen 18 M 40 S zu erstatten habe. Nach Lage der Sache und im Hinblick auf die für die Stadt ganz günstigen Kaufbedingungen richtet der Magistrat an die Versammlung das Ersuchen, den fraglichen Ankauf zu genehmigen.

Die Statutencommission kann nach dem Berichte des Herrn Krahe nur empfehlen, die Magistratsvorschläge gutzuheißen, was seitens der Versammlung auch geschieht.

XV. Kosten für die Reconstruction einer Thurmuhre nach Mayrhofer's System.

Die Kosten für die Reconstruction jeder einzelnen Thurmuhre werden — abgesehen von den alten Werken in der Magni- und Catharinenkirche, welche sich zur Aufnahme in die einheitliche Regulirung überhaupt nicht mehr eignen — nach der von der Deutschen Central-Uhren-Gesellschaft gemachten Mittheilung bei jeder Uhr 400—500 M betragen, wenn es nicht gelingen sollte, gewisse Vereinfachungen durchzuführen. Dem Vorschlage dieser Gesellschaft gemäß beantragt der Magistrat, zunächst mit der Regulirung einer, noch näher zu bestimmenden Uhr vorzugehen und zu diesem Zwecke einen Betrag bis zu 550 M zu verwilligen.

Die Vorlage wird angenommen, nachdem sie auch von Herrn Krahe namens der Statutencommission befürwortet war.

XVI. Ausbau der verlängerten Rosenstraße und der Rußbergstraße.

Zwischen dem Maurermeister Koloff und dem Magistrate ist zum Zwecke des Ausbaues der verlängerten Rosenstraße auf der Strecke zwischen Marien- und Hufarenstraße unterm 5. April d. Js. ein Vertrag abgeschlossen, dessen Genehmigung der Magistrat anheimgiebt. Inhaltlich dieses Vertrages verpflichtet sich der Magistrat, den betr. Straßentheil zu einer ihm geeignet erscheinenden Zeit als Ortsstraße auszubauen. Ueber die Art der Straßenbefestigung und insbesondere darüber, ob die Fußwege in der bisher üblichen Weise (Steinschlag mit Grandschüttung) oder mittels Cementplatten, Mosaikepflaster oder dergl. befestigt werden sollen, hat der Magistrat zu bestimmen. Koloff verpflichtet sich, die sämmtlichen durch den Ausbau der Straße erwachsenden Kosten für Terrainerwerb, einschließlich

der Kosten für den Abzugscanal und für Gas- und Wasserröhren zu tragen. Die zur Anlegung der Straße erforderlichen 7,55 a, 4,27 a und 12,87 a großen Flächen der angrenzenden Koloff'schen Grundstücke werden sofort unentgeltlich an die Stadtgemeinde abgetreten.

In Ausführung des obigen Vertrages haben die Anlieger Braun und Nusmeyer ihr zu der verlängerten Rosenstraße erforderliches Terrain in einem Umfange von 8,93 a und bezw. 88 qm der Stadtgemeinde zu einem von dem ic. Koloff zu zahlenden Preise von 7,50 M pro qm überlassen.

Ferner hat sich der Maurermeister Karl Braun vertragsmäßig erboten, die Kosten für den als Ortsstraße auszubauenden Theil der Nußbergstraße auf der Strecke zwischen der Jäger- und der verlängerten Rosenstraße zu tragen; auch haben sich die sämmtlichen Eigenthümer der an der fraglichen Straßenstrecke belegenen Grundstücke verpflichtet, die zur Verbreiterung der Straße erforderlichen Theilflächen der Stadtgemeinde zu dem allerdings recht hohen, aber von ic. Braun genehmigten und zu ersetzenden Einheitspreise von 10 M pro qm zu überlassen.

Der Magistrat ersucht um Bestätigung der hierüber abgeschlossenen Verträge, und läßt die Baucommission dieselben durch Herrn Bültemann in allen Punkten befürworten.

Herr Rieke macht darauf aufmerksam, daß Koloff mit den Käufern seiner an der verlängerten Rosenstraße belegenen Grundstücke ein Abkommen getroffen habe, dahingehend, daß die Käufer die Grundstücke billiger erhalten sollten, sofern der Magistrat nur die Anlegung von grandirten Fußwegen fordere und die städtischen Behörden hiernach ihre Maßnahmen treffen könnten, namentlich wenn berücksichtigt werde, daß Zinkeisen bei seinem Straßenbau über 70 000 M herausgeschlagen habe. Ferner vermisse er in dem Vertrage mit Braun wegen Herstellung der Nußbergstraße eine Bestimmung, nach welcher derselbe zum Bau eines bis zum kleinen Holze fortzuführenden Canals verpflichtet werde.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß ein Canal von der Rosen- nach der Nußbergstraße auf Kosten von Koloff und ein anderer auf der Nußbergstraße zwischen Rosen- und Jägerstraße auf Kosten von Braun angelegt werde.

Die gesammten drei Vorlagen werden sodann genehmigt.

XVII. Neubau und Verpachtung der städtischen Badeanstalt.

Im Verfolg des Beschlusses der Versammlung vom 30. December v. Js. (Seite 300 des Prot.) hat der Magistrat durch die Städtische Bauverwaltung ein anderweites Project für die Errichtung einer städtischen Badeanstalt ausarbeiten lassen, dessen Ausführung sich auf 63 000 M stellt. Für die Erneuerung der jetzigen, ab-

gänglich gewordenen Fußgängerbrücke ist wiederum der Betrag von 4950 M., wie im ersten Projecte, ausgeworfen, weil dieselbe zufolge Anordnung des Kreisbauinspectors 2½ m über dem gewöhnlichen Wasserpiegel liegen soll und deshalb entsprechend länger herzustellen ist. Aus diesem Grunde ist die von der Versammlung bereits genehmigte Erneuerung der Brücke einstweilen nicht in Angriff genommen. Der Magistrat hat auch Bedenken tragen müssen, die Ausführung des Hauptprojectes derart zu betreiben, daß die Erneuerung der Buden zc. noch in diesem Frühjahr hätte erfolgen können, weil die Städtische Bauverwaltung sich auf bezügliche Eröffnung dahin äußerte, daß bei einer so beschleunigten Ausführung der Arbeiten diese nicht nur erheblich theurer zu stehen kommen, sondern voraussichtlich auch nicht so solide ausgeführt werden würden, nach Eröffnung des Betriebes aber die Erneuerung der Buden auf dem östlichen Flußufer nicht wohl erfolgen könne. Nur die auf dem westlichen Flußufer projectirten Zellen für Nichtschwimmer, sowie die unterhalb der jetzigen vorgesehene neue Fußgängerbrücke würden auch während des Betriebes der Anstalt hergerichtet werden können, wogegen die Erneuerung und Umgestaltung des übrigen Theiles der Anstalt bis zum Herbst verschoben werden müsse.

Unter diesen Umständen ist eine nochmalige Verpachtung der Anstalt in ihrer jetzigen Beschaffenheit für den bevorstehenden Sommer nicht zu umgehen. Der bisherige Pächter Sauerbier hat sich wiederum zur Uebernahme der Anstalt erboten, auch zur Zahlung eines Pachtgeldes von 2100 M. und zur Ausführung der unumgänglich nöthigen Reparaturen auf seine Kosten, sowie zur unentgeltlichen Beaufsichtigung der Freibadeanstalt bereit erklärt.

Demnach ersucht der Magistrat,

- 1) für die Ausführung des beschriebenen Projectes — einschließlich der für die Erneuerung der Brücke bereits bewilligten 3900 M. die Summe von 63 000 M. vorbehaltlich der Deckungsfrage zu verwilligen,

und

- 2) zu genehmigen, daß dem Bademeister Ludwig Sauerbier für den bevorstehenden Sommer unter den besonders festgesetzten Bedingungen die städtische Badeanstalt verpachtet und die Beaufsichtigung der Freibadeanstalt übertragen werde.

Namens der Finanzcommission kann Herr Sievers die unveränderte Annahme dieser Vorlage nur empfehlen und es mit Freude begrüßen, daß der Plan in solcher Weise zur Ausführung komme. Die in der Commission zuerst gehegten Bedenken, daß eine Cementbedachung der Buden für einen Holzbau zu schwer sein möchte, seien von der Städtischen Bauverwaltung vollständig beseitigt, indem von

dieser angeführt worden, daß eine durch die Cementbedachung eingetretene Beschädigung der Buden nur in der schlechten Bauart derselben, oder in der falschen Construction des Daches gelegen haben könne, daß aber andererseits die höheren Kosten der Cementbedachung gegenüber der Bedeckung mit Dachpappe sich wegen der fortfallenden Reparaturen bald wieder bezahlt machen.

Herr Günther will zunächst hervorheben, daß es der Stadt an Geld nicht fehle, wenn etwas für die bessere Gesellschaft geschaffen werden solle; er wolle aber trotzdem für die Bewilligung der geforderten Kosten stimmen. Während nun in der letzten Sitzung die Wirkung der Douche als in gesundheitlicher Beziehung so wohlthätig hervorgehoben sei, beabsichtige man, auf der neuen Badeanstalt die Douche zu beseitigen; er beantrage daher, daß sowohl hier, als auch auf der Freibadeanstalt eine solche angelegt werde. Dann wünsche er, daß man auf beiden Anstalten eine Ausbaggerung der Oter vornehme, weil auf der Freibadeanstalt wegen der geringen Tiefe schon Unglücksfälle, bezw. Verletzungen bei dem sogenannten Kopfsprunge vorgekommen seien. Endlich halte er es für zweckmäßig, wenn die Brücke der Badeanstalt dem freien Verkehre übergeben werde, weil eine directe Verbindung zwischen dem Augustthorviertel und dem neuen Stadtparke früher oder später doch geschaffen werden müsse. Wenn man sich vielleicht daran stoße, daß die Vorübergehenden einen Blick in die Badeanstalt werfen könnten, so sei dieser Grund nicht stichhaltig, denn es wisse Jeder, daß dort gebadet werde; andererseits werde hierdurch auch die Sittlichkeit nicht verletzt, wenn nur die Badenden dem auf der Freibadeanstalt mit Strenge zur Durchführung kommenden Badereglement folgen und nicht ohne Hose baden wollten, was namentlich in den Morgenstunden oft geschehe.

Herr Stadtrath Netemeyer hält die Einrichtung von Douchen nicht für unumgänglich nöthig, wenn sich über deren Zweckmäßigkeit auch wohl streiten lasse. Sollte sich indessen thatsächlich ein Bedürfniß zur Anlegung von Douchen herausstellen, so könnte ein Faß an einem erhöhten Platze aufgestellt werden, welches dann vollzupumpen sei. Eine Ausbaggerung der Oter sei nur innerhalb des Bassins vorgesehen, während ihm nicht bekannt geworden, daß eine solche auch auf der Freibadeanstalt vorgenommen werden müsse, denn die dort vorgekommene Verletzung sei auf den Umstand zurückzuführen, daß man das Sprungbrett ursprünglich nicht an der richtigen Stelle angelegt habe, welchem Fehler sofort abgeholfen sei. Man vermöge natürlich die Oter nicht überall so tief auszubaggern, daß an jeder Stelle der Badeanstalt ein Hochsprung, welchen er schließlich mehr als eine Spielerei ansehe, ausgeführt werden könne. Die Freigebung der Brücke halte er im Interesse der Sittlichkeit nicht für thünlich, es könnte eine solche Verbindung zweckmäßiger an anderer Stelle vorgesehen werden. Gegenüber der Aeußerung des Herrn Günther, daß sofort Geld vorhanden sei, wenn es sich um Aufwendungen für die bessere

Gesellschaft handle, weise er auf die Vorlage selbst hin, in welcher die Deckungsfrage offen gelassen sei, weil voraussichtlich nichts anderes übrig bleiben werde, als einen entsprechenden Betrag vom Vermögen der Stadt zu versilbern. Im Uebrigen stehe er, wahrscheinlich mit der Versammlung auf dem Standpunkte, daß die Stadt für eine derartige Anstalt, welche jährlich einige Tausend Mark einbringe, immerhin etwas tiefer in den Geldbeutel greifen könne, selbst wenn sie für die besseren Bürger bestimmt sei. Dagegen erscheine es ihm bedenklich, nach dem Wunsche des Herrn Günther ein großes Bad zu bauen und dessen Benutzung Jedermann freizugeben. Bedauern müsse er auch, daß Herr Günther selbst bei den unschuldigsten Vorlagen fortwährend die Gegensätze der Bevölkerung hervorhebe. (Zustimmung.)

Herr Reiche will in Betreff der Douche mittheilen, daß Gellertshof früher eine solche angelegt und sie wegen mangelnder Benutzung wieder abgebrochen habe.

Herr Blasius begrüßt die Vorlage mit Freuden, muß aber seinem Erstaunen Ausdruck geben, daß die Einrichtung einer Douche nicht beantragt worden. In sämmtlichen von ihm besuchten auswärtigen Badeanstalten habe er eine solche vorgefunden und möchte deren Einrichtung auch hier wünschen. Die Kosten derselben könnten gar nicht so groß sein, um besonders ins Gewicht zu fallen, denn es genüge schon ein einfaches Rohr, aus welchem der Badegast das Wasser herauspumpe und über sich laufen lasse. Er stimme deshalb Herrn Günther bei, daß auch die Freibadeanstalt eine Douche erhalte. Die von Gellertshof früher eingerichtete Douche habe man ihrer unzureichenden Anlage wegen nicht benutzen mögen. Eine Douche wirke insofern angenehm auf den Körper, als derselbe durch die raschere Verdunstung des Wassers eine stärkere Abkühlung erhalte, als wenn man bade.

Herr Günther führt die geringe Benutzung der Gellertshof'schen Douche auf den ungemüthlichen Raum und das meistens schmutzige Wasser derselben zurück. Hinsichtlich der von ihm in der vorigen Sitzung befürworteten Anlage einer größeren Volks-Badeanstalt habe er Herrn Stadtrath Ketemeyer gegenüber zu berichtigen, daß er nicht die freie Benutzung derselben, sondern die Zahlung eines Beitrages von 10—20 \mathcal{M} in Vorschlag gebracht habe. Mit einem solchen Beitrage lassen sich seiner Meinung nach die Verwaltungs- und Tilgungskosten recht gut heraus schlagen. Demnach könnte für die unteren Klassen, welche als der größere Theil der Bevölkerung einen Anspruch darauf haben, in dieser Beziehung auch etwas geschehen, zumal dieselben zum Steuersäckel ihren Theil ebenfalls beizutragen haben. Wenn hier 63 000 \mathcal{M} für den kleineren Theil der Bevölkerung bewilligt werden, dürfte man auch einmal 200 000 \mathcal{M} für den größeren Theil derselben nicht scheuen.

Herr Blasius will den Antrag stellen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine Douche mit angelegt werden könne.

Herr Lange hält es für eine Unmöglichkeit, daß sich ein größeres, nach den Wünschen des Herrn Günther ausgeführtes Bad mit einem Eintrittsgelde von 10—20 \mathcal{M} rentire. Beispielsweise koste in Hannover ein Wannenbad 75 \mathcal{M} und ein Schwimmbad 40 \mathcal{M} , mit welchen Beträgen sich allerdings auskommen lasse.

Herr Sievers ist mit dem Antrage auf Herrichtung einer Douche einverstanden, zumal der Magistrat schon in der Commissionsitzung erklärt habe, daß sich solche leicht herstellen lasse, wenn die Versammlung darauf Werth lege.

Herr Rieß will sich gegen den Theil der Günther'schen Ausführungen wenden, in welchem behauptet worden, daß in diesem Augenblicke hier die bedeutende Summe von 63 000 \mathcal{M} für ungefähr 20 % der Bevölkerung bewilligt werden solle, während für 80 % derselben die von Herrn Günther in der vorigen Sitzung beantragte Summe nicht übrig gewesen sei, trotzdem die Nothwendigkeit dieser Bewilligung nachgewiesen worden und von den Steuern der 80 % der städtische Steuerfädel gefüllt werde. Gegen solche Ausführungen müsse er Verwahrung einlegen und auch Herrn Stadtrath Ketemeyer beistimmen, daß Herr Günther in die sachlichsten Dinge immer die socialen Gegensätze hineintrage. Es scheine hierbei Herrn Günther weniger auf die Sache, als darauf anzukommen, seine Redensarten anzubringen. Die Städteordnung scheide die Steuerzahler in drei Classen, von denen jede Classe annähernd einen gleichen Steuerbetrag aufzubringen habe. Um nun solchen Redensarten ein Ende zu machen, möchte er dem Magistrate anheingeben, einmal feststellen zu lassen, wie viel von dem Steueraufkommen der dritten Classe für die Bedürfnisse der Stadt übrig bleibe, wenn die Kosten der Schulen abgesetzt seien.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß er annehme, der in Beziehung auf Aeußerungen eines Mitgliedes dieser Versammlung gebrauchte Ausdruck „Redensarten“ solle nur eine Kritik der betr. Auslassungen, keine persönliche Verleumdung enthalten, welche Auffassung von

Herrn Rieß bestätigt wird.

Herr Günther möchte noch mittheilen, daß beispielsweise in Wolfenbüttel eine von dem Bademeister auf eigene Kosten eingerichtete Douche, bei welcher das Wasser von oben, unten und der Seite komme, sehr viel benutzt werde. Durch die Aeußerungen des Herrn Rieß habe er sich in keiner Weise verletzt gefühlt, selbst wenn solches beabsichtigt gewesen sein sollte; er habe keine Nebenabsichten mit seinen Aeußerungen verfolgt, sondern er wolle einzig und allein der Sache dienen, für die er im vorliegenden Falle besonders warm fühle. Wenn Herr Rieß eine Idee von National-Deconomie hätte, müßte er wissen, daß die hohen Einkommen und damit auch die hohen Steuern erst aus der großen Masse herausgekommen seien, denn wenn heute Jemand ein Einkommen von 120 000 \mathcal{M} besitze, so stehe es fest, daß dasselbe nicht von seiner Hände Arbeit herrühre, sondern aus der großen Masse

herausgezogen sei. Zweckmäßig dürfte es sein, wenn Herr Nieß sich etwas mehr um National-Deconomie bekümmerte, dann würde er schon dahinter kommen.

Herr Nieß erwidert, daß Herr Günther wieder einmal umschrieben erklärt habe, wer etwas besitze, habe es gestohlen. Im Uebrigen verzichte er auf Herrn Günthers national-öconomische Kenntnisse, denn so viel er gebrauche, besitze er schon und könne Herr Günther seine Weisheit getrost für sich behalten.

Die gesammte Magistratsvorlage wird sodann mit dem Zusatzantrage des Herrn Blasius angenommen.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

XVIII. Erstattung von Canalbaukosten.

Der Magistrat beantragt, die dem Rudolfsstifte erwachsenen Kosten für den in der Hennebergstraße angelegten Canal mit 1299,34 M zurückzuerstatten, nachdem bereits 5 Grundstücke in den fraglichen Canal entwässern.

Dem Antrage wird stattgegeben, nachdem Herr Seele denselben namens der Finanzcommission befürwortet hatte.

XIX. Verpachtung des Schulkellers am Prinzenwege.

Der zwischen dem Stadt-Magistrate und der Wittve des Kaufmanns Hartmann unterm 16./27. Mai 1884 wegen Vermiethung der Kellerräume unter dem Schulgebäude am Prinzenwege abgeschlossene und bereits am 31. März 1889 abgelaufene Vertrag ist versehentlich nicht erneuert, wenn auch stillschweigend fortgesetzt worden. Der jetzige Inhaber des Hartmann'schen Geschäftes, Kaufmann Pflugmacher, hat gebeten, ihm die fraglichen Kellerräume unter den bisherigen Bedingungen und mit dem Vorbehalte, daß der Stadt das Recht der halbjährigen Kündigung zustehen soll, bis zum 31. März 1895 zu vermieten. Der Magistrat giebt anheim, diese Vermiethung für den Betrag von 500 M jährlich gutzuheißen, was auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche wiederum Herr Seele berichtet, auch geschieht.

XX. Erwerb von Straßenflächen an der Zimmerstraße, bezw. dem Langencampe.

Nachdem die Zimmerstraße ausgebaut ist, erscheint es wünschenswerth, auch den zwischen dieser und der Gliesmaroderstraße belegenen Theil des Langencampes als Ortsstraße auszubauen. Der Magistrat beabsichtigt, die hierzu erforderliche, zu 3500 M veranschlagte Summe in den nächstjährigen Wegebaucassenetat einzustellen. Zu diesem Ausbau ist der stadtseitige Erwerb von 50 qm Terrain erforderlich.

Hiervon will der Mauermeister Evers 37 qm und der Gärtner Wolters 13 qm abtreten. Das Ersuchen des Magistrats geht dahin, ihm die Ermächtigung zum Ankaufe dieser beiden Flächen unter Bewilligung von 361 M für dieselben zu ertheilen.

Die Statutencommission läßt die Vorlage durch Herrn Halle zur Genehmigung empfehlen,

worauf dieselbe angenommen wird, nachdem

Herr Blajius noch dem Wunsche Ausdruck gegeben hatte, daß die Sprengwagen auch diese Wegestrecke mit befahren möchten.

XXI. Einrichtung einer Parallelcasse in der städtischen Mädchenschule.

Es hat sich das Bedürfniß zur Einrichtung einer Parallelcasse der untersten (VIII.) Classe der städtischen Mädchenschule herausgestellt; der Magistrat ersucht daher, die Mittel zur Besoldung einer am 15. April d. Js. vorläufig bereits angetretenen Lehrerin in provisorischer Stellung mit 675 M für das laufende Jahr zu gewähren.

Die Schulcommission läßt den Antrag durch Herrn Schwarzenberg befürworten

und beschließt die Versammlung demgemäß.

Die öffentliche Sitzung wird damit geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wird zunächst Eisenbahn-Bureau-Assistent Ruthe in seinem Amte als Protocollführer der Versammlung bestätigt, darauf die Aenderung eines Hypothek-Darlehens-Contractes, sowie das Pensionierungsgeſuch der Lehrerin, Fräulein Hermine Fuhrmeister, genehmigt, sodann das Verzeichniß V von Steuerreclamationen für 1889 nach den Beschlüssen der Commissionen erledigt, die Neuwahl der Herren Kaufmann Oppermann und A. H. Lühr an Stelle der Herren Alb. Fricke und Karl Parz zu Armenpflegern vorgenommen und schließlich das Beschäftigungsgeſuch des verunglückten Arbeiters Jsenſee dem Magistrate zur ressortmäßigen Erledigung überwiesen.

Schluß gegen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 13. Mai 1890.

Öffentlich:

- | | | |
|-------|--|------------|
| I. | Erhöhung der Beihilfe für das germanische Museum in Nürnberg . . . | Seite 136. |
| II. | Zwangsenteignung an der Lampestraße und Wendenmaischtwete . . . | " 136. |
| III. | Erwerb einer Fläche an der Autorstraße . . . | " 136. |
| IV. | Anderweites Zahlungsabkommen mit dem Reichs-Militair-Fiscus . . . | " 137. |
| V. | Errichtung eines Neubaus an der Kl. Döringstraße . . . | " 138. |
| VI. | Canalisierung der Mönchstraße . . . | " 138. |
| VII. | Ausfüllung des Platzes zwischen Amalienstraße und Neustadtring . . . | " 138. |
| VIII. | Aufnahme einer Klage wegen Erstattung von Begräbniskosten . . . | " 140. |
| IX. | Besteuerung der Versicherungs-Gesellschaften . . . | " 140. |
| X. | Anstellung einer Klage auf Erstattung von Krankengeld . . . | " 140. |
| XI. | Verkauf von Grundstücken am Altwiekeringe und Nachverwilligung von
Straßenbaukosten . . . | " 141. |
| XII. | Selbstständiger Antrag des Herrn Gütther auf Aenderung der Ge-
schäftsordnung . . . | " 142. |
| XIII. | Anfrage des Herrn Kieß wegen Errichtung städtischer Sparcassen . . . | " 143. |
| XIV. | Selbstständiger Antrag der Herren Kieß, Lange und Ding auf In-
standsetzung der Kleinen Döringstraße . . . | " 143. |
| XV. | Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Freigabe des Verkehrs
über die Brücke an der Reinigungsstation . . . | " 144. |

Vertraulich:

- | | |
|--|--------|
| Pensionirung des Bürgermeisters Rittmeyer . . . | " 145. |
| Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes der Baucommission und des
Stadtbauamtes . . . | " 145. |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Poßels und Stadträthe Haake, Metemeyer und Heymann.

Entschuldigt die Herren Buchler, Lüderßen, Reiche, Reuter, Rietz und Schwarzenberg; später erscheint Herr Wolff II.

Nach Eröffnung der Sitzung und Genehmigung des Protocollés *N. 4* tritt die Versammlung unter dem Vorsitze des Herrn Semler in die Verathung der Tagesordnung ein.

I. Erhöhung der Beihülfe für das germanische Museum in Nürnberg.

Das Directorium des germanischen National-Museums in Nürnberg hat gebeten, den seit dem Jahre 1861 stadtseitig bewilligten Zuschuß von jährlich 30 *M.*, Entsprechend dem Vorgehen einer größeren Zahl anderer deutschen Städte, sowie mit Rücksicht auf die überaus große Concurrenz von außerdeutschen Unternehmungen und Privatsammlern zu erhöhen und beantragt der Magistrat, diesen Zuschuß vom 1. Januar 1891 ab auf jährlich 100 *M.* festzusetzen.

Herr Krahe giebt namens der Statutencommission die Genehmigung dieses Antrages anheim, da das Museum eine eigenartige, der Unterstützung jedes Deutschen werthe Schöpfung sei,

und beschließt die Versammlung nach dem Antrage.

II. Zwangsenteignung an der Lampestraße und Wendenmäschtwete.

Zum Zwecke der Verbreiterung der Lampestraße und der Wendenmäschtwete sind von dem an der Ecke der Hamburger- und Lampestraße belegenen Hoppmann'schen, sowie von dem Grundstücke des Klempnermeisters Henne stadtseitig auf Kosten des Bauunternehmers Bannow Theilflächen von 15 a 55 qm bezw. 2 a 80 qm anzukaufen. Da eine gütliche Vereinbarung mit den Besitzern der Grundstücke nicht hat erzielt werden können, so beantragt der Magistrat, ihn zur Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens zu ermächtigen,

was geschieht, nachdem Herr Halle namens der Statutencommission den Antrag unterstützt hatte.

III. Erwerb einer Fläche an der Autorstraße.

Der Bauunternehmer Kohlberg ist bereit, eine 7 qm große, am östlichen Ende der Autorstraße belegene Straßenfläche zum Einheitspreise von 6 *M.* an die Stadtgemeinde abzutreten und ersucht der Magistrat, den Ankauf zu genehmigen.

Die Statutencommission hat hiergegen nach dem Berichte des Herrn Halle nichts einzuwenden und empfiehlt die Annahme des Antrages, welche darauf von der Versammlung beschlossen wird.

IV. Anderweites Zahlungsabkommen mit dem Reichs-Militair-Fiscus.

Da der Reichs-Militair-Stat für das Rechnungsjahr 1890/91 keine Geldmittel zu dem Casernements-Neubau auf dem Giersberge zur Verfügung stellt, so hat die Königliche Garnison-Verwaltung hieselbst ersucht, ihr außer den für 1889/90 von der Stadt zur Verfügung gestellten 300 000 M noch 24 000 M von der am 1. April 1891 fälligen Restsumme zu 250 000 M nach dem 1. October d. Js. zu zahlen, damit dem begonnenen Baue genügender Fortgang verschafft werden könne. Der Magistrat hat inzwischen um Auskunft darüber ersucht, zu welchem Zeitpunkte auf die contractlich verheißene Ueberweisung der Ställe *N.* 4 und 5 am Sandwege an die hiesige Stadt zu rechnen sein werde, da derselben an der baldigen Verfügung über diese Tauschobjecte zur Ausgleichung des Zinsverlustes, welchen die Stadt bei vorzeitiger Zahlung der 24 000 M erleiden werde, gelegen sein müsse, worauf erwidert worden ist, daß der Zeitpunkt der Uebergabe sich zwar nicht mit Bestimmtheit angeben lasse, daß aber auf möglichste Förderung dieser Angelegenheit Bedacht genommen werden solle. Da nun von den bis Ende März d. Js. fällig gewesen 300 000 M bis dahin nur 190 000 M gezahlt sind und demnach die Stadt sich zur Zeit noch im Zinsgenusse von 110 000 M befindet, welcher Betrag bis zum 1. October d. Js. in Raten von 20 000 M angefordert werden wird, so kann im Allgemeinen von einem Zinsverluste für die frühestens 6 Monate eher einzuzahlenden 24 000 M nicht wohl die Rede sein. In Anbetracht dessen, daß bei Ablehnung des Antrages der fragliche Bau unterbrochen, damit aber auch der Zeitpunkt der Uebergabe der militairfiscalischen Grundstücke an die Stadt zum Nachtheile derselben verzögert werden könnte, giebt der Magistrat anheim, die frühere Zahlung der 24 000 M gutzuheißen.

Die Statutencommission findet, wie Herr Krahe mittheilt, in dieser veränderten Zahlungsweise keinen Nachtheil für die Stadt und empfiehlt daher die Annahme der Magistratsvorlage.

Herr Halle glaubt, daß die Militair-Verwaltung der Stadt selbst angeboten habe, die Abfindungssumme in Theilbeträgen abfordern zu wollen und fragt an, ob nicht der Militair-Fiscus contractlich verpflichtet sei, zum 1. October 1890 einen Theil der Husarenställe der Stadt zu überweisen.

Herr Krahe verneint diese Frage und bemerkt weiter, daß bei der Ablehnung der Vorlage der Bau theilweise sistirt werden müsse, woraus folge, daß die Stadt zu ihrem eigenen Nachtheile viel später in den Besitz der Tauschobjecte gelangen werde.

Herr Oberbürgermeister Bockels kann sich den Mangel an bezüglichen Mitteln im Reichsstat nur dadurch erklären, daß das Kriegsministerium versäumt habe, solche beim Reichstage anzufordern. Nach dem Contracte sei vereinbart, daß die

Stadt im ersten Baujahre 300 000 M zu zahlen habe, worauf der Reichs-Militair-Fiscus die Kosten des Casernements so weit übernehmen müsse, daß anschlagsmäßig ein von der Stadt im Rechnungsjahre 1891/92 zu zahlender Rest von 250 000 M verbleibe. Der zur Fertigstellung des gesammten Etablissements zuerst angenommene Zeitpunkt (Oftern 1892) werde sich allerdings etwas verschieben. Da nun die Stadt den ersten Theil der Abfindungssumme im Betrage von 300 000 M nur in kleineren Theilbeträgen nach und nach zu zahlen gehabt und einen weiteren Zinsvortheil dadurch erlangt habe, daß ungefähr ein Drittel dieser bis Ende März 1890 fällig gewesen Summe heute noch nicht gezahlt sei, so erscheine es unbedenklich, das hier geforderte Opfer zu bringen, zumal andererseits nichts weiter erreicht werden würde, als daß die Casernenbauten im laufenden Jahre in gewissem Umfange zum Stillstande gelangten.

Die Vorlage wird sodann angenommen.

V. Errichtung eines Neubaus an der Al. Döringstraße.

Der Bremser H. Brandes bittet um die Ertheilung der Erlaubniß zur Errichtung eines Neubaus an der Al. Döringstraße und verpflichtet sich, diese Straße auf alleinige Kosten herzurichten.

Da ein gleiches Gesuch auch bei dem Stadt-Magistrate eingelaufen ist und dieser in eine Prüfung desselben eintreten wird, so hat die Statutencommission, wie Herr Semler berichtet, beschlossen, der Versammlung anheimzugeben, auf das Gesuch nicht weiter einzugehen, mit welchem Vorschlage sich dieselbe einverstanden erklärt.

VI. Canalisirung der Mönchstraße.

Die Anwohner der Mönchstraße bitten in einer an den Magistrat gerichteten Eingabe um baldige Canalisirung dieser Straße unter Schilderung des jetzigen traurigen Zustandes derselben. Da auch die Canalbau-Deputation die Canalisation für erforderlich hält und die Genehmigung des Gesuches befürwortet, so beantragt der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß die im laufenden Etat nicht vorgesehene Canalisation der Mönchstraße noch im laufenden Jahre zur Ausführung gebracht und der daraus erwachsende Kostenaufwand im anschlagsmäßigen Betrage bis zu 4300 M verausgabt werde,

welchem Antrage sich die Versammlung auf Empfehlung der Statutencommission, für welche Herr Semler berichtet, anschließt.

VII. Ausfüllung des Platzes zwischen Amalienstraße und Neustadtring.

Die Städtische Bauverwaltung hat beantragt, sie zur allmäligen Verfüllung des im Ortsbauplane zwischen dem Neustadtringe und der Amalienstraße vorge-

sehenen Platzes zu ermächtigen, weil nach Fertigstellung der Ringstraße es wünschenswerth erscheinen müsse, auch das Platzterrain auf die projectirte Höhe allmählig aufzufüllen und hierzu die bei Straßenbauten und anderen Bauausführungen gewonnenen Erdmassen in zweckmäßiger und verhältnißmäßig billiger Weise benutzt werden könnten. Der Magistrat schließt sich diesem Antrage mit dem Ersuchen um Verwilligung von 5000 M für die bei der Verfüllung nothwendigen Planirungsarbeiten an,

und giebt Herr Semler namens der Statutencommission anheim, dem Antrage zuzustimmen.

Herr Natalis setzt voraus, daß mit der geforderten Summe recht sparsam gewirthschaftet werde, da sich Bogasche als das beste Füllmaterial meistens unentgeltlich beschaffen lasse.

Herr Stadtrath Netemeyer entgegnet, daß beispielsweise im letzten Frühjahr Bogasche gar nicht zu erlangen gewesen sei, daß aber die geforderte Summe überhaupt nicht für das zur Ausfüllung zu verwendende, meist gratis zu erhaltende Material, sondern für die sofort nothwendig werdenden Planirungsarbeiten verausgabt werden solle. Wenn solche Arbeiten nicht sofort vorgenommen würden, weigere sich jeder Fuhrmann, mit einem beladenen Wagen auf den Platz zu fahren.

Herrn Wolff I erscheint dieser Platz ziemlich überflüssig, namentlich da in der Nähe noch der Maschplatz vorhanden sei und er nicht recht wisse, wie die Stadt hier noch einen weiteren Platz habe vorsehen können.

Herr Stadtrath Netemeyer macht darauf aufmerksam, daß der mit der Ringstraße in den Besitz der Stadt gekommene Platz im Ortsbauplane vorgesehen sei und derselbe nur durch einen Beschluß der städtischen Behörden wieder aufgehoben werden könne. Im Uebrigen stehe diesem Platze das Maschgrundstück um so weniger im Wege, als der Versammlung voraussichtlich schon in der nächsten Sitzung eine Vorlage wegen Veräußerung des nördlich von der Ringstraße gelegenen Theiles des alten Schützenplatzes zugehen werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels möchte diesen Mittheilungen noch hinzufügen, daß bei Feststellung des Ortsbauplanes in verschiedenen Gegenden der Stadt Plätze projectirt seien, welche indessen nicht ausschließlich zu Spielplätzen dienen, sondern für kommende Zeiten vielleicht zur Errichtung von Kirchen, Schulen und anderen städtischen Gebäuden reservirt werden sollen.

Herr Nieß weist darauf hin, daß dieser Platz für den westlichen Stadttheil als Spielplatz ausersehen sei und derselbe daher bei dem Mangel eines Ersatzes nicht fortfallen dürfe.

Nachdem sich Herr Wolff I durch die Mittheilungen vom Magistratsstische befriedigt erklärt hatte,
wird die Vorlage angenommen.

VIII. Aufnahme einer Klage wegen Erstattung von Begräbniskosten.

Die Fabrik-Krankencasse Concordia der Braunschweigischen Actien-Gesellschaft für Jute- und Flachs-Industrie hieselbst klagt auf Grund des §. 58 des Krankencassengesetzes gegen die vom Stadt-Magistrate am 23. April d. Js. verkündete Entscheidung, durch welche Klägerin verurtheilt wird, an die hiesige Armen-Direction 18,90 M Begräbniskosten für ein verstorbenes Mitglied der Casse zu zahlen. Der Magistrat ersucht, ihn zur Aufnahme dieses Processus zu ermächtigen,
was auch geschieht, nachdem Herr Semler sich namens der Statutencom-mission befürwortend ausgesprochen hatte.

IX. Besteuerung der Versicherungs-Gesellschaften.

Bei der Beschlußfassung über die Besteuerung der Actien-Gesellschaften ist in der vorigen Sitzung nicht ausdrücklich über den Zusatzantrag der Commission, auch die Versicherungs-Gesellschaften auf Actien in Zukunft mit einer Steuer von 2 % des Reineinkommens zu belegen, abgestimmt worden.

Die Versammlung erklärt sich noch nachträglich mit diesem Zusatzantrage einverstanden und richtet an den Magistrat ein dementsprechendes Ersuchen.

X. Aufstellung einer Klage auf Erstattung von Krankengeld.

Die Firma Gustav Schuchhard hieselbst weigert sich, die Kosten der Krankheit einer ihrer Verkäuferinnen im Betrage von 131,35 M zu erstatten, trotzdem die Inhaber der Firma die betr. Verkäuferin, welche einer Ortskrankencasse nicht angehörte, zur Gemeinde-Krankencasse nicht angemeldet haben und daher zur Erstattung der fraglichen Kosten gesetzlich verpflichtet sind. Das Ersuchen des Magistrats geht dahin, ihn zur Proceßführung gegen die genannte Firma zu ermächtigen.

Die Statutencommission, für welche Herr Wolff II berichtet, hat die Vorlage geprüft und hierbei insbesondere festgestellt, daß die betr. Verkäuferin zur Zeit ihrer Erkrankung noch im Arbeitsverhältnisse bei der Firma gestanden habe, so daß die Einwendungen der letzteren als hinfällig zu erachten seien. Diese Einwendungen laufen darauf hinaus, daß die Verkäuferin für die der Erkrankung folgenden 6 Wochen Gehalt bekommen habe und deshalb unmöglich auch noch Krankengeld verlangt werden könne. Seitens der Commission werde anheimgegeben, die Zustimmung zur Proceßführung zu ertheilen.

Bei dieser Gelegenheit solle noch auf die §§. 49 und 50 des Gesetzes und besonders auf die Bestimmung hingewiesen werden, daß die Arbeitgeber nicht berechtigt

seien, die Anmeldung ihrer Gehülfen zur Krankencasse diesen zu überlassen, sondern daß dringend empfohlen werden müsse, die Leute selber anzumelden.

Auf die Frage des Herrn Sievers, ob nicht die Verpflichtung zur Zahlung eines sechswöchigen Gehaltes von Einfluß auf die Zahlung von Krankengeld sei, erwidert Herr Wolff II, daß bei der gegenwärtigen Gesetzgebung unzweifelhaft sowohl für die nächsten 6 Wochen Gehalt, als auch daneben noch Krankengeld gezahlt werden müsse, wenn auch offenbar hier ein Versehen in der Gesetzgebung vorliege.

Herr Sievers weist darauf hin, daß die Handelskammer bei der Begründung der hiesigen Krankencasse der Ansicht gewesen sei, der Anspruch auf Fortzahlung des Gehaltes werde durch die Berechtigung auf dreizehnwöchiges Krankengeld aufgehoben werden.

Herr Wolff II bemerkt dazu, das Handelsgesetzbuch enthalte die unbedingte Vorschrift, daß die Handlungsgehilfen bei unverschuldeter Krankheit auf 6 Wochen einen Anspruch auf Vergütung besitzen, während das Krankengesetz unabhängig davon die Bezüge dieser Herren regelt.

Herr Stadtrath Netemeyer bestätigt diese Auffassung und fügt hinzu, daß es natürlich jedem Geschäftsinhaber unbenommen bleibe, mit seinen Handlungsgehilfen bei dem Engagement zu vereinbaren, daß das Salair fortfalle, sobald Krankengeld gezahlt werde.

Herr Füdél theilt mit, daß der hiesige Cassenvorstand sich darüber klar gewesen sei, daß nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften beide Leistungen neben einander hergehen, welcher Auffassung sich auch das Reichs-Versicherungsamt angeschlossen habe.

Die Vorlage wird hierauf genehmigt.

XI. Verkauf von Grundstücken am Altemwiefringe und Nachverwilligung von Straßenbaukosten.

Bei dem öffentlich meistbietenden Verkaufe der auf der Strecke zwischen Leonhard- und Helmstedterstraße zur Anlage des Altemwiefringes nicht erforderlich gewesen Theilflächen des vormals Steding'schen Gartens und des ehemals Wahlbief'schen Grundstückes sind für drei auf der Westseite der Straße belegene 19 a 36 qm haltende Bauplätze vom Pferdehändler Roßmann 47 400 M, d. i. 23,50 M pro qm, und für die auf der Ostseite der Straße belegenen sechs Bauplätze in einer Größe von zusammen 23 a 69 qm vom Kunsthändler George Behrens 60 000 M, d. i. 25,33 M pro qm, somit im Ganzen 107 400 M für 43 a 5 qm, d. i. 24,95 M pro qm geboten. Dieses günstige Resultat ist wesentlich mit dem Umstande zu danken, daß die fraglichen Flächen frei von Straßenbaukosten verkauft sind und daher jeder Bieter im Voraus die Höhe der auf dem Kaufobjecte

ruhenden Lasten kennt. Schwierigkeiten werden sich bezüglich der übrigen Straßenanlieger aus dieser Verkaufsweise nach der Ansicht des Magistrates nicht ergeben können.

Unter den verkauften Grundstücken befindet sich eine 8 qm große Theilfläche, welche gemeinschaftliches Eigenthum der Stadtgemeinde und des Fuhrherrn Friß Baetge ist und für welche Letzterem aus der erlösten Summe ein Betrag von 101,32 M gebührt.

Die mit 17280 M etatificirten Straßenbaukosten (im engeren Sinne) sind in Folge der umfangreichen Abträge des Erdreiches um 2532,06 M überschritten und ist zur Deckung dieser, sowie einer zur Fertigstellung der Straße weiter erforderlichen Summe ein Betrag von zusammen 5000 M nothwendig.

Demnach ersucht der Magistrat, den Verkauf der oben erwähnten Baupläge zum Preise von insgesammt 107400 M und die Auszahlung eines Antheils von 101,32 M an Baetge zu genehmigen, sowie zur Fertigstellung der mehrgedachten Straße eine Summe von 5000 M nachzuverwilligen.

Die Statutencommission nimmt, wie Herr Wolff II ausführt, keinen Anstand, die unbedingte Annahme der gesamten Vorlage zu empfehlen, zumal auch sie den Standpunkt des Magistrates theile, daß eine Berufung der übrigen Anlieger auf den hier in gewisser Weise vorgenommenen Erlaß der Straßenbaukosten nicht mit Recht verfolgt werden könne. Sollten in dieser Beziehung aber dennoch irgend welche Zweifel obwalten, so empfehle es sich, den Standpunkt des Magistrates schon aus dem Grunde einzunehmen, um dadurch ein weiteres Verfahren zu provociren.

Herr Stadtrath Netemeyer bittet, den Verkauf der Grundstücke zu der Summe von 107400 M zu genehmigen, aber diesen Verkauf nicht an bestimmte Käufer zu binden, da möglicherweise andere Personen die Baupläge übernehmen werden und dann Schwierigkeiten bei der Auflassung entstehen könnten.

Die Magistratsanträge gelangen sodann mit dieser Ergänzung zur Annahme.

XII. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Aenderung der Geschäftsordnung.

Der Antrag lautet:

Die Versammlung wolle beschließen, die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß bei angenommenem Schluß der Debatte über einen Gegenstand die eingeschriebenen Redner noch zum Worte gelassen werden.

Herr Günther bittet, den Antrag vorläufig zurückzustellen, weil er noch Material zur Begründung desselben sammeln wolle, was geschieht.

XIII. Anfrage des Herrn Nieß wegen Errichtung städtischer Sparcassen.

Zur Begründung der Anfrage:

Hat Löblicher Stadt-Magistrat im Verlaufe der letzten Zeit irgend einen Anlaß gehabt, die Errichtung einer städtischen Sparcasse mit einer größeren Anzahl von Annahmestellen in Berathung zu nehmen und besteht die Absicht, eine solche Vorlage der Stadtverordneten-Versammlung vorzulegen?

führt Herr Nieß aus, daß er diese, in früherer Zeit verschiedentlich gestellte Frage wiederhole, weil nach neueren Zeitungsberichten wiederum die Absicht vorliege, Postsparcassen einzurichten. Wenn dieses aber geschehe, sei die Errichtung einer städtischen Sparcasse verfehlt. Ueber den Nutzen einer solchen Anstalt zu sprechen, sei namentlich im Hinblick auf die Fortschritte und den Umfang des hiesigen Confirmanden-Sparvereins überflüssig; er bitte daher den Magistrat um eine Aeußerung über diese Angelegenheit.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert, daß der Magistrat vor mehreren Jahren auf entsprechendes Ersuchen aus der Versammlung über die Frage der Errichtung einer städtischen Sparcasse in Berathung getreten und zu dem Beschlusse gelangt sei, unter Garantie der Stadt eine Sparcasse zu errichten, um hierdurch den minder bemittelten und ärmeren Einwohnern der Stadt Gelegenheit zur Einlegung ihrer Ersparnisse zu bieten. Wenn auch zu jener Zeit ein Statut noch nicht formell ausgearbeitet worden, so seien doch bereits diejenigen Grundsätze festgestellt, auf denen das Statut auszubauen sein würde, so daß also der Ausarbeitung desselben Schwierigkeiten nicht weiter im Wege ständen. Da es nun dem Magistrat vor allen Dingen darauf angekommen sei, zunächst zu erfahren, ob zur Errichtung einer derartigen, im Umrisse skizzirten Sparcasse auch die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums zu erwarten sein würde, so habe der Magistrat damals das Ersuchen an das Ministerium gerichtet, ihm zunächst im Principe die Zusicherung zu ertheilen, daß eine solche Sparcasse die staatliche Genehmigung finden würde. Auf dieses Gesuch sei indessen eine Antwort nicht ergangen, weshalb der Magistrat auf bezügliche Anregung aus der Versammlung vor ungefähr 1½ Jahren Veranlassung genommen habe, an die Erledigung zu erinnern, ohne jedoch auch hierauf eine Antwort zu erhalten. Er werde indessen die Sache gern noch einmal zur Sprache bringen.

XIV. Selbstständiger Antrag der Herren Nieß, Lange und Ding auf Instandsetzung der Kleinen Döringstraße.

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, die Kleine Döringstraße stadtseitig bis vier Meter Breite in

ordnungsmäßigen Zustand zu versetzen und danach das Bauen an dieser Straße zu gestatten.

Wie Herr Nieß zur Begründung bemerkt, ist während der 70er Jahre von der Stadt eine Baulinie festgestellt, welche von der jetzigen Ferdinandstraße ausgehend über die hier in Frage kommenden Grundstücke nach der Juliusstraße hinführte. Durch diese Baulinie sei veranlaßt, daß auf letzterer Straße Häuser in deren Richtung gestellt und auch in der Kl. Döringstraße drei Häuser errichtet worden. Inzwischen habe man einen anderen Stadterweiterungsplan für die Gegend festgestellt und daraufhin die jetzige Döringstraße, durchschnitten von der Hedwigstraße, ausgebaut, wodurch die frühere Fluchtlinie vollständig von Gebäuden umschlossen sei und die Leute ohne ihre Schuld in einen Sumpf und Sack gerathen seien. Da nun die Grundstücke der Parallelstraße auf die angemessene Höhenlage gebracht und hierdurch ungefähr 1 m höher als die der Kl. Döringstraße gelegt worden, so fließe alles Wasser nach dieser zurück und mache die Wege bei Regenwetter vollständig unpassirbar. Die Verhältnisse liegen hier ähnlich wie am Hohenstiege, woselbst das Stadtbauamt ebenfalls das Gesuch um Gestattung der Bebauung der drei noch unbebauten Grundstücke abgelehnt habe, weil sonst die Straße stadtseitig hergestellt werden müsse. Dieser Umstand dürfe indessen die Stadtverwaltung nicht hindern, hier einzugreifen, und auch diese Straße mit ihrer wirklich schönen Umgebung in Einklang zu setzen.

Der Antrag wird genügend unterstützt der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XV. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Freigabe des Verkehrs über die Brücke an der Reinigungsstation.

Der Antrag :

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, demnächst die Brücke an der Reinigungsstation für Fußgänger am Tage freigegeben zu wollen,

wird von Herrn Lange damit begründet, daß die schönen Anlagen des neuen Stadtparkes dem Publicum wohl von der Stadtseite, nicht aber auch von der Wolfenbüttlerstraße aus zugänglich seien und es in dem Wunsche der Bewohner unserer südlichen Außenstadt liege, einen directen Zugang über die Hennebergstraße nach dem neuen Stadtpark zu erhalten. Diesem Wunsche lasse sich um so leichter entsprechen, als ein solcher Weg bereits vorhanden sei und der öffentlichen Benutzung nur brauche freigegeben zu werden.

Auch dieser Antrag wird, nach genügender Unterstützung, der Baucommission zur Vorberathung zugetheilt

und darauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung gelangt zunächst das Gesuch des Bürgermeisters Rittmeyer um Versetzung in den Ruhestand zur Annahme, nachdem Herr Wolff I an die Verdienste des scheidenden Magistratsmitgliedes, welches fast ein Menschenalter in der ersten städtischen Behörde gesessen, erinnert und ihm Worte des Dankes nachgerufen, sowie die Versammlung gebeten hatte, sich zu Ehren des Scheidenden von den Plätzen zu erheben. — Schließlich werden zu einstweiligen Stellvertretern des schon längere Zeit leidenden Herrn Reuter Herr Rimpau in die Baucommission und Herr Halle in das Stadtbauamt gewählt.

Schluß nach 6¹/₂ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 19. Juni 1890.

Öffentlich:

I.	Nachverwilligung von Kosten für die Petriwehr-Brücke	Seite 136.
II.	Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Freigabe des Weges über die Brücke an der Reinigungsstation	" 137.
III.	Das neue Reglement für die Communalsteuer-Einschätzung	" 138.
IV.	Beitrag zu einem Denkmale auf dem Leipziger Schlachtfelde	" 138.
V.	Selbstständiger Antrag des Herrn Kieß auf Freigabe der bebauung der kleinen Döringstraße	" 139.
VI.	Gesuch von Anwohnern des Wolfscampes um stadtseitige Uebernahme der Kehrichtabfuhr	" 140.
VII.	Nachverwilligung von Kosten für den Ausbau der kurzenstraße	" 140.
VIII.	Verkauf von Wegeterrain am Wolfscampe	" 141.
IX.	Nachverwilligung von Kosten für den Ausbau der Limbeckerstraße	" 141.
X.	Anlage einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Magnithores	" 141.
XI.	Änderung des Vertrages über das Volksbrausebad	" 143.
XII.	Erwerb von Straßenterrain am Wolfscampe	" 144.
XIII.	Die Rohrleitung von Thiederhall	" 144.
XIV.	Functionszulagen für die städtischen Baumeister	" 150.
XV.	Selbstständiger Antrag des Herrn Kieke auf Anstellung einer Enquête über die hiesigen Wohnungsverhältnisse zc.	" 150.
XVI.	Erwerb von Straßenterrain an der Vertramstraße	" 152.
XVII.	Vermehrung der Straßenlaternen	" 152.
XVIII.	Pachtvertrag zum Zwecke einer Canalanlage am Altewiekringe	" 153.

- XIX. Verwilligung der Kosten für eine gesellige Vereinigung der Theilnehmer an der Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege Seite 153.
- XX. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Herrichtung einer Fußgängerbrücke am Wasserthurme „ 153.

Vertraulich:

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

Erledigung von Canalsteuer-Reclamationen Seite 154.

Sitzung der Stadtverordneten.

Die Pensionsansprüche des Stadt-Secretairs „ 154.

Wahl eines Exccutors „ 154.

Gesuch um Erlass einer Testamentsabgabe „ 154.

Wahl eines Armenpflegers „ 154.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Stadträthe Saake, Ketemeyer, Heymann und Meyer, sowie Gerichts-Assessor von Frankenberg-Ludwigsdorff.

Entschuldigt die Herren Ding, Jasper, Natalis, Reuter, Rimpau, Seele, Wilke und Wolff II; später erscheinen die Herren Nieß und Semler.

Nachdem der stellvertretende Vorsitzende, Herr Lüderßen, die Sitzung eröffnet und die Versammlung die Protocolle N. 5 und 6 genehmigt hatte, theilt der Herr Vorsitzende mit, daß der in der letzten gemeinschaftlichen Sitzung zum Magistratsmitgliede gewählte Gerichts-Assessor Meyer die Wahl angenommen habe und in der heutigen Sitzung erschienen sei. Sodann wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Nachverwilligung von Kosten für die Petriwehr-Brücke.

Der ursprüngliche Kostenanschlag für die Herstellung der Ueberbrückung des Petriwehrs wird insgesamt um 1000 M., deren Nachverwilligung der Magistrat beantragt, überschritten werden. Als Ursache der Ueberschreitung kommt in Betracht, daß die mit Schwierigkeiten verknüpft gewesene Ausführung der neuen Schuttlage des Grundablasses in Folge der größeren Pfeilerhöhe und größeren Wassertiefe desselben einen Mehrbetrag von über 1000 M. gegenüber der anschlagsmäßigen Summe erfordert und daß der Bohlenbelag der Brücke wegen der hohen Eichenholzpreise um 400 M., sowie die eiserne Construction der Brücke durch die nachträgliche Anordnung von Windstreben einen Mehraufwand von 200 M. erfahren hat.

Die Vorlage wird angenommen, nachdem sie von Herrn *Krahe* namens der Baucommission unterstützt worden war.

II. Selbstständiger Antrag des Herrn *Lange* auf Freigabe des Weges über die Brücke an der Reinigungsstation.

Den in der vorigen Sitzung gestellten Antrag kann Herr *Krahe*, welcher für die Baucommission berichtet, im Principe nur zur Annahme empfehlen. Da indessen Zweifel darüber bestehen, ob der Betrieb der Reinigungsstation durch die Freigabe des Weges in irgend einer Weise geschädigt werden könnte und ob nicht vielleicht die Anstalt durch eine Planke von dem Wege abgeschlossen werden müßte, da man ferner nicht wisse, zu welcher Zeit die Entleerungen der Schlammbehälter stattfinden und es doch im Interesse des Publicums selbst liege, den dadurch entstehenden Gerüchen, nicht ausgesetzt zu sein, so schlägt die Commission im Einverständnisse mit Herrn *Lange* vor, den Antrag dem Magistrate zur Erwägung zu verstellen und solle dieses in der Voraussetzung geschehen, daß der Magistrat den Antrag der Canalbau-Deputation vorlegen und erst nach Anhörung derselben eine Entscheidung treffen werde.

Herr *Günther* hält die Benutzung dieser Brücke als Verbindung zwischen Wolfenbüttlerstraße und Staatsbahnhof für eine Nothwendigkeit, nachdem von der Durchführung seines Antrages auf Freigabe der Brücke an der Badeanstalt Abstand genommen sei. Wenn auch der Ober-Ingenieur *Witgau* im vorigen Sommer einmal geäußert habe, daß ihm eine Freigabe des fraglichen Weges über das Terrain der Reinigungsstation nicht angängig erscheine, so glaube *Redner* doch, es lasse sich solche Freigabe bei Verlegung des Weges im Bogen um die Anstalt ermöglichen. Er halte eine directe Verbindung der Wolfenbüttlerstraße mit dem Staatsbahnhofe unter Ueberbrückung des Okerarmes in der Nähe des Wasserwerkes im Interesse der südöstlichen Außenstadt für eine dringende Nothwendigkeit und hoffe, daß sich diese Ueberbrückung unter Zuziehung der zuständigen Behörden wohl in Erwägung nehmen lasse.

Herr *Lange* hält eine Verlegung des Weges nicht für erforderlich, da auch Herr Ober-Ingenieur *Witgau* nach nochmaliger Erwägung der Angelegenheit zu der Ueberzeugung gelangt sei, es stehe der Freigabe des Weges nach keiner Richtung hin etwas entgegen und da derselbe diese Verbindung jetzt sogar für dringend nothwendig erachte.

Herr *Schwarzenberg* möchte ersuchen, den Antrag dem Magistrate zur Berücksichtigung und nicht nur zur Erwägung zu empfehlen, da er sich von der Zweckmäßigkeit dieser Verbindung selbst überzeugt und dabei keinen Geruch bei der Reinigungsstation wahrgenommen habe. Im Uebrigen sei ja Niemand ge-

zwungen, den fraglichen Weg zu benutzen, so daß Beschwerden über etwaige schlechte Gerüche nicht brauchen befürchtet zu werden.

Nachdem dieser Antrag auf Empfehlung des Herrn Vorsitzenden zu Gunsten des Commissionsantrages zurückgezogen war, wird letzterer von der Versammlung angenommen und hiernach dem Magistrate zur Erwägung verstellt, demnächst die Brücke an der Reinigungsstation für Fußgänger am Tage freizugeben.

Herr Semler übernimmt den Vorsitz.

III. Das neue Reglement für die Communalsteuer-Einschätzung.

In Ausführung des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung vom 24. April d. Js. legt der Magistrat eine bezügliche Abänderung des Reglements vom 31. December 1870, betr. das Verfahren bei der Veranlagung der Steuerpflichtigen in der Stadt Braunschweig zur Gemeindesteuer etc., zur Genehmigung vor.

Wie der Herr Vorsitzende namens der Statutencommission ausführt, handelt es sich wesentlich um eine Aenderung des §. 3 jenes Reglements, nach welchem z. B. die Bildung dreier Einschätzungs-Commissionen vorgeschrieben sei, während in Zukunft die Zahl offen gehalten und dem Beschlusse der Versammlung überlassen werden solle. Die Zahl der jeder Commission beizugebenden steuerpflichtigen Bürger bleibe hierbei unverändert.

Die Vorlage gelangt zur Annahme.

IV. Beitrag zu einem Denkmale auf dem Leipziger Schlachtfelde.

Gelegentlich einer seitens der deutschen Städte im Jahre 1863 veranstalteten Gedenkfeier der 50jährigen Wiedertehr der Völkerschlacht bei Leipzig wurde der Beschluß gefaßt, zur Erinnerung an jene Schlacht und an die Befreiung des deutschen Vaterlandes von fremdem Joch ein Nationaldenkmal auf dem Leipziger Schlachtfelde zu errichten. Dieser der Verwirklichung damals nicht entgegengeführte Gedanke ist bei der 75jährigen Wiedertehr des Schlachttages wieder in Anregung gebracht und hat zu einem Aufrufe geführt, in welchem die größeren deutschen Städte um Veranstaltung freiwilliger Sammlungen zu den Kosten der Denkmalerrection, event. um Bewilligung eines Beitrages aus städtischen Mitteln ersucht worden sind. Von Veranstaltung einer freiwilligen Sammlung glaubt der Magistrat Abstand nehmen zu sollen, dagegen hält derselbe für angezeigt, einen Beitrag aus städtischen Mitteln in der Höhe von 500 M zu gewähren.

Die Statutencommission ist, wie der Herr Vorsitzende mittheilt, für diese Bewilligung, zumal die hiesige Stadt sich damals an dem Aufrufe selbst theiligt und hierdurch in gewisser Weise eine moralische Verpflichtung zur Verwirklichung

des Gedankens übernommen habe. Nach eingezogenen Erkundigungen sollen die Städte Weimar und Cassel bezw. 300 M und 500 M zu dem fraglichen Zwecke gezeichnet haben.

Die geforderte Summe wird darauf bewilligt.

V. Selbstständiger Antrag des Herrn Kieß auf Freigabe der Bebauung der Kleinen Döringstraße.

Nach der Ansicht der Baucommission bedarf, wie Herr Krahe berichtet, der jetzige Zustand der Kleinen Döringstraße dringend der Abhilfe. Da indessen der Eigenthümer eines Grundstückes an derselben sich inzwischen erboten habe, die Straße auf seine Kosten herstellen zu lassen und diesem Antrage nach der Erklärung des Magistrates Folge gegeben werden solle, so sei der vorliegende Antrag gegenstandslos geworden, in Folge dessen die Commission nur vorschlagen könne, über denselben mit Bezug hierauf zur Tagesordnung überzugehen.

Herr Kieße glaubt, daß den Interessenten mit dem einfachen Uebergange zur Tagesordnung nicht gedient sei, da die Sache sonst doch wieder liegen bleiben könnte.

Herr Stadtrath Ketemeyer weist darauf hin, daß die Versammlung über den Theil des Antrages, welcher sich auf die Bebauung der Straße beziehe, nicht zu entscheiden vermöge, da hierfür nur das Stadtbauamt zuständig sei.

Herr Lange fragt an, ob nicht die Stadtverwaltung, bezw. die Polizeibehörde berechtigt oder verpflichtet sei, zu fordern, daß die Straßen eine gewisse Breite, welche das Passiren der Spritzen u. gestatte, besitzen müssen, worauf

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß seiner Ansicht nach die Stadt dazu kein Recht habe, namentlich da es sich in dem vorliegenden Falle theilweise um einen Interessentenweg und theilweise um einen Privatweg handle. Das Stadtbauamt könne die Errichtung von Häusern an einem Privatwege wohl verbieten, aber die Stadt könne die Verbreiterung einer Privatgasse, an welcher bereits Häuser stehen nicht verlangen. Der Magistrat habe indessen nicht einmal die moralische Verpflichtung, eine solche Verbreiterung zu veranlassen, weil sich kein Anlieger des Weges bei der bezüglichen Abänderung des Ortsbauplanes gemeldet und eine Beibehaltung des Weges gefordert habe.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Herrn Kieße, Lange und Stadtrath Ketemeyer erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß, mit Rücksicht auf das von dem Anlieger Brandes ergangene Erbieten zur Instandsetzung des Weges, der vorliegende Antrag als gegenstandslos zu betrachten und über denselben zur Tagesordnung zu gehen sei.

VI. **Gesuch von Anwohnern des Wolfscampes um stadtseitige Uebernahme der Kehrichtabfuhr.**

Verschiedene Anwohner des zwischen der Frankfurterstraße und der Landeseisenbahn belegenen ausgebauten Theiles der Wolfscampstraße haben sich mit der Bitte an die Versammlung gewandt, beschließen zu wollen, daß für die Folge dieser Straßentheil von den städtischen Abfuhrwagen befahren werde.

Nach dem von Herrn Halle für die Statutencommission erstatteten Berichte kann dem Ansuchen der Bittsteller zur Zeit nicht entsprochen werden, weil die ganze Organisation des Straßenreinigungswesens auf dem jetzigen Bestande an Wagen und Pferden beruhe und sich hieran nicht ohne Weiteres rütteln lasse. Da indessen während des nächsten Jahres voraussichtlich wieder neue Straßen in das Reinigungsnetz aufgenommen werden und hierbei der Wunsch der Bittsteller vielleicht Berücksichtigung finden könne, so beantrage die Commission, das Gesuch dem Magistrate zur Erwägung zu übergeben,

welchem Antrage die Versammlung zustimmt.

Hierauf theilt der Herr Vorsitzende den Eingang folgender Schriftstücke mit:

- 1) Ein Rescript des Herzoglichen Staatsministeriums, in welchem auf Allerhöchsten Befehl den städtischen Behörden der Dank für die Sr. Königlich Hoheit zum Geburtstage dargebrachten Glückwünsche ausgesprochen wird.
- 2) Die Abschrift eines an den Stadt-Magistrat gerichteten Gesuches von Anwohnern der Wenden- und Kaiserstraße um baldige Herstellung der projectirten und dringend nothwendigen directen Verbindung zwischen beiden Straßen.
- 3) Ein Schreiben des Bürgermeisters a. D. Rittmeyer, in welchem derselbe den städtischen Behörden für die loyale Art der Behandlung seiner bei der Pensionirung ausgesprochenen Wünsche den Dank ausspricht

VII. **Nachverwilligung von Kosten für den Ausbau der Kurzenstraße.**

Die für den Ausbau der Kurzenstraße veranschlagten Kosten sind um 529,44 M überschritten und zwar ist diese Ueberschreitung wesentlich durch die Preissteigerung verschiedener Straßenbaumaterialien, insbesondere der Granitbordquader und der Pflastersteine entstanden. Der Magistrat giebt anheim, diese Mehrkosten nachträglich zu verwilligen und zugleich die Kosten des Ausbaues der fraglichen Straße auf 5329 M 44 S und den Beitrag der Anlieger auf 28,53 M pro lfd. Meter festzustellen.

Die Vorlage gelangt zur Annahme, nachdem sie von Herrn Bültmann namens der Baucommission unterstützt war.

VIII. Verkauf von Vegeterrain am Wolfscampe.

Der Maler Wilhelm Lohse hat gebeten, ihm behufs Bebauung seines am Wolfscampe belegenen Grundstückes eine 45 qm haltende Theilfläche verlassenen Vegeterrains zum Einheitspreise von 8 M abzutreten und ersucht der Magistrat, dem Antrage stattzugeben,

was nach Befürwortung desselben durch die Statutencommission, für welche Herr Halle berichtet, auch geschieht.

IX. Nachverwilligung von Kosten für den Ausbau der Limbeckerstraße.

Die zu 8370 M veranschlagten Kosten des Ausbaues der Limbeckerstraße zwischen der Gertruden- und Lutterstraße werden insgesammt um 1330 M überschritten. Der Magistrat ersucht, die nachträgliche Verwilligung dieser Summe, sowie die Bepflanzung des fraglichen Straßentheiles mit Ahornbäumen zu genehmigen.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Bültmann befürworten, worauf derselben zugestimmt wird.

X. Anlage einer Bedürfnisanstalt in der Nähe des Magnithores.

Dem von der Städtischen Bauverwaltung in Uebereinstimmung mit der Herzoglichen Baudirection gestellten Antrage gemäß ersucht der Magistrat, ihn zur Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem westlichen Theile des Platzes vor der Magnikirche zu ermächtigen. Der zur Bestreitung der Kosten erforderliche Betrag von 2400 M ist im diesjährigen Etat bereits vorgeesehen. Die Bemühungen des Magistrates, in unmittelbarer Nähe der Brücke am Magnithore einen Platz zu solchem Zwecke zu erlangen, sind ohne Erfolg geblieben.

Herr Krahe empfiehlt namens der Baucommission, sich mit dem Antrage einverstanden zu erklären, da sich ein mehr geeigneter Platz nicht habe ermitteln lassen.

Herr Halle weist darauf hin, daß die Herzogliche Baudirection wieder einmal die Genehmigung zur Errichtung einer Bedürfnisanstalt an der Promenade verweigert habe, was durchaus nicht im Interesse des Publicums liege; denn es müsse Jeder einsehen, wie nothwendig gerade an dieser Stelle eine solche Anstalt sei. Die Wahl des jetzt in Aussicht genommenen Platzes könne schon deshalb als eine glückliche nicht bezeichnet werden, als es gerade nicht zu den Unannehmlichkeiten für einen Anwohner gehöre, 6 m von der Grenze seines Grundstückes eine solche Anstalt zu erhalten, selbst wenn sich auch auf 10 m Entfernung gerade an der Stelle kein Fenster in dem anstoßenden Gebäude befinde. Er möchte deshalb empfehlen, die Benutzung dieses Platzes abzulehnen und die Anstalt lieber an die mehr nach der

Mitte des Kirchhofes zu belegene Stelle des Canalschachtes zu verlegen, weil hier kein Anlieger sich über eine Belästigung durch die Anstalt beschwert fühlen könne.

Herr Stadtrath R e t e m e y e r bemerkt, daß sich nach der Ansicht des Magistrates für die Anstalt der Platz am Magnithore, auf welchem die Trinkbude stehe, am besten eigne, daß indessen die verschiedenen Versuche des Magistrates zur Erlangung dieses Platzes von der Herzoglichen Baudirection entschieden abgelehnt seien. Auch die Frage, ob man die Anstalt an die westliche Grenze oder in die Mitte des Magnikirchplatzes verlegen solle, sei im Magistrate besprochen und habe man sich unter Berücksichtigung des Einwandes der Städtischen Bauverwaltung, daß bei der Wahl der Mitte des Platzes der Anblick der Kirche beeinträchtigt werde, für die Benutzung eines Platzes an der Grenze entschieden. Im Uebrigen dürfte die Belästigung der Anwohner nicht so erheblich sein, um daraufhin die Vorlage abzulehnen, zumal die Anstalt auf der Promenade auch nicht viel weiter von Wohnhäusern entfernt zu stehen kommen würde. Daneben spreche noch der Umstand für den jetzt gewählten Platz, daß dort die Anstalt vor einem unbewohnten Grundstücke stehen werde, indem sich der Anstalt gegenüber eine den Hof abschließende Mauer befinde. Der Magistrat habe alle in jener Gegend vorhandenen Plätze in den Kreis seiner Verathungen gezogen; es sei aber nur dieser Platz übrig geblieben.

Herr G ü n t h e r hält mit Herrn Halle den außerseheenen Platz für vollständig ungeeignet und kann nicht begreifen, weshalb die Baudirection immer wieder die Ueberweisung von Plätzen an den Promenaden zu solchem Zwecke ablehne, zumal man in allen anderen größeren Städten derartige Anstalten an den Promenaden, wo sie auch am allernothwendigsten seien, vorfinde. Namentlich seit der Eröffnung des Central-Friedhofes habe jene Gegend einen sehr starken Verkehr erhalten und er würde schon aus diesem Grunde vorschlagen, die Anstalt lieber auf den Leonhardsplatz, als vor die Magnikirche zu stellen, ganz abgesehen davon, daß so wie so Vorkehrungen getroffen werden müßten, um den unhaltbaren Zuständen dieses Tummelplatzes der Jugend abzuhelpfen. Was den vorliegenden Antrag selbst betreffe, so erkläre er sich im äußersten Falle für die Mitte des Kirchplatzes, am meisten würde es ihm aber zusagen, wenn der Magistrat ersucht werde, bei der Herzogl. Baudirection nochmals um die Bewilligung des Platzes vor der Brücke einzukommen.

Herr B l a s i u s kann sich weder für die eine, noch die andere Stelle des Magnikirchplatzes aussprechen, weil die Mitte den Spielplatz störe und an der Seite mit der weiteren Entwicklung des Platzes hinsichtlich der Errichtung neuer Häuser an Stelle der alten zu rechnen sei. Vielleicht lasse sich die Anstalt später auf den Platz vor der Husarenkaserne stellen, dann entstünden keine Schwierigkeiten mit der Herzogl. Baudirection und außerdem würde dem vom Magistrate anerkannten Bedürfnisse nach solcher Anstalt für die Wallpromenaden besser Rech-

nung getragen. Er möchte daher anheimgeben, mit der Errichtung derselben bis nach der Ueberweisung der Hufarenkaserne an die Stadt zu warten. Für den Leonhardsplatz könne die Anstalt nicht genügen, sondern dort müsse eine besondere errichtet werden.

Herr Wolff I möchte bitten, von der Errichtung der Anstalt auf dem Magnirkhofe schon wegen der Nähe der Anstalt am Bohlwege abzusehen und die Vorlage behufs weiterer Berathung über einen zweckmäßigeren Platz nochmals an die Commission zurückzugeben. Wenn die Anstalt dem Verkehre auf der Promenade, sowie zwischen dem Leonhardsplatze und der Stadt dienen solle, so könne sie vielleicht auch jenseits der Leonhardsbrücke auf der Seite nach dem Gymnasium hin Platz finden, in welchem Falle man die Herzogliche Baudirection nicht noch einmal zu behelligen brauche. Zur Erwägung der heute hier zur Sprache gebrachten Gesichtspunkte erscheine es ihm wünschenswerth, die Vorlage an die Commission zurückzuverweisen und stelle er deshalb einen dahingehenden Antrag.

Herr Reiche würde es nicht für gut halten, ein für alle Mal von der Errichtung derartiger Anstalten an den Wallpromenaden abzusehen, weil letztere bei dem Mangel solcher Anstalten häufig zu dem Zwecke benutzt werden, welchem diese dienen sollten und es daher mit im Interesse der Promenadenverwaltung liege, wenn man diesem Uebelstande abhelfe.

Dem Antrage des Herrn Wolff I gemäß wird die Vorlage an die Baucommission zurückverwiesen.

XI. Aenderung des Vertrages über das Volksbrausebad.

Der Verein für das Wohl der arbeitenden Classen hat sich wegen Verwilligung einer Beihilfe zu den Kosten der Errichtung eines Volksbrausebades an Herzogliches Staatsministerium gewandt. Letztere Behörde findet, daß gegen die Verwilligung einer solchen Beihilfe ein wesentliches Bedenken im §. 4 des zwischen der Stadt und dem genannten Vereine vereinbarten Vertrages liege, welcher vorschreibt, daß die Erlaubniß zur Benutzung des dem Vereine überlassenen städtischen Grundstückes von den städtischen Behörden jederzeit widerrufen werden könne. Der Magistrat empfiehlt daher, nachträglich in den fraglichen Vertrag die Bestimmung aufzunehmen, daß der den Widerruf aussprechende Beschluß der städtischen Behörden der Bestätigung des Herzoglichen Staatsministeriums unterliegen solle.

Die Statutencommission erkennt nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden die Gründe der Aenderung als berechtigt an und giebt anheim, dem Magistratsantrage gemäß zu beschließen.

Herr Günther möchte anfragen, wie hoch sich der vom Staate zu leistende Zuschuß belaufe, um hiernach beurtheilen zu können, ob sich die Stadt dieserhalb ihr Recht aus der Hand nehmen lassen solle.

Herr Stadtrath Ketemeyer erwidert, daß der Verein bei dem Herzoglichen Staatsministerium einen Zuschuß von 10 000 M beantragt habe. Im Uebrigen sei von Letzterem diese Aenderung nicht verlangt, sondern nur geäußert, daß die jetzige Fassung zu Bedenken Veranlassung gebe. Sollten aber einmal die städtischen Behörden sich veranlaßt sehen, die Aufhebung des Bades zu beschließen, so würden die Gründe dafür so stichhaltig sein, daß auch das Herzogliche Staatsministerium sich denselben nicht zu verschließen vermöge und umgekehrt. Es könne deshalb nicht davon die Rede sein, daß sich die Stadt Rechte aus der Hand nehmen lassen wolle.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

XII. Erwerb von Straßenterrain am Wolfscampe.

Die Braunschweigische Baugenossenschaft beabsichtigt, auf ihrem an der Nordseite des Wolfscampes jenseits der Landesseisenbahn belegenen Grundstücke Wohnhäuser zu erbauen und hat um die Genehmigung dazu nachgesucht. Da die vor mehreren Jahren auf der Südseite der fraglichen Straßenstrecke errichteten kleineren Wohnhäuser zur Zeit zu den Straßenbaukosten nicht herangezogen werden können, durch den Ausbau der Straße aber eine erhebliche Werthsteigerung erfahren werden, so ist mit der Eigenthümerin dieser Gebäude, der Wittve Lütcherath, eine Vereinbarung erzielt worden, nach welcher Frau Lütcherath die zur Verbreiterung des Weges erforderlichen, 5 a 28 qm haltenden Theilflächen ihres Grundstückes der Stadt unentgeltlich abtritt und zu den Kosten des Ausbaues der Straße demnächst einen Zuschuß von 6000 M gewährt, während die Stadtgemeinde die Einfriedigung u. des vordersten Bauplatzes, unter Befreiung desselben von den Straßenbaukosten, auf die künftige Fluchtlinie zurücksetzt und die sämtlichen Lütcherath'schen Häuser an den künftigen Straßencanal anschließen läßt.

Der Magistrat giebt anheim, dieses Abkommen zu genehmigen und gleichzeitig die Errichtung von Gebäuden an dem in Rede stehenden Wege zu gestatten, sowie den unentgeltlichen Erwerb der von der Wittve Lütcherath und der Braunschweigischen Baugenossenschaft abzutretenden, 5 a 28 qm und bezw. 4 a 18 qm großen Straßenflächen gutzubeheßen.

was auch geschieht, nachdem Herr Südel namens der Finanzcommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

XIII. Die Rohrleitung von Thiederhall.

Die Gewerkschaft Thiederhall hat mit Rücksicht auf den früheren, für sie unannehmbaren Beschluß der Versammlung, nach welchem die Leitung eines Abwässerrohres durch städtisches Gebiet an die Bedingung des unbeschränkten jederzeitigen Widerrufsrechtes geknüpft war, ein neues Project ausarbeiten lassen, demzufolge die Leitung im weiten Bogen um die Stadt herum bei Broitzem und Lehn-

dorf vorbei angelegt werden und neben der Brücke der Landeseisenbahn im Eichthale die Oker erreichen sollte, hinterher jedoch im Hinblick auf den Umstand, daß diese Anlage gegenüber dem ursprünglichen Kostenanschlage von 150 000 M einen Mehraufwand von 30 000 M verursachen würde, nochmals um Zulassung der Anlage durch das städtische Gebiet hindurch und zwar entlang der Landeseisenbahn gebeten. Der Magistrat ist nach weiteren Verhandlungen über dieses Project zu der Ueberzeugung gelangt, daß es für die Stadt völlig unbedenklich sein würde, die Anlage unter bestimmten, hier auszugsweise mitgetheilten Bedingungen zuzulassen. Hiernach ist die Rohrleitung als eine an der unteren Seite offene Ableitung einzurichten, in solidester Weise und nach allen Regeln der Technik aus besten gußeisernen Röhren herzustellen und hat die Verlegung derselben in den städtischen Straßen nach Anweisung und unter Aufsicht eines städtischen Beamten zu erfolgen. Die von der Rohrleitung beschädigten Straßen sind nach Vorschrift des städtischen Beamten in dem früheren Zustande wieder herzustellen, auch muß jede vom Magistrate verlangte Aenderung oder Verlegung der Rohrleitung ausgeführt werden. Die Gewerkschaft hat jeden durch die Leitung etwa entstehenden Schaden sofort zu beseitigen und auch zu ersetzen. Die Stadt behält sich das Recht vor, je nach ihrem Belieben die Abwässer zur Reinigung städtischer Schmutzwässer unentgeltlich zu benutzen, zu diesem Zwecke muß die Gewerkschaft dem Magistrate gestatten, in die Rohrleitung einen Hydranten behufs jederzeitiger Entnahme solchen Abwassers einzubauen, oder sonstige technische Abfangvorrichtungen zu treffen. Wenn die Benutzung der Leitung aufhört, ist dieselbe sofort zu beseitigen. Soweit das Abzugsrohr in die Straßen und Wegekörper zu liegen kommt, ist dasselbe entweder mit einem Schutzrohre zu umgeben, oder aus Schmiedeeisen herzustellen. Zur Sicherung der von der Gewerkschaft übernommenen Verpflichtungen bestellt dieselbe eine Cautions von 3000 M durch Hinterlegung von Papieren. Der Magistrat behält sich ausdrücklich das Recht vor, die erteilte Erlaubniß zu widerrufen, wenn entweder die Gewerkschaft den ihr auferlegten Verpflichtungen zuwiderhandelt, oder wenn nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Magistrates die innerhalb der Stadt liegende Rohrleitung, bezw. die Ableitung der Abwässer durch dieselbe dauernde erhebliche Nachtheile für die Stadt, oder die von der Anlage berührten Grundstücke zur Folge haben sollte.

Der Magistrat giebt wiederholt seiner Ansicht Ausdruck, daß das Werk nicht nur für das Land, sondern auch für die Stadt Braunschweig von nicht zu unterschätzender Bedeutung werden könne und empfiehlt daher, die Benutzung der in Betracht kommenden städtischen Straßen und Wege zu der fraglichen Anlage zu genehmigen.

Die Finanzcommission ist, wie Herr Ramdohr berichtet, nach nochmaliger Prüfung der Sache mit dem Magistrate zu der Ueberzeugung gelangt, daß dieser

Industrie möglichst entgegenzukommen sei und daher nur empfohlen werden könne, der Vorlage unter den als ausreichend anzuerkennenden Bedingungen zuzustimmen. Die von Herrn F. Willies hieselbst bei der Herzoglichen Kreisdirection vorgebrachte und der Versammlung abschriftlich mitgetheilte Einsprache gegen die fragliche Anlage könne hier um so weniger in Betracht kommen, als ja etwaige Schädigungen der Anlieger von der Gewerkschaft zu ersehen seien.

Herr Lange glaubt, daß der Vorlage unter den mitgetheilten, der Zahl nach großen, dem Inhalte nach aber nicht sehr bedeutenden Bedingungen zugestimmt werden könne, sofern noch einige weitere, in einem früheren Beschlusse der Finanzcommission bereits zum Ausdruck gekommene, jetzt aber merkwürdigerweise nicht berücksichtigte Bedingungen dem Vertrage zugefügt würden. Er stelle deshalb den Antrag, den fraglichen Vertrag noch durch folgende Bedingungen zu ergänzen:

- 1) „Der Rohrstrang ist beim Eintritt in das städtische Gebiet mit einer Verschlussvorrichtung zu versehen, welche es ermöglicht, den auf dem städtischen Gebiete liegenden Rohrstrang in kürzester Zeit abzusperren.
- 2) Die Gewerkschaft Thiederhall ist verpflichtet, jederzeit sofort bei vor kommenden Störungen, Unzuträglichkeiten, Undichtigkeiten u. an dem auf städtischem Gebiete liegenden Rohrstrange diese Verschlussvorrichtung zu schließen und so lange unter Verschluss zu legen, bis jenen Uebelständen abgeholfen worden ist; entspricht sie dieser Verpflichtung nicht, so ist die Stadtverwaltung befugt, ohne Weiteres diese Schließung vorzunehmen zu lassen, ohne für etwaige sich hieraus ergebende Schäden und Nachtheile aufkommen zu müssen.“

Die Aufnahme dieser Bedingungen halte er für unbedingt nothwendig, damit bei eintretenden Rohrbrüchen und sonstigen Unannehmlichkeiten eine sofortige Abstellung der Leitung auf städtischem Gebiete erfolgen könne. Es liege dann im eigensten Interesse von Thiederhall, der Leitung die vollste Aufmerksamkeit zu widmen weil eine Schließung derselben mit einem Stillstande des Werkes gleichbedeutend sei. Man müsse sich gegen diese äußerst gefährlichen Laugen nach Kräften zu schützen suchen, denn Herr Professor Dr. Max Müller bezeichne dieselben nicht nur als äußerst giftig, sondern auch in Folge ihres großen Magnesiumgehaltes als auf Kalk, also auch auf Mauerwerk stark zerstörend wirkend. Am besten würde es sein, wenn die Anlage überhaupt nicht zur Ausführung käme, da dieselbe indessen anscheinend nicht zu vermeiden sei, so müßten alle nur möglichen Vorsichtsmaßregeln zum Schutze gegen diesen gefährlichen Stoff getroffen werden. Er bitte daher um Annahme seiner Anträge.

Herr Niß steht noch auf dem früheren Standpunkte, die Anlegung der Rohrleitung für unzulässig zu halten, sofern nicht der Stadt ein Einspruchsrecht offen gehalten werde. Es könnten ihn deshalb auch die 15. Clauseln nicht hindern, gegen

den Commissionsantrag zu stimmen. Daß irgend eine Gesellschaft ein Recht zur unentgeltlichen Benutzung städtischen Grund und Bodens haben solle, sei ein Vorgehen, dessen Tragweite berücksichtigt werden müsse, zumal er noch andere Sachen im Gefolge haben könnte. Die Gewerkschaft wolle ihr Geschäft nicht im Interesse des Marktes oder der Stadt, sondern allein im Interesse des Geldes treiben und sie werde nicht das Geringste thun, um der Stadt zu gefallen. Man wisse außerdem noch nicht einmal, welche Leute die Gewerkschaft besitzen werden und es lasse sich annehmen, daß man mit ähnlichen Verhältnissen wie bei der hiesigen Pferdebahn, deren Actien anfänglich zum Theile im Besitze hiesiger Einwohner gewesen seien, was bekanntlich schon lange nicht mehr zutrefte, zu rechnen habe. Sollte indessen der Commissionsantrag dennoch angenommen werden, so bitte er, noch folgende Bedingungen in den Vertrag aufzunehmen:

- 1) „Der Abschluß des Rohrnetzes vor dem Eintritt in die Stadt ist für die Stadtverwaltung zu jeder Zeit zugänglich.
- 2) Die Anlage des fraglichen Abflusses und die stete Aufsicht über die Gebrauchsfähigkeit desselben geschieht unter Aufsicht der Städtischen Bauverwaltung.“

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt zunächst Herrn Lange gegenüber, daß der von demselben angezogene frühere Beschluß der Finanzcommission weder verlesen noch zu den Acten genommen sei und in Folge dessen nicht habe berücksichtigt werden können, zumal auch die Gutachten der von dem Magistrate gehörten Sachverständigen dem von Herrn Lange angezogenen Gutachten vollständig widersprechen. Jedenfalls seien die Lange'schen Zusatzanträge praktisch und auch für Thiede annehmbar. Den Standpunkt des Herrn Rieß dürfe man dagegen nicht theilen. Wenn auch die Stadt sagen könne: seht zu, wie Ihr mit Euren Abwässern in die Oker kommt, so müsse die Verwaltung sich der Industrie gegenüber doch auf einen anderen, wohlwollenderen Standpunkt stellen, denn wo solle wohl die Industrie bleiben, wenn man ihr nicht etwas entgegenkomme? Nachdem durch die von Herrn Lange vorgeschlagenen Clauseln die größtmögliche Sicherheit für die Stadt gewährleistet werde, könnte man der Gewerkschaft wohl auch das Recht zur Legung der Rohrleitung endlich einräumen. Vorausichtlich werde letztere auch gegen die von Herrn Rieß in Vorschlag gebrachten Bedingungen nichts einzuwenden haben.

Herr Halle möchte bitten, die Vorlage abzulehnen, weil man heute noch nicht wissen könne, welche Unannehmlichkeiten der Stadt aus dieser Anlage erwachsen würden. Aus den sich widersprechenden Gutachten der Fachgelehrten sehe man recht deutlich, daß selbst diese Herren sich über die Art des von Thiederhall abzuleitenden Stoffes noch nicht klar seien. Wenn die Gewerkschaft für den fraglichen Canal eine Summe von 150 000 M. ausgeben wolle, so verschlage es auch nichts,

noch 30 000 M mehr anzuwenden, und dann brauche das städtische Gebiet gar nicht berührt zu werden.

Herr Nieß hält es für nothwendig, noch die Bedingung aufzunehmen, daß die Benutzung der Rohrleitung seitens der Stadt verboten werden könne, sofern Thiederhall seine Fabrication ändere und die Production eine andere, noch schädlichere Form annehme; er beantrage deshalb die Aufnahme folgender Bedingung:

Verändert Thiederhall seine Verarbeitung der Bergwerksproducte in einer solchen Weise, daß die Abgänge ihre Natur verändern und schädlicher als vorher werden, so steht der Stadtverwaltung das Verbotungsrecht der Benutzung der Rohrleitung im Stadtgebiete zu.

Herr Wolff I muß gestehen, daß die Bedenken der Herren Nieß und Halle ihm übertrieben erscheinen, während er den praktischen Vorschlägen des Herrn Lange beistimme. Der Antrag der Gewerkschaft sei auf das Sorgfältigste von den zuständigen Landesbehörden geprüft worden und die Herzogliche Landesregierung — welche doch sicher auch ein Interesse daran habe, daß solche Anlage den Anliegern nicht zum Nachtheile gereiche — habe nicht nur nichts dagegen zu erinnern gefunden, sondern auch die Bedenken des Magistrats hinsichtlich der Oefverunreinigung nicht getheilt, indem im Gegentheile angenommen worden, daß diese Abwässer vortheilhaft seien, woraufhin der Magistrat sogar in Aussicht genommen habe, dieselben zu Desinficirungszwecken zu benutzen. Die ganze Anlage werde im Körper der Landeseisenbahn geführt und berühre den städtischen Grund und Boden nur an den Straßenübergängen derselben, woselbst das Rohr durch besondere Schutzvorrichtungen geschützt, oder aus Schmiedeeisen hergestellt werden solle. Demnach seien alle nur möglichen Vorsichtsmaßregeln getroffen, um die Leitung ungefährlich zu machen. Nachdem sich jetzt die Stadt auch noch das Recht der jederzeitigen Aufhebung der Leitung für den Fall vorbehalten habe, daß dieselbe sich von dauerndem Nachtheile für die Stadt erweise, trage er nicht die leisesten Bedenken mehr, der Vorlage zuzustimmen. Aus den Worten der Herren Halle und Nieß scheine ihm eine gewisse Abneigung gegen die Großindustrie herauzutönen (Widerspruch), denn er glaube nicht, daß sich sonst noch Widerspruch in der Versammlung finde. Die Großindustrie wirke aber außerordentlich befruchtend auf unsere ganze städtische Entwicklung, und besonders Braunschweig habe nach dem Zurückgehen seines Handels fast Alles der Großindustrie zu danken. Braunschweig sei eine Industriestadt und müsse daher alles Mögliche thun für eine neue Industrie, welche sich in seiner Nähe ansiedeln wolle und für die Stadt viel Geld einbringen könne, selbst wenn städtische Kräfte an dem Unternehmen nicht theilhaftig sein sollten. Einen unmittelbaren Vortheil dürfte das Unternehmen insofern bieten, als die bei der Landeseisenbahn erheblich theilhaftige Stadt aus der steigenden Eisenbahn-Dividende Nutzen ziehen und auch der städtische Hand-

weiter dort Beschäftigung und Verdienst finden werde. Aus allen diesen Gründen glaube er empfehlen zu sollen, dem Commissionsantrage mit den sich auf das Aufsichtsrecht der Stadt beziehenden Zusatzanträgen der Herren Lange und Nieß zuzustimmen.

Nachdem hierauf Herr Ramdohr einige Stellen aus den vorliegenden Sachverständigen-Gutachten der Herren Professor Dr. Beckurts und Professor Dr. von Pettenkofer, sowie aus dem Gutachten der Herzoglichen Kreisdirection und des Magistrats in Staßfurt verlesen und durch dieselben nachgewiesen hatte, daß ein Theil der in der Versammlung vorgetragenen Bedenken grundlos seien, nimmt nochmals

Herr Halle das Wort, um zunächst dagegen zu protestiren, daß seine Bedenken aus Uebelwollen gegen die Großindustrie entsprungen sein sollten, das treffe nicht zu, sondern er habe allein die Interessen der Allgemeinheit im Auge und kümmere sich nicht darum, ob eine einzelne Industrie darunter leide oder nicht. Er halte es aber im Interesse der Stadt für wünschenswerth, solchen Rohrstrang so weit als möglich um dieselbe herumzulegen. Da Thiederhall mit einem Mehraufwande von 30000 M. allen den hier vorgetragenen Bedenken entgehen könne, so erscheine es ihm für die Gewerkschaft nur zweckmäßig zu sein, diesen Betrag noch aufzuwenden und die Stadt mit der Leitung zu verschonen.

Herr Lange will noch darauf hinweisen, daß das Pettenkofer'sche Gutachten sich nur auf die desinficirende Wirkung des Chlormagnesiums beziehe, während Herr Prof. Dr. Müller besonders die zerstörende Wirkung, welche diese Laugen auf gemauerte Bassins, Canäle u. ausüben, betont habe, so daß es ihm unzulässig erscheine, die Canäle mit diesen Laugen auszuspülen. In Staßfurt seien früher die Abwässer in gemauerte Cementbassins geleitet, wobei sich aber herausgestellt habe, daß letztere durch die Laugen vollständig zerstört worden seien. In Mischersleben habe man von solchen Canälen überhaupt Abstand genommen und sofort eiserne Röhren mit einer gegen hier bedeutenden Weite von 250 bis 400 mm angelegt, so daß ein Betrag von 30000 M. hierbei gar keine Rolle spielen könne, zumal die Gesellschaft in Mischersleben zwei verschiedene Rohrstränge in einer Ausdehnung von 25 km habe legen müssen. Trotzdem wolle er aber nicht gegen die Zulassung sein, sofern die von Herrn Nieß und ihm vorgeschlagenen Sicherheitsmaßregeln getroffen werden.

Herr Nieß legt ebenfalls gegen die ihn betreffende Aeußerung des Herrn Wolff I Protest ein und bemerkt, daß er einer Gesellschaft, welche sich weigere, der Stadt ein Einspruchsrecht zuzugestehen, kein Recht an städtischem Grund und Boden einräumen könne.

Nachdem der Herr Vorsitzende die Art der nunmehr folgenden Abstimmung erläutert hatte, wird zunächst die reine Magistratsvorlage abgelehnt und darauf

diese Vorlage mit den Zusatzanträgen des Herrn Lange und den beiden ersten Zusatzanträgen des Herrn Rieß mit 12 Stimmen angenommen, wodurch der letzte Zusatzantrag desselben hinfällig wird.

XIV. Functionszulagen für die städtischen Baumeister.

Der Magistrat beantragt, den drei städtischen Baumeistern mit Rücksicht auf die den staatlichen höheren Baubeamten gewordene Aufbesserung eine Functionszulage von je 300 M jährlich und zwar anfangend am 1. April d. Js. bis zu anderweiter Festsetzung des statutarisch erlassenen Normalstats für die städtischen Baubeamten zu gewähren, um auf diese Weise den zwischen den Bezügen der städtischen und staatlichen Baumeister entstandenen erheblichen Unterschied im Interesse des städtischen Dienstes zu beseitigen.

Wenn die städtischen Baumeister in, den staatlichen höheren Baubeamten entsprechenden Gehaltsverhältnissen verbleiben sollen, müssen, wie Herr Lüderßen namens der Statutencommission ausführt, die Gehälter in der vorgeschlagenen Weise erhöht werden. Es sei auch ganz praktisch, den Normal-Stat nicht sofort zu erhöhen, weil wohl die übrigen Beamtengehälter ebenfalls geprüft werden müßten. Die Commission empfehle daher die Annahme der Magistratsvorlage.

Herr Riese will zugestehen, daß die Gehaltsverhältnisse der städtischen Baubeamten mit denen der entsprechenden staatlichen Beamten nicht im Einklange stehen; er müsse indessen darauf hinweisen, daß man die Bitte der städtischen Unterbeamten und Arbeiter um Einkommensverbesserung in diesem Frühjahr zuerst abgelehnt und denselben später eine Lohnerhöhung von 5 oder 8 % gewährt habe. Er möchte daher ersuchen, auch den Verhältnissen der Unterbeamten Rechnung zu tragen und nicht nur bemüht zu sein, den höheren Beamten etwas zuzuwenden. Zweckmäßig sei es jedenfalls nicht gewesen, den im Laufe des Winters von Herrn Rieß gestellten Antrag auf Erhöhung des Einkommens der unteren städtischen Beamten einfach abzulehnen.

Nachdem der Herr Vorsitzende hierzu bemerkt hatte, daß s. B. von Herrn Rieß kein Antrag, sondern nur eine bezüglichliche Anfrage gestellt sei, daß indessen ein solcher Antrag jetzt vorliege und demnächst zur Berathung komme, wird die Vorlage angenommen.

XV. Selbstständiger Antrag des Herrn Riese auf Anstellung einer Enquête über die hiesigen Wohnungsverhältnisse etc.

Der in der Sitzung vom 23. Januar d. Js. gestellte Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, im Verein mit Herzoglicher Polizei-Direction

- 1) eine Erhebung über sämmtliche Wohnungen der Stadt betreffs ihres Höhen- und Luftraumes,
- 2) eine Untersuchung sämmtlicher Höfe betreffs der Kloaken anzustellen und
- 3) statutarische Bestimmungen betreffs des ersten Bezuges neuerbauter Wohnungen baldmöglichst zu erlassen."

In der Statutencommission ist, wie Herr Blasius ausführt, anerkannt worden, daß dieser Antrag sich auf zwei wesentlich verschiedene Sachen erstreckt, nämlich einmal auf eine Erhebung über die vorhandenen Wohnungen und Höfe und dann auf das Beziehen neu erbauter Wohnungen. Hinsichtlich des ersteren Punktes sei anzuerkennen, daß im Innern der Stadt Braunschweig eine große Menge von Wohnungen besonders für kleinere Leute bestehe, welche in keiner Weise den Anforderungen der öffentlichen Gesundheitspflege hinsichtlich der Dicht- und Luftverhältnisse entsprechen und daß bereits im Jahre 1884, als sich die Cholera Central-Europa näherte, eine derartige Enquête besprochen, aber nicht ausgeführt worden sei. Da nun auch das Herzogliche Staatsministerium sich in Folge verschiedener Petitionen mit der vorliegenden Frage beschäftigt und für dieselbe Interesse gezeigt und auch die Straßburger Versammlung des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege diese Frage durchberathen habe, so bringe die Commission im Einverständnisse mit dem Herrn Antragsteller folgenden Antrag in Vorschlag:

"Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, sich mit dem Herzoglichen Staatsministerium ins Einvernehmen zu setzen zwecks einer Revision der Landes-Baugesetzgebung bezüglich der Verbesserung der bestehenden kleineren älteren Wohnungen in gesundheitlicher Beziehung."

Zur Begründung dieses Antrages sei zu bemerken, daß sich nur durch eine Abänderung des Landes-Baugesetzes Abhilfe in dieser Beziehung beschaffen lasse und daher das Herzogliche Staatsministerium um die Veranlassung solcher Aenderung angegangen werden müsse.

Hinsichtlich des zweiten Punktes habe man ebenfalls allseitig in der Commission anerkannt, daß insofern ein großer Uebelstand in der Stadt bestehe, als sehr häufig anscheinend ganz trockene, in Wirklichkeit aber noch vollständig nasse Wohnungen von Miethern bezogen werden. Wenn es nun auch in der freien Wahl des Miethers stehe, sich eine gesunde, trockene Wohnung zu nehmen, so müsse andererseits zugestanden werden, daß demselben öfter eine für den Nichtfachverständigen ganz trocken erscheinende, in Wirklichkeit aber noch ziemlich feuchte Wohnung angeboten werde. Es sei dann auch in der Commission darauf hingewiesen, welche große Gefahr für den Miether in solcher Wohnung liege, indem dieselbe der Ventilation, dem Durch-

tritte der frischen Luft durchaus entgegenstehe, indem außerdem in Folge der Feuchtigkeit der Wände Erkältungen und sonstige Krankheiten vielfach entstehen und zur Bildung von Pilzen Gelegenheit gegeben werden könne. Da nun ferner in verschiedenen Staaten Deutschlands, z. B. in Sachsen, bereits bezügliche bausegesetzliche Bestimmungen über das Beziehen von Wohnungen in Neubauten bestehen, in dem hiesigen Bausegese aber solche Bestimmungen noch fehlen und dieselben daher auch im Ortsbaustatute nicht vorgesehen sein können, so schlage die Commission weiter vor:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, das Herzogliche Staatsministerium zu bitten, das Landes-Bausegese in der Hinsicht einer Revision zu unterwerfen, daß das Beziehen neu erbauter Wohnungen gesetzlich geregelt werde.“

Beiden Anträgen der Commission wird seitens der Versammlung ohne weitere Verhandlung zugestimmt.

XVI. Erwerb von Straßenterrain an der Vertramstraße.

Die Erben des verstorbenen Bäckermeisters Langenheim haben sich bereit erklärt, von ihrem an der Vertramstraße belegenen Grundstücke eine 39 qm haltende Theilfläche an die Stadtgemeinde abzutreten, wenn ihnen eine Grundentschädigung von 8 M und die zu 180,70 M veranschlagten Kosten der Verlegung der z. Z. in dem abzutretenden Terrain liegenden Haustreppe vergütet werden, mit welchem Antrage sich der Magistrat einverstanden erklärt.

Herr Wolff I befürwortet namens der Finanzcommission die Vorlage, deren Annahme beschloffen wird.

XVII. Vermehrung der Straßenlaternen.

In Folge der in der Sitzung vom 24. April gegebenen bezüglichen Anregungen beantragt der Magistrat auf Befürwortung der Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke noch 10 Gascandelaber und 5 Petroleumlaternen aufzustellen, sowie 5 Laternen zu versehen und hierfür einen Kostenbetrag von 1850 M. zu verwilligen. Die neuen Laternen sollen folgenden Platz erhalten: Petriithorpromenade 1 Candelaber, Helmstedterstraße, Südseite, 7 Candelaber, und Kastanienallee 2 Candelaber; Helenenstraße 4 Petroleumlaternen und Kl. Cafernenstraße 1 Petroleumlaterne, während an der Helmstedterstraße 2 und an der Kastanienallee 3 Laternen zu versehen sind.

Die Finanzcommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Sievers dem Magistratsantrage an, worauf derselbe zur Annahme gelangt.

XVIII. Pachtvertrag zum Zwecke einer Canalanlage am Altemwiekringe.

Zur Canalisirung des demnächstigen Altemwiekringes auf der Strecke zwischen Kaiser Wilhelm- und Husarenstraße beabsichtigt der Magistrat von den betr. Anliegern einen Terrainsstreifen von 12 m Breite vom 1. Juli d. Js. bis dahin zu erpachten, daß dieser Straßentheil ausgebaut werden wird und ersucht daher um Genehmigung des abgeschlossenen bezüglichlichen Vertrages, nach welchem die Eigenthümer einen Pachtpreis von 5 M pro qm erhalten.

Der Vertrag hat der Finanzcommission, für welche Herr Wolff I Bericht erstattet, keinen Anlaß zu Bedenken gegeben und wird daher zur Annahme empfohlen,

welchem Antrage sich die Versammlung anschließt.

XIX. Verwilligung der Kosten für eine gefellige Vereinigung der Teilnehmer an der Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege.

Der Magistrat beantragt, ihm behufs Veranstaltung einer gefelligen Vereinigung der Teilnehmer an der im laufenden Jahre hier stattfindenden Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in den Festräumen des Altstadt-Kathhauses eine Summe bis zu 600 M zur Verfügung zu stellen. Diese Summe soll dazu dienen, die Kosten der Decoration des Rathhauses, einer Illumination der Lauben und des Platzes, der Gasbeleuchtung des Hauptsaaes und der Beschaffung von Musik zu bestreiten.

Die Statutencommission hat, wie der Herr Vorsitzende bekannt giebt, gegen die Vorlage schon mit Rücksicht darauf nichts einzuwenden, daß der fragliche Verein wesentlich das Gemeinwohl fördernde Interessen verfolgt und befürwortet demnach die Annahme derselben,

welche von der Versammlung beschlossen wird.

XX. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Herrichtung einer Fußgängerbrücke am Wasserthurme.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, daß derselbe seine Zustimmung zum Bau einer Fußgängerbrücke über den Okerarm in der Nähe des Wasserthurmes nach dem Staatsbahnhofe geben und eventuell eine bezüglichliche Vorlage machen wolle.“

Zur Begründung bezieht sich Herr Günther auf die vorhin gepflogenen Verhandlungen über die Freigabe der Brücke an der Reinigungsstation und bemerkt weiter, daß er die Schaffung einer näheren Verbindung zwischen dem Augustthore

und dem Staatsbahnhofe für erforderlich halte und daher um Unterstützung seines Antrages bitte.

Der Antrag wird genügend unterstützt der Statutencommissiön zur Vorberathung überwiesen.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch bekannt gegeben hatte, daß Herr Günther seinen in einer früheren Sitzung gestellten Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung auf sich beruhen lassen wolle,
wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher gemeinschaftlicher Sitzung erledigt die Versammlung eine Reihe Canalsteuer-Reclamationen, während die vertrauliche Sitzung der Stadtverordneten die Pensionsansprüche des Stadtsecrétaires feststellt, den Pflegehaus-Aufseher Göbe zum städtischen Executor wählt, eine Testamentsabgabe niederschlägt und den Kaufmann Th. Bähr zum Armenpfleger bestellt.

Schluß 7 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 3. Juli 1890.

Öffentlich:

I. Erwerb von Theilflächen an der Salzdhumerstraße	Seite 156.
II. Wahl einer Deputation zur Vorberathung der anderweiten Veranlagung der hiesigen Steuerpflichtigen	" 156.
III. Aufnahme kleinerer Anleihen seitens der Stadt	" 157.
IV. Verkauf von Exemplaren des neuen Stadtplanes	" 157.
V. Aenderweite Baulinie an der Kuh- und Mandelnstraße	" 157.
VI. Desgl. an der Wendenstraße	" 158.
VII. Erwerb einer Theilfläche an der Marienstraße	" 158.
VIII. Aenderung des Ortsbauplanes vor dem Wilhelmitore	" 158.
IX. Erwerb von Straßenflächen an der Kreuzstraße	" 159.
X. Verlängerung des Wasserrohres in der Kramerstraße	" 159.
XI. Austausch von Theilgrundstücken an der Ludwigstraße	" 159.
XII. Des Bauprogramm für das neue Stadthaus	" 159.
XIII. Verwendung eines Staatszuschusses zu den Gemeindefasten	" 172.
XIV. Abtretung von Böschungsterrain und Aenderung der Baulinie am Wendenringe	" 172.
XV. Ortsbauplan an der Sonnen- und Echtenstraße	" 173.
XVI. Verkauf von Grundflächen der früheren Schützenmajsh	" 174.
XVII. Erwerb eines Schulhausplatzes und Aenderung des Ortsbauplanes an der Juliusstraße	" 174.
XVIII. Legung des Wasserrohres in der Kreuzstraße	" 178.
XIX. Anstellung eines Schreibers bei der Städtischen Bauverwaltung	" 179.
XX. Straßenbautkosten der Leonhardstraße	" 179.

XXI.	Selbstständiger Antrag des Herrn G ü n t h e r auf Anlegung einer Fußgängerbrücke am Wasserturme	Seite 179.
XXII.	Nachverwilligung von Kosten für die parkartige Instandsetzung des Gänsewinkels	180.
XXIII.	Selbstständiger Antrag des Herrn R i e ß auf Erhöhung der Beamtengehälter	181.
XXIV.	Desgl. auf Ausschmückung der Theaterbrücke	181.
XXV.	Desgl. auf anderweite Festsetzung der Fahrzeiten für die Pferdebahn	182.
Vertraulich:		
	Anstellung eines Lehrers für die städtische höhere Mädchenschule	182.
	Reclamationen verschiedener gewerblichen Etablissements gegen die Veranlagung zu besonderen Begegnungsbeiträgen	182.
	Wahl eines Mitgliedes in die Einkommensteuer-Einschätzungs-Commission	182.
Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.		
	Heranziehung Fremder zur Gemeindesteuer	182.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister P o c k e l s und Stadträthe G ö t t e , H a a k e , K e t e m e y e r und M e y e r , sowie Gerichtsassessor von F r a n k e n b e r g - L u d w i g s d o r f f .

Entschuldigt die Herren J a s p e r , K e u t e r , R i m p a u , S c h w a r z e n b e r g , S e e l e und W o l f f II.

I. Erwerb von Theilflächen an der Salzdhahumerstraße.

Der Gastwirth W o d e beabsichtigt, auf seinem, an der Salzdhahumerstraße gelegenen, sowie auf dem von ihm angekauften, zur Zeit jedoch noch auf den Namen des Maurers Zapfe eingetragenen Nebengrundstücke ein größeres Gebäude zu errichten und haben sich beide Eigenthümer bereit erklärt, das zur Verbreiterung der fraglichen Straße erforderliche Terrain von insgesammt 2 a 2 qm zum Einheitspreise von 15 M an die Stadtgemeinde abzutreten.

Der Magistrat ersucht, den dieserhalb abgeschlossenen notariellen Vertrag gutzuheißen,

was auch geschieht, nachdem Herr H a l l e namens der Statutencommission die Genehmigung desselben befürwortet hatte.

II. Wahl einer Deputation zur Vorberathung der anderweiten Veranlagung der hiesigen Steuerpflichtigen.

In Ausführung des Landesgesetzes vom 29. Mai d. Jz., betreffend Abänderung des §. 195 der Revidirten Städteordnung für das Herzogthum Braunschweig, ersucht der Magistrat, zur Vorberathung der anderweiten Veranlagung der hiesigen steuerpflichtigen Einwohner zur Gemeindesteuer eine Deputation auf Grund von

§. 110 der Revidirten Städteordnung zu bilden. Die Bestimmung der Mitgliederzahl solcher Deputation soll der Versammlung überlassen bleiben.

Auf Vorschlag der Statutencommission, für welche Herr Halle berichtet, werden die Herren Natalis, Semler, Sievers und Wolff I in diese Deputation abgeordnet.

III. Ausnahme kleinerer Anleihen seitens der Stadt.

Für die im diesjährigen außerordentlichen Etat der Stadtcasse vorgesehenen einmaligen Verwendungen fehlen mit Einschluß eines bedarfsmäßigen Zuschusses von 150 000 M zum Neubaufonds der Wegebaukasse Deckungsmittel in Höhe von insgesammt 350 000 M. Da die Mittel der Obligationenanleihe des Kreis-Comunalverbandes von 1887 erschöpft, bezw. zur Zeit nicht flüssig sind, zur Aufnahme einer neuen Obligationenanleihe es aber augenblicklich an genügendem Anlaß fehlt, so beabsichtigt der Magistrat, die Fehlsummen des diesjährigen außerordentlichen Stadtcassenetats durch die schon früher vom Herzoglichen Staatsministerium genehmigte Aufnahme kleinerer, in der Grenze zwischen je 300 M und 10 000 M sich haltender Anleihen auf den allgemeinen Credit der Stadtgemeinde mit $3\frac{1}{2}$ procentiger Verzinsung und gegen halbjährliche Kündigung aufzunehmen und beantragt daher, sich damit einverstanden zu erklären, daß die zur Zeit auf 147 200 M festgesetzte Höchstgrenze der Gesamtheit solcher Anleihe auf den Betrag von 500 000 M erhöht werde.

Namens der Finanzcommission befürwortet Herr Wolff I die Vorlage, welche darauf von der Versammlung angenommen wird.

IV. Verkauf von Exemplaren des neuen Stadtplanes.

Die Anfertigung der neuen Ortsbaupläne hat einen Kostenaufwand von 1852 M 60 S. verursacht, so daß sich der Einzelpreis auf 6 M 20 S stellt. Der Magistrat giebt anheim, den Preis der zu veräußernden 200 Stück Pläne auf 6 M für das Stück festzusetzen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, geschieht.

V. Anderweite Baulinie an der Kuh- und Mandelnstraße.

Das an der Ecke von Kuh- und Mandelnstraße belegene Haus der Wittwe Böske soll durch einen Neubau ersetzt werden. Die nach dem Vorschlage des Stadtbauamtes sich ergebende Verbreiterung und Begrabigung der Mandelnstraße hält der Magistrat bei der geringfügigen Bedeutung der letzteren für den durchgehenden Verkehr im vollen Umfange nicht für geboten, sondern glaubt, daß eine geringere Verbreiterung vollständig genügt und bittet daher, eine anderweite Baulinie zu

genehmigen. Bei Durchführung derselben würden vom jetzigen Terrain der Kuhstraße dem Bösch'schen Grundstücke etwa 7,5 qm zuzulegen und von diesem Grundstücke zur Verbreiterung der Mandelnstraße etwa 5,5 qm an die Stadt abzutreten sein. Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, beide Flächen gegen einander auszutauschen und von einer Vergütung der geringen Differenz abzusehen.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Nieß in jeder Beziehung empfehlen, da durch die in Aussicht genommene anderweite Baulinie dem dringendsten Erfordernisse abgeholfen werde.

Die Vorlage wird angenommen.

VI. Anderweite Baulinie an der Wendensstraße.

Der Hof-Tischlermeister Osterloh beabsichtigt, auf seinen beiden an der Wendensstraße belegenen Grundstücken einen Neubau aufzuführen und ersucht der Magistrat, von demselben das zur Straße erforderliche Terrain von insgesammt 11,3 qm zum Preise von 50 M pro qm, unter Bewilligung von 565 M anzukaufen und sich auch mit der Festsetzung einer anderweiten Baulinie für beide Seiten der Wendensstraße von der Boßtwete, bezw. dem Rätzhagen ab bis zur Einmündung des Werders einverstanden zu erklären.

Die Baucommission findet, wie Herr Nieß mittheilt, gegen die Magistratsanträge nichts einzuwenden und empfiehlt deren Annahme, welche von der Versammlung beschlossen wird.

VII. Erwerb einer Theilfläche an der Marienstraße.

Der Bauunternehmer Gnad hat von seinem in der Feldmark Altewief belegenen Grundstücke eine zur Fortführung der Marienstraße erforderliche, 8 a 27 qm haltende Theilfläche an die Stadtgemeinde unentgeltlich abgetreten, welchen Erwerb der Magistrat zu genehmigen bittet,

was geschieht, nachdem Herr Halle diesen Erwerb namens der Statutencommission befürwortet hatte.

VIII. Aenderung des Ortsbauplanes vor dem Wilhelmithore.

Der Fabrikant Luther will auf der hinter seiner Fabrik belegenen Länderei eine Eisengießerei erbauen und hat deshalb um Aufhebung der dort projectirten Straßenstrecke, nämlich der Fortsetzung einer in Folge Beschlusses der städtischen Behörden bereits aufgehobenen Straße, gebeten. Das Stadtbauamt hat diesem Antrage unter der Voraussetzung zugestimmt, daß Luther die bei Aufhebung der fraglichen Straßenstrecke in Frage kommenden Grundstücke bereits erworben habe und giebt der Magistrat, da diese Voraussetzung erfüllt ist, anheim, die Aufhebung der Straße zu genehmigen,

welchem Antrage die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, zustimmt.

IX. Erwerb von Straßenflächen an der Kreuzstraße.

Behufs Ausführung der Arbeiten zur Canalisirung und Instandsetzung des westlichen Theiles der Kreuzstraße ist der stadtseitige Erwerb von Theilflächen mehrerer der angrenzenden Grundstücke erforderlich. Der Magistrat beantragt, den dieserhalb aufgenommenen Vertrag, nach welchem die Anlieger eine Entschädigung von 3 M pro qm des abgetretenen Terrains erhalten, zu genehmigen.

Herr Krahe unterstützt diesen Antrag namens der Baucommission, worauf derselbe angenommen wird.

X. Verlängerung des Wasserrohres in der Kramerstraße.

Auf Antrag der Commandit-Gesellschaft Kämpfe & Hütner ersucht der Magistrat um Genehmigung zur Verlängerung des Wasser-Hauptrohres in der Kramerstraße um 36 m unter Verwilligung von 194 M 65 S, Kosten. An die Ausführung dieser Arbeit wird die Bedingung geknüpft, daß mindestens ein Betrag von 31 M jährlich für Wasser zu bezahlen sein wird.

Der Vorlage stimmt die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, zu.

XI. Austausch von Theilgrundstücken an der Ludwigstraße.

In Folge vorschriftsmäßig genehmigter Verlegung der Ausmündung der Ludwigstraße wird der stadtseitige Erwerb einiger 5 a 23 qm großen Theilflächen der angrenzenden Pläne der Firma Fröhlich & Baumtauff erforderlich, während andererseits der letzteren ein Theil des früher zur Straße bestimmten, 2 a 37 qm großen und der Stadt bereits aufgelassenen Terrains zurückzugeben ist. Der Magistrat ersucht, ihn zur unentgeltlichen Abgabe, bezw. zum unentgeltlichen Erwerbe dieser Flächen zu ermächtigen,

was auf Befürwortung des Herrn Nieß, welcher für die Baucommission berichtet, geschieht.

XII. Das Bauprogramm für das neue Stadthaus.

Gemäß dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vom 30. April 1885 soll das zu errichtende neue Stadthaus seinen Platz thunlichst im Mittelpunkte der Stadt an einer Hauptstraße erhalten und, wenn auch nicht als Monumentalbau, so doch im Style eines architektonisch hervorragenden Bauwerks aufzuführen sein.

Das Gebäude soll die gesammte Stadtverwaltung räumlich insoweit in sich vereinigen, als in demselben alle diejenigen Geschäftsräume untergebracht werden

können, welche derzeitig im Stadthause sich vorfinden (Magistrat, Bauverwaltung, Stadtcasse, Armenverwaltung, Standesamt); ebenso soll es den Sitzungsaal und die sonst erforderlichen Räume für die Stadtverordnetenversammlung und für die städtischen Verwaltungsdeputationen enthalten, auch das Stadtarchiv mit der Stadtbibliothek in sich aufnehmen, wogegen die Frage wegen Errichtung einer Dienstwohnung des Magistratsvorsitzenden bis nach Vorlegung genereller Kostenanschläge offen gehalten werden sollte.

Nach Feststellung des durch den Neubau zu befriedigenden Bedürfnisses hinsichtlich der Anzahl, Größe und gegenseitigen Lage der den einzelnen Verwaltungszweigen zu überweisenden Geschäftsräume, hat der Magistrat die Städtische Bauverwaltung beauftragt, nach Anleitung dieses Programmes eine vorläufige Grundrißskizze mit und ohne Dienstwohnung des Magistratsvorsitzenden zu entwerfen, sowie die muthmaßlichen Baukosten zu überschlagen. Die Städtische Bauverwaltung hat sodann mittelst Berichts vom 1. Januar 1888 zwei eine Grundfläche von je 35 a in Anspruch nehmende Projecte vorgelegt, von denen das eine als Bauplatz die Grundfläche des vormaligen Collegium Carolinum unter Hinzunahme der angrenzenden Grundstücke am Hagenscharrn, Bohlwege und Hagenmarkte, das andere aber diejenige Fläche in Betracht zieht, welche südlich von der Durchbruchstraße zwischen Bohlweg und Ruhfäutchenplatz und südöstlich von der letzteren, bezw. dem Wilhelmsplatze belegen ist. Nachdem der städtische Grundbesitz an dieser Durchbruchstraße durch Ankauf des Meyer'schen Hauses vergrößert worden war, hat die Städtische Bauverwaltung zwei neue Skizzen über die Aufführung des Stadthauses mit und ohne Dienstwohnung auf den letztbezeichneten Flächen angefertigt, zugleich aber auch die Frage geprüft, ob nicht etwa zum Bauplatze für das Stadthaus diejenige Fläche auszuersuchen sei, welche aus dem Exercierhofe der Husarenkaserne am Magnithore gebildet und demnächst in den Besitz der Stadt gelangen wird. Für die Wahl des letzteren Platzes kann sich der Magistrat trotz der billigeren Grundfläche nicht aussprechen, weil das Stadthaus hier an der Peripherie der den hauptsächlichsten Geschäftsverkehr in sich schließenden Innenstadt liegen und diese Lage den Verkehr des Publikums mit den verschiedenen Zweigen der Stadtverwaltung, bezw. den Verkehr der letzteren mit den staatlichen Dienststellen erheblich erschweren würde, namentlich wenn man die außerordentlich engen und unzulänglichen Verbindungsstraßen am Magnithore, Delschlagern und an der Langedammstraße berücksichtige. Ebenso hat der Magistrat von einer Verfolgung des Planes, den Stadthausbau auf der Fläche des vormaligen Collegium Carolinum aufzuführen, unter Anerkennung der berichtlichen Ausführungen der Städtischen Bauverwaltung Abstand genommen, vielmehr giebt der Magistrat anheim:

sich damit einverstanden zu erklären, daß das neue Stadthaus auf der südlich von der Durchbruchstraße zwischen Bohlweg und Ruhfäutchen-

platz und südöstlich von derselben, bezw. dem Wilhelmsplatze belegenen Fläche aufgeführt werde.

Zu der Erörterung des Bauprogrammes übergehend, bringt der Magistrat in Vorschlag, zu beschließen, daß

von der Errichtung einer Dienstwohnung für den Vorsitzenden des Magistrats zur Zeit abgesehen werde,

und zwar aus folgenden Gründen: Nach dem Ueberschlage der Städtischen Bauverwaltung würde ein selbstständiges Dienstwohnungsgebäude ohne den Bauplatz etwa 113 000 M kosten, ein Einbau solcher Dienstwohnung in das Stadthaus selbst dürfte aber wohl kaum billiger zu stehen kommen und daneben eine wirtschaftliche und wohnliche Zusammenlegung der einzelnen Räume kaum zulassen. Außerdem würde die Beschaffung einer solchen Dienstwohnung im Interesse des Dienstes zwar wünschenswerth, aber nicht unter allen Umständen nothwendig sein und dann könnte auch späterhin die Errichtung der Wohnung auf der Grundfläche des Meyer'schen Hauses am Langenhofe, in Erweiterung des Stadthauses oder mittels eines selbstständigen Anbaues jederzeit erfolgen.

Da in der Zwischenzeit für das Standesamt eine befriedigende Unterkunft in dem früheren Predigerhause zu St. Martini geschaffen worden ist und demnächst die Errichtung eines zweiten Standesamtes möglichst im Osten der Stadt erforderlich werden wird, so giebt der Magistrat mit Rücksicht hierauf und auf den ferneren Umstand, daß für das Standesamt ein Raumbedürfniß von 200 qm angenommen werden müsse, anheim, sich damit einverstanden zu erklären,

daß von Beschaffung der Geschäftsräume für das Standesamt in dem Neubau des Stadthauses Abstand genommen werde.

Veranlaßt durch den Umfang des für das Archiv und die Bibliothek in der Größe von 850 qm beanspruchten Raumes und die daraus entstehende erhebliche Vertheuerung des Stadthausbaues, andererseits geleitet durch die Hoffnung, ohne erhebliche Kosten die Husarenkaserne am Magnithore zur Aufnahme entweder des Museums oder des Archivs zweckmäßig einrichten und darnach dem Archive, eventuell dem Museum die sämtlichen Räume des Neustadt-Rathhauses einräumen zu können, geht ein fernerer Antrag des Magistrates dahin, die Zustimmung dazu zu ertheilen,

daß die Errichtung von Räumen für Archiv und Bibliothek im Neubau des Stadthauses unterbleibe.

Bei Einschränkung des Bauprogrammes in der hier gezeichneten Richtung wird der Neubau des Stadthauses nach den magistratsseitig angestellten Ermittlungen eine auf drei Geschosse sich vertheilende Nutzfläche von insgesammt etwa 2650 qm ergeben.

Von dieser Fläche würden beanspruchen:

15	Räume	=	428	qm	der Magistrat, darunter 1 Sitzungszimmer zu 48 qm,
7	"	=	404	"	die Stadtverordneten, darunter 1 Sitzungssaal zu 160 qm,
5	"	=	362	"	die Stadtcasse, darunter 1 Cassenzimmer zu 231 qm,
2	"	=	50	"	das Secretariat,
2	"	=	50	"	die Rechnungs-Revision,
6	"	=	163	"	das Gemeinde-Steueramt,
1	"	=	42	"	die Armenkasse,
5	"	=	152	"	Armenverwaltung,
3	"	=	161	"	Registratur, darunter 1 Actensaal zu 95 qm,
3	"	=	75	"	Schreiberei,
7	"	=	140	"	Wohnung des Hausmannes und ein Zimmer zur Auslegung der Wählerlisten u.
18	"	=	610	"	Städtische Bauverwaltung.

74 Räume = 2637 qm insgesammt.

Bei der hinter den Projecten der Städtischen Bauverwaltung nicht unerheblich zurückbleibenden Feststellung sowohl der Anzahl, als auch der Größe der Geschäftsräume hat der Magistrat auf ein in absehbarer Zeit zu erwartendes Wachsthum der Arbeitslast und auf eine dementsprechende Vermehrung der Arbeitskräfte Bedacht genommen und empfiehlt derselbe zugleich, das Hauptgebäude auf dem Meyerschen Grundstücke zur Beschaffung von in ferneren Zeiten weiter erforderlich werdenden Geschäftsräumen möglichst verfügbar zu halten.

Mit dem ferneren Ersuchen,

das vorgebadhte Bauprogramm festzustellen, verbindet der Magistrat die Mittheilung, daß, einer summarischen Berechnung der Städtischen Bauverwaltung zufolge, der Stadthausbau einen Baukostenaufwand von 375 M pro qm erfordern dürfte und daß gegen diesen Einheitsfuß, nach Vergleichung mit den Kosten der Errichtung des Justizgebäudes, der Polizei-Direction und der Ober-Postdirection hieselbst, Bedenken vorläufig nicht zu erheben seien.

Namens der Statutencommission berichtet über diese Vorlage Herr Krahe. Derselbe hebt hervor, daß für das Stadthaus ein anderer, als der vom Magistrate zuletzt in Aussicht genommene Bauplatz nicht wohl in Frage kommen könne, da gegen die beiden Plätze am Hagenmarke, bezw. am Magnithore ganz gewichtige Bedenken vorliegen. Aus diesem Grunde empfehle die Commission, dem Antrage des Magistrates auf Errichtung des Stadthauses an der Südseite der Durchbruch-

straße vom Bohlwege zum Ruhfäutchenplatze rückhaltslos zuzustimmen und über diesen Antrag zunächst in Verhandlung zu treten.

Herr Wilke äußert sein Bedauern darüber, daß das Stadthaus nicht auf dem ursprünglich in Aussicht genommenen Plage am Hagenmarkte, welchen er für den geeignetsten halte, errichtet werden solle. Bei dem Verkaufe des alten Polytechnikums habe er besonders auf diesen Platz hingewiesen und einen bezüglichen Antrag eingebracht, jedoch sei er damals gebeten, von der Verfolgung desselben abzusehen, um der Stadt nicht den Ankauf der dort stehenden Gebäude zu erschweren. Schon damals habe er geäußert, daß die Stadt den Durchbruch der Casparistraße mit demselben Nutzen ausführen könne, wie solches seitens des Consortiums inzwischen geschehen sei. Wenn die Errichtung des Stadthauses auf dem Plage des alten Polytechnikums beschlossen wäre, hätte er vorschlagen wollen, daß das Gebäude, um dort nicht eine todte Straße zu schaffen, ringsum mit schönen Läden und mit einem Rathskeller versehen werde, welcher Plan durch die jetzige Vorlage indessen beseitigt sei. Dennoch möchte er sich die Anfrage erlauben, ob man für den neuen Platz etwa solche Anlagen mit in Aussicht genommen habe, da sich hierdurch eine ganz hübsche Verzinsung des Anlagecapitals ergeben würde und man auch in anderen Städten, wie namentlich in München, derartige Anlagen vorgesehen habe.

Herr Oberbürgermeister Pockels theilt die Meinung, daß das neue Stadthaus ohne Zweifel erheblich billiger zu stehen kommen würde, wenn in demselben Verkaufsläden eingerichtet werden sollten. Hierauf sei indessen magistratsseitig, in Erinnerung derjenigen Aeußerungen, welche in der Versammlung laut geworden seien, als es sich um die Errichtung des hiesigen Feuerlöschgebäudes gehandelt habe, nicht Bedacht genommen. Bei der Gelegenheit habe die Versammlung nämlich den Grundsatz vertreten, daß man der privaten Baulust nicht durch städtische Concurrenz entgegenreten dürfte und aus diesem Grunde sei auf die Einrichtung von Läden bei dem vorläufigen Bauprogramme des Stadthauses keine Rücksicht genommen.

Nachdem Herr Wilke nochmals seinem Bedauern hierüber Ausdruck gegeben hatte,

wird der auf die Wahl des Bauplazes bezügliche Antrag des Magistrats von der Versammlung angenommen.

Die Statutencommission kann, wie Herr Krahe weiter berichtet, die Gründe des Magistrats hinsichtlich der Dienstwohnung für den Vorsitzenden desselben nur billigen und giebt anheim, diese Wohnung zunächst von dem Bauprojecte auszuscheiden. Bezüglich der von dem Magistrate überschläglich berechneten Nutzfläche des Stadthauses müsse berücksichtigt werden, daß der Raum der Corridore und Wände noch nicht in Rechnung gezogen sei. Nach reiflicher Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse beantrage die Commission, sich auch mit den übrigen

Anträgen des Magistrats einverstanden zu erklären und das Bauproject hiernach festzustellen.

Herr Rieß möchte an den Magistrat die Bitte richten, sich darüber zu erklären, ob derselbe die in Aussicht gestellte Verlegung der Gewerbeschule in die Kaserne am Magnithore auch wirklich zur Ausführung zu bringen gedenke. Der gegenwärtige Zustand, bei welchem die Gewerbeschüler in elf verschiedenen Gebäuden unterrichtet werden, sei geradezu unerträglich und könne die Schule nicht zur vollen Blüthe bringen; eine Erklärung des Magistrates, daß der Verlegung der Schule in die Kaserne nichts im Wege stehe, würde daher gerade im jetzigen Augenblicke von großem Werthe sein.

Herr Oberbürgermeister Pöckels erwidert, daß vom Magistrate vorläufig nicht in Aussicht genommen sei, in der fraglichen Kaserne auch die Gewerbeschule unterzubringen, sondern daß man im Magistrate vielmehr gemeint habe — und diese Erwartung habe sich inzwischen noch mehr bekräftigt — es lasse sich wohl ermöglichen, das Hauptgebäude der Kaserne ausschließlich zur Aufnahme der städtischen Sammlungen einzurichten und im Anschluß hieran auf der Area der jetzigen Stallungen eine neue Gewerbeschule zu erbauen. Dieser Platz scheine zu solchem Zwecke sehr angemessen und außerdem eine örtliche Vereinigung der Schule mit dem städtischen Museum schon mit Rücksicht darauf sehr wünschenswerth zu sein, daß die augenblickliche Einrichtung, nach welcher Archiv und Bibliothek sich mit dem Museum in einer directorialen Hand vereinigt finden, nur eine zufällige sei, während sich für die Zukunft empfehlen möchte, das städtische Museum unter die Leitung des Gewerbeschuldirectors zu stellen.

Herr Blasius kann sich mit dem Fortfalle der Dienstwohnung für den Magistrats-Vorsitzenden nicht einverstanden erklären, weil er es für sehr wünschenswerth halte, wenn der Oberbürgermeister dort wohne, wo die Verwaltung der Stadt geleitet werde und weil schließlich ein Stadthaus nicht nur für unser Menschenalter, sondern für Jahrhunderte errichtet werden solle. Die Stadt sei jetzt derartig in der Entwicklung begriffen, daß er es für eine absolute Nothwendigkeit halte, denselben würdige Repräsentationsräume zur Verfügung zu stellen. Wenn nun gesagt werde, daß hierzu das Altstadt-Rathhaus dienen könne, so habe er darauf zu erwidern, daß dieses allerdings ein altes, schönes und interessantes Gebäude mit herrlichen Lauben sei, daß demselben indessen die Nebenräume fehlen und es schon deshalb nicht in einer solchen Weise zu Repräsentationszwecken verwendet zu werden vermöge, wie dieses vielleicht nach Jahrzehnten nothwendig sein dürfte. Außerdem möchte er sich auch dafür aussprechen, daß das untere Geschoß des neuen Stadthauses Kaufläden erhalte, weil sich hierdurch viel Geld sparen lasse und die Gegend dann nicht zu einer todten gestempelt werden würde. Durch die Einrichtung solcher Läden lasse sich so viel Geld erübrigen, daß die Baukosten für die

Dienstwohnung sich gut verzinsen, wodurch der gegen die Aufführung derselben vorgebrachte Grund der hohen Baukosten hinfällig werde. Er möchte also dringend bitten, daß die Versammlung den Wunsch zu erkennen gebe, entsprechende Räume zu Repräsentationszwecken und zur Dienstwohnung für den Magistrats-Vorsitzenden zu erhalten.

Herr Rieke macht darauf aufmerksam, daß schon früher in Aussicht genommen sei, eine Dienstwohnung für den Magistrats-Vorsitzenden mit herzurichten und müsse er sich auch jetzt noch für solche Herrichtung aussprechen. Sollte sich das z. B. aber nicht ermöglichen lassen, dann sei es wenigstens angebracht, so viel Raum frei zu halten, daß vielleicht später eine Dienstwohnung noch angelegt werden könne, denn wenn auch der jetzige Magistrats-Vorsitzende Hauseigentümer sei, so wisse man doch nicht, ob auch der folgende sich im Besitze eines Hauses befinden werde. Bezüglich der Ausschließung des Archivs wolle er noch darauf hinweisen, daß bei früheren Verhandlungen besonders betont worden, die im Archiv vorhandenen Handschriften u. s. w. seien hier nicht sicher genug gegen Feuergefährlichkeit aufbewahrt, welcher Fall doch wohl heute noch vorliege. Im Uebrigen lasse sich gegen die Vorlage im großen Ganzen nichts einwenden, nur müßte der bedeutenden Zunahme der hiesigen Bevölkerungsziffer — wenn dieses nicht schon geschehen — bei dem Stadthausbaue Rechnung getragen werden.

Herr Günther würde es für richtiger halten, das Archiv mit im Stadthause unterzubringen, weil, abgesehen von der früher behaupteten Feuergefährlichkeit der jetzigen Räume, es doch wohl öfter vorkomme, daß seitens der Magistratsmitglieder das Archiv während der Dienstzeit in Anspruch genommen werden müsse. Hinsichtlich der Dienstwohnung stimme er mit Herrn Rieke nicht überein, da er von der Ansicht ausgehe, daß man es dem Oberbürgermeister selbst überlassen müsse, seine Wohnung nach Belieben aufzuschlagen und derselbe auch außerhalb der Dienststunden nicht behelligt und gestört werden dürfe. Der Oberbürgermeister sei doch kein Kaufmann, der fortwährend in seinem Geschäfte anzutreffen sein müßte, und aus diesem Grunde halte er eine Dienstwohnung für überflüssig. Der Sitzungsaal der Stadtverordneten erscheine ihm trotz der für denselben vorgesehenen 50 Sitzplätze für Stadtverordnete zu klein und auch der Zuschauerraum müßte größer sein, da mit der wachsenden Bevölkerung Zeiten kommen könnten, in welchen beide Räume stärker in Anspruch genommen werden, als man jetzt vielleicht voraussehe.

Herr Natalis glaubt annehmen zu sollen, daß in jedem Mitgliede der Versammlung sich der Wunsch geltend mache, ein Stadthaus zu errichten, welches sich auf Jahrhunderte hinaus würdig der Stadt und der Zeit darstelle, in welcher es entstanden und daß es sich daher bei der großen Schwierigkeit, das Stadthaus mit den umliegenden Bauten hinsichtlich der Architektur in Einklang zu bringen, empfehle, ein Preisausschreiben zu erlassen, damit im weitesten Sinne des

Wortes die Architekten Deutschlands sich an der Herstellung und Ausschmückung des neuen Stadthauses zu betheiligen vermöchten. Er stelle deshalb im Vereine mit den Herren Blasius, Bollmann, Krahe und Nieß folgenden Antrag:

„Die architektonische Ausbildung des Stadthauses, welches ein Monument für Jahrhunderte sein und als ein Merkmal der Zeit, in der dasselbe entstanden, betrachtet werden wird, läßt es bei der Schwierigkeit der Aufgabe als durchaus wünschenswerth erscheinen, daß eine allgemeine Preisausschreibung unter den deutschen Architekten auf Grund des festzusetzenden Bauplanes zu ergehen habe.“

Herr Oberbürgermeister Pockels: Was zunächst die Frage der Dienstwohnung anlange, so habe sich der Magistrat bei der ersten Vorlage dahin ausgesprochen, daß er die Errichtung einer Dienstwohnung im Interesse des Dienstes, sowie zu Repräsentationszwecken wohl für wünschenswerth, nicht aber für nothwendig halte, während die Versammlung damals diese Frage bis zur Vorlegung specieller Kostenschätzungen offen gehalten wissen wollte. Schon damals sei in der Versammlung die Meinung laut geworden, daß es sich unter keinen Umständen empfehlen würde, eine solche Wohnung in das Stadthaus selbst hineinzulegen, sondern daß dieselbe neben dem Stadthause zu errichten sei. Nach den inzwischen hinsichtlich des Kostenaufwandes angestellten Ermittlungen habe sich ergeben, daß derselbe abgesehen von dem Arealerwerbe auf 113 000 M zu stehen kommen würde. Da sich nun zum mindesten darüber streiten lasse, ob eine Dienstwohnung für den Vorsitzenden des Magistrates im dienstlichen Interesse nothwendig sei, so habe der Magistrat gegenüber dem hohen Kostenaufwande geglaubt, von der Errichtung einer solchen abzugehen, dagegen die Möglichkeit der etwa später nothwendig erscheinenden Erbauung durch Freilassung des Meyer'schen Grundstückes offen zu halten. Herr Blasius habe bei der Befürwortung der Dienstwohnungsangelegenheit die Repräsentation der Stadt mit der des Oberbürgermeisters verwechselt. Die Repräsentation der Stadt lasse sich, zumal sie außerordentlich selten, oft kaum in Jahrzehnten erfordert werde, in den Räumen des Altstadt-Rathhauses erfüllen und wenn die finanziellen Verhältnisse der Stadt gestatten sollten, noch mehr in dieser Hinsicht zu bieten, so würde nichts schöneres denkbar sein, als zu derartigen Repräsentationsräumen das neben dem Altstadt-Rathhause belegene, jetzt verpachtete städtische Gebäude auszubauen. Hinsichtlich seiner vorhin mit berührten persönlichen Stellung zu dieser Frage habe er zu bemerken, daß der Besitz seines Hauses die Versammlung in ihren Beschlüssen nicht beeinflussen dürfe und er sich außerdem sogar freuen würde, wenn er sein Haus verkaufen und eine Dienstwohnung beziehen könnte.

Was nun weiter das Archiv betreffe, so habe sich der Magistrat allerdings schon früher dahin ausgesprochen, daß es im Interesse des Dienstes wünschens-

werth sei, das Archiv in möglichster Nähe des Stadthauses zu haben und daher beide mit einander zu vereinigen, aber eine Nothwendigkeit hierzu sei auch früher nicht anerkannt worden. Da nun der, sehr große Räume in Anspruch nehmende Einbau des Archivs mit seinen feuer sichereren Gewölben u. die Einrichtung des ganzen Baumerkes ungemein erschweren würde, so habe der Magistrat, unter fernerer Berücksichtigung der hierdurch entstehenden ganz erheblichen Kosten, geglaubt, von dem ursprünglichen Plane umsomehr absehen zu sollen, als nach den von Sachverständigen eingezeichneten Erklärungen Archiv und Bibliothek in dem jetzigen Raume als vollständig feuer sicher untergebracht betrachtet werden können.

Hinsichtlich des Sitzungsraumes der Stadtverordneten wolle er bemerken, daß in demselben nicht nur 50 Sitzplätze für Stadtverordnete, sondern auch neben den Plätzen des Vorsitzenden und Protokollführers noch eine größere Anzahl von Sitzplätzen für Magistratsmitglieder vorgesehen seien, während sich auf einer besonderen Gallerie genügender Raum für Berichterstatter und Zuhörer vorfinde.

Die von Herrn Natalis gewünschte Preisausschreibung dürfte von der Frage abhängig zu machen sein, ob hier wirklich ein monumentaler Prachtbau aufgeführt werden solle oder nicht. Sollte es sich um die Ausführung eines allerdings hervorragenden, aber doch an seineinfachen Gebäudes handeln und beschränke sich darnach die Hauptaufgabe des Architekten auf eine angemessene Vertheilung der Dienstzimmer in diesem Gebäude, so würde eine genügende Veranlassung nicht vorliegen, ein Preisausschreiben eintreten zu lassen. Wenn aber die Versammlung beschließen würde, ein Monument in architektonischer Beziehung für alle Zeiten herzustellen, so lasse sich über diesen Punkt weiter verhandeln; solchenfalls wolle er aber vorschlagen, auch eine Preisnormirung in Antrag zu bringen.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß bei früheren Verhandlungen sich die Versammlung stets gegen die Dienstwohnung ausgesprochen und daraus jedenfalls der Magistrat Veranlassung genommen habe, eine solche nicht mit in Vorschlag zu bringen. Man fürchtete damals nicht allein die hohen Kosten, sondern man rechnete auch mit dem Umstande, daß man möglicherweise einmal einen Oberbürgermeister erhalten könnte, welcher nicht in der Lage sei, die Repräsentationsräume angemessen auszunützen, wenn man denselben nicht bedeutend besser stellen werde.

Im Uebrigen sei für die etwa später noch gewünschte Herrichtung eines Dienstwohngebäudes genügender Raum vorhanden, so daß die Versammlung durch die Annahme der Magistratsvorlage nicht für alle Zeiten gebunden sein werde.

Herr Blasius hat allerdings immer einen Monumentalbau ins Auge gefaßt und würde es bedauern, wenn man ein Stadthaus in einfachem Kasernenstyle errichten wollte. (Widerspruch). Auf die paar tausend Mark für die Ausschreibung dürfe man keinen großen Werth legen, denn man erhalte dadurch Entwürfe von

bedeutenden Architekten und könne sich das beste aussuchen. Rückfichtlich der Dienstwohnung wolle er darauf hinweisen, daß der Staat beispielsweise auch den Kreisdirectoren — mit Ausnahme von Braunschweig, woselbst Platzmangel herrsche — solche gebe und derselbe eine Dienstwohnung wohl ebenfalls für angemessen halten müsse. Die Frage, ob ein besonderes Dienstwohngebäude zu errichten, oder die Wohnung im Stadthause selbst unterzubringen sei, erscheine ihm hierbei gleichgiltig zu sein. Wenn es nun auch möglich sein werde, das Altstadt-Rathhaus zu Repräsentationsräumen umzubauen, bezw. zu erweitern, so liege doch das jetzige Project viel näher und lasse sich schneller durchführen.

Herr Halle möchte bitten, auf die Dienstwohnung zu verzichten, da solche Anlagen der Gemeinde immer theuer zu stehen kommen. Hinsichtlich des Preisausschreibens habe er zu bemerken, daß er allerdings ebenfalls für ein, die Stadt würdig repräsentirendes monumentales Gebäude sei; jedoch lasse sich solches ohne Preisausschreiben auch herstellen, wie das Justizgebäude, dessen Architectonik für das Stadthaus genüge, hinlänglich beweise. Braunschweig sei keine reiche Stadt und brauche ihr Geld sehr nöthig, wenn sie auch bei einer derartigen Gelegenheit nicht gerade knausern dürfte. Da sich nun mit solchem Gebäude selbst dann repräsentiren lasse, wenn man keinen Lutzsbau aufführe, so bitte er um Ablehnung des Preisausschreibens.

Herr Krahe will der Ansicht entgegenreten, als ob es sich bei der Ausschreibung einer Concurrrenz durchaus nur um einen Prachtbau handeln könne; das treffe schon deshalb nicht zu, weil die Stadt als Bauherr den Maximal-Kostenbetrag vorschreibe und der Architect sich hiernach zu richten habe. Außerdem seien hier gewisse Grenzen für denselben gezogen, z. B. die unmittelbare Nähe der Burg Wankwarderode, eines alten romanischen Gebäudes, des Domes etc., so daß sich der Architect bei seinem Entwurfe doppelt versehen müsse und dort nicht ein Gebäude projectiren könne, welches einen progenhaften, störenden Eindruck machen würde. Die hier gestellte Aufgabe sei eine sehr schwierige, wenn auch ungemein reizvolle für den Architekten und liege jedenfalls ein großer Vortheil darin, daß die Stadt für eine nicht sehr hohe Summe wohl 20 bis 30 gut durchgearbeitete Sachen bekomme, aus welchen sie sich das Passendste herausuchen könne. Er bitte deshalb dringend um Unterstützung des von Herrn Natalis gestellten Antrages und bemerke noch, daß bereits manche kleinere Stadt solche Preisbewerbungen mit sehr gutem Erfolge ausgeschrieben habe.

Herr G ü n t h e r wünscht, dem Oberbürgermeister hinsichtlich seiner Wohnung dieselbe Bewegungsfreiheit zu lassen, welche jeder andere Bewohner der Stadt genieße, aus welchem Grunde er gegen die Beschaffung einer Dienstwohnung sei. Bezüglich der Einrichtung von Kaufläden in dem neuen Stadthause beantrage er, den Magistrat zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht das untere Geschoß des Stadthauses mit Kaufläden versehen werden könnte. Zur Durchführung solcher

Einrichtung bedürfe es nur der Abänderung des Bauplanes für das untere Geschöß. In Berlin habe man beispielsweise ein größeres Restaurant mit gutem Erfolge unter dem Rathhause angelegt, welche Anlage sich auch mit dem hiesigen Stadthause wohl vereinbaren lasse. Da schon bei der Commissionsberathung zur Sprache gekommen sei, daß die Stadtcasse außerordentlich viel Raum beanspruche, weil gegen Ende des Vierteljahrs der Andrang des Publicums ein sehr starker sei, so könnte bei dieser Gelegenheit vielleicht in Rücksicht gezogen werden, ob man nicht besser thäte, die gesammten Steuerbeträge durch die Executoren einziehen zu lassen, weil dann ganz bedeutend an Raum und Geld gespart werde. Ein Monumentalbau erscheine ihm an jener Stelle gar nicht angebracht zu sein, weil derselbe seiner Ansicht nach vollständig frei stehen müsse und hierzu der Platz fehle.

Herr Natalis will noch hervorheben, daß sich die Ausgabe für das Preisausschreiben in sehr bescheidenen Grenzen halten könne, da eine Summe von 10 000 M. von welcher sich drei Preise bilden lassen, hierzu genügen würde.

Herr Nieß findet, daß noch gar kein Anlaß zur Einrichtung von Läden vorliegen habe und daß die Räume des Stadthauses in erster Linie für den städtischen Dienst offen zu halten seien, zumal nach der Mittheilung des Herrn Oberbürgermeisters die Vorsteher der meisten städtischen Büreaus gewünscht hätten, ihre Diensträume im unteren Geschöße zu haben. Nehme man nun dieses Geschöß zu Läden, so müßten selbst diejenigen Büreaus, welche das Publicum am meisten aufzusuchen habe, in eine höhere Etage gelegt werden, und das sei ein Fehler. Dazu komme noch, daß für das Stadthaus schon jetzt drei Stockwerke in Aussicht genommen seien und man doch schließlich nicht noch höher bauen könne, zumal schon bei diesem Projecte zur Erreichung einzelner Büreaus zwei Treppen gestiegen werden müßten. Außerdem dürfe nicht vergessen werden, daß das jetzige Stadthaus Läden ebenfalls nicht besitze und man daher den Hausbesitzern durch die Einrichtung solcher eine unnöthige und drückende Concurrenz bereite. Ganz ähnlich liege es aber auch mit der in Anregung gebrachten Rathhaus-Kellerei, von der man doch wohl nicht sagen könne, daß sie einem dringenden Bedürfnisse abhelfen solle. (Heiterkeit.) So angenehm es unter Umständen selbst für Stadtverordnete wäre, bei längeren Verhandlungen einmal auf einen Augenblick abtreten und sich erquicken zu können, so sehr sei es andererseits erwünscht, daß im Stadthause nichts anderes als Wasser verabreicht werde. Das öffentliche Interesse erheische es dringend, die Räume des Stadthauses ganz allein in den innern Dienst der Verwaltung zu stellen. Darum bitte er, den Antrag auf Einrichtung der Kaufläden und der Rathhaus-Kellerei nicht zu unterstützen.

Herr Reiche muß sich auch gegen die Anlegung von Läden aussprechen und zwar einerseits, weil schon jetzt manche Läden leer stehen und diese neuen Läden den betr. Hausbesitzern nur eine weitere Concurrenz bereiten, anderentheils aber,

weil die vorhin erwähnte Ersparniß schon wegen der dann größeren Ausdehnung des Baues nicht sehr bedeutend sein könne. Dazu komme noch der Umstand, daß das von der Stadt an der fraglichen Stelle zu veräußernde Terrain nicht so hochwerthig verkauft werde, wenn im Stadthause Läden seien, weil dann in den dort zu errichtenden Häusern nicht auch noch Läden eingerichtet werden können.

Herr Halle hält die von Herrn Natalis in Vorschlag gebrachte Summe von 10 000 M für gar nicht so gering und meint, daß man dieselbe besser zu anderen Zwecken verwenden sollte, namentlich, wenn man berücksichtige, daß Braunschweig einen Architekten besitze, welcher einen allen Ansprüchen genügenden Entwurf zu fertigen vermöchte.

Herr Krahe möchte dringend bitten, den Worten des Herrn Halle nicht zu viel Gewicht zu schenken, da bei einer Gesamtausgabe von 600 000 bis 700 000 M ein Betrag von 10 000 M um so weniger ins Gewicht fallen dürfe, als man dafür sicher gegen 30 schöne Projecte von theilweise bedeutenden Architekten zur Auswahl erhalten werde.

Herr Nieke ist der Meinung, daß man diese 10 000 M wohl sparen könne, zumal der Baustyl durch die Umgebung des Platzes eigentlich schon vorgeschrieben sei. Die ganze Umgebung wimmele von Thürmen und der jetzige Chef der Städtischen Bauverwaltung sei in solchen auch groß, so daß auf das Stadthaus wohl ebenfalls Thürme kommen würden. (Heiterkeit.) Er bitte deshalb, die Herstellung des Gebäudes den städtischen Baubeamten, welche dasselbe schon zu Aller Zufriedenheit aufführen würden, zu überlassen.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann die Nothwendigkeit der Wettbewerbung ebenfalls nicht anerkennen. Es sei wiederholt vom Magistrate und von der Versammlung betont worden, daß es sich nicht um die Herstellung eines monumentalen Prachtbaues handeln solle, aus welchem Grunde das Schwergewicht der ganzen Ausführung auf die Schaffung brauchbarer Räume gelegt werden müsse. Wenn auch das Programm festgestellt sei, so biete doch die Vertheilung der einzelnen Räume auf die drei Stockwerke ungemeine Schwierigkeit; so hätten z. B. auf bezügliche Anfrage des Magistrates fast alle städtischen Verwaltungen erklärt, ihre Geschäftsräume zu ebener Erde haben zu müssen, was natürlich nicht angehe, wenn man nicht ein Haus von einviertelstündiger Länge bauen wolle. Nun wisse er gar nicht, wie er über die Vertheilung der Räume auf die verschiedenen Stockwerke mit den Wettbewerbern verhandeln solle, denn er habe sich erst mit Mühe und Noth darüber mit dem Chef der Städtischen Bauverwaltung und den verschiedenen Büreanchefs verständigt. Wenn nicht ein monumentaler Prachtbau aufgeführt werden solle, so sei das Hauptaugenmerk darauf zu richten, einen praktischen und im Innern brauchbaren Bau zu erhalten, für ein gutes Aeußere werde dann die Städtische Bauverwaltung schon Sorge tragen.

Herr Krahe entgegnet, daß sich der Magistrat auf eine Correspondenz mit den Wettbewerbern nicht einzulassen, sondern nur ein Bauprogramm zu formuliren habe, welches in autographirter Form auf Ansfordern zu versenden sei. Nothwendig dürfte es allerdings sein, daß in dem Bauprogramm angegeben würde, welche Räume der Magistrat in den einzelnen Stockwerken zu haben wünsche.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird die gesammte Magistratsvorlage genehmigt und der Antrag des Herrn Günther auf Einrichtung von Kaufläden abgelehnt, während sich bei der Abstimmung über den Antrag des Herrn Natalis auf Ausschreibung eines Wettbewerbs Stimmengleichheit ergibt. Der Herr Vorsitzende erklärt sich darauf für diesen Antrag, welcher damit als angenommen gilt.

Herr Oberbürgermeister Pockels nimmt sodann noch das Wort, um darauf aufmerksam zu machen, daß vor der Ausschreibung solcher Concurrenz jedenfalls die Maximalbausumme festzustellen sei. Es frage sich nun, ob der Magistrat diese Summe ermitteln und der Versammlung in Vorschlag bringen solle, oder ob die Versammlung dem Magistrate die Feststellung der Bausumme zur Begründung der Ausschreibung überlassen wolle. Zur Zeit könne sich der Magistrat noch kein Urtheil darüber erlauben, ob die von ihm überschläglich angenommene Summe von 900 000 M für den Bau genügen werde.

Auf die Bitte des Herrn Krahe, zunächst zu berechnen, wie viel der Bauplatz koste, um darnach die gesammte Bausumme zu ermitteln, erwidert

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß sich die Kosten des Bauplatzes noch nicht bestimmen lassen, weil noch nicht genau feststehe, welche Fläche das Stadthaus erfordern werde und die in Aussicht genommene Baufläche von 35 a auf Grund eines früheren Bauprogrammes bemessen sei.

Herr Nieß befürwortet die Festsetzung eines Einheitsfußes pro qm bebauter Fläche, welcher sich auf Grund der während der letzten Jahre hier vorgekommenen einschlägigen Bauten leicht ermitteln lasse.

Nachdem Herr Natalis noch darauf hingewiesen hatte, daß bei der Wahl des Platzes der Husarenkaserne eine ganz erhebliche Summe an Terrainkosten erspart worden wäre und es nun auch nicht auf 50 000 bis 100 000 M Baukosten ankommen dürfe,

beschließt die Versammlung weiter, für das Preisausschreiben eine Summe bis zu 10 000 M zur Verfügung zu stellen.

Auf den Vorschlag des Herrn Krahe, aus dieser Summe drei Preise im Betrage von 5000, 3000 und 2000 M zu bilden, entgegnet

Herr Oberbürgermeister Pockels, daß der Magistrat sich noch nicht schlüssig sei, ob er dem Beschlusse der Versammlung auf Ausschreibung eines Wettbewerbes beitreten werde und nach der gegenwärtigen Stimmung desselben sogar angenommen werden müsse, daß er diesen Beschluß ablehne.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

XIII. Verwendung eines Staatszuschusses zu den Gemeindelaften.

Durch den Staatshaushaltsetat für die Finanzperiode 1890/92 sind behufs Ueberweisung von Staatseinnahmen an die Kreiscommunalverbände Jahressummen von 135000 M in der Absicht zur Verfügung gestellt, hierdurch den Communalverbänden die Wegebaulasten zu erleichtern und denselben daneben zu den Kosten der Unterbringung von Gebrechlichen in geschlossenen Anstalten eine Beihilfe zu gewähren. Hiervon entfallen auf die Stadt Braunschweig jährlich 28120 M. Da der diesjährige Etat der hiesigen Kreiscommunalcasse bereits festgestellt worden ist, so haben die städtischen Behörden besonderen Beschluß darüber zu fassen, zu welchen Zwecken im laufenden Jahre die fragliche Ueberweisung Verwendung finden solle. Der Magistrat beantragt, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß die Kreiscommunalcasse im laufenden Jahre von der fraglichen Summe den Betrag von 3120 M, behufs Verstärkung der Etatspositionen im Cap. V „Kosten der Unterhaltung von Unbemittelten in geschlossenen Anstalten“, verfügbar halte und 18750 M an den Neubauetat der Wegebaukasse abführe, während der Rest von 6250 M für das neue Rechnungsjahr vorzutragen sei.

Der Magistrat begründet diese Art der Verwendung im Allgemeinen damit, daß die fraglichen Kosten mit jedem der letzten Jahre erheblich gestiegen seien und daher eine Erleichterung gerade bei diesen Ausgaben am Platze erscheine.

Die Finanzcommission empfiehlt, wie Herr Wolff I ausführt, der Vorlage in allen Punkten zuzustimmen, da die Einnahmen der Stadt so günstig seien, daß dieser Zuschuß nicht zu den laufenden Ausgaben verwendet zu werden brauche. Der Magistrat habe sich übrigens der Ansicht genähert, in Zukunft einen größeren Theil der Einnahmen aus den städtischen Gas- und Wasserwerken zu den laufenden Ausgaben heranziehen zu können.

Die Vorlage wird angenommen.

XIV. Abtretung von Böschungsterrain und Aenderung der Baulinie am Wendenringe.

Der Bauunternehmer Bertram hat um käufliche Ueberlassung des vor seinen an der Nordseite des Wendenringes belegenen Plänen vorhandenen Böschungsterrains gebeten und sich zur Zahlung eines Einheitspreises von 5 M bereit erklärt. Der Magistrat, welcher den Kaufpreis schon mit Rücksicht auf die Höhe der

Straßenbaukosten für angemessen hält, empfiehlt, dem p. Vertram die fraglichen Flächen insoweit zu überlassen, als dieselben nicht zur Verbreiterung des als Ortsstraße auszubauenden, jetzt an der Oker hinziehenden Interessentenweges erforderlich sind.

Das Stadtbauamt hat außerdem empfohlen, den Ortsbauplan durch Aufnahme einer von der hier in Rede stehenden Strecke des Wendenringes nach Norden laufenden Straße, sowie zweier Verbindungsstraßen zwischen dieser und dem Hasenwinkel einerseits und der nördlich von diesem projectirten Straße andererseits zu ergänzen. Hiernach dürfte es aber nicht angängig erscheinen, das demnächst zur Anlage der fraglichen Straße erforderliche Böschungsterrain zu veräußern und ebenso wird, so lange Vertram den an seinen Plan *N. 90* stoßenden Ränne'schen Plan nicht erworben hat, von einem Verkaufe des östlich von der projectirten Straße liegenden Böschungsterrains einstweilen Abstand zu nehmen sein. Die Anträge des Magistrates gehen dahin, sich mit der vorgeschlagenen Ergänzung des Ortsbauplanes einverstanden zu erklären und zu genehmigen, daß das nach den obigen Ausführungen stadtseitig nicht mehr zu verwendende Böschungsterrain dem p. Vertram gegen Zahlung einer Entschädigung von 5 M pro qm verkauft werde,

welchen Anträgen die Versammlung auf Empfehlung der Baucommission, für welche Herr Bültmann berichtet, zustimmt.

XV. Ortsbauplan an der Sonnen- und Eßternstraße.

Das an der Ecke von Sonnen- und Eßternstraße belegene Grundstück *N. ass. 665* soll durch einen Neubau ersetzt werden, aus welcher Ursache das Stadtbauamt empfohlen hat, auf die demnächstige Regulirung der bezeichneten beiden Straßen schon jetzt Bedacht zu nehmen und eine anderweite Baulinie für dieselben festzustellen. Wenn der Magistrat auch die Verbreiterung der Sonnenstraße im Interesse des Verkehrs für geboten erachten muß, so ist derselbe doch der Ansicht, daß von Feststellung der lediglich oder wesentlich aus Schönheitsrückichten in Vorschlag gebrachten Baulinie Abstand zu nehmen sei, zumal er sich nicht dazu entschließen könne, aus solcher Schönheitsrückicht eine, wenn auch vielleicht nur zeitweilige Einengung der Straße eintreten zu lassen. Aus diesen Gründen hält der Magistrat eine anderweite Feststellung der neuen Baulinie an der Nordseite der Sonnenstraße für angezeigt und giebt die Genehmigung der fraglichen Aenderungen anheim.

Die Baucommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Krahe den Vorschlägen des Magistrates an und befürwortet deren Genehmigung.

Herr Wolff I hält eine Verschönerung der Sonnenstraße ebenfalls für überflüssig, da diese Straße doch niemals schön werde. Bei dieser Gelegenheit wolle er bitten, hier im Sitzungszimmer den neuen Stadtplan anzubringen,

welchem Wunsche nach der Erklärung des Herrn Vorsitzenden Rechnung getragen werden soll.

Die Vorlage gelangt sodann zur Annahme.

XVI. Verkauf von Grundflächen der früheren Schützenmasch.

Der Magistrat hat die nördliche Hälfte der nach Anlage des Neustadttringes von dem Terrain der vormaligen Schützenmasch übriggebliebenen Flächen öffentlich meistbietend versteigern lassen und ist das Höchstgebot für die gesammten, 106 a 50 qm großen Flächen vom Tischlermeister Aug. Willens mit 36 100 M abgegeben, wobei zu berücksichtigen ist, daß der Verkauf frei von Straßenbaukosten erfolgen soll. Indem die Genehmigung zu diesem Verkaufe anheimgegeben wird, bemerkt der Magistrat, der verhältnißmäßig geringe Preis von durchschnittlich 3 M 38 S pro qm finde seine Erklärung darin, daß die große, östlich vom Grundstücke der Futeweberei belegene Fläche den Ueberschwemmungen der Oker bei Hochwasser ausgesetzt ist, während der südlich von diesem Grundstücke belegene Terrainstreifen so schmal ist, daß eine selbstständige Bebauung desselben ausgeschlossen erscheint.

Wenngleich sich die Städtische Bauverwaltung gegen die Veräußerung dieses Terrains um einen so geringen Preis ausgesprochen hat, ersucht der Magistrat dennoch, den fraglichen Verkauf zu genehmigen.

Die Finanzcommission hat, wie Herr Ramdohr mittheilt, einstimmig beschlossen, den Verkauf, unter Berücksichtigung der vorgetragenen Gründe, zum Preise von 36 100 M zu empfehlen,

worauf derselbe von der Versammlung beschlossen wird.

XVII. Erwerb eines Schulhausplatzes und Aenderung des Ortsbauplanes an der Juliusstraße.

Mit Rücksicht darauf, daß die Schule am Prinzenwege dem im Westen der Stadt vorhandenen Bedürfnisse nicht mehr genügt, von einer Erweiterung des Schulgebäudes aber infolge der hohen Kosten für die Nachbargrundstücke abgesehen werden muß, beantragt der Magistrat, zu genehmigen, daß eine Fläche der der Frau Oberstlieutenant von Bernewitz gehörenden Länderei am Piepenstiege in der Größe von 110,20 a zum Preise von 8 M pro qm angekauft und dieselbe durch eine im Ortsbauplane vorgesehene, in westlicher Fortsetzung der Sophienstraße gelegene und über den alten, seit dem Jahre 1850 außer Benutzung gebliebenen Ulrichi-Friedhof führende Straße zugänglich gemacht werde. Zur Gewinnung einer

hinreichenden Breite für diesen Schulbauplatz wird in Abänderung des Ortsbauplanes die erste Parallelstraße der Juliusstraße um etwa 14 m nach Westen hin verschoben werden müssen, welche, vom Stadtbauamte bereits genehmigte Veränderung, mit Rücksicht auf die Nivellementsverhältnisse der von der Juliusstraße in westlicher Richtung sich hinziehenden projectirten Straßen selbst dann vorzunehmen sein würde, wenn der Schulbau an dieser Stelle nicht zur Ausführung kommen sollte. Für Durchführung des beschriebenen Unternehmens wird die Stadt, abgesehen von den Kosten der unterirdischen Straßenherstellung, die Summe von 78 270 M aufzuwenden haben und hierfür einen 57,89 a haltenden Schulbauplatz erhalten, so daß sich der Einheits-Kostenpreis desselben auf 13,52 M pro qm stellen würde. Der Magistrat schlägt ferner vor, den fraglichen Bau sofort in Angriff zu nehmen und denselben nach dem besterprobten Muster der Schule an der Leonhardstraße auszuführen, nachdem zuvor der frühere Ulrici-Friedhof zum anschlagsmäßigen Preise von 10 M pro qm erworben sein wird. Der Ueberschlag für ein 24classiges Schulhaus erfordert eine Summe von 387 000 M mit Einschluß des Aufwandes für Gas- und Wasserleitungsanlagen und für Mobilienbeschaffung. Frau von Bernewitz ist bereit, das fragliche Terrain unter der Bedingung sofort zu verkaufen, daß die Stadt die drei Straßenzüge baldthunlichst anzulegen und zu befestigen, sowie mit einem Canale und mit Gas- und Wasserleitungsröhren zu versehen habe. Verkäuferin zahlt ihrerseits an die Stadt zum Ausbau jener Straßen diejenigen Summen, welche dieselbe als antheilmäßige Straßenbaukosten nach Maßgabe der Frontlängen der in ihrem Besitze verbleibenden, an den neuen Straßen belegenen Flächen erst bei einer Bebauung derselben zu zahlen haben würde, schon bei Anlegung der Straßen ein. Da magistratsseitig in Aussicht genommen war, in den zuerst geplanten Erweiterungsbau der Schule am Prinzenwege eine neue Wohnung für den Bedellen einzubauen, so ist der von der Versammlung bereits genehmigte Neubau eines Bedellenwohnhauses auf dem Hofe der Schule am Prinzenwege bislang noch nicht zur Ausführung gekommen.

Wie Herr Blasius berichtet, ist die Vorlage in der vereinigten Schul- und Baucommission durchberathen und hat hier in ihren wesentlichen Punkten keine Beanstandung gefunden. Hinsichtlich der neu projectirten, nach dem vorgelegten Plane über die Ecke des reformirten Friedhofes führenden Straße sei die Bemerkung zu machen, daß gerade diese Ecke in neuester Zeit noch zu Gräbern benutzt worden, aus welchem Grunde die Commissionen beschlossen haben, den Magistrat zu ersuchen, vor der Abschneidung jenes Streifens eine bezügliche Vereinbarung mit dem Vorstande der reformirten Gemeinde zu treffen. Wenn auch die für den Bau der Schule veranschlagten Kosten den Commissionen in einzelnen Positionen etwas zu hoch erschienen seien, so habe man doch beschlossen, auf solche Einzelheiten nicht einzugehen, sondern unter Empfehlung möglichster Sparsamkeit vorzuschlagen, die

geforderten Summen, vorbehaltlich der Vorlage specieller Kostenanschläge für den Schulbau, zu bewilligen.

Was sodann die Frage der Pedellenwohnung am Prinzenwege anlange, so genüge dieselbe in keiner Weise den Ansprüchen, welche in gesundheitlicher Beziehung an eine Wohnung zu stellen seien, aus welchem Grunde dem Pedellen nach der Ansicht der Commissionen baldigst Gelegenheit gegeben werden möchte, eine andere Wohnung zu beziehen. Dieses lasse sich nur erreichen, wenn dem Manne eine solche in der Nähe der Schule gemiethet werde.

Schließlich sei ihm von dem Herrn Oberbürgermeister nach der Commissionsfizierung noch ein Bericht des Stadtbauraths Winter über die Heizungsanlagen der neuen Schule zugegangen, in welchem derselbe für die Central-Feuerluftheizung eintrete. Die Versammlung habe sich in Folge dessen schon heute zu entscheiden, ob sie die Anlage der Central-Feuerluftheizung oder der Central-Warmwasserluftheizung wünsche. In der letzteren Zeit seien der ersteren Art von Heizungsanlagen viele schwere Vorwürfe gemacht worden und erst kürzlich habe ihm ein Hygieniker aus Frankfurt a. M. erklärt, daß dort Feuerluftheizungen gar nicht mehr angelegt werden. Da nun die Diphtheritis namentlich in den Gegenden viel vorkomme, wo starke Differenzen in der Feuchtigkeit der Luft beobachtet werden und bei der Feuerluftheizung verhältnißmäßig trockene Luft befürchtet werden müsse, so halte er es für wünschenswerth, diese Frage behufs weiterer Klärung heute noch auszuweisen und den Magistrat zu bitten, der Versammlung einen näheren Bericht über die Warmwasserluftheizung, namentlich in Bezug auf die Erwärmung zu erstatten. Es gehe beispielsweise das Gerücht, daß die beiden mit Warmwasserluftheizung versehenen Schulen meistens eine verhältnißmäßig geringe Wärme gezeigt hätten. Im Uebrigen haben die vereinigten Commissionen Einwendungen gegen die Vorlage nicht zu machen.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß es gar nicht in der Absicht des Magistrats liege, die projectirte Straße in den reformirten Friedhof hinein-zubauen, sondern daß dieselbe zur Vermeidung einer Verschiebung der Straße nach Süden über die Ecke des Friedhofes zwar projectirt sei, dort aber vorläufig nicht in ihrer ganzen Breite zur Ausführung komme, sondern etwas enger bleibe. Bezüglich der Pedellenwohnung sei zu erwähnen daß dem früheren Pedellen angeboten worden, sich auf Kosten der Stadt eine andere Wohnung zu wählen, was derselbe indessen nicht gethan habe; dem jetzigen Pedellen sei solche Ermächtigung neuerdings auch eingeräumt worden.

Was die verschiedenen Heizungsanlagen betreffe, so erscheine ihm der Vorzug der Wasserheizung ziemlich problematisch zu sein, wenn auch zugestanden werden solle, daß die Feuerluftheizung in den Schulen älterer Construction zu manchen Uebelfständen Anlaß gegeben habe. Letztere seien indessen bei der neuesten Luft-

heizungsanlage in der Schule an der Leonhardstraße gehoben, so daß der Schuldirektor Schaarschmidt erklärt habe, seinerseits der neuesten Luftheizungs-Construction nur insofern noch Tadel zusprechen zu können, als die mit derselben verbundene Ventilation so stark wirke, daß die in ihrer unmittelbaren Nähe sitzenden Kinder leicht kalte Füße bekommen, welchem Uebelstande indessen durch Schutzvorrichtungen leicht abzuhelpen sei. Die Frage des Heizsystems dürfe nicht mehr offen gehalten werden, sofern mit dem Bau der Schule sofort begonnen werden solle, denn nach der Erklärung der Städtischen Bauverwaltung müsse diese Frage entschieden sein, bevor die Aushebung des Grund und Bodens beginne. Aus diesem Grunde bitte er, die Entscheidung hierüber nicht mehr auszusetzen.

Herr Reiche spricht sich auf Grund seiner in der Schule gesammelten Erfahrung gegen die Luftheizung, welche bei ihm mehrmals Schwindelanfälle und Kehlkopfbeschwerden hervorgerufen habe, aus und befürwortet den Versuch mit Warmwasserheizung. Wenn dieser vorgeworfen werde, daß sie an sehr kalten Tagen nicht genügend erwärme, so habe er darauf zu bemerken, daß er lieber einige Grade weniger Wärme, als eine ausgetrocknete, gesundheitschädliche Luft ertragen wolle.

Herr Natalis hält die Luftheizung für das beste Heizsystem, wenn dieselbe mit reichlicher Wasserverdunstung combinirt sei. Da man diese Verdunstung beliebig anstellen und bis zum höchsten Grade ausdehnen könne, so dürfe man bei ihrer Verwendung der Luftheizung nicht mehr den Vorwurf der Erregung zu großer Trockenheit machen, zumal sie stets frische Luft zuführe und die abgenutzte Luft wieder abführe. Er bitte deshalb dringend, sich für die Luftheizung, als das beste Heizsystem, auszusprechen.

Herr Wilke möchte darauf aufmerksam machen, daß es wünschenswerth sei, die in dem vorliegenden Theilortssbauplane als „aufzuhebende Straße“ bezeichnete Straße mit der projectirten verlängerten Luisenstraße durchzuführen, da bei dem Baue der Schule diese Strecken wieder Bedeutung erhalten, und dann nach allen Seiten hin Zugangsstraßen zur Schule vorhanden seien.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß die von Herrn Wilke bezeichnete erste Parallelstraße der Juliusstraße nicht aufgehoben, sondern nur 14 Meter weiter nach Westen verschoben werden solle.

Herr Rieke hält die Benützung einer Privatwohnung seitens des Schulpedellen für eine höchst mißliche Sache, weil der Pedell mit seiner Frau fortwährend in der Schule zu thun habe und daher die Frau ihrer Wirthschaft nicht genügend vorstehen könne. Da man auf dem Schulhose genügenden Platz für ein Wohnhäuschen des Pedellen habe, so solle man dem Uebel doch endlich durch Errichtung eines solchen abhelfen, wenn man mit Rücksicht auf die Einengung des Spielplatzes nicht vorziehe, die Inspectorwohnung aus der Schule zu verlegen und dieselbe theilweise mit zu einer Pedellenwohnung zu verwenden.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat darauf zu erwidern, daß nach Fertigstellung der neuen Schule so viel Raum in dem Schulgebäude am Prinzenwege frei werde, um hier eine Bedellenwohnung einrichten zu können.

Herr Blasius will Herrn Natalis gegenüber erwähnen, daß es sich in beiden Vorschlägen der Städtischen Bauverwaltung um Luftheizung handle und der Unterschied nur darin bestehe, wie die Luft erwärmt werde. Bei der hier speciell vorgeschlagenen Feuerluftheizung werde die Luft durch mit Flammen, im anderen Falle aber durch mit heißem Wasser erwärmte Röhren angewärmt. Seiner Ansicht nach sei die letztere Heizungsart die bessere, weil sie die Nachtheile der Feuerluftheizung (trockene, brenzliche Luft etc.) nicht besitze. Auf die von ihm vorhin gestellte Frage bezüglich der Wärmeentwicklung bei der Warmwasserluftheizung habe er eine Antwort noch nicht erhalten und würde er, wenn diese Antwort befriedigend ausfalle, beantragen, letztere Heizungsart, verbunden mit der vom Fabrikanten Rössig aufgestellten neuen Einrichtung der Luftanfeuchtung zu wählen.

Herr Wilke bemerkt hierzu, daß bei zu geringer Wärmeentwicklung die Heizfläche zu klein sei, welchem Uebelstande bald abgeholfen werden könne.

Herr Lange schließt sich den Ausführungen des Herrn Blasius an und giebt der Warmwasserluftheizung ebenfalls den Vorzug.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann die Anfrage des Herrn Blasius z. B. nicht beantworten, weil ihm das betreffende Material nicht zur Hand sei. Der Schuldirektor Schaarschmidt ziehe beispielsweise die Warmwasserheizung der Luftheizung nicht vor, weil mittelst ersterer an kalten Tagen die Erwärmung eine schwierigere sei und sie auch in Folge ihrer Complicirtheit ungeeignet erscheine. Es handle sich hier um eine unter Praktikern und Gelehrten noch streitige Frage und er selbst habe, wenn die Versammlung in der Richtung beschliesse, nichts dagegen, die Warmwasserluftheizung zu wählen, indem er hoffe, daß die veranschlagte Bausumme trotz der theureren Anlage ausreiche; es sei jedoch in Rücksicht zu ziehen, daß durch dieselbe ein höherer jährlicher Betriebsaufwand entstehen werde.

Herr Blasius stellt nunmehr den Antrag, die Warmwasserluftheizung für die neue Schule zu wählen.

Die Versammlung beschließt darauf, der gesammten Magistratsvorlage mit der Maßgabe zuzustimmen, daß die Warmwasserluftheizung für die neue Schule eingeführt und der Versammlung demnächst ein specieller Kostenanschlag über den Bau derselben vorgelegt werde.

XVIII. Belegung des Wasserrohres in der Kreuzstraße.

Auf Empfehlung der Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke beantragt der Magistrat, zur Belegung des westlichen Theiles der Kreuzstraße mit

einem 430 m langen Wasserrohre eine Summe bis zu 3879,80 M zu bewilligen,

welchem Antrage die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für die Herr Sievers berichtet, zustimmt,

nachdem Herr Niese noch gebeten hatte, auch dem Hasenwinkel schleunigst ein Wasserleitungsröhr zu geben, weil die dort vorhandenen Brunnen nach den angestellten Untersuchungen sämmtlich ungenießbares Wasser führen, welche Mittheilung Herr Blasius nur bestätigen kann.

XIX. Anstellung eines Schreibers bei der Städtischen Bauverwaltung.

Nach einem Berichte der Städtischen Bauverwaltung haben sich die Arbeiten bei derselben derartig gehäuft, daß ihr alsbald eine Hilfskraft zu überweisen ist. Unter Anerkennung der Nothwendigkeit dieser Ergänzung giebt der Magistrat anheim, der Städtischen Bauverwaltung den Hilfschreiber Weiß versuchsweise zur Beschäftigung zu überweisen.

Herr Lüderßen befürwortet die Vorlage namens der Statutencommission und beschließt die Versammlung demgemäß.

XX. Straßenbaukosten der Leonhardstraße.

Der Magistrat ersucht, zu genehmigen, daß die Kosten des Ausbaues der Leonhardstraße auf der Strecke Bertramstraße-Altewiekring auf 40367 M 85 S und die Beiträge der Anlieger für die dem Leonhardsplatz gegenüber liegenden Grundstücke auf 106 M 14 S pro lfd. Meter und für die übrigen Grundstücke dieser Strecke auf 65 M 32 S pro lfd. Meter, sowie die Kosten des Ausbaues der Strecke Altewiekring-Helmstedterstraße auf insgesamt 18052 M 17 S und die Beiträge der Anlieger auf 42 M 30 S pro lfd. Meter Frontlänge festgestellt werden.

Die Versammlung beschließt auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Krahe berichtet, nach dem Antrage.

XXI. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Anlegung einer Fußgängerbrücke am Wasserthurme.

Wenn auch anerkannt werden müsse — so führt Herr Krahe namens der Baucommission aus — daß sich der in der letzten Sitzung gestellte Antrag recht wohl ausführen lasse und die Genehmigung zur Anbringung der Brücke nicht versagt werden würde, so habe die Commission dennoch Bedenken getragen, der Versammlung die Annahme des Antrages zu empfehlen, weil sich zur Zeit noch nicht übersehen lasse, ob der Staatsbahnhof an seiner jetzigen Stelle verbleiben werde. In Anerkennung dieses Grundes habe sich Herr Günther veranlaßt gesehen, seinen Antrag zurückzuziehen.

XXII. Nachverwilligung von Kosten für die parkartige Instandsetzung des Gänsewinkels.

Die von der Versammlung genehmigten Kosten für die parkartige Instandsetzung des Gänsewinkels waren auf 53 300 M veranschlagt. Es sind dann zu dem gedachten Zwecke insgesammt 52 418 M 72 S verwilligt, während in den Jahren 1886—1889 zusammen 48 257 M 17 S verausgabt wurden. Im laufenden Jahre hat sich nun herausgestellt, daß von dem mit Ausführung der Parkanlagen betrauten Promenaden-Inspector Kreiß die gesammten Kosten zu niedrig veranschlagt sind. Die Ueberschreitung des Anslages ist, abgesehen von dem Steigen der Löhne, zum Theil dadurch veranlaßt, daß die Schwierigkeiten der Bodenverhältnisse anfänglich unterschätzt worden sind, während sich jetzt herausgestellt hat, daß erst nach öfter wiederholter Umarbeitung des Erdreiches Anpflanzungen und Bepflanzungen mit Erfolg ausgeführt werden können. Eine weitere Mehrausgabe ist dadurch entstanden, daß das dem Promenaden-Inspector Kreiß im üblichen Betrage von 5 % der Bausumme seitens des Magistrates zugebilligte und bis zum Schlusse des Jahres 1889 auch gezahlte Honorar in dem Voranschlage keine Berücksichtigung gefunden hatte.

Im Ganzen sind nach den vorgelegten Stadtcassenrechnungen bislang 52 949 M 83 S verbraucht, so daß die verwilligte Summe von 531 M 11 S überschritten worden, während an fälligen Rechnungen und Löhnen noch 1546 M 11 S gedeckt werden müssen. Die Fertigstellung des Parkgebietes und die Unterhaltung desselben bis zum Schlusse dieses Jahres wird eine weitere Summe von 13 744 M 50 S erfordern. Hiernach ist im laufenden Jahre mit dem für Kreiß auszuverwendenden Honorare von 999 M 16 S insgesammt eine Summe von 16 820 M 88 S erforderlich, welche zu verwilligen der Magistrat mit dem Bemerken anheimgibt, daß voraussichtlich die Erd- und Wegearbeiten im Herbst dieses Jahres, die Anpflanzungen dagegen im Herbst 1891 beendet sein werden.

Wie Herr Wolff I ausführt, empfiehlt die Finanzcommission, die geforderte Summe zu verwilligen, da die Ueberschreitung genügend begründet erscheine.

Herr Rieke bittet, für diesen Park nicht zu viel Geld aufzuwenden, weil aus demselben doch nichts Ordentliches gemacht werden könne, so lange der Bahnhof und die Fabriken in seiner Nähe liegen. Wenn aber der Bahnhof einmal dort fortkomme, so werde das Parkterrain jedenfalls zu Straßenzwecken Verwendung finden und das Geld für die Instandsetzung des Parks weggeworfen sein. Der Gänsewinkel sei überhaupt nicht der richtige Platz gewesen, für den man hätte so viel Geld opfern sollen, da dasselbe aber einmal ausgegeben, so lasse es sich nicht wiederholen, wohl aber könne man die ferneren Ausgaben beschränken und das Geld lieber zur Aufbesserung holprigen Straßenpflasters zc. verwenden. Das kleine

Hölzchen in Verbindung mit dem großen Exercierplatze dürfte den Bedürfnissen der Stadt in Bezug auf Parkanlagen vollständig genügen, so daß dieser Park ziemlich überflüssig erscheine.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

XXIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Erhöhung der Beamtengehälter.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, vor Aufstellung des nächsten Stadthaushaltsplanes eine Vorlage einzubringen, durch welche den städtischen Beamten in Form eines Wohnungsgeldzuschusses oder auf eine andere Weise eine Erhöhung ihres Gehalts gewährt wird, welche den seit dem Jahre 1881 dauernd gestiegenen Arbeitslöhnen und Productenpreisen gegenüber einen gerechten Ausgleich herbeiführt.“

Zur Begründung führt Herr Nieß aus, daß außer denjenigen Einwohnern, welche ihren Lebensunterhalt auf den Genuß von Zinsen gründen, nur noch die Beamten den wesentlichen Preiſsteigerungen der letzten Jahre mit ihrem Einkommen nicht zu folgen vermöchten. Beispielsweise seien im Baugewerbe die Preise seit dem Jahre 1881 um 50 % gestiegen. Er bitte um Unterstützung dieses Antrages.

Nach genügender Unterstützung wird der Antrag der Statutencommission zur Vorberatung überwiesen.

XXIV. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Ausschmückung der Theaterbrücke.

Wie Herr Nieß zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, wenn thunlich, an entsprechender Stelle dahin vorstellig zu werden, daß die Theaterbrücke nicht Obeliskten zc., sondern Figuren zum Schmucke erhält,“

bemerkt, erscheinen ihm die für die Brücke in Aussicht genommenen Obeliskten, welche sich wohl für einen Eingang zum Kirchhofe eignen, durchaus unpassend zu sein, so daß es auch nach der Ansicht vieler anderen Personen vorzuziehen wäre, die Brücke vorläufig lieber ohne jede Ausschmückung zu lassen, als ihr Obeliskten zu geben. Weit besser seien zu solchem Zwecke Figuren geeignet.

Der Antrag geht, genügend unterstützt, der Baucommission zur Vorberatung zu.

XXV. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf anderweite Festsetzung der Fahrzeiten für die Pferdebahn.

Zur Begründung dieses Antrages, welcher lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, bei irgend einer passenden Gelegenheit dahin zu wirken, daß die Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft veranlaßt werde, von Morgens 8 Uhr ab den vollen Betrieb eintreten zu lassen,“

weist Herr Nieß darauf hin, daß das Fahren der Pferdebahn in Zwischenräumen von 20 Minuten keinen Zweck habe und es daher angezeigt erscheine, daß magistratsseitig bei passender Gelegenheit die Pferdebahn-Gesellschaft, mit welcher bekanntlich auf gutlichem Wege durchaus nichts zu erreichen sei, veranlaßt werde, wenigstens von 8 Uhr Morgens ab den vollen Betrieb aufzunehmen.

Auch dieser Antrag findet genügende Unterstützung und wird zur Vorberathung an die Finanzcommission verwiesen.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wählt die Versammlung einen weiteren wissenschaftlich gebildeten Lehrer für die städtische höhere Mädchenschule, erledigt eine Anzahl Reclamationen gewerblicher Etablissements gegen die Veranlagung zu besonderen Wegegeldbeiträgen und ergänzt die Einkommensteuer-Einschätzungs-Commission durch die Wahl eines Mitgliedes, während in gemeinschaftlicher Sitzung über die Heranziehung Fremder zur Gemeindesteuer für das laufende Jahr Beschluß gefaßt wird.

Schluß gegen 8 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 4. September 1890.

Öffentlich:

I.	Neue Dienstordnung für die Bürgerschullehrer	Seite 197.
II.	Erwerb eines Legates seitens der Stadt	" 197.
III.	Beitrag zur Pflasterung des Friedrich-Wilhelmsplatzes	" 197.
IV.	Anstellung einer Klage gegen Anwohner der Kramerstraße	" 198.
V.	Vertrag mit der General-Hof-Intendantur wegen Regulirung des Ruhfäutchenplatzes 2c.	" 198.
VI.	Verträge über Erwerb des Landgefiütes und Abiretung von Straßenterrain am Museum 2c.	" 201.
VII.	Aufnahme eines Processes gegen Anwohner der Gehjoststraße	" 201.
VIII.	Erwerb von Straßenflächen am Königsstiege	" 201.
IX.	Desgl. an der Kreuzstraße	" 201.
X.	Aufstellung eines Wetterhäuschens auf dem Ruhfäutchenplatze	" 202.
XI.	Erwerb von Straßenflächen am Hopfengarten	" 202.
XII.	Einfriedigung einer Fläche am Volksbrausebade	" 202.
XIII.	Verwilligung einer Functionszulage	" 203.
XIV.	Baulinie für einen Theil der Wilhelmstraße	" 203.
XV.	Baulinie an der Fallersleberstraße	" 203.
XVI.	Canalisation der Gasse zwischen Mönchstraße und Egydienkirchhof	" 203.
XVII.	Baulinie für die Ostseite der Gildenstraße	" 204.
XVIII.	Aufbewahrung der städtischen Inhaberpapiere	" 204.
XIX.	Verwendung einer Testamentsabgabe	" 205.
XX.	Vertrag wegen Instandsetzung der Grünstraße	" 205.

XXI. Erneuerung eines Fußbodens im Stadtparkgebäude	Seite 205.
XXII. Regulirung des Wendenringes etc.	" 207.
XXIII. Verpachtung von Friedhofsländereien	" 209.
XXIV. Grundsätze für Erhebung des Schulgeldes in den Bürgerschulen	" 209.

Vertraulich:

Neuwahl eines Armenpflegers	" 211.
Steuer-Reclamationen von Actien-Gesellschaften	" 211.
Stener-Reclamationen (Verzeichniß I von 1890)	" 211.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Haake und Heymann und Gerichtsassessor von Frankenberg-Ludwigsdorf.

Entschuldigt die Herren Bollmann, Bültemann, Lüderßen, Nieß, Reiche, Reuter, Seele, Wilke und Wolff L.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Semler, genehmigt die Versammlung zunächst die Protocolle Nr. 7 und 8 und erhält darauf Kenntniß von dem Eingange folgender Sachen:

- 1) Sechster Jahresbericht des Sparvereins für Confirmanden, welcher zur Vertheilung gelangt;
- 2) Schreiben des Stadt-Magistrates wegen Uebersendung einer Mappe mit einem auf 19 Blättern dargestellten Stadtplane im Maßstabe 1:1500;
- 3) Schreiben des Eisenbahn-Commissariates an den Magistrat, nach welchem vom 1. Juli d. J. ab der bisher noch auf Rechnung der Bauunternehmung geführte Betrieb der gesamten Strecken der Braunschweigischen Landeseisenbahn auf Rechnung der Gesellschaft begonnen hat;
- 4) Schreiben des Stadt-Magistrates, gemäß welchem der Weg an der Reinigungsstation nur nach Aufwendung einer Summe von 6100 M. dem öffentlichen Verkehr freigegeben werden kann, indem von der Canalbau-Deputation für nothwendig gehalten wird, zuvor einige Schutzvorrichtungen, als: Abschließung der Reinigungsstation von dem noch besonders anzulegenden Fußwege durch eine Planke, Aufstellung eines Stacks an dem Fußwege entlang nach der Hollandt'schen Seite zu und Verbreiterung der Brücke. Der Magistrat muß der Aufsicht der Canalbau-Deputation beipflichten, daß die Freigabe des fraglichen Weges mit der Aufwendung einer so erheblichen Summe allzu theuer erkaufte sein würde, zumal die Entfernung zwischen der Hennebergstraße

und der Bruchthor-Promenade durch denselben nicht abgekürzt, sondern sogar um fast 200 m verlängert werden würde.

Sodann tritt die Versammlung in die Verathung der Tagesordnung ein.

I. Neue Dienstordnung für die Bürgerschullehrer.

Das unterm 13. August 1875 erlassene Reglement, betr. die Gehalts- und Dienstverhältnisse der an den mittleren und unteren Bürgerschulen der Stadt Braunschweig angestellten Lehrer, hat im Laufe der Jahre nach verschiedenen Richtungen hin wesentliche Abänderungen erfahren, wodurch die Uebersicht über die gegenwärtig in Geltung befindlichen Bestimmungen erschwert wird. Mit Rücksicht hierauf und da überdies die durch jenes Reglement über die Dienstverhältnisse der Lehrer getroffenen Bestimmungen äußerst lückenhaft sind, hat der Magistrat im Einvernehmen mit dem Schulvorstande eine neue, die Dienst- und Gehaltsverhältnisse erschöpfende „Dienstordnung für die Lehrer an den Bürgerschulen der Stadt Braunschweig“ entworfen. Der Magistrat überreicht diesen Entwurf, unter Erläuterung bezw. Begründung derjenigen wesentlichen Neuerungen desselben, welche nicht auf Beschlüssen der Versammlung oder auf landesgesetzlichen Vorschriften beruhen, mit dem Ersuchen, zur Feststellung des Entwurfs die Zustimmung, insoweit erforderlich, zu ertheilen,

was auch geschieht, nachdem Herr Blasius namens der Schulcommission den Entwurf in allen seinen Punkten eingehend erläutert und zur Annahme empfohlen hatte.

II. Erwerb eines Legates seitens der Stadt.

Der hier am 3. November 1889 verstorbene Rentner Kellermeyer hat der hiesigen Stadtgemeinde ein Capital von 2000 M mit der Auflage vermacht, zu genehmigen, daß sein auf dem Central-Friedhofe errichtetes Grabmonument 50 Jahre länger stehen bleibe, als es die Regel sei und daß die Grabstelle des Erblassers 100 Jahre im Stande erhalten werde. Nachdem die Friedhofs-Deputation sich bereit erklärt hat, diese Verpflichtungen gegen Ueberlassung des obengedachten Capitals zu erfüllen, ersucht der Magistrat, das Legat anzunehmen und dasselbe der Friedhofs-Deputation zu überweisen.

Die Statutencommission läßt durch Herrn Wolff II diesen Antrag befürworten und die Versammlung erhebt denselben zum Beschlusse.

III. Beitrag zur Pflasterung des Friedrich-Wilhelmsplatzes.

Die Kosten für Herstellung des Trottoirs bezw. für Aenderung des Straßenpflasters vor dem vom Hof-Zimmermeister Gerecke am Friedrich-Wilhelmsplatze

erbauten Hotel sind von der Städtischen Bauverwaltung, soweit sie der Stadt zur Last fallen, zu 1050 M veranschlagt, deren nachträgliche Verwilligung magistratsseitig beantragt wird. Bezüglich der Frage, inwieweit Gerede verpflichtet sei, zu den Kosten der Erweiterung des Friedrich-Wilhelmsplatzes an der fraglichen Stelle beizutragen, ersucht der Magistrat ferner, ein mit Gerede dieserhalb getroffenes Abkommen, dahingehend, daß derselbe die Kosten des neuen Plattenbelages der Stadt mit 300 M vergütet, anzunehmen und Gerede bezw. dessen Nachfolger zu weiteren Beiträgen nicht heranzuziehen, da eine rechtliche Verpflichtung desselben zur Zahlung solcher Beiträge zweifelhaft erscheine.

Auch diese Vorlage befürwortet Herr Wolff II namens der Statutencommission, worauf dieselbe von der Versammlung angenommen wird.

IV. Anstellung einer Klage gegen Anwohner der Kramerstraße.

Behufs Regulirung der Kramerstraße waren zufolge Vertrages vom 25. Juli 1886 von den anliegenden Grundstücken verschiedene Flächen zur Straße stadtsseitig erworben, bezw. von dieser den betr. Grundstücken, unter Festsetzung eines Einheitspreises von 5 M, zugelegt. Da die Straße inzwischen ausgebaut, die Auflassung der fraglichen Flächen aber noch nicht erfolgt ist und die betreffenden Eigenthümer bislang nicht haben bewogen werden können, den Vertrag zu erfüllen, so giebt der Magistrat behufs endlicher Erledigung der Angelegenheit anheim, ihn zur Erhebung einer Klage auf Vertragserfüllung zu ermächtigen.

Die Statutencommission, für welche wiederum Herr Wolff II berichtet, empfiehlt, die Genehmigung zur Proceßführung zu ertheilen, da eine Verpflichtung der betr. Anwohner vorliege

und beschließt die Versammlung demgemäß.

V. Vertrag mit der General-Hof-Intendantur wegen Regulirung des Ruhfäntchenplatzes etc.

Die Herzogliche General-Hof-Intendantur hat an den Stadt-Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihr das gegenwärtig an die Dienstbotenanstalt vermiethte, im Jahre 1887 für den Preis von 24 000 M angekaufte Grundstück Nr. 50 am Ruhfäntchenplatz, zwecks Verhinderung der Bebauung desselben mit einem durch seine Höhe oder seinen Styl die architectonische Wirkung der Burg Dankwarderode schädigenden Gebäude, zu überlassen. Die dieserhalb geführten Verhandlungen zwischen Herzoglicher Hofstatt und dem Stadt-Magistrate haben zum Abschlusse eines Vertrages geführt, welcher seinem wesentlichen Inhalte nach Folgendes enthält:

Die Stadtgemeinde verpflichtet sich der Herzoglichen Hof-Intendantur gegenüber und vorbehaltlich der Concurrenz des allgemeinen Pflasterungsfonds die durch den Ortsbauplan vorgesehene Verbreiterung und ordnungsmäßige Instandsetzung der an der Nordseite der Burg Dankwarderode durchführenden, den Ruhfäutchenplatz mit dem Burgplatze verbindenden Straße, ferner die planmäßige Regulirung des westlichen Theiles vom Ruhfäutchenplatze und endlich die Verbreiterung und ordnungsmäßige Instandsetzung der Stadtstraße „Marstall“ auszuführen.

Die Herzogliche General-Hof-Intendantur theiligt sich an diesen Unternehmungen in folgender Weise: Die Stadtgemeinde überträgt auf die Hof-Intendantur unentgeltlich das Eigenthum an dem am Ruhfäutchenplatze *N.* 50 belegenen Grundstücke und an derjenigen vor letzterem belegenen Grundfläche, welche in der etwa 3 a 80 qm betragenden Größe von dem Ruhfäutchenplatze nach Maßgabe des Ortsbauplanes abgetrennt werden soll; hat auch der Hofstatt den zwischen dieser Grundfläche und dem Trottoir belegenen, etwa 2 a 20 qm haltenden Abschnitt des Ruhfäutchenplatzes zu unentgeltlichem Eigenthume mit dem Vorbehalt zu überweisen, daß dieser Abschnitt als Vorgarten eingerichtet und mit einem niedrigen eisernen Staket eingefriedigt werden muß und nicht bebaut werden darf. Die Hof-Intendantur erstattet der Stadtgemeinde diejenigen Kosten, welche der letzteren aus dem Erwerbe der zur planmäßigen Verbreiterung des Marstalles erforderlichen Abschnitte der daselbst unter *N.* 2825–2830 belegenen Grundstücke, sowie der zur Regulirung des Burgplatzes erforderlichen Grundfläche des daselbst unter *N.* 49 belegenen Grundstückes erwachsen, mit dem Vorbehalt, daß die Stadtgemeinde die zur Verbreiterung bezw. zur Regulirung des Burgplatzes von den fraglichen Grundstücken etwa nicht nothwendigen, aber angekauften Restflächen unentgeltlich auf die Hof-Intendantur und zwar mit Einschluß der darauf stehenden Gebäude, bezw. der aus dem Abbruche derselben erzielten Einnahme, zu Eigenthum zu übertragen verpflichtet sein soll und will. Die Enteignung der zur Verbreiterung des Marstalles an der Südseite desselben erforderlichen Grundstücke soll, nach Ertheilung des Rechts der Zwangsenteignung an die Stadtgemeinde, ungesäumt herbeigeführt werden, so daß die eventuelle vorläufige Einweisung der Stadtgemeinde in den Besitz der betr. Grundstücke, bezw. Grundstückstheile spätestens zum 1. April 1891 beantragt werden kann, die Verbreiterung der Straße selbst aber an deren Südseite sobald als irgend thunlich in Angriff genommen und zu Ende geführt wird. Die Regulirung der Nordseite des Marstalles darf bis dahin ausgesetzt bleiben, daß ein Neubau der ihrer Durchführung entgegenstehenden Häuser eingetreten sein wird. Die Herzogliche Hof-Intendantur wird in den Eigenthumsbesitz des unter *N.* 50 am Ruhfäutchenplatze belegenen Gebäudes und der an dasselbe aus diesem Platze anzuschneidenden Grundfläche zum 1. October 1890 eingewiesen.

Bei dem Neubau des auf dem Grundstücke stehenden Gebäudes, welcher auf etwaiges Verlangen des Magistrates binnen längstens fünf Jahren auszuführen ist, soll die zur planmäßigen Verbreiterung der daran vorbeiführenden Verbindungsstraße erforderliche, zu 65 qm berechnete Grundfläche ohne Entgelt an die Stadtgemeinde wieder abgetreten werden. Die Regulirung des Burgplatzes vor dem Hause *N* 49 muß spätestens zu dem Zeitpunkte ausgeführt werden, zu welchem ein Neubau dieses Gebäudes errichtet wird.

Das Ersuchen des Magistrates geht dahin, zu diesem Vertrage die Zustimmung zu ertheilen und ihn zu den behufs Ausführung des Vertrages erforderlichen Maßnahmen zu ermächtigen.

Der Vorstand der Dienstbotenanstalt hat sich zur Räumung des ihm vermietheten Grundstücks am 1. October d. J. in der Erwartung bereit erklärt, daß ihm alsdann das frühere Stadtcassengebäude in der kl. Burg zu einem angemessenen Miethpreise überlassen werde und beantragt der Magistrat weiter, sich damit einverstanden zu erklären, daß dieses Gebäude, insoweit dasselbe bisher von dem Lehrer Ludwig und dem Vereinsboten Schachel, welchen die Wohnungen rechtzeitig gekündigt sind, bewohnt ist, zum 1. October d. J. anderweit an den Vorstand der Dienstbotenanstalt für jährlich 500 M vermiethet werde.

Die Statutencommission schließt sich nach dem Berichte des Herrn Wolff II der Ansicht des Magistrates, nach welcher der vorliegende Vertrag als für die Stadt hochofentlich zu bezeichnen sei, vollkommen an und kann daher die Genehmigung desselben nur befürworten. Die Commission möchte dabei anheimgeben, diesen Vertrag zur Beseitigung etwaiger Zweifel gerichtlich oder notariell verlaublich zu lassen, ohne indeffen dieses Ersuchen als Bedingung der Genehmigung hinzustellen. Jedenfalls wünsche die Commission nicht, daß durch solche Maßnahme etwa die Ausführung des Vertrages ungebührlich verschoben werde. Dem ferneren Antrage des Magistrates auf Ueberweisung des alten Stadtcassen-Gebäudes an den Vorstand der Dienstboten-Anstalt stimme die Commission ebenfalls zu.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt die Erklärung ab, daß es in der Absicht des Magistrates liege, den fraglichen Vertrag notariell verlaublich zu lassen, sobald der formelle Abschluß hinsichtlich der Eigenthumsrechte an der Dienstbotenanstalt erfolgt sein werde. Die bezüglichlichen Grundstücke an der südlichen Seite des Markstalles würden zum 1. April 1891 erworben werden, falls eine Ueberweisung derselben so frühzeitig erfolgen könne, um die Miethsverhältnisse bis dahin zu lösen, anderenfalls müßte naturgemäß bis zum 1. October 1891 gewartet werden.

Die gesammte Magistratevorlage gelangt darauf unter Billigung der von der Statutencommission befürworteten Anheimgabe zur Annahme.

VI. Verträge über Erwerb des Landgestütes und Abtretung von Straßenterrain am Museum &c.

Auf Grund der von der Versammlung bereits früher erteilten Ermächtigung zum Ankaufe des früheren Landgestütes und zum Verlaufe der an der Nordseite der neuen Verbindungsstraße zwischen Bohlweg und Ruhfäutchenplatz belegenen Baufläche an den Fiscus hat der Magistrat entsprechende Verträge aufgenommen und ersucht um deren Bestätigung, sowie um das Einverständniß zu der mit dem fraglichen Verlaufe in Verbindung stehenden Aufhebung der Straße „Am Museum“.

Die Versammlung stimmt der gesammten Magistratsvorlage, nach Befürwortung derselben durch Herrn Wolff II namens der Statutencommission, zu.

VII. Aufnahme eines Processes gegen Anwohner der Gehjofstraße.

Verschiedene Anlieger der Gehjofstraße, welche zur Zahlung der auf sie entfallenden Straßebaukosten herangezogen waren, haben, nach Abweisung einer bezüglichen, an das Herzogliche Staatsministerium gerichteten Beschwerde, gegen die städtischen Behörden Klage erhoben, in welcher verlangt wird, daß die fraglichen Kosten auf einen geringeren Betrag festgestellt werden. Da der Magistrat diese Klage für unbegründet hält, so ersucht derselbe, ihn zur Aufnahme des Processes zu ermächtigen,

was auch geschieht, nachdem Herr Schwarzenberg sich namens der Statutencommission für den Antrag ausgesprochen hatte.

VIII. Erwerb von Straßenflächen am Königsstiege.

Der Magistrat beantragt, den mit dem Bauunternehmer Seinede abgeschlossenen Vertrag auf Erwerb von 2 a 62 qm Straßenterrain am Königsstiege zum Einheitspreise von 7 M pro qm zu genehmigen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage auf Befürwortung des Herrn Krahe, welcher für die Baucommission berichtet, zu.

IX. Erwerb von Straßenflächen an der Kreuzstraße.

Der Maurer Wille hat von seinem an der Kreuzstraße belegenen Grundstücke eine 1 a 70 qm haltende Theilfläche behufs Anlegung einer von der Kreuzstraße abzweigenden projectirten Straße zum Einheitspreise von 6 M pro qm an die Stadtgemeinde abgetreten und ersucht der Magistrat, den dieselhalb aufgenommenen Vertrag zu genehmigen,

mit welchem Antrage sich die Versammlung einverstanden erklärt, nachdem Herr Krahe namens der Baucommission denselben zur Annahme empfohlen hatte.

X. Aufstellung eines Wetterhäuschens auf dem Ruhfäutchenplatze.

Der Oberst z. D. Brauns hat in Folge Anregung des hiesigen Vereins für Naturwissenschaften als Vorsitzender einer Commission zur Errichtung eines Wetterhäuschens um Genehmigung der Aufstellung eines solchen auf dem Ruhfäutchenplatze nachgesucht und will der Magistrat dieses Gesuch unter der Bedingung jederzeitigen Widerrufs befürworten. Auf dem Wetterhäuschen ist ein ursprünglich nicht vorgesehener Laternenaufsatz mit Intensivbrenner in Aussicht genommen und wird lediglich die Laternenvorrichtung auf Stadtkosten angebracht werden, während die übrigen Ausgaben von der obenbezeichneten Commission zu bestreiten sind.

Die Statutencommission läßt die Vorlage durch Herrn Krahe befürworten, worauf dieselbe nach einigen Bemerkungen der Herren Schwarzenberg und Oberbürgermeister Pockels zur Annahme gelangt.

XI. Erwerb von Straßenflächen am Hopfengarten.

Zum Zwecke der Canalisirung des Hopfengartens ist die Benutzung von Privatterrain erforderlich. Der größere Theil desselben gehört dem Waisenhause und hat dieses die Verlegung des Canals in das fragliche Terrain gestattet. Eine außerdem nothwendige, dem Maurermeister Röper gehörige Fläche von 3 a 56 qm will derselbe zum Einheitspreise von 8 M pro qm der Stadt käuflich überlassen, welchen Ankauf der Magistrat empfiehlt

und die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Halle berichtet, beschließt.

XII. Einfriedigung einer Fläche am Volksbrausebade.

Neben dem an der Ferdinandstraße neu errichteten Volksbrausebade ist eine der Stadt gehörige und zur späteren Wegeverbreiterung bestimmte Fläche von 1 a 29 qm liegen geblieben, über deren Verwendung Bestimmung zu treffen ist. Dem Vorschlage der Städtischen Bauverwaltung gemäß beantragt der Magistrat, an Stelle des jetzigen Harzzaunes eine eiserne Einfriedigung auf Quadersockeln im Anschluß an das Brückengeländer und die Badeanstalt herzurichten und die freie, zwischen dem Volksbrausebade und dem Zugangswege zur Brücke belegene Fläche mit niedrigem Strauchwerk zu bepflanzen, zu welchem Zwecke ein Kostenaufwand von insgesammt 600 M angefordert wird.

Die Baucommission läßt die Genehmigung des Antrages durch Herrn Krahe empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß.

XIII. Verwilligung einer Functionszulage.

Der bei der städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule angestellte Regierungs-Baumeister Voß ist in seinem Gehalte mit den städtischen Baumeistern vertraglich gleichgestellt und hat daher Anspruch auf die den letzteren am 19. Juni d. Jz. bewilligte Functionszulage von jährlich 300 M. Der Magistrat giebt die Gewährung dieser Zulage anheim

und die Versammlung verwilligt dieselbe, nachdem sich Herr Krahe namens der Statutencommission für die Gewährung ausgesprochen hatte.

XIV. Baulinie für einen Theil der Wilhelmstraße.

Für die Westseite des zwischen Wendensstraße und Voßstäwete belegenen Theiles der Wilhelmstraße wird vom Magistrate im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte eine neue Baulinie vorgeschlagen, deren Genehmigung beantragt

und von der Versammlung nach Befürwortung durch Herrn Krahe, welcher für die Baucommission berichtet, beschlossen wird.

XV. Baulinie an der Fällersleberstraße.

In Veranlassung eines von dem Gastwirthte Flügel eingebrachten Antrages auf Errichtung eines neuen Wohngebäudes auf seinem an der Fällersleberstraße Nr. 7 belegenen Grundstücke, ersucht der Magistrat einen vom Stadtbauamte für die Regulirung dieser Straße aufgestellten neuen Ortsbauplan gutzuheißen.

Herr Krahe giebt namens der Baucommission die Genehmigung der neuen Baulinie anheim.

Herr Schwarzenberg möchte empfehlen, bei einer so breiten Straße die alte Baulinie ruhig beizubehalten, da es unschön aussehe, wenn ein einzelnes Haus vielleicht viele Jahre hindurch von der Baulinie abweiche.

Herr Ramdohr ist dagegen der Ansicht, daß jede sich darbietende, nicht allzu hohe Geldopfer erfordernde Gelegenheit benutzt werden müsse, um eine Straße in eine bessere Linie zu bringen, weil sonst unsere Nachfolger erst wieder gut zu machen hätten, was jetzt versäumt werde.

Die Vorlage gelangt darauf zur Annahme.

XVI. Canalisation der Gasse zwischen Mönchstraße und Egidienkirchhof.

Es hat sich das Bedürfniß herausgestellt, die den Egidienkirchhof mit der Mönchstraße verbindende Gasse zu entwässern und beantragt der Magistrat, hierfür einen Betrag bis zu 600 M zu verwilligen,

welcher Antrag von Herrn Südel namens der Finanzcommission unterstützt wird.

Herr Halle möchte zur Erwägung vorstellen, ob sich nicht auch die Canalisation des Egidienkirchhofes selbst empfehle, da sich derselbe bei Regenwetter in einem recht traurigen Zustande befinde, welcher namentlich bei Abhaltung des Topfmarktes unerträglich sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels kann darauf erwidern, daß sich diese Frage bereits in Verhandlung befinde.

Herr Lange fragt an, aus welchen Gründen die Canalisation und Pflasterung des Prinzenweges noch nicht weiter vorgeschritten sei,

worauf Herr Oberbürgermeister Pockels augenblicklich eine bestimmte Auskunft nicht ertheilen kann, da ihm nur erinnerlich sei, daß in Bezug auf den Anschluß einzelner Häuser Weiterungen, bezw. Verzögerungen entstanden seien. Im Uebrigen hänge diese Angelegenheit nicht von der Stadt, sondern von der Herzoglichen Baudirection ab.

Nachdem noch Herr Lange bemerkt hatte, daß nach den von ihm eingezogenen Erkundigungen die Verzögerung an der Canalisation liegen solle und Herr Oberbürgermeister Pockels auf seine soeben abgegebene Erklärung Bezug genommen hatte,

wird die Vorlage gutgeheißen.

XVII. Baulinie für die Ostseite der Gildenstraße.

Auf Antrag des Stadtbauamtes giebt der Magistrat anheim, für die Ostseite des zwischen Sonnenstraße und Malertwete belegenen Theiles der Gildenstraße einen anderweiten Ortsbauplan festzustellen,

welchem Antrage die Versammlung stattgiebt, nachdem derselbe von Herrn Rimpau namens der Baucommission befürwortet war.

XVIII. Aufbewahrung der städtischen Inhaberpapiere.

Auf Grund von §. 2 eines jetzt aufgehobenen Gesetzes hatte die Versammlung sich am 10. Mai 1883 damit einverstanden erklärt, daß die in Cours befindlichen Inhaberpapiere der Stadt und des Kreiscommunalverbandes nebst den zugehörigen Talons im eisernen Geldschrank des Magistratsdepositoriums verwahrt hinterlegt würden. Das Gesetz vom 13. Juni d. Js. Nr. 33 bestimmt, unter Aufhebung des obgedachten Gesetzes, daß die Hinterlegung derartiger Papiere bei dem Leihhause ohne Zinsleisten und Zinscheine zu erfolgen habe, sofern nicht das Gegentheil besonders angeordnet werde, gestattet aber den städtischen Behörden, eine andere Art der Sicherung zu vereinbaren. Hiernach wird die Versammlung um Erklärung des Einverständnisses dazu ersucht, daß die betr. Papiere auch

fernerweit, jedoch ohne Zinsleisten zc. im Magistratsdepositorium verwahrt werden,

mit welchem Vorschlage sich die Versammlung auf Empfehlung der Finanzcommission, für welche Herr F ü d e l berichtet, einverstanden erklärt.

XIX. Verwendung einer Testamentsabgabe.

Die Armen-Direction hat darauf angetragen, daß die der Armencaffe gebührende Hälfte der von dem Testamente des verstorbenen Buchhändlers Heinrich Bieweg zur Armen- und Begebetterungscasse entrichteten Abgabe von 20000 M ganz oder doch zu einem Theile dem speciellen Armencaffenfonds der „Herzoglichen Gelder“ zur Unterstützung verschämter Armen überwiesen werde. Der Magistrat erachtet es in Rücksicht auf die Finanzlage des diesjährigen Betriebshaushalts der Armencaffe für unbedenklich, von dem in Rede stehenden Antheile derselben zu 10000 M nur 4000 M zur Bestreitung laufender Ausgaben zu verwenden, die übrigen 6000 M aber für kommende Zeiten zurückzustellen. Da eine Verstärkung des z. B. rund 24000 M betragenden Vorrathsvermögens zur Unterstützung verschämter Armen vom Magistrate als dringend wünschenswerth anerkannt wird, so giebt derselbe anheim, sich mit der Verwendung dieser 10000 M in der oben bezeichneten Weise einverstanden zu erklären,

was auch geschieht, nachdem Herr F ü d e l namens der Finanzcommission einen dementsprechenden Antrag gestellt hatte.

XX. Vertrag wegen Instandsetzung der Grünstraße.

Der Maurermeister Köper hat sich bereit erklärt, die Grünstraße in Gemäßheit des festgestellten Ortsbauplanes auf seine Kosten als Ortsstraße ausbauen zu lassen und hat der Magistrat mit Köper einen dementsprechenden Vertrag abgeschlossen, dessen Genehmigung anheimgestellt wird.

Die Baucommission läßt die Annahme des Vertrages durch Herrn Rimpau befürworten und die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß.

XXI. Erneuerung eines Fußbodens im Stadtparkgebäude.

Zur Vertilgung des unter dem Fußboden und am unteren Theile der Lambris in dem südlich belegenen Gastzimmer des Stadtparkgebäudes aufgetretenen Schwammes empfiehlt die Städtische Bauverwaltung, an Stelle des hölzernen Fußbodens und der Lambris dieses Zimmers einen Cement-Fußboden mit darauf zu legendem Linoleum zu wählen und die Wände durch einen isolirenden Anstrich, sowie durch Imprägnirung mittelst eines antiseptischen Stoffes gegen die Fäulnißeinwirkungen

zu schützen. Ob noch andere Zimmer des fraglichen Gebäudes von dem Schwamme angegriffen sind, läßt sich zur Zeit noch nicht feststellen. Der Magistrat giebt anheim, die Erneuerung des Fußbodens u. s. w. in der angegebenen Weise zu genehmigen und zu solchem Zwecke 450 M zu verwilligen.

Die Baucommission läßt die Genehmigung des Antrages und die Verwilligung der geforderten Summe durch Herrn Krahe empfehlen.

Herr Blasius, welcher ebenfalls für die Verwilligung der Summe ist, giebt dieser Fall Veranlassung, auf eine Sache hinzuweisen, die in der Versammlung schon früher verhandelt, aber seit einigen Jahren nicht wieder zur Sprache gekommen sei. Es handle sich nämlich um die Anlegung einer Anzahl Grundwasser-Messstationen in der Stadt. Der hier zur Verhandlung stehende Fall von Schwammbildung, welche nur durch die früher nicht gekannte, schwankende Höhe des Grundwassers hervorgerufen worden, zeige, wie nothwendig es sei, sich von dem Stande desselben an verschiedenen Punkten der Stadt zu verschiedenen Zeiten für eine längere Reihe von Jahren zu überzeugen. Bei der Vornahme von Messungen innerhalb der letzten zehn Jahre würde man gewußt haben, in welcher Weise das Grundwasser steige und falle, so daß man bei der Legung des Fußbodens im Stadtparkgebäude auch über dem höchsten Stande des Grundwassers leicht hätte bleiben können. Da schon früher einmal eine Reihe zu solchen Messungen zweckmäßiger Stationen ausgewählt worden, so gebe er zur Erwägung anheim, ob diese Angelegenheit nicht wieder in Fluß gebracht werden könne, um der Ausführung einer so dringenden Maßnahme endlich näher zu kommen.

Herr Kieke hat schon bei der Erbauung des fraglichen Gebäudes seine Bedenken hinsichtlich der Grundwasser-Verhältnisse gehabt, wenn man auch damals auf trockenen Untergrund gestoßen sei. Uebrigens könne er nicht begreifen, daß bei den städtischen Bauten sich so oft der Schwamm zeige, welcher beispielsweise zu wiederholten Malen im städtischen Krankenhause, in der Schule an der Ottmerstraße und wohl auch noch in anderen städtischen Gebäuden aufgetreten sei, was bei einer so gediegenen Bauart, wie sie von der Stadt vorgenommen, bezw. überwacht werde, doch wohl nicht vorkommen dürfe. Wenn er sich einmal an die Beseitigung von Schwamm gemacht habe, dann könne er auch dafür bürgen, daß sich derselbe nicht wieder zeige. Bei dem Stadtparkgebäude hätte man das betr. Zimmer unterkellern sollen, dann wäre der Schwamm sicher nicht vorgekommen. Im Uebrigen empfehle er ebenfalls die Anbringung von Cementboden mit Linoleum, oder aber die Unterkellerung des Zimmers und dann Holz-Fußboden.

Herr Lange möchte, ohne indessen der Bauverwaltung eine Belehrung zu Theil werden lassen zu wollen, darauf aufmerksam machen, daß nach seiner Erfahrung der Schwamm durch einen Beton-Fußboden nicht vernichtet werde, sondern

eher zu befürchten sei, dadurch den Herd des Schwammes noch zu erweitern, während man denselben durch reichliche Luftzuführung zu beseitigen vermöge, welche Erfahrung von Herrn Sübel bestätigt wird.

Herr Oberbürgermeister Pockels ist für die hier gemachten Mittheilungen sehr dankbar, er muß aber darauf hinweisen, wie bereits in der Sitzung der Baucommission anerkannt sei, daß der Luftzutritt nicht unter allen Umständen die Verbreitung des Schwammes zu hindern vermöchte, denn in der Commission habe ein Mitglied befundet, es sei sogar unten in einem Schornsteine Schwammbildung vorgefunden. Die Unterkellerung des Gebäudes sei damals mit Rücksicht auf den Kostenpunkt unterblieben und könne hieraus Niemandem ein Vorwurf gemacht werden, denn die Versammlung hätte, wenn von ihr damals solche Befürchtungen gehegt wären, einen entsprechenden Beschluß fassen können, was nicht geschehen sei. Uebrigens könne er nicht finden, daß sich gerade in städtischen Gebäuden der Schwamm so außerordentlich viel gezeigt habe, denn das städtische Krankenhaus dürfe umsoweniger als Beispiel angeführt werden, als dasselbe seiner Zeit nicht als Krankenhaus, sondern als Pflegehaus gebaut und erst in letzter Stunde noch zum Krankenhause gestempelt worden sei. Man habe nach dieser Umwandlung noch Closets in dem Gebäude angelegt, durch welche in Folge unrichtiger Behandlung der Schwamm eingedrungen sei, woran indessen die Bauverwaltung durchaus keine Schuld trage.

Herr Krahe will noch erwähnen, daß die frische Luft allerdings der Hauptfeind des Schwammes sei und denselben zerstöre, trotzdem habe er aber selbst die Erfahrung gemacht, daß der Schwamm in einem russischen Rohre munter aufgewachsen und in der Ofennische herausgekommen sei. Ebenso habe man in dem alten Krankenhause Luftcanäle zur Beseitigung des Schwammes angelegt und in diesen Canälen den Schwamm im üppigsten Flor gefunden, so daß die Zuführung frischer Luft nicht unter allen Umständen genüge, sondern häufig noch weitere Vorichtsmaßregeln getroffen werden müßten.

Herr Lange bemerkt dazu, daß bei genügender Luftzuführung der Schwamm sich nicht wieder zeigen werde und im anderen Falle der angelegte Canal unzulänglich gewesen sein müsse.

Die Vorlage wird sodann angenommen.

XXII. Regulirung des Wendenringes etc.

Hinsichtlich des Ausbaues des Wendenringes sind vom Magistrate folgende Anträge zu unterbreiten:

I. Das von dem Bleichermeister Büttner zum Zwecke der Oker-Correction abzutretende, 3 a 30 qm haltende Terrain zum Preise von 3 M pro qm anzukaufen.

II. Von der Feldmarks-Interessenschaft Hagen zur Correction der Oker Flächen von 17 a 90 qm und 2 a 40 qm, sowie zur Straßenanlage 79 qm zum Einheitspreise von 1 M, insgesammt also zu einem Preise von 2109 M zu erwerben.

Außerdem ist noch eine 1 a haltende Fläche eines früheren Interessentenweges von der bezeichneten Feldmarks-Interessenschaft ohne Zahlung einer Entschädigung zu erwerben. Auch erscheint es billig, der letzteren den Ausfall an Pacht für das Pachtjahr October 1886/87 mit 86 M zu ersetzen und ihr die obige Summe von 2109 M mit 4 % zu verzinsen.

III. Die Verwaltungs-Deputation der genannten Interessenschaft hat ferner eine Entschädigung für weitere 10 a Interessenschaftsländerei zu 1000 M mit dem Bemerken gefordert, daß in Folge der seit Jahren stattgehabten Anschwemmungen die oben unter II. zuerst bezeichnete Fläche nicht 17 a 90 qm, sondern 27 a 90 qm groß gewesen sei. Da diese 10 a indessen nicht auf den Namen der Interessenschaft eingetragen sind, so geht die Ansicht des Magistrates dahin, daß die geforderte Entschädigung von 1000 M nebst Zinsen zu 4 %, vom 1. October 1887 ab nur in dem Falle zu gewähren ist, wenn die Interessenschaft ihr Eigenthum an dieser Theilfläche nachweist und solche der Stadt ausläßt, mit welchem Vorschlage sich der Vorsitzende der Interessenschaft auch einverstanden erklärt hat.

IV. Für eine der Interessenschaft weiter entzogene, 155 qm haltende Fläche eines Grabens eine nach demselben Einheitspreise bemessene Entschädigung von 155 M nebst Zinsen zu zahlen.

V. Da der nördliche Fußweg des Wendenringes auf der Strecke zwischen Hamburgerstraße und Hasenwinkel zum größten Theile auf dem Terrain der Böschung des Friedhofes der Andreaskirche anzulegen ist, so muß dort eine 125 m lange Futtermauer aufgeführt werden, deren Kosten einschließlich der Aufwendung für ein eisernes Staket neuerdings zu 13800 M veranschlagt sind. Der Kirchenvorstand zu St. Andreas will das zu den Fußweganlagen erforderliche, 4,5 a große und zu 3000 M geschätzte Terrain unentgeltlich an die Stadtgemeinde abtreten, sofern diese die Kosten der neuen Einfriedigung übernimmt, welchem Antrage der Magistrat zuzustimmen bittet.

Bei den mit 150000 M verwilligten Kosten des eigentlichen Straßenbaues ist in Folge umfassender Mehrarbeiten eine Ueberschreitung des Anschlages in Höhe von 10000 M eingetreten, während bei den mit 180000 M verwilligten Kosten des Brückenbaues und der Oker-Correction Ersparnisse von 15000 M erzielt sind, so daß noch ein Betrag von 5000 M zur Verfügung steht und demnach zur Beschaffung der fraglichen Futtermauer eine Summe von 8800 M nachzuverwilligen ist, welcher Antrag der Versammlung ebenfalls unterbreitet wird.

Die Statutencommission ist nach dem Berichte des Herrn Schwarzenberg mit den sämmtlichen Anträgen einverstanden und die Versammlung beschließt demgemäß.

XXIII. Verpachtung von Friedhofsländereien.

Von denjenigen zur Anlegung des Central-Friedhofes angekauften Ackerflächen, welche zu Begräbnißplätzen derzeit nicht sofort erforderlich waren, sind verschiedene neu zu verpachten und giebt der Magistrat anheim, die dieserhalb mit den bisherigen, bezw. einigen neuen Pächtern aufgenommenen Verträge, nach welchen die Pächter für 25 a einen Pachtpreis von 30 bezw. 36 M zu zahlen haben, zu genehmigen, und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß ein bisher verpachtetes, 2 ha 45 a 98 qm großes, jezt zur Erweiterung erforderliches Landstück der Friedhofs-Deputation des Kirchenconvents unentgeltlich überwiesen werde.

Die Finanzcommission läßt die Vorlage durch Herrn Sievers in allen Punkten befürworten.

Herr Lange möchte die Frage anregen, ob es nicht zweckmäßig und wünschenswerth sei, schon jezt das pachtfrei werdende Terrain des Friedhofes mit Bäumen zu bepflanzen, damit dieselben bereits herangewachsen seien und Schutz bieten, wenn das Terrain demnächst in Benutzung genommen werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß auf dem der Friedhofs-Deputation neu zu überweisenden Terrain im Herbst Wege angelegt und wohl auch Baumpflanzungen vorgenommen werden sollen, daß indessen das jezt neu zu verpachtende und vielleicht in zehn Jahren in Benutzung gelangende Terrain nicht schon mit Bäumen bepflanzt werden könne, weil einmal die Pachtverträge mit Rücksicht auf die vorzunehmende Herbstbestellung magistratsseitig bereits abgeschlossen seien und außerdem solche Bepflanzung sich für die Friedhofs-Verwaltung — welche hier allein in Frage komme — vorläufig noch zu kostspielig darstelle. Da indessen die verpachteten Ländereien bei Bedarf aus der Pacht genommen werden können, so lasse sich die Sache in Ueberlegung nehmen, sobald die Friedhofs-Verwaltung finanziell in der Lage sei, solche kostspieligen Anlagen vorzunehmen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

XXIV. Grundsätze für Erhebung des Schulgeldes in den Bürgerschulen.

In Gemäßheit einer zwischen der Herzogl. Landesregierung und der Landesversammlung getroffenen Vereinbarung, nach welcher derjenige Ausfall, welcher bei

den Cassen der evangel.-luther. Gemeindefchulen in Folge des Gesetzes vom 10. April d. Jz. M 12 entsteht, in einem gewissen Umfange aus Staatsmitteln ersetzt werden soll, hat Herzogliches Staatsministerium der Stadt Braunschweig für das laufende Schuljahr einen nach der gegenwärtigen Zahl der in Betracht kommenden Schulkinder bemessenen Zuschuß in Höhe von 27 302 M unter der Bedingung zugesichert, daß stadtseitig eine Ermäßigung des Schulgeldes unter analoger Anwendung der für die Landgemeinden maßgebenden Grundsätze eingeführt werde. Das Schulgeld beträgt z. B. in den unteren Bürgerschulen 5 M und in den mittleren Bürgerschulen 20 M jährlich. Bei dem Beginne des laufenden Schuljahrs besuchten die unteren Bürgerschulen 5608 und die mittleren Bürgerschulen 5560 Kinder. Im Kalenderjahr 1889 sind von dem Schulgeldsoll bei den unteren Bürgerschulen auf Grund der Ausführungsbestimmungen zur Armenordnung 13 363,75 M = 49,9 % und bei den mittleren Bürgerschulen auf Grund des Regulativs vom 9. November 1880 insgesammt 14 066,25 M = 12,9 % erlassen, während zur Erhebung überwiesen sind bei den unteren Bürgerschulen 14 037,85 M und bei den mittleren Bürgerschulen 95 793,75 M. Die Ausgabe der Stadt für die Beschaffung von Unterrichtsmitteln in den unteren Bürgerschulen betrug im vorigen Jahre 9788,18 M.

Der Magistrat kann behufs Erlangung des in Aussicht gestellten Staatszuschusses eine Ermäßigung des Schulgeldes in den sämtlichen hiesigen Bürgerschulen nach den für die Landgemeinden maßgebenden Grundsätzen nicht empfehlen, zumal viele für die Landgemeinden erst jetzt in Aussicht genommene Erleichterungen in hiesiger Stadt schon seit längeren Jahren gewährt worden sind, derselbe hat vielmehr, nach Anhörung des Schulvorstandes und der Armandirection, beschlossen, in den mittleren Bürgerschulen die seitherigen Schulgeldsätze mit den bezüglich der Ermäßigung bezw. des Erlasses derselben geltenden Bestimmungen unverändert beizubehalten, dahingegen der Versammlung die Einführung neuer Grundsätze bezüglich der unteren Bürgerschulen und der Schulabtheilung für schwachbefähigte Kinder mit der Maßgabe zur Annahme zu empfehlen, daß über die dauernde Geltung dieser Grundsätze zum 1. April 1892 auf der Grundlage der inzwischen über ihre finanzielle Tragweite gemachten Erfahrungen befunden werden soll.

Die wesentlichsten Bestimmungen dieser neuen Grundsätze sind folgende: „Vom Schulgelde sind die Kinder solcher Eltern, welche sich in städtischer Armenpflege befinden, sowie verwaiste und verlassene Kinder, welche auf Kosten der Stadt erzogen werden, für die Dauer dieses Verhältnisses, wie bisher, befreit. Vom 1. Juli 1890 ab wird, auch wenn mehrere Kinder derselben Eltern eine hiesige untere Bürgerschule, bezw. die Schulabtheilung für schwachbefähigte Kinder besuchen,

das Schulgeld nur für ein Kind bezahlt und der Jahresbetrag des Schulgeldes von 5 M auf 4 M ermäßigt. Sämmtlichen Schulkindern werden vom 1. October 1890 ab die erforderlichen Unterrichtsmittel unentgeltlich geliefert. Der Schulvorstand wird anordnen, daß jede mißbräuchliche Benutzung der gelieferten Unterrichtsmittel durch Schulstrafen zu ahnden sei. Den Bezirks-Armen-Commissionen steht auf Antrag der Betheiligten das Recht zu, das Schulgeld für solche Kinder, welche davon nicht schon nach den vorstehenden Bestimmungen befreit sind, zu ermäßigen oder zu erlassen."

Wie der Magistrat noch erläuternd bemerkt, sollen die obigen Vergünstigungen nicht nur auf die Kinder hiesiger Gemeindegemeinden, sondern mit Rücksicht auf die Gegenleistung einiger Landgemeinden (wie Ribbaggshausen) auf alle, die unteren Bürgerschulen besuchenden Kinder ausgedehnt werden.

Herr Ramdohr ist von der Schulcommission beauftragt, die Vorlage in allen Punkten zur Annahme zu empfehlen.

Herr Günther ist namentlich über den Theil der Vorlage erfreut, nach welchem fortan die Schulgelberlasse und die freie Lieferung der Schulutenfilien nicht mehr als Armenunterstützung angesehen werden. Wünschen möchte er nur, daß man diese Vergünstigung nicht nur auf die unteren, sondern auf sämmtliche Schulen, in erster Linie aber auch auf die mittleren Bürgerschulen ausdehnte und daß neben der freien Lieferung der Schulutenfilien in allen Fällen auch das Schulgeld erlassen würde, denn dieses würde einen ganz bedeutenden Fortschritt in dem gesammten Schulwesen der Stadt bedeuten. Die hierdurch der Stadt zur Last fallenden neuen Aufwendungen seien nicht so bedeutend, um hierdurch vor solchem Schritt zurückzuschrecken. Immerhin liege auch schon in der Vorlage ein anzuerkennender Fortschritt, der allerdings nicht von der Stadt, sondern von dem Staate geboten werde. Er möchte wünschen, daß ein vollständiger Schulgelberlaß, wie in Württemberg, in der Schweiz etc., auch hier demnächst zur Einführung gelange und behalte er sich vor, darauf später zurückzukommen.

Die Vorlage gelangt zur Annahme
und wird darauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wählt die Versammlung den Wurstfabrikanten J. Hartmann zum Armenpfleger und erledigt zum Schluß verschiedene Steuer-Reclamationen von Actien-Gesellschaften, sowie das Verzeichniß I von Gemeindesteuer-Reclamationen für 1890.

Schluß 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Berichtigung: In den Protocollen Nr. 7 und 8 sind die Seitenzahlen 136—182 abzuändern in 148—194.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 23. October 1890.

Öffentlich:

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Erhöhung der Beamten- gehälter	Seite 214.
II. Desgl. auf Ausschmückung der Theaterbrücke.	" 215.
III. Desgl. auf anderweite Festsetzung der Fahrzeiten für die Pferdebahn	" 215.
IV. Vertrag mit Westphal wegen Neubebauung seines Grundstückes	" 216.
V. Rückzahlung von Wasserleitungsröhrkosten.	" 224.
VI. Baulinie an der Wallstraße	" 224.
VII. Ausbau des Madamenweges	" 224.
VIII. Erwerb von Straßenflächen am Damme	" 227.
IX. Kosten für Archiv und Bibliothek.	" 227.
X. Austausch von Straßenflächen am Wolfscampe	" 228.
XI. Erwerb von Straßenflächen an der Bertramstraße	" 228.
XII. Desgl. am Mittelwege	" 228.
XIII. Feststellung der Straßenbaukosten an der Hagenstraße	" 229.
XIV. Beitrag zur Moltke-Stiftung	" 229.
XV. Gewährung von Hypothek-Darlehen	" 231.
XVI. Baulinie an der Wilhelmstraße	" 231.
XVII. Bau eines Kesselhauses etc. im Pflagehaufe	" 232.
XVIII. Erwerb von Grundflächen zum Schulhausbau am Biepenstiege	" 233.
XIX. Desgl. zur Eulenstraße	" 234.
XX. Aufhebung eines Theiles der alten Hagenstraße	" 234.
XXI. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Erhöhung der Arbeiter- löhne.	" 235.

XXII.	Anfrage des Herrn N i e f e wegen verschiedener Angelegenheiten	Seite 235.
XXIII.	Selbstständiger Antrag des Herrn L a n g e auf Aenderungen bei der Pferdebahn	" 235.
XXIV.	Desgl. des Herrn W o l f f I auf Verbesserung der Fußwege an der Gellerstraße 2c.	" 236.
XXV.	Desgl. des Herrn N i e ß auf Verbreiterung des Langenhofes	" 237.
XXVI.	Anfrage des Herrn G ü n t h e r wegen des Unternehmerwesens	" 239.

Vertraulich:

Niedererschlagung einer Testamentsabgabe	" 240.
Festsetzung der Grundsätze für die Veranlagung der Versicherungs-Actien- Gesellschaften zur Gemeindesteuern.	" 240.

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Stadträthe
Haake, Schöttler, Metemeyer, Heymann und Meyer, sowie Assessor
von Frankenberg-Ludwigsdorff.

Entschuldigt die Herren Buchler, Natalis und Reuter.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung, verliest das Protocoll
Nr. 9 zur Genehmigung und giebt der Versammlung nach Genehmigung desselben
Kenntniß von dem Eingange verschiedener Anträge, welche am Schlusse der Sitzung
zur Besprechung gelangen. Sodann wird in die Verathung der Tagesordnung
eingetreten.

I. Selbstständiger Antrag des Herrn N i e ß auf Erhöhung der Beamtengehälter.

Ueber diesen, in der Sitzung vom 3. Juli d. Js. (Seite 193 des Protocoll's),
gestellten Antrag berichtet namens der Statutencommission Herr L ü d e r s e n : Die
Commission habe sich mit dem Antrage insofern einverstanden erklärt, als sie eine
Revision der Gehaltsverhältnisse der im städtischen Dienste beschäftigten Personen
für angemessen halte und der Meinung sei, es werde eine solche Revision in
mancher Beziehung zu einer Erhöhung der betreffenden Gehaltsätze führen.
Gelegentlich der Commissionsberathung habe indessen der Vertreter des Magistrates
die Erklärung abgegeben, daß dieser sich mit der vorliegenden Frage schon be-
schäftige und für einen bestimmten Theil der städtischen Beamten bereits eine Vor-
lage ausgearbeitet sei, während hinsichtlich der übrigen Gehaltsätze noch Ermitte-
lungen stattfänden, welche sich namentlich auch auf Vergleichen mit den Be-
soldungen anderer Städte erstreckten. Unter diesen Umständen hege die Commission
die Ansicht, daß man in eine specielle Verathung des Antrages, namentlich in eine

selbstständige Prüfung der Verhältnisse nicht eintreten, sondern Herrn Nieß veranlassen möchte, seinen Antrag zurückzuziehen. Das sei geschehen und der Antrag zurückgezogen. Herr Nieß habe sich nur vorbehalten, bei der Berathung der zu erwartenden Vorlage Anträge zu stellen, sofern dieselbe mit seinen Ansichten nicht im Einklange stehen sollte.

Der Antrag ist damit erledigt.

II. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Ausschmückung der Theaterbrücke.

Herr Krahe berichtet namens der Baucommission über den in der Sitzung vom 3. Juli d. Js. gestellten und auf Seite 193 des Protocolles abgedruckten Antrag: In der Commission seien die verschiedenartigsten Ansichten darüber laut geworden, ob als Schmuck des Geländers der Theaterbrücke Obeliskten oder andere Gegenstände passender erscheinen; es sei das eine reine Geschmacksfrage. Außerdem habe der Vertreter des Magistrates in der Commissionsitzung erklärt, daß Letzterer der Brückenverzierung vollständig fern stehe und ihm daher nicht zuzumuthen sei, in dieser Sache zu interveniren, die Versammlung könne sich indessen dabei beruhigen, daß noch mit verschiedenen anderen Projecten ein Versuch angestellt und die Brücke demnächst wohl einen angemessenen Schmuck erhalten würde. Die Commission gebe daher anheim, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen, was auch auf Beschluß der Versammlung geschieht.

III. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf anderweite Festsetzung der Fahrzeiten für die Pferdebahn.

Den gleichfalls in der Sitzung vom 3. Juli d. Js. gestellten und auf Seite 194 des Protocolles veröffentlichten Antrag, welcher bezweckt, die Pferdebahn-Gesellschaft zu veranlassen, schon von 8 Uhr Morgens ab den vollen Betrieb eintreten zu lassen, hat die Finanzcommission vorberathen und Herrn Ramdohr mit der Berichterstattung betraut. Derselbe ist beauftragt, der Versammlung anheimzugeben, den Antrag dem Magistrate in der Erwägung zur Berücksichtigung zu empfehlen, daß die Erfüllung des Nieß'schen Wunsches der gesammten Einwohnerschaft zu Gute kommen würde und auch der Leitung der Pferdebahn-Gesellschaft daran gelegen sein müsse, die Wünsche des Publicums an geeigneter Stelle zur Sprache gebracht zu sehen. Bei der Commissionsberathung sei auch noch ein weiterer Wunsch zum Ausdruck gebracht, dahingehend, daß alle Fahrten auf der Strecke nach Westen ohne Ausnahme bis zum Bahnhofe der Landeseisenbahn fortgesetzt werden möchten und der Auftrag der Commission erweitere sich dahin, auch diesen Wunsch der Berücksichtigung des Magistrates mit zu empfehlen.

Herr Günther stimmt dem Commissionsantrage zu, muß aber bitten, dafür zu sorgen, daß die Pferdebahn-Bediensteten bei der etwaigen Durchführung desselben für die dadurch bedingte längere Dienstzeit auch entsprechend entschädigt werden, denn es handle sich hier um diejenigen Arbeiter, welche bei einer ungeheuer langen Arbeitszeit am traurigsten in der ganzen Stadt gestellt seien. Ein Lohnsatz von täglich 2,50 M erscheine ihm für eine 14–16 stündige Arbeitszeit unter aller Würde niedrig, und es sei wohl am Platze, daß Schritte gethan würden, um diesem Uebelstande ein Ende zu machen.

Die Commissionsanträge werden darauf angenommen.

IV. Vertrag mit Westphal wegen Neubebauung seines Grundstückes.

Nach den für den Langenhof und die angrenzende Strecke des Bohlweges festgestellten Theilortsbauplänen muß von dem an der Ecke dieser beiden Straßen belegenen, dem Sattlermeister Westphal und dessen Ehefrau zugehörigen Grundstücke bei einem darauf zu errichtenden Neubau eine Fläche von etwa 13,2 qm zur Verbreiterung des Langenhofes liegen bleiben, wohingegen diesem Grundstücke alsdann aus der jetzigen Straßenfläche des Bohlweges ein etwa 1,7 qm haltender Abschnitt zuzulegen ist. Die schon seit mehreren Jahren mit den Westphal'schen Eheleuten gepflogenen Verhandlungen wegen freiwilliger Vereinbarung der denselben für Abtretung der fraglichen Fläche zu gewährenden Entschädigung hat jetzt, nachdem den Eheleuten Westphal die bis dahin vom Stadtbauamte bemängelte Ausführung ihres Neubauvorhabens durch ministerielle Verfügung voraussichtlich ermöglicht werden wird, zur vorläufigen Abschließung eines Vertrages geführt, nach welchem die Eheleute Westphal neben der 1,7 qm haltenden Straßenfläche am Bohlwege eine baare Entschädigung von 8000 M erhalten. Der Magistrat befürwortet die Genehmigung des Vertrages und begründet die Höhe der Entschädigungssumme damit, daß das Westphal'sche Grundstück durch die Abtretung der zur Verbreiterung des Langenhofes erforderlichen Fläche so erheblich geschmälert würde, um dasselbe zu einer selbstständigen Bebauung kaum noch nothdürftig geeignet erscheinen zu lassen und daher die Möglichkeit nicht fern liege, daß das stadtheftig für Ausführung der beiden Theilortsbaupläne zu bringende Opfer bei Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens die vereinbarte Summe von 8000 M noch übersteigen könne.

Die Statutencommission, für welche Herr Halle berichtet, empfiehlt der Versammlung die Ablehnung des Vertrages und zwar im Wesentlichen aus folgenden Gründen. Die mit Westphal vereinbarte Entschädigungssumme würde einen Einheitsatz von fast 700 M pro qm und demnach einen so bedeutenden Kaufpreis darstellen, wie er vermuthlich in der Stadt noch nicht gezahlt worden. Unter solchen Umständen halte es die Commission für angezeigt, das Terrain schätzen zu lassen, nicht aber die Stadt zur freiwilligen Zahlung einer so hohen Entschädi-

gungssumme zu verpflichten, zumal auch der Magistrat einen allzu großen Werth auf die Genehmigung des Vertrages nicht lege.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hinsichtlich der letzten Aeußerung, daß dieselbe nur insofern zutreffend sei, als der Magistrat aus der Annahme des Vertrages keine Cabinetsfrage zu machen beabsichtige. Er wolle auch keineswegs im Widerspruche mit der Commission den vereinbarten Preis als niedrig bezeichnen, sondern der Magistrat halte denselben ebenfalls für sehr hoch, aber es sei recht schwer, den wirklichen Werth der Grundfläche festzustellen. Die Ansichten über die gemeinen Grundstückswerthe in den einzelnen hiesigen Stadtgegenden gehen selbst in den Kreisen der Sachverständigen weit auseinander, noch viel weiter aber darüber, wie der besondere Werth eines Grundstückes für seinen Besitzer zu schätzen sei. Im Banne dieser allgemeinen Unsicherheit hinsichtlich der Preisverhältnisse habe sich der Magistrat natürlich bei Abschluß des Vertrages auch befunden und sich gesagt, es könne ihm bei Ablehnung des Angebotes möglicherweise später der Vorwurf gemacht werden, daß er die Stadt nicht mit dem geringeren Opfer von 8000 M abgefunden habe. Um diesem Vorwurfe die Spitze abzuschneiden, sei der Vertrag abgeschlossen. Sollte die Vorlage abgelehnt werden, so dürfe sich der Magistrat wohl ohne Weiteres für ermächtigt halten, das Expropriationsverfahren einzuleiten. Zweifelhaft erscheine es ihm nur, wie sich der Magistrat bei dem der Expropriation vorausgehenden Sühneversuche vor der Herzoglichen Kreisdirection verhalten solle, sofern Westphal seine Forderung vielleicht um 500 oder 1000 M ermäßige.

Herr Ramdohr bittet um Auskunft darüber, ob die Stadt bei der Einleitung des Expropriationsverfahrens gezwungen werden könne, das ganze Grundstück zu erwerben, in welchem Falle er sich gegen den Commissionsantrag erklären müsse.

Herr Stadtrath Netemeyer entgegnet, daß sich diese Frage nicht ohne Weiteres beantworten lasse. Wenn von einem Grundstück ein bestimmter Theil gefordert werde, so habe unter Umständen der Expropriat das Recht, die Abnahme des Ganzen zu fordern. Andererseits stehe auch dem Exproprianten unter Umständen das Recht zu, das ganze Grundstück zu erwerben, -sofern ihm die Forderung für eine Theilfläche zu hoch erscheine, was indessen vom Exproprianten durch Ermäßigung seiner Forderung hintertrieben werden könne.

Herr Ramdohr kann sich in solchem Falle nur für die Annahme der Magistrate vorlage erklären, um nicht aufs Ungewisse hin in große Weiterungen zu kommen.

Herr Nieß hat einen genügend unterstützten Antrag auf Verbreiterung des Langenhofes eingebracht, weil er der Meinung sei, daß auf dem Westphal'schen Bauplätze mit Genehmigung der Versammlung ein Haus nicht wieder errichtet werden dürfe. Die Stadt müsse die hier gebotene Gelegenheit wahrnehmen, um denjenigen Grundstücksantheil zu erwerben, welcher zur gehörigen Verbreiterung

des Langerhofes erforderlich sei. Nach dem Erwerbe des Westphal'schen Grundstücks komme die Stadt in den Besitz von drei Viertheilen der nördlichen Langerhofseite, während die zur Verbreiterung der Straße erforderlichen Flächen der beiden letzten Grundstücke gelegentlich der Errichtung von Neubauten erworben werden könnten. Aus diesen Gründen bitte er ebenfalls um Ablehnung der Magistratsvorlage.

Herr Ramdohr kann einen zwingenden Grund zur Verbreiterung des Langerhofes nicht anerkennen, zumal dieselbe mit ganz erheblichen Opfern erkaufte werden müßte. Der Langerhof verbinde allerdings zwei verkehrsreiche Straßen, aber er werde hierin noch durch andere Straßen wesentlich unterstützt, so daß die durch den Ortsbauplan für denselben vorgesehene Breite vollständig ausreichend erscheine. Außerdem könnte man, wenn eine weitere Verbreiterung in Zukunft durchaus nothwendig werden sollte, auch die Südseite, welche nicht so schwere Opfer erfordern werde, dazu mit heranziehen.

Der Herr Vorsitzende theilt mit, daß Herr Nieß mit Unterstützung der Herren Bollmann, Halle, Krahe und Rimpau einen Antrag eingereicht habe, dahin gehend, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, am Langerhofe eine Baulinie feststellen zu lassen, durch welche eine angemessene Breite desselben festgesetzt werde. Troßdem dieser in der Statutencommission bereits eingehend erörterte Plan keinen erheblichen Beifall gefunden habe, sei bekanntlich die Commission dennoch zu dem Beschlusse gekommen, den Vertrag mit Westphal zu verwerfen; er möchte daher bitten, nicht beide Sachen mit einander zu verquicken.

Herr Stadtrath Ketemeyer würde es für zweckmäßiger halten, diesen Plan der weiteren Langerhofverbreiterung gleich mit zu besprechen, da beide Sachen eng mit einander zusammenhängen und der Eine oder Andere sich vielleicht zur Ablehnung der Magistratsvorlage mit Rücksicht auf den noch vorliegenden Nieß'schen Antrag bestimmen lassen könnte. Bei der vor einiger Zeit einmal angeregten Frage der Langerhofverbreiterung sei die Städtische Bauverwaltung für eine größere Verbreiterung dieser Straße eingetreten, während noch zu Anfang dieses Jahres gelegentlich einer privaten Besprechung mit den Mitgliedern von drei Commissionen der Versammlung sich hierzu keine Geneigtheit gezeigt habe. Aus diesem Grunde sei auch der Magistrat dieser Frage nicht näher getreten. Westphal habe in dem Glauben, daß die Baulinie unverändert bestehen bleibe, seinen Bauantrag eingereicht und sein Haus niedergelegt; es erscheine daher zweifelhaft, ob das Herzogliche Staatsministerium unter solchen Umständen eine noch weitere Zurücklegung der Baulinie genehmigen werde. Von Westphal sei es doch wohl etwas leichtthin gehandelt, das Haus abzureißen, ehe er den Bauplan in der Tasche habe; denn jetzt könne es noch darauf hinauslaufen, daß er sein ganzes Grundstück für einen viel billigeren Preis hergeben müsse, weil eben das Haus auf demselben fehle. Im Wege der gütlichen

Vereinbarung werde sich schwerlich mit Westphal etwas erreichen lassen, denn dessen Frau habe für das ganze Grundstück schon einen Preis von 110 000 M gefordert, der niemals bewilligt werden könne.

Der Herr Vorsitzende hält es nunmehr, nachdem der Magistrat selbst den Nieß'schen Antrag mit in die Verhandlung gezogen, für angemessen, die Frage mit zu erörtern, ob nicht die ganze Vorlage bei der Wichtigkeit der Sache wieder an die Commission zurückzuverweisen sei.

Herr Wilke würde sich mit einer weiteren Verbreiterung des Langenhofes vielleicht einverstanden erklären können, wenn es sich um die andere Seite desselben handle, dagegen müsse er den Nieß'schen Antrag ablehnen. Nach der Mittheilung von Anwohnern des Langenhofes beschränke sich der Hauptverkehr desselben im Wesentlichen auf die Besucher der dortigen Leihbibliothek. Sobald aber die Hauptstraße hinter dem Langenhofe erst fertiggestellt sei, werde letzterer nur noch die Bedeutung einer ganz nebensächlichen Straße haben. Wenn Herr Nieß meine, es könnte auf dem Westphal'schen Grundstücke kein Haus mehr errichtet werden, so wolle er nur an das Haus erinnern, welches an der Ecke der Brabantstraße stehe. Er könne sich unter den vorliegenden Umständen nur für die Magistratsvorlage entscheiden, denn wenn es sich um die Beseitigung von Ecken handle, so biete sich hierzu noch viel dringendere Gelegenheit an anderen wichtigeren Straßen, wie Damm, Kattreppeln, Schuhstraße zc. Sofern man dem betr. Wunsche des Herrn Nieß willfahre, könne man schließlich fast die halbe Stadt ankaufen.

Herr Wolff I wird als Gegner der Langenhof-Verbreiterung für den Commissionsantrag stimmen, weil er der Ansicht sei, daß der Langenhof, abgesehen von der schon jetzt festgesetzten Verbreiterung, für den verhältnißmäßig schwachen Verkehr, welcher seit Herstellung des Durchganges zum Ruhfäutchenplaz eher ab- als zugenommen habe, vollständig genüge und die Stadt für eine weitere Verbreiterung die unverhältnißmäßig hohen Opfer nicht bringen könne. Nach dem vorliegenden Grundplane habe Westphal von seinem Grundstücke ungefähr ein Sechstel abzutreten, während ihm eine Baufläche verbleibe, welche vielleicht drei Mal so groß sei, wie die Jahn'sche Grundfläche, oder diejenige des Jesa'schen Hauses am Bohlwege Nr. 2. Er halte es demnach für kaum wahrscheinlich, daß die Bebauung eines derartigen Grundstückes unmöglich sein sollte, namentlich wenn sich die Anlieger über den Austausch von Grundflächen verständigen. Dagegen müsse er einen Preis von 8000 M für 11,5 qm Grundfläche, die zum größeren Theile am Langenhofe liege, als unerhört bezeichnen, da es sich hier um eine Straße dritten Ranges handle. Anders würden die Verhältnisse liegen, wenn das Terrain an der Schuhstraße, am Damm zc. erworben werden sollte, aber selbst dort sei ein solcher Preis noch nicht annähernd bezahlt worden. Man könne es demnach ruhig auf die Zwangsenteignung ankommen lassen: mehr würde auf Grund derselben jedenfalls

nicht bezahlt und wenn die Stadt hinterher doch das Opfer von 8000 M. bringen müßte, so habe sie es wenigstens in einer Zwangslage, nicht aber freiwillig gethan.

Herr Nieß steht der Sache selbst vollständig academisch gegenüber und will durch seinen Antrag der Versammlung nur Gelegenheit geben, zu verhindern, daß etwas geschehe, was der Versammlung ewig am Zeuge hängen bleibe. Er müsse für seine Person die Verantwortung dafür ablehnen, daß an jener Stelle ein scandalöses Bauwerk entstehe, dessen Errichtung schon wiederholt vom Stadtbauamte abgelehnt worden sei. Die Städtische Bauverwaltung habe ebenfalls die Verbreiterung des Langerhofes in der von ihm gewünschten Weise befürwortet. Wenn sich die Versammlung nur deutlich vergegenwärtigen wolle, was sich an jener Stelle entwickeln würde, so könne sie unmöglich ihre Hand dazu bieten; was aber einmal geschehen sei, lasse sich nicht wieder beseitigen. Auf der anderen Seite der Straße könne nichts von den Grundstücken abgeschnitten werden, weil dieselben keine Tiefe haben, außerdem würde es sich dort auch um Beseitigung von Häusern handeln, welche noch stehen, während sich hier der größere Theil im Besitze der Stadt befinde, bezw. schon niedergelegt sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet, daß sich Herr Nieß wohl gar zu drastisch ausdrücke, wenn er äußere, daß es gewissermaßen ein Scandal sei, die Bebauung des Westphal'schen Grundstückes nicht zu verhindern. Man wisse zunächst noch gar nicht, ob letzteres für sich allein oder in Verbindung mit Nachbargrundstücken bebaut werden würde. Aber auch selbst angenommen, es solle selbstständig bebaut werden, so würde das dort entstehende Gebäude doch nur so lange einen trostlosen Anblick darbieten, bis der Besitzer des Nachbargrundstückes am Bohlwege sich gezwungen sehe, ebenfalls neu zu bauen. Die Rücksicht auf die dort vorübergehend vielleicht entstehende unschöne Aussicht dürfte indessen die städtischen Behörden nicht verleiten, eine weitere Verbreiterung des Langerhofes unter so erheblichen Opfern vorzunehmen. Im Jahre 1887 sei der Bauplan für den Langerhof erst festgestellt und der Magistrat theile noch heute die Ansicht, daß diese Breite für jene Straße vollständig genüge, eben weil es sich hier nicht um eine Hauptstraße, sondern nur um eine Verbindungsstraße handle, deren Bedeutung nach Fertigstellung des neuen Straßenzuges zwischen Münzstraße und Ruffäutchenplatz noch mehr verliere. Gelegentlich der derzeitigen Berathung der vereinigten Statuten- und Finanz-Commission über die Frage, ob das Stadthaus an den Monumentsplatz oder an die jetzt bestimmte Stelle zu verlegen sei, habe der Magistrat auch die fernere Frage zur Erwägung gestellt, ob im Interesse des Stadthausbaues eine Verbreiterung des Langerhofes über das vor drei Jahren festgestellte Maß hinaus wünschenswerth erscheine. Diese Frage sei vom Magistrate mit der Begründung gestellt, daß die Städtische Bauverwaltung einen gewissen Werth auf

solche Verbreiterung lege; die vereinigten Commissionen haben jedoch damals, wie er glaube gegen zwei Stimmen, die weitere Verbreiterung abgelehnt und dem Magistrate darin beigestimmt, daß zu einer solchen keine Veranlassung vorliege.

Herr Wolff II will sich gegen die Befürchtung des Herrn Ramdohr wenden, daß möglicherweise die Stadt bei der Expropriation gezwungen werden könnte, das ganze Grundstück zu erwerben. Wie auch Herr Stadtrath Metemeyer schon zutreffend ausgeführt, biete das Gesetz allerdings in der Theorie keine Sicherheit dafür, daß ein solcher Zwang ausgeübt werden könne, wohl aber in der Praxis. Westphal werde jetzt, nachdem er sein Haus niedergelegt, bei der Expropriation sicher nicht verlangen, daß die Stadt ihm den ganzen Platz abnehme, denn es könnte dann vermuthlich nur der Platz geschätzt werden, nicht aber auch das früher auf demselben vorhanden gewesene Gebäude. Außerdem müsse auch der Umstand als wesentlich berücksichtigt werden, daß Westphal thatächlich bereit gewesen sei, die zur Verbreiterung erforderliche Theilfläche an die Stadtgemeinde abzutreten. Im Uebrigen glaube er den Commissionsantrag befürworten zu sollen.

Herr Halle hält den Verkehr im Langenhofe gerade für recht bedeutend, zumal derselbe auch die directe Zufahrtsstraße vom Schlosse zum Dome bilde. Daß der Verkehr sich dort stets gesteigert habe, gehe auch schon aus dem Werthe hervor, welchen Westphal seinem Grundstücke beilege. Da die beiden Sachen (Verbreiterung des Langenhofes und Erwerb der Theilfläche) nun einmal mit einander vermengt seien, so halte er eine nochmalige Prüfung der Vorlage in der Commission für nothwendig und beantrage deshalb Zurückweisung der Vorlage an die Commission. Auch der Stadtbaurath Winter habe in einem dem Magistrate erstatteten Gutachten darauf hingewiesen, daß die städtischen Behörden die Gelegenheit zur weiteren Verbreiterung des Langenhofes nicht vorübergehen lassen möchten.

Herr Lange tritt für die Annahme des Commissionsantrages ein. Als Mitglied des Stadtbauamtes könne er noch mittheilen, daß die von Westphal eingereichten Baupläne vier Mal verworfen seien. Bei dieser Gelegenheit habe er sich zur Genüge davon überzeugt, daß eine selbstständige Bebauung des Westphalschen Grundstückes nur in Verbindung mit den Nachbargrundstücken möglich werde. Er trete ferner dafür ein, daß die für den Langenhof jetzt bestehende Baulinie beibehalten bleibe und nur dann geändert werde, wenn der Bau des Stadthauses solches nothwendig mache.

Herr Nieß kann der von Herrn Oberbürgermeister Bockels und Herrn Stadtrath Metemeyer erwähnten Commissionsbesprechung hinsichtlich der stärkeren Verbreiterung des Langenhofes nicht einen allzu entscheidenden Werth beilegen, weil in den Commissionen schon öfter etwas beschlossen sei, was nachher von der Versammlung doch nicht als zutreffend anerkannt worden. Beispielsweise habe die Commission seiner Zeit die Straße am Museum auf eine Breite von 18,5 m

beschränken wollen, während, die Versammlung hinterher eine solche von 20 m beschlossen habe. Die Herren hätten sich damals bereit finden lassen, die Straßenbreite zu vermindern, nur um 20 000 M zu sparen. Wenn man aber immer nur rechnen und sogar bei so wichtigen Sachen ein paar tausend Mark in die Waagschale werfen wolle, so sei das an sich keine Kunst, denn das könne ein Jeder. Bei der gegenwärtigen Vorlage müsse er ebenso wie damals sein Gewicht als Sachverständiger in die Waagschale werfen und wer die nöthige Einsicht habe, welche er sich als Sachverständiger wohl zusprechen dürfe, der könne sich wegen einiger tausend Mark nicht so leicht darüber wegsetzen und dadurch die ganze Sache verhauen; er hoffe wenigstens, daß das hier nicht wieder geschehen möge.

Der Herr Vorsitzende bittet, alle gar zu starken Ausdrücke im Interesse des Tones, welcher bisher in der Versammlung geherrscht habe, zu vermeiden.

Herr Wilke weist bezüglich der Bebauung des Westphal'schen Grundstückes auf das der Reichspost gegenüberstehende Haus hin, dessen Spitze von Niemand mehr gesehen werde, sobald das Nachbargrundstück bebaut sei. Die Benutzung des Langerhofes durch die Herzoglichen Wagen bei der Fahrt zum Dome spiele für den Wagenverkehr im Allgemeinen sicher keine große Rolle und begründe demnach die Verbreiterung dieser Straße in keinem Falle.

Herr Niese kann die Verbreiterung des Langerhofes ebenfalls nicht für nothwendig halten und schließt sich im Uebrigen dem Commissionsantrage an. Eine Zurückverweisung der Vorlage an die Commission vermöge er nur unter der Bedingung zu befürworten, daß noch auf den Eigenthümer des Nachbargrundstückes am Bohlwege eingewirkt würde, um durch eine Neubebauung seines Grundstückes eine bessere Passage zu schaffen, denn hinterher lasse sich hier nichts mehr besser machen. Der Platz des Westphal'schen Grundstückes sei jetzt nach Abrechnung der Umfassungsmauern wirklich so klein, daß sich in dem beabsichtigten Neubau nicht einmal ein paar Späßen balgen könnten. Er stehe nicht auf dem Standpunkte, in der Stadt Alles aufs Schönste einrichten zu wollen, denn man müsse auch der Praxis Rechnung tragen, aber hier könne seiner Meinung nach ein vernünftiges Gebäude nicht entstehen. Dasselbe sei von dem Zahns'schen Nachbarhause zu sagen, in welchem kaum eine Kinderbettstelle gerade hingestellt werden könne. Für eine größere Straßenverbreiterung möchte er sich nicht erklären. Wenn aber Herr Ramdohr meine, daß das Borchers'sche Haus an der Nordseite des Langerhofes mehr Werth hätte, als das gegenüberliegende Germann'sche Haus, so dürfte darin wohl ein Irrthum liegen, denn letzteres besitze einen sehr hohen Miethwerth. Im Uebrigen vermöchte er sich auch schon aus Schönheitsrücksichten nicht für eine größere Verbreiterung des Langerhofes auszusprechen.

Herr Stadtrath Kete meyer glaubt nicht, daß eine Verständigung zwischen Stahlhut und Westphal zu Stande kommen werde, da zwischen beiden schon lange

Zeit Verhandlungen gepflogen seien. Ersterer habe an der Sache erst dann Interesse, wenn ihm das Westphal'sche Grundstück abgetreten werde. Dieses sei aber unter Beibehaltung der jetzigen Baulinie noch so groß, daß eine Bebauung nach dem zuletzt vorgelegten Plane ermöglicht werden könne. Das Stadtbauamt habe den Plan in seiner letzten Sitzung nur abgelehnt wegen des überaus unschönen Anblickes, welchen das Gebäude darbieten würde. Eine Zurückweisung der Vorlage an die Commission aus diesem Grunde sei demnach zwecklos, andererseits dürfte auch die Frage der größeren Verbreiterung des Langerhofes heute schon spruchreif sein und eine Ueberweisung des Antrages an die Commission ebenfalls überflüssig erscheinen. Hinsichtlich der schlechten Aussicht eines solchen Gebäudes wolle er Herrn Nieß gegenüber bemerken, daß die Stadt noch eine große Menge von Gebäuden besitze, welche schlecht aussehen, die aber deshalb doch nicht beseitigt werden könnten. Der mit Westphal vereinbarte Preis von 8000 M sei übrigens, wie Herrn Wolff I gegenüber bemerkt werden solle, durchaus nicht so übermäßig hoch, da der Vertrag zu einer Zeit abgeschlossen worden, als das Haus noch auf dem Grundstücke gestanden habe. Beispielsweise wolle er nur erwähnen, daß für 37 qm des Wollermann'schen Grundstückes eine Summe von 32 000 M, also ein Einheitspreis von 865 M pro qm gezahlt worden sei.

Herr Schwarzenberg ist entschieden gegen eine Zurückverweisung der Vorlage an die Commission, einestheils weil die Angelegenheit im Interesse Westphal's beschleunigt werden müsse und anderentheils weil der Nieß'sche Antrag schon in der Commission genügend besprochen sei und dort nur sehr wenig Anklang gefunden habe. Bei der Abstimmung werde er sich des Votums enthalten, weil die Landes-Deconomie-Commission demnächst bei der Expropriation mit zu entscheiden habe.

Herr Halle tritt nochmals für eine Zurückverweisung der Vorlage mit dem Nieß'schen Antrage ein, weil in der Commissionsberatung die genauen Pläne vom Langerhofe und von den angrenzenden Hinterhäusern, sowie Berechnungen über den Werth des Grund und Bodens und die Kosten der Verbreiterung vorgelegt werden könnten. Derartige Verhältnisse müßten doch erst erwogen werden, ehe man über eine so wichtige Sache abstimme.

Bei der dann folgenden Abstimmung wird der Antrag auf Zurückverweisung der Vorlage an die Commission mit 11 : 12 Stimmen abgelehnt, ebenso erfährt die Magistratsvorlage auf Annahme des mit Westphal abgeschlossenen Vertrages eine Ablehnung, während der Commissionsantrag auf Ermächtigung des Magistrates zur Einleitung des Expropriationsverfahrens angenommen wird. — Der Antrag des Herrn Nieß auf Verbreiterung des Langerhofes kommt am Schlusse der Sitzung zur Berathung, bezw. Beschlußfassung.

V. Rückzahlung von Wasserleitungsrohrkosten.

Die Firma Selwig & Lange ersucht um Rückzahlung der im Betrage von 299,50 M für die Anlage eines Hauptrohres verauslagten Kosten und um Uebernahme dieses auf dem westlichen Theile der Sophienstraße liegenden Rohres, da die Straße in den Besitz der Stadt übergegangen sei. Der Magistrat giebt anheim dem Antrage aus Billigkeitsgründen zu entsprechen, obgleich eine rechtliche Verpflichtung zur Erstattung des Betrages nicht vorliege.

Die Finanzcommission läßt die Genehmigung des Antrages durch Herrn Wolff I empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß.

VI. Baulinie an der Wallstraße.

In Veranlassung der von dem Tischler Behrens beabsichtigten Errichtung zweier neuen Wohngebäude auf seinen an der Wallstraße belegenen Grundstücken wird für die Regulirung dieser Straße ein neuer Ortsbauplan mit dem Ersuchen vorgelegt, denselben zu genehmigen,

was geschieht, nachdem Herr Rimpau die Annahme desselben namens der Baucommission befürwortet hatte.

VII. Ausbau des Madamentweges.

Für den Ausbau des Madamentweges auf der Strecke zwischen Ring- und Goslarstraße sind im diesjährigen Etat auf Grund eines früheren Anschlages 39 400 M (18 400 M für Grunderwerb und 21 000 M für Straßenbau) ausgeworfen. Die Städtische Bauverwaltung hat nun empfohlen, die fragliche Straßenstrecke in der Weise auszubauen, daß die Fahrbahn mit Basaltsteinen gepflastert und die Fußwege in ihrer ganzen Breite mit Cementplatten belegt würden. Die hierdurch erwachsenden Kosten sind zu 49 000 M veranschlagt. Der Magistrat hat sich indessen über das bei der Befestigung der Fußwege auszuwählende System noch nicht schlüssig machen können und empfiehlt mit Rücksicht auf die sehr erheblichen Mehrkosten, welche die von der Städtischen Bauverwaltung vorgeschlagene Befestigungsart der Fußwege verursachen würde, die Fußwege der bezeichneten Theilstrecke des Madamentweges, deren baldigster Ausbau dringend wünschenswerth erscheint, in bisheriger Weise besetzen zu lassen, wogegen derselbe eine Befestigung des Fahrweges dieser Strecke mit Basaltsteinen für zweckmäßig hält. Die durch diese Art des Straßenbaues erwachsenden Kosten, deren Verwilligung anheimgegeben wird, sind zu 41 000 M veranschlagt. Hierbei ist noch zu bemerken, daß für Grunderwerb anstatt der im Etat vorgesehenen 18 400 M nur etwa 9500 M aufzuwenden sein werden.

Herr Nieß befürwortet namens der Baucommission die Genehmigung der Vorlage.

Herr Niese muß sich gegen die Grandirung der Fußwege erklären. Schon vor längerer Zeit sei der Magistrat einmal gebeten, sich darüber zu äußern, welches Material sich zur Befestigung der Fußwege am zweckmäßigsten und billigsten stelle, ob Belpfer Platten, Cementplatten, gebrannte Fliesen, Mosaikpflaster u. vorzuziehen seien. Seiner Meinung nach habe man der letzteren Pflasterungsart den Vorzug zu geben. Zweckmäßig erscheine es ihm, wenn, wie in anderen Städten, auch hier einmal Proben mit den verschiedenen Arten des Pflasters angestellt würden. Derartige Versuche habe er in verschiedenen Städten, wie Halle, Erfurt u. wahrgenommen.

Herr Sievers fragt an, ob die Anlieger zu den erhöhten Pflasterungskosten herangezogen werden können.

Herr Stadttrath Kete meyer erwidert, daß die Anlieger nach den statutarischen Vorschriften verpflichtet seien, die Kosten voll zu zahlen, wie das beispielsweise auch an der Gehjoststraße geschehen sei. Der Magistrat habe sich allerdings schon gesagt, daß dieses Verfahren gegenüber der jetzigen Befestigungsart eine gewisse Härte in sich schließe und deshalb in Ueberlegung zu nehmen sei, ob nicht ein gewisser Theilbetrag der Kosten auf die Stadtcasse übernommen werden könne.

Herr Wolff I empfiehlt die Pflasterung des Madamenweges, weil dadurch ganz bedeutende Reparaturkosten erspart werden. Erfreulich sei es auch, daß der Stadt-Magistrat die Möglichkeit in Erwägung genommen habe, von den Anliegern nicht die vollen Baukosten zu erheben, denn die Ersparniß an Reparaturkosten komme nicht den Anliegern, sondern dem Stadtfäckel zu Gute. Hinsichtlich der Art der Fußwegbefestigung wolle er bemerken, daß der Weg an dem westlichen Theile der Petrihorpromenade, welcher früher ein wahrer Sumpf gewesen, seit seiner vor zwei Jahren erfolgten Instandsetzung so schön und trocken sei, wie wohl kein anderer Fußweg in der Stadt. Daraus gehe aber zur Genüge hervor, daß ein Unterschied zwischen den verschiedenen Arten der Grandirung bestehe, indem beispielsweise die grandirten Fußwege der Adolfsstraße sich in einem schauerhaften, der Stadt nicht würdigen Zustande befinden. Mit Rücksicht darauf, daß sich das neue Verfahren der Grandirung, nach welchem die Wege mit Kohlen Schlacken ausgelegt und dann gewölbt werden, ganz vorzüglich bewähre, möchte er sich für den Commissionsantrag aussprechen, dabei aber bitten, daß die soeben gemachten Bemerkungen auch bei der Städtischen Bauverwaltung einige Beachtung finden, um die immerwährenden Klagen über die grandirten Fußwege erheblich zu vermindern.

Herr Bültemann kann diese Angabe nur bestätigen. Beispielsweise lasse sich ein besserer Weg als derjenige von Markgraf's Garten bis zum Centrafriedhofe gar nicht wünschen, denn es werde Niemand sagen, daß dieser Weg jemals

schmutzig oder unpassirbar sei, wogegen man bei schlechtem Wetter in der Adolf- und Leonhardstraße stets im Schlamme waten müsse. Das liege allein an der schlechten Anlage des Fußweges und den hierüber geführten Klagen könne abgeholfen werden, wenn man sich bei der Herstellung von Fußwegen nur die nöthige Mühe gebe. Die kürzlich seitens eines Magistratsmitgliedes gethane Aeußerung, daß gute grandirte Fußwege gewölbt sein müssen und sich solches an der Promenade nicht immer durchführen lasse, weil die Anlieger nicht gewillt seien, das dann abfließende Wasser aufzunehmen, würde durch die Mittheilungen des Herrn Wolff vollständig widerlegt, indem sich an der Petriithorpromenade ein guter Fußweg habe herstellen lassen. Er bitte deshalb, auf die Anlage der Fußwege in Zukunft mehr Sorgfalt zu verwenden.

Herr Günther bestätigt die gute Beschaffenheit des zum Centralfriedhofe führenden Weges, bemerkend, daß seiner Ansicht nach nicht die Wölbung allein, sondern namentlich der zweckmäßige Untergrund einen guten Fußweg ausmache.

Herr Halle hält die Verwendung von Mosaispflaster für das beste Material zu Fußwegen, weil man letztere nicht überall derartig anlegen könne, wie solches an den Promenaden möglich sei, indem manchen Straßen hierzu die nöthige Breite fehle und man auch den Anliegern das ablaufende Wasser nicht ohne Weiteres auf die Grundstücke leiten dürfe. Wie ihm bekannt geworden, sei bereits eine Begutachtung der verschiedenen Arten von Wegen fertiggestellt, welche der Versammlung in nächster Zeit zugehen werde.

Herr Rieke hat die Mosaispflasterung selbst in kleineren Provinzialstädten, wie Halberstadt, Quedlinburg, Blankenburg &c. gefunden und meint, daß dieses Pflaster, welches er überhaupt für das beste halte, auch das Schuhwerk weniger als Grand angreife. Andererseits müsse noch darauf hingewiesen werden, daß fast sämtliche Straßen der Stadt, beispielsweise auch die Helmstedterstraße, viel zu flach gebaut seien und man schon durch eine größere Wölbung der Straßen erheblich bessern würde. Wenn Herr Stadtrath Metemeyer in der Commissions Sitzung auf diesen Einwand geäußert habe, es lasse sich eine solche Wölbung auf die Dauer nicht durchführen, weil sich die Straßen wieder setzen, so könne er darauf nur erwidern, daß das nicht zutreffe und der Herr Stadtrath in diesem Falle noch weniger Fachmann sei, als Redner selbst.

Herr Stadtrath Metemeyer hat eine Befähigung als Sachverständiger gar nicht in Anspruch nehmen wollen und hält es auch für zwecklos, schon jetzt so ausführlich über das System von Wegeanlagen zu verhandeln, so lange nicht der eingehende Bericht der Städtischen Bauverwaltung der Versammlung vorliege. Vermuthlich werde allerdings die Mosaispflasterung den Vorzug vor den übrigen Pflasterungsarten erhalten. Da die Vorlage indessen im Interesse der Anlieger des Madamenweges nicht verzögert werden dürfe, so schlage er vor, die Pflaste-

rungskosten des Fahrweges zu verwilligen und die Frage der Fußweganlage bis zur Annahme der zu erwartenden generellen Vorlage offen zu lassen.

Die Versammlung erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden und bewilligt zunächst für den Ausbau des Fahrweges und den Grunderwerb eine Summe von 33 000 M.

VIII. Erwerb von Straßenflächen am Damme.

Von den am Damme *M.* ass. 202 und 203 belegenen, den Geschwistern Kues bzw. dem Fabrikanten Kunge gehörigen Grundstücken, auf welchen zur Zeit Neubauten aufgeführt werden, sind nach der festgestellten Baulinie 24,5 bzw. 4,5 qm große Theilflächen der Straße zuzulegen. Der Magistrat ersucht, sich mit dem Ankaufe dieser Flächen zum Einheitspreise von 125 M einverstanden zu erklären und eine Kaufsumme von insgesammt 3625 M zu verwilligen.

Auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Kimpau berichtet, stimmt die Versammlung dem Antrage zu.

IX. Kosten für Archiv und Bibliothek.

Der Stadt-Archivar hat gebeten, die seit dem Jahre 1886 bewilligte und für dieses Jahr irrtümlich nicht wieder beantragte Summe von 600 M noch nachträglich zu verwilligen, um für dieselbe ältere, planlos zusammengebundene Acten ausschachten und neu einbinden lassen zu können, sowie um schadhafte ältere Stadtbücher, Chroniken *z.* auszubessern und deren Einbände zu erneuern, auch Mappen anzufertigen zur Verwahrung von Handschriften, Karten, Plänen *z.*, sowie endlich die Einbände von älteren geschenkten Büchern zu erneuern. Außerdem wird vom Stadt-Archivar beantragt, den laufenden Etat für Unterhaltung des Archivs und der Bibliothek fortan dauernd um jene 600 M und auch den Credit für Neuanschaffungen um ebenfalls jährlich 600 M zu erhöhen, also die Zuschüsse für Unterhaltung und für Vermehrung auf zusammen 2700 M — 1500 M sind schon jetzt alljährlich durch den Etat bewilligt worden — festzustellen. Ferner wird um nochmalige Bewilligung der Summe von 500 M für Conservirung von Incunabelnbänden auf das Jahr 1891 gebeten.

Der Magistrat schließt sich diesen Anträgen an und ersucht: für das laufende Jahr 1200 M nachzuverwilligen und sich damit einverstanden zu erklären, daß der laufende Posten für Unterhaltung und Vermehrung der Büchersammlungen von 1500 M auf 2700 M jährlich erhöht und mit letzterem Betrage demnächst in den Etat eingestellt werde; sowie zu genehmigen, daß der für das laufende Jahr zur Conservirung von Incunabelnbänden bewilligte Betrag von 500 M durch den nächstjährigen Etat in gleicher Höhe nochmals zur Verfügung gestellt werde.

Herr Lüderßen beantragt namens der Statutencommission, sich mit der Nachverwilligung der für das laufende Jahr angeforderten Beträge, sowie damit einverstanden zu erklären, daß auch die Mehrforderungen der folgenden Jahre schon jetzt unter dem Vorbehalte bewilligt werden, eine Streichung dieser Mehrforderungen vornehmen zu wollen, sobald es nothwendig erscheine, wie auf allen Gebieten, so auch hier Sparsamkeit eintreten zu lassen.

Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden und beschließt demgemäß.

X. Austausch von Straßenflächen am Wolfscampe.

Dem festgestellten Ortsbauplane gemäß sind von dem am Wolfscampe belegenen Behrens'schen Grundstücke 45 qm an die Stadt abzutreten und demselben 53 qm zuzulegen. Der Magistrat beantragt, diesen Austausch zu genehmigen und sich auch damit einverstanden zu erklären, daß Behrens die überschießenden 8 qm der Stadt mit 3 M pro qm vergütet,

welchem Antrage die Versammlung auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Krahe berichtet, zustimmt.

XI. Erwerb von Straßenflächen an der Vertramstraße.

Zur Verbreiterung der Vertramstraße sind dem Ortsbauplane zufolge von dem Grundstücke des Buchdruckers Tanz eine Theilfläche von 1 a 74 qm und von dem Grundstücke des Architekten Zinkeisen Theilflächen von zusammen 1 a 50 qm abzutreten. Der Magistrat ersucht, den Ankauf dieser Flächen zum Einheitspreise von 8 M pro qm zu genehmigen und Tanz außerdem für die Beseitigung eines gemauerten Sitzplatzes, für die Beschaffung einer anderweiten Einfriedigung zc. eine besondere Entschädigung von 300 M zuzubilligen. Nachrichtlich ist zu bemerken, daß der Vorgarten des benachbarten Langemann'schen Grundstückes schon früher stadtseitig erworben wurde. Die Gesamtentschädigung würde sich demnach auf 2892 M belaufen.

Die Statutencommission findet, wie Herr Halle berichtet, gegen diesen Preis nichts zu erinnern und giebt die Genehmigung des mit den beiden Anliegern abgeschlossenen Vertrages anheim.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XII. Erwerb von Straßenflächen am Mittelwege.

Zum Ausbau des Mittelweges auf der Strecke zwischen Tauben- und Ludwigstraße und bezw. zwischen letzterer und der Todtentwete sind noch stadtseitig folgende Flächen zu erwerben: von Langemann 1 a 45 qm, von Kühne 4 a 89 qm, von Kessel 75 qm und von den Querner'schen Erben 38 qm während die übrigen Flächen bereits stadtseitig erworben sind. Die Eigenthümer dieser Flächen wollen

dieselben mit Ausnahme von Querner's Erben zum Preise von 5 M pro qm neben Herrichtung eines Harzzaunes bezw. eines Lattenstaketts abtreten. Kessel und Lange-
mann verlangen daneben eine Vergütung von 2 M pro qm für den dort fort-
fallenden Spargel, während Kühne die Fortschaffung des beim Ausbau der Straße
von der Kühne'schen Theilsfläche zu entfernenden Mutterbodens nach dem Grund-
stücke A. 17 beansprucht. Der Magistrat ersucht, sich mit dem Ankaufe dieser
Flächen unter den eben angegebenen Bedingungen einverstanden zu erklären,
dagegen die von den Querner'schen Erben gestellte Forderung von 12 M pro qm
abzulehnen und die Zwangseenteignung dieser Fläche zu beschließen. Außerdem hält
es der Magistrat für billig, daß die seitens der Firma Fröhlich & Baumkauff der
Stadt unentgeltlich abgetretenen Theilsflächen zu 3 a 65 qm der Firma bei der
demnächstigen Feststellung der Straßenbaukosten mit 5 M pro qm in Anrechnung
gebracht werden.

Die Baucommission hat, wie Herr Rimpau vorträgt, zunächst Bedenken
darüber geäußert, daß eine Entschädigung von 2 M für den Quadratmeter Spargel-
anlagen zu hoch gegriffen sei, Herr Stadtrath Metemeyer habe indessen die Commission
dahin aufgeklärt, daß dieser Preis in Verbindung mit dem für das Land zu zahlenden
Einheitspreise als angemessen erachtet werden müsse, aus welchem Grunde die Ge-
nehmigung der Vorlage empfohlen werde.

Herr Rieke hebt noch hervor, daß die Baucommission sich bei der Befür-
wortung des Magistratsantrages von der Erkenntniß habe leiten lassen, es ent-
spreche der Gesamtpreis für das Land und den Spargel ungefähr dem Werthe
des Terrains.

Die Magistratsanträge werden darauf angenommen.

XIII. Feststellung der Straßenbaukosten an der Hagenstraße.

Der Magistrat beantragt, zu genehmigen, daß die Kosten für den Ausbau der
Hagenstraße auf der Strecke zwischen Wiesen- und Kaiser-Wilhelmstraße für den
Grunderwerb auf 15,80 M und für den eigentlichen Straßenbau auf 36,94 M,
mithin zusammen auf 52,74 M für jeden laufenden Meter Straßenfront fest-
gestellt werden,

was geschieht, nachdem Herr Krahe namens der Baucommission einen ent-
sprechenden Antrag gestellt hatte.

XIV. Beitrag zur Moltke-Stiftung.

Eine in Berlin zusammengetretene Vereinigung von Privatpersonen hat die
Darbringung einer gemeinschaftlichen Adresse aller Städte Deutschlands an den
General-Feldmarschall Graf Moltke zu dessen bevorstehendem 90. Geburtstage
angeregt und auch den hiesigen Magistrat aufgefordert, der geplanten Huldigung

beizutreten. Nachdem der Magistrat zu Berlin auf bezügliche Anfrage erklärt hat, daß ihm eine Aufforderung zur Betheiligung an dieser Ehrenbezeugung nicht zugegangen sei und auch der Magistrat zu Magdeburg hierher mittheilte, seinen Beitritt zu der gemeinsamen Adresse von der Betheiligung anderer großen Städte, speciell Berlins, abhängig machen zu wollen, hält der Magistrat dafür, daß die Stadt Braunschweig an diesem Unternehmen sich nicht betheilige. Dagegen bringt derselbe in Vorschlag, einen Beitrag von 500 M zu denjenigen Sammlungen zu zeichnen, welche zu einer in Parchim zu gründenden Moltke-Stiftung bestimmt sind. Die der Stiftung zufließenden Gelder sollen dazu dienen, das in Parchim stehende Geburtshaus des Jubilar's anzukaufen, für eine würdige Erhaltung desselben Sorge zu tragen und den Rest des Capitals dem Gefeierten für wohlthätige Zwecke, die nach seiner Bestimmung mit der Geburtsstätte in Beziehung zu setzen sein würden, zur Verfügung zu stellen.

Die Statutencommission, für welche Herr Wolff II berichtet, giebt anheim, den Betrag von 500 M zur Verfügung zu stellen und das Verfahren des Magistrates hinsichtlich der Nichtbetheiligung an der Adresse gutzuheißen.

Herr Günther kann für die Bewilligung der 500 M nicht stimmen, weil er dafür halte, daß der Staat einzutreten habe, wenn etwas Derartiges geschaffen werden solle, nicht aber die Gemeinden. Für solche Sachen habe die Gesamtheit zu sorgen und nicht nur derjenige Theil der Städte, welcher sich zur Zahlung eines Beitrages freiwillig bereit erkläre. Besser würde ihm noch der auch bei der Bismarckspende eingeschlagene Weg der freiwilligen Sammlungen gefallen, weil dann jeder Einwohner nach freiem Ermessen beisteuern könne.

Herr Wolff I will, da es sich um eine Gefühlsache handle, dem Herrn Vorredner nicht erwidern, sondern nur fragen, ob nicht ein gemeinsamer Schritt aller deutschen Städte geplant und hierzu von Seiten der Stadt Berlin ein Aufruf erlassen sei.

Herrn Oberbürgermeister Pockels ist nichts davon bekannt, daß von Berlin aus ein derartiges gemeinschaftliches Vorgehen in Anregung gebracht sei oder noch werde. Wahrscheinlich schwebt dem Herrn Vorredner die Zeitungsnachricht im Gedächtnisse, nach welcher der Oberbürgermeister von Fördernbeck die Vertreter der größeren deutschen Städte nach Berlin berufen haben solle; ob aber diese Mittheilung der Wirklichkeit entspreche, wisse Redner nicht, da hier eine solche Einladung nicht eingelaufen sei. Uebrigens werde die Stadt Braunschweig bei Genehmigung der Vorlage nicht isolirt vorgehen, sondern es stehe jetzt schon die Betheiligung sämmtlicher, oder doch fast sämmtlicher größeren deutschen Städte an der Moltke-Stiftung fest. Namentlich würden sich aber diejenigen 2000 Städte an dem Vorhaben betheiligen, welche auf die Berliner Aufforderung von Privatpersonen zur gemeinschaftlichen Darreichung einer Adresse an Graf Moltke hinein-

gefallen seien und nunmehr beabsichtigen, die aufgebrauchten Mittel zu der hier in Frage stehenden Sache zu verwenden.

Herr Rimpau möchte wissen, ob eine andere Zeitungsnachricht sich bewahrheitete, nach welcher die Vertreter aller deutschen Städte dem Jubilar ihre Glückwünsche persönlich darzubringen beabsichtigen und ob zutreffendenfalls auch nach hier eine solche Einladung ergangen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels ersucht, ihn nicht für Alles, was in den Zeitungen stehe, verantwortlich zu machen. Soviel ihm bekannt, habe man geplant, daß diejenigen deutschen Städte, welche dem Jubilar das Ehrenbürgerrecht verliehen haben, oder noch verleihen wollen, ihren Glückwunsch persönlich anbringen lassen.

Herr Wolff I will besonders hervorheben, daß die Stadt Braunschweig bedauerlicherweise von Berlin nicht mit eingeladen worden.

Herr Oberbürgermeister Pockels bedauert diese Äußerung umsomehr, als es z. B. für ihn noch eine offene Frage sei, ob eine solche Einladung überhaupt und eventuell an wen ergangen worden und ob dem Magistrate von Berlin dieserhalb überhaupt ein Vorwurf gemacht werden könne.

Herr Wolff II hat in Erfahrung gebracht, daß sich die ganze Einladung auf eine Aufforderung durch die Presse beschränkt haben solle.

Die Magistratsvorlage gelangt nach den Commissionsanträgen zur Annahme.

XV. Gewährung von Hypothek-Darlehen.

Dem Antrage des Bauunternehmers Gnadt gemäß hat der Magistrat im Einverständnisse mit der Finanz-Commission dem p. Gnadt am 1. October d. Js. aus dem Kreisfonds auf eines der beiden an der Kastanienallee belegenen, kleinere Wohnungen enthaltenden Gebäude 18000 M zur ersten Hypothek und auf das andere der Grundstücke 6000 M zur zweiten Hypothek, sowie aus dem Grundvermögen der Stadt auf das zweite Grundstück noch 12 000 M zur ersten Hypothek gegen einen Zinsfuß von 4 % vorgeliehen. Dem Antrage auf nachträgliche Genehmigung dieses Darlehnsgeschäftes

stimmt die Versammlung auf Befürwortung des Herrn Wolff I, welcher namens der Finanzcommission berichtet, zu.

XVI. Baulinie an der Wilhelmstraße.

Der Gastwirth Schaper beabsichtigt, an Stelle der unter *M* ass. 1562—1564 an der Westseite der nördlichen Wilhelmstraße belegenen Gebäude einen gemeinsamen Neubau mit gerader Front aufzuführen und bittet, dieserhalb die in der Sitzung vom 4. September d. Js. für jenen Theil der Wilhelmstraße auf der Strecke zwischen Wendenstraße und Bockstewe festgesetzte Baulinie dahin zu

ändern, daß der Knick an jener Stelle vermieden werde. Schaper hat sich verpflichtet, bei Durchführung dieser neuen Baulinie das der Straße zufallende Terrain von insgesammt 7,19 qm unentgeltlich an die Stadtgemeinde abzutreten.

Die Baucommission giebt die Genehmigung der Vorlage durch Herrn Krahe anheim und die Versammlung beschließt demgemäß.

XVII. Bau eines Kesselhauses u. im Pflegehause.

Die letzthin vorgenommene Revision des im städtischen Pflegehause befindlichen Dampfkessels (stehender Fiedrohrkessel) hat eine derartig schlechte, durch Kostenansätze herbeigeführte Beschaffenheit desselben ergeben, daß nach dem Gutachten eines Sachverständigen eine baldige Außerbetriebsetzung erforderlich werden wird, wenn auch zur Zeit eine Gefahr beim Betriebe des Kessels noch nicht vorliegt. Nach dem Dafürhalten der Städtischen Bauverwaltung wird es für zweckmäßig erachtet, bei Anschaffung eines neuen Kessels die Wahl eines anderen Systems ins Auge zu fassen. Hierbei würde indessen der Bau eines neuen Kesselhauses nothwendig werden, weil die bisher benutzten Räume die Aufnahme eines den Bedürfnissen der Anstalt genügenden Kessels anderer Systeme nicht zulassen. Unter diesen Umständen ist der Bau eines außerhalb des Pflegehauses liegenden Kesselhauses nicht zu umgehen und erscheint es dem Magistrate dringend wünschenswerth, auch die jetzt neben dem Kesselhause belegene Küche mit zu verlegen und derselben wiederum einen Platz am neuen Kesselhause anzuweisen. Eine Trennung von Küche und Kesselhaus würde, da der Herd Dampfheizung hat, mancherlei Uebelstände im Gefolge haben. Dazu kommt, daß die Küche im Verhältnisse zum Kochbetriebe so beengt ist, um eine Vergrößerung derselben auf alle Fälle geboten erscheinen zu lassen. Die durch Herauslegung von Küche und Kesselhaus im Pflegehause frei werdenden Räume können anderweiter Benutzung erschlossen und vielleicht als Wohnräume für Pfleglinge eingerichtet werden, was nach der Ansicht des Magistrates umsomehr anzustreben sein möchte, weil trotz größtmöglichst dichter Belegung der Zimmer mit Pfleglingen die Kinderräume nicht ausreichen und ein Theil derselben bereits im städtischen Pflegehause hat untergebracht werden müssen. Bei Auswahl des Platzes für den Neubau muß die Lage des vorhandenen Waschhauses maßgebend sein, da Zweckmäßigkeitsgründe für eine nahe Verbindung von Kesselhaus und Waschküche sprechen. Aus diesem Grunde schlägt der Magistrat vor, einen dementsprechenden Platz unter Verlegung des dort befindlichen Abortes auszuwählen und zugleich bei dem Bau des neuen Gebäudes auf die Einrichtung eines Baderaumes Bedacht zu nehmen, da die jetzt vorhandenen beiden Wannen sich schon lange als unzureichend erwiesen haben. Der Magistratsantrag geht dahin, den beabsichtigten Bau gutzuheißen und zu dessen Ausführung die Summe bis zu 26 800 M zu Lasten des nächstjährigen Etats zu verwilligen.

Die Baucommission hat, wie Herr Krahe berichtet, das Project eingehend geprüft und giebt anheim, dasselbe gutzuheißen.

Herr Lange fragt an, was für ein Kesselsystem und Schornstein in Aussicht genommen sei.

Herr Stadtrath Schöttler erwidert, daß die Wahl des Systems noch weiterer Erwägung im Magistrate unterliege und ein bezüglichlicher Beschluß noch nicht gefaßt worden.

Herr Krahe bemerkt, daß die Magistratsvorlage einen Cornwallkessel, sowie einen gemauerten Schornstein vorsehe.

Herr Stadtrath Schöttler entgegnet, daß man im Magistrate allerdings zuerst einen Cornwallkessel in Aussicht genommen, aber auf seine Vorstellung beschloffen habe, in eine nochmalige Prüfung der Systemfrage einzutreten. Aus diesem Grunde fordere die Magistratsvorlage keine bestimmte, sondern nur eine ungefähre Summe.

Der Herr Vorsitzende ist der Ansicht, daß die Versammlung auch über das zu wählende Kesselsystem Beschluß zu fassen habe und diese Frage daher als noch nicht spruchreif offen zu lassen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels bittet, in dieser so wichtigen und der Lösung dringend bedürftigen Frage von formellen Bedenken abzusehen, da man vor einer unmittelbar drohenden Gefahr stehe, deren Beseitigung nicht verzögert werden dürfe. Die Versammlung könne dem Magistrate vertrauen, daß er für den Kessel ein zweckmäßiges System auswählen werde.

Herr Krahe theilt noch mit, daß die Baucommission die Frage des Kesselsystems offen gelassen habe.

Herr Lange hält die Kesselfrage für eine große Hauptsache in der Vorlage und hat daher annehmen müssen, daß diese Frage bei Einbringung derselben als abgeschlossen anzusehen sei.

Die Versammlung erklärt sich hierauf mit der Vorlage einverstanden und will die Wahl des Kesselsystems den Erwägungen des Magistrates überlassen.

XVIII. Erwerb von Grundflächen zum Schulhausbau am Piepenstiege.

Behufs Anlegung einer Zugangsstraße von der Juliusstraße zu dem am Piepenstiege zu errichtenden Schulgebäude ist der Magistrat bereits früher ermächtigt, den dort belegenen Ulrichi-Friedhof zum Einheitspreise von 10 M pro qm anzukaufen. Mit dem Kirchenvorstande zu St. Ulrichi ist unter Zuziehung des Kirchencassen-Collegiums die Abtretung des insgesammt 11 a 65 qm haltenden Friedhofes inzwischen vereinbart und derselbe durch Herzogliches Staatsministerium unter gleichzeitiger Genehmigung der getroffenen Vereinbarung in commercium erklärt worden. Die Versammlung wird ersucht, die endgiltige Zustimmung zum

Erwerbe des fraglichen Friedhofes für den Preis von 11650 M zu ertheilen. Nach Fertigstellung der betreffenden Straßenanlage beabsichtigt der Magistrat, den Wiederverkauf der zu derselben nicht erforderlichen, im Besitze der Stadt befindlichen Flächen in Antrag zu bringen.

Die Statutencommission erklärt sich nach dem Bericht des Herren Schwarzenberg mit der Vorlage einverstanden, sie möchte indessen gern Auskunft darüber haben, welche Bauplätze dort zum Verkaufe frei werden.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß die heutige Vorlage nur bezwecke, dem Magistrate die formelle Ermächtigung zum Erwerbe der Kirchhofsfläche dem Grundbuchamte gegenüber zu ertheilen, da sich die Versammlung im Principe bereits mit dem Ankaufe einverstanden erklärt habe. Im Uebrigen wisse er zur Zeit noch nicht genau, welche Bauplätze demnächst veräußert werden könnten.

Die Vorlage gelangt sodann zur Annahme.

XIX. Erwerb von Grundflächen zur Eulenstraße.

Für die zum Ausbau der Eulenstraße stadtseitig zu erwerbende, der Firma Wilh. Sprung jun. gehörigen Flächen von 3 a 95 qm und 19 qm wird von der Eigenthümerin eine Entschädigung von 16 M pro qm gefordert. Da dieser Preis dem Magistrate viel zu hoch erscheint, so ersucht derselbe zu genehmigen, daß die Zwangsenteignung der beiden Flächen beantragt werde.

Die Baucommission läßt die Vorlage durch Herrn Nieß befürworten und die Versammlung beschließt demgemäß.

XX. Aufhebung eines Theiles der alten Hagenstraße.

Die zwischen der Kaiser-Wilhelm- und Fasanenstraße belegene Strecke des Interessentenschaftsweges „alte Hagenstraße“ ist dem Ortsbauplane zufolge aufzuheben und vertragsmäßig der Herzoglichen General-Hof-Intendantur zu Eigenthum zu überweisen. Da letztere die bezeichnete Fläche nach ihrer Auflassung an die Bauunternehmer Meyer und Till veräußert hat, diesen aber sehr an einer baldigen Ueberweisung behufs Ausführung der dort zu errichtenden Bauten gelegen ist, so ersucht der Magistrat, die Aufhebung jener Straße auf der Strecke zwischen der Ortsstraße Hagenstraße und der Brunnenstraße zu genehmigen und einen mit den Herren Meyer und Till aufgenommenen Vertrag, nach welchem sich dieselben verpflichten, die verlängerte Kaiser-Wilhelmstraße mit der Brunnenstraße durch einen befestigten Weg in Verbindung zu bringen, gutzuheißen.

Die Vorlage gelangt auf Befürwortung der Statutencommission, für welche Herr Schwarzenberg berichtet, nach einigen Bemerkungen der Herren Günther und Oberbürgermeister Pockels zur Annahme.

XXI. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther auf Erhöhung der Arbeiterlöhne.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, bei der Festsetzung einer Vorlage über die Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten zugleich eine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter in Berücksichtigung zu ziehen.“

Auf die Bemerkung des Herrn Vorsitzenden, daß vom Magistrat bereits in der Commission mitgetheilt sei, es werde neben der Erhöhung der Beamtengehälter auch eine Erhöhung der Arbeiterlöhne geplant, zieht Herr Günther seinen Antrag zurück.

XXII. Anfrage des Herrn Riecke wegen verschiedener Angelegenheiten.

Herr Riecke möchte zunächst wissen, wie weit die Mauernstraße in Stand gesetzt würde. — Sodann rügt derselbe, daß den städtischen Arbeitern häufig ihr Lohn in Wirthschaften, statt in Buden ausbezahlt würde und die Arbeiter dadurch zum Besuche der Wirthschaften gezwungen würden. — Ferner wolle er darauf aufmerksam machen, daß der Schachtmeister Greve seinen Leuten allabendlich 25 S. auszahle und sie veranlasse, diesen Betrag in einer bestimmten Victualienhandlung wieder anzulegen. — Außerdem wünsche er, daß die Versammlung bei Feststellung der Bauordnung mitzureden habe.

Der Herr Vorsitzende giebt anheim, die einzelnen Anfragen schriftlich einzureichen und in einer späteren Sitzung nochmals vorzutragen.

XXIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Aenderungen bei der Pferdebahn.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Stadt-Magistrat, an betreffender Stelle dahin wirken zu wollen und zu veranlassen,

- a. daß beim Pferdebahntarif vom 12. September 1889 nunmehr das Wort „einstweilen“ gestrichen wird, so daß sämtliche Pferdebahnwagen bis zum Wilhelmithorbahnhofe fahren müssen;
- b. daß bei den Bestimmungen des Pferdebahntarifs vom 12. September 1889 hinter den Worten „vom Kohlmarkt bis zum Staatsbahnhofe und umgekehrt“ die Worte eingeschaltet werden: „... von den die letztere Strecke (d. i. die Strecke Kohlmarkt—Wilhelmithorbahnhof) Benutzenden für die Route von der Herzogsweiche bis zum Kohlmarkt und umgekehrt“, so daß die betr. Sätze lauten würden: „Das Fahrgeld beträgt:

1) Nordbahnhof—Kohlmarkt 10 S.,

2) Kohlmarkt—Wilhelmthorbahnhof 10 S.,

wobei jedoch von den die letztere Strecke Benutzenden für die Route von der Herzogsweiche bis zum Kohlmarkt und umgekehrt eine besondere Entschädigung nicht gefordert werden soll“.

Namens des Antragstellers begründet der Herr Vorsitzende diesen Antrag und überweist denselben nach genügender Unterstützung der Statutencommission zur Vorberathung.

XXIV. Selbstständiger Antrag des Herrn Wolff I auf Verbesserung der Fußwege an der Cellerstraße etc.

Herr Wolff I begründet den Antrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, geeignete Schritte zu thun, um eine Verbesserung der beiderseitigen Fußwege an der Cellerstraße bis zum Weißen Koffe, sowie die Anlage eines Fußweges an der Hildesheimerstraße von der Celler- bis zur Koffstraße herbeizuführen; imgleichen dafür Sorge zu tragen, daß der Fußweg an der Koffstraße in einen ordnungsmäßigen Zustand versetzt werde“,

indem derselbe hervorhebt, daß die Uebelstände, welchen durch den Antrag abgeholfen werden solle, so offenkundig seien und so allgemein empfunden werden, um kaum eine nähere Begründung zu erfordern. Gerade das Petritthor sei in Bezug auf die Verbesserung der Wege den übrigen Stadttheilen gegenüber sehr stiefmütterlich behandelt, obwohl sich der Verkehr dort ganz außerordentlich entwickelt habe. Die Seitenstraßen seien ausgebaut, aber die Hauptverkehrsader jener Gegend, die Cellerstraße, habe man seit Jahrzehnten vernachlässigt, trotzdem auch der Fußgängerverkehr namentlich nach dem Pawelschen Holze hin eine ganz bedeutende Ausdehnung gewonnen habe. Der Umstand, daß sich der Wegeinstandsetzung an der Cellerstraße schwierige Verhältnisse entgegen setzten, könne nicht maßgebend sein, um die traurigen Zustände daselbst ewig zu belassen und gerade in der jetzigen Jahreszeit erscheine es zweckmäßig, Verhandlungen hierüber zu führen. Die Herzogliche Baudirection sei der Stadt schon in mancher Beziehung entgegenkommen und werde es sicherlich auch hier nicht an gutem Willen zur Lösung der schwebenden Fragen fehlen lassen, denn es liegen Beweise dafür vor, daß die Herzogliche Landesregierung überall da ihre Mithilfe bethätigt habe, wo es sich — wie hier — um die Beseitigung von wirklichen Verkehrshindernissen handle. Als unerhört müsse es ferner bezeichnet werden, daß eine so viel begangene Straße, wie die Verbindung zwischen der Celler- und Koffstraße, noch nicht einmal einen Fußweg besitze, welcher dort um so nothwendiger sei, als man namentlich bei einbrechender Dunkelheit auf

dem Rückwege vom Pawel'schen Holze an jener Stelle häufig den Wagen auszuweichen habe und dann nicht wisse, wohin man sich wenden solle. Dazu komme noch der schauerhafte Zustand der Roßstraße, von der er allerdings nicht wisse, ob sie eine städtische Straße sei (Zuruf: Interessentenweg.) Wie ein Interessentenweg sehe sie allerdings aus. Man wisse dort wirklich gar nicht, wo eigentlich der Fußweg sein solle, trotzdem auch diese Straße als Zugangsweg zum Pawel'schen Holze naturgemäß sehr lebhaft benutzt werde und der Besserung dringend bedürfe. Zu verwundern sei es nur, daß bislang dort noch kein Unglücksfall vorgekommen und bitte er zur Vermeidung eines solchen seinen Antrag zahlreich zu unterstützen.

Der Antrag wird nach ausreichender Unterstützung der Baucommission zur Vorberathung überwiesen.

XXV. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Verbreiterung des Langenhofes.

Der von den Herren Vollmann, Halle, Krahe und Rimpau mitunterzeichnete und bei der Berathung des Punktes 4 der Tagesordnung ausreichend begründete Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht löblichen Stadt-Magistrat, am Langenhofe eine Baulinie feststellen zu lassen, durch welche eine angemessene Breite desselben erzielt wird.“

Der Herr Vorsitzende bemerkt, es handle sich bei der Berathung des Antrages zunächst um die Frage, ob die Versammlung in eine sofortige Berathung desselben einzutreten wünsche, oder ihn der Commission zur Vorberathung überweisen wolle.

Herr Stadtrath Netemeyer bittet, in der Sache sofort Beschluß zu fassen, weil die Expropriation nicht früher eingeleitet werden könne.

Herr Halle tritt dagegen für Commissionsberathung ein.

Die Versammlung entscheidet sich für sofortige Berathung des Antrages.

Herr Nieß möchte sich nicht für eine bestimmte Breite des Langenhofes aussprechen, sondern nur im Allgemeinen die weitere Verbreiterung desselben empfehlen und bitten, die von der Städtischen Bauverwaltung in Vorschlag gebrachte Breite zu wählen.

Herr Halle verliest zunächst das von dem Stadtbaurath Winter erstattete bezügliche Gutachten, in welchem sich derselbe dringend für eine Verbreiterung des Langenhofes auf 14 m ausspricht und ersucht, gestützt auf dieses, von dem leitenden städtischen Baubeamten herrührende Gutachten, den Antrag anzunehmen. Die hier aufzuwendenden Summen ständen in gar keinem Verhältnisse zu den Vortheilen, welche sie schaffen, denn man werde eine Straße erhalten, welche erst dem Verkehre der Innenstadt vollkommen entspreche. Bei der Durchführung des Antrages werde voraussichtlich das Stadthausproject eine ganz andere und zwar günstigere Ge-

staltung erfahren, indem es nicht ausgeschlossen sei, daß auf der entgegengesetzten Seite größere Flächen als Baugrund frei werden und der Stadt reichlich einbringen, was hier mehr ausgegeben werde. Hierüber in der Versammlung genaue Berechnungen anzustellen sei nicht möglich, wohl aber lasse sich solches in der Commission ausführen. Die Versammlung vermöge nur nach ungefähren Schätzungen zu urtheilen und diese seien meistens nicht zutreffend. Die Verbreiterung des Langenhofes an der anderen Seite würde noch viel mehr Geld kosten, deshalb sollte man hier die Gelegenheit ergreifen, um eine für jene Gegend zweckmäßige und auch vom Stadtbaurath Winter empfohlene Verbreiterung der Straße vorzunehmen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, daß das von Herrn Halle verlesene Schreiben des Stadtbauraths Winter nicht allein im Magistrate reiflich erwogen, sondern auch der Statuten- und Finanzcommission bekannt gegeben sei, daß aber die Verbreiterung weder hier noch da besonderen Anklang gefunden habe. Die Städtische Bauverwaltung interessire sich allerdings ungemein für dieselbe und zwar vorwiegend mit Rücksicht auf den Bau des Stadthauses, welches in solchem Falle mehr auf die area des Meyer'schen Grundstückes gerückt werden solle, gegen welche Verschiebung indessen der Magistrat sich ganz entschieden ausgesprochen habe, weil er es hinsichtlich des Kostenpunktes für zweckmäßig halte, mit dem Stadthausbaue möglichst vom Langenhofe abzurücken und solchen mehr auf den Platz des Landgestüts, bezw. die Reitbahn und den Hof desselben zu verlegen. Außerdem befinde sich die Stadt im Besitze des alten Officiercasinos und könne, wenn solches sonst gewünscht werde, mit dem Stadthausbau schon jetzt weiter nach dem Langenhofe zu hinausrücken, ohne weiteres Terrain ankaufen zu müssen. Wenn die Städtische Bauverwaltung der Ansicht sei, daß solche Verbreiterung im Verkehrsinteresse einmal nothwendig werden könne, so habe er darauf zu erwidern, daß der Laie ebenso gut wie der Techniker zu beurtheilen vermöge, ob eine Straßen-erweiterung im Verkehrsinteresse nöthig sei oder nicht. (Zustimmung.) Sofern daher der Stadtbaurath Winter eine Verbreiterung des Langenhofes aus diesem Grunde für nothwendig oder wünschenswerth halte und der Magistrat eine gegentheilige Ansicht hege, so stehe derselbe mit letzterer nicht gegen Winter zurück. Der Stadtbaurath Winter sei seiner Ansicht nach eine außerordentliche Autorität auf bautechnischem Gebiete, aber in der vorliegenden Frage müsse er ihm sowohl als Herrn Nieß die Eigenschaft eines Sachverständigen absprechen.

Herr Ramdohr bittet um Ablehnung des Nieß'schen Antrages, da er eine Verbreiterung des Langenhofes nicht für erforderlich halte. Wenn die Städtische Bauverwaltung eine Verbreiterung für wünschenswerth erachte, so sei das für ihn noch nicht maßgebend, auf solchen Antrag einzugehen, denn die Städtische Bauverwaltung bringe stets das Beste in Vorschlag und sei hierzu auch berufen, aber Magistrat und Versammlung müßten bei derartigen Vorschlägen auch den Geld-

punkt prüfen und der führe in dem vorliegenden Falle nothgedrungen zur Ablehnung der Verbreiterung.

Herr Wille steht noch auf seinem vorhin eingenommenen Standpunkte. Die Ansicht der Städtischen Bauverwaltung sei nicht immer maßgebend, denn wenn die Stadt vor einigen Jahren die Verbreiterung der Kl. Burg nicht durchgeführt hätte, so wäre dem dortigen Verkehre durchaus kein Abbruch geschehen und die Stadt hätte nicht 60000 M wegzuerwerfen brauchen. (Zustimmung.) Wenn einmal Geld zu Straßenenerweiterungen übrig sei, solle man lieber in der Süd- und Schuhstraße anfangen, dort liege ein wirkliches Bedürfnis zur Verbreiterung vor, hier aber in keiner Weise.

Herr Schwarzenberg macht noch darauf aufmerksam, daß dieses Verbreiterungsproject in der Commission längst berathen und abgelehnt sei, aus welchem Grunde er eine weitere Besprechung der Angelegenheit für überflüssig halte und daher den Schluß der Debatte beantrage.

Da sich Niemand mehr zum Worte gemeldet hat, so erhält Herr Nieß als Antragsteller das Schlußwort: Er habe sich niemals als Sachverständigen für den Verkehr, sondern in bautechnischer Beziehung hingestellt und glaube, diese Eigenschaft für sich in Anspruch nehmen zu können. Bei der Kl. Burg habe er seine Stimme vergeblich gegen die Verbreiterung erhoben, man sei damals im Magistrate und in der Versammlung klüger gewesen, habe aber wahrscheinlich schon eingesehen, welcher Fehlgriß gemacht sei. Die Stadt lasse am Langenhofe im Auge des Publicums und der Fremden bauen und dürfe daher nicht gestatten, daß dort dem Schlosse gegenüber ein solches Schensal von Gebäude errichtet werde; er lehne sich wenigstens dagegen auf, soweit ihm dies möglich sei.

Bei der dann folgenden Abstimmung wird der Antrag gegen 8 Stimmen abgelehnt.

XXVI. Anfrage des Herrn Günther wegen des Unternehmerwesens.

Wie Herr Günther ausführt, herrscht in der Stadt die Praxis, die Chausseebauten an auswärtige Unternehmer zu vergeben, welche sich ihre Arbeiter selbst stellen und sie zu bestimmten Preisen lohnen. Von Seiten dieser Arbeiter sei nun Klage darüber geführt, daß sie in ihrem Lohne beschnitten würden, indem sie 1,80 M bis 2,20 M hinauf an Lohn erhalten, während sie annehmen, es sei von der Stadt ein fester Lohnsatz von 2,40 M für den Unternehmer festgesetzt. Letzteres treffe nun allerdings nicht zu, sondern die Arbeiten werden einfach an einen Unternehmer vergeben und man überlasse es diesem, seine Arbeiter zu lohnen. Der mit diesem Unternehmerwesen verbundene große Uebelstand lasse sich dadurch leicht beseitigen, daß die Stadt die Chausseebauten wieder in Regie nehme und sie nicht

an einen Schachtmeister abgebe, wie das in Berlin auch der Fall sein solle. Er bitte den Magistrat, diesen Punkt in Erwägung zu nehmen.

Herr Oberbürgermeister Pöckels ist gern bereit, bei der technischen Verwaltungsstelle bezügliche Erkundigungen einzuziehen, er müsse aber bezweifeln, daß sich jene Arbeiten wieder verwaltungsseitig übernehmen lassen und zwar aus dem einfachen Grunde, weil unsere hiesigen Arbeiter keine Neigung zu solchen Arbeiten hätten und dem Magistrate doch wohl nicht zugemuthet werden könne, nach Berlin zu reisen und sich passende Leute für die Arbeiten zu suchen. Die Schachtmeister bauen hier die Canäle vorwiegend mit ostpreussischen Arbeitern, weil sie hiesige Arbeiter nicht bekommen können.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung stellt die Versammlung nach Niederschlagung einer Testamentsabgabe die Grundsätze fest für die Veranlagung der Versicherungs-Actien-Gesellschaften zur Gemeindesteuer.

Schluß nach 7 Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 13. November 1890.

Öffentlich:

I. Erwerb von Theilflächen an der Juliusstraße	Seite 242.
II. Uebnahme von Waisenhauslehrern	" 243.
III. Gehaltsverhältnisse eines Regierungs-Baumeisters	" 243.
IV. Legung eines Wasserrohres im Hasenwinkel	" 244.
V. Erwerb von Theilflächen an der Grünstraße	" 244.
VI. Desgl. an der Kufbergstraße zc.	" 244.
VII. Baulinie an der Schöppenstedterstraße	" 244.
VIII. Aufnahme eines Processes wegen Straßenbaukosten	" 245.
IX. Klage gegen Schachtmeister Lehmberg	" 245.
X. Klage gegen Malermeister Maue in Lesse	" 246.
XI. Klage gegen Maurermeister Braun	" 246.
XII. Ausbau der Al. Vertramstraße	" 247.
XIII. Neuer Normaletat für Lehrer und Lehrerinnen an den gehobenen städtischen Schulen, sowie für sämtliche Schuldiener, nebst Ausführungsbestimmungen	" 251.
XIV. Kosten eines Arbeiterschuppens am Kennel	" 256.
XV. Die Zusammensetzung des Lehrpersonalis an der Ober-Realschule	" 256.
XVI. Anstellung von Wassermesser-Controleuren	" 257.
XVII. Vermehrung der Straßenlaternen	" 258.
XVIII. Veränderungen auf dem alten Gaswerke	" 259.
XIX. Erwerb von Theilflächen an der Silberheimerstraße zc.	" 260.

XX.	Erstattung von Kosten für Gas-, Wasser- und Canalaröhren	Seite 260.
XXI.	Feststellung der Kosten des Ausbaues der Hedwigstraße	" 260.
XXII.	Uebernahme eines Nebenamtes seitens des Stadtraths Ketemeyer	" 261.
XXIII.	Selbstständiger Antrag des Herrn Wolff I auf Verbesserung der Fußwege an der Cellerstraße zc.	" 261.
XXIV.	Desgl. des Herrn Lange auf Aenderungen bei der Pferdebahn	" 262.
XXV.	Verkauf einer Theilfläche der alten Körnerstraße	" 263.
XXVI.	Ausbau der Herderstraße	" 263.
XXVII.	Anfrage des Herrn Reiche wegen des Wendenstraßen-Durchbruches	" 263.
XXVIII.	Selbstständiger Antrag des Herrn Bültmann auf Instandsetzung der Fußwege an der Campestraße und am Leonhardsplatze	" 263.
XXIX.	Desgl. des Herrn Rieß auf Ueberdeckung der Filter des städtischen Wasserwerkes	" 267.
XXX.	Desgl. auf Anlegung von Sandspielplätzen	" 267.
XXXI.	Desgl. auf Herstellung kleiner Wohnungen	" 268.
XXXII.	Desgl. der Herren Sievers, Ramdohr und Günther auf Abänderung der Bestimmungen des Normaltats der Lehrer und Lehrerinnen an den städtischen Schulen	" 269.
Vertraulich:		
	Anstellung eines Bauingenieurs	" 270.
	Steuer-Reclamationen (Verzeichniß II von 1890)	" 270.
	Veranlagung der Schlachter zur Gemeindesteuer	" 270.

Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Bockels, Stadträthe Haake, Ketemeyer, Heymann und Meyer, sowie Assessor von Frankenberg=Ludwigsdorff.

Entschuldigt die Herren Blasius, Buchler, Lüderßen, Reuter, Rimpau, Schwarzenberg und Seele; später erscheint Herr Rieke.

Der Vorsitzende, Herr Semler, eröffnet die Sitzung und läßt nach verschiedenen geschäftlichen Mittheilungen in die Berathung der Tagesordnung eintreten.

I. Erwerb von Theilflächen an der Juliusstraße.

Zur Verbreiterung der Juliusstraße sind von verschiedenen Anliegern insgesammt 3 a 43 qm abzutreten, während der stadtfleilige Erwerb der vom vormaligen St. Ulrichi-Friedhofe der Straße zuzulegenden Fläche von 92 qm schon früher beschlossen ist. Sämmtliche Interessenten haben sich bereit erklärt, die fraglichen Flächen der Stadt unentgeltlich zu überlassen, wobei jedoch drei Anlieger für ihre in Wegfall kommenden Einfriedigungen Entschädigungen in Höhe von bezw. 100 M, 130 M und 50 M gefordert haben. Der Magistrat ersucht, den Erwerb der betr. Flächen unter den angegebenen Bedingungen zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Frahe berichtet, auch geschieht.

II. Uebernahme von Waisenhauslehrern.

Die bisher von einem Seminaristen versehene Stelle des ersten Knabenaufsehers an dem Waisenhause B. M. V. soll in Zukunft einem angestellten Lehrer übertragen werden, um die Nachtheile zu vermeiden, welche sich bei häufigem Wechsel in der Besetzung des besonders wichtigen Postens naturgemäß ergeben. Die Durchführung dieser neuen Einrichtung kann insofern auf Schwierigkeiten stoßen, als die z. B. in der Anstalt bestehenden Verhältnisse lediglich einem unverheiratheten Manne die Wahrnehmung jener Geschäfte möglich machen und für den Fall einer beabsichtigten Verheirathung dem Betreffenden eine anderweite feste Lehrerstelle an der Waisenhausschule schwerlich zur Verfügung stehen würde. Aus diesem Grunde ist bei dem Magistrate der Antrag gestellt, dem jeweiligen ersten Knabenaufseher die Zusicherung zu ertheilen, daß ihm, wenn er sich verheirathen wolle und an der Waisenhausschule aus Mangel an freien Stellen nicht ferner beschäftigt werden könne, nach vorhergehender dreimonatlicher Anmeldung zu Ostern an den städtischen Bürgerschulen unter Anrechnung seiner bisherigen Dienstjahre eine dann etwa offene Lehrerstelle verliehen werden solle, sofern dem Bewerber ein gutes Zeugniß zur Seite stehe. Der Magistrat hält diesen, auch vom Schuldirector Schaarschmidt und vom Schulvorstande gutgeheißenen Antrag für unbedenklich und giebt daher anheim, sich mit der beantragten Ertheilung obiger Zusicherung einverstanden zu erklären.

Herr Reiche kann namens der Schulcommission die Vorlage nur befürworten, zumal mit deren Annahme für die Stadt kein großes Risiko verbunden sei und man einer so wohlthätig wirkenden Anstalt auch entgegenkommen müsse.

Die Vorlage wird angenommen.

III. Gehaltsverhältnisse eines Regierungs-Baumeisters.

In Verfolg einer Eingabe des an der städtischen Realschule als Lehrer für mathematisches Zeichnen angestellten Regierungs-Baumeisters Grotefend beantragt der Magistrat, die Gehaltsverhältnisse desselben dahin zu verbessern, daß dessen seitheriges Höchstgehalt um 300 M erhöht und ihm die nächste Zulage von 300 M nicht erst zum 1. Januar 1892, sondern schon zum 1. April 1891 und danach das Höchstgehalt zum 1. April 1894 bewilligt werde.

Die Schulcommission läßt die Vorlage durch Herrn Vollmann zur Annahme empfehlen und die Versammlung beschließt demgemäß

IV. Legung eines Wasserrohres im Hasenwinkel.

Auf Ersuchen von Anwohnern des Hasenwinkels beantragt der Magistrat, die Legung eines Wasserrohres im Hasenwinkel unter Bewilligung der zu 1922,50 M veranschlagten Kosten zu genehmigen. Zur Begründung des Gesuches war ausgeführt, daß der Hasenwinkel von etwa 300 Personen bewohnt sei und der daselbst befindliche Brunnen ausweislich der Untersuchung durch Professor Dr. Beckurts schlechtes Wasser enthalte.

Die Finanzcommission giebt durch Herrn Sievers die Genehmigung des Antrages anheim, welche auch von der Versammlung beschloffen wird.

V. Erwerb von Theilflächen an der Grünstraße.

Behufs Ausbaues der Grünstraße sind magistratsseitig von den Grundstücken der Anlieger Bricken, Kaese, Helwig, Streiff, Braun und Lübbcke insgesamt 1 a 91 qm Grundflächen zum Einheitspreise von 8 M pro qm angekauft worden und ersucht der Magistrat, diesen Ankauf zu genehmigen. Der Maurermeister Röper, auf dessen Kosten die Grünstraße ausgebaut wird, hat sich mit der Feststellung dieses Preises einverstanden erklärt.

Die Baucommission läßt durch Herrn Bültemann die Genehmigung der Vorlage beantragen und die Versammlung beschließt demgemäß.

VI. Erwerb von Theilflächen an der Rußbergstraße u.

Zum Ausbau der Rußbergstraße und bezw. der südlich von dieser projectirten Straße hat der Maurermeister Aug. Koloff verschiedene Straßenflächen, nämlich zur Rußbergstraße eine Fläche von 2 a 75 qm und zu der projectirten Straße fünf verschiedene Flächen von zusammen 10 a 35 qm zum Preise von 7,50 M pro qm an die Stadtgemeinde abgetreten. Dem Ersuchen des Magistrates, den dieserhalb aufgenommenen Vertrag zu genehmigen,

entspricht die Versammlung, nachdem Herr Bültemann namens der Baucommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

VII. Baulinie an der Schöppenstedterstraße.

Der Klempnermeister Hermann Siebert beabsichtigt, auf seinem an der Schöppenstedterstraße belegenen Grundstücke ein neues Wohnhaus zu errichten und hat das Stadtbauamt für die bezeichnete Straße auf der Strecke zwischen Abelnarre und Fallersleberstraße eine neue Baulinie in Vorschlag gebracht, deren Genehmigung der Magistrat anheim giebt.

Die Baucommission hat, wie Herr Krahe berichtet, die neue Baulinie geprüft und empfiehlt deren Genehmigung.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage.

VIII. Aufnahme eines Processes wegen Straßenbaukosten.

Die Firma Dampfkessel- und Gasometerfabrik vorm. A. Wille & Co. klagt auf Rückzahlung der von derselben in Veranlassung der Errichtung eines Kesselhauses und eines Magazingebäudes auf ihrem an der Frankfurter- und Kramerstraße belegenen Grundstücke zu den Kosten des Ausbaues der Kramerstraße gezahlten Summe von 2200 M., da sie sich nicht für verpflichtet hält, diese Kosten zu tragen. Nach der Ansicht des Magistrates läßt sich über die Frage, ob und inwieweit die Firma aus Anlaß der gedachten Neubauten zu Beiträgen verpflichtet, bei der Unklarheit der bezüglichlichen Vorschrift im §. 12, Abs. 2 der Landesbauordnung streiten, aus welchem Grunde es derselbe für erwünscht hält, diese Frage im Wege des Processes zum Austrage gebracht zu sehen und ersucht daher, zu genehmigen, daß sich die Stadtgemeinde auf die vorliegende Klage einlasse.

Wie Herr Wolff II namens der Statutencommission ausführt, ist die Entscheidung der vorliegenden Frage eine äußerst schwierige, indem sich nicht verkennen lasse, daß die klagende Firma möglicherweise mit ihren Ansprüchen durchdringe, wenn auch für den entgegengesetzten Standpunkt Manches angeführt werden könne. Jedenfalls glaube aber die Commission den Standpunkt des Magistrates für angebracht halten zu müssen, daß die Streitfrage, welche schon fortwährend Differenzen zwischen der Stadt und den betr. Anliegern hervorgerufen habe, bei dieser Gelegenheit einmal zum Austrage zu bringen sei.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

IX. Klage gegen Schachtmeister Lehmborg.

Der Schachtmeister Ferd. Lehmborg hat den am 10. Juni d. Js. verstorbenen Arbeiter Bernhard Bumann vom 25. März bis Ende April d. Js. als Erdarbeiter beschäftigt, ohne denselben bei der Gemeinde-Krankenversicherung angemeldet zu haben. Erst am 28. April, nachdem Bumann an demselben Tage einen Antrag auf Krankenunterstützung bei der Gemeinde-Krankenversicherung gestellt hatte, ist von Lehmborg ein Anmeldebchein für Bumann eingereicht worden. Obwohl Lehmborg nach §. 50 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 zur Erstattung der der bezeichneten Versicherung im Betrage von 60,02 M. erwachsenen Kosten verpflichtet ist, zahlt derselbe trotz Aufforderung nicht. Der Magistrat beantragt daher, der Erhebung der Klage gegen Lehmborg zuzustimmen,

was auch geschieht, nachdem Herr Wolff II namens der Statutencommission einen entsprechenden Antrag gestellt hatte.

X. Klage gegen Malermeister Maue in Lesse.

Der Malermeister Maue in Lesse ist durch Pfändungsurkunde aufgefordert, von dem Lohne des bei ihm in Beschäftigung stehenden Malers Wilhelm Bachhoff allwöchentlich 3,20 M Alimenterbeiträge für seine der hiesigen Armenpflege zur Last fallende Familie in Abzug und hierher zur Ablieferung zu bringen, welcher Forderung Maue bislang nicht nachgekommen ist. Da Letzterer nach Zustellung der Pfändungsurkunde zum Erfasse der der Stadt entgangenen Alimenterbeiträge in Höhe der gepfändeten Forderung verpflichtet ist, so beabsichtigt der Magistrat gegen Maue Klage zu erheben und ersucht, der Anstellung einer solchen zuzustimmen.

Die Statutencommission läßt diesen Antrag durch Herrn Wolff II befürworten. Zu bemerken sei indessen, daß die Zustellung des Pfändungsbeschlusses vermuthlich durch Postboten und die Aufforderung zur Erklärung binnen zwei Wochen schriftlich erfolgt sei, welche Maßnahmen nicht die Wirkung der Civil-Proceß-Ordnung haben, denn nach dieser müsse die Aufforderung zur Erklärung, sobald es sich um den Anspruch auf Schadenersatz in Folge verweigerter Antwort handle, durch den Gerichtsvollzieher bei Zustellung erfolgen. Trotzdem dürfte aber die Versammlung keine Veranlassung haben, der Vorlage nicht zuzustimmen.

Herr Kieke kann berichten, daß Bachhoff schon seit 14 Tagen nicht mehr in Lesse, sondern hier in der Stadt arbeite.

Herr Stadtrath Meyer bemerkt hierzu, daß der Gemeindevorsteher in Lesse unterm 24. October d. Js. bekundet habe, Bachhoff arbeite noch dort. Was nach diesem Zeitpunkte geschehen, sei hier nicht bekannt geworden.

Die Vorlage gelangt zur Annahme.

XI. Klage gegen Maurermeister Braun.

Der Maurermeister Braun ist der Aufforderung des Magistrates zur Einzahlung einer Summe von 640 M, welche Letzterer auf Rechnung des p. Braun bei dem Ausbau der Rußbergstraße an den Maurermeister Robert gezahlt hat, nicht nachgekommen und ersucht der Magistrat daher, ihn zur Erhebung der Klage gegen Braun zu ermächtigen,

welchem Antrage die Versammlung auf Befürwortung der Statutencommission, für die ebenfalls Herr Wolff II berichtet, entspricht.

XII. Ausbau der Kl. Bertramstraße.

Der seit mehreren Jahren in Aussicht genommene Ausbau der Kl. Bertramstraße hat sich bislang verzögert, weil die Anlieger für das von ihnen abzutretende Terrain Forderungen stellten, die nach der Ansicht des Magistrates zu hoch waren. Nach weiteren Verhandlungen mit den betr. Anliegern ist der Magistrat zu dem Entschlusse gekommen, der Versammlung in Bezug auf die Instandsetzung der fraglichen Straße folgende Vorschläge zu machen:

1. Die Strecke zwischen der Bertram- und Kl. Campestraße wird wegen der auch jetzt noch übertriebenen Forderungen der Anlieger für das zur Straße erforderliche Borgartenterrain vorläufig noch nicht in Stand gesetzt, zumal die in der Mitte und am Ende der Straße wohnenden Anlieger bei schlechtem Wetter einstweilen die Leonhard- bezw. Kl. Campestraße u. benützen können.

2. Mit der Instandsetzung der mittleren Strecke von Werner bis Bültmann kann nunmehr schleunigst vorgegangen werden, da die Anlieger eine allerdings verhältnißmäßig hohe, aber doch einigermaßen begründete Forderung von ungefähr 12,50 M für den Quadratmeter abzutretenden Terrains fordern. Hierbei ist zu bemerken, daß die sämtlichen Anlieger, mit Ausnahme von Werner hinsichtlich des Grundstückes Nr. 123, zu den Straßenbaukosten beizutragen haben, was bei den Eigenthümern der ersteren Strecke nicht der Fall ist. Bei der Annahme der mit den betr. Grundstückseigenthümern dieserhalb aufgenommenen beiden Verträge würden erhalten: a. der Maurermeister Bernfeld für 6 a 90 qm = 8800 M, d. i. 12,75 M pro qm; b. der Deconom Bültmann für 6 qm = 76,68 M, d. i. 12,78 M pro qm; c. die Firma R. Kargess für die von ihr im Umfange von 3 a 22 qm abzutretenden Flächen tauschweise gleich große Flächen des alten Weges; d. die Werner'schen Eheleute für die von ihnen abzutretenden Flächen zu insgesammt 12 a 89 qm tauschweise 7 a 67 qm vom alten Wege und für die überschießenden 5 a 22 qm eine Entschädigung von 12,50 M pro qm, mithin überhaupt 6525 M; e. die Magnikirche die Zusicherung der Verlegung des jetzigen Thorweges nach dem künftigen Eingange und die Herrichtung einer angemessenen Einfriedigung des zu schaffenden Zugangsweges. Abgesehen von den hierfür aufzuwendenden nicht erheblichen Kosten erwächst daher der Stadt für Terrainerwerb eine Gesamtausgabe von 15 401 M 68 S., wobei jedoch zu bemerken ist, daß die den Herren Bernfeld und Bültmann zugebilligten Beträge auf die ihnen zur Last fallenden Straßenbaukosten in Anrechnung gebracht werden sollen.

3. Das an der Ecke der Kl. Bertram- und Leonhardstraße belegene, 5 a 92 qm haltende Grundstück der Wendt'schen Erben ist zu Gunsten des benachbarten Herbst'schen Wohnhauses mit der Servitut behaftet, daß auf demselben keine Vorrichtungen getroffen werden dürfen, durch welche die Aussicht aus dem Herbst'schen

Hause irgendwie gesperrt werde; das Wendt'sche Grundstück darf somit insbesondere nicht bebaut werden und hat also nur den Werth von gewöhnlichem Gartenland und nicht den von Baugrund. Die Forderung der Wendt'schen Erben von 15 M pro qm erscheint dieser Thatsache gegenüber ungeheuer hoch, aus welchem Grunde es sich nach der Ansicht des Magistrates empfehlen wird, auf die Zwangsenteignung des Grundstückes Bedacht zu nehmen. Der Magistrat ist indessen im Zweifel darüber, ob auf den Umstand, daß jenes Grundstück mit der fraglichen Servitut belastet ist, im Expropriationsverfahren zu Gunsten der expropriirenden Stadtgemeinde in dem Falle Rücksicht genommen werden würde, daß Letztere die Erklärung abgebe, sie wolle das Grundstück unter Belassung der Servitut erwerben, weil der Regel nach im Expropriationsverfahren das expropriirte Grundstück dem Exproprianten frei von allen dinglichen Lasten zugesprochen wird. Die Folge wäre dann, daß die Stadt den vollen Werth des Grundstückes zu zahlen hätte und von der festgestellten Entschädigung dem Lehrer Herbst vermuthlich ein nicht unerheblicher Theil für die Aufhebung seiner Servitut zugesprochen werden würde. Nun erscheint es aber dem Magistrate völlig unbedenklich, daß das Wendt'sche Grundstück, auch nachdem es zur Straßenanlage verwandt sein wird, mit der mehrgedachten Servitut behaftet bleibe und aus diesem Grunde hat derselbe mit Herbst einen Vertrag abgeschlossen, inhalts dessen die Stadtgemeinde sich verpflichtet, die Servitut demnächst von Neuem zu bestellen, wogegen Herbst sich bereit erklärt hat, die ihm eventuell für die im Expropriationsverfahren erfolgende Aufhebung der Servitut zuzubilligende Entschädigung der Stadtgemeinde zu überweisen, sofern der Antrag auf zwangsweise Enteignung des Wendt'schen Grundstückes unter Aufrechterhaltung der darauf ruhenden Servitut als unzulässig verworfen werden sollte.

Die Anträge des Magistrates gehen nun dahin, die beiden bezüglich des Straßenerwerbs mit den Anliegern des mittleren Tractus abgeschlossenen Verträge, sowie ferner zu genehmigen, daß wegen des Wendt'schen Grundstückes die Einleitung des Expropriationsverfahrens, wenn zulässig mit der Maßgabe des Bestehenbleibens der Herbst'schen Servitut, sonst aber ohne diese Einschränkung, beantragt werde, außerdem den mit dem Lehrer Herbst abgeschlossenen bezüglichlichen Vertrag für den Fall zu genehmigen, daß die Expropriation des Wendt'schen Grundstückes unter Belassung der darauf ruhenden Servitut nicht angängig sein sollte, endlich aber auch die Kosten für Verlegung des Wasserrohres in der Kl. Bertramstraße — welche einen Abzugscanal und ein Hauptgasrohr bereits besitzt — mit 3826 M 10 S zu verwilligen.

Die Statutencommission hat, wie von Herrn Wolff II berichtet wird, hinsichtlich des Punktes 1 der Vorlage durchaus nicht verkannt, daß durch den Nichtausbau des ersten Theiles der Kl. Bertramstraße eine gewisse unangenehme

Situation auch für die übrigen Anlieger der Straße erwachse. Es sei indessen wiederholt vorgekommen, daß einzelne Anwohner aus einer vermeintlichen Zwangslage der Stadt versucht haben, möglichst hohe Vortheile für sich herauszuschlagen und ihre Forderungen übermäßig zu steigern, aus welchem Grunde es in dem vorliegenden Falle nicht unbillig erscheinen dürfte, den vom Magistrate beabsichtigten Weg einzuschlagen und diesen Straßentheil vorläufig nicht auszubauen, sowie den übrigen Anliegern die vom Magistrate bezeichneten Wege zuzumuthen. Der entgegengesetzte Standpunkt, die Theilsflächen zu dem geforderten hohen Preise, oder im Wege der Expropriation zu erwerben, sei minder zu empfehlen, vielmehr dürfte die Stadt durch einige Geduld unter wesentlich günstigeren Bedingungen in den Besitz des fraglichen Terrains gelangen. Von der Commission werde daher die Annahme der Magistratsvorlage bezüglich des ersten Theils der Al. Bertramstraße empfohlen.

Herr Halle bittet, dem Antrage zuzustimmen, weil derartig übertriebene Forderungen abgelehnt werden müßten. Die Anlieger könnten in solchem Falle, wo ihnen an Stelle eines grundlosen Weges eine schön chaussirte Straße vollständig kostenlos vor das Grundstück gelegt werden solle, selbst ein kleines Opfer bringen und dürften nicht mit derartigen Forderungen hervortreten, zumal ihnen bekannt sein müsse, daß ganz in der Nähe an der Gr. Bertramstraße soeben erst 8 M für solches Borgartenterrain bezahlt worden sei. Er hege die Ueberzeugung, daß der Magistrat gern bereit sei, dieses Terrain für den gleichen Preis anzukaufen, sofern sich die Anlieger hiermit einverstanden erklären.

Herr Rieke möchte vorschlagen, die betr. Anlieger im Interesse der übrigen Bewohner jener Straße nochmals aufzufordern, das Terrain für 8 M abzugeben, damit der abscheuliche Zustand der Straße endlich beseitigt werde. Andererseits könnten sich die Anlieger allerdings darauf berufen, daß an der Hildezheimerstraße, woselbst der Grund und Boden doch thatsächlich nicht theurer sei, ein Einheitspreis von 10 M bezahlt werde; er hoffe indessen, daß die betr. Grundbesitzer sich bei der Einleitung weiterer Verhandlungen noch zur Abgabe des Terrains bequemen.

Herr Wolff II hält den Vorschlag des Magistrates für das beste Mittel, die Anlieger auf das Unberechtigte ihrer Forderungen hinzuweisen und möchte dem Magistrate nicht zumuthen, mit den Interessenten nochmals Verhandlungen anzuknüpfen. Gerade durch die Annahme des Commissionsantrages werde den Leuten auf das Unzweideutigste gezeigt, daß man nicht gewillt sei, auf ihre Forderungen einzugehen.

Auf die Frage des Herrn Sievers, welcher Preis den Anliegern überhaupt geboten sei, erwidert

Herr Stadtrath Kistemeyer, daß er bei der Forderung von 15 M gar nicht gewagt habe, 8 M zu bieten. Er glaube indessen, der Magistrat werde bereit sein,

einen Einheitspreis von 8 M zu zahlen und gebe daher anheim, den Magistrat zu ermächtigen, das Terrain, wenn möglich, zu diesem Preise anzukaufen.

Die Versammlung beschließt diesem Vorschlage gemäß, so daß also der Straßentheil nicht ausgebaut wird, es sei denn, daß sich die Anlieger bereit finden lassen, das Terrain zu dem Preise von 8 M pro qm abzutreten.

Der Punkt 2 der Magistratsvorlage bezüglich des Ausbaues des mittleren Straßentheiles wird auf Befürwortung der Statutencommission, unter Bewilligung der Kosten des Wasserrohres mit 3826 M 10 S, ebenfalls angenommen.

Hinsichtlich des Punktes 3 der Vorlage — Expropriation des Wendt'schen Grundstückes — führt Herr Wolff II weiter aus, daß durch den Vertrag mit Herbst die Wendt'schen Interessen in keiner Weise verändert seien. Bei der Expropriation werde höchst wahrscheinlich mit Rücksicht auf die einmal eingetragene Servitut die Abschätzung des Grundstückes als Gartenland erfolgen. Dem Magistrate müsse zugegeben werden, daß durch den Vertrag mit Herbst für die Stadt eine angenehmere Situation geschaffen werde, ohne daß durch die etwaige Eintragung der Servitut auf das zu expropriirende Terrain ein Nachtheil für die Stadt entstehen könne. Im Schooße der Commission seien indessen Zweifel darüber aufgetaucht, ob es überhaupt möglich sei, auf Straßenterrain eine Servitut einzutragen und solche Eintragung als gesichert zu betrachten. Insbesondere habe man hervorgehoben, daß bei einem Wechsel des Richterpersonals im Grundbuchamte berechnigte Zweifel gegen die Rechtsbeständigkeit einer solchen Servitut auftreten könnten. Die Garantie für die Richtigkeit der entgegengesetzten Ansicht werde aber Niemand übernehmen können und wollen und um deswillen schlage die Commission vor, die Expropriation des Wendt'schen Grundstückes, sowie den Vertrag mit Herbst zu genehmigen, gleichzeitig aber den Magistrat zu ersuchen, diesen Vertrag noch dem Sinne nach durch folgende Bestimmung zu ergänzen:

„Falls die Eintragung der Servitut auf das expropriirte Terrain nicht zu bewirken stehen, oder die geschehene Eintragung nicht in Kraft bleiben sollte, so hat Herr Herbst sich mit der stadtseitig zu erklärenden Haftung für Nichtbebauung des fraglichen Terrains zu begnügen.“

Dieser Zusatz erscheine an sich ganz unbedenklich, sei aber gleichzeitig geeignet, etwaige Bedenken der vorgedachten Art zu zerstreuen.

Herr Wolff I fragt an, ob es nothwendig sei, ein so bedeutendes Terrain, wie in Aussicht genommen, an jener Stelle zu erwerben.

Herr Stadtrath Netemeyer erwidert, daß sich jetzt, nach Bebauung der Nachbargrundstücke, nichts mehr am Ortsbauplane werde ändern lassen, wenn es auch vielleicht besser gewesen wäre, denselben früher etwas anders zu gestalten.

Auch dieser Punkt gelangt in allen seinen Theilen mit der obigen ergänzenden Vertragsbestimmung zur Annahme und ist damit die ganze Vorlage erledigt.

XIII. Neuer Normaleetat für Lehrer und Lehrerinnen an den gehobenen städtischen Schulen, sowie für sämtliche Schuldiener, nebst Ausführungsbestimmungen.

Nachdem mit dem Beginne des gegenwärtigen Jahres die Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen an den hiesigen städtischen Bürgerschulen aufgebessert worden sind und zum 1. April d. J. ein Normalgehaltsetat für die Lehrer an den staatlichen Gymnasien zu Stande gekommen, auch eine Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse der Staatsbeamten mit niederen und mittleren Gehältern eingetreten ist, haben die an den höheren städtischen Schulanstalten angestellten Lehrer und Lehrerinnen und mit ihnen die städtischen Schuldiener unter Berufung auf jene Vorgänge und namentlich mit Hinweis darauf um Verbesserung ihrer Lage nachgesucht, daß in den letzten Jahren eine Steigerung der Preisverhältnisse eingetreten und daß die Angestellten mit niederen Gehältern durch die indirecten Reichssteuern verhältnißmäßig stark belastet seien. Daraufhin hat der Magistrat im Einvernehmen mit den Schulvorständen folgende Abänderungsvorschläge festgestellt, deren Genehmigung unter gleichzeitiger Anerkennung der Uebergangsbestimmungen anheimgegeben wird:

1. Die Schuldiener erhalten bei der Anstellung, bezw. bei der derselben vorhergehenden provisorischen Annahme 800 M (seither 780 M), neben freier Wohnung und Heizung. Von 4 zu 4 (seither 5) Jahren — mit Einfluß der etwaigen Probezeit — erhalten dieselben Zulagen von je 100 M (seither 60 M) bis zum Höchstbetrage von 1100 M (seither 900 M). Der Werth der Wohnung und Heizung wird bei Bemessung der Pension wie seither zu 150 M gerechnet.

2. Die Fachlehrerinnen an den beiden gehobenen Mädchenschulen beziehen im etwaigen Probejahre 900 M Remuneration und bei fester Anstellung 1000 M (seither 900 M) Gehalt, welches nach je 3 Jahren mit Einrechnung des etwaigen Probejahres, um 100 M bis zum Höchstbetrage von 1400 M (seither 1200 M) steigt.

3. Die ordentlichen Lehrerinnen an den beiden gehobenen Mädchenschulen erhalten wie seither ein Anfangsgehalt von 1200 M, welches nach je 3 (seither 4) Jahren auf 1350, 1500, 1600, 1700 und 1800 M steigt, so daß die Abänderung in der um 5 Jahre früheren Erreichung des Höchstgehaltes liegt.

4. Die Lehrer, welche lediglich das Volksschullehrer-Examen bestanden haben, beziehen das seitherige Anfangsgehalt von 1600 M, dasselbe steigt indessen von 3 zu 3 Jahren um 200 M (seither 180 M) bis zu 3200 M und nach weiteren 3 Jahren um 100 M auf den Höchstbetrag von 3300 M (seither 3220 M).

5. Bei den Lehrern, welche das Rector-Examen bestanden haben, bleiben die Gehaltsverhältnisse — Anfangsgehalt 2400 M, nach Ablauf von je 3 Jahren Zulage von 300 M bis zum Höchstbetrage von 3900 M, bezw. ausnahmsweise

4200 M — mit der Bestimmung unverändert, daß auf das Rectorengehalt nur solche pro rectoratu geprüfte Lehrer Anspruch haben, welche als Rectoren berufen sind.

6. Bei den academisch gebildeten Lehrern steigt das seitherige Anfangsgehalt von 2400 M nach je drei Jahren dreimal um je 400 M und sechs- mal um je 300 M, also nach 27 Jahren auf 5400 M (seither 5100 M).

Während der Magistrat mit den vereinigten Schulvorständen ursprünglich der Ansicht war, daß die Einführung des neuen Normaletats zum 1. Januar 1891 zu empfehlen sein werde, ist der Magistrat bei fortschreitender Aufstellung der Entwürfe zu den nächstjährigen Etats, bezw. bei seinen neuerlichen Berathungen über Verbesserung der Gehaltsverhältnisse auch der städtischen Beamten zu dem Entschlusse gelangt, die in Vorschlag gebrachten Neuerungen und damit den Beginn der Gehaltsaufrückungen überhaupt, nicht schon zum 1. Januar, sondern erst zum 1. April 1891 eintreten zu lassen und die Zustimmung der Versammlung hierzu schon jetzt, also vor Einbringung der nächstjährigen Etats, zu erbitten. Die Gründe für diese Aenderung sind in dem Umstande zu suchen, daß nach dem Vorgange des Staates auch für die Gemeinden und die von diesen zu unterhaltenden Schulanstalten zc. durch Landesgesetz der Beginn des Etatsjahres auf den 1. April demnächst festgesetzt werden wird und die Stadtverwaltung in diesem Falle gezwungen ist, zur Vereinfachung und Uebersichtlichmachung des städtischen Etats- und Rechnungswesens auch den Termin der regelmäßigen Gehaltserhöhungen für die Beamten zc. grundsätzlich auf den 1. April zu verlegen. Die Einordnung der zum 1. Januar eine Gehaltszulage erwartenden Lehrer zc. in die neue Auf-rückungsperiode läßt sich mit Rücksicht auf die große Zahl der nach dem neuen Etat einer Aufbesserung entgegenstehenden Personen einfach und ohne Härte zum 1. April 1891 durchführen, während eine spätere Verlegung dieses Termins mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sein würde. Der Antrag des Magistrates geht also im Weiteren dahin: 1) die Aenderungen des neuen Normaletats zum 1. April 1891 einzuführen; 2) als Zeitpunkt der Gewährung der regelmäßigen Alterszulagen an die Lehrer zc. den 1. April jeden Jahres mit der Maßgabe fest-zusetzen, daß, wenn die Anstellung, bezw. provisorische Annahme in die Zeit vom 1. April bis 30. September fällt, die Berechnung des Dienstalters mit dem 1. April desselben Jahres, andernfalls mit dem 1. April des folgenden Jahres be-ginnt; 3) den §. 25, Absatz 2 des Regulativs für die städtischen Mädchenschulen vom 15. November 1880 und den §. 24, Absatz 2 des Regulativs für die städtische Realschule vom 24. März 1883 zum 1. April 1891 außer Gültigkeit treten zu lassen, trotzdem aber die Alterszulagen an die gegenwärtig im Amte befindlichen Directoren und pro rectoratu geprüften Lehrer, sowie an die den Letzteren durch

besondere Beschlußfassung der städtischen Behörden gleichgestellten Lehrer auch ferner zum 1. Januar erfolgen zu lassen.

Die Schulcommission hat diese Vorlage, wie die Herren Reiche und Ramdohr berichten, durchberathen und ist mit derselben in allen ihren Theilen einverstanden. Die von verschiedenen Lehrern verschiedener Schulanstalten eingereichten bezüglichlichen Gesuche haben, dem weiteren Berichte des Herrn Ramdohr zufolge, nach reiflicher Erwägung im Schulvorstande und Magistrate volle Berücksichtigung nicht überall erfahren können, wie denn auch weitergehende Anträge seitens der Commission nicht gestellt seien. Der Antrag der Schulcommission gehe also dahin, die Annahme der Vorlage in allen ihren Theilen zu empfehlen. Für das Jahr 1891 würde in Folge der Abänderung ein Mehraufwand von rund 5000 M zu erwarten sein.

Persönlich habe er indeß noch dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß in Zukunft kein Unterschied zwischen den pro rectoratu geprüften Lehrern hinsichtlich ihrer Befoldung gemacht werde, daß demnach alle diese Lehrer, gleichviel ob sie an einer Oberstufe unterrichten oder nicht, eine gleichmäßige Befoldung erhalten. In der Commission sei über diesen Punkt ein Beschluß nicht gefaßt worden. Er beabsichtige mit diesem Antrage, den Unterschied zwischen den betr. Lehrern der Ober-Realschule und der städtischen höheren Mädchenschule zu beseitigen, denn an ersterer Anstalt könnten die pro rectoratu geprüften Lehrer überhaupt gar nicht zum Unterricht an einer Oberstufe gelangen. Eine erhebliche Verpflichtung würde in der Annahme dieses Antrages für die Stadt nicht liegen, da die betr. Lehrer mit Rücksicht auf ihr Lebensalter noch lange keinen Anspruch auf den Bezug des Ausnahmesatzes besitzen und es sich deshalb vorläufig nur darum handeln könne, den Herren etwas Entgegenkommen zu erweisen.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hinsichtlich dieses persönlichen Antrages, daß die Versammlung sich vor Jahresfrist mit der Bewilligung einer besonderen Zulage von 300 M an die pro rectoratu geprüften, in einer Oberstufe der städtischen höheren Mädchenschule wissenschaftlichen Unterricht ertheilenden Lehrer einverstanden erklärt habe und zwar namentlich mit Rücksicht darauf, daß diese Lehrer dauernd und ausschließlich an der Oberstufe jener Anstalt in Fächern unterrichten, welche regulativmäßig mit academisch gebildeten Lehrern besetzt sein sollen, so daß die Stadt mit diesen Rectoren viel billiger wirtschaftete als mit academisch gebildeten Lehrern. Zur Zeit seien nun noch drei Lehrer an der Ober-Realschule vorhanden, welche die Rectorenprüfung ebenfalls bestanden haben, obgleich sie vom Magistrate als seminarisch gebildete Lehrer berufen worden und könne es allerdings vorkommen, daß auch diese Lehrer zum Theil in einer wissenschaftlichen Disciplin Unterricht erteilen. Obwohl nun im Hinblick hierauf der

Antrag etwas für sich habe, so erscheine er ihm in seiner jetzigen Fassung doch nicht ganz unbedenklich, weil aus demselben Konsequenzen für die übrigen Lehrer hergeleitet werden könnten. Nach der im Jahre 1877 erfolgten Organisation der Ober-Realschule seien neben mehreren academisch gebildeten Lehrern drei pro rectoratu geprüfte und außerdem einige seminarisch gebildete Lehrer für die Anstalt erforderlich gewesen. Nun haben aber im Laufe der Zeit von den seminarisch gebildeten Lehrern der Anstalt noch drei die Rectorenprüfung bestanden, obwohl solches nicht von ihnen gefordert worden, so daß z. B. sechs solcher Rectoren an der Schule beschäftigt seien, von denen man nur drei nöthig habe. Von einem dieser Lehrer sei die Prüfung schon vor seiner Berufung zur Anstalt abgelegt, während die beiden anderen Lehrer sich der Prüfung erst während ihrer Beschäftigung an der Anstalt unterzogen haben. Demnächst könnte es bei Annahme und Durchführung des Antrages dahin kommen, daß möglicherweise die sämtlichen seminarisch gebildeten und an den höheren städtischen Schulen beschäftigten Lehrer solche Prüfung ablegen und die Stadt hinterher gezwungen sei, denselben für die ad hoc abgelegte Prüfung ein höheres Einkommen zu zahlen. Das könne aber nicht die Absicht der städtischen Behörden sein. Es erscheine daher recht bedenklich, die in Bezug auf einige an der Oberstufe der höheren städtischen Mädchenschule unterrichtende Rectoren getroffene Bestimmung hinsichtlich der Alterszulage auf alle pro rectoratu geprüften Lehrer der höheren städtischen Schulen auszudehnen, höchstens könne man die Bestimmung dahin erweitern, daß diese Zulage nicht nur denjenigen Rectoren, welche wissenschaftlichen Unterricht an einer Oberstufe der höheren Mädchenschule, sondern auch denjenigen, welche solchen Unterricht an einer dieser gleichstehenden Stufe der Ober-Realschule erteilen, zugewilligt werde. Eine bestimmte Erklärung hierüber abzugeben, sei er aber augenblicklich noch gar nicht in der Lage. Sollte die Versammlung in dieser Richtung beschließen und der Magistrat sich mit dem Antrage einverstanden erklären, so lasse sich das für nächstes Jahr immer noch nachholen.

Herr Halle steht der Vorlage durchaus sympathisch gegenüber, will aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß bei der vorjährigen Aenderung des Normal-etats der Volksschullehrer doch wohl, namentlich im Hinblick auf die hier beabsichtigten Gehaltserhöhungen zu knapp zu Werke gegangen sei. Aus diesem Grunde möchte er den Magistrat ersuchen, bei den in Aussicht gestellten Gehaltszulagen für die übrigen städtischen Beamten auch die Bürgererschullehrer, welche bis zum 40. Lebensjahre bislang noch gar keine Aufbesserung erfahren haben, zu berücksichtigen.

Herr Sievers wünscht eine Aufbesserung des Höchstgehalts der ordentlichen Lehrerinnen und zwar vielleicht in der Weise, daß denjenigen Lehrerinnen, an welche hinsichtlich ihrer Leistungen insofern höhere Anforderungen gestellt werden,

als dieselben an einer Oberstufe zu unterrichten haben, ebenfalls eine besondere Zulage von 300 M gewährt werde.

Herr Oberbürgermeister Pockels giebt anheim, diese Anträge als selbstständige zu behandeln, weil sich die Tragweite derselben nicht sofort übersehen lasse und demnach auch eine bestimmte Erklärung vom Magistrate nicht gegeben werden könne. Außerdem lassen sich die in Vorschlag gebrachten Aenderungen auch hinterher noch ermöglichen.

Der Herr Vorsitzende ersucht die Herren Ramdohr und Sievers, ihre bezüglichen Wünsche als selbstständige Anträge einzubringen, damit dieselben in der Commission vorberathen werden können.

Herr Nieß kann den Ausführungen des Herrn Halle nur zustimmen, da dem größten Theile der Volksschullehrer eine Aufbesserung nicht zu Theil geworden sei. Den Eingang der Magistratsvorlage halte er deshalb nicht für zutreffend, weil von der vorjährigen Veränderung des Normal Etats der Bürgereschullehrer alle unter 40 Jahre alten Lehrer nicht betroffen seien, welche Zahl ungefähr 80 % aller Lehrer ausmache. Wenn er nun auch den betr. Abschnitt der Vorlage in seiner Allgemeinheit nicht als richtig anerkennen könne, so wolle er deshalb der Vorlage selbst doch zustimmen, sich aber gleichzeitig dem Wunsche des Herrn Halle anschließen.

Herrn Oberbürgermeister Pockels ist es unverständlich, wie Herr Nieß den Eingang der Vorlage nicht als richtig anzuerkennen vermöge. Der betreffende Satz sei vollständig zutreffend. Ob das Motiv zur Begründung der hier in Frage stehenden Vorlage richtig sei, könne man allerdings anzweifeln, aber man dürfe deshalb noch nicht den Eingang der Vorlage für unrichtig erklären, das sei jedenfalls ein verfehelter Ausdruck gewesen.

Herr Nieß vermag den fraglichen Eingang in seiner Allgemeinheit auch jetzt noch nicht als richtig anzuerkennen. Wenn der Herr Oberbürgermeister denselben dennoch für richtig halte, so sei das dessen Sache. Jedenfalls nehme er für sich das Recht in Anspruch, seine Meinung in der Versammlung kund zu geben, denn dazu sei er in dieselbe berufen. Er habe mit seinen Worten nur die Konsequenzen ziehen wollen, welche man möglicherweise aus der Einleitung der Vorlage ziehen könne.

Herr Oberbürgermeister Pockels muß constataren, daß im Eingange der Vorlage eine Thatfache bekundet sei, welche Herr Nieß nicht zu bestreiten vermöge, die Thatfache nämlich, daß zu Anfang des Jahres die Gehaltsverhältnisse der Bürgereschullehrer aufgebessert worden und komme es hierbei nicht darauf an, in welchem Umfange dieses geschehen sei. — Der Herr Berichterstatter habe dann in der Commission noch zur Sprache gebracht, daß die Gehaltsverhältnisse der Schuldienner nur unbedeutend verbessert würden, indem der Minimalatz derselben nur um 20 M erhöht werden solle. Er wolle hierauf näher eingehen, obwohl in der heutigen

Sizung dieses Bedenken nicht wieder zur Sprache gebracht sei. Der Magistrat behalte sich nämlich vor, die Einkommensverhältnisse der Schuldiener durch den Etat noch weiter aufzubessern und zwar in folgender Weise. Bisher hätten die Schuldiener die Reinigung der Schullocale unter Mitwirkung ihrer Frau ohne weitere Entschädigung zu besorgen gehabt und habe nun der Magistrat, in der Ueberzeugung, daß die Frauen in Folge dieser Mitwirkung allzusehr von der häuslichen und mütterlichen Pflege abgelenkt werden, andere Grundsätze für die Entschädigung der Schuldiener aufgestellt, nach welchen die Frauen nicht mehr nöthig haben, an den Reinigungsarbeiten theilzunehmen; mit anderen Worten, die bisher von der Ehefrau geleistete Arbeitskraft solle in Zukunft dem Bedellen bezahlt werden, wodurch dieser eine etwas höhere Einnahme erziele, als solches aus der Vorlage ersichtlich sei.

Herr Reiche hat diesen Punkt aus dem Grunde nicht erwähnt, weil der Herr Oberbürgermeister in der Commissionsitzung erklärt habe, die Angelegenheit komme erst bei der Berathung des Etats zur Besprechung.

Die Versammlung ertheilt darauf den Magistratsvorlagen ihre Genehmigung.

XIV. Kosten eines Arbeiterschuppens am Kennel.

Für die Errichtung eines Arbeiterschuppens bei den Klärteichen am Kennel hat die Deputation für die städtischen Gas- und Wasserwerke eine Summe von 350 M bewilligt. Da dieser Betrag voll verausgabt ist, ersucht der Magistrat, denselben auf die Stadtcasse zu übernehmen,

was auf Befürwortung der Finanzcommission, für welche Herr Sievers berichtet, beschlossen wird.

XV. Die Zusammensetzung des Lehrpersonals an der Ober-Realschule.

In Folge einer Anregung der Reichs-Schulcommission ist das Herzogliche Staats-Ministerium vom Reichsamte des Innern ersucht, die Zusammensetzung des Lehrer-Collegiums an der hiesigen städtischen Ober-Realschule in einer anderen Weise als bisher zu veranlassen, insbesondere eine Vermehrung der academisch gebildeten Lehrer eintreten und den ganzen französischen Unterricht in den unteren Schulclassen durch nicht academisch gebildete Kräfte nicht mehr ertheilen zu lassen. Nach dem Berichte des Schuldirectors Dr. Krumme würde die Durchführung dieser Maßregel die Anstellung von zwei academisch gebildeten Lehrern erheischen, während damit die Unannehmlichkeit verbunden wäre, daß von den drei mit Rectorbefähigung versehenen Lehrern ein einziger in einem Collegium von 14 academisch und 4 seminarisch gebildeten Lehrern übrig bleibe. Aus diesem Grunde wird vorgeschlagen, die drei Stellen, welche jetzt von Lehrern mit Rectorbefähigung versehen werden,

erst bei eintretender Erledigung mit academisch gebildeten Lehrern zu besetzen. Am Schlusse gelangt der Bericht zu dem Antrage, die städtischen Behörden um Ermächtigung zu folgender Erklärung gegen Herzogliche Ober-Schulcommissiön zu ersuchen:

„Die Stadt ist z. B. außer Stande, academisch gebildete Lehrer zur Ertheilung des fremdsprachlichen Unterrichts in den unteren Classen anstellen zu können, weil die jetzt diesen Unterricht ertheilenden Lehrer fest angestellt sind. Dagegen verpflichtet sich die Stadt, die drei Stellen, für welche bisher die Rectorbefähigung verlangt wurde, bei eintretender Erledigung mit academisch gebildeten Lehrern zu besetzen.“

Der Magistrat ist mit dem Schulvorstande dahin einverstanden, daß dieser Vorschlag den Bedürfnissen der städtischen Ober-Realschule unter den dargelegten Verhältnissen am besten entspricht und hebt in Bezug auf den Geldpunkt noch hervor, daß erst in entfernter Zeit, vielleicht nach 30 oder mehr Jahren, die Gehaltsverhältnisse der Lehrer durch Genehmigung des Antrages eine Veränderung erfahren, weil die zeitigen drei Lehrer erst 38—43 Jahre alt sind und bei demnächstiger Anstellung von academisch gebildeten Lehrern eine Steigerung über das bisherige Maß erst nach 15 Jahren — bis zu welchem Zeitpunkte die Gehaltsstufen bei beiden Kategorien die gleichen sind — eintreten kann. Die Versammlung wird ersucht, die erbetene Ermächtigung zu ertheilen.

Die Schulcommissiön läßt durch Herrn Bollmann die Genehmigung des Antrages empfehlen und die Versammlung beschließt in diesem Sinne.

XVI. Aufstellung von Wassermesser-Controleuren.

Auf Befürwortung der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke giebt der Magistrat die feste Anstellung der bislang remuneratorisch beschäftigten Wassermesser-Controleure Hillebrandt, Tieß, Schitting, Saamkopf und Roese zum 1. April 1891 mit einem Dienstaltersanfange für Tieß, Schitting und Saamkopf vom 1. April 1887 und für Hillebrandt und Roese vom 1. April 1888 anheim. Unter Berücksichtigung einer normalstatismäßigen Zulage von 150 M nach Ablauf von je 3 Jahren würde daher Jeder vom 1. April 1891 ab ein, schon jetzt remuneratorisch bezogenes Gehalt von 1200 M zu beziehen haben, während die nächste Zulage für die ersteren drei Beamten am 1. April 1893 und für die letzteren beiden am 1. April 1894 fällig wäre.

Die Vorlage ist nach dem Berichte des Herrn Wolff I in der Finanzcommissiön geprüft worden und wird deren Genehmigung in allen Theilen empfohlen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XVII. Vermehrung der Straßenlaternen.

Der Magistrat beantragt, die Genehmigung zur Aufstellung folgender Candelaber-Laternen zu ertheilen: 1) an der Südseite des Domes zwischen diesem und dem neuen Anbau desselben 1 Laterne; 2) an der Hohethor-Promenade und zwar bei dem Zugange nach der Sidonienbrücke 1 Laterne neu und eine zu versetzen; 3) an der Riebestraße 4 Laternen und 4) an der Hildesheimerstraße westlich von der Roßstraße 2 Laternen, und zu diesem Zwecke die Einrichtungskosten mit 955 M zu verwilligen.

Die Finanzcommission kann nach dem Berichte des Herrn Sievers die Vorlage befürworten und bittet auf Wunsch des Herrn Rieß nur, an der Hohethor-Promenade die eine Laterne möglichst nahe der Brücke und die andere in der Nähe der Trennung von Fahr- und Fußweg aufzustellen.

Herr Reiche möchte von der Gepflogenheit Gebrauch machen, bei Berathung der Vorlage einige bescheidene Wünsche auf weitere Laternen zur Sprache zu bringen. Zunächst bitte er, die Beleuchtung des Petriwehres einer Prüfung zu unterwerfen, denn namentlich am Eingange der Brücke befinde sich, veranlaßt durch einen dort stehenden großen Baum, dessen Erhaltung aber wünschenswerth erscheine, eine dunkle Stelle, welche durch Anbringung einer neuen oder Versetzung der dort vorhandenen Laterne im Interesse der Sicherheit beseitigt werden müsse. Ferner halte er die Beleuchtung des Neustadttringes, welcher schon sehr hübsch, wenn auch noch nicht zu beiden Seiten, ausgebaut und mit Bäumen bepflanzt sei, für wünschenswerth, weil bei dem starken Verkehre auf jener Straße, der namentlich durch die Arbeiter der Zutespinnerei veranlaßt werde, allerhand Unzuträglichkeiten durch die dort herrschende Dunkelheit vorkommen. Da nun auch die Böschungen dort sehr steil abfallen, so bitte er, mit der Beleuchtung der Straße nicht zu warten, bis auch die andere Seite derselben bebaut sei, sondern für schleunige Aufstellung von Laternen besorgt zu sein.

Herr Rieß bittet, auf der Hildesheimerstraße die zuerst in Aussicht genommene dritte Laterne noch anzubringen, weil dort inzwischen 4 neue Häuser erbaut seien und das Bedürfniß für diese Laterne jetzt als vorliegend angesehen werden müsse. Außerdem gebe er anheim, dem schon von Herrn Sievers vorgebrachten Wunsche Rechnung zu tragen.

Herr Günther schließt sich dieser Bitte an.

Herr Stadtrath Haake verspricht, daß die hier vorgetragenen Wünsche geprüft und, wenn möglich, bei einer neuen Vorlage berücksichtigt werden sollen.

Herr Lange hat folgende Wünsche vorzutragen: Zunächst sei eine Laterne gegenüber dem Hause N. 16 der Pflegehausstraße erforderlich, weil die dort

vorhandenen Laternen zu weit auseinander stehen; ferner eine Laterne in der Kramerstraße am letzten Jung'schen Hause, woselbst erst kürzlich ein Ueberfall vorgekommen sei, der eine wahre Panik in jener Gegend hervorgerufen habe. Außerdem empfehle er, am Königsstiege eine Petroleumlaterne und am Hohenstiege deren vier anzubringen. Letzterer sei vollständig bebaut und bedürfe der Beleuchtung dringend. Eine schon früher von der Commission als nothwendig erkannte Laterne bitte er, dem Gaußdenkmale gegenüber und zwar am Ende des vom Krankenhause führenden Weges aufzustellen und endlich erscheine ihm noch eine solche am Fleischer'schen Hause auf der Wilhelmithor-Promenade erforderlich zu sein.

Herr Wolff I bittet im Namen des Herrn Blasius um Beleuchtung der Wendenmashstraße, in welcher ganz unbeschreibliche Zustände herrschen sollen.

Herr Halle möchte anfragen, ob auch eine Beleuchtung der westlichen Seite des Bohlweges in Erwägung genommen sei.

Herr Stadtrath Haake muß diese Frage verneinen, da bei Verathung der letzten großen Beleuchtungsvorlage ein dringendes Bedürfniß zur besseren Beleuchtung des Bohlweges schon mit Rücksicht auf die vielen bis spät offenen Läden nicht habe anerkannt werden können.

Herr Halle giebt anheim, sich des Bohlweges anzunehmen, da den Ladenbesitzern, bezw. den Anwohnern überhaupt nicht zuzumuthen sei, die Straße mit zu beleuchten. Es mache auch einen gar zu traurigen Eindruck, wenn man Abends nur die eine Seite des Bohlweges beleuchtet und die andere, am meisten vom Publicum benutzte Seite in vollständige Dunkelheit gehüllt finde.

Herr Kieke wünscht eine bessere Beleuchtung der Gegend um die Mauernstraße und Gölldenklinkecke, woselbst die vorhandenen Laternen nicht ausreichen.

Herr Reiche will die Bitte des Herrn Nieß um Aufstellung der dritten Laterne an der Hildesheimerstraße mit Rücksicht auf die dort befindliche große Dampfwäscherei unterstützen.

Herr Bollmann möchte für die Beleuchtung der Wabestraße eine Lanze brechen und würde schon zufrieden sein, wenn man dort nur Petroleumlaternen aufstellen wollte.

Die Magistratsvorlage gelangt darauf zur Annahme.

XVIII. Veränderungen auf dem alten Gaswerke.

Zur Erneuerung der Einfriedigung am alten Gaswerke und des Pflasters auf dem südlich gelegenen Fabrikhofe daselbst wird vom Magistrate ein Betrag von bis zu 6000 M angefordert

und von der Versammlung bewilligt, nachdem Herr Sievers namens der Finanzcommission einen dementsprechenden Antrag gestellt hatte.

XIX. Erwerb von Theilflächen an der Hildesheimerstraße 2c.

Zur Verbreiterung der Hildesheimerstraße, bezw. zur Anlage der von dieser nach Norden abzweigenden projectirten Straße sind drei Flächen von zusammen 27 qm und bezw. eine solche von 2 a 80 qm erforderlich. Der Magistrat ersucht, den Ankauf der beiden Flächen zum Einheitspreise von 10 M pro qm gutzuheißen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Nieß berichtet, auch geschieht

XX. Erstattung von Kosten für Gas-, Wasser- und Canalröhren.

Der Architect Zinkeisen hat gebeten, die auf seine Kosten ausgebauten Kleine Campe- und Lachmannstraße als städtische Ortsstraßen zu übernehmen, bezw. die für den Canal, sowie für Legung der Gas- und Wasserröhren aufgewandten Beträge ihm schon jetzt zu erstatten. Dem ersteren Antrage auf Uebernahme der Straße zuzustimmen, muß der Magistrat Bedenken tragen, weil die Kl. Campestraße noch nicht vollständig ausgebaut und die dazu von Werner abzutretende Theilfläche noch nicht Eigenthum der Stadtgemeinde geworden ist, dagegen erscheint es dem Magistrate billig, dem Eventualgesuche von Zinkeisen zu entsprechen und demselben die Kosten für den Canal mit 4500 M, für das Gasrohr mit 1160,10 M und für das Wasserrohr mit 3375,20 M zurückzuerstatten.

Herr Sievers unterstützt die Vorlage namens der Finanzcommission und die Versammlung beschließt nach dem Antrage.

XXI. Feststellung der Kosten des Ausbaues der Hedwigstraße.

Die Kosten des Ausbaues der Hedwigstraße betragen nach dem Berichte der Städtischen Bauverwaltung 17069 M 11 S, also bei 544,27 m Frontlänge für den laufenden Meter 31,3615 M, während die Kosten des Ausbaues der Döringstraße sich auf 8870 M 23 S belaufen. Die formelle Feststellung der letzteren Kosten wird bis dahin unterbleiben müssen, daß der 3. Bt. noch in die Straße vorspringende Theil des Heuer'schen Gebäudes beseitigt und die Straße auch an dieser Stelle in voller Breite ausgebaut sein wird. Dagegen können die Kosten des Ausbaues der Hedwigstraße schon jetzt festgestellt werden. Der Ansicht des Stadtbauamtes, daß denjenigen, allein von der Stadt getragenen Kosten zu 3728 M 29 S, welchen der Ausbau des südlichen Theiles der Hedwigstraße verursacht hat, diejenigen

1468 M. nebst Zinsen zuzurechnen seien, welche die Stadt im Jahre 1873 für den Ankauf des fraglichen Straßenterrains aufgewendet hat, kann sich der Magistrat nicht anschließen, weil das Terrain zur Zeit des Ausbaues der gedachten Straßenstrecke nicht mehr privatives Eigenthum der Stadtgemeinde, sondern von dieser schon seit Jahren dem öffentlichen Verkehre freigegeben war. Der Magistrat ersucht daher zu genehmigen, daß die Kosten des Ausbaues der Hedwigstraße wie oben angegeben festgestellt werden.

Die Baucommission läßt diesen Antrag durch Herrn Nieß unterstützen.

Auf die Frage des Herrn Lange, ob der zwischen Hedwig- und Juliusstraße liegende Theil der Döringsstraße Aussicht habe, bald erschlossen zu werden, entgegnet

Herr Stadtrath Metemeyer, daß im Magistrate beschlossen sei, diesen Ausbau im nächstjährigen Etat vorzusehen.

Die Magistratsvorlage wird darauf angenommen.

XXII. Uebernahme eines Nebenamtes seitens des Stadtraths Metemeyer.

Das Herzogliche Staats-Ministerium hat die städtischen Behörden ersucht, zu gestatten, daß der Stadtrath Metemeyer das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden für das in Invaliditäts- und Altersversicherungssachen errichtete Schiedsgericht übernehme und geht der Antrag des Magistrates dahin, die Zustimmung hierzu zu ertheilen.

Die Statutencommission hat nach dem Berichte des Herrn Vorsitzenden gegen die Vorlage nichts einzuwenden und empfiehlt deren Annahme, welche darauf von der Versammlung beschlossen wird.

XXIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Wolff I auf Verbesserung der Fußwege an der Cellerstraße u.

Die Baucommission hat sich, wie Herr Krahe berichtet, auf Grund eigener Wahrnehmung davon überzeugt, daß der in der vorigen Sitzung gestellte und Seite 236 des Protocollés abgedruckte Antrag der Unterstützung durchaus werth sei, sie habe indessen im Einverständnisse mit dem Herrn Antragsteller für wünschenswerth erachten müssen, denselben noch etwas zu erweitern und würde der so ergänzte Antrag folgenden Wortlaut haben:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, geeignete Schritte zu thun, um eine Verbesserung der beiderseitigen Fußwege an der Cellerstraße bis zum Weißen Koffe und des östlichen Fußweges an der Wolfenbüttlerstraße

von der Campestraße bis zum Hofsäger, sowie die Anlage eines Fußweges an der Hildesheimerstraße von der Celler- bis zur Goslar-schenstraße herbeizuführen, imgleichen dafür Sorge zu tragen, daß der Fußweg an der Hofsstraße bis zur Schäferbrücke in einen ordnungsmäßigen Zustand versetzt werde.“

Die Commission könne unter Hinweis auf die von Herrn Wolff I in der letzten Sitzung vorgetragene Begründung, bezw. unter Bezugnahme auf die wegen der Wolfenbüttlerstraße schon öfter gepflogenen Verhandlungen nur empfehlen, diesen erweiterten Antrag dem Magistrate zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

XXIV. Selbstständiger Antrag des Herrn Lange auf Aenderungen bei der Pferdebahn.

Wie Herr Halle ausführt, ist die Statutencommission nach Berathung des in der vorigen Sitzung gestellten Antrages (Seite 235 des Protocollés) zu der Ueberzeugung gelangt, daß es wünschenswerth erscheine, wenn dem Magistrate der Wunsch vorgetragen werde, derselbe möchte die Pferdebahn-Verwaltung veranlassen, sämmtliche Wagen der Wilhelmithorlinie bis zum Westbahnhofe durchzuführen. Schon mit Rücksicht darauf, daß häufig die Conducteurs dieser Linie selber nicht wissen, ob sie bis zum Westbahnhofe zu fahren haben oder nicht, empfehle es sich, auf Abhilfe dieses Uebelstandes Bedacht zu nehmen.

Der Herr Vorsitzende erläutert noch, daß der von Herrn Lange gestellte Antrag nicht wörtlich empfohlen, sondern nur der Magistrat ersucht werden solle, auf Durchführung sämmtlicher Wagen bis zum Westbahnhofe hinzuwirken.

Hinsichtlich des zweiten Theiles des Antrages bemerkt Herr Halle weiter, es solle durch denselben bezweckt werden, daß diejenigen Personen, welche vom Wilhelmithore ab bis zur Schloßweiche und umgekehrt fahren, nur das einfache Fahrgeld von 10 \mathcal{M} zu bezahlen haben. Wenn nun auch die Commission diesen Theil des Antrages in erster Linie ebenfalls zur Annahme empfehle, so wolle sie doch nicht unterlassen, darauf aufmerksam zu machen, daß es wünschenswerth erscheine, den gesammten Pferdebahntarif einer nochmaligen Prüfung, bezw. Aenderung zu unterziehen, weil sich gleiche unangenehme Verhältnisse auch auf anderen Linien der Pferdebahn vorfinden. Wenn man beispielsweise von der Adolfsstraße bis zum Steinwege fahre, habe man 10 \mathcal{M} zu bezahlen, bis zum Wohlwege oder Sacke aber 20 \mathcal{M} . Zur Beseitigung dieser ungesunden Verhältnisse würde es das Beste sein, Theilstrecken zu 5 \mathcal{M} einzuführen. Die Commission gebe hiernach anheim, den Magistrat zu ersuchen, auch auf diesen Punkt mit Rücksicht zu nehmen.

Die Anträge werden darauf mit den vorgeschlagenen Ergänzungen von der Versammlung angenommen.

XXV. Verkauf einer Theilfläche der alten Körnerstraße.

Von dem bei der Regulirung der alten Körnerstraße unbenutzt bleibenden Terrain beabsichtigt der Gärtner Ebers eine Fläche von 1 a 10 qm zum Preise von 5 M pro qm anzukaufen und ersucht der Magistrat, den zu solchem Zwecke aufgenommenen Vertrag gutzuheißen, da ein höherer Preis wohl nicht zu erzielen stehe.

Herr Halle empfiehlt namens der Statutencommission die Annahme des Vertrages und

die Versammlung beschließt dieselbe.

XXVI. Ausbau der Herderstraße.

Die Firma Krause & Stege hieselbst hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Herderstraße auf ihre Kosten ausgebaut werde. Der Magistrat beantragt demnach, den mit der bezeichneten Firma dieserhalb aufgenommenen Vertrag zu genehmigen,

was auf Befürwortung der Baucommission, für welche Herr Krahe berichtet, geschieht.

XXVII. Anfrage des Herrn Reiche wegen des Wendenstraßen-Durchbruches.

Auf die Frage des Herrn Reiche, wie es mit dem lange Jahre geplanten und seitens der betr. Anwohner sehnlichst erwarteten Durchbruche von der Wenden- nach der Reichenstraße stehe,

erwidert Herr Stadtrath Ketemeyer, daß die Städtische Bauverwaltung schon vor längerer Zeit beauftragt sei, ein bezügliches Project einzureichen, ohne solchem Auftrage bislang nachgekommen zu sein; der Stadtbaurath Winter habe indessen versichert, das Project werde in allernächster Zeit eingehen.

XXVIII. Selbstständiger Antrag des Herrn W i l t m a n n auf Instandsetzung der Fußwege an der Campestraße und am Leonhardsplatze.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu veranlassen, daß der Fußweg am Bieweg'schen Garten, besonders auch vom Leonhards- platze bis zur Lutterstraße so hergestellt werde, um für Fußgänger passirbar zu sein,

ferner wolle die Versammlung den Magistrat ersuchen, dafür zu sorgen, daß für Passanten von der Campestraße über den Leonhardsplatz nach der Leonhardsstraße ein gangbarer Weg geschaffen und alles Abladen von Schnee, Eis, Bauschutt, Schlamm und dergl. auf dem Platze polizeilich verboten werde“,

führt Herr Bültemann Folgendes aus: Die trostlosen Verhältnisse der Fußwege am Bieweg'schen Garten entlang seien schon seit langen Jahren Gegenstand von Klagen seitens der Districtsvereine, Deputationen und der Presse gewesen, so daß hierüber wohl jedes Mitglied der Versammlung hinreichend unterrichtet sei. Früher habe der Magistrat derartigen Klagen immer entgegen gehalten, daß sich dort mit Rücksicht auf Herrn Bieweg nichts ändern lasse, jetzt könne indeß dieser Grund nicht mehr geltend gemacht werden. Er bitte deshalb um baldige Besserung der Fußwegsverhältnisse an der Campestraße und zwar nicht allein bis zum Leonhardsplatze, sondern bis zur Lutterstraße, denn die letztere Strecke werde auch täglich von vielen Arbeitern und Kindern begangen und es sei gradezu unverantwortlich, daß dort gar nichts geschehe. Wenn aber der Magistrat sich dieser Verhältnisse nicht annehme, dann wisse er gar nicht, wer solches thun solle. Die Wurzeln liegen auf der Wegestrecke hoch über der Erde und bei Regenwetter sei dort ein so entsetzlicher Schmutz, daß man Niemand zumuthen dürfe, einen solchen Weg zu benutzen. In ähnlicher Weise liegen die Verhältnisse mit dem Leonhardsplatze, woselbst die vielen Schulkinder häufig bis über die Kniee im Schlamm waten müssen; es sei deshalb dringend nöthig, daß quer über den Platz wenigstens ein Fußweg von Steinkohlenschlacken angelegt werde.

Herr Stadtrath Ketemeyer bittet, den Antrag zu theilen. Wegen der Instandsetzung des Fußweges an der Campestraße bedürfte es keiner Vorberathung mehr, da allseitig anerkannt worden, daß dieselbe nothwendig sei. Schon im Sommer habe der Magistrat die Städtische Bauverwaltung beauftragt, ein bezügliches Project mit Voranschlag einzureichen, welchem Auftrage indessen bis jetzt noch nicht entsprochen worden. In den Voranschlag für den städtischen Etat des nächsten Jahres sei diese Straße in Folge Versehens auch nicht aufgenommen, so daß es ganz zweckmäßig erscheine, wenn die Versammlung schon heute beschließe, die Instandsetzung der Campestraße mit in dem nächstjährigen Etat vorzusehen. Hinsichtlich der Instandsetzung des Leonhardsplatzes könnte allerdings eine Vorberathung stattfinden, wenn er es auch für vollkommen zulässig halte, selbst hierüber schon heute in Verhandlung zu treten. Die Ablagerung von Schutt und dergl. auf dem Leonhardsplatze sei unter allen Umständen nicht statthaft.

Die Versammlung entscheidet sich darauf für sofortige Berathung des ganzen Antrages.

Herr W il k e erklärt sich für den Antrag. Wenn der Zustand nur annähernd so liege, wie Herr Bü l t e m a n n geschildert, dann müßte dort schleunigst etwas geschehen. Für den Winter möchte es vielleicht genügen, über den Leonhardsplatz zunächst einen Weg von Bogasche zu schütten, um den Platz einigermaßen passirbar zu machen; im Sommer könnte dann ja eine Aenderung getroffen werden.

Herr H a l l e kann den traurigen Zustand des Leonhardsplatzes, sowie das Vorhandensein von Schutthaufen auf demselben auf Grund eigener Wahrnehmung nur bestätigen. Zu gleicher Zeit möchte er aber auch empfehlen, nicht nur auf eine provisorische Aufschüttung von Wegen über den Leonhardsplatz Bedacht zu nehmen, sondern den Magistrat außerdem noch zu ersuchen, sein Augenmerk auf eine definitive Instandsetzung des Platzes zu richten. Die provisorische Aufschüttung könne unter den jetzigen Verhältnissen immer nur bis zum nächsten Schweinemärkte anhalten, weil dann wieder Alles verwüstet werde. Daher ersuche es ihm dringend nothwendig, daß der Leonhardsplatz nicht ferner mehr der Abhaltung von Messen und Viehmärkten diene. Ganz vorzüglich eigne sich zu solchem Zwecke beispielsweise der neue Schützenplatz und glaube er, daß auch die Schützen denselben hierzu gern überlassen würden, da der Platz doch fast das ganze Jahr unbenutzt daliege. (Heiterkeit.)

Herr F ü d e l will sich dem Wunsche auf dauernde Instandsetzung des Leonhardsplatzes voll anschließen, da der jetzige Zustand desselben als ein unerträglicher bezeichnet werden müsse. Er möchte dringend bitten, daß wenigstens zunächst ein vorläufiger Weg über denselben geschaffen werde.

Herr R a m d o h r schließt sich diesen Ausführungen an und bittet gleichzeitig, die dauernde Instandsetzung des Platzes nicht wieder auf die lange Bank zu schieben. Da derselbe als Spielplatz für die Jugend diene, so schließe das eigentlich seine anderweitige Verwendung von selber aus, denn man könne doch nicht gestatten, daß die Kinder an einer Stelle ihren Spielen obliegen, die durch Ausdünstung von Schutt und Kummerhaufen für die Gesundheit so gefährlich sei. Er gebe deshalb anheim, den Magistrat zu ersuchen, auf die Schaffung gangbarer Wege sofort Bedacht zu nehmen und außerdem möglichst bald an eine endgültige Regulirung des ganzen Platzes heranzutreten.

Der Herr V o r s i z e n d e nimmt an, daß die Versammlung nicht der Meinung sei, den ganzen Platz mit Grand überschütten zu lassen, sondern beabsichtige, ihn mit einem guten Rasen zu versehen. (Zustimmung.)

Herr Bü l t e m a n n hat in der Districtversammlung gehört, der Magistrat habe die Instandsetzung des Platzes aus dem Grunde abgelehnt, weil erst die Ringstraße, welche vor St. Leonhard durchgehe, in Angriff genommen werden müßte. Aus diesem Grunde habe er den Antrag gestellt, zunächst dem nothwendigsten Uebel abzuhelfen, da die Kinder thatsächlich weder über den Platz, noch an demselben

herunter gehen können. Uebrigens habe vermuthlich die Stadtverwaltung selber am Plage entlang Straßenschlamm abladen lassen.

Herr Natalis muß sich auch an dem allgemeinen Concerte zu Gunsten des Leonhardsplatzes betheiligen. Aber nicht allein der Platz selber müßte passirbar werden, sondern man dürfe auch nicht vergessen, einen trockenen Uebergang über die Chaussee zu schaffen. Ferner möchte er anheimgeben, zur Ablagerung von Schnee u. dergl. lieber eine Parcellen zu pachten, als hierzu den Leonhardsplatz, dessen Grund und Boden dadurch nicht besser werde, zu benutzen.

Herr Nieß ist Herrn Halle dankbar für die freundliche Aufmerksamkeit, welche derselbe dem Plage der Schützengesellschaft erwiesen habe, er müsse indessen, soweit er unterrichtet sei, den gemachten Vorschlag dankend ablehnen. Herr Halle wisse vielleicht nicht, daß schon jetzt verschiedene Schulen auf dem Schützenplatze ihre Spiele aufführen und diese Schulen bei einer derartigen Verwendung desselben wiederum wegen eines anderen Spielplatzes in Verlegenheit gesetzt würden. Dem Antrage des Herrn Bültmann stimme er aber trotzdem vollkommen bei und schließe sich auch den Klagen über den traurigen Zustand dieses in allernächster Nähe der Stadt belegenen Platzes in jeder Beziehung an, namentlich sei ihm in der Erinnerung, daß die den Platz begrenzenden Hecken in einem fürchterlichen, unwürdigen Zustande sich befinden. Der Viehmarkt könnte recht gut auf den schon vom Schlachthause zu solchem Zwecke angekauften Platz verlegt werden und es komme nur darauf an, die Schlachthaus-Verwaltung zu veranlassen, hier zur rechten Zeit einzuspringen.

Herr Stadtrath Kete meyer: Die Umänderung des Platzes hänge mit der Verlegung der Viehmärkte eng zusammen, denn so lange letztere auf dem Plage abgehalten werden, sei jeder für die Verbesserung desselben ausgegebene Pfennig weggeworfenes Geld. Der vom Schlachthause angekaufte Ländereicomplex reiche zur Abhaltung des Viehmarktes bei Weitem nicht aus, denn dieses Terrain sei längst nicht so groß, wie der Leonhardsplatz, welcher für den Verkehr an den Viehmarkttagen ebenfalls nicht mehr genüge. Die Frage nach einem anderen geeigneten Plage sei nicht so leicht zu beantworten, weil es gerade an solchen Plätzen fehle. Darum möchte es gerathen sein, die definitive Instandsetzung einstweilen noch ruhen zu lassen, aber trotzdem die provisorische Anlegung von Fußwegen zu betreiben, da der augenblickliche Zustand Abhilfe erheische. Der auf dem Plage lagernde abgeschlammte Straßendreck solle dazu dienen, die vielen Löcher auf dem Plage auszufüllen, man möge diese Dreckhaufen nicht mit Mülle u. dergl. verwechseln. Es müsse hierbei allerdings zugegeben werden, daß die Dreckhaufen recht lange liegen geblieben seien. Jedenfalls würden die heutigen Verhandlungen dem Magistrate Veranlassung geben, auf Abhilfe Bedacht zu nehmen. Es handle sich um die Herichtung von vier Fußwegen, von denen zwei am Plage entlang und zwei über

denselben zu laufen haben. Mit dieser vorläufigen Instandsetzung könne auf Beschluß der Versammlung sofort begonnen werden.

Herr Günther macht darauf aufmerksam, daß solche Wege jedes Jahr erneuert werden müßten, so lange die Messbelustigungen und die Viehmärkte auf dem Leonhardsplatz gestattet würden, denn jedes Mal nach einem solchen Vorkommnisse sei der Platz von Neuem zu planiren und mit Grassamen zu versehen. Im Frühjahr sehe der Platz nach Ausfüllung der Löcher recht gut aus, aber nach der Sommermesse habe man regelmäßig den alten traurigen Zustand wieder vor Augen. Demnach sei an dem Place so lange nichts Wesentliches zu bessern, wie derselbe der Abhaltung von Messen und Märkten diene. Dagegen erscheine es ihm sehr nothwendig, endlich mit der von ihm schon einmal angeregten Aufstellung von Laternen zu beginnen, denn dieser Mangel mache sich dort am meisten bemerkbar.

Der Antrag wird sodann angenommen.

XXIX. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Ueberdeckung der Filter des städtischen Wasserwerkes.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, die Filter des städtischen Wasserwerkes zu überdecken, bezw. mit einer hohen Einfriedigung zu versehen.“

Wie Herr Nieß zur Begründung des Antrages bemerkt, müsse in der angeregten Beziehung wirklich etwas geschehen, um die Wiederholung von Vorkommnissen der letzten Zeit zu vermeiden. (Zurufe.) Da die Versammlung nicht zu wissen scheine, welche Vorkommnisse er im Auge habe, so müsse er wohl oder übel näher darauf eingehen. Kürzlich habe sich eine Frau in einem der Filter ertränkt und außerdem sollen dieselben zur Befriedigung von Bedürfnissen benutzt werden. Das seien aber so unhaltbare Zustände, daß auf Abhülfe Bedacht genommen werden müsse und lassen sich solche, wie beispielsweise in Magdeburg, durch Ueberwölbung der Filter leicht beschaffen.

Der Antrag wird nach genügender Unterstützung der Finanzcommission zur Vorberathung überwiesen.

XXX. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Anlegung von Sandspielsplätzen.

Zur Begründung des Antrages:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, auf Anlegung von Sandspielsplätzen für Kinder Bedacht zu nehmen und der Versammlung bezügliche Vorschläge zu machen.“

hebt Herr N i e ß einleitend hervor, daß der Antrag nicht etwa durch die Verhandlungen des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege veranlaßt, sondern bereits im Juli d. Js. eingereicht, aber versehentlich liegen geblieben sei. Zu den Verhandlungen jenes Vereins sei ihm als Stadtverordneten eine Einladung überhaupt nicht zugegangen, obwohl man dort u. A. einen Commers gegeben habe, bei welchem auch der Magistrat in einem Hoch gefeiert sei. Er könne demnach aus diesen Verhandlungen eine Anregung zu seinem Antrage nicht erhalten haben. In Berlin seien solche Spielplätze, theilweise unter sehr beschränkten Raumverhältnissen, eingerichtet, indem man einfache Holzkästen mit Sand gefüllt aufgestellt und den Kindern zum „Baddeln“ überlassen habe. Sollte man aber hieran Anstoß nehmen, so würden vielleicht Cementkästen ihren Zweck besser erreichen. Es handle sich nur darum, daß diese Kästen des Morgens an Ort und Stelle gebracht und des Abends wieder fortgeschafft würden und lasse sich das leicht durch Anstellung eines Wärters zc. erreichen.

Auch dieser Antrag findet die genügende Unterstützung und wird der Schulcommission überwiesen.

XXXI. Selbstständiger Antrag des Herrn N i e ß auf Herstellung kleiner Wohnungen.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Stadt-Magistrat ersuchen, der Herstellung kleiner Wohnungen für Geschäftsleute und verheirathete Arbeiter seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und zwar nach folgender Richtung:

Nachdem durch den Ortsbauplan für absehbare Zeit das Straßennetz des Stadtgebietes festgelegt ist, scheint es geboten, an einigen für die Zugänglichkeit günstig gelegenen Stellen die betr. Grundstücke zu erwerben, die Straßen zu erbauen, Canäle, Gas- und Wasserrohre zu verlegen und die so gewonnenen Bauplätze zu oben angegebenen Zwecke zum Verkaufe auszubieten, nöthigenfalls mit der Erbauung billiger Häuser nach Mustergrundrissen den Anfang zu machen und deren Uebergang in Privatbesitz nach dem Muster der deutschen Baugenossenschaften anzubahnen, auch bei Revision der Stadtbauordnung auf thunlichste Erleichterung der Bauvorschriften für solche Bauten Bedacht zu nehmen.“

Von Herrn N i e ß wird zur Begründung des Antrages ausgeführt, daß sich jetzt vor dem Wilhelmsthore auf dem Wrede'schen Grundstücke, welches die Eigenthümerin zum Zwecke von Schul- und Straßenbauten theilweise schon der Stadt zur Verfügung gestellt habe, Gelegenheit biete, an den dort neu anzulegenden

Straßen einige Blöcke stadtseitig zu beregtem Zwecke zu erwerben. Während z. B. die kleinen Häuser immer sehr weit von der Stadt abgeschoben und die Bewohner derselben dadurch zu weiten Wegen nach ihrer Arbeitsstelle gezwungen würden, lasse sich an der bezeichneten Stelle, nicht allzufern von der Stadt, noch etwas im Interesse der kleinen Leute thun, wenn nur die Stadtverwaltung das nöthige Terrain ankaufen, die Straßen anlegen und sodann die einzelnen Bauplätze an Unternehmer abgeben wolle. Sobald erst einmal einige Villen dort angebaut worden, sei es mit der Erbauung kleinerer Häuser vorbei.

Da eine Revision der Bauordnung in Aussicht stehe, so empfehle es sich ferner, für derartige Häuser weniger strenge Bauvorschriften über die Stärke der Mauern u. vorzusehen und könnten in dieser Beziehung die auf der Bremer Ausstellung vorhandenen gewesenen Musterhäuser zum Anhalt dienen.

Der Antrag geht, genügend unterstützt, der Finanzcommission zur Vorberathung zu.

XXXII. Selbstständige Anträge der Herren Sievers, Ramdohr und Günther auf Abänderung der Bestimmungen des Normaltats der Lehrer und Lehrerinnen an den städtischen Schulen.

Es ist beantragt:

- a. von Herrn Sievers: „Der *M* 3 der Gehaltsveränderungen der ordentlichen Lehrerinnen den Zusatz hinzuzufügen: Denjenigen Lehrerinnen, welche Unterricht an einer Oberstufe erteilen und das Höchstgehalt von 1800 *M* bereits drei Jahre bezogen haben, kann eine pensionsberechtigte Zulage von 200 *M* bewilligt werden;“
- b. von Herrn Ramdohr: „Die Bestimmung, welche lautet: „Denjenigen Rectoren, welche wissenschaftlichen Unterricht an einer Oberstufe erteilen und das Höchstgehalt von 3900 *M* bereits drei Jahre bezogen haben, kann eine pensionsberechtigte Zulage von 300 *M* bewilligt werden,“ durch Streichung der Wörter „an einer Oberstufe“ zu verändern;“
- c. von Herrn Günther: „Das Gehalt der Lehrerinnen bei gleichen Leistungen dem der Lehrer gleichzustellen.“

Während die Herren Sievers und Ramdohr auf ihre bezüglichen Ausführungen bei Punkt XIII der Tagesordnung Bezug nehmen, bemerkt Herr Günther zur Begründung seines Antrages, daß er auch jetzt noch nicht einsehe, warum die Gehälter der Lehrerinnen im Vergleiche zu denjenigen der Lehrer so niedrig bemessen seien, da er der Ansicht zustimme, für gleiche Leistungen auch gleiche Be-

zahlung erfolgen zu lassen. Er ersuche deshalb um Feststellung dieser Principienfrage und sei begierig, zu erfahren, welche Gründe für eine solche Maßregel vorliegen.

Sämmtliche drei Anträge erhält die Schulcommission zur Vorberathung.

Damit wird die öffentliche Sitzung geschlossen.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung die Anstellung des Ingenieurs Woldemar Winkelmann als Bauingenieur zum 1. April 1891, erledigt das Verzeichniß II von Steuer-Reclamationen für 1890 und stellt nach längerer Verhandlung zu Gunsten der hiesigen Schlächter etwas veränderte Grundsätze für die Veranlagung derselben zur Gemeindesteuer auf.

Schluß gegen 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 28. November 1890.

Öffentlich:

- | | |
|--|------------|
| I. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Anlegung von Sandspielplätzen | Seite 273. |
| II. Selbstständige Anträge der Herren Sievers, Ramdohr und Günther auf Abänderung der Bestimmungen des Normalestatuts der Lehrer und Lehrerinnen | " 273. |
| III. Selbstständiger Antrag des Herrn Nieß auf Ueberdeckung der Filter des städtischen Wasserwerkes | " 273. |
| IV. Kosten für das Volksbrausebad | " 275. |
| V. Wettbewerb für den Stadthausbau | " 277. |
| VI. Uebernahme eines Nebenamtes durch den Stadtbaumeister Mejer | " 279. |
| VII. Verkauf einer weiteren Theilfläche der alten Körnerstraße | " 280. |
| VIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius auf Ergreifung der erforderlichen Maßregeln zur Anwendung des Koch'schen Heilverfahrens | " 280. |

Vertraulich:

- | | |
|--|--------|
| Reclamationen von Extrawegegeleddbeiträgen | " 283. |
| Anstellung zweier Magistratschreiber | " 284. |
| Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten:
Gemeindesteuer-Reclamationen in der Recursinstanz | " 284. |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadträthe Götte, Haake, Schöttler, Ketemeyer, Heymann und Meyer, sowie Assessor von Frankenberg-Ludwigsdorff.

Entschuldigt die Herren Buchler, Günther und Seele; später erscheinen die Herren Lüderßen, Kieke und Wolff II.

Der Vorsitzende, Herr Semler, nimmt nach Eröffnung der Sitzung zunächst das Wort zu folgender Ansprache:

„Meine Herren! Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, gestatten Sie mir, dem Schmerze Ausdruck zu geben, der uns Alle befeelt um den Verlust unseres hochverehrten Collegen Reuter. Vor wenigen Tagen erst hat Reuter bei dem Stadt-Magistrate das Gesuch um Pensionirung eingereicht und zugleich an mich die Mittheilung gelangen lassen, daß er in Folge seiner geschwächten Gesundheit nicht mehr im Stande sei, sein Mandat als Stadtverordneter beizubehalten und schon jetzt hat der unerbittliche Tod seinem Leiden ein Ende und seinem rastlosen Streben ein Ziel gesetzt. Ein wie hochverdienter Beamter uns in Reuter verloren gegangen ist, wie er über ein Vierteljahrhundert in unermüdblicher Pflichterfüllung sich verdient gemacht, das hat der Magistrat in dem Schreiben, mit welchem er uns die Pensionirung Reuters empfehlen mußte, anerkannt. Was wir selbst an ihm verlieren, das wissen wir aus unmittelbarer Anschauung: seit 30 Jahren, länger als er der Stadt als Beamter gedient, hat er in dieser Versammlung dem Gemeinwohle der Stadt genützt. Wir haben Alle Gelegenheit gehabt, seinen Scharfblick, sein sicheres Urtheil zu bewundern und so lange ich die Ehre habe, dieser Versammlung anzugehören, habe ich, das darf ich wohl sagen, keinen Stadtverordneten gekannt, der so stets bereit war, seine Arbeitskraft den Zwecken der Versammlung zur Verfügung zu stellen, wie gerade Reuter. Er hat in den Commissionen, in der Debatte, wie als Referent sich stets als unbedingt zuverlässig und unermüdblich thätig bewiesen. Wir werden daher nur schwer in der Lage sein, die Lücke, welche uns Reuter's Tod bereitet, auszufüllen. Wir werden ihm, das glaube ich versprechen zu dürfen, ein ehrendes Andenken bewahren und ich bitte Sie, um das zu bekunden, um zu bekunden, wie schwer wir den Verlust empfinden, den uns sein Tod bereitet, und um dem ehrenden Andenken an ihn Ausdruck zu geben, Sich von Ihren Sigen zu erheben.“ (Geschicht)

Nachdem der Herr Vorsitzende noch mitgetheilt hatte, daß eine Einladung des hiesigen Männerturnvereins zur Theilnahme an einem am 7. December stattfindenden Schauturnen eingelaufen sei und die Versammlung das Protocoll *N* 10 genehmigt hatte, wird in die Berathung der Tagesordnung eingetreten.

I. Selbstständiger Antrag des Herrn Niefß auf Anlegung von Sandspielplätzen.

Nach dem Berichte der Schulcommission, für welche Herr Schwarzenberg das Wort nimmt, hat Herr Oberbürgermeister Pockels in der Commissionsitzung erklärt, daß der Magistrat wegen der Anlage von Spielplätzen eine Vorlage machen würde und der Antrag aus diesem Grunde im Einverständnisse mit Herrn Niefß für heute abgesetzt werden könne,
was geschieht.

II. Selbstständige Anträge der Herren Sievers, Ramdohr und Günther auf Abänderung der Bestimmungen des Normaltats der Lehrer und Lehrerinnen.

Wie Herr Schwarzenberg namens der Schulcommission, welche übrigens nur durch zwei Mitglieder vertreten gewesen, weiter berichtet, habe sich der Magistrat hinsichtlich der Anträge Ramdohr und Günther noch nicht mit dem Schulvorstande ins Benehmen setzen können, aus welchem Grunde die Zurückstellung der Anträge im Einvernehmen mit den Herren Antragstellern empfohlen werde.

Den Antrag des Herrn Sievers, welcher in etwas veränderter Fassung laute:

„Der N° 3 der Gehaltsveränderungen der ordentlichen Lehrerinnen den Zusatz hinzuzufügen: Denjenigen Lehrerinnen, welche ausschließlich Unterricht an einer Oberstufe erteilen und das Höchstgehalt von 1800 M bereits drei Jahre bezogen haben, kann eine pensionsberechtigzte Zulage von 200 M bewilligt werden,“

beantrage die Commission im Einverständnisse mit Herrn Sievers dem Magistrate zur Erwägung zu überweisen, weil sich die Tragweite des Antrages z. Bt. noch nicht übersehen lasse.

Die Versammlung beschließt nach den Anträgen der Commission.

III. Selbstständiger Antrag des Herrn Niefß auf Ueberdeckung der Filter des städtischen Wasserwerkes.

Namens der Finanzcommission berichtet über diesen in der vorigen Sitzung eingebrachten Antrag (Seite 267 des Prot.) Herr Sievers: Herr Ober-Ingenieur Mitgau, welcher zu der Commissionsitzung zugezogen sei, habe sich dahin geäußert, daß ein Ueberdecken der Bassins wegen etwaiger Verunreinigung des Wassers durch das Zufließen von Ruß u. dergl. nicht nothwendig erscheine, weil einer derartigen

Verunreinigung auch die Klärbassins und das gesammte Okerbett ausgefetzt seien, und weil andererseits die Filtration diese Stoffe unbedingt beseitige. Dagegen erscheine es wohl wünschenswerth, eine Ueberdeckung herbeizuführen, um die Bassins möglichst frostoffrei herzustellen, wodurch sich die Unannehmlichkeit beseitigen lasse, daß manchmal die Filter nicht rechtzeitig gereinigt werden könnten; indessen seien die jetzigen Filter nicht so gebaut, um eine Bedeckung derselben vornehmen zu können und man daher schon aus diesem Grunde davon abstehe müsse. Er wolle aber einräumen, daß eine strenge Abschließung der Filter nach außen hin zur Abwendung von Unfug nothwendig sei und diesem Urtheile schließe sich die Finanzcommission voll und ganz an, indem sie beantrage,

„den Magistrat zu ersuchen, eine strengere Abschließung der Filter der städtischen Wasserwerke anzuordnen und denselben zu ermächtigen, zum Zwecke der Art der Einfriedigung mit der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke in Verbindung zu treten.“

Ueber die Art der Einfriedigung habe sich Herr Mitgau insofern geäußert, als er eine Abschließung durch Draht, welche in Verbindung mit der jetzigen Hecke vollkommen genüge, empfohlen habe. Ein Beschluß sei von der Commission in dieser Beziehung nicht weiter gefaßt worden.

Herr Lange hält eine einfache Abschließung der Filteranlagen ebenfalls für ausreichend, nicht aber die Verwendung von Stacheldraht, da eine festere Abschließung in größerer Höhe nothwendig sei. Er möchte eine Umzäunung mit Monnierwänden vorschlagen, welche sich leicht beschaffen und anbringen lassen und die die ganzen Filterbassins gegen Unbefugte abzuschließen vermögen. Hinsichtlich der Verschmutzung der Filter durch Ruß, Staub u. dergl. schließe er sich der Mitgau'schen Ansicht vollständig an, da bei vollkommener Vermeidung solcher Verunreinigung das ganze Okerbett überdeckt werden müßte, außerdem aber die Filter derartigen Schmutz zurückhalten und das Wasser in das vollständig geschlossene Sammelbassin gelangen lassen. In Berlin und anderen Städten habe man die Filter ebenfalls offen liegen und in Magdeburg seien sie überdeckt, nicht etwa um den Schmutz abzuhalten, sondern um die Temperaturdifferenzen möglichst zu vermeiden, d. h. um das Wasser im Sommer vor zu großer Erwärmung, im Winter vor zu großer Abkühlung bezw. vor Eisbildung zu bewahren.

Herr Blasius bittet um eine nähere Beschreibung der ihm nicht bekannten und von Herrn Lange empfohlenen Wände. Für eine Ueberwölbung könne er sich nicht aussprechen, weil die freiliegenden Filter in ihrer Wirkung viel besser seien, als die überwölbten.

Herr Lange erwidert, daß die Wände aus einem Drahtgeflechte bestehen, welches von beiden Seiten mit Cement überzogen werde und dann 30—40 mm stark sei. Diese vollständig festen, aus einzelnen Tafeln zusammengesetzten Wände

würden von der großen Monnier-Gesellschaft in Berlin, oder auf Wunsch auch hier angefertigt und böten ein ausgezeichnetes Material zu derartigen Einfriedigungen.

Herr F ü d e l hält diese Art der Einfriedigung nicht für zweckmäßig, weil sie einerseits zu theuer werde, andererseits auch bei der Nähe des Parkes keinen angenehmen Eindruck mache; er glaube, daß eine Stacheldrahteinfriedigung den Zweck vollständig erfüllen würde.

Herr W o l f f I kann Herrn F ü d e l nur beipflichten, da die von Herrn Lange empfohlenen, den Blick hemmenden Wände den Bürgerpark erheblich beeinträchtigen müßten und es daher besser sei, diese Frage der Erwägung des Magistrates und der Deputation zu überlassen.

Der Commissionsantrag gelangt darauf zur Annahme.

IV. Kosten für das Volksbrausebad.

Das durch Ueberweisung eines Bauplatzes an der Ferdinandstraße und einer Summe von 8000 M von der Stadt unterstützte Volksbrausebad ist seit dem Monat August d. J. mit gutem Erfolge betrieben und wird voraussichtlich mit seinen Einnahmen die Betriebsunkosten decken. Der Vorstand des Vereins für das Wohl der arbeitenden Classen, welcher die Errichtung dieses Bades übernommen hatte, ist nun dahin vorstellig geworden, ihm zu den 27 622 M 97 S, betragenden Kosten des Baues und der ersten Einrichtung der Anstalt einen Zuschuß von 11 622 M 97 S, aus der Stadtcasse zu gewähren. Die übrigen 16 000 M sind, durch den vom Herzogl. Staatsministerium mit 10 000 M gewährten Zuschuß, bezw. aus dem Vermögen des Vereins bestritten. Mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung der in Rede stehenden Anstalt in sanitärer Beziehung hält der Magistrate eine Unterstützung aus städtischen Mitteln für gerechtfertigt und ersucht daher, den Fehlbetrag von 11 622 M 97 S, zu verwilligen.

Die Finanzcommission schließt sich — wie Herr W o l f f I berichtet — der Begründung des Magistrates in jeder Beziehung an und empfiehlt der Versammlung die Genehmigung der Vorlage.

Herr L a n g e: Der die zuerst geforderten 8000 M überschreitende Betrag von rund 3623 M resultire daher, daß einmal an Stelle der ursprünglich in Aussicht genommenen 21 Badezellen deren 24 eingerichtet worden und auch noch einige, als wünschenswerth bezeichnete Wannenbäder hinzugekommen seien. Außerdem habe man den Schornstein in Folge von Klagen seitens der Anwohner über den Coaksgeruch entsprechend erhöht, auch seien die Fundamente an der Okerseite bedeutend theurer geworden, als man zuerst veranschlagt habe. Die Herzogliche Landesregierung habe sich aus allen diesen Gründen auch schon veranlaßt gesehen, den

ursprünglich in Aussicht genommenen Zuschuß von 7000 M auf 10 000 M zu erhöhen. Die hier geforderte Summe werde für einen sehr guten Zweck in Anspruch genommen, denn das Bad finde in allen Schichten der Bevölkerung einen Anklang, wie man ihn auch bei höher gespannten Erwartungen nicht habe voraussehen können, so daß die Anstalt als ein wirkliches Volksbad bezeichnet werden dürfe. In der Zeit vom 16. August bis zum 16. November seien ziemlich 16 000 Bäder verabsfolgt, welche Zahl am besten für die Beliebtheit des Bades, sowie auch für den Umstand spreche, daß mit der Errichtung des Bades einem wirklichen Bedürfnisse abgeholfen sei. Er bitte daher um Bewilligung der erbetenen Summe.

Herr Rieke hat gegen die Bewilligung nichts einzuwenden, da einmal in der Sache ohne seine Unterstützung vorgegangen sei und man nun nicht mehr zurückzugehen vermöge. Uebrigens könnte von 16 000 Bädern bei der Anstalt keine Rede sein, denn es handle sich hier gar nicht um Bäder, sondern im richtigen Sinne des Wortes nur um eine Waschanstalt. Die hohe Benutzungsziffer rühre allein daher, daß am Orte keine weitere Anstalt existire, in welcher der Arbeiter und kleine Bürger sich für ein billiges Geld reinigen könne und derselbe daher bei einiger Reinlichkeitsliebe schon gezwungen sei, sich jener Anstalt zuzuwenden. Im Uebrigen könne eine derartige Anstalt durchaus noch nicht genügen, selbst wenn im Steinhordbistrich noch eine solche errichtet werden sollte, sondern es müßte seiner Ansicht nach doch schließlich mit der Errichtung eines großen Volksbades vorgegangen werden. Wenn man einmal in den Beutel greife, dann solle man es gleich ordentlich thun, aber nicht solche halben Dinger ins Leben rufen. Es gehe hier gerade so, wie mit der s. Z. beabsichtigten Herrichtung kleinerer Wohnungen in der Bergstraße. Dort seien Baupläge zum Einheitspreise von 3,10 M abgegeben und der Wohnungsnoth der kleineren Bürger und der Arbeiter sei doch nicht abgeholfen, sondern man habe das Geld nur den Bauunternehmern in die Tasche gespielt, während sich die Wohnungsnoth auf ganz andere Weise, nämlich durch verminderten Zuzug und durch die Theilung größerer Wohnungen von selbst regulirt habe. Er halte stets dafür, eine Badeanstalt inmitten der Stadt zu errichten, welche allen Anforderungen entspreche und die während des ganzen Jahres benutzt werden könne.

Herr Lange glaubt demgegenüber aussprechen zu sollen, daß gerade mit dem Brausebade das richtige getroffen sei, denn die 16 000 Personen, welche in dem ersten Vierteljahre ein Bad genommen, hätten jedenfalls das Bedürfniß gehabt, sich gründlich zu reinigen und diesem Bedürfnisse helfe das Brausebad im vollsten Maße ab. Er glaube nicht, daß beim Wannenbade eine solche Zahl gebadet haben würde, da der Preis hierbei ganz wesentlich mitspreche und dieser beim Wannenbade sich natürlich nicht so niedrig bemessen lasse. Das immerwährende Hinweisen auf die großen, für Arbeiter besonders geeigneten Badeeinrichtungen anderer Städte

habe ihn veranlaßt, sich diese Einrichtungen einmal näher anzusehen und habe er hierbei gefunden, daß dieselben in Folge der hohen Eintrittspreise nirgends gut besucht würden. Beispielsweise habe er die von Herrn Günther so hervorragend angepriesene Volks-Badeanstalt in Bremen in Augenschein genommen und gefunden, daß dieselbe allerdings großartig, mustergiltig und luxuriös eingerichtet sei, aber ebenfalls nur wenig, am wenigsten von dem Arbeiter besucht werde, für den sie ihrer ganzen Einrichtung nach überhaupt nicht passe. Er habe damals in der großen Brausezelle einen Badegast, in den Wannen und im Bassin deren je zwei angetroffen und auf seine an den Bademeister gerichteten Fragen vernommen, daß vielleicht zwei Duzend Menschen regelmäßig badeten; im Bassin dürfte nicht geseift werden und sei solches nur an einem bestimmten Tage der Woche, unter Ermäßigung des Eintrittspreises gestattet, jedoch suche man sich dann diejenigen Arbeiter aus, welche nicht gar zu schmutzig seien und lasse die übrigen überhaupt nicht hinein. Das sei das so gerühmte und bei jeder Gelegenheit hervorgehobene Bremer Volksbad, welches alles Andere, nur kein Arbeiterbad sei. (Beifall.)

Die Magistratsvorlage gelangt hierauf zur Annahme.

V. Wettbewerb für den Stadthausbau.

Der Magistrat hat sich bei Prüfung des Antrages der Versammlung auf Ausschreibung eines Wettbewerbes für den Stadthausbau von der Möglichkeit eines solchen in der vorliegenden Bausache nicht überzeugen können, sondern muß dafür halten, daß die Einschlagung dieses Verfahrens — welches übrigens bei einer zu einer Million Mark angenommenen Bausumme die Aussetzung von Preisen in der Gesammthöhe von nicht 10000 M, sondern von 16000 M und daneben noch einen voraussichtlich nicht geringen Betrag für Honorirung der Preisrichter erfordern würde — einen praktischen Erfolg einmal im Hinblick auf die von der Städtischen Bauverwaltung vorgetragenen Schwierigkeiten und Bedenken, sodann aber und vornehmlich aus folgenden Gründen nicht erhoffen lasse: Das Stadthaus soll beschlußmäßig zwar im Style eines architektonisch hervorragenden Bauwerkes, nicht aber als Monumentalbau aufgeführt werden, darnach kommt es bei dem Baue in erster Linie auf zweckmäßige Herstellung brauchbarer Geschäftsräume für die verschiedenen dort unterzubringenden Verwaltungszweige an. Die bezüglichlichen Dispositionen aber werden von keiner Seite so befriedigend getroffen werden können, wie von der mit den einschlägigen Localen Verhältnissen und Bedürfnissen vertrauten Städtischen Bauverwaltung, welche überdies bei ihren Beziehungen zum Magistrate jederzeit und auf kürzestem Wege über die dabei in Betracht kommenden Einzelfragen sich zu informiren in der Lage sei. Dazu kommt, daß für die richtige Lösung der besonderen Aufgabe, welche sich für das Bauproject aus der eigenartigen Umgebung des Bauplatzes ergibt, wohl an erster Stelle der Stadtbaurath

Winter Gewähr bieten dürfte, während derselbe bei Ausschreibung eines Wettbewerbes, weil gegebenes Mitglied des Preisgerichtes, außer Theiligung würde bleiben müssen. In dieser Ansicht über die Unzweckmäßigkeit eines Preisausschreibens findet sich der Magistrat bestärkt durch ein Gutachten des Architecten- und Ingenieur-Vereins für das Herzogthum, welches empfiehlt, von einem Wettbewerbe abzusehen. Darnach legt der Magistrat die Angelegenheit der Versammlung zu nochmaliger Erwägung und mit dem Ersuchen vor, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Ausschreibung eines solchen Wettbewerbes unterbleibe.

Die Statutencommission ist, wie Herr Schwarzenberg ausführt, ziemlich einstimmig zu der Ansicht gekommen, daß die Gründe des Magistrates dafür sprechen, von der Ausschreibung eines Wettbewerbes abzusehen. Auf diese Entschließung habe auch der Umstand mit eingewirkt, daß Herr Krahe als damaliger Mitantragsteller namentlich auf Grund der einschlägigen Verhandlungen des Architectenvereins zu einer anderen Ueberzeugung gekommen sei und nunmehr eine Zurücknahme des ersten Beschlusses wünsche. Dazu komme noch, daß bei Ausschreibung eines Wettbewerbes der Stadtbaurath Winter, welcher an dem das neue Stadthaus umgebenden Platze die Hauptgebäude ausgeführt habe und demnach wohl am besten in der Lage sein werde, dort eine vollkommene Einheit zu schaffen, von dem Wettbewerbe naturgemäß ausgeschlossen werden müßte. Da es sich hier ferner um die Errichtung eines Geschäftshauses handle, bei welchem die Hauptthätigkeit des Architecten sich im Wesentlichen auf die Herrichtung einer schönen Fassade beschränke und da außerdem auch vor der Ausschreibung ein einigermaßen fester Preis für das neue Stadthaus normirt werden müßte, was wiederum mit Schwierigkeiten verbunden sei, so beantrage die Commission aus allen diesen Gründen, der Magistratsvorlage zuzustimmen.

Herr Rimpau giebt anheim, zu beschließen, den Wettbewerb „vorläufig“ nicht eintreten zu lassen, damit die Versammlung in der Lage sei, bei etwaiger Ablehnung des demnächstigen Winter'schen Projectes immer noch einen Wettbewerb ausschreiben zu können. Er habe im Uebrigen volles Vertrauen zu dem Stadtbaurath Winter und schätze denselben als Architecten um so höher, als seine Thätigkeit ihn weit über die Grenzen Braunschweigs bekannt gemacht habe, aber trotzdem wünsche er, der Versammlung diesen Weg offen zu halten und könnte hierin eine Zurücksetzung Winter's nicht erblickt werden.

Der Herr Vorsitzende weist darauf hin, daß auch bei Annahme des Commissionsantrages die Versammlung nicht gebunden sei, den vom Stadtbaurath Winter vorzulegenden Plan blind anzunehmen.

Herr Kiefe ist von Anfang an gegen den Wettbewerb gewesen und kann auch nicht einsehen, aus welchem Grunde 16 000 — 20 000 M. für Preise u. aus dem Fenster geworfen werden sollen, da. doch geeignete Kräfte zur Ausführung des

Projectes vorhanden seien. Die Gründe des Magistrates erkenne er als zutreffend an, weniger aber diejenigen des Architekten-Vereins. Es komme bei dem Gebäude nicht nur auf die äußere Ausstattung, sondern hauptsächlich auf die zweckmäßige, dem Bedürfnisse entsprechende Einrichtung desselben an und diese könne man von Leuten, welche in dem Fache bewandert seien, am ehesten erwarten. Die Stadt besitze schon so manches schöne Schulgebäude, ohne zur Aufführung desselben auswärtiger Kräfte bedurft zu haben, also werde man deren auch hier entbehren können, zumal man selbst wahre Prachtgebäude mit einheimischen Kräften geschaffen habe. Er sei im Allgemeinen nicht dafür, daß man sich mit einer chinesischen Mauer umgebe, aber hier könne er nur rathen, sich Pläne von der Städtischen Bauverwaltung vorlegen zu lassen und von der Mitwirkung fremder Architekten abzu-
sehen.

Herr Schwarzenberg hält es für nothwendig, einen bestimmten Beschluß zu fassen, damit der Magistrat wisse, wie er daran sei. Ein solcher Beschluß solle eine spätere Begutachtung der Pläne keineswegs ausschließen und man könne diese sogar der Bauacademie in Berlin behufs Abgabe eines Gutachtens vorlegen.

Herr Wilke hat i. B. ebenfalls gegen den Wettbewerb gestimmt und ist der Ansicht, daß heute die Magistratsvorlage durchgehen werde. Seine Gründe seien indeffen anderer Natur gewesen. Wenn ein monumentales Gebäude aufgeführt werden solle, so könne das an der jetzt ausersehenen Stelle nicht geschehen, weil dort die Verhältnisse durch den Dombau und die Burg Dankwarderode dem Baumeister vollständig gegeben seien. Er hätte gewünscht, daß das neue Stadthaus an den Hagenmarkt gekommen wäre und der Magistrat dieses Project der Versammlung jetzt noch vorgelegt hätte, denn die Kosten wären dadurch nicht zu hoch geworden. Es sei nicht in der Ordnung, daß in der Münzstraße die Direction der Gas- und Wasserwerke herrsche und der Magistrat weit davon entfernt seinen Sitz habe, welchen Zustand er bislang in keiner einzigen Stadt vorgefunden habe. Wenn das Gebäude als Monumentalbau am Hagenmarkte errichtet würde, könnten alle städtischen Verwaltungszweige in demselben Unterkunft finden. Wozu sei denn das alte Polytechnikum angekauft worden? Er könne nur sein Bedauern ausdrücken, daß solch ein großartiges Gebäude an eine so schmale Straße gestellt werden solle.

Bei der nun folgenden Abstimmung lehnt die Versammlung den Antrag des Herrn Rimpau ab und stimmt der Magistratsvorlage zu.

VI. Uebernahme eines Nebenamtes durch den Stadtbaumeister Meyer.

Der Magistrat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Stadtbaumeister Meyer das ihm übertragene Nebenamt eines Kreisbranddirectors und

Commandeurs der Gesamtfeuerwehr annehme und demselben, neben Gewährung einer Remuneration von 600 M jährlich ab 1. Januar 1891, die Dienstwohnung des Kreisbranddirectors vom 1. April 1891 ab eingeräumt werde, während er für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1891 eine Miethentschädigung von 225 M erhalte. Ebenso wird die Versammlung gebeten, zu genehmigen, daß der Familie des Directors Reuter die unentgeltliche Benutzung der demselben überwiesenen Dienstwohnung bis zum 1. April 1891 nachgelassen werde.

Die Statutencommission ist, wie Herr Lüderßen berichtet, mit der Vorlage vollständig einverstanden und giebt deren Genehmigung anheim.

Die Versammlung beschließt diesem Antrage gemäß.

VII. Verkauf einer weiteren Theilfläche der alten Körnerstraße.

Der Factor Julius Broß hat sich bereit erklärt, die vor seinem Grundstücke an der Körnerstraße Nr. 1 liegen bleibende 65 qm große Theilfläche zum Einheitspreise von 5 M anzukaufen. Der Magistrat ersucht, diesen Kauf zu genehmigen und bemerkt, daß der Kaufpreis bereits eingezahlt sei und daher von der Aufnahme eines notariellen Vertrages abgesehen werden könne.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage, nachdem Herr Halle namens der Statutencommission dieselbe befürwortet hatte.

VIII. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius auf Ergreifung der erforderlichen Maßregeln zur Anwendung des Koch'schen Heilverfahrens.

Der Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat,

- 1) baldmöglichst in Berlin die zur Behandlung tuberculöser Kranken erforderliche Koch'sche Lymphe zu erbitten,
- 2) baldmöglichst die vorbereitenden Schritte zu thun, hiesige Aerzte, insbesondere die Aerzte des städtischen Krankenhauses, nach Berlin, Göttingen oder einer anderen nahegelegenen Universität zu entsenden, um sich die nöthigen Kenntnisse über das Koch'sche Impfverfahren Tuberculöser zu verschaffen,

und beschließt, dem Magistrate die erforderlichen Mittel zu bewilligen um die Vorbereitungen zu treffen zu einer demnächstigen Behandlung tuberculöser Kranken der Stadt Braunschweig nach Koch'scher Methode.“

Zur Begründung führt Herr Blasius Folgendes aus: „Meine Herren! Ich brauche den Antrag wohl nur mit sehr wenigen Worten zu begründen, da er für sich selber spricht. Sie wissen, welche unendlichen Fortschritte die Heilkunst durch die bahnbrechende Koch'sche Entdeckung gemacht hat und daß es wünschenswerth erscheint, wenn die Stadt Braunschweig so bald als möglich jenen Unglücklichen an Tuberculose Leidenden, deren es mehrere Tausend in der Stadt giebt, die Gelegenheit bietet, im Anfangszustande der Krankheit sicher geheilt zu werden. Was die einzelnen Unterabtheilungen des Antrages betrifft, so möchte ich zunächst beantragen, daß der Magistrat möglichst bald Gelegenheit nimmt, um sich die Lympher für die Stadt zu verschaffen, weil die Lympher zur Zeit sehr stark von Berlin verlangt wird und bei Ausführung der einlaufenden Bestellungen selbstverständlich Regierungs- und städtische Krankenhäuser in erster Linie vor den Privatärzten berücksichtigt werden. Ich muß es für wünschenswerth halten, diese Bestellung bald vorzunehmen, damit die Stadt möglichst rasch in den Besitz des Heilstoffes gelangt.

Hinsichtlich des zweiten Punktes muß ich es für absolut nothwendig halten, daß diejenigen Aerzte, welche nach dieser Heilmethode Kranke behandeln sollen, zunächst an einer Universitätsklinik, sei es in Berlin, in Göttingen, oder in Halle a./S. unter fachverständiger Aufsicht und Leitung der dortigen Professoren die Methode der Behandlung kennen lernen. Selbstverständlich liegt es nun am nächsten, die Aerzte des städtischen Krankenhauses hinzuschicken, damit dieselben später die Behandlung solcher Kranken in den Krankenhäusern der Stadt übernehmen können. — Zu solchem Zwecke sind nun aber Gelder nöthig und ich glaube, wir können dem Magistrat das volle Vertrauen schenken, daß derselbe die nöthigen Gelder bei Annahme des Antrages bestens verwendet, aus welchem Grunde ich die vorherige Bewilligung derselben beantragt habe. Sobald der Impfstoff erst vorhanden ist und wir Aerzte haben, welche mit demselben umzugehen verstehen, wird der Andrang derartiger Kranken ein ganz bedeutender werden. Ich habe Gelegenheit gehabt, diese Behandlung in Göttingen zu studiren und eine ganze Reihe von solchen Kranken zu beobachten und ich habe auch gesehen, wie viele Kranke noch auf der Liste stehen, also auf demnächstige Aufnahme warten. Unser städtisches Krankenhaus reicht zu solchem Zwecke keineswegs aus, sondern es wird sofort eine Ueberfüllung namentlich aus den ärmeren Classen eintreten, welche das nöthige Geld zur Durchführung der Heilmethode nicht besitzen. Es ist aber außerordentlich wichtig, unseren unbemittelten Mitbürgern möglichst bald Gelegenheit zur Behandlung und Heilung zu bieten. Ferner ist es sehr wichtig, ja durchaus nothwendig, daß die Behandlung dieser Kranken in Anstalten geschieht, weil gerade diese Behandlung noch sehr sorgfältig controlirt und der Kranke von Ärzten unablässig beaufsichtigt werden muß. Dazu gehören aber Mittel und ich halte es für wünschenswerth, daß der Magistrat sich schon jetzt nach Räumlichkeiten für die weitere Aufnahme solcher Kranken

umsieht und derselbe auch schon jetzt Schritte thut, um ein geeignetes Wärterpersonal einzustellen. Zu diesem Zwecke bitte ich, schon heute die erforderliche Summe zu bewilligen.“ (Beifall.)

Der Herr Vorsitzende stellt den Antrag nach genügender Unterstützung mit Rücksicht auf seine Dringlichkeit zur sofortigen Verathung.

Herr Oberbürgermeister Pockels hat durchaus nichts gegen die Annahme des Antrages einzuwenden und ist erfreut, daß die Angelegenheit zur Sprache gebracht wurde. Der Magistrat habe sich mit der Sache auch schon beschäftigt, er könne indessen nach den vom städtischen Ober-Armenarzte eingezogenen Erkundigungen den jetzigen Zeitpunkt noch nicht für geeignet halten, um die Lymphhe in größerer Quantität zu beziehen, oder Aerzte zum Studium der Methode nach Berlin zu entsenden. Seitens des städtischen Ober-Armenarztes sei eine demnächstige Entsendung der beiden Aerzte des städtischen Krankenhauses befürwortet, auch werde sich die Armen-Direction in der nächsten Monatsitzung am Mittwoch mit der Angelegenheit gleichfalls befassen und bezweifle er nicht, daß dieselbe beschließe, zwei Krankenhausärzte nach Berlin, oder nach einer anderen Klinik zu entsenden, um dort das Heilverfahren kennen zu lernen. Er zweifle umsoweniger daran, daß die Armen-Direction einen derartigen Beschluß fassen werde, als es sich nicht lediglich um die Behandlung solcher Tuberculöser handle, die sich in städtischer Armenpflege befinden und auf Stadtkosten im Herzoglichen Krankenhause behandelt werden, sondern hauptsächlich um die Heilung solcher Kranken, die z. B. noch auf eigenen Füßen stehen, welche aber bei dem Fortschreiten ihrer Krankheit früher oder später der Verarmung anheimfallen würden. Die Mittel für solche Behandlung stehen der Armen-Direction in Form der herzoglichen Gelder vollständig zur Verfügung.

Herr Blasius freut sich außerordentlich, daß die Frage im Magistrate bereits ventilirt worden, bittet aber dennoch, seinen Antrag anzunehmen. Bei der Dringlichkeit der Sache erscheine es ihm zweckmäßig, möglichst sofort eine Extraitzung der Armen-Direction zu berufen und könne er vor allen Dingen nur dringend anheimgeben, die Lymphhe in Berlin möglichst schnell zu bestellen, denn es werde eine Bestellung nach der anderen und zwar in der Reihenfolge des Eingangs derselben erledigt. Ehe man aber die Lymphhe nicht habe, könne man die Behandlung nicht einleiten. Sollte z. Bt. in Berlin kein Ankommen für die zu entsendenden Aerzte sein, so würden dieselben in Göttingen, der Landes-Universität, oder in Halle die Koch'sche Behandlungsweise Tuberculöser auch kennen lernen können.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt, ausdrücklich gesagt zu haben, daß die Herren entweder nach Berlin oder nach der Klinik eines anderen Ortes reisen könnten. Er sei außerdem der Meinung, daß es nichts nütze, Lymphhe kommen zu lassen, ehe nicht die Aerzte von ihrer Informationsreise zurückgekehrt seien.

Herr Nieß hält es dem gegenüber für zweckmäßiger, sofort die Lymphhe zu bestellen und dann erst die Aerzte fortzuschicken, weil sonst erstere möglicherweise ausbleibe. Er bitte daher, den vorliegenden Antrag anzunehmen. Wenn aber der Magistrat diese Sache einmal in die Hand nehme, dann möchte er auch die Preisstellung für die Behandlung regeln, damit hier nicht Sachen vorkommen, wie in Berlin.

Herr Blasius hat seinen Antrag hauptsächlich zu dem Zwecke gestellt, um hierbei die Privatspeculation auszuschließen. Hinsichtlich der Lymphhe müsse er dem Herrn Oberbürgermeister widersprechen, weil er es für das Wichtigste halte, zuerst die Lymphhe zu bekommen, welche nur allein aus Berlin durch Professor Koch oder Dr. Libberk zu beziehen sei.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt sich darauf gern bereit, namens des Magistrates sofort Lymphhe von Professor Koch anzufordern.

Herr Lüderßen hält die Annahme des Antrages nach Abgabe der Erklärung vom Magistratsstische nicht mehr für nöthig, da die erforderlichen Gelder zur Verfügung stehen und der Magistrat sich bereit erkläre, alle einschlägigen Vorkehrungen zu treffen.

Herr Reiche faßt die Magistratserklärung dahin auf, daß die Geldfrage hinsichtlich der Behandlung Unbemittelter allerdings geregelt sei, nicht aber hinsichtlich derjenigen Kranken, welche ihre Behandlung in dem Krankenhause bezahlen können und wollen, denn mit solchen habe doch die Armen-Direction nichts zu thun; er bitte daher um Annahme des Antrages.

Nachdem noch Herr Blasius erklärt hatte, seinen Antrag nicht zurückziehen zu wollen,

wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag angenommen, worauf die öffentliche Sitzung geschlossen wird.

In vertraulicher Sitzung genehmigt die Versammlung eine Reclamation von Extrawegegeldbeiträgen und erklärt sich mit der Anstellung des Hilfschreibers Adolf Weiß, sowie des Geometergehilfen Bethmann als Magistratschreiber zum 1. April 1891 einverstanden, während in gemeinschaftlicher Sitzung eine größere Anzahl Gemeindesteuer-Reclamationen in der Recursinstanz Erledigung findet.

Schluß 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

